

Bundesstraße 30

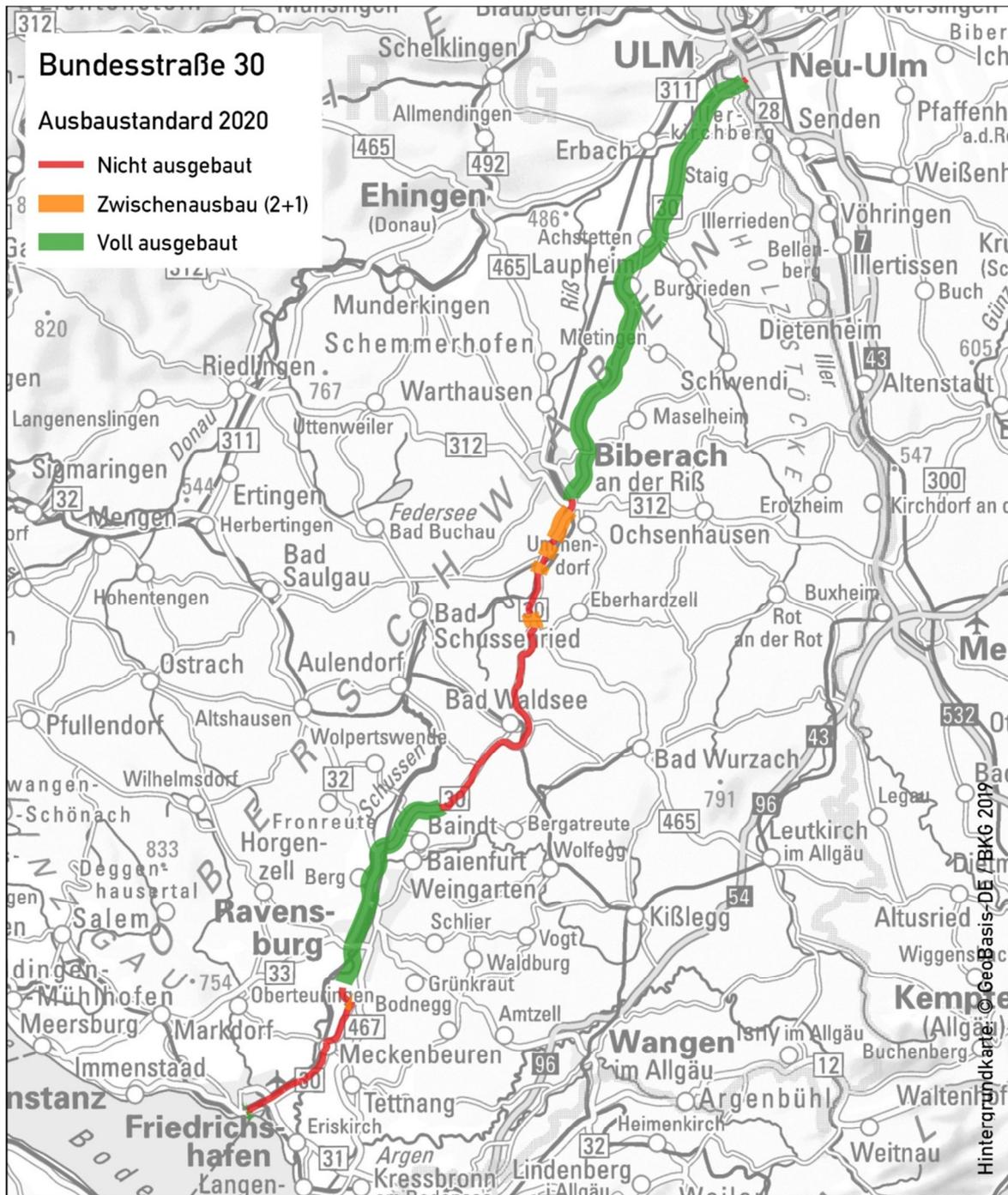
(Ulm - Friedrichshafen)

Archiv 2023

Inhalt

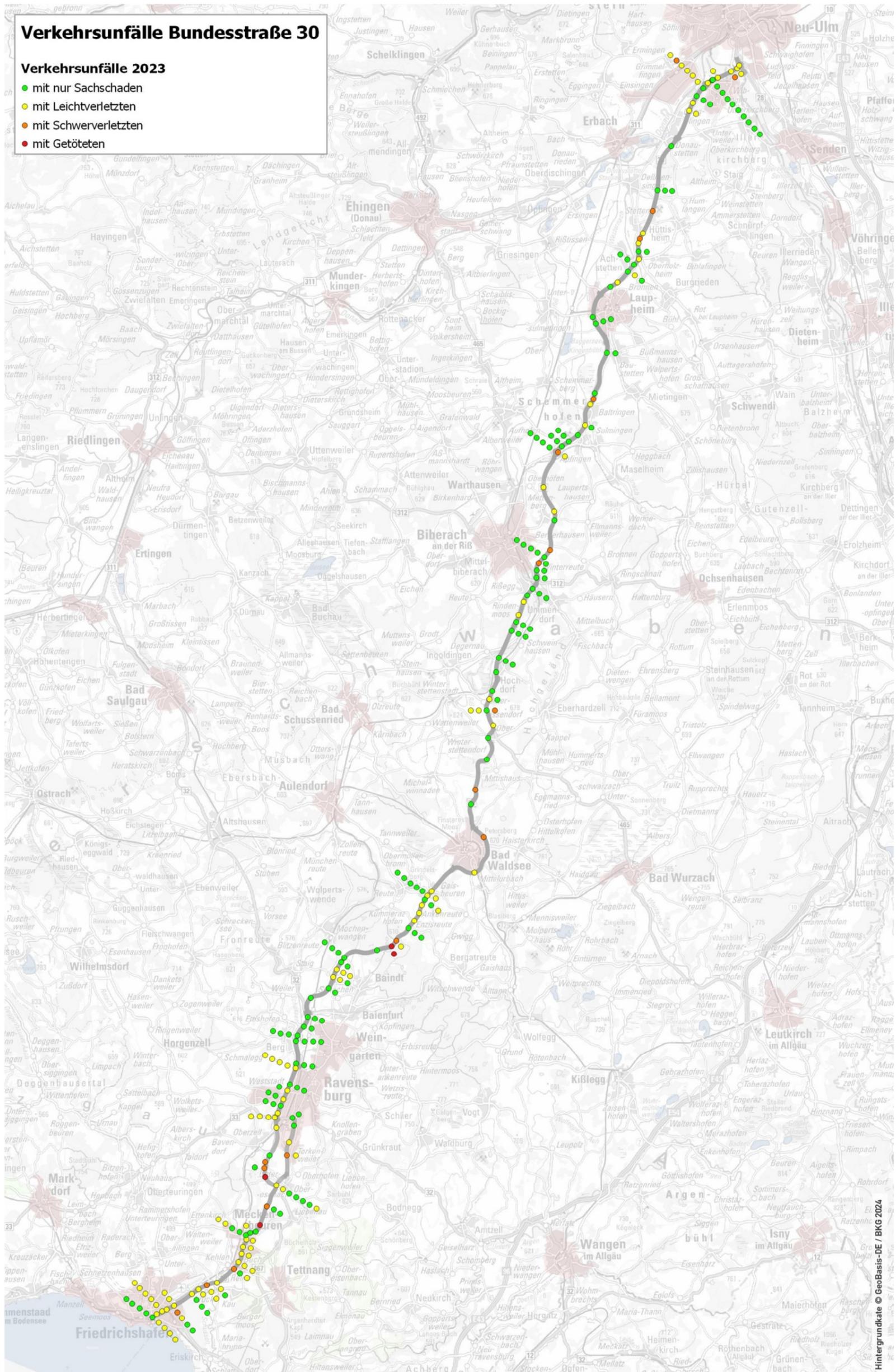
Ausbaustandkarte der Bundesstraße 30	5
Unfallkarte 2023	6
Januar	7
Februar	27
März	45
April	93
Mai	111
Juni	141
Juli	159
August	183
September	197
Oktober	215
November	233
Dezember	245
Zusammenfassung 2023	259
Alphabetischer Artikelindex	261
Chronologischer Artikelindex	271
Unfallindex	279

Ausbaustandkarte der Bundesstraße 30



Unfallkarte 2023

Die folgende Karte gibt einen Überblick über die Verkehrsunfälle auf der Bundesstraße 30 im Jahr 2023. Dargestellt sind nur Verkehrsunfälle, die öffentlich bekannt wurden. Die tatsächliche Anzahl liegt höher.



Januar

06.01.2023

Autos stoßen beim Abbiegen zusammen

► Ravensburg, 3 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden

(Ravensburg) - Drei leicht verletzte Personen und ein Gesamtschaden von 30.000 Euro ist das Ergebnis eines Verkehrsunfalls, der sich am frühen Donnerstagabend bei der Anschlussstelle zur B 30 ereignete.

Der 18-jährige Lenker eines Ford befuhr die B 32 aus Richtung Ravensburg kommend und wollte an der Anschlussstelle Ravensburg-Nord nach links auf die B 30 abbiegen. Dabei übersah er den entgegenkommenden Mercedes Benz, der von einem 23-jährigen gelenkt wurde. Beim Abbiegevorgang kam es dann zum Frontalzusammenstoß der beiden Fahrzeuge.

Der Unfallverursacher sowie die beiden Insassen des Mercedes wurden leicht verletzt. Sie wurden vom Rettungsdienst zur weiteren Behandlung in ein Krankenhaus gebracht

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5410149>

📍 Ravensburg
👥 175

06.01.2023

Urbachviadukt noch verkehrssicher

(Bad Waldsee) - Alle eineinhalb Jahre, statt sechs Jahre, überprüft das Regierungspräsidium Tübingen das Urbachviadukt der B 30-Ortsumfahrung Bad Waldsee. Wie die Behörde mitteilt, fand die letzte Hauptprüfung im September 2022 statt. Dabei haben sich die Prüfer mit der Tragfähigkeit, Standsicherheit und Verkehrssicherheit beschäftigt. Auch mögliche Abnutzungserscheinungen wurden unter die Lupe genommen.

„Es hat sich bestätigt, dass die Brücke Schäden aufweist, die mittelfristig zur Beeinträchtigung der Dauerhaftigkeit des Bauwerks führen. Die Verkehrs- und die Standsicherheit des Bauwerks sind jedoch gegeben“, so eine Pressesprecherin.

Das Regierungspräsidium arbeite weiter daran die Großbrücke durch einen Neubau zu ersetzen. Dies soll nun in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts erfolgen und bis 2030 abgeschlossen sein.

https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/bad-waldsee_artikel,-kontrolle-bestaetigt-die-schaeden-am-urbachviadukt-auf-der-b-30- arid.11594067.html

📍 Urbachviadukt
👥 154

09.01.2023

Unter Drogeneinfluss und ohne Führerschein unterwegs

(Meckenbeuren) - Weil er am Sonntagmorgen von Beamten des Polizeireviers Friedrichshafen dabei erwischt wurde, wie er unerlaubt mit einem Pkw unterwegs war, muss sich ein 30-jähriger strafrechtlich verantworten.

Eine Polizeistreife war gegen 7 Uhr in der Seestraße auf den Wagen aufmerksam geworden. Bei der Kontrolle des Fahrers stellte sich heraus, dass dieser nicht im Besitz einer Fahrerlaubnis ist. Darüber hinaus ergab sich der Verdacht, dass der Mann unter dem Einfluss von Drogen steht. Weil ein Schnelltest positiv auf THC und Kokain reagierte, musste der 30-jährige die Beamten in eine Klinik begleiten und dort eine Blutprobe abgeben. Seinen Pkw musste er stehen lassen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5412065>

📍

09.01.2023

Brille verrutscht: Holzlaster kippt um

► Äpfingen, 1 Fahrzeuge, 130000 Euro Sachschaden

(Äpfingen) - Am Montag kam es auf der B 30 bei Äpfingen zu einem Unfall mit einem Lastwagen.

Gegen 10 Uhr fuhr ein 57-jähriger mit einem Laster mit Auflieger auf der B 30 in Richtung Ulm. Auf dem Auflieger waren Holzstämme geladen. Auf Höhe von Äpfingen sei dem Mann die Brille verrutscht, schilderte er später der Polizei. Er sei deshalb nach rechts von der Fahrbahn abgekommen. Der Lastwagen und der Auflieger kippten im Grünstreifen um.

Die Polizei Biberach klärt nun die genaue Ursache und den konkreten Hergang des Unfalls. Die Bergung des Lastwagens und des Aufliegers übernahm ein Abschleppunternehmen. Feuerwehr und Straßenmeisterei sicherten die Unfallstelle. Das Landratsamt Biberach ließ Erdreich abtragen, weil aus dem Laster Diesel auslief. Um eine Gefahr für die Umwelt zu verhindern forderten dessen Beschäftigte eigens Bagger und Container an.

Die Polizei schätzt den Schaden am Gespann auf 130.000 Euro. Ob der 57-jährige verletzt wurde ist noch nicht bekannt. Schwere Verletzungen lagen augenscheinlich nicht vor.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5412351>

☐ Polizei,Auflieger,Brille

•• 237

09.01.2023

SPD will schnellere Planungsverfahren

(Berlin) - Die SPD-Spitze beschloss auf ihrer zweitägigen Klausur eine Resolution zur Stärkung der Infrastruktur in Deutschland. Demnach soll der Zeitraum zwischen Planungs- und Baubeginnen mindestens halbiert werden. Die Sozialdemokraten wollen die modernste und zugleich nachhaltigste Verkehrsinfrastruktur Europas.

„Eine gute Infrastruktur ist der Garant für wirtschaftlichen Erfolg“, sagte Parteichef Lars Klingbeil zum Abschluss am Montag. In Deutschland gebe es noch viel zu tun. Klingbeil sprach die Unpünktlichkeit von Zügen, den maroden Zustand von Brücken und Netzen sowie den schleppenden Ausbau der Digitalisierung und von Windkraftanlagen an. In Zukunft soll nach dem Willen der Sozialdemokraten schneller genehmigt und gehandelt werden. Sie werben für eine bessere Planungssicherheit für Investitionen und mehr staatliche Beteiligung an Energie-, Mobilitäts- und Kommunikationsnetzen.

Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) plant, ähnlich wie das die Sozialdemokraten wollen, ein Infrastruktur-Beschleunigungsgesetz. Doch dem stehen bisher die Grünen entgegen. Umweltministerin Steffi Lemke pocht darauf, dass es nur dort beschleunigte Verfahren geben soll, wo es auch dem Klimaschutz dient. Straßen dienen nicht dem Klimaschutz. SPD und FDP fordern hingegen, dass die Beschleunigung auch für den Ausbau von Straßen gelten soll.

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1169993.spd-klausur-die-zwei-geschwindigkeiten-der-spd.html>

☐ SPD,Sozialdemokraten,Infrastruktur

•• 291

10.01.2023

Auto nach Auffahrunfall abgeschleppt

(Weingarten) - Abgeschleppt werden musste ein Auto nach einem Verkehrsunfall am frühen Montagabend. Gegen 17.15 Uhr bemerkte ein 26 Jahre alter Skoda-Lenker, der von Weingarten nach Staig unterwegs war, das Bremsen eines 64-jährigen im Citroen vor ihm zu spät. Auf Höhe der Auffahrt zur B 30 fuhr er auf den Wagen des Vorausfahrenden auf, sodass an den Fahrzeugen jeweils ein Schaden von rund 8.000 Euro entstand. Der Citroen war nach dem Zusammenstoß nicht mehr fahrbereit.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5413117>

📄 Auto
👁 132

10.01.2023

Polizei stoppt Raser

(Achstetten) - In der Nacht auf Dienstag kontrollierte die Polizei auf der B 30 bei Achstetten die Geschwindigkeit des Verkehrs. Gegen 4.15 Uhr stoppten sie einen 40-jährigen, der in Richtung Ulm fuhr. Die Messung der Polizei ergab, dass er mit über 160 anstatt der erlaubten 120 km/h auf der Straße unterwegs war. Den Fahrer erwartet ein Bußgeld von mindestens 480 Euro, zwei Punkte und ein Fahrverbot von mindestens einem Monat.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5413163>

📄 Polizei
👁 154

10.01.2023

Polizisten ausgezeichnet

(Ulm) - Der Leiter des Polizeipräsidiums Ulm, Polizeipräsident Bernhard Weber, hat bei einer Feierstunde acht Beschäftigte seines Polizeipräsidiums geehrt, die sich in herausragender Weise für andere Menschen eingesetzt haben. Unter anderem wurden zwei Polizisten vom Polizeirevier Biberach ausgezeichnet, die im März 2022 bei einem Unfall auf der Bundesstraße 30 bei Bad Waldsee einem Lkw-Fahrer das Leben gerettet haben.

Polizeiobermeister Adrian Ruf und Polizeiobermeister Simon Wittmann kamen damals dem Mann zu Hilfe. Sie erkannten, dass er stark blutete und unter Schock stand. Sie legten ihm eine sogenannte Aderpresse an und stoppten die Blutungen. Diese waren so massiv, dass er Mann ohne das beherzte Eingreifen der Polizisten verblutet wäre.

https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-biberach/biberach_artikel,-polizeipraesident-ehrt-acht-polizistinnen-und-polizisten-arid,11595427.html

📄 Polizisten
👁 151

11.01.2023

Staatssekretär für Straßenbau am Bodensee

(Friedrichshafen) - Mit einem klaren Bekenntnis zur Berliner Ampelkoalition durch die beiden Staatssekretäre Michael Theurer und Benjamin Strasser ist die Kreis-FDP bei ihrem Neujahrsempfang am Montagabend im Bahnhof Fischbach ins Jahr 2023 gestartet.

Verkehrsstaatssekretär Theurer, der im Bundesministerium für den Schienenverkehr zuständig ist, empfahl beim Ausbau der Bodenseegürtelbahn auf eine Finanzierung durch GVFG-Mittel zu setzen. Der Bundesverkehrswegeplan sei auf Jahre im Bahnbereich überfrachtet - eine Bahn-Nebenstrecke wie die zwischen Friedrichshafen und Radolfzell werde dort auf absehbare Zeit nicht zum Zuge kommen.

Zum Straßenbau sagte Theurer, dass im Koalitionsvertrag der Grundsatz „Ausbau vor Neubau“ stehe. Ausnahmen mache man bei Ortsumfahrungen und notwendigen Lückenschlüssen. „Das kann man in der Bodenseeregion sicher bejahen“, sagte er mit Blick auf die B 30 und B 31 unter dem Beifall des liberalen Publikums. Das Land müsse nun weitere Planungsschritte gehen.

https://www.schwaebische.de/landkreis/bodenseekreis/friedrichshafen_artikel,-kreis-fdp-will-2024-fuenf-zusaetzhche-ratslisten-und-zwei-sitze-mehr-im-kreistag-arid.11595544.html

 Theurer
 161

11.01.2023

Unfall durch misslungenes Überholmanöver

► Baidnt, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden

(Baidnt) - Sachschaden im fünfstelligen Bereich ist bei einem Verkehrsunfall entstanden, der sich am Dienstag gegen 16.15 Uhr auf der B 30 bei Baidnt ereignet hat.

Eine 19 Jahre alte VW- Lenkerin war auf der Straße in Richtung Bad Waldsee unterwegs, als sie von einer 41 Jahre alten Fahrerin eines BMW überholt wurde. Beim Wiedereinscheren schnitt die BMW-Lenkerin die Fahranfängerin und bremste im Anschluss stark ab, weshalb die junge Frau einen Zusammenstoß nicht mehr verhindern konnte.

Während beide Fahrerinnen unverletzt blieben, entstand an den Autos ein Schaden von jeweils rund 5.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5414051>

 Baidnt
 311

12.01.2023

Grüne legen Kritik-Liste vor

(Berlin) - Der Verkehr muss radikal umgebaut werden, um die Klimaziele zu erreichen: Die Grünen legten am Donnerstag eine Kritik-Liste vor. Sie wollen die Möglichkeit, beschlossene Straßenprojekte zugunsten des Schienenausbaus zurückzustellen.

Unzufrieden sind die Grünen seit November 2021, als sie nicht das Verkehrsministerium bekamen. Viele in der Partei kritisieren, dass dieser für sie wichtige Bereich der FDP zufiel. Nun hat die Bundestagsfraktion ihren Unmut in einen Grundsatztext gegossen.

Die Fraktionsspitze um Katharina Dröge und Britta Haßelmann verabschiedete am Donnerstag unter dem Titel „Starter-Paket für mehr Klimaschutz im Verkehrssektor“ einen vierseitigen Forderungs-Text. Darin verlangen sie, dass im Verkehrssektor 14-mal schneller CO₂ eingespart werden muss, als bisher. Die geforderten Maßnahmen sollen nur der Beginn einer umfassenden Verkehrswende sein.

Bahn, Rad und Bus in Stadt und Land attraktiver machen

Zuallererst wollen die Grünen den Umweltverbund stärken, mit einem 49-Euro-Ticket, Ausbau des ÖPNV und Verknüpfung mit dem Fuß- und Radverkehr.

Umweltschädliche Subventionen abbauen

Die Grünen stören sich an der aktuellen Dienstwagenbesteuerung, die sozial-ökologisch reformiert werden soll. Nachhaltiger als Dienstwagen sei ein Mobilitätsbudget für den ÖPNV, Carsharing und andere Mobilitätsdienstleistungen. Auch die Pendlerpauschale sei sozial-ökologisch zu ändern.

Elektromobilität fördern

Um bis zum Jahr 2030 15 Millionen vollelektrische Pkw auf deutsche Straßen zu bekommen will die Ökopartei Tempo beim Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur machen. Für den Lkw-Verkehr fordert sie ein extra starkes Ladenetz.

Ortsumfahrungen stoppen

„Trotz Klima- und Artenkrise und obwohl Deutschland eins der dichtesten Straßennetze der Welt hat, enthält der Bundesverkehrswegeplan noch hunderte weitere Straßenbauprojekte, die unsere Landschaft zerschneiden und den Klimaschutz gefährden. Wir wollen die Verkehrsinfrastrukturplanung systematisch an den Erfordernissen der Mobilitätswende ausrichten und die bis 2030 vorgesehenen Ausbauten von Autobahnen und Bundesfernstraßen deutlich reduzieren“, heißt es im Papier.

Der Beton müsse aus den Köpfen verschwinden. Vorrang habe die Reparatur von Brücken und der Ausbau des Schienenverkehrs. Nur wenn die Bahn in Deutschland verlässlich und leistungsstark werde, werde sie ihr Potential zur Verkehrsverlagerung von der Straße und dem Flugzeug auf die Schiene ausschöpfen. Um den Klimaschutz mit der Bahn zu erreichen sollen „Planer*innen“ und „Ingenieur*innen“ statt Straßen, Schienenwege und Bahnhöfe planen.

Lkw-Maut verteuern

Die Einführung einer wirkungsvollen CO₂-Differenzierung bei der Lkw-Maut soll den Umstieg auf die Schiene oder auf E-Lkw attraktiver machen. Die Einnahmen sollen für die Schiene verwendet werden.

Umweltschädliche Feuerwehr

Umweltschädlich seien Müllabfuhr, Winterdienst und Feuerwehr. „Für das Klima zählt jede Tonne eingespartes CO₂“, so der Parteivorstand. Deshalb schlagen die Grünen einen zeitlich begrenzten Umweltbonus für Spezial-Lkw vor. Was darunter zu verstehen ist, wird nicht weiter ausgeführt.

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/mobilitaet/starter-paket-fuer-mehr-klimaschutz-im-verkehr>

🗉 Grünen, Lkw, Kritik, Liste, Klimaschutz

🗨 227

12.01.2023

Fahranfänger fährt auf Stauende

▶ **Wiblingen, 2 Fahrzeuge, 15000 Euro Sachschaden**

(Wiblingen) - Einen Unfall konnte am Mittwoch ein Fahranfänger auf der B 30 nicht mehr vermeiden.

Gegen 7.15 Uhr fuhr ein 30-jähriger auf dem linken Fahrstreifen in Richtung Ulm. Auf Höhe der Abfahrt Ulm-Donautal stockte der Verkehr und der Fahrer des Opels verringerte ordnungsgemäß seine Geschwindigkeit. Hinter ihm fuhr der 19-jährige Fahranfänger mit seinem Seat. Der konnte nicht mehr rechtzeitig bremsen und fuhr dem Opel in das Heck.

Beide Autofahrer erlitten leichte Verletzungen. Der 30-jährige kam vorsorglich in ein Krankenhaus. Den Schaden an den nicht mehr fahrbereiten Autos schätzt die Polizei auf etwa 15.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5414406>

🗉 Wiblingen, Fahranfänger

🗨 295

13.01.2023

Grüne wollen Straßenprojekte streichen

(Berlin) - Die Grünen verlangen von Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) den schnellen Beginn von Gesprächen über Prioritäten im bestehenden Bundesverkehrswegeplan. „Es wäre sehr hilfreich, wenn Minister Volker Wissing nun rasch in den Priorisierungsdialog über den geltenden, bis 2030 laufenden Bundesverkehrswegeplan einsteigen würde“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Stefan Gelbhaar, der „Welt“.

Die Grünen kritisieren, dass Wissing einen solchen Dialog nicht über den bestehenden, bis 2030 laufenden Bundesverkehrswegeplan führe, sondern lediglich über den noch nicht beschlossenen nächsten Plan, der bis 2040 laufen soll.

„Wir haben im Koalitionsvertrag gemeinsam festgelegt, dass wir in einem breiten Dialogprozess den geltenden Bundesverkehrswegeplan priorisieren werden“, sagte dazu Gelbhaar. „Jetzt hat das Bundesverkehrsministerium zwar tatsächlich einen breiten Dialogprozess gestartet, aber was vom Ministerium dabei bisher verlautbart wurde, erweckt den Eindruck, dass es mitnichten an eine Priorisierung des geltenden Bundesverkehrswegeplans denkt, der bis 2030 läuft.“ Stattdessen, so Gelbhaar, „deutet alles darauf hin, dass das Ministerium den Dialog auf den erst noch kommenden Plan bis 2040 beschränken will und diesen Dialog nicht über den geltenden Plan führen möchte. Das würde nicht dem Koalitionsvertrag entsprechen.“

<https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/gruene-wollen-zuegig-gespraech-ueber-prioritaeten-im-verkehrswegeplan-98677.html>

🗉 Bundesverkehrswegeplan,Grünen,Wissing,Gelbhaar,Dialog
💬 197

14.01.2023

SPD will Planungsbeschleunigung nur noch bei der Sanierung

(Berlin) - Die SPD-Bundestagsfraktion will Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Der Ausbau der Erneuerbaren und der Glasfasernetze sowie der Wohnungsbau soll schneller vorankommen wie auch die Sanierung von Brücken, Tunnel, Schleusen und Wehre.

Nachdem es in dem Entwurf hieß, der aktuelle Bundesverkehrswegeplan solle wie 2016 beschlossen umgesetzt werden, machte die Fraktion am Freitag einen Rückzieher. Verantwortlich für die Streichung des Satzes soll nach Informationen von Tagesspiegel-Background der aus Berlin stammende SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert sein. Der Straßenaus- und Neubau soll unter keinen Umständen gefördert werden. Die von den Grünen geforderte ökologische Wende bei der Verkehrsplanung wäre sonst zunehmend in weite Ferne gerückt.

Entsprechend erleichtert zeigte sich der Grünen-Verkehrsexperte Stefan Gelbhaar im Gespräch mit Tagesspiegel Background. „Es ist gut, dass die SPD diesen Satz gestrichen hat“, sagte der Pankower Bundestagsabgeordnete.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bundes-spd-macht-ruckzieher-im-autobahn-streit-chance-auf-stopp-der-a100-verlangerung-in-berlin-bleibt-bestehen-9179424.html>

🗉 SPD,Sanierung
💬 281

15.01.2023

Deutsche wollen Planungsbeschleunigung von Autobahnen

(Berlin) - Eine klare Mehrheit der Deutschen wünscht sich, dass es auch mit dem Bau neuer Autobahnen schneller vorangeht. So das Ergebnis einer Umfrage vom 10. bis 12. Januar 2023 des

Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag des „Spiegel“. 46 Prozent der Befragten bejahten die Frage, ob die von der Bundesregierung angestrebte Beschleunigung von Infrastrukturprojekten auch Autobahnneubauten umfassen solle mit „auf jeden Fall“. Weitere acht Prozent wählten „Eher ja“. Auf der anderen Seite sagten 23 Prozent „nein, auf keinen Fall“ und 13 Prozent „eher nein“. Zehn Prozent äußerten sich unentschieden.

SPD uneinig

Am vergangenen Wochenende forderte die Parteiführung der SPD einen „Infrastrukturturbo“, laut SPD-Chef Lars Klingbeil „auch im Bereich des Autos, des Lkw“ - man habe „keine Zeit für diesen kleinkarierten Streit“. Im Gegensatz dazu intervenierte SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert laut „Tagesspiegel“ in dieser Woche: Nicht alles, was im Bundesverkehrswegeplan steht, müsse auch umgesetzt werden.

Greenpeace-Umfrage manipuliert

Die Ergebnisse der „Spiegel“-Umfrage widersprechen auf den ersten Blick einer anderen Erhebung, die am Donnerstag veröffentlicht wurde: Laut einer von Greenpeace beauftragten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Kantar wollen 81 Prozent einen Verzicht auf Autobahnneubauten. Allerdings enthielt die Frage dort den Zusatz: „Sollte Ihrer Meinung nach auf einen weiteren Neubau von Autobahnen in Deutschland verzichtet werden, wenn dadurch das Klima besser geschützt werden kann?“

Wirtschaftsminister will Priorisierung

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) erklärte im „Spiegel“-Gespräch: „In Einzelfällen“ könne es auch sinnvoll sein, „bei Autobahnen Lücken zu schließen“. Habeck bekräftigte allerdings auch, dass nicht alle Projekte beschleunigt werden dürften: „Wenn alles gleichzeitig die gleiche Priorität hat, dann hat nichts mehr Priorität.“ Er bezweifle, ob es überhaupt genug Bauarbeiter gebe, um alle geplanten Vorhaben umzusetzen.

<https://www.spiegel.de/auto/autobahnen-mehrheit-in-spiegel-umfrage-deutsche-sagen-ja-zum-schnelleren-neubauprojekten-a-4813c450-8ff1-47d1-b5aa-7134a70120ea>

☞ Prozent, Autobahnen, Umfrage, SPD
•• 272

16.01.2023

4.528 Staus im Jahr 2022

(Region) - Seit 2014 legt die „Initiative B30“ jährlich eine Auswertung der Verkehrsstaus auf der Bundesstraße 30 vor. Das Ergebnis der Auswertung von rund 35.000 Verkehrsmeldungen im Jahr 2022 liegt nun vor.

Demnach wurden im Jahr 2022 auf der B 30 von Ulm bis Friedrichshafen 4.528 Verkehrsstaus gezählt. Die Staulänge summierte sich auf rund 6.528 km. Auto- und Lkw-Fahrer verbrachten rund 1.546 Stunden im Stau. Die Umweltbelastung durch staubedingte Emissionen betrug rund 246 Tonnen.

Stauschwerpunkte

Am häufigsten staute sich der Verkehr 2022 im Stadtgebiet von Friedrichshafen (1.190 Staus, 780 Stau-km, 240 Stau-Stunden), von Lochbrücke bis Friedrichshafen (917 Staus, 1.022 km, 349 Stunden) sowie bei Gaisbeuren und Enzisreute (528 Staus, 1.087 km, 242 Stunden).

Bei Gaisbeuren und Enzisreute ist darauf hinzuweisen, dass im August und September 2022 die B 30 von Baidt bis Gaisbeuren wegen Bauarbeiten gesperrt war. Dort wurden in diesem Zeitraum keine Staus gezählt. Zudem verlagerte sich fast ganzjährig ein Teil des Rückstaus in Fahrtrichtung Ravensburg auf die Ortsumfahrung Bad Waldsee, wegen Brückenschäden und mehrmaligen Bauarbeiten am Urbach-Viadukt. Im Bereich von Lochbrücke bis Friedrichshafen ist zu beachten, dass im Jahr 2022 Bauarbeiten unter halbseitiger Sperrung stattfanden, wodurch es zu mehr Verkehrsstaus kam.

Am stauanfälligsten waren die Streckenabschnitte: Bad Waldsee bis Baidt (28,8% der Stau-Kilometer), Lochbrücke bis Friedrichshafen einschließlich des Stadtgebiets Friedrichshafen (27,6%) und Achstetten bis Donaustetten (14,6%).

Während von Achstetten bis Donaustetten Baustellen meist zu Staus führten (76%), lagen die Hauptursachen von Bad Waldsee bis Baidt in hohem Verkehrsaufkommen (48%), Baustellen (36%) und Brückenschäden (7%). Von Lochbrücke bis Friedrichshafen einschließlich des Stadtgebiets Friedrichshafen war hohes Verkehrsaufkommen die Hauptursache (93%).

Werktag besonders betroffen

Die meisten Staus wurden an Werktagen von 7.30 - 8.15 Uhr und 16.55 - 17.45 Uhr beobachtet - an Samstagen, Sonn- und Feiertagen hingegen nur wenige. Stauursachen waren vor allem hohes Verkehrsaufkommen (70,3%) und Baustellen (16,9%). Weitere Ursachen waren Unfälle (5,7%), die Witterung (3,1%) und Brückenschäden (2,9%).

Staus im Jahresverlauf

Die meisten Staus gab es im November, die wenigsten im Januar.

Umweltbelastung

Die staubedingte Umweltbelastung belief sich 2022 auf rund 246 Tonnen: 0,8 kg Feinstaub (PM), 245.850 kg Kohlenstoffdioxid (CO₂), 189 kg Kohlenmonoxid (CO), 17 kg Kohlenwasserstoffe (HC), 1,1 kg Schwefeldioxid (SO₂) und 338 kg Stickstoffoxide (NOx).

Berücksichtigt wurden in dieser Auswertung u.a. Änderungen im Verkehrsaufkommen, der Verkehrsstruktur und der Antriebsarten im Fahrzeugbestand. Die infrastrukturellen, betrieblichen und physikalischen Parameter, wie Ausbaustand, Streckenlänge, Lage, Längsneigung und zulässige Höchstgeschwindigkeit sowie Annahmen zur Fahrphysik und Aerodynamik blieben unverändert.

<https://www.b30neu.de/nachrichten.html&newsid=221&mode=singleview>

☐ Staus, Friedrichshafen, Jahr, Stau, Lochbrücke
•• 184

17.01.2023

Einbruch in Restaurant - Täter bedient sich an Essen und Geld

(Friedrichshafen) - Ein Unbekannter hat in der Nacht von Sonntag auf Montag eine Scheibe zu einem Restaurant in der Paulinenstraße eingeworfen und sich an Getränken, Speisen und der Kasse bedient. Mit einem Stein zerstörte er die Verglasung des Lieferanteneingangs und öffnete so die Tür. Er aß und trank, nahm sich rund 100 Euro aus der Wechselgeldkasse und suchte im Anschluss das Weite.

Der entstandene Sachschaden an der Tür wird auf mehrere hundert Euro beziffert. Die Polizei Friedrichshafen hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet Personen, die insbesondere zwischen 0.30 Uhr und 8.15 Uhr Verdächtiges beobachtet haben, sich unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5418745>

☐ Restaurant
•• 135

19.01.2023

Koalitionsgipfel über Infrastrukturstreit geplant

(Berlin) - Die Ampelregierung will das Tempo bei Infrastrukturprojekten erhöhen, aber die Grünen wollen Straßen verhindern. Ein Gipfeltreffen soll den Streit nun schlichten.

„Unser Ziel ist es, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren“, beschloss die Ampel-Regierung im Koalitionsvertrag. Im ersten Jahr der Regierung sollten dafür „alle notwendigen Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden“. Insgesamt acht Gesetzesvorhaben stehen mittlerweile auf der Liste der Regierung.

Doch die Ampelkoalition hat unterschiedliche Vorstellungen davon, was sie beschleunigen will: Tausende Windräder, neue Stromleitungen, eine Infrastruktur für Wasserstoff. Die Bahn soll schneller und besser werden und am Straßennetz gäbe es auch noch einiges zu tun.

Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) will mit einem „Infrastruktur-Beschleunigungsgesetz“ Bundesfernstraßen ähnlich schnell bauen wie LNG-Terminals. Seit Monaten herrscht darüber Streit mit den Grünen, denn Umweltministerin Steffi Lemke ist strikt dagegen.

Drei Gespräche mit Lemke, Wissing und Bundeskanzler Olaf Scholz verliefen ohne Ergebnis. Nun soll ein Koalitionsgipfel Ende kommender Woche den Streit schlichten. Bei den Grünen wächst die Sorge vor dem Termin, seit SPD-Chefin Saskia Esken bei einer Klausur gefordert hatte, die eigene Partei müsse „bei der Mobilität auf Schiene und Straße“ einen Turbo zünden. Es herrsche Unruhe in den eigenen Reihen, heißt es in der Grünen-Fraktion. Nach dem Streit mit der Klimabewegung um Lützerath käme eine Niederlage in der Koalition zur Unzeit. Fraktionschefin Katharina Dröge betonte vorsichtshalber die rote Linie: „Wer Klimaschutz ernst meint, kann nicht immer auf den Bau neuer Straßen setzen.“

<https://www.sueddeutsche.de/politik/infrastruktur-ampel-koalition-volker-wissing-1.5735373>

☐ Grünen, Streit, Koalitionsgipfel
•• 270

20.01.2023

Umweltbundesamt will Tempolimit und Pkw-Maut

(Dessau-Roßlau) - Um das Klima zu retten braucht Deutschland ein Tempolimit und eine Pkw-Maut: Auf mehr als 350 Seiten kommt das Umweltbundesamt (UBA) in einer neuen Studie zu dem Schluss, dass ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern deutlich mehr CO₂ einsparen würde, als bislang gedacht. Nämlich 6,7 Millionen Tonnen. Damit könnten die CO₂-Emissionen im gesamten Verkehrsbereich um 4,2 Prozent sinken. Als Nebeneffekt würden dann auch keine Autobahnen mehr gebraucht: Denn ein Tempolimit würde Autobahnen unattraktiver machen im Vergleich zu Landstraßen. Auf Landstraßen würde direkter gefahren. Außerdem würden Menschen dann auf das Auto verzichten und auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, etwa auf die Bahn. „Die gesamte Reduzierung der Fahrleistung auf allen Streckentypen beträgt 1,8 Prozent und 2,1 Prozent beim Pkw-Verkehr“, heißt es. Die größte Einsparung würde eine Pkw-Maut erbringen. Dadurch könnten die Emissionen im Verkehrsbereich um neun Prozent zurückgehen.

Die Grünen, die sich schon lange für ein Tempolimit einsetzen und gerne auch das Verkehrsministerium besetzt hätten, sehen sich bestätigt. „Die Klimaschutzlücke im Verkehrssektor ist riesig“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Stefan Gelbhaar, dem Tagesspiegel. Verkehrsminister Volker Wissing dürfe mit seiner Politik nicht länger gegen das Klimaschutzgesetz verstoßen, mahnte Gelbhaar.

In der Koalition gibt es seit Monaten Streit über die Sektorziele im Klimaschutz. Demnach muss jedes Ministerium CO₂-Einsparungen in seinem Bereich bis 2030 erreichen. Doch das Verkehrsministerium von Volker Wissing (FDP) scheint dieses Ziel deutlich zu verfehlen. Dort klaffe eine Lücke von 120 bis 170 Millionen Tonnen CO₂, die bis 2030 eingespart werden müssten.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/grune-machen-druck-auf-fdp-tempolimit-konnte-klima-starker-schutzen-als-gedacht-9214059.html>

☐ Tempolimit, Pkw, Maut, CO, Prozent
•• 254

20.01.2023

Schneefall beschert Verkehrsunfälle

(Ravensburg) - Nach dem Einsetzen starker Schneefälle wurden am Freitagnachmittag dem Polizeipräsidium Ravensburg allein bis 17 Uhr rund 80 Verkehrsunfälle mitgeteilt. Im Präsidiumsbereich, in den Landkreisen Sigmaringen, Ravensburg und Bodenseekreis, waren die Beamtinnen und Beamte mit der Aufnahme vielzähliger Unfälle beschäftigt, bei denen bislang nur Sachschaden entstand oder Personen eher leicht verletzt wurden. Hauptsächlich bei witterungsbedingten Unfällen, aber auch bei kleineren Verkehrsunfällen, wie beispielsweise Parkremplern, waren die Polizisten gefordert. Dies konnte unter Umständen zu einer längeren Wartezeit insbesondere bei der Unfallaufnahme von kleineren Verkehrsunfällen führen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5422045>

 Verkehrsunfälle,Ravensburg

 379

21.01.2023

Zeugen zu Auffahrunfall gesucht

► Ravensburg, 2 Fahrzeuge, 7500 Euro Sachschaden

(Ravensburg) - Zu einem Auffahrunfall mit einem leicht verletzten Kind kam es am Freitag gegen 13.30 Uhr auf der B 30 zwischen der Anschlussstelle Ravensburg-Süd und Ravensburg-Nord in Fahrtrichtung Weingarten.

Die Fahrerin eines VW Passat gab an, dass ein Fiat-Transporter unmittelbar vor ihr vom rechten auf den linken Fahrstreifen wechselte und sie dabei auf den Lkw auffuhr. Der Fahrer des Lkw seinerseits sagte, er habe schon längere Zeit den linken Fahrstreifen befahren, als der Passat auffuhr. Einen Fehler beim Fahrstreifenwechsel stritt er ab.

Es entstand ein Schaden von ca. 7.500 Euro. Der Verkehrsdienst Ravensburg bittet Zeugen sich zur Klärung des Unfallherganges zu melden, unter Tel. (07 51) 80 30.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5422193>

 Ravensburg,Zeugen,Auffahrunfall

 625

22.01.2023

Landtags-Grüne wollen Straßenbauvorhaben stoppen

(Schwerin) - Die Grünen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wollen Straßenbauprojekte im Land stoppen, um das Klima zu retten. Sie warnen davor, mit dem Straßenbau klimaschädliche Tatsachen zu schaffen. Neue Straßen würden nur zusätzlichen CO₂-Ausstoß bedeuten. Wichtiger sei es, den Sanierungsstau beispielsweise an Brücken schnell zu beheben.

Ortsumgehungen sind Grünen ein Dorn im Auge

Konkret geht es um sechs geplante Ortsumgehungen: für Wolgast, Sternberg, Schwerin, Parchim, Usadel und Weisdin. Alle sechs Projekte lehnt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ab. Ortsumfahrungen seien besonders natur- und umweltzerstörend. Die geplanten Straßen würden geschützte Moore oder Vogelschutzgebiete zerschneiden.

Antrag im Landtag gestellt

Im Bundesverkehrswegeplan seien Straßenbauvorhaben für Mecklenburg-Vorpommern aufgelistet. Gegen alle haben die Grünen Einwände. Sie fordern für alle Projekte ein Moratorium. Die

Oppositionsfraktion will den Stopp des Straßenneubaus am kommenden Donnerstag per Landtagsbeschluss durchsetzen.

Kritik kommt aus der CDU-Fraktion. Ortsumgehungen seien wichtig für die Entlastung der Innenstädte. „Das Mittelalter ist kein Vorbild für die verkehrspolitische Zukunft des Landes Mecklenburg-Vorpommern“, heißt es.

<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Landtags-Gruene-wollen-Strassenbauvorhaben-in-MV-stoppen.strassenbau278.html>

☐ Straßenbauvorhaben,Grünen,Mecklenburg
•• 278

23.01.2023

Mercedes prallt gegen Leitplanke

▶ Äpfingen, 1 Fahrzeuge, 15000 Euro Sachschaden

(Äpfingen) - In die Leitplanke fuhr ein Mann am Sonntag auf der B 30 bei Maselheim. Der Unfall ereignete sich gegen 7.15 Uhr. Der 22-jährige fuhr in Richtung Süden, als er auf Höhe der Ausfahrt Biberach-Nord bei winterglatter Fahrbahn offenbar zu schnell fuhr. Der Mann verlor auf dem linken Fahrstreifen die Kontrolle über seinen Mercedes und prallte gegen die Mittelleitplanke. Von dort wurde der Van abgewiesen und kam auf der Fahrbahn zum Stehen.

Der Unfallverursacher blieb unverletzt. Ersthelfer sicherten die Unfallstelle bis zum Eintreffen der Polizei und Feuerwehr. Der Sachschaden an dem Fahrzeug und den Verkehrseinrichtungen beträgt etwa 15.000 Euro. Die Polizei Laupheim ermittelt wegen des Unfalls. Die Feuerwehr war mit drei Fahrzeugen und sieben Mann vor Ort.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5422989>

☐ Mercedes,Leitplanke,Mann
•• 202

24.01.2023

Transporter verliert Eisplatten

▶ Wiblingen, 2 Fahrzeuge

(Wiblingen) - Am Montag entstand auf der B 30 durch herunterfallende Eisplatten ein Schaden an einem VW. Gegen 7.45 Uhr war ein 60-jähriger unterwegs. Bei Wiblingen flogen von einem Kleintransporter Eisplatten herunter. Eine der Eisplatten prallte auf die Motorhaube seines VW. Der 60-jährige notierte sich das Kennzeichen und informierte die Polizei, die Ermittlungen nach dem Fahrer des Transporters aufgenommen hat. Am VW entstand ein Schaden von mehreren hundert Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5424282>

☐ Wiblingen,Eisplatten,VW
•• 220

24.01.2023

Autofahrer ohne Führerschein unterwegs

(Friedrichshafen) - Drei Autofahrer konnten am Montag an einer Kontrollstelle, die Beamte des Polizeireviere Friedrichshafen in der Paulinenstraße eingerichtet hatten, keine oder keine ausreichende Fahrerlaubnis vorzeigen. Während zwei 47 und 50 Jahre alte Autofahrer gänzlich ohne Führerschein unterwegs waren, hatte ein 19-jähriger ohne Anhängerführerschein einen Anhänger mit einer zulässigen Gesamtmasse von 3,5 Tonnen im Schlepptau. Alle drei müssen mit einer Strafanzeige an die

Staatsanwaltschaft rechnen. Auf zwanzig weitere Verkehrsteilnehmer kommt darüber hinaus Post von der Bußgeldstelle zu. Sie wurden ohne angelegten Gurt oder mit einem Handy am Steuer angehalten.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5424519>

 Autofahrer, Führerschein
 146

24.01.2023

Alkoholisiert am Steuer unterwegs

(Meckenbeuren) - Mit rund einem Promille haben Beamte des Polizeireviers Friedrichshafen am Montagabend einen 35-jährigen Autofahrer in der Hauptstraße gestoppt. Der Mann musste die Beamten zu einer Blutentnahme in ein Krankenhaus begleiten. Ihn erwartet nun, je nachdem ob der Grenzwert von 1,1 Promille über-/oder unterschritten ist, eine Strafanzeige und ein Führerscheinentzug oder ein Bußgeld und ein mehrmonatiges Fahrverbot.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5424519>

 150

24.01.2023

BUND verklagt Bundesregierung

(Berlin) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) verklagt die Bundesregierung wegen Nichteinhaltung der im Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) festgeschriebenen Treibhausgas-Sektorziele für Verkehr und Gebäude.

Der Umweltverband verlangt in seiner beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingereichten Klage den Beschluss von Sofortprogrammen, wie sie das KSG vorsieht. Diese Sofortprogramme müssen Maßnahmen zur Einhaltung der jährlichen Sektor-Ziele beinhalten. Eine vorherige Aufforderung des Verbandes, ein wirksames Sofortprogramm vorzulegen, ließ die Bundesregierung verstreichen.

Olaf Bandt, BUND-Vorsitzender: „Wir können nicht weiter zusehen, wie Teile der Bundesregierung die eigenen Klimaschutzziele ignorieren und wirksame Maßnahmen bei Verkehr und Gebäuden verweigern. Uns rennt die Zeit davon. Scholz, Wissing, Geywitz und Habeck schaffen es nicht, das Land auf Klimakurs zu bringen und brechen damit das deutsche Klimaschutzgesetz. Es braucht jetzt die politische Entscheidung, wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz zu schaffen. Wenn die Regierung von Olaf Scholz dazu politisch nicht fähig oder willens ist, muss sie gerichtlich dazu verpflichtet werden.“

Mit Blick auf die aktuellen Debatten zur Beschleunigung von Infrastrukturprojekten fügte Bandt an: „Es wäre ein Skandal, wenn die Bundesregierung mit dem beschleunigten Bau klimaschädlicher Autobahnen weiter Öl ins Feuer gießt. Die Emissionen müssen runter, nicht rauf.“

Laut Klimaschutzgesetz muss die Bundesregierung bis 2030 ihre Emissionen um 65 Prozent reduzieren. Überschreiten Sektoren die vorgegebenen Jahresemissionsmengen, muss die Regierung laut eigenem Bundes-Klimaschutzgesetz schnellstmöglich Sofortprogramme beschließen. Bisher habe die Ampelkoalition keine derartigen Beschlüsse gefasst, obwohl sie dies wegen zu hoher Emissionen im Verkehrs- und Gebäudesektor in 2021 hätte tun müssen. Sie habe noch nicht einmal wirksame Sofortprogrammwürfe mit hinreichenden Maßnahmen vorgelegt, um die Ziele zu erreichen. Das habe der Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung 2022 bestätigt.

Dieses Versagen sei umso dramatischer, weil selbst die Ziele des Klimaschutzgesetzes nicht ausreichen, um der völkerrechtlich verbindlichen 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klima-Abkommens zu entsprechen. Auch den klimaverfassungsrechtlichen Vorgaben, die das Bundesverfassungsgericht auf eine vom BUND mit initiierte Verfassungsbeschwerde hin 2021 statuiert habe, laufe der derzeitige Kurs der

Bundesregierung zuwider. „Der Kanzler ist jetzt gefordert, ein Machtwort zu sprechen, um seinem im Wahlkampf selbst verliehenen Titel ‘Klimakanzler’ gerecht zu werden“, so Bandt.

Die Klage vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg wird rechtlich vertreten von der langjährig für den BUND im Umweltrecht tätigen Rechtsanwältin Dr. Franziska Heß, ihrer Kollegin Lisa Hörtzsch, jeweils Baumann Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbH, und Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt aus Leipzig. Heß und Ekardt haben bereits die erfolgreiche Klimaklage vor dem Bundesverfassungsgericht gemeinsam rechtlich vertreten.

Rechtsanwältin Heß erklärte zur Klage: „Aus unserer Sicht sind die Vorgaben des Klimaschutzgesetzes eindeutig. Es steht nicht im Belieben der Bundesregierung, ob sie bei Überschreitungen von Jahresemissionsmengen durch einzelne Sektoren ein Sofortprogramm aufstellt oder nicht. Sie ist hierzu ganz klar verpflichtet und diese Verpflichtung wollen wir nun durchsetzen.“

Im Verkehrssektor wurden die für 2021 erlaubten Emissionsmengen um 3,1 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen, im Gebäudesektor um 2,5 Millionen Tonnen überschritten. Für 2022 sei eine erneute Überschreitung zu erwarten.

<https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/deutschland-nicht-auf-klima-kurs-bund-verklagt-bundesregierung-auf-wirksamen-klimaschutz-im-verkehrs-und-gebaeudebereich/>

☐ Bundesregierung, BUND, Klimaschutzgesetz, Maßnahmen, Berlin
•• 180

24.01.2023

Lemke kritisiert eine Bevorzugung der Straße

(Berlin) - Um die Klimaziele der Bundesregierung einzuhalten, sei es wichtig, die Schiene zu stärken, so Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) im Deutschlandfunk. Das vorhandene Straßennetz müsse modernisiert und der Bau von neuen Autobahnen gründlich geprüft werden.

Die Bundesumweltministerin ist gegen das von Verkehrsminister Volker Wissing entworfene „Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich“. Im Interview mit dem Deutschlandfunk kritisierte sie am Dienstag eine jahrzehntelange einseitige Konzentration auf den Verkehrsträger Straße. „Das führt unter anderem jetzt dazu, dass die Klimaziele gefährdet sind.“ Ihr sei es hingegen wichtig, das Schienennetz und den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken.

„Ich glaube, dass sehr viele Menschen auf das Rad, auch auf Fußwege und jetzt vor allem neu auf die Schiene umsteigen wollen. Das hat ja das Neun-Euro-Ticket massiv gezeigt. Deshalb geht es darum, diesen Willen von Menschen, die andere Verkehrsträger nutzen wollen, zu erleichtern, das zu unterstützen und zu fördern“, so die Grünen-Politikerin.

Ein weiterer wichtiger Schritt sei es, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten und zu sanieren, etwa die vielen maroden Brücken. Der Neubau von Autobahnen müsse künftig gründlich auf Notwendigkeit und Umweltverträglichkeit geprüft werden.

Für Lemke sind Straßen umweltschädlich. Insbesondere noch nicht begonnene Projekte im Bundesverkehrswegeplan sollten intensiv geprüft werden, ob sie noch gebraucht werden. Klima- und Umweltschutz seien wichtiger. Dennoch gebe es auch Neubau-Projekte, bei denen es sinnvoll und gesetzlich geboten sei, sie fertigzustellen, räumte die Umweltministerin ein. Dabei käme es allerdings auf eine kluge Planung an. So müsse es beispielsweise ausreichend Personal geben, um den Bau zügig abzuwickeln.

<https://www.deutschlandfunk.de/umweltministerin-lemke-verkehr-infrastruktur-100.html>

☐ Lemke, Straße
•• 167

25.01.2023

Regierungspräsidium bereitet Raumordnungsverfahren vor

(Meckenbeuren) - Der „runde Tisch Landwirtschaft“ im Rahmen der Planung der B 30 neu bei Meckenbeuren tagte vor Kurzem. Das berichtete Bürgermeister Georg Schellinger der örtlichen Zeitung. Die Mitglieder wurden durch das Planungsteam des Regierungspräsidiums Tübingen auf den aktuellen Stand gebracht. Demnach habe das Regierungspräsidium mit weiteren Arbeiten zur Vorentwurfsplanung begonnen.

Wie die Behörde mitteilt, liege „der Zeitraum zum Planungsprozess zur B 30 neu“ im üblichen Rahmen. Das Landesverkehrsministerium habe 2022 die Unterlagen zum Abschluss der Vorplanung an das Bundesministerium für Digitales und Verkehr weitergeleitet. Der nächste Schritt ist die Zustimmung des Bundes, um die Variante Ost weiter zu planen.

Gleichzeitig werde das Raumordnungsverfahren vorbereitet. Mit den dafür nötigen Unterlagen soll im ersten Halbjahr 2023 die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen. Mit den Plänen und Gutachten werden die bisherigen umweltrelevanten Unterlagen öffentlich ausgelegt.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/meckenbeuren/bei-b-30-neu-heisst-es-warten-aufs-go-aus-berlin-1330897>

📄 Regierungspräsidium,Raumordnungsverfahren,Unterlagen
👁️ 145

26.01.2023

Sprinter fährt über Fahrzeugteile

▶ Achstetten, 1 Fahrzeuge

(Achstetten) - Sachschaden entstand an einem Sprinter am Mittwoch auf der B 30 bei Achstetten. Gegen 9 Uhr war der Mercedes in Richtung Biberach unterwegs, als ein 1,5 Meter langes Metallteil mittig auf der Fahrbahn lag. Der 26-jähriger bemerkte das Teil zu spät und fuhr darüber. Dabei beschädigte er die Frontschürze und weitere Anbauteile. Dennoch konnte der Mann seine Fahrt fortsetzen.

Die Verkehrspolizei Laupheim entfernte das Metallteil von der Fahrbahn und nahm die Ermittlungen auf. Hinweise auf einen Verursacher, der das Fahrzeugteil verloren hatte, liegen nicht vor. Deshalb sucht die Polizei Zeugen, die beobachtet haben, wer das Metallteil verloren haben könnte. Sie werden gebeten sich unter Tel. (0 73 92) 9 63 00 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5426099>

📄 Achstetten,Sprinter,Metallteil
👁️ 580

26.01.2023

Grüne scheitern mit Fernstraßenbauverbot

(Schwerin) - Die Grünen stehen mit ihrer Forderung alleine da, beschlossene Straßenbau-Projekte für Mecklenburg-Vorpommern einer erneuten Prüfung zu unterziehen und die nach ihrer Meinung klimaschädlichen Projekte, vor allem Ortsumfahrungen, zu stoppen. Der Landtag in Schwerin lehnte am Donnerstag einen entsprechenden Antrag mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ab. Mehrere Redner hoben in der Debatte hervor, dass die Bewohner mehrerer Orte den Bau von Ortsumgehungen herbeisehnten. Viele Menschen in den ländlichen Regionen seien zudem auf das Auto angewiesen und erwarteten ein gut ausgebautes Straßennetz.

In ihrem Antrag forderte die Grünen-Fraktion ein Moratorium für die im Bundesverkehrswegeplan 2030 für Mecklenburg-Vorpommern vorgesehenen Straßenbauvorhaben. Diese sollen so lange auf Eis gelegt werden, bis die Landesregierung eigene Klimaschutzziele für den Verkehrssektor festgelegt habe. Neue

Straßenbau-Projekte sollten nur noch dann umgesetzt werden, wenn sie diesen Zielen nicht widersprechen.

„Wir setzen auf Vermeidung und Instandhaltung“, betonte die Grünen-Abgeordnete Jutta Wegner. Das Geld solle statt für fragwürdige Neubau-Projekte für die Sanierung von Brücken und bestehenden Straßen verwendet werden. Zudem müsse das Ziel der klimagerechten Verkehrswende konsequent verfolgt werden. „Wir brauchen Maßnahmen, die Verkehr vermeiden oder ihn auf den ÖPNV, die Schiene und das Fahrrad verlagern“, sagte Wegner. Wer hingegen „neue Straßen sät, wird zusätzlichen Verkehr ernten“, sagte sie weiter, räumte allerdings ein, dass es in Orten wie Mirow Bedarf an Ortsumgehungen gebe.

Nach den Worten von Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) wurden die Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan umfassenden Prüfungen unterzogen, in denen die Notwendigkeit bestätigt worden sei. Straßen wie Schienen seien für die Wirtschaftsfähigkeit eines Landes notwendig. Er äußerte die Erwartung, dass Planung und Umsetzung der Projekte zügig vorankommen. Vorbild sei das Tempo beim Bau der Flüssiggas-Terminals.

<https://www.zeit.de/news/2023-01/26/landtag-lehnt-forderung-nach-stopp-von-strassen-neubauten-ab>

☐ Projekte,Grünen,Straßen

•• 352

26.01.2023

Wieder keine Einigung über schnellere Planungsverfahren

(Berlin) - Soll auch die Planung von Bundesfernstraßen beschleunigt werden? In dieser Streitfrage brachte auch der Koalitionsausschuss am Donnerstagabend keine Einigung. Es war nur von „konstruktiven Gesprächen“ die Rede.

Die mehrstündigen Beratungen des Koalitionsausschusses sind am Abend ohne konkrete Beschlüsse beendet worden. Die Spitzen von SPD, Grünen und FDP waren zusammengekommen, um insbesondere nach Kompromissen bei der Beschleunigung von Planungsverfahren im Verkehrssektor bei der Umsetzung von Klimaschutzziele zu suchen. In den kommenden Wochen werde weiter verhandelt.

„Tatsächlich müssen es doch schwierige Gespräche gewesen sein“, berichtete ARD-Korrespondent Oliver Sallet auf tagesschau24. Im Kern gehe es in dem anhaltenden Streit um das Planungsbeschleunigungsgesetz von Verkehrsminister Volker Wissing (FDP). „Beschleunigt werden soll hier der Ausbau der Schiene, aber nach dem Willen des Verkehrsministers auch der Ausbau von Autobahnen. Die Grünen sagen: Das verstößt gegen den Koalitionsvertrag“, so Sallet. Beide Seiten seien in dieser Streitfrage auch nach dem Koalitionsausschuss „unversöhnlich auseinander“ gegangen.

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/koalitionsausschuss-infrastruktur-101.html>

☐ Einigung,Planungsverfahren

•• 1615

27.01.2023

Unfall beim Fahrstreifenwechsel

► Biberach, 2 Fahrzeuge, 5000 Euro Sachschaden

(Biberach) - Am Donnerstag verursachte ein 32-jähriger auf der B 30 bei Biberach einen Verkehrsunfall. Gegen 18.15 Uhr fuhr der Mann mit einem BMW in Richtung Ravensburg. An der Anschlussstelle Biberach-Süd wechselte er vom linken auf den rechten Fahrstreifen. Dabei übersah er die 37-jährige FahrerIn eines VW, die auf dem Fahrstreifen rechts neben ihm fuhr. Der BMW stieß gegen den VW wodurch ein Schaden entstand. Die Polizei Biberach ermittelt wie es genau zu dem Unfall kam. Sie schätzt den Schaden an den Autos auf jeweils 2.500 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5427301>

☐ Biberach,Unfall

27.01.2023

Pferd springt vor BMW

► **Hohenreute, 1 Fahrzeuge, 20000 Euro Sachschaden**

(Hohenreute) - Zu einer Kollision zwischen einem BMW und einem Pferd ist es am Donnerstag kurz nach 15 Uhr auf der B 30 gekommen. Während der 75-jährige Fahrzeuglenker auf der B 30 von Ravensburg in Richtung Meckenbeuren fuhr, galoppierte auf Höhe Hohenreute ein Pferd auf die Bundesstraße. Das Tier hatte zuvor während eines Ausritts in einem nahegelegenen Waldstück gescheut, seine Reiterin abgeworfen und war dann in Richtung B 30 galoppiert. Der 75-jährige konnte eine Kollision nicht mehr verhindern. An seinem Wagen entstand wirtschaftlicher Totalschaden von rund 20.000 Euro. Ein Abschleppunternehmen barg das Fahrzeug. Das Pferd erlitt bei dem Zusammenstoß so schwere Verletzungen, dass es noch vor Ort eingeschläfert werden musste. Die Bundesstraße musste während der Unfallaufnahme kurzzeitig in beide Richtungen gesperrt werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5427377>

📍 Hohenreute,Pferd,BMW
•• 247

28.01.2023

Andreas Stoch besucht Hochdorf

(Hochdorf) - In Absprache zwischen dem Bundestagsabgeordneten Martin Gerster (SPD) und Hochdorfs Bürgermeister Stefan Jäckle fand jetzt ein Vor-Ort-Termin mit Andreas Stoch, SPD-Landesvorsitzender und Oppositionsführer im Landtag, statt.

Gemeinsam mit Simon Özkeles (Mitglied des Kreistages Landkreis Biberach), Holger Adler (Leiter des Dezernates 2 des Landratsamtes Biberach) und Bürgermeister Stefan Jäckle traf er sich mit Mitgliedern der Hochdorfer B 30-Initiative zu einem Vor-Ort-Termin. Die Bürgerinitiative legte ihre Bedenken wegen einer Umleitung zum geplanten Neubau der zwei Großbrücken der B 30 bei Hochdorf dar. Ebenso wurde die komplette Umleitungsstrecke gemeinsam besichtigt.

Neben Lärm und Gestank stellten nach Ansicht der Bürgerinitiative vor allem der Schwerlastverkehr ein erhebliches Risiko für Verkehrsfluss, Kinder und Anwohner dar. Teile der Umleitungsstrecke lassen kein Durchkommen von zwei Fahrzeugen zu und enge S-Kurven innerhalb der Ortschaften sowie Bahnübergänge würden zu weiteren Problemen führen. Ferner wurden Bedenken bei den vorgegebenen Hilfs- und Rettungsfristen angesprochen.

Am Ende des Termins waren sich die Beteiligten einig, dass eine praktikable, akzeptable Lösung für Bürgerinnen und Bürger gefunden werden muss. Eine dreijährige Sperrung wäre dies nicht.

<https://www.schwaebische.de/>

📍 Hochdorf,Andreas,Stoch
•• 253

29.01.2023

„Initiative B30“ fordert Planungsbeschleunigung

(Bad Waldsee) - Ob eine Beschleunigung von Planungen auch für Straßen gelten soll, darüber streiten seit Monaten Grüne und FDP. Sie verursachen damit einen Stillstand bei der Beschleunigung von Vorhaben in der bundesweiten Infrastrukturplanung. Drei Vermittlungsgespräche zwischen Verkehrsminister Volker Wissing (FDP), Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) und Kanzler Olaf Scholz

(SPD) verliefen ergebnislos. Am vergangenen Donnerstag fand der Koalitionsausschuss nach mehrstündigen Verhandlungen keine Einigung. Dies war für die „Initiative B30“ der Anlass eines Briefes an Bundeskanzler Scholz, mit folgenden Inhalten.

Die Diskussionen der Ampelregierung zur Beschleunigung von Planungen bei Bundesfernstraßen lässt bisher Bundesstraßen und Ortsumfahrungen unberücksichtigt, so die Kritik der Bürgerinitiative. Im Netz der Bundesfernstraßen bestehen weiterhin hoch und höchst belastete Ortsdurchfahrten. Deren Umfahrungen wurden bisher häufig zu Gunsten anderer Projekte zurückgestellt. Den vielen betroffenen Menschen - dazu zählen auch die Anlieger und Nutzer der B 30 bei Enzisreute und Gaisbeuren - ist eine super lange Wartezeit nicht mehr vermittelbar. Bürgerinnen und Bürger erleben täglich höchste Belastungen mit gesundheitsgefährdenden Lebensbedingungen. Sie dürfen nicht für ihre Geduld bestraft werden und nicht ohne Hoffnung bleiben.

Im beigelegten sechsseitigen Factsheet stellt die „Initiative B30“ bedeutende Fakten dar: Das Planungsverfahren von Straßenvorhaben beträgt derzeit in Deutschland in der Regel mehrere Jahrzehnte. Eine dauerhaft unzureichende Infrastruktur schränkt die Wettbewerbsfähigkeit ein. In hoch belasteten Ortsdurchfahrten erfahren Betroffene über Jahrzehnte keine Verbesserung: Menschen und Güter stehen im Stau. Dies führt insgesamt zu enormen wirtschaftlichen sowie umwelt- und klimarelevanten Schäden. Durch Staus bedingte Ausweichverkehre belasten das untergeordnete Verkehrsnetz; sie verursachen durch Mehrlängen noch höhere Emissionen, noch höhere Belastungen der dortigen Anlieger und höhere Unfallzahlen. Bei einem Ausfall von Bundesfernstraßen entfällt der Verkehr nicht einfach: Er verlagert sich auf das untergeordnete Verkehrsnetz, das in der Regel dazu nicht ausgelegt ist. Dies führt u. a. zu Schäden an der örtlichen Infrastruktur. Die Dichte des Straßennetzes alleine sagt nichts über dessen Zustand aus.

Schlechte Straßen bedingen zudem einen unattraktiven ÖPNV. Eine Abnahme des Pkw-Verkehrs um nur 6,7 Prozent bedeutet eine Zunahme des ÖPNV um 48 Prozent. Zudem sind 79,6 Prozent des ÖPNV straßengebunden. Beim Güterverkehr zählt der größte Teil des Lkw-Verkehrs zum Nahverkehr. Erst über größere Entfernungen eignet sich die Bahn sowie zum Transport von Massengütern. Eine massive Entlastung der Straßen sei deshalb unwahrscheinlich.

Die Verkehrsmittelwahl in Deutschland erfolge auch nicht nach „Wunschvorstellungen“, sondern nach Zweckmäßigkeit und Verfügbarkeit, schreibt die Initiative dem Bundeskanzler. Im Netz der Bundesfernstraßen fehlten noch qualitative Lückenschlüsse und Engpass beseitigende Ortsumfahrungen.

Eine umweltfreundliche Verkehrswende könne nur ressortübergreifend gelingen. Denn nahezu jedes Ressort trägt zum heutigen Verkehrsaufkommen bei. Vorschläge zur funktionalen Gliederung des Verkehrsnetzes und einer Priorisierung nach bestehenden Engpässen sowie zu hoch belasteten Ortsdurchfahrten sind dem Schreiben der „Initiative B30“ beigelegt.

Bei Straßenplanungen gibt es nicht nur ein ‘Schwarz’ oder nur ein ‘Weiß’. Die Bürgerinitiative wirbt deshalb für eine Beschleunigung von Planungen auch bei Bundesfernstraßen. Mögen Sozialdemokraten in der politischen Diskussion eine baldige Einigung erreichen und den eingetretenen Stillstand beheben.

<https://www.b30neu.de/nachrichten.html&newsid=222&mode=singleview>

📄 Bundesfernstraßen, Beschleunigung, Initiative, Planungen, Straßen
•• 295

31.01.2023

Polizei kontrolliert Geschwindigkeit

(Hochdorf) - Am Montagabend kontrollierte die Polizei die Geschwindigkeit von Fahrzeugen auf der B 30 bei Hochdorf in Fahrtrichtung Biberach. Gegen 22 Uhr stoppten sie einen 57-jährigen. Der Mann war mit einem Mercedes 28 km/h zu schnell unterwegs. Erlaubt sind 100 km/h. Der Fahrer räumte den Verstoß ein. Ferner ahndete die Polizei bei drei weiteren Personen Geschwindigkeitsverstöße. Die waren zwischen 24 und 27 km/h zu schnell. Sie alle erwartet eine Anzeige.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5429452>

📄 Polizei, Geschwindigkeit

31.01.2023

20-jähriger unter Drogeneinfluss unterwegs

(Ravensburg) - Weil ein 20-jähriger Autofahrer am Montagabend in deutlichen Schlangenlinien auf der Bundesstraße 30 auffiel und Drogen konsumiert hatte, muss er mit einer Strafanzeige rechnen. Andere Verkehrsteilnehmer meldeten das Fahrzeug, welches gegen 22.30 Uhr in auffälliger Fahrweise unterwegs war. Eine Polizeistreife stoppte den Wagen am Übergang zur B 33 und stellte beim Fahrer deutliche Anzeichen auf Drogenbeeinflussung fest. Ein Drogenvortest bei dem 20-jährigen verlief positiv auf THC, sodass der Mann die Polizeibeamten zu einer Blutentnahme begleiten musste. Dem Fahrer drohen sowohl strafrechtliche, als auch fährerscheinrechtliche Konsequenzen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5429958>



134

31.01.2023

Wissing rechnet mit 34 Prozent Güterverkehrszunahme

(Berlin) - Im Koalitionsstreit um schnellere Planungsverfahren im Verkehrsbereich pocht Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) auf den Ausbau der Straße und untermauert dies nun mit neuen Zahlen. Wissing will Straßen und Brücken schneller planen. Die Grünen lehnen Beschleunigungen von Autobahnneubauten ab. Deshalb kam bisher keine Einigung zu Stande.

„Nach einer aktuellen Untersuchung wird der Güterverkehr auf der Straße bis zum Jahr 2051 um 34 Prozent zunehmen“, sagte Wissing nun dem „Reutlinger General-Anzeiger“. Die Zahlen beziehen sich auf das Basisjahr 2019. Wenn die Straße nicht ausgebaut werde, habe das massive Folgen für Deutschland. „Deshalb brauchen wir überall in Deutschland eine Beseitigung der Engpässe durch notwendige Ausbaumaßnahmen.“

<https://www.rnd.de/politik/volker-wissing-legt-im-koalitionsstreit-um-strassenausbau-neue-zahlen-vor-AOJRKFMAGRKRNPLU64BN2WTJHE.html>



Wissing, Prozent, Straße

178

31.01.2023

Solare Stromerzeugung auf rund 260 straßennahen Flächen möglich

(Stuttgart) - Durch eine Initiative der Landesregierung können in Zukunft deutlich mehr Flächen an Bundes- und Landesstraßen für die solare Stromerzeugung genutzt werden. Im ersten Schritt sollen auf rund 260 Flächen Photovoltaikanlagen zur Stromgewinnung aus regenerativen Quellen entstehen. Die Ergebnisse des Interessenbekundungsverfahrens zu bisher ungenutzten Flächen entlang von Bundes- und Landesstraßen im Land stellte die Landesregierung am Dienstag vor. Wenn alle Flächen genutzt werden, liegt der mögliche Jahresertrag bei rund 122 Gigawattstunden. Das entspricht dem Jahresverbrauch von rund 35.000 Drei-Personen-Haushalten

Insbesondere Energieversorger konnten seit Februar 2022 ihr Interesse bekunden, wenn sie eine Photovoltaikanlage auf einer Fläche in der Nähe einer Bundes- oder Landesstraße betreiben wollten. Der Aufruf fand große Resonanz: 28 Interessierte meldeten rund 650 Flächen an. 26 von ihnen bekamen am Ende eine positive Antwort. Nach Abschluss der Detailprüfung steht fest, dass rund 260 Flächen an Bundes- und Landesstraßen für den Bau von Photovoltaikanlagen in Frage kommen. Die meisten liegen

im Regierungsbezirk Stuttgart (85), gefolgt von den Regierungsbezirken Karlsruhe (74), Tübingen (71) und Freiburg (26).

In Oberschwaben wurde im Bodenseekreis jedoch nicht eine geeignete Fläche gefunden, ebenso wenig an der A 96. Die Flächen liegen vor allem an der B 30 bei Ravensburg, Bad Waldsee, Biberach, Äpfingen, Achstetten, Donaustetten, Ulm-Wiblingen und Ulm, sonst vereinzelt an der B 311 und B 312. Die genaue Lage ist noch unbekannt.

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/solare-stromerzeugung-auf-rund-260-strassennahen-flaechen-moeglich-1>

☐ Flächen, Bundes, Stromerzeugung, Landesstraßen
•• 160

Februar

01.02.2023

Neuer Streit über Sanierung von Straßen

(Düsseldorf) - Nordrhein-Westfalens Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne) wirft Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) vor, sich für den Neubau von Autobahnen einzusetzen. Wissing solle sich zuerst darum kümmern, Strecken und Bauwerke zu sanieren, so Krischer gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. Die Forderungen des Bundesverkehrsministers, besonders belastete Autobahnen auszubauen und Lücken im Autobahnnetz zu schließen, hörten sich für Krischer an wie: „Es regnet durchs Dach, aber ich mache mir Gedanken über die Gestaltung des Badezimmers.“

Der Grünen-Politiker sagte, er verstehe die Diskussion über den Autobahnbau nicht. Das Problem bei den Autobahnen seien die anstehenden Sanierungen. In Nordrhein-Westfalen müssten 873 Autobahnbrücken in den nächsten zehn Jahren saniert werden.

„Gerne können wir auch über zusätzliche Autobahn-Fahrspuren reden, aber erst dann, wenn Klimaschutzziele erfüllt und Sanierung und Erhalt von Autobahnen und Brücken angegangen und erledigt sind“, sagte Krischer. „Wer alles zur Priorität macht, macht am Ende gar nichts zur Priorität.“

<https://www.new-facts.eu/sortierung-top/deutschlandwelt-block/2023/02/01/nrw-verkehrsminister-fuer-priorisierung-von-streckensanierungen/561678/>

 Krischer, Autobahnen, Sanierung
 165

02.02.2023

Fahrzeuge stoßen an Auffahrt zusammen

(Ravensburg) - Zwei leicht verletzte Personen und Sachschaden von rund 40.000 Euro ist die Bilanz eines Verkehrsunfalls, der sich am Mittwoch kurz vor 18 Uhr auf der B 32 an der Auffahrt zu B 30 Ravensburg-Nord ereignet hat.

Ein 23 Jahre alter Audi-Fahrer war in Richtung Berg unterwegs und wollte an der Auffahrt zur Bundesstraße 30 nach links abbiegen. Dabei übersah er den Daimler eines entgegenkommenden 78-jährigen und kollidierte frontal mit dessen Wagen.

Beide Fahrer wurden vorsorglich in umliegende Krankenhäuser gebracht. Durch den wuchtigen Zusammenstoß wurden beide Fahrzeuge so stark beschädigt, dass sie abgeschleppt werden mussten. Während der Unfallaufnahme war die B 32 bis gegen 19.30 Uhr voll gesperrt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5431870>

 Auffahrt
 153

02.02.2023

85-jähriger übersieht Mazda

► **Buch, 2 Fahrzeuge, 16000 Euro Sachschaden**

(Buch) - Zwei verletzte Personen und Sachschaden von rund 16.000 Euro forderte ein Verkehrsunfall, der sich am Mittwoch gegen 14 Uhr an der Einmündung des Riedwegs zur Hauptstraße ereignet hat.

Ein 85-jähriger Mercedes Fahrer bog unachtsam nach links auf die Vorfahrtstraße ein und übersah dabei einen 23-jährigen Mazda Fahrer. Dieser konnte eine Kollision nicht mehr verhindern, wurde abgewiesen und kam mit seinem Mazda in der Folge nach rechts von der Fahrbahn ab. Er prallte zunächst gegen ein abgestelltes Fahrrad und kam an einem Gartenzaun zum Stehen.

Beide Fahrzeugführer mussten zur ärztlichen Versorgung vom Rettungsdienst in eine Klinik gebracht werden. An beiden Autos entstand wirtschaftlicher Totalschaden. Sie waren nicht mehr fahrbereit und mussten abgeschleppt werden. Am Zaun entstand ebenfalls erheblicher Sachschaden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5431902>

📄 Buch, Mazda
👤 273

02.02.2023

Fridays for Future und Sozialprofessor wollen Straßenbau stoppen

(Berlin) - Gegen die Pläne den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen zu beschleunigen will Fridays for Future an diesem Freitag in ganz Deutschland protestieren. Die Sprecherin der Bewegung, Luisa Neubauer, fordert von der Ampel-Koalition ein Autobahnmoratorium. Der De-facto-Boycott der Klimaziele durch Volker Wissing gefährde die Einhaltung jeglicher Klimaversprechen Deutschlands, schrieb sie auf Twitter.

Beste Straßen in Europa

„Kaum ein Land in Europa hat so ein enges Straßennetz wie Deutschland“, schrieb Neubauer. Einen Bedarf für Hunderte neue Autobahnkilometer sieht sie nicht. Der Bundesverkehrswegeplan, sei „weniger ein Plan, als eine Liste angesammelter Ausbau-Ideen diverser Verkehrsminister aus diversen Jahrzehnten“, kritisierte Neubauer. In einem Webinar kündigte sie an, dass Fridays for Future sich 2023 auf den Protest gegen neue Autobahnen fokussieren werde.

Straßen nicht mehr zeitgemäß

Unterstützt wird ein Ausbau-Moratorium vom Berliner Sozialprofessor Andreas Knie. Viele Annahmen, die zur Bewilligung des Autobahn-Ausbaus geführt haben, seien nicht mehr gültig, sagte er dem Tagesspiegel Background. Beschlossen wurden die Projekte vor der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg und bevor das Bundesverfassungsgericht sein Klimaschutz-Urteil gefällt hat. „Deshalb sollte die Politik jetzt sagen: Stopp mal, wir müssen gucken, wie sinnvoll diese Projekte noch sind“, findet der Soziologe vom Wissenschaftszentrum Berlin.

Verkehr habe abgenommen und werde weiter abnehmen

Die Doppelkrise der vergangenen Jahre habe nicht nur das Wirtschaftswachstum reduziert, die Pandemie habe auch das Mobilitätsverhalten verändert, erklärte Knie. „Auf Strecken über 50 Kilometer gibt es im Personenverkehr einen Rückgang der gefahrenen Kilometer um 20 bis 25 Prozent“, so der Professor unter Verweis auf ein aktuell laufendes Forschungsprojekt.

Knie geht davon aus, dass dieser in der Corona-Zeit gestartete Trend stabil bleibt. Dank Homeoffice gingen die berufsbezogenen Wege stark zurück. Zudem werde die Gesellschaft immer älter, weshalb zunehmend mehr Menschen nicht mehr zur Arbeitsstelle pendeln müssten. „Das Verkehrsaufkommen auf unseren Straßen stagniert“, sagte Knie.

Verkehrsministerium erwartet nur vorübergehenden Rückgang

Die Experten des Bundesverkehrsministeriums halten das für abwegig. Dass der Verkehr dauerhaft nicht mehr zunehmen werde, habe er noch nie gehört, sagte ein Gutachter. Das Verkehrsministerium verweist auf Anfrage auf die zuletzt im Oktober 2022 aktualisierte „gleitende Mittelfristprognose“ für das Verkehrsaufkommen.

Darin gehen die beauftragten Planungsbüros davon aus, dass der motorisierte Individualverkehr bis 2024 nicht das Vor-Corona-Niveau von 2019 erreichen wird. Dämpfend wirken sich laut einem Ministeriumssprecher der Trend zum Homeoffice sowie die gestiegenen Kraftstoffpreise nach Beginn des Ukraine-Krieges aus. Dieser Trend könne auch noch bis 2026 anhalten.

„Danach steigt das Verkehrsaufkommen im Personenverkehr aber wieder an“, sagte ein Sprecher. Zukünftig setzten sich E-Autos zunehmend durch, die geringere Betriebskosten als Verbrennerautos

haben. Das spiegelt sich auch in der „Gleitenden Langfristverkehrsprognose“ wider. Bis 2051 erwartet das Bundesverkehrsministerium 5,4 Prozent mehr motorisierten Individualverkehr.

Hoher CO₂-Preis soll Transporte unrentabel machen

Professor Knie fordert Bundesminister Wissing auf, steuernd einzugreifen. „Wenn der Transport teurer wird, werden wir wieder mehr regionale Wirtschaftskreisläufe haben“, sagt er. Mit einem hohen CO₂-Preis für den Verkehr lohne es sich nicht mehr, Joghurt durch halb Europa zu fahren. „Es wird dann schlichtweg weniger transportiert.“ Dadurch werde der Güterverkehr zurückgehen.

Wissing verwies zuletzt darauf, dass die Transportmenge auf der Straße bis 2051 jedoch um 34 Prozent steigen könnte. Die Transportleistung, die auch die gefahrenen Kilometer einbezieht, wächst nach den Prognosen seines Ministeriums sogar um 54 Prozent.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/fridays-for-future-und-mobilitaetsforscher-fokussierter-kampf-gegen-wissings-autobahnpläne-9282762.html>

🗉 Fridays,Future,Sozialprofessor,Ausbau,Neubauer
👤 178

02.02.2023

Neuer Online-Antrag beschleunigt Genehmigungsverfahren

(Berlin) - Ab sofort können Bauträger von Infrastrukturprojekten ihre planungsrechtlichen Zulassungsanträge online einreichen. Das gilt für wichtige Verkehrsträger in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV): für Bundesschienenwege, Bundesfern- und Bundeswasserstraßen sowie Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee.

Bundesminister Dr. Wissing: „Wir wollen die Planungszeiten für Infrastrukturprojekte halbieren und zwar für alle Verkehrsträger. Ein Schlüssel dazu ist die Digitalisierung. Gerade bei komplexen Bauvorhaben können wir mit digitalen Prozessen die Genehmigungsverfahren deutlich vereinfachen. In dem neuen Portal können Planungsanträge sowie Ergänzungen schneller und rechtssicher bei den Genehmigungsbehörden eingereicht werden. Schiene und Straße sind bis zum Anschlag ausgelastet. Wir brauchen dringend das Deutschlandtempo für den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur.“

Anträge auf Planfeststellung und Plangenehmigung für Bauvorhaben können nun unter <https://beteiligung.bund.de> eingereicht werden.

Mit dem neuen Online-Verfahren entfällt das postalische Einreichen von sehr umfangreichen Papierdokumenten in mehrfacher Ausfertigung. Die zuständigen Behörden können unmittelbar auf die Dokumente zugreifen und diese digital bearbeiten.

Das neue Verwaltungsportal wurde unter Gesamtprojektleitung des BMDV gemeinsam mit dem Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, dem Eisenbahn-Bundesamt, dem Fernstraßen-Bundesamt und der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt entwickelt.

Mit dem Portal wird ein zentrales Ziel des BMDV aus der Digitalstrategie der Bundesregierung umgesetzt. Es ist Teil der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), nach dem Bund und Länder ihre Verwaltungsleistungen zukünftig auch online anbieten. Das Portal soll in verschiedenen Ausbaustufen weiterentwickelt werden.

In der nächsten Stufe wird die Öffentlichkeitsbeteiligung online ermöglicht. Betroffene Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen können Einwendungen dann online abgeben. Träger öffentlicher Belange und Umwelt- und Naturschutzvereinigungen können Stellungnahmen ebenfalls online einreichen. Anschließend wird ein digitales Einwendungsmanagement eine medienbruchfreie Kommunikation zwischen allen am Verfahren Beteiligten ermöglichen.

<https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2023/009-wissing-verkehrsprojekte-im-deutschlandtempo.html>

🗉 Online, Genehmigungsverfahren, BMDV, Portal, Bundesamt
👤 444

03.02.2023

Verkehrsausschuss befasst sich mit Koalitionsstreit

(Berlin) - Am 8. Februar 2023 kommt der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages zu seiner nächsten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die ergebnislose Beratung des Koalitionsausschusses am 26. Januar 2023 über die Beschleunigung von Planungen bei der Verkehrsinfrastruktur. Die FDP beabsichtigt die Planung von Bundesfernstraßen zu beschleunigen. Die Grünen sind strikt dagegen. Die Sitzung ist nicht öffentlich.

<https://www.bundestag.de/verkehr>

☐ Verkehrsausschuss
•• 177

03.02.2023

Tempo 30 verzögert sich

(Bad Waldsee) - Die mit der ersten Fortschreibung des Lärmaktionsplans Bad Waldsee im letzten Jahr beabsichtigten Tempobeschränkungen verzögern sich. Das geht aus der letzten Sitzung des Gemeinderates hervor. Bernhard Schultes erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der geplanten Tempo 30-Zone in der Innenstadt. Oberbürgermeister Matthias Henne informierte, dass derzeit beteiligte Stellen angehört werden und mit dem Straßenamt geklärt wird, wo genau die Schilder aufgestellt werden müssen, um kontrollsicher zu sein. Im Anschluss werde die Zustimmung des Regierungspräsidiums eingeholt. Die Umsetzung und Beschilderung ist nun für das erste Quartal 2023 geplant.

https://ris.bad-waldsee.de/tops/?_UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZR5i0BIR9lwlC00pFgf00ds

☐ Tempo
•• 206

04.02.2023

Grüne: Dörfer ans Fahrradnetz anschließen

(Berlin) - Die Grünen wollen jetzt Druck machen: Deutschland brauche keine neuen Straßen. Durch den Bau der umweltschädlichen Straßen würden klimazerstörend Wälder abgeholzt und Moore trocken gelegt. Deutschland brauche für die Verkehrswende „exzellente“ Bahnverbindungen für Personen und Güter, Busse und Bahnen für alle. Menschen sollen kurze Strecken mit dem Fahrrad fahren. Dazu wollen die Grünen alle Dörfer an ein Fahrradnetz anschließen. Die Klimaschutzlücke im Verkehr ist riesig, so Stefan Gelbhaar, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion am Freitag.

<https://www.facebook.com/watch/?v=952336535789444>

☐ Dörfer, Fahrradnetz, Grünen
•• 169

06.02.2023

Schienenlobby lehnt Aus- und Neubau von Straßen ab

(Berlin) - Im Streit um den von Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) geforderten schnelleren Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen sprechen sich mehrere Schienengüter-Verbände und Gewerkschaften gegen die Pläne des Ministers aus. „Für uns ist klar, dass es keinen weiteren Autobahnneubau braucht, um das zu erwartende Güterverkehrswachstum zu bewältigen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des

Netzwerks Europäischer Eisenbahnen, Peter Westenberger, am Montag in Berlin. In dem Lobby-Verband sind vor allem Güterbahn-Wettbewerber der Deutschen Bahn organisiert.

Versorgungsengpässe über die Schiene lösen

„Die vom Verkehrsminister zur Begründung neuer Straßen herangezogenen Versorgungsengpässe sind kein Thema fehlender Infrastruktur, sondern sie sind am ehesten zu befürchten durch den Lkw-Fahrmangel, der immer schwieriger wird“, betonte Westenberger. „Deswegen glauben wir, dass die Politik gut beraten wäre, mehr auf die Schiene zu setzen.“

Schiennetz mehr als ausreichend

Unterstützt wurde Westenberger am Montag von der Allianz pro Schiene, dem Verband der Güterwagenhalter in Deutschland sowie der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL). Die derzeitige Kapazität im Schienengüterverkehr sei derzeit „nicht an der Grenze“, betonte GDL-Chef Claus Weselsky. Der Güterverkehr auf der Schiene könne sehr wohl weiter wachsen, auch wenn es dort dringend mehr Investitionen brauche.

Neubau von Schienen wichtiger als Straßen

„Neue Autobahnen sind nicht im überragenden öffentlichen Interesse, lediglich der Erhalt der Bestehenden“, betonte der Hauptgeschäftsführer der Allianz pro Schiene, Dirk Flege. Er warf der FDP vor, „eine ideologisch aufgeladene Gesinnungsdebatte“ zu führen. Über den notwendigen Aus- und Neubau der Schieneninfrastruktur höre man aus dem Ministerium nur wenig.

Ampel-Koalition immer noch zerstritten

In der Regierungskoalition tobt seit Wochen ein Streit um schnellere Planungsverfahren im Verkehr. Wissing will Straßen und Brücken schneller bauen lassen. Die Grünen lehnen Beschleunigungen von Straßenneubauten strikt ab. Auch ein Koalitionsausschuss hatte keinen Durchbruch gebracht.

<https://de.investing.com/news/economy/schiennenbranche-lehnt-aus-und-neubau-von-autobahnen-ab-2360670>

📄 Schiene,Aus,Neubau,Straßen,Westenberger
👤 215

08.02.2023

Lemke will Planungsbeschleunigung nur ohne Straßen

(Berlin) - Bundesumweltministerin Steffi Lemke hält im Koalitionsstreit über eine schnellere Verkehrsplanung eine Teileinigung ohne neue Straßen und Ortsumfahrungen für möglich. Das gelte etwa für den Ausbau der Bahn. „Wir könnten auch die schnellere Sanierung von Brücken auf den Weg bringen oder den Radwegebau verbessern. Wir könnten das nächste Woche im Kabinett beschließen“, sagte die Grünen-Politikerin der „Tageszeitung“. Die Ampelkoalition solle nicht „die sinnvolle Beschleunigung in Geiselhaft nehmen für Probleme, bei denen wir uns nicht einigen können“.

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai hatte den Grünen am Dienstag vorgeworfen, die einzigen zu sein, die bei der Planungsbeschleunigung bremsten. Die FDP dringe seit Monaten darauf, dass sämtliche Infrastrukturvorhaben in Deutschland beschleunigt geplant und gebaut werden können. „Aber da die Grünen einen ideologischen Kampf gegen die Straße führen, die im Übrigen auch klimaneutrale Verkehrsträger zum Fahren benötigen, geht es nicht voran.“

In der Regierungskoalition gibt es seit Wochen Streit um schnellere Planungsverfahren im Verkehr. Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) will nicht nur Brücken, sondern auch Autobahnen schneller bauen lassen. Das lehnen die Grünen ab. Ein Treffen der Koalitionsspitzen hatte keinen Durchbruch gebracht. Wissing argumentiert, die Straße spiele eine ganz entscheidende Rolle beim Gütertransport.

<https://www.boersennews.de/nachrichten/artikel/lemke-haelt-teileinigung-im-streit-um-verkehrsprojekte-fuer-moeglich/4012393/>

📄 Grünen,Lemke,Planungsbeschleunigung,Straßen
👤 219

09.02.2023

Gutachten zu Tempolimit offenbar politisch motiviert gefälscht

(Berlin) - Ein generelles Tempolimit soll nach Angaben des Umweltbundesamtes (UBA) wesentlich mehr Emissionen einsparen, als das in älteren Studien errechnet wurde. Nun stellte sich heraus: Das Gutachten wurde offenbar politisch motiviert gefälscht, um den Grünen Argumente für ein Tempolimit zu liefern.

Wie der „Focus“ am Mittwoch schreibt, wurde das Gutachten nach Analysen der „Welt“ in mehreren Punkten gefälscht. Die Einsparpotentiale sind nicht nur geschätzt, sondern kommen auch zum Teil durch eine seltsame Datenauswertung zustande. Sogar die Autoren der Studie weisen auf Unsicherheiten hin.

Die „Welt“ deckte folgende Manipulationen auf:

- Verwendung veralteter Daten
Die Studie greift auf Datensätze des Navigations-Dienstleisters TomTom zurück, die fast fünf Jahre alt sind.
- Daten nicht repräsentativ
Die Daten eines einzelnen bestimmten Navigationsanbieters scheinen nicht repräsentativ zu sein für alle Autos.
- Nur 15 Prozent Abdeckung
Die Daten decken nur rund 15 Prozent des Autobahnnetzes ab.
- Geschwindigkeiten zu hoch angesetzt
Viele Daten weichen sehr stark von denen anderen Studien ab. Das bezieht sich zum Beispiel auf die angeblich sehr hohe Zahl von Fahrten mit über 180 km/h. Eine Studie des IW Köln ergab nach einer Auswertung von Autobahn-Zählstellen dagegen, dass 77 Prozent aller Autofahrer nicht schneller als die Richtgeschwindigkeit 130 km/h fahren. Gerade einmal rund ein Prozent der Fahrer ist schneller als 160 km/h.
- Realitätsfremde Annahmen
Die Studie geht davon aus, dass alle Autofahrerinnen und Autofahrer sich strikt an ein Tempolimit halten. Ebenso wird behauptet, dass ein Tempolimit auf Autobahnen zu einer Verlagerung des Passagieraufkommens auf den ÖPNV führt. Das setze voraus, dass die Verkehrsmittelwahl nach gefahrener Geschwindigkeit erfolgt. Die Studie konzidiert außerdem, dass ein Teil der CO₂-Einsparungen auf Verlagerung auf langsamere Straßen und damit potentiell kürzere Strecken zurückzuführen sei.

Unter dem Strich ließe sich festhalten, „dass der angeblich fast dreimal so große Effekt im Vergleich zu früheren Tempolimit-Studien vom UBA nur sehr lückenhaft begründet wird. Es lässt sich vermuten, dass die in der Studie selbst gemachten Einschränkungen aber beiseitegeschoben wurden, weil das UBA, als direkt dem Umweltministerium“ von Steffi Lemke (Grüne) „unterstellte Behörde, unbedingt neue Argumente für ein Tempolimit liefern sollte.“

https://www.focus.de/auto/ratgeber/unterwegs/daten-werfen-fragen-auf-mit-seltsamen-tricks-rechnet-sich-das-umweltbundesamt-das-tempolimit-schoen_id_185088781.html

☐ Tempolimit, Studie, Gutachten, Daten, Prozent
•• 266

10.02.2023

Vom Sekundenschlaf übermannt

► Achstetten, 1 Fahrzeuge, 6000 Euro Sachschaden

(Achstetten) - An der Leitplanke endete am frühen Donnerstagmorgen die Fahrt eines 22-jährigen auf der B 30 bei Achstetten. Der Unfall ereignete sich kurz nach 3 Uhr. Der junge Mann fuhr mit seinem Audi in

Richtung Laupheim. Kurz nach der Auffahrt Achstetten verlor er die Kontrolle und prallte in die Leitplanke. Anstatt die Polizei zu informieren, fuhr er weiter. Erst im Laufe des Nachmittags teilte er den Unfall mit. Bei der Unfallaufnahme gab er an, dass er von einem Sekundenschlaf übermannt wurde. Bei dem Unfall entstand ein Sachschaden von etwa 6.000 Euro. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5438160>

☐ Achstetten, Sekundenschlaf, Unfall
•• 206

10.02.2023

Verkehrswende-Lobby wettet gegen Straßen

(Berlin) - Wo Straßen und Schienen ausgebaut werden sollen, steht seit Jahren im Bundesverkehrswegeplan. Als er entstand, hatte die Bundesregierung noch keine Klimaschutzziele. Die Verkehrswende-Lobby fordert nun eine Anpassung.

Konkret richtet sich die Kritik gegen alle rund 1.300 Straßenprojekte. Der Plan wurde 2016 verabschiedet, bis 2030 sollten die vordringlichen Projekte begonnen sein. „Der Bundesverkehrswegeplan, wie wir ihn vorliegen haben, ist nicht mehr zeitgemäß“, sagt Urs Maier von Agora Verkehrswende. Die inzwischen aufgestellten Klimaschutzziele spiegelten sich in dem Plan nicht wider. „Mit dem Bedarfsplan wie er besteht, ist die Emissionsminderung in der Form nicht zu machen“, so Maier. Der Plan müsse deshalb geändert werden, fordern die Klimaschützer. Die Gelegenheit dafür bietet sich jetzt. Denn etwa alle fünf Jahre muss der Verkehrswegeplan auf den Prüfstand.

„Diese Bedarfsplanüberprüfung habe ich veranlasst“, erklärte Verkehrsminister Volker Wissing (FDP). „Dazu werden entsprechende Gutachten erstellt, Verkehrsprognosen. Und es wird mitberücksichtigt, welche Klimaschutzziele die laufende Regierung verfolgt.“

Was bei der Überprüfung herauskommen muss, ist für Maier von der Agora Verkehrswende bereits klar: „Im Bundesverkehrswegeplan gibt es ein Übergewicht - auch im finanziellen Umfang - für die Straße. Es müsste anders sein. Es müsste für die Schiene deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.“ Verkehrsminister Wissing teilt eigenen Aussagen zufolge dieses Ziel, aber nicht den Weg dorthin. Dennoch werde die Straße wichtig bleiben, so der Minister. Das zeigten Studien und Prognosen.

„Wenn wir von den Gutachtern heute gesagt bekommen, ihr habt einen Anstieg des Güterverkehrs um zehn, 20, 30, 40, vielleicht 45 Prozent, dann kann der Gesetzgeber sich darüber hinwegsetzen. Aber er muss wissen, dass er dann damit Staus, Engpässe und Versorgungsprobleme produziert“, so der Minister.

Wer den Bundesverkehrswegeplan ändern will, braucht Mehrheiten - im Bundestag und Bundesrat. Und dafür sind mitunter die Stimmen der Union nötig. Der verkehrspolitische Sprecher von CDU/CSU, Thomas Bareiß, steht großen Änderungen skeptisch gegenüber. „Man kann immer Veränderungen vornehmen, die einfach gut begründet sind, aber eine grundsätzliche Revision halte ich für falsch. Die Straßen, die da jetzt drinstehen, sind wirklich auch dringend notwendig.“ Die Menschen vor Ort hätten sich darauf verlassen und der Bedarf sei da.

Das frustriert Maier. Gerade der Bundesverkehrswegeplan habe eine wichtige Lenkungswirkung, weil aus Studien hervorgehe, dass die Verkehrsinfrastruktur, die gebaut werde, den entsprechenden Verkehr nach sich ziehe. „Wer mehr Schienenstrecken baut, wird auch mehr Schienenverkehr haben“, so Maier. „Und der ist klimafreundlicher als der Straßenverkehr.“

Vor seiner Zeit bei Agora Verkehrswende arbeitete Urs Maier von 2011 bis 2016 bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH) als Projektmanager im Bereich Verkehr und Luftreinhaltung. Davor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institute of Geography and Spatial Planning an der Universität Luxemburg. 2010 wurde er dort mit einer wirtschaftsgeographischen Arbeit zu Pfadabhängigkeiten und Klimaschutz im Automobilsektor promoviert. Urs Maier ist Diplom-Geograph. Er studierte in Köln, Bonn und Göteborg.

<https://www.tagesschau.de/inland/verkehrswegeplan-105.html>

10.02.2023

Bundestag beschließt erstes Infrastruktur-Beschleunigungs-Gesetz

(Berlin) - Der Bundestag beschloss am Freitag, 10. Februar 2023, den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung bedeutsamer Infrastrukturvorhaben. Das Gesetz gilt unter anderem für die Errichtung, den Betrieb und die Änderung von Bundesfernstraßen und Landesstraßen, Bundeswasserstraßen, Dampf- oder Warmwasserpipelines, Eisenbahnen, Gewässerausbauten, Häfen, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, Kraftwerke, den Küsten- und Hochwasserschutz, Magnetschwebbahnen, Müllverbrennungsanlagen, Rangier- und Containerbahnhöfe, Straßenbahnen, Verkehrsflughäfen, Verkehrslandeplätze, Wasserkraftanlagen und Windkraftanlagen.

Mit der Beschleunigung bedeutsamer Infrastrukturvorhaben will die Bundesregierung verwaltungsgerichtliche Verfahren zeitlich straffen. Ziel ist es, die Verfahrensdauer für diese Vorhaben mit einer „hohen wirtschaftlichen oder infrastrukturellen Bedeutung“ weiter zu reduzieren, „ohne hierbei die Effektivität des Rechtsschutzes zu beeinträchtigen“.

Die Änderungen betreffen vor allem die Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Für die zu beschleunigenden Verfahren will die Bundesregierung beispielsweise die Regelung zur innerprozessualen Präklusion verschärfen und ausweiten. Abweichend von der bisherigen Kann-Regelung in Paragraph 87b VwGO soll das Gericht Erklärungen und Beweismittel, die nach Fristablauf vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlung entscheiden müssen, wenn „die Verspätung nicht genügend entschuldigt und über die Folgen einer Fristversäumung belehrt worden ist“. Laut Begründung soll so der Prozessstoff begrenzt und das Verfahren dadurch gestrafft werden.

Mit dem neuen Gesetz werden nur Gerichtsverfahren beschleunigt. Die technische Projektplanung bis zur Zulassung eines Vorhabens wird nicht beschleunigt.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw06-de-verwaltungsgerichtl-verfahren-932698>

13.02.2023

Pkw-Fahrer schleudert über Verkehrsinseln

► **Friedrichshafen, 1 Fahrzeuge, 3500 Euro Sachschaden**

(Friedrichshafen) - Nicht angepasste Geschwindigkeit ist vermutlich die Ursache für einen Unfall, der sich am Sonntag auf der B 30 im Bereich des „Seewaldkreisels“ ereignet hat.

Ein 35 Jahre alter VW-Fahrer war von Meckenbeuren kommend in Richtung Friedrichshafen unterwegs und geriet, seinen Angaben zufolge aufgrund eines die Fahrbahn querenden Wildtiers, ins Schleudern. Er überfuhr zunächst eine Verkehrsinsel, woraufhin ein Reifen seines Autos platzte. In der Folge überfuhr er an der Kreisverkehrausfahrt eine weitere Insel, beschädigte ein Verkehrszeichen und kam schließlich zum Stehen.

Während der 35-jährige Glück im Unglück hatte und mit dem Schrecken davonkam, entstand an seinem Auto rund 3.500 Euro Sachschaden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5440113>

14.02.2023

Vermögensberatung zieht ins ehemalige Café & Brot

(Ravensburg / Enzisreute) - Die Allfinanz Deutsche Vermögensberatung hat das Gebäude des ehemaligen Café & Brot in Enzisreute gekauft. Sie will das Gebäude an der B 30 als Büro-, Schulungs- und Ausbildungszentrum nutzen. Die Umbauarbeiten laufen. Der Umzug von elf Beschäftigten von der Schussenstraße in Ravensburg nach Enzisreute ist im August geplant.

Direktionsleiter Oliver Steinhart bezeichnet den neuen Standort als „hervorragend“ für ein solches Büro-, Schulungs- und Ausbildungszentrum. Neben 35 Parkplätzen gebe es direkt am Haus eine sehr gute Verkehrsanbindung. Die Teilnehmer der 71 Agenturen der Allfinanz Deutsche Vermögensberatung, darunter viele Außendienstmitarbeiter, kämen aus einem Einzugsbereich zwischen Ulm und dem Bodensee und da sei Enzisreute „in der geografischen Mitte“ geradezu ideal.

Die „Allfinanz Deutsche Vermögensberatung“ aus Ravensburg ist eine Tochtergesellschaft der „Deutschen Vermögensberatung“.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/reute-gaisbeuren/vermoegensberatung-ab-august-im-frueheren-cafe-brot-1380734>

☐ Vermögensberatung,Cafe,Brot,Ravensburg,Enzisreute
•• 194

14.02.2023

Senioren bei Autoüberschlag schwer verletzt

► **Baindt, 2 Schwerverletzte, 2 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 20000 Euro Sachschaden**

(Baindt) - Ein Verkehrsunfall, bei dem zwei Personen verletzt wurden, hat sich am Dienstag gegen 16 Uhr auf der Bundesstraße 30 bei Baindt ereignet.

Eine 74-jährige VW-Polo-Lenkerin war in Richtung Biberach unterwegs und setzte im zweistreifigen Bereich zum Überholen eines Lastwagens an. Dabei übersah sie den auf dem linken Fahrstreifen fahrenden Nissan eines 67-jährigen. Durch den Zusammenstoß wurde der Nissan abgewiesen und kollidierte in der Folge mit der Mittelleitplanke. Der Wagen der Unfallverursacherin schleuderte nach rechts eine Böschung hinab, wo er sich überschlug und auf dem Dach zum Liegen kam.

Die Unfallverursacherin und ihr 85 Jahre alter Beifahrer wurden mittelschwer verletzt. Rettungsdienste brachten sie zur weiteren medizinischen Versorgung in eine Klinik. Die beiden Insassen im Nissan kamen mit dem Schrecken davon.

An beiden Autos, die nicht mehr fahrbereit waren und abgeschleppt werden mussten, entstand Totalschaden, der auf jeweils etwa 10.000 Euro geschätzt wird. Während der Unfallaufnahme und den Bergungsmaßnahmen, bei denen auch die örtliche Feuerwehr im Einsatz war, kam es bis etwa 17.15 Uhr auf der Bundesstraße zu Verkehrsbeeinträchtigungen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5441335>

☐ Baindt,Nissan
•• 372

14.02.2023

Neuer Landrat will Verkehrsinfrastruktur verbessern

(Friedrichshafen) - Luca Wilhelm Prayon wird der künftige Landrat des Bodenseekreises sein. Der 47-jährige wurde vom Kreistag am Dienstag in Friedrichshafen mit 50 Stimmen der 52 anwesenden Kreisräte gewählt. Er tritt die Nachfolge von Amtsinhaber Lothar Wölflle an, der nach 16 Jahren und zwei vollen Amtsperioden in den Ruhestand wechselt. Prayon ist aktuell noch Bürgermeister der Gemeinde

Remchingen im Enzkreis. Er wird voraussichtlich im Juni dieses Jahres die Amtsgeschäfte im Landratsamt Bodenseekreis übernehmen.

In seiner Bewerbungsrede im Friedrichshafener Graf-Zeppelin-Haus benannte Prayon aus seiner Sicht wesentliche Herausforderungen, die der Bodenseekreis in den kommenden Jahren zu bewältigen habe. Unter anderem sprach er die Mobilität an. Prayon nannte Fußgängerfreundlichkeit, sichere und gute Fahrradwege, einen attraktiven ÖPNV, die Leistungsfähigkeit der Bahn sowie gute Straßen für den Individualverkehr als wichtige Säulen einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur, die es weiterzuentwickeln gelte.

Der 1975 in Rom geborene und in Tübingen aufgewachsene Luca Wilhelm Prayon ist Jurist und Mitglied der CDU. Nach dem Abitur studierte er Rechtswissenschaften und absolvierte das Referendariat am Landgericht in Ravensburg. 2005 wurde er parlamentarischer Berater der CDU-Landtagsfraktion in Stuttgart. Vier Jahre später kandidierte er mit Erfolg für das Bürgermeisteramt in Remchingen. 2017 wurde er im Amt bestätigt. Seit 2014 ist er Mitglied des Kreistages des Enzkreises. Prayon ist verheiratet und hat drei Kinder.

<https://www.bodenseekreis.de/aktuelles/artikel/2023/02/landrats-wahl-im-bodenseekreis-luca-wilhelm-prayon-vom-kreistag-gewaeahlt/>

🗨 Prayon, Landrat, Verkehrsinfrastruktur
👤 237

15.02.2023

Kabinett beschließt Klima-Maßnahmen-Register

(Stuttgart) - Das Kabinett hat am Dienstag das Klima-Maßnahmen-Register (KMR) verabschiedet. Das KMR ersetzt das bestehende Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept des Landes mit seinem fünfjährigen Fortschreibungsturnus durch einen kontinuierlichen Prozess. Das KMR enthält rund 250 konkrete Methoden und Instrumente für den Klimaschutz. Es soll fortlaufend um weitere Maßnahmen erweitert werden, um die Klimaschutzziele der Landesregierung zu erreichen: Bis 2030 sollen die Treibhausgase in Baden-Württemberg um mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden; bis zum Jahr 2040 soll das Land Baden-Württemberg dann netto-klimaneutral sein.

Einige Maßnahmen:

- **Umgestaltung Ortsmitten**
Fußverkehr ist zentraler Baustein für mehr gesellschaftliche Teilhabe und unterstützt die Bemühungen um Klimaschutz im Verkehr. Die Kernfunktion von Ortsmitten ist es, ein sozialer, kultureller, öffentlicher und vielfältig nutzbarer Raum zu sein, in dem der tägliche Bedarf auf engem Raum erfüllt werden kann. Bis 2030 sollen mehr lebendige und verkehrsberuhigte Ortsmitten (inkl. Teilorte und Stadtteilzentren) geschaffen werden. Dies kann auch im Zuge des Baus neuer Ortsumfahrungen erfolgen.
- **Verteuerung Parkplätze**
Aufwertung des öffentlichen Straßenraums durch Angleichung der Parkgebühren an die Erstellungskosten; Verbesserung der Qualität der Innenstädte durch möglichst flächenschonenden Umgang und weiteren Nutzungen, wie Begegnungs- und Grünflächen sowie Umwidmung von Verkehrsflächen.
- **Ausweitung Lkw-Maut**
Das Land fordert gegenüber dem Bund eine bundesweite Umsetzung einer Lkw-Maut auf Landes- und Kommunalstraßen. Sollte der Bund dies nicht realisieren, strebt das Land in der zweiten Hälfte der aktuellen Wahlperiode des Landtags eine geeignete Landesregelung an. Die weitere Ausgestaltung der konkreten Umsetzung der Lkw-Maut wird im Austausch zwischen Bund und Land geprüft.
- **Ausweitung Genehmigung Lang-Lkw**
Die Landesregierung wird die Genehmigung von Strecken zur Nutzung von Lang-Lkw ausweiten. Lang-Lkw dürfen nur wenig mehr als herkömmliche Lkw wiegen. Durch den größeren Stauraum können jedoch mehr leichte Güter auf einmal transportiert werden.

- **Verkehr multimodal und intelligent steuern**
Die Kommunen und Straßenverkehrsbehörden sorgen für eine Busbeschleunigung im Straßenraum durch städteverträgliche Anpassung und eine angemessene Bevorrechtigung für den ÖPNV; bessere Vernetzung der Verkehrsträger und Förderung intermodaler Wegeketten durch Mobilitätsstationen und Aufbau eines strategischen Verkehrsmanagements.
- **Elektromobilität und reFuels**
Förderung der Elektromobilität, u. a. durch Kombi-Förderung E-Fahrzeuge und Photovoltaik (BW-E-Solargutschein), Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur, E-Quartiershubs und Null-Emissionszonen. Weiterführen und Verstetigen der Roadmap reFuels.
- **Nachhaltiger Straßenbau**
Ressourcenschonung durch Maximalrecycling und Wiederverwertung von teerhaltigem Straßenaufbruch sowie schrittweise Umstellung der Befeuern von Asphaltmischanlagen. Darüber hinaus wird der Einsatz von Recyclingmaterial im Straßenbau des Landes ermöglicht und vorangetrieben.
- **Klimacheck im Straßenbau**
Künftige Straßenbauprojekte, die eine Förderung nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) erhalten, sollen einem Klima-Check als zusätzlichem Kriterium unterzogen werden.
- **Photovoltaik-Anlagen an Verkehrswegen**
Einsatz von Photovoltaik an der Straßeninfrastruktur in Baden-Württemberg; Potenzial- und Flächenanalyse, Pilotprojekte.
- **Mobilitätsgarantie und Mobilitätspass**
Einführung einer Mobilitätsgarantie als Leitbild im ÖPNV; Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einführung des Mobilitätspasses.
- **ÖPNV-Strategie**
Erarbeitung und Umsetzung der ÖPNV-Strategie 2030 zur Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030.
- **Radinfrastruktur**
Fertigstellung von mindestens 20 Radschnellwegen sowie des RadNETZ BW bis 2030.
- **Landeskonzept für Mobilität und Klima**
Das Landeskonzept Mobilität und Klima (LMK) stellt dar, wie die Landesregierung plant, in Baden-Württemberg eine attraktive, verlässliche, klimaschonende und barrierefreie, bezahlbare und sichere Mobilität zu ermöglichen. Dabei sollen die Vorgaben des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg im Verkehrsbereich systematisch zügig, flächendeckend und wirkungsvoll umgesetzt werden. Die Realisierung finanzwirksamer Maßnahmen des LMK wird im Rahmen einer nachhaltigen und vorausschauenden Finanzpolitik erfolgen. Die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen bleibt dem Haushaltsgesetzgeber vorbehalten und wird in den jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren unter Berücksichtigung der haushaltspolitischen Rahmenbedingungen entschieden.
- **Moorschutz und Regeneration von Mooren**
Die Reduzierung des Ausstoßes an THG-Emissionen durch organische Böden ist ein Beitrag zu den Klimaschutzziele. Die Quantifizierung CO₂-Bindungswirkung wiedervernässbarer Moore sei kurzfristig aber nicht möglich. Die CO₂-Bindungswirkung entwickelt sich außerdem erst im Laufe der Zeit aus und hängt vom weiteren Verlauf des Klimawandels ab. Die klimatische Hauptwirkung ist zu sehen in der Vermeidung oder Verlangsamung von weiteren CO₂-Nettoemissionen, die durch die Wiedervernässung entwässerter Moorböden erreicht werden kann. Der Moorschutz kann dabei unterteilt werden in naturschutzbasierten Moorschutz/Renaturierungen sowie Moorbodenschutz in Land- und Forstwirtschaft.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/alle-meldungen/meldung/pid/bericht-aus-dem-kabinett-vom-14-februar-2023#:~:text=Klima-Maßnahmen-Register verabschiedet,-Das Kabinett hat&text=Es wird fortlaufend um weitere,WÄfÄ%rttemberg dann netto-klimaneutral sein.>

📄 Lkw,Klima,Maßnahmen,Baden,Land
•• 202

16.02.2023

Kleinwagen kollidiert mit Baum

► **Wiblingen, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 3 Fahrzeuge, 35000 Euro Sachschaden**

(Wiblingen) - Auf der B 30 nahe der Abfahrt Ulm-Wiblingen ereignete sich am Donnerstagmorgen ein Unfall, bei dem eine Person schwer verletzt wurde.

Der Unfall ereignete sich gegen 7.45 Uhr im Berufsverkehr in Fahrtrichtung Ulm. Beim Fahrstreifenwechsel übersah ein Opelfahrer einen Fiat, den ein 50-jähriger lenkte. Der Opel und der Fiat stießen zusammen. Ein nachfolgender Nissan konnte nicht mehr ausweichen und stieß in den verunfallten Opel. Durch die Wucht des Aufpralls wurde der Opel weggeschleudert und prallte gegen einen Baum am Fahrbahnrand.

Während der 50-jährige im Fiat unverletzt blieb, brachten Rettungskräfte den mutmaßlichen Unfallverursacher und die 44-jährige Fahrerin des Nissan mit Verletzungen in Kliniken.

Die Verkehrspolizei Laupheim nahm die Ermittlungen auf. Sie schätzt den Schaden an den drei Autos auf rund 35.000 Euro. Der total beschädigte Opel und Nissan mussten abgeschleppt werden. Auf den 22-jährigen kommt eine Anzeige zu.

Es bildete sich ein Stau, der zeitweise bis Göggingen reichte. Die Polizei leitete den Verkehr unter halbseitiger Sperrung an der Unfallstelle vorbei.

https://www.swp.de/lokales/ulm/stau-auf-b30-bei-ulm_-unfall-bei-wiblingen-abfahrt-donaual_-sperrung-nach-crash-69226019.html

📍 Wiblingen, Opel, Baum, Fiat, Nissan
💬 346

18.02.2023

Grüne wollen Fakten bei Straßen nicht akzeptieren

(Berlin) - Der Koalitionsstreit über die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Infrastrukturvorhaben geht in eine neue Runde: Für Straßenbauprojekte fordert nun Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) die Grünen zum Nachgeben auf. „Die Grünen sagen beim Klimaschutz gerne: Wir müssen tun, was die wissenschaftlichen Gutachten sagen. Bei den Straßen sagen sie das genaue Gegenteil“, sagte Wissing der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

„Die Verkehrsprognosen sind eindeutig - das Verkehrsaufkommen, vor allem im Güterverkehr, nimmt enorm zu.“ Das sei eine fundamentale Frage, bei der die FDP das Feld nicht räumen könne. Wissing machte zugleich deutlich, dass ihm ein umfangreiches Neubauprogramm vorschwebt. „Wenn Sie mich fragen, welche Projekte des vordringlichen Bedarfs aus dem Bundesverkehrswegeplan gebraucht werden, kann ich nur sagen: alle.“

FDP und Grüne streiten seit Monaten um ein geplantes Gesetz für die schnellere Planung und Genehmigung von Infrastrukturprojekten. Während die Grünen nur die aus ihrer Sicht klimafreundliche Vorhaben wie Windräder oder Eisenbahnstrecken beschleunigen wollen, will die FDP auch den Neubau von Straßen zu einem Vorhaben von „überragendem öffentlichen Interesse“ erklären. Die Grünen sind strikt dagegen. Sie argumentieren, dass Straßen Moore und Wälder vernichten und dem Klima schaden.

<https://www.fuldainfo.de/verkehrsminister-erhoeht-in-autobahnstreit-druck-auf-die-gruenen/>

📍 Straßen, Grünen, Grüne, Wissing, FDP
💬 205

19.02.2023

Fahrzeuglenker kollidiert mit Leitplanke

► Ravensburg, 1 Fahrzeuge

(Ravensburg) - Ein bislang unbekannter Fahrzeuglenker ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag auf der B 30 in Fahrtrichtung Ulm, zwischen den Ausfahrten Ravensburg-Süd und -Nord, auf bislang ungeklärter Art und Weise von der Fahrbahn abgekommen. Dabei kollidierte das Fahrzeug gegen ca. 2:00 Uhr mit der Leitplanke und beschädigte diese über 50-70 Meter. Im Rahmen der Kollision verteilte sich Erde auf den rechten und linken Fahrstreifen. An der Leitplanke konnte die Polizei schwarze Lackantragungen feststellen. Zur Reinigung der Fahrstreifen musste die Feuerwehr hinzugezogen werden. Das Polizeirevier Ravensburg bittet um sachdienliche Hinweise unter Telefonnummer (07 51) 80 30.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5444687>

📍 Ravensburg, Leitplanke, Fahrzeuglenker
👤 234

20.02.2023

Aufstieg zur B 30: Baugrunderkundungen für die Tunnelplanung

(Biberach) - Der Landkreis Biberach plant den Bau einer neuen Verbindung von der L 267 (Ulmer Straße) im Bereich des Gewerbegebiets Aspach (Stadt Biberach) zur B 30 zwischen den bestehenden Anschlussstellen Jordanbad und Barabein als „Aufstieg B 30“.

Der „Aufstieg B 30“ stellt die Verlängerung der 2013 fertiggestellten Nordwestumfahrung Biberach im Zuge der K 7532 dar und enthält im Bereich der Rißhänge einen 900 Meter langen Tunnel.

Um für den Tunnelabschnitt ordnungsgemäß weiterplanen zu können, müssen auf verschiedenen Grundstücken voraussichtlich ab der Woche vom 27. Februar bis zum 3. März Baugrunderkundungen durchgeführt werden.

Dazu beauftragte das Straßenamt des Landkreises ein Ingenieurbüro. Von den Erkundungen sind Grundstücke zwischen der L 267 und der B 30 im Bereich der Gemarkungen Biberach, Mettenberg und Warthausen betroffen. Die Erkundungen finden nur außerhalb der bebauten Gebiete statt.

Das Straßenamt ist bemüht mögliche Schäden auf den Grundstücken so gering wie möglich zu halten. Sollten doch Schäden entstehen, werden Grundstücksbesitzerinnen und Grundstücksbesitzer gebeten, diese innerhalb von zwei Wochen dem Straßenamt, Andreas Walter, Telefon (0 73 51) 52 - 68 31, E-Mail: andreas.walter@biberach.de, mitzuteilen.

<https://www.biberach.de/de/Aktuelles/Nachrichten/Nachricht?view=publish&item=article&id=1526>

📍 Biberach, Baugrunderkundungen, Bereich, Straßenamt
👤 216

21.02.2023

Männer streiten am Romanshorner Platz

(Friedrichshafen) - Nach einer handfesten Auseinandersetzung am Montagnachmittag gegen 16 Uhr am Romanshorner Platz muss ein 30-jähriger mit einer Anzeige rechnen. Den bisherigen Ermittlungen zufolge war er mit seinem 52 Jahre alten Kontrahenten in Streit geraten und attackierte sein Gegenüber in der Folge mit Schlägen und Tritten. Angaben des 52-jährigen zufolge soll er auch eine Glasflasche gegen den Kopf bekommen haben.

Die Polizei konnte die Streithähne am Hafengebäude antreffen und trennen. Der 30-jährige wurde vorläufig festgenommen. Dabei schlug der Mann seinen Kopf mehrfach offenbar absichtlich auf den Boden, weshalb er vom Rettungsdienst in eine Klinik gebracht werden musste. Der 52-jährige wurde durch den

Angriff leicht verletzt. Eine ärztliche Versorgung war jedoch nicht erforderlich. Auf den 30-jährigen kommt nun eine Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung zu.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5446661>

📍 Romanshorner, Platz
👁️ 141

22.02.2023

Werkstatt im Solarpark ausgebrannt

(Laupheim) - Am Dienstag brannte bei Laupheim ein Gebäude im Solarpark Vorholz völlig aus. Ein Zeuge entdeckte den Brand, den er gegen 11.45 der Polizei meldete. Die Polizei und Feuerwehr fuhren deshalb zum Solarpark. Dort stand ein Gebäude im Vollbrand. Der Brand-Schwerpunkt war zunächst im oberen Dachbereich. Im unteren Gebäudeteil befand sich eine Autowerkstatt. Diese war zur Brandzeit nicht in Betrieb. Personen befanden sich nicht im Gebäude.

In der Werkstatt befanden sich neben speziellen Werkzeugen neun Oldtimer. Das Feuer zerstörte letztlich das gesamte Gebäude und alle Gegenstände. Der Eigentümer der Fahrzeuge schätzt den Schaden an den Autos auf insgesamt 1.000.000 Euro. Der Eigentümer des Gebäudes schätzt den Schaden am Bauwerk auf 100.000 Euro.

Durch den Brand wurden keine Personen verletzt. Das Feuer griff nicht auf angrenzende Gebäude oder Solaranlagen über, so dass dort kein zusätzlicher Schaden entstand.

Im Bereich der angrenzenden B 30 kam es kurzzeitig zu Verkehrsbehinderungen durch Rauchentwicklung. Die Polizei Laupheim ermittelt die Brandursache. Hierzu liegen noch keine Erkenntnisse vor. Möglich ist aus Sicht der Ermittler ein Defekt an der Solaranlage.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5446853>

📍 Solarpark, Gebäude, Werkstatt, Laupheim, Brand
👁️ 203

23.02.2023

Umweltverbände poltern wieder gegen Fernstraßen

(Berlin) - Mehrere Umweltverbände fordern, alle Fernstraßenprojekte in Deutschland umgehend zu stoppen. Der „Bau, Betrieb und Unterhalt der Autobahnen und Bundesstraßen trägt entscheidend zur Verschärfung der Klimakrise bei“, heißt es in einem neuen gemeinsamen Papier von Greenpeace und dem Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND), wie die Nachrichtenagentur dpa berichtet.

Der Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen verursache deutlich mehr klimaschädliche CO₂-Emissionen als im Umweltbericht zum Bundesverkehrswegeplan 2030 vorgesehen. Zudem machten sie das Autofahren attraktiver, wodurch die dort zurückgelegte Entfernung steige, monierten die Verbände.

Greenpeace-Mobilitätsexpertin Lena Donat plädierte dafür, den Bundesverkehrswegeplan einem „Klima-Check“ zu unterziehen und zu prüfen, ob die Klimaziele damit eingehalten werden können. „Bis dahin sollten alle Fernstraßen-Projekte auf Eis gelegt werden.“ Der BUND kritisiert das Planungsinstrument der Bundesregierung als unhaltbar bei Straßen, nicht aber der guten Schienen.

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2023/autobahnbau-auf-eis/>

📍 Umweltverbände, Fernstraßen
👁️ 182

23.02.2023

Ministerium: Brückenneubau nur ohne B 30-Ausbau

(Hochdorf) - Der Biberacher Landtagsabgeordnete Thomas Dörflinger stellte im Landtag eine kleine Anfrage zum Stand der Planungen des Neubaus der beiden B 30-Großbrücken bei Hochdorf. Außerdem ist es ihm gelungen, den Amtsleiter des Verkehrsministeriums in Stuttgart zu überzeugen, sich Anfang Mai ein Bild vor Ort zu machen.

Wie das Ministerium für Verkehr antwortet, bestehe im Land eine große Anzahl an zu erneuernden Brücken. Standardmäßig würden die Straßen gesperrt, die alten Brücken abgerissen und dann neu gebaut. Dazu müsse der Verkehr während dieses Zeitraums umgeleitet werden.

„Wir haben bei den Brücken einen großen Sanierungsstau und daher wählt das Land in der Regel das günstigste Verfahren, damit mit dem vorhandenen Geld möglichst viele Projekte umgesetzt werden können“, erklärt Dörflinger.

Verkehrsführung noch unklar

Das Ministerium weist darauf hin, dass die Planung des Neubaus der beiden Großbrücken noch ganz am Anfang stehe. Wie das Bauverfahren ablaufe und wie die Verkehrsführung verlaufe, sei noch nicht festgelegt. Es habe aber eine erste Anhörung gegeben. Das Regierungspräsidium Tübingen prüfe derzeit die Stellungnahmen der Bürgermeister, des Landratsamtes Biberach und der Polizei.

Brückeneinschub zu teuer

Den Vorschlag der Gemeinde Hochdorf beide Brücken an Ort und Stelle neben den alten Brücken zu bauen, dann die alten abzureißen und die neuen einzuschieben bewertet das Verkehrsministerium als zu teuer. Es sei mit einer längeren Bau- und Planungszeit sowie höheren Kosten zu rechnen.

Kombination mit Ortsumfahrung Degernau wird abgelehnt

Dörflinger fragte an, ob es nicht von Vorteil sei, den Brückenneubau mit dem Bau der Ortsumfahrung von Ingoldingen und Degernau zu verknüpfen. Das Verkehrsministerium lehnt diese Idee ab. Es handele sich um zwei Projekte mit ganz unterschiedlichen Zielen. Bei einer Kombination sei mit Verzögerungen zu rechnen.

B 30-Ausbau wird abgelehnt

Bei der Frage, ob es sinnvoll sei, die gesamte Strecke zwischen dem Jordanbad bis nach Hochdorf zweibahnig auszubauen zeigt sich das von den Grünen geführte Ministerium abgeneigt. Laut Thomas Dörflinger ist die Baumaßnahme im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlich“ eingestuft. Infolgedessen wäre es nur logisch, auch den B 30-Abschnitt, der über die Brücken führt, auszubauen. Das Verkehrsministerium widerspricht dem. Der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen von 2016 sehe nur nördlich von Hochdorf-Schweinhausen einen vierstreifigen Ausbau der B 30 im vordringlichen Bedarf vor. Das Land hat die Planung dennoch bis heute nicht aufgenommen. Für den südlichen Streckenabschnitt mit den beiden Brückenbauwerken sei nach dem aktuellen Bedarfsplan auch kein Ausbau vorgesehen. Daher werden die Ersatzneubauten der beiden Brückenbauwerke mit zwei Fahrstreifen geplant. Tatsächlich findet sich im Bedarfsplan dazu keine Aussage.

Ersatzneubau nur nach Landesstandard

„Überall dort, wo das Verkehrsministerium bei Baumaßnahmen von der Norm abweicht, besteht die Gefahr, dass dies zum neuen Standard wird. Das will das Land vermeiden“, erklärt Dörflinger. „Unser Ziel ist es den Entscheidern zu verdeutlichen, dass die Situation in Hochdorf eine ganz besondere ist und vom Standard abweicht.“ Wenn der Amtschef des Verkehrsministeriums Anfang Mai komme, werde man die Strecke gemeinsam abfahren. „Im direkten Gespräch und vor Ort wird es viel einfacher sein aufzuzeigen, welche Konsequenzen der mehrjährige Umleitungsverkehr haben würde“, so Dörflinger. Wenn der Amtschef für die Sache gewonnen werde, sei man einen großen Schritt weiter.

<https://www.schwaebische.de/regional/biberach/hochdorf/geplante-b30-sperrung-vor-ort-termin-mit-amtschef-koennte-die-wende-bringen-1413409>

24.02.2023

Frau bestohlen: Ehemann rastet aus

(Friedrichshafen) - Nachdem ein Taschendieb am Donnerstagabend gegen 21.30 Uhr im Bereich des Kreisverkehrs Mühlöschstraße/Ailinger Straße zugeschlagen hat, ermittelt die Polizei und sucht Zeugen.

Zunächst hatte eine 55-jährige die Ailinger Straße mit ihrem Fahrrad überquert und hielt daraufhin kurz an. Darauf soll sich ein Jugendlicher genähert und die Handtasche der Frau aus dem Fahrradkorb gestohlen haben. Er rannte in Richtung Schmitthenersiedlung davon. Der junge Mann wird als 15 bis 17 Jahre alt, schlank und etwa 180 cm groß beschrieben. Bekleidet war er mit einer schwarzen Jacke, einer aufgezogenen Kapuze und einer schwarzen Hose. Eine umgehend eingeleitete Fahndung führte nicht zur Festnahme des Täters. Sachdienliche Hinweise zu Tat und Täter nimmt die Polizei unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 entgegen.

Im Anschluss soll der stark alkoholisierte 57-jährige Ehemann des Diebstahlopfers selbst auf die Suche nach dem Dieb gegangen sein. In deren Verlauf war er offensichtlich derart in Rage geraten, dass er um etwa 23.30 Uhr in der Paulinenstraße einen vollkommen fremden 49-jährigen Mann anging. Hochaggressiv soll er sein Gegenüber mit einer Taschenlampe zu Boden geschlagen und mit Tritten attackiert haben. Erst als Passanten einschritten, ließ der Mann von weiteren Übergriffen ab.

Ein Rettungsdienst brachte den schwer verletzten 49-jährigen zur medizinischen Versorgung in eine Klinik. Den 57-jährigen, der einen Atemalkoholwert von über 2,4 Promille hatte, erwartet eine Anzeige. Die Hintergründe der Tat sind Gegenstand der polizeilichen Ermittlungen, die der Polizeiposten Altstadt übernommen hat.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5449611>

25.02.2023

Regierungspräsidium führt Erkundungsbohrungen durch

(Meckenbeuren) - Das Regierungspräsidium Tübingen führt ab dem 13. März bis voraussichtlich Anfang April 2023, im Bereich der geplanten Aus-/Neubaustrecke der B 30 zwischen Friedrichshafen und Ravensburg/Eschach, geologische Bohrungen zur Baugrunderkundung durch.

Die Bohrungen sind notwendig, um die aus dem Korridor der Variante Ost bereits vorliegenden geologischen Daten und Erkenntnisse zu detaillieren und zu ergänzen. Darauf aufbauend wird die Ost-Trasse in der Entwurfsplanung in ihrer Lage und Höhe genauer ausgearbeitet.

Das Regierungspräsidium Tübingen macht die Grundstückseigentümer darauf aufmerksam und bittet um Verständnis, dass sie verpflichtet sind, die notwendigen Arbeiten auf ihren Grundstücken zu dulden. Auch dürfen vorhandene Markierungszeichen nicht beseitigt oder beschädigt werden.

Das Regierungspräsidium ist bemüht, Flurschäden zu vermeiden. Auf die örtlichen Verhältnisse und den vorhandenen Aufwuchs wird Rücksicht genommen. Für Vermögensnachteile, welche durch die Arbeiten auf den Grundstücken dennoch entstehen sollten, kann eine angemessene Entschädigung geltend gemacht werden. Ansprüche sind an das Regierungspräsidium Tübingen, Abteilung 4 zu richten.

Lagepläne der Untersuchungspunkte können über nachfolgenden Link online eingesehen werden:

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/abt4/b-30-fn-rv/erkundungsbohrungen/>

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/abt4/b-30-fn-rv/erkundungsbohrungen/>

28.02.2023

Eisplatte fällt von Laster

► **Dellmensingen, 2 Fahrzeuge, 500 Euro Sachschaden**

(Dellmensingen) - Am Montag verursachte eine Eisplatte auf der B 30 einen Schaden an einem VW. Gegen 7.40 Uhr war eine 56-jährige in Richtung Ulm unterwegs. Bei Dellmensingen überholte sie einen Laster. Zeitgleich stürzte vom Auflieger eine Eisplatte herunter. Die Eisplatte prallte auf die Motorhaube des VW. Die Frau notierte sich das Kennzeichen und informierte die Polizei, die Ermittlungen nach dem Fahrer des Lkw aufnahm. Am Auto entstand ein Schaden von etwa 500 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5451601>

☐ Dellmensingen,Eisplatte,Laster

11 212

28.02.2023

Landratskandidaten äußern sich zu Ortsumfahrungen

(Ravensburg) - Der Ravensburger Kreistag wählt am 7. März 2023 einen neuen Landrat. Die „Schwäbische Zeitung“ sprach mit Amtsinhaber Harald Sievers (CDU) und seinem Herausforderer, der Tübinger Regierungsvizepräsident, Utz Remlinger (CDU) über große Themen im Landkreis. So wollte sie wissen, für welche Umgehungsstraße im Landkreis die Kandidaten sich entscheiden würden, wenn der Bund nur noch Geld für ein Projekt bereitstellen würde.

Sievers verweist in seiner Antwort auf eine politisch gemeinsam erarbeitete Priorisierung. Im geltenden Bundesverkehrswegeplan gebe es vier Ortsumfahrungsprojekte im Kreis, die 2017 in folgende Rangfolge gebracht wurden: 1. Ortsumfahrung B 32 Ravensburg (Molldietetunnel), 2. Ortsumfahrung B 30 Bad Waldsee-Enzisreute/Gaisbeuren, 3. Ortsumfahrung B 32 Fronreute, 4. Ortsumfahrung B 12 Isny-Großholzleute. Unabhängig von den Projekten des Bundes arbeite der Landkreis im Auftrag des Kreistages an einer Ortsumfahrung von Kißlegg, die Sievers gemeinsam mit dem Kißlegger Gemeinderat am Herzen liegt. Außerdem habe er dem Kreistag vorgeschlagen, zeitnah eine neue Prioritätenliste für das Radwegebauprogramm aufzustellen.

Remlinger betont dagegen, dass er als Regierungsvizepräsident mit an der Spitze der zuständigen Planungsbehörde stehe und ihm die notwendigen und wünschenswerten Infrastrukturprojekte bekannt sind. Auch Remlinger verweist auf die Prioritätenliste. Neben dem Molldietetunnel in Ravensburg seien die B 30-Umfahrung in Gaisbeuren und Enzisreute zu nennen. Über die Dringlichkeit herrsche parteiübergreifend Konsens. Langfristige Ziele seien die B 12 in Großholzleute oder die B 32 in Staig, Blitzenreute und Boms. Grundsätzlich ist es ihm wichtig sicherzustellen, dass der Landkreis keinerlei Verzögerungen bei solch komplexen Projekten zu verantworten habe.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/was-die-ravensburger-landrats-kandidaten-zu-wichtigen-themen-sagen-1425251>

☐ Ortsumfahrung,Landkreis,Ravensburg

11 277

März

01.03.2023

Beteiligter nach Auffahrunfall geflüchtet

► **B30 alt, 2 Fahrzeuge**

(Ravensburg) - Einen Verkehrsunfall verursacht und im Anschluss das Weite gesucht hat ein unbekannter Autofahrer am Montag gegen 17.30 Uhr in der Ravensburger Straße.

Der Verursacher erkannte zu spät, dass eine vorausfahrende 18-jährige mit ihrem VW beim Abbiegen in die Jahnstraße anhielt, um einen Fußgänger passieren zu lassen, der die Straße überquerte. Er fuhr auf den VW auf und verursachte an diesem einen Schaden von mehreren hundert Euro. Während die 18-jährige nach dem Unfall anhielt, fuhr der unbekannte Lenker, der einen grauen Pkw fuhr, die Jahnstraße davon.

Der querende Fußgänger sowie weitere Personen, die Hinweise zu dem Flüchtigen geben können oder den Unfall beobachtet haben, werden gebeten, sich unter Tel. (07 51) 8 03 - 33 33 beim Polizeirevier Ravensburg zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5453257>



190

01.03.2023

Auffahrunfall an Einmündung

► **Unteressendorf, 2 Fahrzeuge, 5000 Euro Sachschaden**

(Unteressendorf) - Unachtsamkeit führte am Dienstag zu einem Unfall bei Unteressendorf. Gegen 14.30 Uhr fuhr ein 60-jähriger mit seinem Smart in Unteressendorf in der Waldseer Straße in Richtung der B 30. Eine 72-jährige fuhr vor ihm in gleicher Richtung. Die Frau war mit einem Suzuki unterwegs und bremste an der Einmündung. Das bemerkte der 60-jährige zu spät und fuhr in das Heck des Suzuki. Verletzt wurde niemand. Die Polizei Biberach hat den Unfall aufgenommen und ermittelt den genauen Unfallhergang. Den Schaden an den noch fahrbereiten Autos schätzt die Polizei auf etwa 5.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5452813>



Unteressendorf, Einmündung



288

02.03.2023

Grüne und Klimaaktivisten demonstrieren am Wochenende

(Ravensburg) - Grüne und Klimaaktivisten planen in den nächsten Tagen mehrere Demonstrationen. Los geht es am Freitag, 3. März 2023 mit einer Versammlung von Fridays for Future in Ravensburg von 11 bis 13 Uhr. Die Versammlung beginnt mit einem Demonstrationmarsch vom Bahnhof über die Georgstraße, Meersburger Straße, Karlstraße und Schussenstraße zum Marienplatz. Dort findet eine Abschlusskundgebung statt.

Am Samstag, 4. März 2023, demonstriert die Waldbesetzung im Altdorfer Wald mit Klimaaktivisten von „Wald statt Asphalt“ und Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen auf einer Fußgängerbrücke über der B 30 mit Transparenten und Spruchbändern gegen den Ausbau von Autobahnen. Während der Demonstration wird die Geschwindigkeit auf 60 km/h reduziert.

Am Sonntag, 5. März 2023, von 14 bis etwa 17 Uhr, plant der ADFC eine Demonstration für den Radschnellweg von Friedrichshafen nach Baidt. Start ist auf der ehemaligen B 30 in Unteressendorf. Die Teilnehmer fahren dann über die Jahnstraße, Zwingerstraße, Karlstraße, Ulmer Straße, Parkstraße, Kuppelnaustraße, Gartenstraße, über Weingarten und Baienfurt bis nach Baidt. In Weingarten findet eine Kundgebung statt.

☐ Klimaaktivisten,Grüne,März
•• 181

02.03.2023

Gemeinderat berät über „Rasthof“

(Bad Waldsee) - Der Gemeinderat Bad Waldsee kommt am Montag zu seiner nächsten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht unter anderem eine Beratung zum „Vorhabenbezogenen Bebauungsplan ‘Abfahrt B 30 Nord‘“. Beschlossen werden soll der Entwurf.

Der Gemeinderat beschloss am 25.02.2019 den Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Abfahrt B 30 Nord“ und die örtlichen Bauvorschriften hierzu. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt. Für das Vorhaben ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig. Die Firma lu.pe GmbH aus Günzburg ist Vorhabenträger und hat im vergangenen Jahr das Projekt wieder aufgegriffen und die Planung, die in mehreren Bauabschnitten realisiert werden soll, konkretisiert.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst eine Gesamtfläche von ca. 2,35 Hektar. Es ist die Errichtung einer Tankstelle mit einem Tankstellenshop bis 180 m² Verkaufsfläche, ein Waschpark, eine Systemgastronomie mit bis zu 80 Sitzplätzen innen und bis zu 40 Sitzplätzen außen sowie ein 3-geschossiges Hotel Garni mit bis zu 80 Zimmern und Konferenzräumen vorgesehen. Neben den Werbungen an den einzelnen Gebäuden wird die Errichtung eines Werbepylon angestrebt.

Für das Vorhaben wurden mittlerweile zahlreiche Gutachten erstellt. Es wurde eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung durch das Büro Zeeb & Partner, Ulm erstellt. Für die Brutvogelarten Goldammer und Gelbspötter sind vorgezogene artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen, sogenannte CEF-Maßnahmen notwendig, die im weiteren Verfahren erarbeitet und mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt werden.

Das Vorhaben wird durch eine Ein- und Ausfahrt an die Kreisstraße 8033 angebunden. Auf der Kreisstraße gibt es künftig eine Linksabbiegespur und eine Bushaltestelle mit Aufstellbereich. Somit ist dieser Standort auch über den öffentlichen Personennahverkehr an die Innenstadt angeschlossen. Der für dieses Jahr geplante Geh- und Radweg südlich der Kreisstraße in Richtung Kreisverkehr wurde in der Planung mitberücksichtigt.

Eine direkte Anbindung an die B 30 ist damit nicht vorgesehen. Verkehrsteilnehmer gelangen über die Abfahrt Bad Waldsee-Nord zur Kreisstraße. Darüber hinaus sind wenige Bus- und Lkw-Parkplätze vorgesehen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Abfahrt B 30 Nord“ und die örtlichen Bauvorschriften hierzu, Gemarkung Bad Waldsee können in der übersandten Planfassung vom 13.02.2023 als Entwürfe beschlossen werden. Als weitere Verfahrensschritte sind die Anhörung der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie die Offenlage für einen Monat vorgesehen.

https://ris.bad-waldsee.de/vorqanq/?_UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZXyFm1muwwMQGDhB42liLas

☐ Gemeinderat,Waldsee,Kreisstraße,Bebauungsplan,Verfahren
•• 228

03.03.2023

Wissing stellt neue Verkehrsprognosen vor

(Berlin) - Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) stellte am Freitag neue Verkehrsprognosen bis zum Jahr 2051 vor. Demnach soll der Güterverkehr auf der Straße besonders stark anwachsen, aber auch auf der Schiene. Wie die Gutachter erläuterten, steigt der Verkehr vor allem

in den südlichen Regionen sowie den Großräumen Hamburg und Berlin. Dagegen nimmt der Verkehr im Saarland sowie in den östlichen Bundesländern mit Ausnahme des Großraums Berlin ab.

Hamburg, Berlin und Süddeutschland besonders betroffen

Besonders starke Verkehrszuwächse werden bereits im Jahr 2036 erwartet, in den Regionen: Allgäu, Augsburg, Berlin, Bodensee-Oberschwaben, Donau-Iller, Hamburg, Heilbronn-Franken, Hoahrhein-Bodensee, Ingolstadt, Lausitz-Spreewald, Mittelfranken, München, Oberland, Oderlande-Spree, Regenbung, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Südlicher Oberrhein, Südostoberbayern, Westmittelfranken.

Prognosen reichen bis 2051

Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing stellte in Berlin die Prognose gemeinsam mit dem Studienautor Tobias Kluth von Intraplan vor. Sie reicht bis ins Jahr 2051 und berücksichtigt u. a. ein deutlich gestiegenes Bevölkerungswachstum, Veränderungen durch die Energiewende und Folgen des Ukraine-Krieges.

Güterverkehr steigt um 54 Prozent

Bis 2051 wird der Verkehr überall in Deutschland zunehmen, besonders stark im Güterbereich. Im Vergleich zu 2019, dem letzten Jahr vor der Corona-Pandemie, steigt die Verkehrsleistung um die Hälfte - von 679 auf 990 Milliarden Tonnenkilometer. Der Lkw bleibt dabei das dominierende Verkehrsmittel und nimmt sogar noch an Bedeutung zu (plus 54 Prozent Zuwachs auf der Straße). Aber auch der Güterverkehr auf der Schiene legt um ein Drittel zu, während die Wasserstraße stagniert.

Personenverkehr steigt um 13 Prozent

Der Personenverkehr wird um 13 Prozent auf fast 1.400 Milliarden Personenkilometer in 2051 ansteigen. Bei den einzelnen Verkehrsträgern gibt es starke Zuwächse beim Bahn- und Luftverkehr von über 50 Prozent, auch der Radverkehr legt spürbar zu (plus 36 Prozent), während der Straßenpersonenverkehr nur geringfügig wächst. Trotzdem bleiben Auto und Motorrad mit Abstand das beliebteste Fortbewegungsmittel. Mehr als zwei Drittel aller Wege werden damit zurückgelegt.

Wissing erteilt Ideologie eine Absage

Bundesminister Dr. Wissing betonte: „Ich richte meine Verkehrspolitik an den tatsächlichen Begebenheiten aus, an Zahlen, Daten und Fakten und nicht an politischem Wunschdenken. Die Ergebnisse der neuen Langfrist-Verkehrsprognose machen deutlich: Der Verkehr in Deutschland wird in jeder Hinsicht zunehmen. Um einen Verkehrsinfarkt zu verhindern, brauchen wir jetzt dringend das Deutschlandtempo für den Ausbau aller Verkehrsträger - auch der Straße. Ich kämpfe dafür, dass die Menschen in unserem Land frei bestimmt ihren Mobilitätsbedürfnissen nachkommen können und unsere Wirtschaft wächst - auch dank einer guten Verkehrsinfrastruktur.“

Güterstrukturwandel: Weniger Kohle, mehr Sendungen

Ausschlaggebend für die starke Zunahme des Verkehrs auf der Straße ist ein Strukturwandel im Güterverkehr. Durch die Energiewende gibt es einen starken Rückgang bei Massen- und Energiegütern wie Kohle, Koks, Mineralölprodukte, Erze, die bisher vor allem auf Schiene und Wasserstraße transportiert wurden.

Ein großes Wachstum gibt es bei Gütern, die überwiegend auf der Straße befördert werden. Hierzu zählen Postsendungen (plus 200 Prozent), Sammelgüter (plus 91 Prozent) sowie Stückgüter, z. B. Nahrungs- und Genussmittel (plus 29 Prozent).

Ein vollbeladener Zug, der zuvor rund 2.000 Tonnen Kohle transportierte, erreicht mit Stückgut nur einen Bruchteil hiervon. Bei gleicher zurückgelegter Transportstrecke verliert die Bahn daher Anteile im Modal-Split. Dieser gibt Auskunft über die prozentualen Anteile der Verkehrsmittel an der gesamten Verkehrsleistung. Trotz Annahme von ambitionierten Ausbauplänen stößt die Bahn an die Grenzen der Leistungsfähigkeit und kann die zusätzlichen Verkehre nicht aufnehmen.

Grüne Energiewende im Gebäudesektor führt zu starker Verkehrssteigerung

Deutschland steht des Weiteren vor einem klimaneutralen Umbau der mehr als 19 Millionen Wohngebäude. Dächer und Wände müssen gedämmt, Heizungen und Fenster ausgetauscht werden. Dies erzeugt einen Baustellenverkehr in neuen Dimensionen. Die Anlieferung vor Ort wird nicht mit der Bahn oder dem Binnenschiff erfolgen können.

Neues Instrument der Verkehrsprognose

Mit der neuen Gleitenden Langfrist-Verkehrsprognose reagiert das BMDV auf neue Dynamiken im Verkehrsbereich. Sie ermöglicht erstmals einen Blick in das Verkehrsgeschehen bis ins Jahr 2051 und wird künftig jedes Jahr basierend auf neuen Daten und absehbaren Entwicklungen aktualisiert.

<https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2023/017-wissing-pk-verkehrsentwicklung-deutschland.html>

 Berlin, Jahr, Prozent, Verkehr, Straße
 197

03.03.2023

Einbruch in Wertstoffhof

(Gaisbeuren) - Bereits am vergangenen Wochenende zwischen dem 25. und 27. Februar ist ein Einbrecher in den Wertstoffhof zwischen Gaisbeuren und Bad Waldsee eingestiegen. Der Täter schaltete die Kameraüberwachung aus und hebelte ein Fenster des Bürogebäudes auf. Dort durchsuchte er mehrere Schubladen und Schränke. Er stahl eine Tasche sowie eine Arbeitsweste. Im Anschluss brach er das Schloss zu einer Lagerhalle auf, es gelang ihm aber nicht, die Tore zu öffnen und ins Innere zu gelangen. Der Schaden, der durch den Diebstahl entstanden ist, dürfte eher gering ausfallen. Der Polizeiposten Bad Waldsee hat Ermittlungen zu dem Einbruch eingeleitet. Personen, die sachdienliche Hinweise geben können, werden gebeten, sich unter Tel. (0 75 24) 40 43 - 0 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5455253>

 Einbruch, Wertstoffhof
 149

04.03.2023

Grüne akzeptieren Verkehrsprognose nicht

(Berlin) - Am Freitag stellte Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing (FDP) neue Verkehrsprognosen bis zum Jahr 2051 vor. Demnach steige der Güterverkehr auf der Straße, gegenüber dem Jahr 2019, um 54 Prozent sowie der Personenverkehr insgesamt um 13 Prozent. Besonders hoch seien Verkehrszunahmen bereits im Jahr 2036 in den Großräumen Hamburg und Berlin sowie in Süddeutschland.

Die Verkehrsprognosen wurden anhand wissenschaftlicher Daten und Fakten erarbeitet. Sie dienen dazu das voraussichtliche Verkehrsgeschehen für einen zukünftigen Zeitpunkt möglichst realistisch einzuschätzen. Die Ergebnisse fließen in die Infrastrukturplanung ein. Es handelt sich damit um eine Einschätzung auf Basis von Realitäten und nicht um einen Verkehrsvermehrungsplan.

Kritik kam dennoch prompt von den Grünen und Umweltverbänden: Sie bezweifeln die Richtigkeit einer Prognose, die für die Straße Verkehrszuwächse sieht, die auch noch höher sind, als für die Schiene und das Fahrrad.

Lemke stellt Prognose in Frage

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) stellte die Prognose eines stark wachsenden Güterverkehrs auf der Straße in Frage. „Ich bin skeptisch, ob alle prognostizierten Bedarfe so eintreten werden“, sagte sie dem Nachrichtenportal t-online und begründete ihre Skepsis: „Beim Ausbau der Elbe hat man auch über viele Jahre mit einem Bedarf argumentiert, der nie auch nur ansatzweise eingetreten ist.“ In allererster Linie müsse das vorhandene Straßennetz ertüchtigt werden. Das betreffe vor allem

hunderte sanierungsbedürftige Brücken. „Darauf müssen wir uns konzentrieren, um zumindest das, was jetzt schon rollt, am Rollen zu halten.“

Gastel kündigt Widerstand gegen Straßen an

Der bahnpolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Matthias Gastel, aus Baden-Württemberg, kündigte auf Twitter Widerstand an: „Diese Verkehrsprognose kann für keine Infrastrukturplanung die Grundlage sein. Es wurden weitgehend die Entwicklungen aus der Vergangenheit in die Zukunft übertragen, statt Entwicklungen nach Konzept zu steuern.“

Diehl sieht keinen Bedarf für neue Straßen

Katja Diehl berät Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) in der Landesverkehrspolitik. Auch sie zeigte sich wenig erfreut über die neue Verkehrsprognose: „Wo bleibt die Vision und die Veränderung? Eigentlich sollte Wissing den Status Quo hinterfragen.“ Deutschland habe eines der dichtesten und besten Straßennetze. Die Schiene müsse ausgebaut werden, um die Fahrgastzahlen bis 2030 zu verdoppeln. „Das Ziel erreichen wir nicht mit Autobahnen“.

Umwelthilfe will mehr Bahnverkehr

Erbost zeigte sich die Deutsche Umwelthilfe: „Die vorgestellten Zahlen sowie begleitenden Äußerungen der FDP und ihres Verkehrsministers machen deutlich: Diese Partei hat kein Interesse an moderner und zukunftsfähiger Verkehrspolitik und auch nicht an der Einhaltung rechtsverbindlicher Klimaziele. Stattdessen opfert sie all das dem Ausbau der Straße.“

Beim Ausbau der Schiene, der zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor besonders wichtig sei, ruhe sich Wissing auf einer Verkehrszunahme von nur 33 Prozent im Jahr 2051 aus, statt 50 Prozent im Jahr 2030 zu erreichen.

„Wie lange wollen Grüne und SPD sich noch von einer Partei, die sich in der Sonntagsfrage knapp über die 5-Prozent-Hürde hievt, durch die Manege ziehen lassen? Wir fordern Klimaschutzminister Habeck und den selbsternannten Klimakanzler Scholz auf, diese rückwärtsgewandte und zukunftsgefährdende Verkehrspolitik nicht mehr hinzunehmen!“

<https://www.weser-kurier.de/wirtschaft/umweltressort-sieht-prognose-des-verkehrsministers-skeptisch-doc7p6uvi3r16fdpnbv8t>

🗉 Grüne, Jahr, Prozent, Verkehrsprognose, Wissing
👁 265

05.03.2023

Jugendforum Weingarten demonstrierte für Verkehrswende

(Ravensburg) - Das Jugendforum Weingarten (JuFo) demonstrierte am Samstag 4. März 2023 zur Förderung einer nachhaltigen Verkehrswende. Von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr befestigten Aktivist*innen mehrere Transparente an einer Fußgängerbrücke über der B 30 bei Ravensburg. Die Versammlung stand unter dem Motto „Autobahnausbau stoppen, Autobahnen blockieren“, wie das JuFo mitteilt.

B 30 als ignorante, klimaschädliche Fehlentwicklung für Mensch und Umwelt

Das Bündnis Wald statt Asphalt hatte zu den Aktionstagen aufgerufen, um auf die Missstände des Klimawandels und die mit dem Verkehr zusammenhängende Problematik aufmerksam zu machen. Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und erfordert schnelles Handeln. Der Verkehrssektor ist dabei ein bedeutender Treiber des Klimawandels, insbesondere durch den hohen Anteil an CO₂-Emissionen, so das JuFo.

„Die Autobahnen, wie auch die Bundesstraße 30, sind ein Symbol dieser Entwicklung und stehen stellvertretend für den bedenkenlosen Umgang mit begrenzten Ressourcen und der Ignoranz gegenüber den Folgen für Mensch und Umwelt“, so Tom Ilsten (17).

Tempolimit gefordert

Während der Veranstaltungsdauer wurden mehrere Transparente an die Fußgängerbrücke der Ortsumfahrung befestigt. Darauf war zusammengenommen zu lesen: „TeMpoliMit Jetzt! Seht ihr GEHT doch!“. Zudem befand sich auf dem ersten Banner ein durchgestrichenes Autobahnsymbol. Wegen des Banners wurde auf der B 30 die Geschwindigkeit auf 60 km/h reduziert.

Verkehrswende weltweit fördern

Das JuFo Weingarten möchte eine Verkehrswende fördern, die auf erneuerbare Energien und einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs setzt und damit einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. „Wir im Westen haben eine besondere Verantwortung, die Verkehrswende voranzutreiben und auch in Entwicklungsländern zu unterstützen. Wir müssen uns bewusst werden, dass eine globale Verkehrswende gemeinsame Anstrengungen aller Länder und Gesellschaften erfordert“, so Sina Wagner (23).

JuFo: Autofahrer begrüßen Aktion

Die Mehrheit der Autofahrenden habe sich durch Hupen, Daumen nach oben oder Peacezeichen mit den Aktivist*innen solidarisiert. „Heute haben wir gesehen, wie viele Autofahrer*innen unseren Forderungen zustimmen und sich für eine solidarische und zukunftsorientierte Mobilitätswende aussprechen“, so Yara Antonic (20).

https://www.instagram.com/p/CpYDuycoyOC/?utm_source=ig_web_copy_link

📍 Verkehrswende,Weingarten,JuFo,Jugendforum
👤 442

06.03.2023

Grüne wollen Ortsumfahrungen stoppen

(München) - Die Grünen im Landtag von Bayern verlangen einen Stopp aller Straßenbauprojekte im Freistaat. „Wir wollen keinen Straßenneubau mehr in Bayern“, sagte die Chefin der grünen Landtagsfraktion, Katharina Schulze, am Montag in München. Bund und Land sollen nach Auffassung der bayerischen Grünen zwar noch Geld in den Erhalt bestehender Straßen und in die Sanierung stecken. Alle Aus- und Neubauvorhaben, insbesondere Ortsumfahrungen oder die Verbreiterung von Autobahnen und Bundesstraßen, müssten ausgesetzt und auf den Prüfstand gestellt werden.

„Wir brauchen keine Straßen mehr“, das Netz in Bayern sei „abschließend fertig ausgebaut“, bekräftigte der Verkehrsexperte der Fraktion, Markus Bächler. Das dafür vorgesehene Geld solle stattdessen in den öffentlichen Nahverkehr und den Ausbau des Schienennetzes fließen.

Bächler kritisierte Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU), der in den laufenden Haushaltsberatungen 450 Millionen Euro im Jahr für die Staatsstraßen haben wolle, 100 Millionen Euro mehr als zuletzt.

Das ist für die Grünen ein Skandal. Viele Straßen würden nicht gebaut, weil sie sinnvoll seien oder wenigstens sinnvoller als andere, sondern weil einzelne Politiker besonders effektive Lobbyarbeit betrieben.

<https://www.sueddeutsche.de/bayern/strassen-gruene-bayern-ausbau-nahverkehr-1.5763563>

📍 Ortsumfahrungen,Grünen,Straßen
👤 308

06.03.2023

Lkw verliert Ladung

► Biberach, 2 Fahrzeuge

(Biberach) - Nicht mehr ganz am Ziel angekommen ist die Ladung eines Lkw, der am Freitag auf der B 30 bei Biberach fuhr. Ein durch die Ladung beschädigtes Auto musste abgeschleppt werden.

Der Unfall ereignete sich kurz vor 17 Uhr zwischen Biberach-Jordanbad und der Anschlussstelle Biberach-Nord. Der 44-jährige Fahrer hatte über die Ladefläche seines Mercedes-Laster keine Sicherheitsplane gespannt. Während der Fahrt flog ein Teil der Ladung vom Laster und landete in der Windschutzscheibe eines nachfolgenden Nissan.

Die 46-jährige Nissan FahrerIn blieb unverletzt. Es entstand ein Sachschaden von mehreren hundert Euro. Der Nissan musste abgeschleppt werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5456263>

📍 Biberach,Ladung,Lkw
👥 254

07.03.2023

Gemeinderat stimmt für „Raststätte“

(Bad Waldsee) - Die Planungen für eine „Raststätte“ an der B 30-Abfahrt Bad Waldsee-Nord können fortgesetzt werden. Der Gemeinderat beschloss am Montag den Entwurfsbeschluss zum Bau der Anlage in einem eigens ausgewiesenen Sondergebiet. Der Beschluss wurde mit deutlicher Mehrheit gefasst.

Auf einer Gesamtfläche von rund 2,35 Hektar plant die lu.pe GmbH aus Günzburg den Bau einer Tankstelle mit einem Tankstellenshop, einen Waschpark sowie eine Systemgastronomie und ein Hotel garni. Das Vorhaben wird durch eine Ein- und Ausfahrt an die Kreisstraße 8033 angebunden. Die Anlage ist weiterhin für Pkw ausgelegt. Lkw sind weniger erwünscht.

Als weitere Verfahrensschritte sind vorgesehen: Anhörung der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie die Auslegung der Pläne für einen Monat.

<https://www.diebildschirmzeitung.de/diebildschirmzeitung/bad-waldsee/bad-waldsee-le/14887-heute-abend-gemeinderatssitzung-es-geht-um-den-haushalt-und-um-die-raststaette>

📍 Gemeinderat,Raststätte
👥 173

07.03.2023

Freie Wähler fordern Tempo bei Anschlüssen

(Bad Waldsee) - Der Gemeinderat beschloss am Montag den Etat der Stadt Bad Waldsee für das Jahr 2023 einstimmig. Von 57,3 Millionen Euro sind 22,2 Millionen Euro für Investitionen vorgesehen. Der Haushalt kommt ohne neue Schulden und ohne Steuererhöhungen aus.

In den Haushaltsreden hoben die Sprecher der Fraktionen aktuelle Themen der Stadt und Ortschaften hervor. So forderte Bernhard Schultes von den Freien Wählern Oberbürgermeister Matthias Henne auf, für die Anschlüsse der Landesstraßen 300 und 316 an die B 30-Ortsumfahrung Bad Waldsee zu kämpfen. Die Planungen für den Ausbau bzw. die Umlegung der B 30 bei Gaisbeuren und Enzisreute seien offenbar gestartet. Bevor hier nennenswerte Ergebnisse spruchreif würden, dauert es noch lange, merkte Schultes an.

Die CDU legte in ihrer Rede einen Schwerpunkt auf die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bad Waldsee und den Klimaschutz. Grüne und SPD ist der sparsame Umgang mit Flächen wichtig. Problematisch sei dabei der notwendige Bau von Wohnungen.

<https://www.diebildschirmzeitung.de/diebildschirmzeitung/bad-waldsee/bad-waldsee-le/14911-die-haushaltsreden-der-fraktionen>

📄 Waldsee
💬 439

07.03.2023

Neue Fahrradampel soll Radfahrer schützen

(Reute) - Weil Meckenbeurer Radfahrer offenbar nicht in der Lage sind den Büfangweg in Reute sicher zu queren, gibt es dort nun eine neue Fahrradampel.

Wenn die Bedarfsampel an der Kreuzung der B 30 mit dem Büfangweg Fahrzeuge auf der Bundesstraße anhält, um dem Verkehr aus der Moosstraße und aus Richtung Tettang Vorrang zu gewähren, springt nun einige Meter weiter auf dem landwirtschaftlichen Weg auch eine Fahrradampel auf Rot.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/meckenbeuren/neue-ampel-soll-radfahrer-in-reute-stoppen-und-schuetzen-1444749>

📄 Fahrradampel,Radfahrer
💬 183

08.03.2023

B 31 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Eriskirch und Kressbronn

(Bodenseekreis) - Das Regierungspräsidium Tübingen lässt ab Montag, 27.03.2023 auf der B 31 zwischen Eriskirch und Kressbronn den Fahrbahnbelag erneuern. Die Arbeiten dauern bis voraussichtlich zum 07.06.2023. Die Umleitung des Verkehrs in Richtung Friedrichshafen verläuft bis einschließlich dem 12.05.2023 über die B 467, L 333 und B 30. Gleichzeitig zur Fahrbahndeckenerneuerung findet eine Instandsetzung der Argenbrücke bei Langenargen-Oberdorf statt. Die Brückensanierung wird voraussichtlich bis Ende Oktober 2023 andauern.

Die Fahrbahndeckenerneuerung ist in 3 Bauabschnitte aufgeteilt. Die Abschnitte 1 und 2 von der Anschlussstelle Eriskirch bis zur Anschlussstelle Oberdorf sind für den Zeitraum vom 27.03.2023 bis 12.05.2023 geplant; Abschnitt 3 von der AS Oberdorf - AS Kressbronn vom 27.03.2023 bis zum 07.06.2023.

Zur Durchführung der Arbeiten ist es erforderlich, die B 31 zwischen dem Anschluss Eriskirch und Kressbronn halbseitig zu sperren und einen Einbahnverkehr in Richtung Lindau einzurichten. Der Verkehr in Richtung Lindau verbleibt auf der B 31, während die Gegenrichtung an der Anschlussstelle Kressbronn ausgeleitet und umgeleitet wird. Die Umleitungsstrecke führt über die B 467 nach Tettang, von dort über die L 333 zur B 30 nach Lochbrücke und über die B 30 nach Friedrichshafen.

Ab dem 13.05.2023 ändert sich die Umleitungsstrecke. Diese führt dann über die B 467, K 7706 bei Gießenbrücke und Oberdorf zurück zur B 31.

Während der Baumaßnahme ist die Zufahrt auf die B 31 in Eriskirch in Richtung Friedrichshafen entweder über die AS Eriskirch oder über die AS Schlatt möglich.

Die Kosten der Fahrbahndeckenerneuerung von ca. 3,7 Mio. Euro werden vom Bund getragen.

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/presse-und-soziale-medien/pressemittelungen/artikel/b-31-fahrbahndeckenerneuerung-zwischen-eriskirch-und-kressbronn/>

📄 Eriskirch,Kressbronn,Fahrbahndeckenerneuerung,Oberdorf,AS
💬 178

10.03.2023

Feuerwehrabteilung Reute-Gaisbeuren blickt auf ereignisreiches Jahr 2022 zurück

(Reute) - Bei der Hauptversammlung der Einsatzabteilung Reute-Gaisbeuren konnte Abteilungskommandant Bernd Miller am Montagabend Ortsvorsteher Achim Strobel, den Gesamtkommandanten Alois Burkhardt und den stellvertretenden Kommandanten Thomas Woserau sowie zahlreiche Feuerwehrangehörige der Abteilung im Gerätehaus in Reute begrüßen.

In seinem 20. Jahresbericht blickte Miller zurück auf ein ereignisreiches Jahr 2022. Die aktuell 25 aktiven Mitglieder absolvierten 23 Einsätze, darunter vier schwere Verkehrsunfälle und einen Pkw-Brand auf der B 30. Des Weiteren vier Brände an und in Gebäuden sowie Ölspurens, Unwettereinsätze und Brandmeldeanlagen.

Bei 24 Übungen wurde für die oft herausfordernden Einsätze trainiert und mehrere Mitglieder bildeten sich bei verschiedenen Lehrgängen weiter. Nach den Corona-Jahren sind alle sehr froh, dass sich Übungen und Lehrgänge, aber auch der kameradschaftliche Teil mit dem Kirbemontag und der Weihnachtsfeier wieder normalisiert haben.

Beim Bürgerfest und Altstadtfest im Juli beteiligte sich die Abteilung an den Sicherheitswachen im Festgebiet, welche zum Sicherheitskonzept dieser Veranstaltungen gehörten.

Ortsvorsteher Achim Strobel dankte in seinem Grußwort für die ständige Einsatzbereitschaft an 365 Tagen im Jahr. Ebenso dankte er Abteilungskommandant Bernd Miller für 20 Jahre Führungsarbeit als Abteilungskommandant.

Kommandant Alois Burkhardt lobte die Kameraden für ihre tatkräftige Unterstützung bei vielen auch psychisch sehr belastenden Einsätzen im vergangenen Jahr. Besonders hob er das Engagement der noch jungen Kameraden hervor, die auch bei den schweren Verkehrsunfällen sehr gut gearbeitet haben. Gerade der Nachwuchs sichert den Fortbestand dieses so wichtigen Ehrenamts. Daher warb Burkhardt auch dafür, dass sich alle für die Nachwuchsgewinnung stark machen.

<https://www.diebildschirmzeitung.de/diebildschirmzeitung/bad-waldsee/bad-waldsee-le/14954-feuerwehrabteilung-reute-gaisbeuren-hatte-hauptversammlung>

☐ Reute, Jahr, Gaisbeuren, Miller, Burkhardt
👁 186

10.03.2023

Genehmigung des neuen Regionalplans verschiebt sich weiter

(Bodensee-Oberschwaben) - Im Jahr 2021 beschloss die Verbandsversammlung des Regionalverbandes für die Raumordnungsregion Bodensee-Oberschwaben einen neuen Regionalplan. Die Genehmigung in Stuttgart steht weiterhin aus. Die SPD will sich nicht weiter in Geduld üben und fordert das Land auf, mit Hochdruck an der Genehmigung des Regionalplans zu arbeiten, damit Kommunen und Unternehmen Planungssicherheit haben.

Prüfung besonders komplex

„Verwaltungen, Kommunen und Firmen warten auf eine Genehmigungsentscheidung, da immer noch der alte Regionalplan aus dem Jahre 1996 rechtskräftig ist“, schreibt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion im Bodenseekreis Norbert Zeller. Die SPD-Fraktion hält diesen Zustand nicht für akzeptable, weshalb sich Zeller nun an die Landesministerin für Landesentwicklung und Wohnen, Nicole Razavi, wandte.

Es handle sich in diesem Fall um einen besonders komplexen Regionalplan, antwortete die Ministerin, wegen der Vielzahl an Unterlagen, der Vielschichtigkeit der Themen und Problemstellungen. Es sei nicht vermeidbar, dass die intensive Prüfung „ein verhältnismäßig großes Zeitfenster“ in Anspruch nehme. Ein

Problem beim neuen Regionalplan sind laut Razavi die Zielabweichungsverfahren „für vier regionale Schwerpunkte für Industrie und Gewerbe in der Region Bodensee-Oberschwaben“.

Regionalverband rechnet mit Genehmigung in diesem Jahr

„Wir gehen davon aus, dass der Regionalplan im Laufe dieses Jahres genehmigt wird“, sagt Wolfgang Heine, Direktor des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben. Ein genauer Zeitpunkt sei noch nicht bekannt. Bis dahin müsse der Regionalverband bei jeder Stellungnahme den noch gültigen Regionalplan von 1996 berücksichtigen und den neuen Plan, der schon Wirkung zeige, etwa bei der vorgeschriebenen Bruttowohndichte für neue Wohngebiete.

BUND gegen neuen Regionalplan

Grundsätzliche Kritik am neuen Regionalplan kommt weiterhin von der „Initiative zukunftsfähiger Regionalplan“. „Der Regionalplan Bodensee-Oberschwaben darf so nicht genehmigt werden“, fordert Silvia Pilarsky-Grosch, Landesvorsitzende des Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), in einer Pressemitteilung der Initiative. „Das Ministerium muss den Regionalplan an die Klimaziele anpassen“, lautet die Forderung. Kritikpunkte sind vor allem der Flächenverbrauch und der Abbau von Ressourcen, vor allem von Kies.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/friedrichshafen/auch-wegen-hirschlatt-pruefung-des-regionalplans-zieht-sich-weiter-hin-1451370>

📄 Regionalplan, Genehmigung, Regionalplans
👤 257

10.03.2023

Hermann stellt Sanierungsprogramm 2023 vor

(Stuttgart) - Im Jahr 2023 sind in Baden-Württemberg rund 250 Erhaltungsmaßnahmen im Bundes- und Landesstraßennetz geplant. In erster Linie sollen Fahrbahnen, Brücken, Stützwände, Radwege und Böschungen instandgesetzt werden. Insgesamt investieren Bund und Land mehr als 400 Millionen Euro für laufende sowie neue Erhaltungsmaßnahmen.

Minister Hermann: Erhaltung vor Umbau, Ausbau und Neubau

Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) erklärte anlässlich der Vorstellung des Sanierungsprogramms 2023 für den Straßenbau in Baden-Württemberg: „Wir sanieren mit großem Aufwand zahlreiche Straßen und Brücken. Die Mittel des Bundes werden wir auch in diesem Jahr wieder zielgerichtet und effektiv einsetzen. Unser Ziel: eine intakte und zukunftsfähige Straßeninfrastruktur in Baden-Württemberg. Nach wie vor gilt: Erhaltung vor Umbau, Ausbau und Neubau.“

Sanierungsprogramm 2023

Im Jahr 2023 werden in Baden-Württemberg rund 120 Projekte im Bundes- sowie rund 130 Projekte im Landesstraßennetz auf den Weg gebracht. Das Programm umfasst eine Vielzahl an Erhaltungsmaßnahmen an Fahrbahnen beziehungsweise Fahrbahndecken. Im Bundesstraßennetz erstrecken sich diese auf eine Gesamtlänge von rund 200 Kilometer, im Landesstraßennetz auf rund 220 Kilometer. Darüber hinaus wird die Sanierung von knapp 30 Kilometern Radwege in der Baulast des Bundes bzw. des Landes angegangen. Auch sind im Sanierungsprogramm 2023 rund 120 Erhaltungsmaßnahmen an Bauwerken - vor allem an Brücken und Stützwänden - enthalten.

Das Land investiert rund 165 Millionen Euro in den Erhalt der Landesstraßen. Der Bund stellt für die Erhaltung der Bundesstraßen im Jahr 2023 insgesamt 236 Millionen Euro zur Verfügung.

Hermann lobt Sanierungs-Priorisierung

„Das Vorgehen nach Prioritäten hat sich bewährt, wenn es gilt, Defizite in der Straßeninfrastruktur zu beseitigen. Den Weg der Sanierung gilt es konsequent weiterzuverfolgen. Aufgrund der Altersstruktur insbesondere der Brücken werden in den kommenden Jahren verstärkte Anstrengungen erforderlich sein“, betonte der Minister. „Für die Sanierung geben wir heute bereits ein Vielfaches dessen aus, was vor

12 Jahren investiert wurde. Und für die anfallenden Brückensanierungen in den kommenden Jahren werden wir noch mehr tun müssen.“

Maßnahmen in Oberschwaben

Im Jahr 2023 ist bisher unter anderem geplant:

- B30 Brückeninstandsetzung über L 259 bei Laupheim
- B30 FDE Biberach-Nord - Laupheim-Mitte (Fahrtrichtung Ulm)
- B31 Brückeninstandsetzung über die Argen bei Langenargen-Oberdorf
- B31 FDE Eriskirch – Kressbronn
- B32 FDE AS Wangen-West - Herfatz – Wangen
- B32 Brückenersatzneubau über die Untere Argen bei Herfatz
- B32 FDE Schwarzenbach – Haid
- B312 FDE OD Biberach (Waldseerstraße)
- L207 Instandsetzung Stützwand bei Echbeck
- L207 FDE Ellenfurt - Echbeck (BA 1)
- L207 FDE Immenstaad - Kluffern (BA 2)
- L301 Ersatzneubau Stützwand in OD Hauerz
- L301 FDE OD Hauerz
- L308 Brückenersatzneubau über die Eschach in Leutkirch
- L314 FDE Baierz (L 301) – Treherz
- L314 FDE Kimpfler - Bad Wurzach
- L320 FDE Göttlishofen – Christzhofen
- L333 Instandsetzung Lärmschutzwand in Primisweiler

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/mehr-als-400-millionen-euro-fuer-den-erhalt-von-strassen-im-land>

📄 FDE,Jahr,Hermann,Baden,Württemberg
👁 196

10.03.2023

Kleinbus flüchtet nach Unfall

(Appendorf) - Am Donnerstag verursachte ein bisher Unbekannter gegen 17.00 Uhr bei Hochdorf-Appendorf einen Unfall. Im Anschluss flüchtete er.

Ein 51-jähriger fuhr mit seinem VW Multivan offenbar auf der parallel zur B 30 verlaufenden Kreisstraße von Biberach in Richtung Appendorf. Auf Höhe der Brücke über die B 30, kam von der B 30, ein weißer Kleinbus. Der Fahrer missachtete offenbar an der Einmündung die Vorfahrt des 51-jährigen und bog in Richtung Biberach ab. Der Fahrer des VW Multivan führte deshalb eine Vollbremsung durch. Dennoch berührten sich die Autos. Der bisher unbekannte Lenker des weißen Kleinbusses setzte die Fahrt jedoch fort. Er kümmerte sich nicht um den Schaden. Diesen schätzt die Polizei auf 3.000 Euro.

Das Polizeirevier Biberach hat Ermittlungen nach dem Unbekannten aufgenommen und sucht Zeugen, die Hinweise zu dem Unfall geben können. Diese werden gebeten, sich unter der Telefonnummer (0 73 51) 44 70 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5460772>

📄 Unfall,Kleinbus,Appendorf,Biberach
👁 203

10.03.2023

Leichtkraftradfahrer bei Unfall verletzt

► **Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge**

(Friedrichshafen) - Nach einem Verkehrsunfall, der sich am Freitagmorgen gegen 4.30 Uhr an der Einmündung der Eckener Straße mit der Montfortstraße ereignet hat, ermittelt die Polizei und bittet um Hinweise zum flüchtigen Unfallverursacher.

Ein bisher unbekannter Autofahrer bog nach links auf die Montfortstraße ab und nahm dabei einem stadteinwärts fahrenden Leichtkraftrad-Lenker die Vorfahrt. Der 49-jährige Zweiradfahrer musste stark abbremsen, um eine Kollision zu verhindern und kam aufgrund der nassen Fahrbahn ins Rutschen. Er stürzte und zog sich dabei leichte Verletzungen zu. Ein Rettungsdienst brachte den Mann zur weiteren Untersuchung in eine Klinik.

Der Unfallverursacher setzte seine Fahrt fort, ohne sich um den Verletzten sowie die Schadensregulierung zu kümmern. Zeugen des Unfalls und Personen, die Hinweise zum Autofahrer geben können, werden gebeten, sich unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 an die Polizei Friedrichshafen zu wenden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5460724>

📍 Friedrichshafen
👥 259

10.03.2023

Straßenbaumaßnahmen im Alb-Donau-Kreis, Stadtkreis Ulm und dem Landkreis Biberach im Jahr 2023

(Tübingen) - Das Regierungspräsidium Tübingen plant im Jahr 2023 zahlreiche Straßenbaumaßnahmen auf den Bundes- und Landesstraßen im Alb-Donau-Kreis, im Stadtkreis Ulm und im Landkreis Biberach durchzuführen und das Radwegenetz weiter auszubauen.

„Der Erhalt der Verkehrswege und der Ausbau von Radwegen und Straßen sind in unserem ländlich geprägten Regierungsbezirk von besonders großer Bedeutung. Die Investitionen in den Verkehrssektor sind zur Sicherung der Wirtschaftskraft und zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit unabdingbar. Baumaßnahmen führen jedoch zwangsläufig auch immer zu vorübergehenden Einschränkungen und Verkehrsbehinderungen. Ich möchte mich daher schon jetzt bei den Bürgerinnen und Bürgern ganz herzlich für Ihr Verständnis und ihre Geduld während der für das Jahr 2023 vorgesehenen Arbeiten bedanken“, so Regierungspräsident Klaus Tappeser.

Über den genauen Beginn und Ablauf der folgenden Baumaßnahmen sowie die hierfür erforderlichen Verkehrsumleitungen wird das Regierungspräsidium in gesonderten Pressemitteilungen jeweils vor dem Baubeginn informieren.

Neubaumaßnahmen

Neubau der B 311 bei Erbach als Querspange zur B 30

Bei der knapp sechs Kilometer langen und auf rund 54 Millionen Euro veranschlagten Neubaumaßnahme wurden in den Vorjahren umfangreiche landschaftspflegerische und artenschutzrechtliche Vorarbeiten umgesetzt. Im vergangenen Jahr wurden parallel zu den fortlaufenden Brückenarbeiten eine Gas-, eine Abwasser- und eine Wasserleitung von der Süd- auf die Nordseite der B 311 verlegt.

Mit den beiden Großbrücken über die Donau und den Donaukanal sind inzwischen 7 von 14 Brücken vollständig oder nahezu fertiggestellt. Weitere fünf Brücken befinden sich derzeit im Bau. Die Fertigstellung dieser Bauwerke ist für den Herbst 2023 vorgesehen.

In diesem Jahr werden neben dem Abschluss der Brückenbauarbeiten vor allem die im Sommer des letzten Jahres begonnenen Erdarbeiten für den Straßenbau weitergeführt. Gleichzeitig

werden Planung und Ausschreibung der beiden verbleibenden Brücken vorangetrieben, damit diese parallel zum Straßenbau in den nächsten zwei Jahren hergestellt werden können.

Erhaltungsmaßnahmen

B 10, Fahrbahndeckenerneuerung Ulm-Uni (K 9915) bis Ulm-West

Nachdem im letzten Jahr die Gegenrichtung einen neuen Belag erhalten hat, wird in der zweiten Maihälfte mit den Arbeiten für die Erneuerung des Fahrbahnbelags der B 10 zwischen der Ausfahrt Ulm/Uni und der A 8-Anschlussstelle Ulm/West begonnen. Der rund 1,6 Kilometer lange Abschnitt ist mit rund 1,6 Millionen Euro veranschlagt. Die Arbeiten sollen vor den Pfingstferien begonnen und Mitte Juni abgeschlossen werden.

B 30 Fahrbahndeckenerneuerung Biberach-Nord bis Laupheim-Mitte

Die Fahrbahn der B 30 wird von der Anschlussstelle Biberach-Nord bis über die Anschlussstelle Laupheim-Süd hinaus in Richtung Laupheim-Mitte in Fahrtrichtung Ulm erneuert. Für den rund 4,7 Kilometer langen Abschnitt sind rund 1,5 Millionen Euro veranschlagt. Die Arbeiten sollen in der ersten Maihälfte beginnen und Mitte Juni abgeschlossen sein.

B 30 Instandsetzung der Brücke über die L 259 bei Laupheim

Im Zuge der B 30 wird bei Laupheim die Brücke über die L 259 instandgesetzt. Die Arbeiten an dem rund 34 Meter langen und rund 14 Meter breiten Bauwerk aus dem Jahr 1988 sollen im Juli beginnen und im Oktober abgeschlossen sein. Die Kosten sind mit 650.000 Euro veranschlagt.

B 311 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Unlingen und Obermarchtal

Die Fahrbahn der B 311 zwischen Unlingen und Obermarchtal wird auf einer Länge von rund 1,9 Kilometern für rund 700.000 Euro erneuert. Es ist vorgesehen, die Arbeiten in der zweiten Junihälfte durchzuführen.

B 312 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Riedlingen und Hailtingen

Die Fahrbahn der B 312 erhält ab dem Ortsausgang Riedlingen bis zum Ende der Ortsdurchfahrt Riedlingen/Hailtingen auf einer Länge von rund 4,3 Kilometern für zirka 1,4 Millionen Euro einen neuen Fahrbahnbelag. Die Arbeiten sollen nach den Osterferien beginnen und Mitte Mai abgeschlossen sein.

B 465 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Ehingen und Altsteußlingen

Die B 465 erhält zwischen Ehingen und Altsteußlingen in zwei Bauabschnitten mit einer Gesamtlänge von rund 4,5 Kilometern für zirka 1,4 Millionen Euro eine neue Fahrbahndecke. Der erste Abschnitt zwischen der Kreuzung mit der „Max-Planck-Straße“ bzw. „Am Wenzelstein“ und dem Abzweig „Wolfsgurgel“ soll ferienbedingt in der ersten Augushälfte durchgeführt werden. Der Abschluss der Gesamtmaßnahme ist für die erste Septemberhälfte vorgesehen.

L 255 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Rottenacker und Ehingen

Die L 255 erhält voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2023 ab der Brücke bei Herbertshofen bis zum Bahnübergang in Dintenhofen auf einer Länge von rund 1,7 Kilometern einen neuen Fahrbahnbelag. Die Kosten betragen voraussichtlich rund 350.000 Euro.

L 266 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Attenweiler und Aßmannshart

Die L 266 wird zwischen dem Ortsende in Attenweiler in Richtung Aßmannshart voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2023 auf einer Länge von rund 1,7 Kilometern für rund 250.000 Euro einen neuen Fahrbahnbelag erhalten.

L 273 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Oberstadion und Bettighofen

Die L 273 erhält zwischen Bettighofen und Oberstadion auf einer Länge von rund 2,0 Kilometern einen neuen Fahrbahnbelag. Die Arbeiten sind mit Kosten in Höhe von 300.000 Euro veranschlagt und sollen in der zweiten Jahreshälfte 2023 durchgeführt werden.

L 275 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Vollochhof und Bad Buchau

Die L 275 erhält zwischen der Einmündung der L 280 beim Vollochhof und der Einmündung der L 270 bei Bad Buchau/Kappel auf einer Länge von rund 1,4 Kilometern einen neuen Fahrbahnbelag. Die Kosten belaufen sich voraussichtlich auf rund 400.000 Euro. Die Maßnahme soll in der zweiten Junihälfte durchgeführt werden.

L 280 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Laupertshausen und Maselheim mit Herstellung eines Radweges, Amphibienschutzanlagen sowie Sanierung der Straßenentwässerung

Die L 280 erhält auf der gesamten, rund 1,9 Kilometer langen Strecke zwischen den Ortsdurchfahrten Laupertshausen und Maselheim einen neuen Fahrbahnbelag. Im Zuge der Gesamtmaßnahme werden darüber hinaus das Straßenentwässerungssystem saniert, Amphibienschutzanlagen hergestellt und mit einem 1,5 Kilometer langen Lückenschluss eine durchgängige straßenbegleitende Radwegverbindung hergestellt. Am 6. März 2023 wurde mit den Arbeiten für die Kanalsanierung vom Saubach bis zur L 280 begonnen. Bis Ende März sind nur geringfügige Eingriffe in den Verkehrsraum zu erwarten. Danach wird mit dem Radwegbau begonnen, der aus Sicherheitsgründen unter Vollsperrung erfolgt. Abgestimmt auf das Wanderverhalten der Tiere wird der Bau der Amphibienschutzanlagen voraussichtlich im Juni bzw. August durchgeführt. Nach den Belagsarbeiten auf der L 280 im August und den anschließenden Markierungs- und Ausstattungsarbeiten kann die Vollsperrung der Landesstraße voraussichtlich im September 2023 aufgehoben werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 2,6 Millionen Euro.

L 1079 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Nerenstetten und Hausen

Abgestimmt auf eine angrenzende Erhaltungsmaßnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart erhält die L 1079 ab der Kreisgrenze zwischen den Landkreisen Heidenheim und Alb-Donau in Richtung Nerenstetten auf einer Länge von rund 1,2 Kilometern für zirka 260.000 Euro einen neuen Fahrbahnbelag.

L 1165 Brückensanierung und Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Beimerstetten und Breitingen

Bei Breitingen werden eine Brücke im Zuge der L 1165 über die Lone und zwei Feldwege saniert. In diesem Zusammenhang erhält die L 1165 zwischen dem Kreisverkehrsplatz im Knoten mit der L 1170 und Breitingen auf einer Länge von rund 1,6 Kilometern einen neuen Fahrbahnbelag. Für die Gesamtmaßnahme, die in der zweiten Junihälfte begonnen und Ende September abgeschlossen werden soll, werden 640.000 Euro veranschlagt.

L 1233 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Scharenstetten und Temmenhausen

Voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte erhält die L 1233 ab dem Abzweig von der L 1234 bei Scharenstetten bis zur Einmündung der Schulstraße in Temmenhausen auf einer Länge von rund 2,2 Kilometern für zirka 600.000 Euro einen neuen Fahrbahnbelag.

Radwegmaßnahmen

B 465 Radweg Eberhardzell-Ampfelbronn - Eberhardzell-Mühlhausen

Voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2023 fällt mit dem Ersatzneubau einer Rad- und Wirtschaftswegbrücke über die Umlach der Startschuss für den 1,6 Kilometer langen Radweg entlang der B 465 zwischen den Eberhardzeller Ortsteilen Ampfelbronn und Mühlhausen. Die Gesamtmaßnahme mit Kosten in Höhe von rund 1,6 Millionen Euro kann mit Fertigstellung des eigentlichen Radweges voraussichtlich Mitte 2024 abgeschlossen werden.

Unter Federführung des Alb-Donau-Kreises bzw. des Landkreises Biberach sowie verschiedener Kommunen werden zusätzlich über 700.000 Euro an Erhaltungsmitteln des Bundes und über 900.000 Euro an Erhaltungsmitteln des Landes in weitere Fahrbahndeckenerneuerungen und Bauwerkssanierungen im Regierungsbezirk investiert. Weitere 2,3 Kilometer Radwege an Bundes- und Landesstraßen sollen für knapp 900.000 Euro durch die Unterstützung von Kommunen und kommunalen Verbänden im Jahr 2023 realisiert werden.

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/presse-und-soziale-medien/pressemittelungen/artikel/strassenbaumassnahmen-im-alb-donau-kreis-stadtkreis-ulm-und-dem-landkreis-biberach-im-jahr-2023/>

 Fahrbahndeckenerneuerung, Kilometern, Jahr, Arbeiten, Länge
 222

10.03.2023

Anhörung zur Planungsbeschleunigung bei Brücken

(Berlin) - Der Verkehrsausschuss des Bundestages befasst sich am Mittwoch, 15. März 2023, mit der Sanierung von Brücken an Bundesfernstraßen. Grundlage der öffentlichen Anhörung ist ein von der Unionsfraktion vorgelegter Entwurf für ein Fernstraßenbau-Beschleunigungsgesetz. Die öffentliche Anhörung beginnt um 11 Uhr im Saal E 600 des Paul-Löbe-Hauses und dauert voraussichtlich zwei Stunden.

Nach dem Willen der CDU/CSU-Fraktion sollen Sanierungen von Brücken an Bundesfernstraßen beschleunigt werden. Ihr Gesetzentwurf sieht vor, dass im Fall einer Baumaßnahme an einer Bundesfernstraße, für die ein Planfeststellungsverfahren vorgeschrieben ist, das Planfeststellungsverfahren und die Umweltverträglichkeitsprüfung verkürzt werden können. Eine vergleichbare Regelung habe der Gesetzgeber mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases (LNG) getroffen, heißt es in der Gesetzesvorlage.

Konkret sollen nach den Vorstellungen der Union identische Ersatzbauten für beschädigte oder abgerissene Brücken als Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen eingestuft werden, für die kein Planfeststellungsverfahren nötig ist. Ebenfalls von der Pflicht eines Planfeststellungsverfahrens ausgenommen werden sollen Neubauten, die provisorische Übergangsbauten ersetzen. Dies soll auch für Ersatzbauten gelten, bei denen eine Kapazitätserweiterung durch die Freigabe der Standstreifen und einer gleichzeitigen Kapazitätsreduzierung des Mittelstreifens erfolgt.

Zudem sieht der Gesetzentwurf vor, dass das Bundesverkehrsministerium in Ausnahmefällen Bauvorhaben an Brücken ganz oder teilweise von den Anforderungen des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes ausnehmen kann. Im Fall einer Umweltverträglichkeitsprüfung soll die Frist zur Stellungnahme von zu beteiligenden Behörden einen Zeitraum von einem Monat nicht überschreiten dürfen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw11-pa-verkehr-brueckenbau-936336>

☐ Brücken, Anhörung, Planfeststellungsverfahren
•• 315

11.03.2023

Umweltbundesamt will neue Straßen verhindern und ein Tempolimit

(Dessau-Roßlau) - Das Umweltbundesamt lehnt einen beschleunigten Bau neuer Straßen ab. Man habe in Deutschland eines der dichtesten Straßennetze der Welt, sagte Behördenchef Dirk Messner den Zeitungen der „Funke Mediengruppe“.

Messner ist sich sicher. „Die Qualität nimmt zwar ab, weil wir nicht für die Modernisierung gesorgt haben. Diese steht jetzt an. Aber das Straßennetz ist im Großen und Ganzen ausreichend.“ Deutschland habe eines der dichtesten Straßennetze der Welt. Aber Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) wolle den Bau von Autobahnen beschleunigen. Er erwarte mehr Güterverkehr per Lastwagen.

Straßenbau wie seit 130 Jahren

Der Amtschef kritisierte, das Ministerium habe keinen Plan vorgelegt, wie es das Land im Verkehr zu Klimaneutralität bringen wolle. „Deutschland hängt im Verkehrssektor weit zurück. Man könnte zuweilen den Eindruck haben, im Verkehrsministerium wird das Verkehrsmodell der vergangenen 130 Jahre verteidigt.“

Umweltbundesamt will Tempolimit

Das Umweltbundesamt wirbt für ein Tempolimit von 120 Kilometern pro Stunde auf Autobahnen und Tempo 80 auf Landstraßen. Damit könne ein Sechstel der notwendigen Treibhausgasreduktion im Verkehrssektor erreicht werden. Notwendig sei auch, mehr Verbrenner- durch Elektroautos zu ersetzen. Menschen sollen Busse und Bahnen nutzen.

11.03.2023

Gutachten erneut unseriös

(Berlin) - Den Grünen gefällt es offenbar die Deutschen an der Nase herumzuführen, um ihre Ziele zu erreichen. Zumindest könnte man dies anhand der erneuten Aufdeckung eines manipulativen Gutachtens annehmen. Aber nicht nur das Gutachten ist kritikwürdig, sondern auch die Präsentation der Bundesregierung, die wesentliche Fakten nicht nennt und Ängste schürt.

Mit einer alarmierenden Studie über die Gefahren der Erderwärmung schwörte Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck (Grüne) vor Kurzem die Deutschen auf noch mehr Klimaschutz ein. Das Medienecho fiel wie erhofft aus. „Doch bei näherem Hinsehen erweisen sich die Angaben als geradezu skandalös falsch“, wie die „Welt“ am Freitag berichtete.

Die Klimaprognose sei hochgradig unseriös. Die Kosten des Klimawandels würden anhand des Maximalmodells RCP8.5 hochgerechnet. Dieses extreme Zukunftsszenario als Grundlage mache die Studie unglaubwürdig. Auch die Annahmen für die Vergangenheit seien nicht nachvollziehbar.

Bei dem Szenario RCP8.5 beträgt der Anstieg der globalen Mitteltemperatur bis zum Jahr 2100 etwa 4,8 °C im Vergleich mit dem vorindustriellen Zeitalter. Nach diesem Szenario müsste die Weltbevölkerung auf 12 Milliarden Menschen bis zum Jahr 2100 ansteigen und der Primärenergieverbrauch dreimal so hoch wie heute sein.

In der Studie werden tatsächlich die drei RCP-Szenarien benannt: RCP2.6, RCP4.5 und RCP8.5. Die exakte Auslegung der drei untersuchten Einzelszenarien bleibt trotzdem unklar. So heißt es beispielsweise: „Das mittlere Klimawandelszenario befindet sich von den Einstellungen her direkt zwischen der schwachen und starken Variante.“ Der Leser erfährt zumindest, dass 102 Klimawirkungen berücksichtigt wurden und das INFORGE/PANTA RHEI-Modell angewandt wurde, das auch das Umweltbundesamt verwende.

Die Erstellung des Gutachtens war darüber hinaus offenbar alles andere als einfach. Selbst die Studienautoren erläutern: „Es bleibt insbesondere die Erkenntnis, dass zur Abschätzung der volkswirtschaftlichen Folgekosten für die Fülle an möglichen Klimawirkungen in Deutschland noch viel Forschungsarbeit betrieben werden muss.“ So verwundert es nicht, dass die Autoren an mehreren Stellen immer wieder auf hohe Unsicherheiten, lückenhafte Daten und derzeit fehlende Grundlagen hinweisen. Dieser Umstand wurde jedoch nicht deutlich genug kommuniziert.

Maximalszenario als Untergrenze verkauft

Am vergangenen Montag berichtete u.a. die Tagesschau, dass Wissenschaftler mehrere Szenarien zu den finanziellen Folgen des Klimawandels in Deutschland berechnet haben. Durch Ernteauffälle oder Gebäudeschäden könnten demnach Kosten von bis zu 910 Milliarden Euro bis zur Mitte dieses Jahrhunderts entstehen. Zu diesem Ergebnis kam die Untersuchung, die die Bundesministerien für Umwelt sowie Wirtschaft und Klimaschutz vorgestellt hatten. Beide Ministerien sind in der Hand der Grünen.

Nach den Modellen würden sich die durchschnittlichen jährlichen Kosten durch Extremereignisse wie Hitze und Hochwasser der vergangenen 20 Jahre bis 2050 jährlich um das Anderthalb- bis Fünffache erhöhen. Für das Jahr 2050 würde das einen Verlust des Bruttoinlandsprodukts von 0,6 bis 1,8 Prozent bedeuten. Damit würde die Wirtschaft selbst im günstigsten Szenario schrumpfen, falls keine Vorkehrungen zur Anpassung an die Erderwärmung getroffen werden.

Zudem wurde behauptet, dass die Summe noch höher ausfallen könne. Die Werte seien nach Darstellung der Autoren lediglich Untergrenzen, da sich nicht alle Folgen des Klimawandels in Kosten messen und im Modell darstellen ließen.

Tatsächlich benennen beide Ministerien in der gemeinsamen Pressemitteilung auch eine Untergrenze von 280 Milliarden Euro, schüren jedoch gezielt Ängste bei der jüngeren Generation: Milliarden Schäden drohen zukünftigen Generationen, ebenso eine Beeinträchtigung des Wohlstands. Es sei mit zahlreichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Todesfälle durch Hitze und Überflutungen zu rechnen, ebenso würden Ökosysteme belastet, die Artenvielfalt ginge verloren und die Lebensqualität werde gemindert. Jeder in den Klimaschutz investierte Euro verringere die volkswirtschaftlichen Kosten, die durch Extremwetterereignisse entstehen können. Insbesondere Wälder und Moore seien zu schützen.

Szenario RCP8.5 umstritten

Einige Wissenschaftler vermuten, dass die Wahrscheinlichkeit von RCP8.5 zukünftig immer weiter abnimmt und fordern, dieses Szenario in der öffentlichen Kommunikation eher als ein Worst-Case-Szenario anstatt als Business-as-usual zu kennzeichnen. Ihre Argumentation bezieht sich auf die nutzbaren Mengen an fossilen Brennstoffen, insbesondere Kohle, deren kumulativer Verbrauch bis zum Jahr 2100 in IPCC Worst-Case-Szenarien um ein Vielfaches höher angenommen wird als die förderbaren Reserven.

Von anderen Wissenschaftlern wird dagegen auf die Nützlichkeit des RCP8.5-Szenarios hingewiesen. Da die RCPs auf der Grundlage historischer Treibhausgas-Emissionen bis 2005 entwickelt wurden, konnte im Jahr 2020 eine erste Bilanz über die vergangenen 15 Jahre gezogen werden. Demnach wurde das RCP8.5 am besten durch die Messungen bestätigt und außerdem passe es bis in die Mitte des 21. Jahrhunderts weiterhin am besten zur derzeitigen und angekündigten Klimapolitik.

Einig ist sich die Wissenschaft darin, dass das RCP8.5 ein Maximalszenario darstellt und nicht ein Minimum.

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus244143237/Robert-Habeck-Klimaprognose-des-Ministers-geradezu-skandaloes-falsch.html>

<https://papers.gws-os.com/gws-researchreport22-2.pdf>

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/klimawandel-milliarden-kosten-deutschland-101.html>

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/03/20230306-konsequenter-klimaschutz-und-vorsorgende-klimaanpassung-verhindern-milliardenschaden.html>

🔍 RCP,Szenario,Kosten,Jahr,Gutachten

👤 294

13.03.2023

Fernstraßenbauverbot: ZDF soll helfen

(Berlin) - Geht es nach Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP), wird der Bundesverkehrswegeplan 2030 schnellstmöglich umgesetzt. Dagegen wehrt sich der Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen. Die Grünen wollen möglichst alle Autobahnprojekte, Bundesstraßen und Ortsumfahrungen auf den Prüfstand stellen.

Der Streit finde längst schon nicht mehr nur unter den Koalitionären statt. Auch der Expertenrat der Bundesregierung kritisiere die Verkehrspolitik des Bundes und Mobilitätsforscher warnen, mehr Asphalt führe zu noch mehr CO₂. Dabei müsse der CO₂-Ausstoß laut Klimaschutzgesetz drastisch reduziert werden. Hat sich der Verkehrsminister in eine Sackgasse manövriert?

Dieser Frage geht das ZDF in der Sendung „Frontal“ nach. Ein Kamerateam besuchte Kaycee Hesse, Klimastreik-Sprecherin von Fridays for Future, in Landau in der Pfalz - dem Wahlkreis von Bundesminister Volker Wissing. Es soll herausgestellt werden, wie unnötig und schwachsinnig der Bau von Straßen, insbesondere von Ortsumfahrungen und Bundesstraßen ist.

Nach Informationen des Bund für Umwelt und Naturschutz wird es in der aktuellen Ausgabe um 21 Uhr, um den Bundesverkehrswegeplan 2030 und konkret um das von der Ampel-Regierung vorgesehene Planungsbeschleunigungsgesetz gehen.

<https://www.zdf.de/politik/frontal/frontal-vom-14-maerz-2023-nord-stream-holzofen-feinstaub-kamin-sanktionen-russland-china-holz-bundesverkehrswegeplan-autobahnprojekte-wissing-100.html>

13.03.2023

49-Euro-Ticket killt Fernbusse im ländlichen Raum

(Berlin) - Busverbindungen, die der Fernbus-Anbieter Flixbus momentan noch günstig anbieten kann, werden durch das Deutschlandticket unwirtschaftlich, sagte der Fernbusbetreiber Flixbus vor Kurzem heise online. Er sieht mit dem Deutschlandticket (49-Euro-Ticket) eine Konkurrenz aufkommen, durch die manche Verbindungen des Verkehrsunternehmens nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Etwa 20 Prozent des Flixbus-Netzes könnte wegfallen, teilte ein Sprecher des Unternehmens mit. Das würde vor allem den ländlichen Raum betreffen.

Das Flixbus-Angebot würde als Brücke zwischen dem Nah- und Fernverkehr dienen, heißt es weiter aus dem Unternehmen. Das 9-Euro-Ticket im letzten Jahr, sei größtenteils im Regionalverkehr bis 300 km genutzt worden, nicht im ÖPNV. Das Deutschlandticket würde eine quasi kostenlose Konkurrenz auf Strecken darstellen, auf denen bisher Flixbus am günstigsten sei.

<https://www.heise.de/news/49-Euro-Ticket-ohne-Flixbus-20-der-Fernbusverbindungen-koennten-wegfallen-7543952.html>

13.03.2023

Straßenbaumaßnahmen in den Landkreisen Ravensburg, Sigmaringen und im Bodenseekreis im Jahr 2023

(Tübingen) - Das Regierungspräsidium Tübingen plant im Jahr 2023 zahlreiche Straßenbaumaßnahmen auf den Bundes- und Landesstraßen in den Landkreisen Ravensburg und Sigmaringen sowie im Bodenseekreis durchzuführen und das Radwegenetz weiter auszubauen.

„Der Erhalt der Verkehrswege und der Ausbau von Radwegen und Straßen sind in unserem ländlich geprägten Regierungsbezirk von besonders großer Bedeutung. Die Investitionen in den Verkehrssektor sind zur Sicherung der Wirtschaftskraft und zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit unabdingbar. Baumaßnahmen führen jedoch zwangsläufig auch immer zu vorübergehenden Einschränkungen und Verkehrsbehinderungen. Ich möchte mich daher schon jetzt bei den Bürgerinnen und Bürgern ganz herzlich für Ihr Verständnis und ihre Geduld während der für das Jahr 2023 vorgesehenen Arbeiten bedanken“, so Regierungspräsident Klaus Tappeser.

Über den genauen Beginn und Ablauf der folgenden Baumaßnahmen sowie die hierfür erforderlichen Verkehrsumleitungen wird das Regierungspräsidium in gesonderten Pressemitteilungen jeweils vor dem Baubeginn informieren.

Erhaltungsmaßnahmen

B 32 Fahrbahndeckenerneuerung Mengen - Hundersingen

Die B 32 weist im Abschnitt zwischen der Auffahrt bei Mengen bis zum Anschluss der Umfahrung Herbertingen bei Hundersingen nutzungsbedingt starke Risse, Flickstellen und Verdrückungen auf. Es müssen deshalb die oberen bituminösen Schichten erneuert werden. Die Durchführung der Fahrbahnsanierungsarbeiten ist für Ende Mai bis Anfang Juli 2023 geplant. Es ist beabsichtigt, die Arbeiten unter Vollsperrung des Straßenabschnittes auszuführen. Der überörtliche Verkehr der B 32 wird richtungsgetreunt umgeleitet. Die Baulänge beträgt ca. 4,9 Kilometer. Die Baukosten belaufen sich nach derzeitiger Kostenschätzung auf rund 2 Millionen Euro.

B 32 Fahrbahndeckenerneuerung Veringenstadt - Veringendorf

Die B 32 weist zwischen der nördlichen Lauchertbrücke bei Veringenstadt bis zur Bahnüberführung bei Veringendorf altersbedingt starke Risse, Schadstellen und Verdrückungen sowie Spurrinnen auf. Es ist vorgesehen, zwischen der nördlichen Lauchertbrücke und der

südlichen Lauchertbrücke bei Veringenstadt die Deckschicht, zwischen Veringenstadt und der Brücke über den Kanal bei Veringendorf die Deck- und Binderschicht und von der Kanalbrücke bis zur Bahnüberführung den kompletten bituminösen Oberbau zu erneuern. In diesem Streckenabschnitt ist die bituminöse Tragschicht aus dem Jahre 1968, teilweise aus dem Jahr 1953. Die Durchführung der Fahrbahnsanierungsarbeiten ist für Juli bis Mitte August 2023 geplant und soll mit weiteren Arbeiten auf der B 32 koordiniert werden. Die Arbeiten erfolgen unter Vollsperrung des Streckenabschnittes. Der überörtliche Verkehr der B 32 wird weiträumig und richtungsgetreunt umgeleitet. Die Baukosten der ca. 3,1 Kilometer langen Baumaßnahme belaufen sich nach derzeitigem Stand auf rund 870.000 Euro.

B 32 Fahrbahndeckenerneuerung Schwarzenbach - Haid

Die B 32 weist im Abschnitt zwischen Boms-Schwarzenbach und Bad Saulgau-Haid altersbedingte Risse auf. Nach der durchgeführten Schadstellensanierung bei Hangen, noch vor dem letzten Winter, wird nun die etwa 1,9 Kilometer lange Strecke saniert. Für die Arbeiten ist eine Vollsperrung der B 32 in diesem Bereich notwendig. Der Verkehr in Richtung Ravensburg wird voraussichtlich ab Haid über die K 8274/K 8036 und L 286 nach Altshausen geleitet. Die Gegenrichtung wird ab Altshausen über die L 286, die K 7959/K 8258 nach Bad Saulgau umgeleitet. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 1,4 Millionen Euro.

B 32 KVP Nollhof - Sigmaringen, Erneuerung der Fahrbahn

Die Fahrbahn der B 32 weist vom Kreisverkehrsplatz Nollhof bis zum Knotenpunkt B 32/L 277 in Sigmaringen starke Risse, Ausbrüche und Flickstellen auf, weshalb eine vollständige Erneuerung der Fahrbahn vorgesehen ist. Die Sanierung des ca. 2,2 Kilometer langen, zum Teil vierstreifigen Straßenabschnitts soll von Anfang Mai bis Anfang Juni unter Vollsperrung erfolgen. Die Kosten belaufen sich auf rund 2,5 Millionen Euro.

B 313 Krumbach - Abfahrt Bichtlingen (K 8222), Erneuerung der Fahrbahn

Die B 313 weist im Streckenabschnitt zwischen dem Ortsausgang Krumbach (Sauldorf) und der Einmündung B 313/K 8222 auf einer Länge von ca. 1,7 Kilometern Schäden in Form von Rissen, Flickstellen und Ausbrüchen auf. Ab Mitte Juli 2023 ist geplant, alle Schichten des Fahrbahnbelags in rund drei Wochen vollständig zu erneuern. Die Bauarbeiten werden unter Vollsperrung erfolgen. Die geschätzten Baukosten belaufen sich auf rund 700.000 Euro.

L 207 Fahrbahndeckenerneuerung Immenstaad - Kluffern - 2. Teilabschnitt

Nachdem im letzten Jahr das erste, rund ein Kilometer lange, Teilstück der L 207 zwischen Immenstaad und Kluffern saniert und der in diesem Abschnitt liegende Bachdurchlass instandgesetzt wurde, stehen in diesem Jahr die weiteren Fahrbahnabschnitte zur Sanierung an. Bauanfang ist an der B 31 bei Immenstaad-Siedlung. Das Bauende befindet sich am Ortsanfang von Kluffern. Die rund 1,85 Kilometer werden in 3 Bauabschnitte aufgeteilt, um die verkehrliche Belastung zu minimieren. Die Baudurchführung ist im Herbst 2023 geplant. Die Kosten belaufen sich auf ca. 1 Million Euro.

L 314 Fahrbahndeckenerneuerung Baierz - Treherz

Die L 314 weist im Streckenabschnitt zwischen der Kreuzung mit der L 301 bei Bad Wurzach-Baierz und Aitrach-Treherz auf einer Länge von ca. 7,0 Kilometern oberflächige Netzrisse und Ausmagerungen auf, weswegen die Asphaltdeckschicht erneuert wird. Die Arbeiten werden voraussichtlich in einem dreiwöchigen Zeitraum in den Sommerferien 2023 unter Vollsperrung stattfinden. Es wird mit Baukosten in Höhe von rund 1 Million Euro gerechnet.

L 314 Fahrbahndeckenerneuerung Kimpfler - Bad Wurzach

Die L 314 weist im Streckenabschnitt zwischen Kimpfler und Bad Wurzach auf einer Länge von ca. 2,6 Kilometern Quer- und Längsrisse, Ausmagerungen und teilweise Versprödungen auf. Die notwendige Sanierung der Fahrbahn beginnt in Kimpfler ab der Einmündung der L 300 und endet vor Bad Wurzach am Knoten mit der L 317a. Die Bauarbeiten beginnen nach derzeitigem Stand ab Mitte September und dauern bis Ende Oktober 2023. Die L 314 wird in diesem Abschnitt für die Bauzeit von etwa sechs Wochen voll gesperrt. Die Baukosten belaufen sich auf rund 700.000 Euro.

L 320 Göttlishofen - Christzhofen

Die im Gemeindegebiet Argenbühl verlaufende L 320 weist zwischen der Einmündung der K 7905 (Meggener Straße) und dem Einmündungsbereich L 265/L 320 (Dorfstr./Kißlegger Str./Neutrauchburger Str.) in Neutrauchburg starke Risse und Gefügeschäden auf. Der bituminöse Straßenaufbau wird deshalb im Frühjahr 2023 komplett erneuert. Während der Arbeiten muss der

Verkehr der L 320 umgeleitet werden. Die Baulänge beträgt ca. 1,7 Kilometer. Es wird mit Baukosten in Höhe von rund 500.000 Euro gerechnet.

L 277 Felssicherungsmaßnahme bei Beuron/Maria-Trost

Entlang eines Streckenabschnitts von rund 200 Metern wird der bestehende, über 30 Jahre alte und teilweise beschädigte Steinschlagschutzzaun rückgebaut und ein neuer Hochenergie-Schutzzaun an gleicher Stelle hergestellt. Zudem werden labile Bereiche der Felswände, die über der Straße liegen durch Einzelpunktsicherungen (Steinschlagschutznetze) gesichert. Die Sicherungsmaßnahmen dienen der Verkehrssicherheit auf der L 277. Der Verkehr kann während der Baumaßnahme auf der Landesstraße verbleiben, dazu wird im Bereich des Zaunbaus für ungefähr acht Wochen eine halbseitige Verkehrsführung mit Ampelregelung zum Einsatz kommen. Die geschätzten Kosten für die Bauarbeiten betragen rund 500.000 Euro.

Bauwerkssanierungen

B 30/B 33, Umbau der Verkehrsinsel an der Fahrbahnrampe sowie Instandsetzung der Übergangskonstruktion auf dem Schussentalviadukt bei Ravensburg

Im Jahr 2023 sollen am Schussentalviadukt bei Ravensburg diverse Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden. Die Fahrbahnteiler der Ausfahrtsrampe der B 30 werden im Einmündungsbereich zur B 33 verkehrlich angepasst. Zusätzlich werden die Übergangskonstruktion erneuert sowie der Fahrbahnbelag auf der Rampe neu hergestellt. Die geschätzten Gesamtkosten betragen circa 450.000 Euro.

B 31 Instandsetzung der Brücke über die Argen bei Langenargen-Oberdorf und Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Eriskirch und Kressbronn

Voraussichtlich ab dem 27.3.2023 beginnen die Arbeiten an der Brücke über die Argen. Es ist unter anderem vorgesehen eine neue Fahrbahnabdichtung, in Teilbereichen neue Entwässerungseinrichtungen sowie eine neue Fahrbahnübergangskonstruktion einzubauen. Des Weiteren bekommt das Bauwerk neue Gehwegkappen und Brückengeländer. An der Überbauunterseite, den Widerlagern und Pfeilern finden Betoninstandsetzungen statt und ein Brückenlager muss erneuert werden. Die Bauarbeiten, die unter halbseitiger Sperrung durchgeführt werden, sollen bis Mitte Oktober abgeschlossen sein. Die Kosten von ca. 1,2 Millionen Euro trägt der Bund. Um die Eingriffe in den Verkehr gering zu halten ist ab Ende März parallel zur Brückensanierung vorgesehen, eine Fahrbahndeckenerneuerung auf der B 31 zwischen Eriskirch und Kressbronn durchzuführen. Der Fahrbahnbelag weist Risse, Unebenheiten und Ausmagerungen auf. Die Arbeiten finden unter halbseitiger Sperrung der B 31 statt. Der Verkehr in Richtung Lindau wird auf der B 31 geführt, die Fahrtrichtung Friedrichshafen wird über die B 467 in Richtung Tettnang und dann über die L 333 geleitet. Die Kosten betragen rund 3,6 Mio. Euro.

B 32 Ersatzneubau Brücke über die Untere Argen bei Wangen-Herfatz und Fahrbahndeckenerneuerung zwischen der A 96 Anschlussstelle Wangen-West und Wangen

Seit Montag, 27.02.2023 läuft der Ersatzneubau der Brücke über die Untere Argen in Wangen-Herfatz. Für den Abbruch und den anschließenden Bau der neuen Brücke über die Untere Argen ist eine Vollsperrung der B 32 notwendig. Die Arbeiten sollen bis Mitte Dezember 2023 abgeschlossen sein. Die Sperrung wird genutzt, um auch den schadhafte Fahrbahnbelag der B 32 zwischen dem Autobahn-Anschluss Wangen-West bis zur Kreuzung bei Wangen-Waltersbühl zu erneuern. Die Bauzeit für die Fahrbahndeckenerneuerung beträgt ca. sechs Wochen. Die Kosten für den Ersatzneubau der Brücke belaufen sich auf ca. 3,4 Millionen Euro. Für die Fahrbahnsanierung betragen die Kosten voraussichtlich rund 1,25 Millionen Euro. Die Kosten werden vom Bund getragen.

L 207 Instandsetzung Stützwand bei Heiligenberg-Echbeck

Die Stützmauer entlang der L 207 bei Heiligenberg-Echbeck und dem anliegenden Privatgrundstück ist stark sanierungsbedürftig. Deshalb wird auf einer Länge von rund 80 Metern eine neue, durchgehende Stützwand als rückverankerte Bohrpfahlwand hergestellt und die Entwässerung an der Stelle verbessert. Im Kurvenbereich wird zudem die Straßenböschung mittels Gabionenwand gesichert, wodurch eine punktuelle Verbreiterung möglich wird, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Der Verkehr auf der L 207 muss für die Bauzeit von rund sechs Monaten voll gesperrt werden. Die Kosten betragen voraussichtlich etwa 1,1 Millionen Euro. Der genaue Umsetzungszeitpunkt und die Umleitungsführung sind noch in der Abstimmung.

L 301 Instandsetzung der Stützmauer in Bad Wurzach-Hauerz und Fahrbahndeckensanierung

Die bestehenden Stützmauern zwischen der L 301 und den anliegenden Privatgrundstücken müssen aufgrund ihrer Schädigungen erneuert werden. Aus diesem Grund wird auf einer Länge von rund 85 Metern eine neue, durchgehende Stützwand als Winkelstützmauer hergestellt. Parallel zur Stützwandenerneuerung wird auf einer Länge von ca. 200 Metern die Fahrbahndecke der L 301 erneuert. Die L 301 muss für den Verkehr voll gesperrt werden. Die geplante Umleitung erfolgt in beiden Richtungen ab Hauerz über K 7923 - K 7575 - Ellwangen - L 300 nach Rot a. d. Rot. Die Kosten betragen voraussichtlich etwa 700.000 Euro. Die Arbeiten werden im Zeitraum von Mai bis Oktober 2023 umgesetzt.

L 308 Ersatzneubau der Brücke über die Eschach in Leutkirch

Die Brücke im Zuge der L 308 über die Eschach („Mohrenbrücke“) weist Schäden im Bereich der Spanngliedverankerungen auf und musste in der Vergangenheit deshalb bereits zusätzlich gesichert werden. Im Jahr 2023 steht der Ersatzneubau an. Parallel zur Brückenerneuerung soll auf ca. 280 Metern Länge die Fahrbahn im Bereich der L 260 Untere Grabenstraße und L 308 Obere Vorstadtstraße erneuert, sowie verschiedene Leitungsarbeiten durchgeführt werden. Die Arbeiten sollen unter Vollsperrung der L 308 Wangener Straße durchgeführt werden. Der Verkehr auf der L 260 Untere Grabenstraße und L 308 Obere Vorstadtstraße in Richtung Kempten bleibt aufrechterhalten. Der Verkehr in die Gegenrichtung wird großräumig umgeleitet. Bei einer ersten öffentlichen Ausschreibung der Bauleistung konnte leider kein Auftragnehmer gewonnen werden. Sofern die aktuelle Ausschreibung erfolgreich wird, sollen die Arbeiten im Juni 2023 beginnen und bis Juli 2024 andauern. Die Gesamtkosten werden mit ca. 3 Millionen Euro veranschlagt.

L 320 Instandsetzung der Holzbrücke über die Obere Argen bei Wangen-Jussenweiler

Die Fuß- und Radwegbrücke musste 2021 aufgrund von schweren Brückenschäden gesperrt werden. Seit Dezember 2022 sind Sanierungsarbeiten im Gange. Die Sanierung dauert voraussichtlich bis Mai 2023. Die Kosten belaufen sich auf etwa 400.000 Euro.

L 321 Instandsetzung der Holzbrücke über die Untere Argen bei Kißlegg-Dürren

Die Fuß- und Radwegbrücke musste 2021 aufgrund von schweren Brückenschäden gesperrt werden. Seit Dezember 2022 sind Sanierungsarbeiten im Gange. Die Sanierung dauert voraussichtlich bis Mai 2023. Die Kosten belaufen sich auf etwa 600.000 Euro.

Neu- und Ausbaumaßnahmen

B 31 Anschluss der Rengoldshauer Straße bei Überlingen-Altbirnau

Mit dem Neubau eines Knotenpunktes bei Überlingen-Altbirnau soll die städtische Rengoldshauer Straße an die B 31 angeschlossen werden. Die Arbeiten an den Anschlussrampen sowie der Bau des Kreisverkehrsplatzes und der Ausbau der Rengoldshauer Straße wurden bereits im Frühjahr 2020 abgeschlossen. Im November 2022 haben die Arbeiten zum Neubau der Brücke begonnen. Diese wird dreistreifig hergestellt. Um den Verkehr der B 31 aufrecht zu erhalten, wird für den Ersatzneubau eine Baustellenumfahrung eingerichtet. Für die Bauzeit muss die Rengoldshauer Straße voll gesperrt werden. Die Kosten für den Brückenneubau belaufen sich auf rund 12,3 Millionen Euro. Der Bund trägt knapp die Hälfte der Kosten. Der andere Teil der Kosten wird von der Stadt Überlingen übernommen, die wiederum Fördergelder für den Ausbau erhält.

B 31n Stockach - Überlingen (II B), Umbau Anschlussknoten ABIG

Im Jahr 2019 wurde die Haupttrasse der B 31n Stockach- Überlingen Bauabschnitt II B dem Verkehr übergeben. Zur vollständigen Realisierung der Gesamtmaßnahme sind noch Restarbeiten baulich abseits der Hauptstrecke durchzuführen. Durch die Landesgartenschau in Überlingen und die Corona-Pandemie haben sich diese Arbeiten verschoben. Im Jahr 2022 konnten nun weitere Teilabschnitte, wie der Umbau des Knotenpunktes B 31a/K 7786 bei Aufkirch und die beiden Ausgleichsmaßnahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans - Rekultivierung des Bodenzwischenlagers Oberschiffle und der Rückbau der Talspur Richtung Sipplingen - umgesetzt werden. Für das Jahr 2023 verbleibt noch der letzte Teilabschnitt mit dem Umbau des ABIG-Knotens an der B 31 der Anschlussstelle Überlingen-Nord. Hierzu werden die temporären Kreisverkehrsplätze durch zwei Kreisverkehrsplätze im Zuge der L 200 endgültig hergestellt und die von den Kreisverkehren abgehenden Rampen zur B 31n angeschlossen. Der Umbau dieses Knotens ist für den Spätsommer 2023 vorgesehen. Die Kosten werden auf 1,5 Millionen Euro geschätzt.

Radwegemaßnahmen

L 335 Rad- und Gehweg zwischen Grünkraut und Sigmarshofen

Ein neuer Radweg zwischen Grünkraut und Sigmarshofen soll auf einer Länge von ca. 1,8 Kilometern hergestellt werden. Der Radweg erhält eine Breite von 2,50 Metern, in Bereichen mit Bordsteinführung soll er auf 3,00 Meter Breite ausgebaut werden. Zwischen der bestehenden Busschleife „Am Ottersberg“ bis zur Einmündung der Ottersberger Straße wird der bestehende Rad- und Gehweg auf 2,50 Meter verbreitert. Außerdem wird im Zuge der Maßnahme ein Teil der L 335 verlegt, um Platz für den Radweg zu schaffen. Durch den Bau des straßenparallelen Radweges wird die Lücke im Radnetz zwischen Grünkraut und Bodnegg geschlossen und somit die Verkehrssicherheit und Verkehrsqualität wesentlich verbessert. Der Baubeginn ist für Ende Mai 2023 geplant und die Bauzeit beträgt rund sechs Monate. Die gesamten Baukosten für die Radwegemaßnahme belaufen sich auf ca. 2 Millionen Euro.

B 31 Ausbau des Radweges zwischen dem Dornierknoten bei Immenstaad und AS Fischbach-West

Der südliche Radweg (Bodenseeradweg) entlang der B 31 zwischen dem sogenannten Dornierknoten bei Immenstaad und der Brücke über den Lipbach soll auf ca. 800 Metern von ca. 2,25 Metern auf 4,00 Meter Breite ausgebaut werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Radverkehrs auf diesem vielbefahrenen Abschnitt geleistet. Die Bauarbeiten sollen im Herbst 2023 starten und bis Ende 2023 abgeschlossen sein. Die Kosten für den Bund betragen ca. 1 Million Euro.

B 467 Ausbau des Radweges zwischen Hegenberg und Obereschach mit Querungshilfe bei Schwarzenbach

Der bestehende Radweg entlang der B 467 zwischen Meckenbeuren-Hegenberg und Obereschach wird auf einer Länge von ca. 800 Metern von ca. 2,00 Metern auf 2,50 Meter Breite verkehrsgerecht ausgebaut. Im Zuge der Maßnahme wird auf Höhe der Gemeindestraße nach Schwarzenbach eine Querungshilfe und ein Linksabbiegestreifen in die B 467 eingebaut. Am Ende der Baustrecke wird die Linienführung des bestehenden Radweges verkehrlich verbessert. Die Bauarbeiten sollen im Oktober 2023 starten und ca. drei Monate andauern. Die Kosten für den Bund betragen ca. 0,5 Million Euro.

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/presse-und-soziale-medien/pressemitteilungen/artikel/strassenbaumassnahmen-im-jahr-2023-in-den-landkreisen-ravensburg-sigmaringen-und-im-bodenseekreis/>

📄 Kosten,Arbeiten,Verkehr,Jahr,Millionen

👁️ 242

14.03.2023

Regierungspräsidium Tübingen überprüft Brücken im Landkreis Biberach

(Landkreis Biberach) - Von Montag, 20. bis Donnerstag, 30. März 2023 führt der Bauwerksprüfer des Regierungspräsidiums Tübingen die Hauptprüfung nach DIN 1076 an 18 Brücken an Bundesstraßen im Landkreis Biberach durch - insbesondere auf der B 30 und B 312.

Bei der alle sechs Jahre stattfindenden Hauptprüfung werden alle Brückenbestandteile handnah geprüft. Die Prüfung erstreckt sich insbesondere auf die Bauwerksteile, die für die Tragfähigkeit, Standsicherheit und Verkehrssicherheit des Bauwerks maßgebend sind. Weiterhin richtet der Bauwerksprüfer sein Augenmerk auf mögliche Abnutzungserscheinungen, die an den Brücken durch die Verkehrsbelastung sowie durch äußere Einwirkungen wie zum Beispiel Witterungseinflüsse und Tausalze entstanden sind. Diese Prüfung kann mit der TÜV-Prüfung von Fahrzeugen verglichen werden. Im Regierungsbezirk Tübingen werden über 1.620 Brücken einer solchen turnusmäßigen Prüfung unterzogen.

Bei diesen Prüfungen kommt ein sogenanntes Brückenuntersichtgerät zum Einsatz. Dieses sechsachsige Spezialfahrzeug mit einem Gewicht von 41,7 Tonnen, einer Länge von 13 Metern und einer Höhe von vier Metern fährt im Bereich des rechten Fahrstreifens und bietet den Prüfern über eine schwenk- und ausfahrbare Arbeitsbühne den Zugang zur Brückenunterseite. Für den Einsatz des Fahrzeuges muss auf

den betroffenen Straßenabschnitten jedoch ein Fahrstreifen gesperrt werden. Es ist daher mit temporären Verkehrsbehinderungen zu rechnen.

B 30-Brücken bei Hochdorf und Schweinhausen

Während der Prüfung der Brücken bei Hochdorf und Schweinhausen wird am Montag, 20. März und voraussichtlich noch am Dienstag, 21. März 2023 eine halbseitige Umleitung eingerichtet. Die Fahrtrichtung Friedrichshafen bleibt offen. Die Fahrtrichtung Ulm wird jeweils ab 9 Uhr bis etwa 16 Uhr gesperrt. Der Verkehr wird bei Hochdorf ausgeleitet und über Schweinhausen wieder auf die B 30 geführt. Das Regierungspräsidium Tübingen bittet Verkehrsteilnehmer für die unvermeidbaren Beeinträchtigungen um Verständnis.

Vorgesehener Terminplan

20.03.2023

- B 30 Brücke über die Bahn bei Hochdorf
- B 30 Brücke über die Riß und L 284 bei Schweinhausen

21.03.2023

- B 30 Brücke über die Riß und L 284 bei Schweinhausen
- B 30 Brücke über den Verteilerkreisverkehr bei BC-Jordanbad
- B 30 Brücke über die Riß bei Ummendorf

22.03.23

- B 30 Brücke über die Bahn bei Ummendorf
- B 30 Brücke über die Bahn und Gemeindestraße bei Warthausen-Barabein

23.03.23

- B 465 Brücke über die Riß in Biberach
- B 312 Brücke über die DB, K 7563 und Feldwege bei BC-Rißegg
- B 312 Brücke über die Riß und Feldweg bei BC-Jordanbad

27.03.23

- B 312 Brücke über die K 7578 bei Kirchdorf
- B 312 Brücke über den Illerkanal bei Kirchdorf-Oberopfingen
- B 312 Überführung der K 7579 bei Berkheim
- B 312 Brücke über die L 260 bei Berkheim

28.03.23

- B 30 Brücke über die Dürnach und Feldwege bei Baltringen

29.03.23

- B 30 Brücke über die K 7504 und den Saubach bei Maselheim-Äpfingen
- B 30 Brücke über die Rottum bei Laupheim
- B 30 Brücke über die Rot bei Achstetten

30.03.23

- B 312 Brücke über den Weiherbach bei Uttenweiler

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/presse-und-soziale-medien/pressemitteilungen/artikel/regierungspraesidium-tuebingen-ueberprueft-vom-20-bis-30-maerz-2023-bruecken-im-zuge-von-bundesstrassen-im-landkreis-biberach/>

📄 Brücke,Brücken,Tübingen,Prüfung,Riß
👁 253

14.03.2023

ZDF erfüllt grüne Straßenhasswünsche

(Mainz) - Mit einer einseitigen Berichterstattung erfüllte das ZDF am Dienstagabend im Magazin „Frontal“ die Straßenhasswünsche von Klimaschützern, Umweltverbänden und Grünen.

Straßen vernichten Ökosysteme

Exemplarisch an der Bundesstraße 10 im Pfälzer Wald - dem Wahlkreis von Bundesminister Volker Wissing - kritisierte das ZDF, dass Straßen durch die Landschaft führen. Straßen zerstörten artenreiche Ökosysteme und Wälder und kosteten viel Geld, kritisierten sodann Umweltschützer von Fridays for Future und dem BUND. Für Straßen würde Beton und Asphalt in die Landschaft gekippt. Es gebe einen hohen CO₂-Ausstoß. Darüber hinaus habe Deutschland genügend Autobahnen, so die Meinung. Die Umweltschützer fordern stattdessen einen großspurigen Bahnausbau mit Elektrifizierung und einen Halbstundentakt als Alternative. Aber nicht nur im Pfälzer Wald gebe es Straßen. Bundesweit würden massiv Autobahnen und Bundesstraßen neu- und ausgebaut.

Sozialprofessor: Straßen werden nicht mehr gebraucht

Sodann wechselt das ZDF zur „Wissenschaft“: Der Sozialprofessor und selbsternannte Mobilitätsforscher Andreas Knie aus Berlin hält den Bundesverkehrswegeplan aus dem Jahr 2016 für veraltet. Straßen seien nie leer, so der Professor und widerspricht sich einige Sätze weiter. Straßenbau führe nur zu Neuverkehr. Deshalb brauche Deutschland einen Stopp von Neubauten.

Aber Bundesminister Volker Wissing (FDP) wolle weiterhin den Neubau von Bundesstraßen und diesen sogar noch beschleunigen, so die Reporterin des ZDF. Mobilitätsforscher Knie widerspricht sodann Wissing: Es werde viel weniger Auto gefahren. 36 Prozent der Berufstätigen bliebe lieber im Homeoffice. Die Fahrleistung nehme ab. „Wir brauchen diese Straßen, die wir zurzeit haben, nicht mehr in der Zukunft“, so der Professor.

Österreich als Vorbild präsentiert

Österreich steuere dagegen in der Verkehrspolitik um, berichtete das ZDF weiter. Es werde deutlich mehr in die Schiene investiert, als in die Straße. Es gebe ein landesweites Klimaticket und alle Infrastrukturprojekte wurden gestoppt. Doch Deutschland breche lieber das Klimaschutzgesetz.

Grüne werfen Gesetzesbruch vor

Schließlich kommt Stefan Gelbhaar, verkehrspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen, zu Wort. Er wirft Wissing Gesetzesbruch vor. Der permanente Rutsch in die Gesetzeswidrigkeit müsse gestoppt werden.

ZDF: Politik von Gestern

Aber Wissings Pläne sorgten dafür, dass Deutschland bis zum Jahr 2030, 261 Millionen Tonnen CO₂ mehr ausstößt, als das Klimaschutzgesetz erlaube. Eine Politik von Gestern, die den Klimaschutz breche, meint die Reporterin.

<https://www.zdf.de/politik/frontal/verkehr-autobahn-bundesverkehrswegeplan-wissing-co2-klimaschutz-100.html>

📄 ZDF, Straßen, Wissing, Es, Deutschland
👁️ 270

15.03.2023

Grüne beziehen Stellung gegen Rastanlage

(Bad Waldsee) - In einer Stellungnahme spricht sich der Ortsverband Bad Waldsee von Bündnis 90/Die Grünen gegen eine Rastanlage an der B 30 Abfahrt Bad Waldsee-Nord aus.

Gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion und einer SPD-Stimme hat der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung dem Rasthofprojekt an der B 30 mehrheitlich zugestimmt, „nachdem er zuletzt im Jahr 2019 die Durchführung eines Bürgerbegehrens gegen den Rasthof durch Ratsreferendum abgelehnt hatte“, schreibt der Ortsverband an die örtlichen Medien. Man könne nur den Kopf schütteln angesichts des Vorhabens, heißt es in dem Schreiben. „Der Nutzen des Bauvorhabens ist nicht nachvollziehbar.“

„Damit dürfte vorläufig der Weg geebnet sein, für ein umstrittenes Bauvorhaben mit einer Gesamtfläche von 2,35 Hektar und einem durchgängigen Tag- und Nachtbetrieb mit Tankstelle, Shop, Waschpark, Fast-Food-Gastronomie und dreigeschossigem Niedrigpreishotel“.

Das dem Beschluss teils veraltete Gutachten zugrunde lägen, gebe zu denken. So stammt die von der Stadt in Auftrag gegebene artenschutzrechtliche Prüfung vom März 2018 und ist damit fünf Jahre alt. Das Lärmgutachten wurde vor zweieinhalb Jahren im September 2020 erstellt.

„Von Beginn an stehen wir Grüne dem Projekt kritisch gegenüber und wünschten uns bis zum Schluss von den Beteiligten mehr Mut die Angelegenheit neu zu überdenken. Als zertifizierte Fairtrade-Stadt, Gesundheitsstadt und stolze Trägerin des European Energy Award in Gold sollte sie ganz andere Ziele verfolgen als vorbeikommenden Autoreisenden eine Tank- und Rastmöglichkeit zu bieten.“

Derartige Projekte, die Freiflächen versiegeln, nicht unerheblich Energie verbrauchen, Luftverschmutzung mit sich bringen und gemäß § 13a BauGB ohne Umweltprüfung und naturschutzrechtlichen Ausgleich durchgeführt werden, seien nach heutigem allgemeinem Konsens nicht mehr vertretbar. Eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung sehen die Grünen vielmehr in einer dem Klimaschutz gerecht werdenden Planung, die das vorhandene Potential Bad Waldsees in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen ressourcenschonend, nachhaltig und damit zukunftsgerichtet fördert.

<https://www.gruene-bad-waldsee.de/1547/kopfschuetteln-ueber-rasthofbeschluss/>

📍 Grüne,Rastanlage,Waldsee,Grünen
👥 324

15.03.2023

Frontalzusammenstoß in der Hauptstraße

▶ Reute, 3 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden

(Reute) - Bei einem Verkehrsunfall in der Hauptstraße wurden am Dienstag gegen 13.30 Uhr drei Personen leicht verletzt.

Ein 19-jähriger befuhr die Bundesstraße 30 mit seinem VW Touran in Richtung Friedrichshafen und geriet im Bereich von Reute aus bislang ungeklärter Ursache auf die Gegenfahrbahn. In der Folge prallte er wuchtig mit dem BMW eines entgegenkommenden 36-jährigen zusammen.

Beide Autofahrer wurden dabei leicht verletzt. Ein 23 Jahre alter Radfahrer, der zur Unfallzeit auf dem parallel verlaufenden Radweg unterwegs war, kam aufgrund umherfliegender Trümmerteile zu Sturz und zog sich dabei ebenfalls leichte Blessuren zu. Während beide Autofahrer von einem Rettungsdienst in ein Krankenhaus gebracht wurden, war beim Radfahrer keine medizinische Versorgung notwendig.

Der Sachschaden, der bei dem Verkehrsunfall entstanden ist, beläuft sich am Wagen des Unfallverursachers auf etwa 20.000 Euro und am BMW auf rund 10.000 Euro. Beide Fahrzeuge waren nicht mehr fahrbereit und mussten abgeschleppt werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5464401>

📍 Reute,Hauptstraße
👥 333

15.03.2023

Polizei Ulm stellt Unfallstatistik 2022 vor

(Ulm) - Die Zahl der Verkehrsunfälle im Bereich des Polizeipräsidiums Ulm - den Landkreisen Alb-Donau, Biberach, Göppingen, Heidenheim sowie der Stadt Ulm - ist im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr auf 22.409 Verkehrsunfälle angestiegen (plus 1.381 Verkehrsunfälle, plus 7 Prozent). Damit nahm die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle merklich zu, blieb aber noch deutlich unter der Höchstzahl der Dekade von 24.095 Verkehrsunfällen im Jahr 2019 zurück.

Zunahmen gab es sowohl bei den Verkehrsunfällen mit Sachschaden (plus 1.145 auf 19.702 Unfälle, plus 6 Prozent) als auch bei den Verkehrsunfällen mit Personenschaden (plus 236 auf 2.707 Unfälle, plus 10 Prozent).

Hauptunfallursachen waren 2022 nicht angepasste Geschwindigkeit (25 Prozent der Unfälle mit Schwerverletzten und Getöteten) und Missachten der Vorfahrt (15 Prozent der Unfälle mit Schwerverletzten und Getöteten).

Dennoch betrachtete Polizeipräsident Bernhard Weber, bei der Vorstellung der Zahlen am Mittwoch, die Entwicklung verhalten positiv: Das Polizeipräsidium Ulm habe sich zum Ziel gesetzt, insbesondere die Verkehrsunfälle mit gravierenden Folgen, mit Schwerverletzten und Getöteten, zu reduzieren. Zumindest die Zahl der Unfälle mit Schwerverletzten sei jetzt zum dritten Mal in Folge zurückgegangen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5463949>

Ulm, Verkehrsunfälle, Unfälle, Prozent, Schwerverletzten
202

15.03.2023

Polizeipräsidium Ravensburg veröffentlicht Verkehrsunfallbericht 2022

(Ravensburg) - Weniger Verkehrstote, aber einen deutlichen Anstieg der Unfälle mit Verletzten verzeichnet das Polizeipräsidium Ravensburg im Jahr 2022. Die Gesamtzahl der Unfälle stieg ebenso an, wie Unfälle mit Motorrädern und Fahrradfahrern. Auch Unfälle unter Alkoholeinfluss nahmen deutlich zu und in den Landkreisen Sigmaringen und Ravensburg sowie dem Bodenseekreis gab es fast 3.000 Wildunfälle.

„Obwohl die Gesamtunfallzahlen im Jahr 2022 angestiegen sind, liegt das Polizeipräsidium Ravensburg mit einer Zunahme von 2,2 Prozent noch immer unter dem Landesschnitt“, so Polizeipräsident Uwe Stürmer bei der Vorstellung des Verkehrsunfallberichts am Mittwoch. „Zudem konnten wir im vergangenen Jahr weniger Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang verzeichnen. Erstmals sind auch Wildunfälle mit in die Unfallstatistik eingeflossen, die immerhin einen beträchtlichen Anteil von 17 Prozent an der Gesamtunfallzahl ausmachen.“

Nach einem pandemiebedingten Tiefststand der Unfallzahlen im Jahr 2020 sind die Gesamtunfallzahlen zum zweiten Mal in Folge (von 16.518 auf 16.884) angestiegen. Dennoch liegen die Zahlen in den Landkreisen Ravensburg, Sigmaringen und dem Bodenseekreis noch unter den Unfallzahlen der Vor-Corona-Zeit. Während die Zahl der bei Verkehrsunfällen leicht Verletzten im Vergleich zu 2021 um 11,5 Prozent (von 2.133 auf 2.378) und die Zahl der Schwerverletzten um 6,3 Prozent (von 461 auf 490) anstieg, ist bei der Summe der bei Unfällen Getöteten ein Rückgang von etwa einem Fünftel (von 39 auf 31) zu verzeichnen.

Nach wie vor ist überhöhte oder nicht angepasste Geschwindigkeit bei folgenschweren Verkehrsunfällen mit Schwerverletzten und Getöteten die Hauptunfallursache. „Leider müssen wir hier zudem eine deutliche Zunahme der Unfallursachen ‘Verkehrstüchtigkeit’ (2021: 59, 2022: 67) und ‘Überholen’ (2021: 30, 2022: 40) feststellen“, so Uwe Stürmer bei der Analyse der Zahlen.

Nachdem Motorradunfälle aufgrund der anhaltend schlechten Witterung im Jahr 2021 um knapp ein Viertel (23 Prozent) zurückgegangen waren, sind 2022 wieder deutlich mehr Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer verunglückt (2021: 270, 2022: 347). Aber auch Fahrradunfälle haben im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen (von 812 auf 950).

Der Polizeipräsident plädiert für mehr gegenseitige Rücksichtnahme, insbesondere mit Blick auf das „Kräfteungleichgewicht“ zwischen Radfahrenden und Kraftfahrzeuglenkern. „Nur so können wir Kollisionen zwischen Kraftfahrzeugen und Fahrrädern reduzieren.“

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5463946>

Ravensburg, Jahr, Prozent, Polizeipräsidium, Unfälle
215

15.03.2023

Umweltbundesamt lobt Anstrengungen zur Antriebswende

(Dessau-Roßlau) - Im Jahr 2022 wurden in Deutschland deutlich mehr erneuerbare Energien genutzt als in den Vorjahren. Sowohl bei der Stromerzeugung als auch beim Heizen trugen erneuerbare Energien in erheblichem Umfang dazu bei, den Einsatz fossiler Energieträger, insbesondere von Erdgas, zu ersetzen.

Das Umweltbundesamt lobte bei der Vorstellung am Mittwoch: „Die Entwicklung geht in die richtige Richtung, besonders in den Bereichen Strom und Verkehr steigt der Anteil der erneuerbaren Energieversorgung.“

Im Verkehrssektor blieb der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Endenergieverbrauch mit 6,8 Prozent zwar auf dem Niveau des Vorjahres. Allerdings stieg die Nutzung von erneuerbarem Strom im Verkehr durch verstärkte Nutzung von E-Mobilität deutlich an (plus 16 Prozent), gleichzeitig stagnierte der Absatz von Biokraftstoffen. Hinzu kommt jedoch, dass der fossile Kraftstoffverbrauch nach Ende der Pandemie wieder anstieg.

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/energienutzung-in-deutschland-2022-mehr-erneuerbare>

 Umweltbundesamt, Energien
 170

16.03.2023

Alkoholisierter Fahrer verursacht Verkehrsunfall und fährt davon

► **Friedrichshafen, 1 Fahrzeuge**

(Friedrichshafen) - Weil er im Verdacht steht, in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag alkoholisiert Auto gefahren zu sein und nach einem Unfall die Flucht ergriffen zu haben, ermittelt die Polizei gegen einen 25-jährigen.

Ein Zeuge war gegen 2 Uhr in der Paulinenstraße auf umgefahrenen Straßenschilder aufmerksam geworden und hatte die Polizei verständigt. Die Beamten wurden im Rahmen der Fahndung im Stadtgebiet auf einen geparkten und erheblich beschädigten Mercedes Sprinter aufmerksam. Hinter dem Steuer des Wagens, dessen Schadensbild zu den aufgefundenen Trümmerteilen an der Unfallstelle passte, saß der schlafende 25-jährige. Bei der Kontrolle ergab eine Atemalkoholmessung einen Wert von rund 2,4 Promille, weshalb der Mann die Polizisten in eine Klinik begleiten und zwei Blutproben abgeben musste.

Die Beamten beschlagnahmten seinen Führerschein sowie die Schlüssel des Fahrzeugs und leiteten ein Ermittlungsverfahren wegen Gefährdung des Straßenverkehrs und Unfallflucht gegen den 25-jährigen ein.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5465283>

 Friedrichshafen
 245

16.03.2023

Fundamente werden in den Pfingstferien gesetzt

(Senglingen) - Die Gemeinde Meckenbeuren arbeitet am Wiederaufbau des bei einem Verkehrsunfall eingestürzten Senglinger Steges.

Die Gemeinde vergab nun den Auftrag für das Herstellen der Fundamente der neuen Brücke. Zum Zuge kam die Firma Zwisler aus Tettnang zum Preis von 100.158 Euro brutto. Die Betonfertigteile werden

mittels Autokran gesetzt. Dies soll in den Pfingstferien geschehen, da die B 30 dazu halbseitig gesperrt werden muss. Die neue Brücke soll im Anschluss möglichst rasch aufgebaut werden.

Zunächst war die Notwendigkeit neuer Fundamente nicht absehbar. Erst durch die Arbeit des Prüfstatikers habe sie sich ergeben. Dieser zufolge hatten sich die bestehenden Fundamente als zu klein erwiesen. Ein Angleichen oder Umbau der alten Fundamente sei technisch nicht möglich bzw. unwirtschaftlich. Die neuen Fundamente sind auf die neue Brücke abgestimmt, die Ausführung vom Statiker berechnet und von der Prüfstatik freigegeben.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/meckenbeuren/senglinger-steg-das-datum-steht-fuer-den-ersatzneubau-1466849>

📄 Fundamente,Pfingstferien,Brücke
•• 230

16.03.2023

Bürgerinitiativen empört über ZDF-Beitrag

(Landau/Pfalz) - Die „Bürgerinitiative B 10“ hat sich bei der Redaktionsleiterin des ZDF-Magazins „Frontal“ über die „sehr einseitige“ Berichterstattung in der Sendung am Dienstag beschwert. Der Ausbau der B 10 war in der Sendung als eines von vielen Beispielen angeführt, was in der Verkehrspolitik des Bundesministeriums von Volker Wissing (FDP) falsch läuft.

Der BI-Vorsitzende Erich Weiss schreibt an die Redaktionsleiterin, in dem Beitrag sei „sehr einseitig nur aus der Perspektive der Naturschützer über dieses Bauvorhaben“ berichtet worden. „Wir sind der Auffassung, dass es als verantwortungsbewusste Journalisten zu Ihrer Aufgabe gehört hätte, sich umfassender über dieses Verkehrsprojekt zu informieren, statt ungeprüft einseitig die Meinung der Naturschützer zu senden und damit vielen nicht näher informierten Zuschauern zu vermitteln, dass Straßenbau zu den Umweltsünden gehört“, so Weiss.

Er kritisiert, dass Aspekte wie die CO₂-Einsparung durch die Nutzung der B 10 als kürzere Alternative zu den anderen Routen, die wirtschaftliche Notwendigkeit zur Verbesserung der Infrastruktur, der Lärmschutz für die Anwohner, die Grünbrücken für die Wildtiere und die Verbesserung der Verkehrssicherheit außer Acht gelassen wurden.

Die BI ist der Meinung, dass in dem Bericht „ein Verkehrsprojekt wie der Lückenschluss im vierspurigen Ausbau der B 10, auf das Bürger, Kommunen, Wirtschaft und Verbände alle Hoffnungen setzen, missbraucht wurde, um Grundsatzkritik am geltenden Bundesverkehrswegeplan zu üben“. Die im Beitrag genannten Alternativen würden die Probleme nicht lösen.

Für die BI wäre es versöhnlich, „wenn Sie auch einmal die Schattenseiten eines einseitigen Naturschutzes beleuchten würden, der die Interessen und Bedürfnisse der Menschen und wichtige Fakten ignoriert“, schreibt Weiss.

https://www.rheinpfalz.de/lokal/kreis-suedwestpfalz_artikel,-b10-buergerinitiative-beschwert-sich-nach-frontal-bericht-beim-zdf-arid_5481186.html

📄 Beitrag,ZDF,BI
•• 957

17.03.2023

Junge Autofahrer rasen durch Wanderbaustelle

(Baienfurt / Baidt) - Wegen eklatanter Verkehrsverstöße müssen zwei Verkehrsteilnehmer mit einer Ordnungswidrigkeiten-Anzeige und empfindlichen Konsequenzen rechnen.

Beamte der Verkehrspolizei haben am Mittwoch mit einem Videofahrzeug den Verkehr auf der B 30 ins Visier genommen und unter anderem eine 22-jährige und einen 20-jährigen gestoppt, welche die jeweils geltende Höchstgeschwindigkeit deutlich überschritten hatten.

Im Bereich einer Wanderbaustelle fuhr die BMW-Lenkerin anstelle der erlaubten 80 km/h mit über 140 km/h und überschritt darüber hinaus auch am Ausbauende der Bundesstraße in Richtung Enzisreute die Geschwindigkeitsbegrenzung von 100km/h und 80 km/h um über 30 beziehungsweise 40 km/h.

Der 20-jährige, der ebenfalls mit einem BMW unterwegs gewesen ist, überschritt die Geschwindigkeit sowohl an der Wanderbaustelle als auch an der Bahnunterführung zwischen Baidt und Enzisreute um über 60 km/h.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5466213>

📍 Wanderbaustelle
👤 179

17.03.2023

B 30 nach Lkw-Unfall teilweise gesperrt

▶ Ravensburg, 1 Fahrzeuge, 3000 Euro Sachschaden

(Ravensburg) - Nach einem Verkehrsunfall, der sich am Donnerstagnachmittag gegen 14 Uhr auf der B 30 zwischen den Anschlussstellen Ravensburg Süd und Ravensburg Nord ereignet hat, musste die Bundesstraße bis etwa 18.30 Uhr halbseitig gesperrt werden.

Ein Lkw-Lenker war alleinbeteiligt mit der rechten Leitplanke kollidiert und riss hierdurch an seinem Fahrzeug den Tank sowie mehrere Reifen auf. Aufgrund des auslaufenden Betriebsstoffs musste das Erdreich stellenweise abgetragen und die Fahrbahn fachgerecht gereinigt werden.

Um den beschädigten Sattelzug, an dem ein Sachschaden von rund 3.000 Euro entstand, kümmerte sich ein Abschleppdienst.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5466213>

📍 Ravensburg,Lkw
👤 255

17.03.2023

Bohrungen zur Baugrunderkundung gestartet

(Meckenbeuren) - Im Auftrag des Regierungspräsidiums Tübingen hat die Firma Baugrund Süd mit Probebohrungen zur Baugrunderkundung im Trassenkorridor der B 30 neu zwischen Friedrichshafen und Ravensburg-Eschach begonnen.

An 52 Stellen wird die Beschaffenheit des Untergrundes untersucht. „Die Kleinrammbohrungen sind ungefähr auf der Mitte des Achskorridors der Vorzugsvariante Ost vorgesehen“, teilt das Regierungspräsidium mit. Die genaue Lage und Höhe der Straße steht aber noch nicht fest. Das Baugrundgutachten dient, neben einem von vielen erforderlichen Gutachten, als Grundlage für die weitere Planung.

Vor Ort ist im Auftrag des Regierungspräsidiums Geologin Anja Glatz mit Kleinbohrgerät samt Mitarbeiter. Sie nehmen seit dem 13. März und voraussichtlich noch bis Anfang April die Bohrungen und Rammsondierungen vor. Die Auswertung der Bohrungen wird voraussichtlich bis Ende des Jahres vorliegen.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/meckenbeuren/mit-video-bohrungen-geben-trasse-der-neuen-b30-grobes-gesicht-1473344>

📍 Bohrungen,Baugrunderkundung
👤 154

17.03.2023

Bundestag macht Weg frei für das Deutschlandticket

(Berlin) - Der Bundestag hat am Donnerstag, 16. März 2023, die Einführung des 49-Euro-Tickets beschlossen. Das 49-Euro-Ticket - auch Deutschlandticket genannt - soll ab dem 1. Mai gültig sein. Es ist ein digitales, deutschlandweit gültiges Nahverkehrsticket zu einem Einführungspreis von 49 Euro pro Monat, das in einem monatlich kündbaren Abonnement angeboten wird.

Von 2023 bis 2025 beteiligt sich der Bund mit 1,5 Milliarden Euro pro Jahr an dem Vorhaben. Diese Mittel werden den Bundesländern als zusätzliche Regionalisierungsmittel an die Seite gestellt. In diesem Jahr trägt der Bund zudem 50 Prozent der anfallenden Mehrkosten bei der Einführung des Tickets. Um die Finanzierung des 49-Euro-Tickets über 2025 hinaus dauerhaft zu sichern, soll auf Grundlage einer Auswertung der verkehrlichen und finanziellen Auswirkungen im Jahr 2025 ein erneutes Gesetzgebungsverfahren eingeleitet werden.

Die Umstellung auf den Deutschlandtarif bedeutet eine Kraftanstrengung für alle Beteiligten, aber sie werde sich lohnen. Der Öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) werde damit für größere Bevölkerungsgruppen attraktiver. Es gehe darum, Auto und ÖPNV zu kombinieren, dafür schaffe die Bundesregierung die Voraussetzungen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw11-de-regionalisierungsgesetz-936488>

☐ Bundestag, Deutschlandticket, Tickets, Jahr
•• 176

17.03.2023

Experten für Beschleunigung von Planungsverfahren bei Brücken

(Berlin) - Die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Brücken müssen beschleunigt werden. In dieser Einschätzung waren sich die zu einer öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages, am Mittwoch, 15. März 2023, geladenen Sachverständigen weitgehend einig.

Das den LNG-Terminals zugestandene überragende öffentliche Interesse müsse auch für Sanierungsmaßnahmen an Bundesfernstraßen gelten, befand Ralf Stoffels, Vizepräsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Bei Projekten von überragendem Interesse brauche es einen vernünftigen Abwägungsmaßstab wie bei den LNG-Terminals, sagte Stephan Krenz, Vorsitzender der Geschäftsführung bei der Autobahn GmbH des Bundes. Die Umweltjuristin Cornelia Ziehm indes hielt den Gesetzentwurf für unnötig. Schon jetzt gebe es die Möglichkeit, in Ausnahmefällen die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) auszusetzen, sagte sie.

Nach dem Willen der CDU/CSU-Fraktion sollen Sanierungen von Brücken an Bundesfernstraßen beschleunigt werden. Ihr Gesetzentwurf sieht vor, dass im Fall einer Baumaßnahme an einer Bundesfernstraße, für die ein Planfeststellungsverfahren vorgeschrieben ist, das Planfeststellungsverfahren und die Umweltverträglichkeitsprüfung verkürzt werden können. Eine vergleichbare Regelung habe der Gesetzgeber bereits mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases (LNG) getroffen, heißt es in der Gesetzesvorlage.

Konkret sollen nach den Vorstellungen der Union identische Ersatzbauten für beschädigte oder abgerissene Brücken als Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen eingestuft werden, für die kein Planfeststellungsverfahren notwendig ist. Ebenfalls von der Pflicht eines Planfeststellungsverfahrens ausgenommen werden sollen Neubauten, die provisorische Übergangsbauten ersetzen. Dies soll auch für Ersatzbauten gelten, bei denen eine Kapazitätserweiterung durch die Freigabe der Standstreifen und einer gleichzeitigen Kapazitätsreduzierung des Mittelstreifens erfolgt.

Zudem sieht der Gesetzentwurf vor, dass das Bundesverkehrsministerium in Ausnahmefällen Bauvorhaben an Brücken ganz oder teilweise von den Anforderungen des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes ausnehmen kann. Im Fall einer Umweltverträglichkeitsprüfung soll die Frist zur Stellungnahme von zu beteiligenden Behörden einen Zeitraum von einem Monat nicht überschreiten dürfen.

20.03.2023

BUND gegen Ausbau des U-Bahnnetzes

(Berlin) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) stellt sich gegen eine Erweiterung der U-Bahn in Berlin. Er kritisiert, dass die Berliner Verkehrsbetriebe unter anderem einen neuen U-Bahn-Ring planen, der die Außenbezirke verbinden soll. Außerdem sollen fast alle Linien verlängert werden.

Das gefällt den Naturschützern überhaupt nicht. Das Geld solle lieber an anderer Stelle in den Öffentlichen Nahverkehr gesteckt werden. U-Bahnen seien Hochleistungsverkehrsmittel, die ihre Berechtigung auf stark nachgefragten Korridoren hätten. „Die sind in Berlin allerdings fast vollständig abgedeckt“, argumentiert der BUND-Landesgeschäftsführer Tilmann Heuser. Der Großraum Berlin verfüge bereits, die S-Bahn eingerechnet, über fast 500 km Metro-Netz. Angesichts der eskalierenden Klimakrise müsse mit Nachdruck das Straßenbahnnetz der Hauptstadt ausgebaut werden.

Heuser hält einen U-Bahn Ausbau auch für Geldverschwendung: „Grob überschlagen dürfte der Bau der 171 km neuer U-Bahn-Strecken nach aktuellem Preisstand nicht unter 35 Milliarden Euro kosten. Von dem Geld ließen sich bis zu 1.700 km neuer Straßenbahnstrecken errichten“.

<https://www.heise.de/news/Berlin-BUND-gegen-Ausbau-des-U-Bahnnetzes-7550789.html>

20.03.2023

Weltklimarat rät Wälder und Moore zu schützen

(Interlaken) - Der am Montag veröffentlichte neue Synthesebericht des Weltklimarates IPCC zeigt nach eigenen Angaben machbare und wirksame Möglichkeiten auf, Treibhausgas-Emissionen zu mindern. Der IPCC-Vorsitzende Hoesung Lee sagte mit Blick auf die Politik: „Die Durchsetzung wirksamer und gerechter Klimamaßnahmen verringert nicht nur Verluste und Schäden für Natur und Mensch, sondern bringt weitere Vorteile mit sich.“

Emissionen weltweit gestiegen

Der sogenannte Synthesebericht zum Sechsten Sachstandbericht wurde von 195 Mitgliedsländern auf einem Treffen in Interlaken in der Schweiz einstimmig verabschiedet. Die Herausforderung, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, hält der IPCC für „beispiellos“. Sie ist noch größer geworden, weil in den vergangenen fünf Jahren die klimaschädlichen Emissionen auf der Erde weiter angestiegen sind.

Drastische Emissionsminderung gefordert

Nun müssten die klimaschädlichen Emissionen in allen Sektoren „tiefgreifend, schnell und nachhaltig“ gesenkt werden. Auf welchem Niveau auch immer müsse der Temperaturanstieg gestoppt und das System stabilisiert werden. Dazu seien „drastische Emissionsminderungen“ bis 2030 notwendig. Aktuell habe sich die Erde auf 1,1 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau erwärmt.

Menschen sollen ihre Lebensweise tiefgreifend ändern

Im Zentrum wirksamen Klimaschutzes sieht der Weltklimarat urbane Räume: Wenn sich Menschen anders ernähren und fortbewegen, anders wohnen und heizen und auch anders produzieren, würde das auch ihre Gesundheit und Wohlbefinden verbessern. Würden die Menschen überdies verstehen, was übermäßiger Konsum verursacht, könnten sie fundiertere Entscheidungen treffen.

Wälder aufforsten und Moore schützen

Die Wissenschaftler betonen mögliche Synergien von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Zum Beispiel können Pläne zur Aufforstung von Wäldern und Wiedervernässung von Mooren, die als CO₂-Senken dienen, mit Plänen zu Hochwasser- Retentionsflächen und Naherholungsräumen verbunden werden. Auch nützte der Zugang zu sauberer Energie und Technologien der Gesundheit von Frauen und Kindern.

Mehr Geld für den Klimaschutz gefordert

Beschleunigte Klimamaßnahmen würden nur möglich sein, wenn die Finanzmittel vielfach erhöht werden. Die Regierungen müssten mit öffentlicher Finanzierung klare Signale an Investoren senden. Investoren, Zentralbanken und Finanzaufsichtsbehörden könnten ihren Teil beitragen. Wenn Technologie, Know-how und geeignete politische Maßnahmen genutzt und angemessene Finanzmittel bereitgestellt werden, könne jede Gemeinschaft den kohlenstoffintensiven Verbrauch reduzieren oder vermeiden.

<https://www.heise.de/news/Weltklimarat-Jedes-Zehntelgrad-wird-wichtig-7556877.html>

🗉 Weltklimarat, Moore, IPCC, Emissionen
👁 160

20.03.2023

70-jähriger fährt Wildschutzzaun nieder

► **Biberach, 1 Fahrzeuge**

(Biberach) - Am Sonntag ist ein älterer Autofahrer auf der B 30 bei Biberach von der Fahrbahn abgekommen. In der Folge fuhr er einen Wildschutzzaun nieder.

Kurz nach 8.45 Uhr war der 70-jährige in Richtung Süden unterwegs. Zwischen den Anschlussstellen Biberach-Nord und -Süd kam er nach rechts von der Fahrbahn ab. Dort fuhr er etwa 100 Meter an einem Wildschutzzaun entlang, der auf einer Länge von etwa 30 Metern eingerissen wurde.

Nach eigenen Angaben übermannte den Fahrer ein Sekundenschlaf. Bei dem Unfall verletzte sich der 70-jährige leicht. Sein nicht mehr fahrbereiter Skoda musste abgeschleppt werden. Es entstand ein Sachschaden von mehreren tausend Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5467269>

🗉 Biberach, Wildschutzzaun
👁 279

20.03.2023

Werbeschild fängt Feuer

(Meckenbeuren) - Ein technischer Defekt soll am Sonntagabend gegen 18.30 Uhr die Ursache für einen Brand an einer Tankstelle in der Hauptstraße gewesen sein.

Ein Werbeschild hatte Feuer gefangen und war bereits vor dem Eintreffen der alarmierten Feuerwehr und der Polizei von Tankstellen-Kunden gelöscht worden, sodass die Einsatzkräfte nach kurzer Abklärung wieder abrücken konnten.

Den polizeilichen Ermittlungen zufolge dürfte eine defekte Sicherung den Brand ausgelöst haben. Wie hoch der Sachschaden ausfällt, ist aktuell nicht bekannt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5467906>

🗉 Werbeschild, Feuer
👁 137

21.03.2023

Polizei sucht Zeugen zu übermüdetem Autofahrer

(Ravensburg / Tettngang) - Die Polizei Friedrichshafen ermittelt gegen einen 42-jährigen Mann, nach dem dieser am Montagmorgen zwischen 5.30 Uhr und 5.45 Uhr zwischen Ravensburg und Tettngang unsicher mit seinem Auto unterwegs war.

Eine Zeugin war auf der Bundesstraße 30 auf Höhe von Ravensburg auf die Fahrweise des Mannes aufmerksam geworden, als dieser im Tunnel von der Fahrbahn abgekommen war und mit seinem VW Caddy nur knapp die Wand verfehlt hatte. Im weiteren Verlauf sei der 42-jährige auf der B 30 und der B 467 in Richtung Tettngang in Schlangenlinien gefahren und habe dabei mehrfach den Gegenverkehr gefährdet.

Polizisten trafen den Mann an seiner Wohnanschrift an, wo sich der Verdacht ergab, dass er aufgrund Übermüdung unsicher unterwegs gewesen sein könnte. Ihm droht nun eine Anzeige wegen Straßenverkehrsgefährdung.

Zeugen und Personen, die durch die Fahrweise behindert oder gefährdet wurden, werden gebeten, sich unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 beim Polizeirevier Friedrichshafen zu melden

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5468986>

📍 Polizei, Ravensburg, Tettngang
👤 186

21.03.2023

6.000 Euro Schaden bei Auffahrunfall

► *Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 6000 Euro Sachschaden*

(Meckenbeuren) - Rund 6.000 Euro Sachschaden entstand am Montag gegen 14.45 Uhr bei einem Auffahrunfall in der Ortsdurchfahrt Meckenbeuren.

Ein 40 Jahre alter VW-Fahrer war auf der Hauptstraße in Richtung Ravensburg unterwegs und erkannte zu spät, dass die vor ihm fahrende 44-jährige Hyundai-Lenkerin verkehrsbedingt abbremsten musste.

Ein Rettungsdienst brachte die 44-jährige aufgrund des wuchtigen Zusammenstoßes zur vorsorglichen Untersuchung in eine Klinik. Sie blieb den ersten Erkenntnissen zufolge unverletzt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5468998>

📍 Meckenbeuren, Auffahrunfall
👤 229

21.03.2023

Hermann stellt Bedarfsplan für Radwege vor

(Stuttgart) - Baden-Württemberg soll zum Fahrradland werden: Die Landesregierung will eine neue Ära für die Fahrradinfrastruktur einleiten. Mit einem neu entwickelten Bedarfsplan sollen bis zum Jahr 2040 systematisch fehlende Radwege an Bundes- und Landesstraßen ausgebaut werden. Zudem erweitert das Land die Förderung kommunaler Rad- und Fußwege.

2.000 km neue Radwege bis 2040

Verkehrsminister Winfried Hermann sagte: „Bis 2040 wollen wir rund 2.000 Kilometer neue Radwege bauen. Lücken werden nach und nach geschlossen, damit Radfahrerinnen und Radfahrer nicht mehr über viel befahrene Straßen oder über Stock und Stein fahren müssen. Alle Menschen sollen sich sicher fühlen, wenn sie mit dem Fahrrad unterwegs sind. Besonders auch auf längeren Strecken soll das Fahrrad zukünftig immer öfter eine echte Alternative zum Auto darstellen.“

Zu einer guten Radkultur gehöre eine vernetzte Radinfrastruktur. Mit dem neu entwickelten Bedarfsplan würden systematisch fehlende Radwege an Bundes- und Landesstraßen ausgebaut, so der Minister weiter.

Von dem Jahr 2011 bis 2022 wurden bereits 409 Kilometer Radwege neu gebaut. Der Bund förderte diese mit 90,1 Millionen Euro, das Land mit 132 Millionen Euro. Für 2023 bis 2030 sind 860 Kilometer Radwege als „Vordringlicher Bedarf“ geplant. Der Bund fördert diese mit 240 Millionen Euro, das Land mit 448 Millionen Euro. Für 2030 bis 2040 sind weitere 1.200 Kilometer Radwege als „Weiterer Bedarf“ vorgesehen. Der Bund fördert diese mit 248 Millionen Euro, das Land mit 712 Millionen Euro.

Radwegemaßnahmen an der Bundesstraße 30

Vordringlicher Bedarf

- B 30 Englerts – Oberessendorf
- B 30 Friedrichshafen – Lochbrücke
- B 30 Ortsdurchfahrt Meckenbeuren
- RS 9 Radschnellweg Friedrichshafen - Baintd

Weiterer Bedarf mit Planungsrecht

- Keine Maßnahme

Weiterer Bedarf

- Keine Maßnahme

Kein Bedarf

- B 30 Ortsdurchfahrt Gaisbeuren
- B 30 Gaisbeuren – Enzisreute
- B 30 Ortsdurchfahrt Enzisreute
- B 30 Enzisreute – Baintd

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/land-baut-radwegenetz-systematisch-aus-1>

📄 Radwege,Millionen,Bedarfsplan,Land,Kilometer

👁 234

21.03.2023

DIHK-Chef fordert beschleunigten Ausbau aller Verkehrswege

(Berlin) - Die Grünen streiten weiter mit der FDP darüber, ob neben Bahnstrecken auch Straßen beschleunigt ausgebaut und saniert werden sollen. Alle Verkehrswege müssen gleichermaßen schnell ausgebaut werden, weil der Verkehr deutlich wachsen werde, sagte nun der DIHK-Präsident Peter Adrian vor der Verkehrsministerkonferenz am Mittwoch und Donnerstag in Aachen.

DIHK-Präsident Peter Adrian fordert die Verkehrsminister von Bund und Ländern auf, den Ausbau und die Sanierung aller Verkehrswege gleichermaßen zu beschleunigen - auch der Straßen und Autobahnen: „Der Verkehr wächst - eine neue Prognose des Bundesverkehrsministeriums geht für die nächsten rund 30 Jahre von einem Zuwachs allein im Güterverkehr von fast 50 Prozent aus. Neben der Sanierung der Verkehrsinfrastruktur brauchen wir zusätzliche Kapazitäten bei allen Verkehrsträgern. Für die Wirtschaft ist es wichtig, dass die Verkehrsminister jetzt bei ihrer Tagung den beschleunigten Ausbau und die Sanierung aller Verkehrswege voranbringen“, sagte der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) der Düsseldorfer „Rheinischen Post“.

Ein wichtiger Baustein dabei sei die Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren „für alle Verkehrsträger“. Die Straffung von Verfahrensschritten und der Verzicht auf Doppel- und Dreifachprüfungen müsse endlich gelingen. Deutschland versage auf ganzer Linie: Selbst die eingestürzte Morandi-Brücke in Italien sei in weniger als zwei Jahren durch einen Neubau ersetzt worden.

„Darüber hinaus müssen Bund und Länder die Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 zügig umsetzen. Diese haben bereits ihre positiven gesamtwirtschaftlichen Effekte in den Nutzen-Kosten-Untersuchungen unter Beweis gestellt - unter Beachtung der Umweltaspekte“, sagte der DIHK-Chef.

Der Straßenverkehr werde in den nächsten Jahren durch alternative Antriebe klimafreundlicher. Zur Wahrheit gehörte auch, dass der Straßenverkehr in der Zukunft weiter die Hauptlast des Verkehrs tragen wird. Allein mit einem Ausbau der Schiene könne Deutschland die Kapazitätsprobleme nicht lösen.

In der Ampel-Regierung gibt es weiterhin seit Monaten Streit darüber, ob neben Schienenwegen auch Fernstraßen beschleunigt ausgebaut werden sollen. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP), der bei der Konferenz in Aachen dabei sein wird, ist dafür, die Grünen weiterhin strikt dagegen.

https://rp-online.de/politik/deutschland/verkehrsminister-dihk-chef-fordert-ausbau-der-autobahnen_aid-87063813

📁 DIHK,Ausbau,Verkehrswege,Präsident,Sanierung
👤 232

22.03.2023

Radfahrer von Pkw erfasst

► Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 1500 Euro Sachschaden

(Meckenbeuren) - Bei einem Verkehrsunfall, der sich am Mittwochmorgen gegen 6.30 Uhr an der Einmündung der Humboldtstraße zur Hauptstraße ereignet hat, wurde ein 32 Jahre alter Radfahrer leicht verletzt.

Eine 32 Jahre alte Nissan-Lenkerin wollte auf die Vorfahrtstraße einfahren und übersah dabei den Radler, der auf dem Fahrradschutzstreifen unterwegs war. In der Folge kam es zum Zusammenstoß, in dessen Folge der 32 Jahre alte Zweiradfahrer zur ambulanten Versorgung vom Rettungsdienst in eine Klinik gebracht werden musste.

Am Pkw der Unfallverursacherin entstand Sachschaden in Höhe von etwa 1.500 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5469853>

📁 Meckenbeuren,Radfahrer,Pkw,Jahre
👤 303

22.03.2023

BI informierte über Umleitung

(Hochdorf) - Das Regierungspräsidium Tübingen plant die beiden Großbrücken der Bundesstraße 30 bei Hochdorf durch einen Neubau zu ersetzen. Nach derzeitigem Stand werden die Brücken ab dem Jahr 2030 neu gebaut. Der Verkehr soll mehrere Jahre umgeleitet werden.

Über den aktuellen Stand berichtete die „B30 Initiative Hochdorf“ in der vergangenen Woche. Gegen eine Umleitung des Verkehrs durch Hochdorf sind nicht nur Bürgerinnen und Bürger. Bürgermeister Stefan Jäckle ist ebenso dagegen, wie der Landtagsabgeordnete Thomas Dörfinger (CDU), die Bundestagsabgeordneten Martin Gerster (SPD) und Anja Reinalter (Grüne) sowie Landrat Mario Glaser. Andreas Stoch, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag, machte sich vor einige Wochen ein Bild vor Ort. Seine Meinung: „Diese Umleitung ist nicht möglich.“

Aber wie sollen die Brücken ohne Umleitung neu gebaut werden? Am vergangenen Donnerstagabend informierte die BI in der TSV-Vereinsgaststätte zum ersten Mal öffentlich. Die BI forderte bei der

Zusammenkunft keine Umleitung durch die Ortsteile dafür Planung und sukzessiver vierspuriger Ausbau der B 30 von Biberach bis Enzisreute. Dabei könnten die Brückenersatzbauten parallel zum Bestand ohne Umleitung gebaut werden. Zudem forderte die BI einen integrierten Plan für die Verkehrsführung durch das Rißtal unter Einbeziehung der Umgehung von Ingoldingen.

Gegen den möglichen Umleitungsverkehr sprechen sich mittlerweile auch Vertreter der Grundschule, der Kindergärten, der Gewerbetreibenden und der Landwirtschaft aus.

Das nächste öffentliche Treffen der BI findet voraussichtlich am 6. April in der TSV-Vereinsgaststätte statt. Am 2. Mai will nach derzeitigem Stand Ministerialdirektor Berthold Frieß, Amtschef im Verkehrsministerium des Landes Baden-Württemberg, zu einem Vororttermin nach Hochdorf kommen. Wie sich der ehemalige Landesgeschäftsführer des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) im Landesverband Baden-Württemberg, positionieren wird, ist offen.

<https://www.schwaebische.de/regional/biberach/hochdorf/in-hochdorf-formiert-sich-widerstand-gegen-umleitungsregelung-bei-b-30-brueckenabriss-1480519?lid=true>

☐ Umleitung, BI, Hochdorf, Stand
•• 395

22.03.2023

Expertenbeirat für Förderung der Elektromobilität

(Berlin) - In einer gemeinsamen Sitzung haben sich Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing und der Expertenbeirat für Klimaschutz in der Mobilität (EKM) am Mittwoch über Wege zur Dekarbonisierung des Verkehrs ausgetauscht. Thematischer Schwerpunkt waren der Hochlauf der Elektromobilität, alternative Kraftstoffe für die Bestandsflotte und die Stärkung der Schiene.

Bundesminister Dr. Volker Wissing betonte: „Klimaschutz ist eine große, gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen unsere ambitionierten Ziele erreichen, ohne die individuelle Mobilität und die Logistikketten zu beeinträchtigen und ohne dabei einzelne Lösungswege von vornherein auszuschließen. Eine breite gesellschaftliche Akzeptanz ist die grundlegende Voraussetzung, dass wir diese Aufgabe erfolgreich angehen können.“

Prof. Dr. Meike Jipp, Co-Vorsitzende des EKM, sagte: „In Wirtschaft und Gesellschaft benötigen wir ein hohes Maß an Akzeptanz für die Elektromobilität. Nur auf diesem Weg erreichen wir eine klimafreundliche Mobilität im Verkehrssektor. Je mehr Personen, je mehr Unternehmen kurz- und mittelfristig auf Elektromobilität setzen, desto besser ist es.“

ÖPNV stärken

Der Expertenbeirat ist sich einig, dass zeitnah weitere politische Maßnahmen und Anstrengungen aller Akteure notwendig sind, um die Klimaziele im Verkehrssektor 2030 zu erfüllen und den CO₂-Ausstoß im Verkehr nachhaltig zu reduzieren. Hierfür ist neben der Verlagerung auf Bus, Bahn, ÖPNV oder Fahrrad vor allem die beschleunigte Antriebswende hin zur Elektromobilität entscheidend.

Über den Expertenbeirat

Im Expertenbeirat Klimaschutz in der Mobilität sind Expertinnen und Experten aus allen Bereichen von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft versammelt. Ihre Expertise ist ein wertvoller Beitrag in der Debatte über die Mobilität der Zukunft.

<https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2023/024-wissing-expertenbeirat-klimaschutz-in-der-mobilitaet.html>

☐ Elektromobilität, Expertenbeirat, Mobilität, Dr
•• 179

22.03.2023

Verkehrsministerkonferenz beginnt mit Protesten

(Aachen) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gibt vor, das Klima mit einem Straßenbauverbot, retten zu wollen. Um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen, versammelten sich am Mittwoch bei Wind und ungemütlichen Temperaturen Aktivisten des BUND vor einem Aachener Hotelkomplex. Gemeinsam protestierten sie gegen die Verkehrspolitik der Bundesregierung. Einer der Demonstranten war als Fuchs verkleidet. „Wiesen und Wald statt Asphalt“ skandierte die BUND-Gruppe. „Keine neuen Autobahnen“ stand auf einem großen Pappschild.

In dem Hotel kommen am Mittwoch und Donnerstag die Verkehrsministerinnen und -minister der Bundesländer zusammen, um sich über verkehrspolitische Themen auszutauschen und Stellung zu beziehen.

BUND NRW-Chef Dirk Jansen übergab nach eigenen Angaben 80.000 Unterschriften an NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne). Dieser hat für die nächsten zwei Jahre den Vorsitz der Verkehrsministerkonferenz übernommen. Als Vorsitzender der Ministerkonferenz könne Krischer jetzt Kritik an Wissings Bundesverkehrswegeplan „klar artikulieren“. „100 der geplanten Projekte sind völlig aus der Zeit gefallen und müssen dringend überprüft werden.“

„Klare Priorität in NRW ist Erhalt vor Neubau“, sagte Krischer später. Klimaschutz im Verkehrssektor soll eines der Hauptthemen der Konferenz sein.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/verkehrsministerkonferenz-aachen-100.html>

☐ Verkehrsministerkonferenz,BUND,NRW,Krischer
•• 182

23.03.2023

Professor: Klimaziele mit Tempolimit und Verteuerung retten

(Berlin) - Der Verkehr müsse seine Klimakosten endlich selbst bezahlen, fordert Andreas Knie, Sozialprofessor und Mitglied im Herausgeberrat von Klimareporter°.

In der deutschen CO₂-Bilanz für 2022 sei der Verkehr der einzige Bereich, in dem die Emissionen gestiegen sind und der sein Klimaziel verfehlt. Um das zu ändern brauche Bundesminister Volker Wissing ganz schnelle Erfolge. Neben einer grundsätzlichen Internalisierung der externen Kosten im Verkehr und einem Abbau der Möglichkeiten, mit den Kosten für die Mobilität seine Steuerschuld zu minimieren, seien vier Maßnahmen erforderlich:

Erstens die sofortige Einführung eines generellen Tempolimits: Tempo 100 auf Autobahnen und Tempo 80 auf Landstraßen. Zweitens die Erlaubnis für Kommunen zur flächendeckenden Einführung von Tempo 30. Drittens ein sofortiger Stopp weiterer Subventionierung für Dieseltreibstoff und viertens ein 29-Euro-Ticket für alle Segmente des öffentlichen Verkehrs.

<https://www.klimareporter.de/verkehr/schneller-klimaschutz-im-verkehr-bahnreform-2-0-und-weiser-pkw-subventionsabbau>

☐ Verkehr,Kosten,Tempo
•• 175

23.03.2023

Tiertransport bei Äpfingen umgekippt

► Äpfingen, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 1 Fahrzeuge, 150000 Euro Sachschaden

(Äpfingen) - Auf der B 30-Auffahrt in Richtung Ulm, bei Äpfingen, in der Gemeinde Maselheim im Landkreis Biberach, ist am Donnerstagnachmittag kurz nach 13.30 Uhr ein mit 106 Schweinen beladener Viehtransporter umgekippt. 55 Tiere kamen zu Tode.

Wie die Polizei am Freitag berichtet, fuhr der 62-jährige Fahrer mit seinem Daimler Sattelzug zunächst von Biberach in Richtung Äpfingen. An der Anschlussstelle Biberach-Nord wollte er auf die B 30 in Richtung Ulm auffahren. Nach ersten Erkenntnissen der Polizei kam es bei dem Fahrer noch auf der Auffahrt zu einem akuten medizinischen Problem. Er verlor die Kontrolle über sein Gespann und kam nach links von der Straße ab. Dort kippte der Sattelzug auf die linke Straßenseite.

Bei dem Unfall wurde der 62-jährige im Führerhaus eingeklemmt. Die Feuerwehr barg den Mann. Rettungskräfte brachten ihn mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus. In dem Transporter befanden sich 108 Schweine. 55 Schweine wurden bei dem Unfall getötet bzw. mussten an der Unfallstelle von ihren Leiden erlöst werden. Die restlichen Schweine wurden mit einem anderen Transporter weitertransportiert.

Durch den Unfall wurde der Sattelzug total beschädigt. Es gelangten mehrere hundert Liter Dieseldieselkraftstoff in das Erdreich.

Während der Bergung war die Auf- und Abfahrt voll gesperrt. Nach Abschluss der Bergungsarbeiten konnte die Straße gegen 21.45 Uhr wieder freigegeben werden. Den Sachschaden schätzt die Polizei auf etwa 150.000 Euro. Die Verkehrspolizei Laupheim nahm die Ermittlungen auf.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5471100>

📍 Biberach, Polizei, Sattelzug, Unfall, Schweine
👁️ 458

24.03.2023

Grüne bezeichnen Straßen als Milliardengrab

(Berlin) - Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat nach eigenen Angaben eine Studie vorgestellt, nach der die Ausgaben für den Bundesfernstraßenbau jährlich um 10,6 Prozent steigen. Die Zahlen basieren auf einer Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Greenpeace: Straßenprojekte aus der Zeit gefallen

Im Bundesverkehrswegeplan 2030 seien für Bundesfernstraßen 50,9 Milliarden Euro veranschlagt. Doch laut Greenpeace reicht das nicht aus. Statt 50,9 Milliarden Euro koste der weitere Ausbau 152,7 Milliarden Euro. „Eine gigantische Summe, die dann beim dringend nötigen Ausbau von ÖPNV und Bahn fehlt“, kritisiert die Umweltschutzorganisation. Greenpeace fordert: „Das Bundesverkehrsministerium darf sich nicht weiter an eine immer teurer werdende 'Wünsch dir was'-Liste aus der Zeit gefallener Straßenprojekte klammern“. Stattdessen müsse sich Verkehrsminister Wissing auf den Ausbau des Schienennetzes konzentrieren.

Die Kritik von Greenpeace ist entlarvend: Weder berücksichtigt die Umweltorganisation alle Projekte, noch die Gründe für Kostensteigerungen oder Kostensenkungen. Zudem wird der Ausbau des ÖPNV über andere Haushaltsmittel finanziert sowie überwiegend von den Ländern und Nutzern. Bei Schienenprojekten scheinen dagegen Kosten und Nutzen sowie die Umwelt keine Rolle zu spielen.

Grüne: Straßenbau wie Flughafen BER

Prompt kommt unqualifizierte Kritik von Stefan Gelbhaar, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen. „Die geplanten neuen Autobahnen und Bundesstraßen werden zum Milliardengrab, mit Ansage“, sagte Gelbhaar der Frankfurter Rundschau. „Die schwindelerregenden Kostensteigerungen erinnern fatal an den Flughafen BER. Die Kosten explodieren im Gegensatz zum BER allerdings schon weit vor Baubeginn.“

FDP: Grüne Vorschläge unsinnig

„Es ist absolut unsinnig, den Aus- und Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen zu stoppen“, sagte dagegen der verkehrspolitische Sprecher der FDP, Bernd Reuther. „Damit ist weder der Wirtschaft, den Menschen noch dem Klima geholfen.“

Gelbhaar: Unwirtschaftliche Straßenprojekte abbrechen

Grünen-Politiker Gelbhaar meint: „Eine ehrliche Bilanz, wie teuer uns der dämliche Straßenbau wirklich kommt, muss her.“ Für alle Neu- und Ausbauprojekte „muss von Verkehrsminister Wissing eine neue Nutzen-Kosten-Analyse vorgelegt werden.“ Die Nutzen-Kosten-Analysen stellten zuletzt immer wieder Probleme dar. Die Bundesländer gaben die prognostizierten Kosten wohl deutlich zu niedrig an. Womöglich in der Hoffnung, dann schneller vom Bund berücksichtigt zu werden. „Projekte, die sich nicht rechnen, müssen so schnell wie möglich abgebrochen werden“, sagte Gelbhaar. „Alles andere wäre Verschwendung von Steuergeldern.“

FDP will Planungen beschleunigen

Die FDP hingegen fordert ein Vorantreiben der Planungsbeschleunigung, „um nicht nur Zeit, sondern auch Kosten zu sparen“, wie Reuther sagte. „Das gelingt nur, wenn die Grünen endlich ihre ideologische Blockadehaltung aufgeben und anfangen, an die Menschen in unserem Land zu denken.“

Grüne massiv gegen Straßen

Die Spitzen der Ökopartei wehren sich massiv gegen einen beschleunigten Straßenausbau. Diesen Sonntag soll der anhaltende Streit zwischen Grünen und FDP über den Ausbau der Bundesfernstraßen in einem Koalitionsausschuss beigelegt werden.

<https://www.kreiszeitung.de/politik/autobahn-ausbau-deutschland-kosten-studie-gruene-fdp-streit-koalition-wissing-greenpeace-92168897.html>

📄 Kosten,Ausbau,Greenpeace,Gelbhaar,Grüne
👁 355

24.03.2023

Freiwillige Feuerwehr Bad Waldsee berichtete über Einsatzjahr 2022

(Bad Waldsee) - 69 Menschen haben die 206 Bad Waldseer Feuerwehrangehörigen im zurückliegenden Einsatzjahr 2022 gerettet. Bei der Jahreshauptversammlung am 20. März präsentierte Kommandant Alois Burkhardt die wichtigsten Daten und Fakten und blickte auf die wichtigsten Ereignisse des Jahres 2022 aus Sicht der Feuerwehr zurück.

Die Abteilung Stadt wurde im Jahr 2022 zu 194 Einsätze gerufen, davon 14 Überlandeinsätze: 60 Brände, 113 technische Hilfen, 6 Fehlalarme und 15 sonstige Einsätze. Bei den Einsätzen seien fünf Feuerwehrangehörige verletzt worden, glücklicherweise ohne bleibende Schäden.

Beim Rückblick auf besondere Einsätze zählte der Kommandant die herausforderndsten Einsätze auf und erinnerte anhand von Bildern an die jeweiligen Herausforderungen und Schwierigkeiten. Vom schlimmen Verkehrsunfall auf dem B 30-Viadukt über den gut ausgegangenen Verkehrsunfall mit einem Schulbus bis hin zu verschiedenen Bränden.

Oberbürgermeister Matthias Henne bedankte sich in seinem Grußwort von ganzem Herzen für den Einsatz der Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner. Im Namen aller Ortschaften sprach Ortsvorsteher Achim Strobel seinen Dank aus und wünschte vor allem, dass stets alle wohlbehalten und gesund von ihren Einsätzen zurückkehren.

Michael Otto, Vorsitzender des Kreisfeuerwehrverbands Ravensburg, erklärte, dem Landkreis sei durchaus bewusst, dass Bad Waldsee überdurchschnittlich viele Einsätze abuarbeiten habe, gerade auch durch schwere Unfälle auf der B 30. Für diesen großen Einsatz dankte er im Namen des Kreisbrandmeisters Oliver Surbeck.

<https://www.diebildschirmzeitung.de/diebildschirmzeitung/bad-waldsee/bad-waldsee-le/15271-jahreshauptversammlung-der-freiwilligen-feuerwehr-bad-waldsee>

📄 Einsätze,Waldsee,Feuerwehr,Einsatzjahr
👁 258

25.03.2023

Verkehrsminister wollen mehr Klimaschutz

(Aachen) - Zwei Tage lang tagte die Verkehrsministerkonferenz von Bund und Ländern in Aachen. Das 49 Euro-Ticket (Deutschlandticket), Klimaschutz und Passagierkontrollen an Flughäfen standen im Mittelpunkt der Konferenz.

Bund und Länder sehen die Einführung des Deutschlandtickets zum 1. Mai und dem Vorverkaufsstart am 3. April im Plan und als ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Verkehrswende. Mit dem neuen Ticket wird eine finanzielle Entlastung von Millionen Pendlerinnen und Pendlern erwartet. Menschen sollen zum Umstieg auf Bus und Bahn bewegt werden.

Die Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren begrüßten auch die Tempo 30-Initiative von mittlerweile fast 600 Städten und forderten den Bund auf, die straßenrechtlichen Vorschriften entsprechend anzupassen.

Nach langen Wartezeiten und Tumulten im letzten Jahr, sollen Passagierkontrollen an Flughäfen nun optimiert werden. Die Flughäfen sollen mehr Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten bei den Kontrollen haben, was der Bund nun ermöglichen will.

Weitere Beschlüsse:

- Stärkung des Nachtzugverkehrs,
- Einführung von E-Learning bei der Fahrschulerausbildung,
- Verlängerung der Probezeit von Fahranfängern auf drei Jahre,
- einfachere Zulassung in der Ukraine zugelassene Fahrzeuge in Deutschland,
- Einführung einer Online-Prüfung für den kleinen Fachkundenachweis im Taxiverkehr,
- Aufhebung des Anbauverbots an Bundesfernstraßen für Photovoltaikanlagen.

https://www.verkehrsministerkonferenz.de/VMK/DE/termine/sitzungen/23-03-22-23-vmk1.html;jsessionid=DA16F24202E17DB6AA5CDA22B237016F.1_cid349?nn=4812620

☐ Klimaschutz,Bund,Flughäfen

•• 154

25.03.2023

CDU will Straßenplanungen beschleunigen

(Stuttgart) - „Beim Straßenbau Tempo machen - Planung und Genehmigung beschleunigen“ ist der Titel eines in der Fraktionssitzung der CDU-Landtagsfraktion nun einstimmig beschlossenes Positionspapier. Das Papier enthält Vorschläge zur Beschleunigung des Straßenbaus in Baden-Württemberg.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Manuel Hagel MdL, sagte zum Papier: „Mobilität schafft Wohlstand und ist Zeichen eines innovationsfreundlichen Landes. Egal ob mit dem Auto, dem Lkw, mit dem ÖPNV, auf dem Fahrrad oder als Fußgänger - wir alle sind täglich auf unseren Straßen unterwegs. Die Aufgaben bei der Modernisierung, der Sanierung oder dem Neubau unserer Straßeninfrastruktur sind riesig. Deshalb müssen wir Tempo machen. Dafür machen wir ganz konkrete Vorschläge - nicht entstanden im luftleeren Raum, sondern in intensivem Dialog mit Verbänden, mit Planern und Ingenieuren.“

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Thomas Dörflinger MdL, ergänzte: „Unser Land kann es sich nicht leisten, dass die Erneuerung und der Ausbau unserer Infrastruktur nur im Schlafwagen vorankommen. Beschleunigungspotential gibt es beispielsweise beim Personal in der Straßenbauverwaltung, in der eigentlichen Planung, im Vergaberecht, dem Rechtsschutz sowie in der Bereitstellung von Haushaltsmitteln in ausreichender Höhe. Wir möchten nun so schnell wie möglich in die Umsetzung kommen.“

Der Abgeordnete Tim Bückner MdL war im Vorfeld der Positionierung im intensiven Austausch mit Experten der Branche. Er betonte: „Für uns ist klar: Wir müssen bei der Planung, der Genehmigung und den Bau von Infrastrukturprojekten den Turbo zünden. Mit den Grünen haben wir vereinbart, alle

möglichen Stellschrauben auf weiteres Beschleunigungspotenzial hin zu untersuchen und hierbei auch neue Wege außerhalb der bekannten Verfahren zu suchen. Lange Prozesse schaden der Demokratie. Je länger die Umsetzung eines Projekts dauert, desto mehr schwindet dessen Akzeptanz.“

Konkret will die Fraktion:

- dem Fachkräftemangel begegnen,
- effiziente Verwaltungsverfahren schaffen,
- Plangenehmigungen zur Regel machen,
- verbindliche Stichtagsregelungen schaffen,
- das Arten- und Umweltschutzrecht ändern,
- die Bürgerbeteiligung stärken,
- Planungsschritte parallelisieren und digitalisieren,
- das Vergaberecht modernisieren,
- die Verwaltungsgerichtsbarkeit stärken,
- die materielle Präklusion wieder einführen,
- die Haushaltsmittel erhöhen und
- im Einzelfall ÖPP fördern.

https://www.doerflinger-biberach.de/content/aktuell/meine-pressemittelungen/2023/cdu-landtagsfraktion-fuer-deutlich-mehr-tempo-beim-strassenbau---15_3_23.html

☐ CDU,Planung,Baden,MdL
•• 310

27.03.2023

Koalitionsausschuss ohne Ergebnis vertagt

(Berlin) - Am Sonntagabend kamen die Spitzen der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP im Kanzleramt zusammen, um über eine Reihe von Konfliktthemen zu beraten. Nach ca. 19 Stunden vertagte sich der Koalitionsausschuss am Montag ohne Ergebnis. Am Dienstag soll weiterverhandelt werden.

Vor allem Fragen um Verkehr-, Klima- und Energiepolitik wurden behandelt. Strittig ist eine Beschleunigung von Straßenplanungen. Die FDP ist dafür, die Grünen dagegen. Ein weiterer Streitpunkt betrifft ein von den Grünen gewünschtes Verbot von Öl- und Gasheizungen. Aus Koalitionskreisen hieß es, bei dem Spitzentreffen sei es neben konkreten Projekten um sehr grundsätzliche Fragen zur Zusammenarbeit und zum Kurs der Koalition gegangen.

Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag, Irene Mihalic, sagte dem ARD-Morgenmagazin: Es sei zwar schon viel erreicht worden beim Ausbau erneuerbarer Energien. Nun müsse man aber auf das Heizen im Gebäudesektor und den Verkehr schauen.

Der FDP-Haushaltspolitiker Otto Fricke erklärte am Montagmorgen im Deutschlandfunk: für ihn seien die langen Verhandlungen ein Zeichen, dass man sich bemühe, über Kompromisse Lösungen zu finden.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/koalitionsausschuss-bislang-ohne-einigung-ampelkoalition-verhandelt-ueber-streitthemen-a-d1c38361-247a-468e-ac9d-339817b3bbde>

☐ Grünen,Koalitionsausschuss,Ergebnis,FDP
•• 240

27.03.2023

Schnelle Fahrt bei Regen endet mit Unfall

► Achstetten, 1 Fahrzeuge, 15000 Euro Sachschaden

(Achstetten) - An der Leitplanke endete die Fahrt einer Autofahrerin am Sonntag auf der B 30 bei Achstetten. Die Frau erlitt leichte Verletzungen.

Der Unfall ereignete sich gegen 14.30 Uhr. Die 44-jährige fuhr mit ihrem Mercedes in Richtung Ulm. Etwa einen Kilometer nach der Ausfahrt Achstetten fuhr sie bei starkem Regen zu schnell und verlor die Kontrolle über ihr Auto. Der Mercedes kam auf der nassen Fahrbahn ins Schleudern und nach rechts von der Straße ab. Dabei drehte sich der Pkw um die eigene Achse und kam auf dem Seitenstreifen zum Stehen. Der Mercedes wurde dabei unter der Schutzplanke eingeklemmt.

Bei dem Aufprall wurde die 44-jährige leicht verletzt. Der Rettungsdienst kümmerte sich um die Frau. Den Schaden an dem nicht mehr fahrbereiten Auto und den Leitplanken schätzt die Polizei auf etwa 15.000 Euro. Der Abschleppdienst barg den Pkw.

Während der Unfallaufnahme, der Bergung des Fahrzeugs und der Reinigungsarbeiten auf der Fahrbahn kam es bis gegen 15.30 Uhr zu Verkehrsbehinderungen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5472768>

☐ Achstetten,Fahrt,Regen,Unfall,Mercedes
•• 276

27.03.2023

Ladung verloren und davongefahren

► **Oberessendorf, 2 Fahrzeuge, 3000 Euro Sachschaden**

(Oberessendorf) - Am Freitag verursachte ein Unbekannter auf der B 30 bei Oberessendorf einen Unfall und fuhr davon.

Gegen 18 Uhr fuhr eine 28-jährige mit ihrem Mercedes aus Ravensburg kommend in Richtung Biberach. Auf Höhe von Oberessendorf sei ihr ein unbekanntes Fahrzeug, vermutlich ein Lkw, entgegengekommen. Die Ladung war offenbar nicht ausreichend gesichert. Bei der Vorbeifahrt habe das Fahrzeug, so die 28-jährige, mehrere Erdklumpen und Kieselsteine verloren. Diese haben bei dem Mercedes Lackschäden und Steinschlagschäden verursacht.

Der unbekannte Fahrzeugführer soll seine Fahrt, ohne zu halten, fortgesetzt haben. An dem Auto stellte die Polizei einen geschätzten Schaden von 3.000 Euro fest. Die Polizei Biberach nahm die Ermittlungen auf und bittet Zeugen sich unter Tel. (0 73 51) 4 44 70 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5472998>

☐ Oberessendorf,Ladung
•• 290

29.03.2023

Ampel-Koalition schießt mit Kuhhandel Bundesstraßen und Ortsumfahrungen ins Abseits

(Berlin) - Nach dreitägigen Beratungen des Koalitionsausschusses, von rund 30 Stunden, einigten sich am Dienstagabend SPD, Grüne und FDP: Sie präsentierten ein Reformpaket, das vor allem Planungen beim Schienennetz und von Autobahnen beschleunigen soll. Dafür werden Bundesstraßen und Ortsumfahrungen geopfert. Die Koalitionäre sind sich einig, dass es hier keiner Planungsbeschleunigung bedarf.

SPD-Chef Lars Klingbeil, Grünen-Chefin Ricarda Lang und der FDP-Vorsitzende Christian Lindner äußerten sich zufrieden mit den Ergebnissen. Die Einigung gehe mit Zumutungen für alle Koalitionspartner einher, sagte Lang.

Lkw-Maut wird zur Bahnfinanzierung erhöht

Lang sagte, die Koalition wolle die Lkw-Maut erhöhen, um mehr Spielraum für Investitionen in die Bahn zu haben. Die zusätzlichen Einnahmen sollen zu 80 Prozent in den Ausbau der Schiene, in eine moderne Bahn fließen, sagte die Grünen-Chefin. Den Finanzbedarf der Bahn bezifferte sie auf 45 Milliarden Euro

bis 2027. Die Lkw-Maut wird demnach ab 2024 mindestens um das Zweieinhalb- bis Dreifache erhöht. Zudem sollen ab 2024 auch Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen Lkw-Maut bezahlen.

Nur Autobahnprojekte und Brücken werden beschleunigt

Gleichzeitig willigten die Grünen Lang zufolge ein, Autobahnprojekte zu beschleunigen. Bei Autobahn-Neubauten solle es künftig aber eine Prüfung geben, wie die Fläche daneben für Solaranlagen genutzt werden könne. Grünen-Chefin Lang sprach von einer „begrenzten Anzahl von Straßen“, für die dies gelte. FDP-Chef Lindner nannte „144 Autobahnprojekte“, die als „von überragendem Interesse eingestuft“ und entsprechend prioritär behandelt würden. Fast alle sollen in Ballungsräumen liegen. Bundesstraßen und Ortsumfahrungen werden nicht beschleunigt, da damit keine Engpässe beseitigt würden.

Des Weiteren sollen existierende marode Brücken deutlich schneller und einfacher saniert oder ersetzt werden. Dabei könne für die Gestaltung einer Ersatzbrücke auch die künftige Verkehrsentwicklung berücksichtigt werden.

Sektorziele werden geändert

Im Gegenzug peilt die Koalition eine Änderung des Klimaschutzgesetzes an: Die bislang strikten Emissionsvorgaben für einzelne Wirtschaftssektoren sollen aufgegeben werden. „Die reine Sektor-Orientierung überwinden wir“, sagte FDP-Chef Lindner. „Wir sorgen dafür, dass sich die Sektoren gegenseitig helfen können.“ Man schaue nicht mehr jährlich auf die Ziele und blicke nicht mehr zurück, sondern nach vorne bis zum Jahr 2030. Der Verkehrssektor verfehle die Sektorziele zuletzt. Künftig soll etwa der Energie-Bereich mit einer Übererfüllung dem Verkehr helfen können, was Druck von Verkehrsminister Volker Wissing nehmen würde.

Verbot von Öl- und Gasheizungen wird überarbeitet

Die Ampel-Koalition hält an den Plänen fest, dass ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden soll. Bestehende Heizungen dürfen aber weiter betrieben und repariert werden. Ist eine Heizung jedoch irreparabel, muss sie nach derzeitigem Stand ausgetauscht werden. Der entsprechende Gesetzentwurf wird überarbeitet.

Der entsprechende Gesetzentwurf werde im April von der Bundesregierung auf den Weg gebracht, heißt es in einem 16-seitigen Beschluss für ein „Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung“.

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/koalition-ausschuss-einigung-101.html>

☐ Koalition, Bundesstraßen, Ortsumfahrungen, FDP, Grünen
👤 363

29.03.2023

Taschentuch während der Fahrt benutzt: 13.000 Euro Schaden

▶ **Baltringen, 1 Fahrzeuge, 13000 Euro Sachschaden**

(Baltringen) - 13.000 Euro Sachschaden entstand bei einem Verkehrsunfall am Dienstag auf der B 30 bei Baltringen.

Kurz nach 23.30 Uhr fuhr ein 27-jähriger in Richtung Ulm. Ersten Erkenntnissen zufolge war der Fahrer auf Höhe des Parkplatzes bei Baltringen nach rechts von der Fahrbahn abgekommen und hatte einen Leitposten überfahren. Dabei drehte sich der BMW um die eigene Achse und stieß in die Schutzplanke. Nach dem heftigen Aufprall wurde das Auto zurück auf die Straße geschleudert, wo es mittig auf beiden Fahrstreifen zum Stehen kam.

Der Mann schilderte der Polizei, dass er während der Fahrt ein Taschentuch benutzte und deshalb die Aufmerksamkeit verlor. Den Schaden durch den Verkehrsunfall schätzt die Polizei auf rund 13.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5474697>

☐ Baltringen, Taschentuch, Fahrt

30.03.2023

Unzufriedenheit mit Koalitionsbeschlüssen

(Berlin) - Drei Tage und rund 30 Stunden rangen die Parteispitzen der Ampel-Koalition um einen Kompromiss. Reichlich Kritik gibt es nun aus verschiedenen Richtungen. Die Vertreter der Bundesregierung verteidigen dagegen die hart errungenen Beschlüsse.

SPD, FDP und Grüne vereinbarten am Dienstag u.a. eine erleichterte und beschleunigte Planung nicht nur für den Ausbau von regenerativer Stromerzeugung, Stromnetzen und Bahnverkehr voranzutreiben, sondern auch für 144 Autobahn-Projekte, die sie als Engpässe sehen.

SPD kritisiert FDP und Grüne

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert sagte bei einem Auftritt bei der Talkrunde von Markus Lanz am 29. März: Die SPD koaliere mit zwei Parteien, in der die eine gern alles bauen wolle, was jemals das Licht der Welt in einem Bundesverkehrswegeplan erblickt habe, und die anderen wollten nie wieder einen Meter Straße bauen. Da sei es für die SPD schwierig, ein Alleinstellungsmerkmal zu haben. Man wolle eine funktionierende Mobilität und habe dabei weder in die eine die noch in die andere Richtung eine Extremposition.

Habeck hält Ausbremsung der Planungsbeschleunigung für möglich

Zuvor hatte sich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im heute-Journal des ZDF zu den Beschlüssen geäußert. Er hält es für möglich, dass die beschlossene Planungsbeschleunigung dadurch ausgebremst wird, dass der langwierige Diskussionsprozess der Ampel-Koalition noch einmal auf Länderebene fortgesetzt wird. Ein überragendes öffentliches Interesse an einer beschleunigten Infrastruktur-Planung soll im Einvernehmen mit dem jeweiligen Bundesland festgeschrieben werden. Aus seiner Sicht komme es darauf an, dass die drei Parteien auf die unteren Ebenen entsprechend einwirken.

Grüne Jugend sauer

Die Grüne Jugend benannte aus ihrer Sicht Schuldige: „Kanzler Olaf Scholz und FDP-Finanzminister Christian Lindner haben sich gegen den Klimaschutz verbrüder“, sagte ihr Bundessprecher Timon Dzienus. Im Berliner Tagesspiegel erklärte er: „Die Ampel ist mit dem Anspruch angetreten, dass sie die letzte Regierung ist, die noch Einfluss auf die Klimakrise nehmen kann. Dem scheint diese Koalition gerade nicht gerecht zu werden.“

Speditionsverband befürchtet Insolvenzen

Der Speditionsverband BGL kritisiert den von den Grünen durchgesetzten Punkt: die Erhöhung der LKW-Maut zugunsten von Investitionen in die Bahn. Verbandschef Dirk Engelhardt befürchtet Insolvenzen. Seine Branche habe bestenfalls drei Prozent Umsatzrendite. Im Fernverkehr verdoppele sich der Mautkostenanteil nun aber von circa 10 auf 20 Prozent.

CSU, AfD und Linke kritisieren Belastung von Einkommensschwachen

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) schloss sich dieser Kritik an. Er sorgt sich um die kleinen Geldbeutel, denn die gestiegenen Transportkosten würden zu höheren Preisen für Verbraucher führen. Die Anhebung der Lkw-Maut sei eine Steuererhöhung. Die Ampel, meint Söder, heize die Inflation weiter an. In diese Richtung argumentierten auch AfD und Linke.

DIW: „Klimakatastrophen-Kanzler“

Umweltverbände kritisieren die Beschlüsse insgesamt scharf. Kerstin Haarmann, Bundesvorsitzende des ökologischen Verkehrsclubs VCD, kommentierte: „Statt die Herausforderungen des Klimawandels anzugehen und vor allem das Sorgenkind Verkehr endlich auf Kurs zu setzen, will die Koalition die verbindlichen Sektorziele streichen.“ Claudia Kemfert, Ökonomin und Energie-Expertin beim Deutschen

Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), nannte Scholz einen „Klimakatastrophen-Kanzler“. Dem Verkehrssektor gebe man mit den aktuellen Beschlüssen „einen Freifahrtschein“.

<https://www.heise.de/news/Nachbereitung-der-Koalitionsbeschluesse-Verteidigung-und-Kritik-8239068.html>

🗉 Ampel,Koalition,FDP
💬 495

31.03.2023

Temposünder gestoppt

(Achstetten) - In der Nacht von Donnerstag auf Freitag führte die Polizei Geschwindigkeitsmessungen auf der B 30 bei Achstetten durch.

Die Polizei Laupheim kontrollierte zwischen 22 Uhr und 0.30 Uhr den Verkehr in Fahrtrichtung Ulm. Sie stellte insgesamt vier Fahrende fest, die bei erlaubten 80 km/h zu schnell fuhren. Drei davon waren zwischen 10 und 40 km/h zu schnell. Ein 39-jähriger Fahrer eines Sprinters fuhr 62 km/h zu schnell. Neben einem Bußgeld von voraussichtlich 700 Euro muss er mit zwei Punkten in Flensburg und einem dreimonatigen Fahrverbot rechnen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5477345>

🗉
💬 161

31.03.2023

Frau bei Unfall schwer verletzt

▶ **B30 alt, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 7000 Euro Sachschaden**

(Oberhofen) - Eine schwer verletzte Person und Sachschaden von rund 7.000 Euro ist die Bilanz eines Verkehrsunfalls, der sich am Donnerstag kurz nach 20.30 Uhr ereignet hat.

Ein 55-jähriger Opel-Lenker wollte von der Friedrichshafener Straße in Richtung Oberhofen abbiegen. Dabei übersah er den Toyota einer 72 Jahre alten Entgegenkommenden Frau. Bei der wuchtigen Kollision wurden beide Fahrzeuge erheblich beschädigt und mussten vom Abschleppdienst geborgen werden.

Die 72-jährige wurde mit schweren Verletzungen von einem Rettungsdienst in ein Krankenhaus gebracht, der 55-jährige Unfallverursacher blieb ersten Erkenntnissen zufolge unverletzt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5477134>

🗉 Frau
💬 272

31.03.2023

Hoher Sachschaden bei Auffahrunfall

▶ **Weingarten, 2 Fahrzeuge, 25000 Euro Sachschaden**

(Weingarten) - Auf rund 25.000 Euro wird der Sachschaden beziffert, der am Donnerstag kurz nach 7 Uhr bei einem Auffahrunfall entstanden ist.

Ein 22-jähriger Audi-A4-Lenker fuhr an der Anschlussstelle Weingarten auf die B 30 auf. Beim Einfädeln auf die Bundesstraße übersah er den Audi A3 eines 26-jährigen, der in Richtung Ravensburg unterwegs war. Der 26-jährige versuchte zwar, durch Abbremsen eine Kollision mit dem deutlich langsamer fahrenden Audi des 22-jährigen zu verhindern, kollidierte jedoch trotzdem wuchtig mit dessen Heck.

Beide Unfallbeteiligten blieben unverletzt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5477134>

☐ Weingarten,Sachschaden,Auffahrunfall,Audi
♥♥ 301

31.03.2023

Mann nach Auseinandersetzung in Gewahrsam

(Friedrichshafen) - Die Nacht in der Gewahrsamseinrichtung des Polizeireviers Friedrichshafen musste ein 25-jähriger verbringen, nachdem er am Donnerstagabend in einer Unterkunft in der Ravensburger Straße Streit gesucht hatte.

Die Polizisten waren zunächst gerufen worden, als der Mann gegen Wände schlug und seine Mitmenschen massiv störte. Wenig später legte er sich mit einem 41-jährigen Kontrahenten an. Der Streit eskalierte zu einer handfesten Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Jüngere mit der Faust zuschlug.

Der 25-jährige nahm das Mobiltelefon seines Gegenübers an sich und suchte das Weite. Polizisten stoppten ihn vor der Unterkunft. Nachdem er sich auch von den Beamten nicht beruhigen ließ und aufgrund seiner Aggressionen mit weiteren Konflikten zu rechnen war, nahmen ihn die Polizisten in Gewahrsam. Er muss nun mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5477165>

☐ Mann,Auseinandersetzung,Gewahrsam,Polizisten
♥♥ 165

31.03.2023

Verkehrssünder gestoppt

(Friedrichshafen) - Zahlreiche Verkehrsteilnehmer hat die Polizei Friedrichshafen am Donnerstag bei Kontrollen im Stadtgebiet gestoppt.

Wie wichtig solche Verkehrskontrollen sind, zeigt die ernüchternde Bilanz: Unter anderem beanstandeten die Polizisten insgesamt 36 Gurtmuffel sowie 30 Fahrer, die ihre Aufmerksamkeit nicht der Straße, sondern einem technischen Gerät gewidmet hatten.

Auf die Verkehrssünder kommt nun ein empfindliches Bußgeld zu.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5477165>

☐ Verkehrssünder
♥♥ 155

April

05.04.2023

Planung doch nicht gestoppt

(Bad Waldsee) - Laut Gerüchten sollen die in November 2022 begonnenen Planungen an den B 30-Ortsumfahrungen von Enzisreute und Gaisbeuren eingestellt worden sein. Die „Schwäbische Zeitung“ ist den Spekulationen nachgegangen.

Wie im November 2022 kommuniziert wurde, haben die Planungen entsprechend der Landes-Priorisierung des Bedarfsplans begonnen, teilte das Regierungspräsidium Tübingen dazu mit. Die B 30-Ortsumfahrungen befänden sich weiterhin in der Vorplanung. Aktuell würden Grundlagen ermittelt und die Unterlagen zur europaweiten Ausschreibung der Projektierung und Planung der Vorhaben bearbeitet. Im Weiteren folge die umweltfachliche Raumanalyse und die Verkehrsuntersuchung.

Wie lange die Planung dauert, könne aktuell nicht seriös vorhergesagt werden. Auch eine Beurteilung, wie sich die vergangene Woche vom Koalitionsausschuss auf Bundesebene beschlossene Planungsbeschleunigung auswirkt, ist noch nicht möglich.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/bad-waldsee/was-ist-dran-am-geruecht-zum-b-30-planungsstopp-1516120>

🗨️ Planung
👥 203

05.04.2023

Hermann fordert mehr Anstrengungen von Bürgern

(Stuttgart) - Der aktuelle BaWü-Check der Tageszeitungen im Südwesten zur Verkehrspolitik erfordert nach den Worten von Minister Winfried Hermann (Grüne) von Bund, Land und Kommunen einen noch stärkeren Einsatz für eine wirkungsvolle Verkehrswende und größere Anstrengungen als bisher zur Modernisierung der Infrastruktur und zum Ausbau der Angebote im ÖPNV.

Landesverkehrsminister Winfried Hermann sagte am Mittwoch in Stuttgart: „Ich kann die Unzufriedenheit vieler Menschen mit Unzulänglichkeiten und Mängeln im Öffentlichen Verkehr wie auch im Straßenverkehr gut verstehen. Bund und Land müssen darauf mit einem stärkeren Einsatz für die Verkehrswende reagieren. Wir haben in den vergangenen Jahren zwar für viele neue und moderne Züge im regionalen Bahnverkehr, für bessere Takte und einen Ausbau des ÖPNV insgesamt gesorgt. Aber die jahrzehntelange sträfliche Vernachlässigung des Schienensystems durch den Bund sowie der anhaltende Personalmangel bei den Bahnunternehmen führen immer wieder zu Ausfällen und Verspätungen der Züge, unter denen die Fahrgäste leiden. Hier sind der Bund und die DB in der Pflicht.“

Der Minister fügte hinzu: „Zu lange wurden in Deutschland zu wenig Mittel in den Erhalt und die Modernisierung von Straßen, Schienen und Wasserstraßen bereitgestellt. Wir brauchen daher deutlich mehr Geld auf allen staatlichen Ebenen, wenn wir die großen Mobilitäts- und Transportbedürfnisse befriedigen wollen.“

Bahnsystem hat Leistungsgrenzen erreicht

Mit rund einem Viertel mehr Regionalzügen im Land ist das Bahnsystem an seine Leistungsgrenzen gekommen. Es sind in den kommenden Jahren hohe Investitionen notwendig, um es zu modernisieren und vor allem leistungsfähiger zu machen. Das 49-Euro-Ticket ist eine Antwort auf die bisherigen hohen Preise im Nahverkehr und es wird viele Menschen zum Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel bewegen. Zugleich muss aber auch das Angebot besser und zuverlässiger werden. Die Qualität muss stimmen. Das zeigt die Umfrage sehr klar.

Straßenbau auf hoch belastete Hauptachsen konzentrieren

Auch im Straßenbau sind mehr Anstrengungen nötig, um die Infrastruktur für die wachsende Belastung zu ertüchtigen. Seit Jahren fordere ich mehr Mittel für die Sanierung von Brücken und für den Erhalt der Straßen. Der Neu- und Ausbau muss sich auf die hoch belasteten Hauptachsen konzentrieren und muss im nachgeordneten Netz auf wenige berechnete Ausnahmen beschränkt werden. Denn der Erhalt und die

Verbesserung der bestehenden Straßen erfordert nicht nur hohe Investitionen, sondern auch Personal, das wir dringend für aufwändige Sanierungsprojekte benötigen.

Junge Menschen wollen in die Bahn investieren

Die Umfrage zeigt aber auch, dass eine Mehrheit vor allem der junge Menschen im Land in die Bahn (Öffentlicher Nahverkehr und Schienennetz) investieren möchte. Dies entspricht der Schwerpunktsetzung der Landesregierung.

Bürger müssen sich mehr anstrengen

Klar ist aber auch: Man kann die Verkehrswende und den Klimaschutz nicht nur von der Politik fordern. Die gesamte Gesellschaft muss ihren Beitrag zur Mobilitätswende und zur Antriebswende leisten, sei es auf dem Rad, zu Fuß, im Bus oder mit dem E-Auto.

Klimaziele mit Anreizen erreichen

Zugleich müssen wir darauf achten, dass wir mit einer wirkungsvollen Verkehrswende die Menschen zum Umstieg auf eine klimaschonende Mobilität motivieren, um die Klimaziele des Landes auch im Verkehrssektor zu erreichen. Die Bereitschaft dafür ist da.“

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/verkehrssituation-ist-arbeitsauftrag-fuer-verkehrswende>

☐ Menschen, Hermann, Anstrengungen, Bund, Land

•• 206

07.04.2023

Planungsbeschleunigung: Landes-Verkehrsausschuss muss handeln

(Bad Waldsee) - Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung aus SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen beschloss am 28. März 2023 Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen, um Deutschland zu modernisieren. Die Festschreibung der zu beschleunigenden Straßenprojekte des aktuellen Bedarfsplanes soll im Einvernehmen mit den Bundesländern erfolgen.

Die geplante Ausgestaltung des Gesetzes weist nach derzeitigem Stand diverse Mängel auf, so die „Initiative B30“ in einem Schreiben an den Verkehrsausschuss des Landes Baden-Württemberg. Insbesondere bleiben Bundesstraßen alleine aufgrund ihrer Widmung unberücksichtigt. Das ist dem Ziel eines „Genehmigungsbeschleunigungsgesetzes Verkehr“ nicht dienlich und vernachlässigt den Ländlichen Raum. Unzulänglichkeiten und Mängel im Straßenverkehr werden seit Jahrzehnten öffentlich diskutiert. Das Land muss nun darauf mit einem aktiven Einsatz für Menschen im Ländlichen Raum reagieren.

Der Verkehrsausschuss im Landtag wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass im geplanten „Genehmigungsbeschleunigungsgesetz Verkehr“ des Bundes auch Bundesstraßen in der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen berücksichtigt werden. In einem Positionspapier beschreibt die „Initiative B30“ faktenbasiert diese notwendige Erweiterung um Bundesstraßen. Bisher ist eine Planungsbeschleunigung ausschließlich für 144 Autobahn-Projekte vorgesehen, vor allem in Ballungsräumen.

Konkret listet das Positionspapier diverse Mängel auf. Eine alleinige Begrenzung auf die Projekte mit der derzeitigen Kennzeichnung „Engpassbeseitigung“ ist nicht sachgerecht. Dabei werden auch falsche Projekte beschleunigt, die sogar die selbst gesteckten Ziele nicht erreichen. Dies ist bei etwa der Hälfte der Projekte der Fall. Engpässe auf Bundesstraßen hingegen bleiben unberücksichtigt, weil lediglich die Widmung einer Straße über eine schnellere Planung entscheiden soll - nicht aber der Bedarf. Ballungsräume erfahren gegenüber dem Ländlichen Raum eine Bevorzugung. Zudem wird der Gleichheitsgrundsatz verletzt.

Ferner enthält das Positionspapier einen sachlich begründeten Priorisierungsvorschlag zur Planungsbeschleunigung, der den Klimaschutz berücksichtigt. Darauf aufbauend besteht für neun Vorhaben an Bundesstraßen im Land ein potentieller Bedarf zur Planungsbeschleunigung - für ein Projekt sogar ein festgestellter Bedarf. Insgesamt betrifft es Projekte in den Regionen Bodensee-Oberschwaben,

Heilbronn-Franken, Nordschwarzwald, Stuttgart und Südlicher Oberrhein. Der Fokus liegt auf hoch wirtschaftliche Projekte sowie einer Auflösung von Engpässen unter Berücksichtigung des Umweltschutzes und Klimaschutzes.

Konkret fordert die „Initiative B30“ die Verkehrsausschuss-Mitglieder dringend auf, diese Thematik zeitnah auf die Tagesordnung zu setzen und zu bearbeiten.

„Mit Spannung erwarten wir die Reaktion des Landtages: Werden Mandatsträgerinnen und Mandatsträger diese mangelhafte Vorlage des Bundes zum Schaden einiger Regionen unverändert abnicken oder zukunftsorientiert gestalten?“, so Franz Fischer, Sprecher der Bürgerinitiative.

<https://www.b30neu.de/nachrichten.html&newsid=223&mode=singleview>

☐ Projekte, Planungsbeschleunigung, Verkehrsausschuss, Bundesstraßen, Landes
737

07.04.2023

Fachleute warnen vor Fahrermangel, fehlende Lkw-Parkplätze und CO₂-Maut

(Berlin) - Fahrermangel, fehlende Lkw-Parkplätze und steigende Mautkosten waren einige der Themen, die im Rahmen einer öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Güterverkehrs- und Logistikbranche aus der Krise führen“ (20/3932) am Montag, den 27. März 2023, diskutiert wurden. Dabei warnte unter anderem Dirk Engelhardt, Vorstandssprecher vom Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL), angesichts des sich verschärfenden Lkw-Fahrermangels vor einem Versorgungskollaps in Deutschland.

Sozialdumping und Fahrernomadentum

„In ein, zwei Jahren haben wir englische Verhältnisse aufgrund des demographischen Wandels“, sagte Engelhardt. Der Fahrermangel sei inzwischen auch nicht mehr durch Osteuropa zu kompensieren, weil es ihn auch dort gebe. Der BGL-Vorstandssprecher forderte, Sozialdumping und Fahrernomadentum entschieden zu bekämpfen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Ein großes Problem für die Branche sei auch die Doppelbelastung durch die CO₂-Maut und das Brennstoffemissionshandelsgesetz, die nicht hinnehmbar sei. Die CO₂-Maut, so sagte er, werde keine Lenkungswirkung hin zu batteriebetriebenen Lkw haben, „weil die Unternehmer keine solchen Fahrzeuge anschaffen können“. Die Kostensteigerung werde schlussendlich beim Verbraucher landen.

Corona, Lieferketten, Energiepreise

Gegen die CO₂-Maut wandte sich der Speditionsunternehmer Josef Dischner aus Weiding im Landkreis Cham (Bayern). Die Branche leide noch immer unter der Corona-Krise, der Unterbrechung der Lieferketten, steigender Energiepreise und der hohen Inflation. „Zum aktuellen Zeitpunkt darf es keine weiteren Kostenerhöhungen geben“, betonte er. Die Situation sei in jeder Hinsicht sehr angespannt.

Auch Dischner sah keine Lenkungswirkung der CO₂-Maut. Elektro-Lkw etwa seien schlichtweg nicht in der Lage, die von seinem Unternehmen durchgeführten Transporte auszuführen. E-Lkw hätten zehn bis 15 Prozent der Reichweiten eines Diesel-Lkw. „Wir brauchen also deutlich mehr Reichweiten und eine funktionierende Infrastruktur“, sagte der Speditionsunternehmer.

Bußgelder im europäischen Vergleich

Thomas Fiala, Polizeihauptkommissar im Polizeipräsidium Köln bei der Direktion Verkehr, sprach von einer suboptimalen Kontrolldichte des Lkw-Verkehrs. Immer öfter höre er, dass einzelne Fahrer zehn Jahre und länger nicht kontrolliert worden seien. Der fehlende flächige Kontrolldruck führe zu Wettbewerbsverzerrungen „zu Lasten deutscher Unternehmen“.

Zudem seien die deutschen Bußgelder im europäischen Vergleich „geradezu lächerlich und nicht abschreckend“, befand Fiala. Verstöße gegen die Abstandsregelung bei Lkw etwa seien europaweit nicht vollstreckbar, „im Gegensatz zur Parkknolle, die von Finnland bis Zypern ahndbar ist“. Unerträglich, so der

Polizeibeamte, sei die Parkplatzsituation für Lkw. Der Parkplatzausbau müsse forciert werden, verlangte Fiala.

Nutzung der Schiene als Alternative

Aus Sicht von Ingo Hodea vom Bundesverband Spedition und Logistik hat sich die Branche in den verschiedenen Krisen als resilient erwiesen. Ein Kollaps sei nicht in Sicht, befand er. Gleichzeitig dürfe es aber auch kein „Weiter so“ geben. Hodea machte deutlich, dass schon jetzt viele Spediteure verstärkt die Schiene nutzen würden, wenn es ausreichende Kapazitäten gäbe.

Nach wie vor werde aber „in unserer arbeitsteiligen Wirtschaft“ auch die Straße benötigt. „Wir brauchen den Lkw in der Fläche und zur Versorgung urbaner Zentren“, sagte er. Dort dürften ihm nicht Steine in den Weg gelegt werden - etwa in Form von Fahrverboten.

Hilfstätigkeiten an der Verloaderampe

Christian Hoffmann, Präsident des Bundesamtes für Logistik und Mobilität, hält die in Deutschland möglichen Bußgeldhöhen nicht für zu klein. 1.250 Euro würden bei einem fahrlässigen Kabotageverstoß fällig - 2.500 Euro bei Vorsatz.

Auch Hoffmann ging auf den Fahrermangel und die zu verbessernden Arbeitsbedingungen ein. Insbesondere im Fernverkehr sei es misslich, wenn aufgrund fehlender Verabredungen zwischen Spediteur und ent- oder beladendem Unternehmen die Fahrer für Hilfstätigkeiten an der Verloaderampe hinzugezogen würden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Nach Einschätzung von Ronny Keller von der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ist der Fahrermangel nur durch gute Arbeitsbedingungen und einen attraktiven „Arbeitsplatz Lkw“ zu beseitigen. Es brauche eine auskömmliche Bezahlung und Arbeitsbedingungen, die durch Tarifverträge verbindlich gelten. Ebenso brauche es aber auch menschenwürdige Rahmenbedingungen unterwegs auf der Straße und an den Raststätten.

Keller forderte zugleich eine Tourenplanung, die einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderlich ist und Abwesenheitszeiten vom Wohnort durch kombinierten Verkehr sowie Begegnungsverkehr reduziert. Der Verdi-Vertreter plädierte zudem für den Ausbau von kombinierten Verkehren und eine nachhaltige Verlagerung von Transporten auf die Schiene und auf Wasserverkehrsstraßen.

„Schwarz-Weiß-Diskussion“ Straße oder Schiene

Peter Westenberger, Geschäftsführer beim Netzwerk Europäischer Eisenbahnen, forderte eine Abkehr von der „Schwarz-Weiß-Diskussion“ Straße oder Schiene. Er warb für die Attraktivitätssteigerung intermodaler Logistikketten. Dazu brauche es einen entschlossenen intermodal ausgerichteten Infrastrukturausbau sowie eine Anlastung der externen Kosten für die Treibhausgasemissionen über die Lkw-Maut.

Somit käme man zu einer diskriminierungsfreien Erfassung ausländischer Fahrzeuge, könne einen Anreiz zur Verbesserung der Auslastung setzen und schaffe Verwendungsmöglichkeiten für intermodal angelegte Verbesserungen des Transportangebots für die verladene Wirtschaft.

Antrag der Union

Zur Lösung der aktuellen Krise der Güterverkehrs- und Logistikbranche soll nach dem Willen der CDU/CSU-Fraktion ein Runder Tisch unter Federführung des Bundesverkehrsministeriums eingerichtet werden. Ebenso soll ein zweiter Runder Tisch zur Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zur Bekämpfung des Berufskraftfahrermangels unter Federführung des Ministeriums initiiert werden, heißt es in ihrem Antrag. Zudem soll auf eine Erhöhung der Lkw-Maut in zwei Phasen ab Januar 2023 verzichtet und stattdessen eine umfassende und langfristig kalkulierbare Mautreform zum Ende des Jahres 2023 vorbereitet werden.

Darüber hinaus setzt sich die Union für eine Beschleunigung der Instandsetzung der Verkehrsinfrastruktur und des Baus von Lkw-Parkplätzen und Autohöfen mit angemessener sanitärer Infrastruktur ein. Der Beruf „Lkw-/Berufskraftfahrer“ soll zum Engpassberuf erklärt, die Erlangung des Lkw-Führerscheins durch

Reformierung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes erleichtert und in Fremdsprachen ermöglicht sowie die Ausbildung europaweit harmonisiert werden.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw13-pa-verkehr-logistikbranche-938432>

 Lkw,Maut,Fahrmangel,CO,Arbeitsbedingungen
 424

09.04.2023

So wollen die Grünen, Städte autofrei machen

(Berlin) - Als einer der bekanntesten Sozialprofessoren Deutschlands arbeitet Andreas Knie an einem Forschungsvorhaben, das aufzeigen soll, wie Städte autofrei werden. Eines der Ergebnisse seiner Arbeit ist ein Bilderbuch. Das Bilderbuch zeigt emotionale Aspekte, wie dieses neue Leben sich anfühlt. Gerade Deutschland brauche Szenarien, an denen sich die Vorstellungskraft für das Leben in der Stadt orientieren kann, so Knie.

Vorbild sollen Städte in Belgien, den Niederlanden oder Italien sein. Stellenweise gehe es fast zurück zur mittelalterlichen Stadtstruktur: „Die Straßen sind Teil des öffentlichen Lebens, die Leute können dort sitzen, die Kinder spielen. Die Schulwege sind sicher!“

Knie erläutert: „Wir wollen aber keine Autolosigkeit. Das Ziel ist nicht Bullerbü, sondern die moderne Stadt mit einer großen Vielfalt. Dank eines Modellvorhabens kann man das hoffentlich bald live erleben. In einem Berliner Kiez planen wir ein solches Quartier. Ab Mai geht es mit der Umsetzung los. Ein Großteil der Parkplätze wird dort weichen. Wo jetzt noch Autos stehen, wird es grün. Es werden öffentliche Plätze mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten entstehen.“

Um Autos aus den Städten zu verdrängen schweben Andreas Knie weitere Ideen vor: So soll das Parken für Anwohner verboten werden. Die nächsten Parkflächen sollen mindestens 300 bis 500 Meter entfernt sein. Zudem müsse der Preis stimmen: „Ein Stellplatz kostet die Kommune zwischen 3.000 und 5.000 Euro jedes Jahr. In Berlin zahlt man augenblicklich für einen Anwohnerparkausweis 12,40 Euro pro Jahr. In unserem Experiment wird das Abstellen für alle kostenpflichtig. Von 50 Euro im Monat.“

Das findet der Professor richtig: „Die Parkflächen werden weniger, das setzt mich ein Stück weit unter Druck. Es gibt Angebote, die ziehen mich an. Da gibt es Car- und Bikesharing-Angebote gleich um die Ecke und erweiterte Taxidienste. Und wissen Sie was? Wo man das Blech leerräumt, ist es eindeutig. Mir ist kein einziger Fall bekannt, wo ein Vorhaben, das entsprechend so umgesetzt wurde, nicht zur Begeisterung geführt hätte.“

https://www.focus.de/klima/experten/interview-mit-andreas-knie-verkehrsexperte-erklaert-wie-fast-autofreie-staedte-der-zukunft-aussehen_id_190453113.html

 Städte
 450

13.04.2023

Sportwagen rast in Autofahrerin

(Neu-Ulm) - Eine 69-jährige Autofahrerin ist bei einem Unfall am späten Mittwochabend im Bereich des Autobahndreiecks Neu-Ulm ums Leben gekommen. Nach ersten Ermittlungen der Polizei wurde ihr Kleinwagen von einem Sportwagen gerammt.

Gegen 22.27 Uhr fuhr ein 49-jähriger Mann mit seinem Pkw auf der B 28 von Neu-Ulm kommend in Richtung Senden. Zur Unfallzeit regnete es, auf der Fahrbahn war durch den starken Regen teilweise stehendes Wasser. Der Mann überholte einen auf dem linken Fahrstreifen fahrenden Zeugen mit hoher Geschwindigkeit rechts und zog dann auf den linken Fahrstreifen, wobei er seine Geschwindigkeit deutlich erhöhte. Kurz darauf kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Pkw und einem auf dem rechten Fahrstreifen fahrenden Pkw einer 69-jährigen Frau, die in gleicher Richtung fuhr.

Durch den starken Aufprall wurde die Frau aus ihrem Fahrzeug geschleudert und kam auf dem linken Fahrstreifen zum Liegen. Trotz sofort eingeleiteter Reanimation eines Ersthelfers verstarb die Frau am Unfallort. Der Sportwagen überschlug sich mehrfach und kam nach circa 350 Metern auf dem rechten Grünstreifen zum Stehen. Der Fahrer konnte sich noch selbständig aus dem Fahrzeug befreien. Er war ansprechbar und wurde im Anschluss stationär in ein Krankenhaus aufgenommen. Die Polizei konnte vor Ort keine Anhaltspunkte für eine Alkoholbeeinflussung feststellen.

Auf der B 28 im Unfallbereich war ein regelrechtes Trümmerfeld. Die Fahrbahn in Richtung Senden musste aufgrund dessen komplett gesperrt werden. Dazu waren mehrere Polizeistreifen der Polizeiinspektion Neu-Ulm und Verkehrspolizeiinspektion Günzburg eingesetzt.

Die Staatsanwaltschaft Memmingen ordnete die Sicherstellung der beiden Pkw an. Aufgrund des vor Ort nicht klaren Unfallhergangs wurde ein Gutachter verständigt, der an die Unfallstelle kam. Die Sperrung der Fahrbahn in Richtung Senden konnte erst um 06.50 Uhr aufgehoben werden.

An den beiden Fahrzeugen entstand Totalschaden von circa 100.000 Euro. Die Verkehrspolizeiinspektion Günzburg hat Ermittlungen wegen fahrlässiger Tötung aufgenommen.

<https://www.polizei.bayern.de/aktuelles/pressemitteilungen/047161/index.html>

☞ Sportwagen, Neu, Ulm, Pkw, Fahrstreifen
👁 208

13.04.2023

Enttäuschung über realistische Verlagerungsziele

(Berlin) - Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) steht wieder in der Schusslinie: Sein Ministerium zweifelt am Konzept, Verkehr zum Klimaschutz auf die Schiene zu verlagern und schlägt sogar vor, die Straße zu fördern.

Laut dem „Handelsblatt“ heißt es in einem Bericht des Bundesverkehrsministeriums an den Verkehrsausschuss des Bundestages, dass Klima- und Verlagerungsziele zu trennen seien. Das stehe im Widerspruch zum Ziel im Koalitionsvertrag, nach dem bis 2030 doppelt so viele Menschen Bahn fahren sollen und die Transportleistung der Schiene auf ein Viertel des gesamten Güteraufkommens steigen soll. Ein Hauptziel ist dabei eine Verringerung klimawirksamer Emissionen.

Das Verkehrsministerium spricht im Bericht von einem grundlegenden Strukturwandel durch die Elektrifizierung des Straßenverkehrs aus erneuerbaren Energiequellen, der dazu führe, dass die bisherige Sichtweise und damit die Grundlage für die Ziele des Koalitionsvertrags „für die Jahre nach 2045“ nicht mehr relevant sei.

Güterstrukturwandel führt zu mehr Verkehr auf Fernstraßen

Da laut einer aktuellen Prognose des Verkehrsministeriums auch in den nächsten Jahrzehnten der Großteil des Verkehrs auf Fernstraßen stattfinden werde, müssten diese stärker gefördert werden. Die Analyse des Ministeriums sieht voraus, dass der Verkehr bis 2051 besonders auf der Straße kräftig zunehmen wird.

Grund sei ein „Güterstrukturwandel“, bei dem absehbar immer mehr Pakete, Lebensmittel oder Papier, dank der Energiewende aber deutlich weniger Kohle, Koks oder Mineralölprodukte befördert würden. Dadurch müssten „viel mehr Güterzüge mit leichteren Stückgütern fahren, um den Wegfall der schweren Massengüter überhaupt nur auszugleichen“, schließt daraus das Ministerium. Die Binnenschifffahrt hingegen soll durch immer häufigere Niedrigwasserphasen durch den Klimawandel Marktanteile einbüßen.

Unverständnis über Ministerium

SPD-Fraktionsvize Detlef Müller reagiert auf Wissings Pläne, die Straße stärker zu fördern, mit der Entgegnung, dass es keine Abkehr von dem Ziel, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern gebe. Das Ziel bleibe richtig, allein weil schon heute 100.000 Lkw-Fahrer fehlten und es damit „effizienter

und ressourcenschonend sei, viele Güter mit langen Zügen zu transportieren.“ Er erinnerte zudem daran, dass es die vom Ministerium als Argument angeführte Elektromobilität noch längst nicht in den Straßengüterverkehr geschafft habe. Wissing hatte in den vergangenen Wochen die Alternative „E-Fuels“ vehement verteidigt, für die er eine Ausnahme in einem EU-Gesetz forderte.

Bahn erhält zusätzlich 45 Milliarden Euro

Das Verkehrsministerium hält seine eigenen Annahmen für die Bahn angesichts ihres schlechten Zustands für ambitioniert. Um das erwartete Wachstum des Schienengüterverkehrs um ein Drittel bis 2051 zu ermöglichen, werde der Bund Gleisanschlüsse reaktivieren und mehr Kapazitäten durch eine bessere Steuerung der Güter schaffen. Es solle auch beim geplanten Halbstundentakt für Personenzüge auf den Hauptstrecken bleiben. Beides werde unterstützt durch weitere 45 Milliarden Euro, welche der Bahn bis 2027 bereitgestellt werden, wie es die Koalition kürzlich beschlossen hat. Das Geld soll aus einer Erhöhung der Lkw-Maut kommen.

<https://www.heise.de/news/Klimaschutz-Verkehrsminister-Wissing-will-weniger-Verkehr-auf-Schiene-verlagern-8949210.html>

📄 Verkehr, Straße, Verlagerungsziele, Ministerium, Schiene
👁️ 291

16.04.2023

71-jähriger verunfallt wegen Sekundenschlafs

▶ Achstetten, 1 Fahrzeuge, 12000 Euro Sachschaden

(Achstetten) - Am Samstag wurde der Polizei gegen 14.20 Uhr ein defektes Fahrzeug auf der B 30 von Ulm kommend in Richtung Biberach auf Höhe von Achstetten mitgeteilt. Das Fahrzeug würde auf dem linken Fahrstreifen stehen.

Beim Eintreffen der Polizei konnte diese feststellen, dass der Ford auf dem linken Fahrstreifen keine Panne hatte, sondern verunfallt war. Der 71-jährige Fordfahrer gab gegenüber der Streife an, dass er auf Grund eines Sekundenschlafes nach rechts von der Fahrbahn abgekommen sei. Am rechten Fahrbahnrand war der Ford mit der Schutzplanke kollidiert und dann auf den linken Fahrstreifen zurückgewiesen worden. Hier kam das Auto zum Stehen.

Die 71-jährige Beifahrerin wurde verletzt in eine Klinik gebracht. Die Feuerwehr Laupheim und der Rettungsdienst waren ebenfalls vor Ort. Der linke Fahrstreifen in Fahrtrichtung Biberach musste für die Unfallaufnahme eine Stunde lang gesperrt werden. Der 71-jährige erhält nun eine Anzeige wegen Gefährdung des Straßenverkehrs. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 12.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5486603>

📄 Achstetten, Fahrstreifen
👁️ 307

16.04.2023

Defekter Schwertransport behindert Verkehr

(Lochbrücke) - Zu starken Verkehrsbehinderungen kam es am Samstag auf der B 30 wegen eines defekten Schwertransportes.

Nachdem der Fahrer einer polnischen Spedition von Friedrichshafen aus in Richtung Bayern startete, platzte kurz nach 01.00 Uhr auf Höhe des Kreisverkehrs bei Lochbrücke ein Hydraulikschlauch des Zugfahrzeugs. Eine zunächst durchgeführte Reparatur brachte nicht den gewünschten Erfolg, da bei einem Versuch das Fahrzeug wieder in Bewegung zu setzen, sofort wieder ein weiterer Hydraulikschlauch platzte. Es war nicht möglich das Fahrzeug abzuschleppen.

Da die Strecke auch Teil der momentanen Umleitung der B 31 ist und ein allgemein hohes Verkehrsaufkommen gegeben war, wurde durch Beamte das Polizeirevier Friedrichshafen über mehrere

Stunden hinweg eine Verkehrsregelung an dem dortigen Kreisverkehr durchgeführt. Erst gegen 16.00 Uhr konnte der Schwertransport seine Fahrt wieder aufnehmen und durch die Polizei bis an die bayrische Grenze begleitet und dort zunächst verkehrssicher abgestellt werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5486710>

☐ Schwertransport
•• 272

17.04.2023

CDU vermutet Straßenbaustopp bei Bundesstraßen

(Bodenseekreis) - Die CDU im Bodenseekreis befürchtet, dass die Ausbaupläne für Bundesstraßen vom Bund gestoppt wurden, um den Koalitionsfrieden mit den Grünen zu halten. Konkret sieht die CDU die B 31-Planung in Gefahr. Das Regierungspräsidium Tübingen plant am Mittwoch ab 18.30 Uhr in der Linzgauhalle in Immenstaad über den aktuellen Planungsstand zum B 31-Neubau zwischen Immenstaad und Meersburg zu informieren.

Bund sieht keinen Engpass

„Klar ist, dass die Straße nicht zu den Strecken gehört, die im verkürzten Verfahren durchgesetzt werden können“, so das Regierungspräsidium bereits im Vorfeld der Information. Das Projekt B 31 Meersburg-Immenstaad sei zwar im Bundesverkehrswegeplan im Vordringlichen Bedarf eingestuft, jedoch nicht mit „Vordringlicher Bedarf mit Engpassbeseitigung“ gekennzeichnet. Nur für Projekte zur Engpassbeseitigung könnte nach Auffassung der Ampel-Regierung das „überragende öffentliche Interesse“ von der Bundesregierung festgeschrieben werden. Hoffnung darauf hatte noch die SPD-Bundestagsabgeordnete Isabel Cademartori beim verkehrspolitischen Tag der Bodensee-SPD Anfang des Jahres gemacht.

Diese willkürliche Entscheidung betrifft bundesweit alle Bundesstraßen, in allen Bundesländern. Sie alle sollen nicht unter das geplante Genehmigungsbeschleunigungsgesetz fallen, da sie Bundesstraßen und nicht Autobahnen sind.

Bundesstraßen werden für die Grünen geopfert

Kritik kommt vom CDU-Bundestagsabgeordneten und -Kreisvorsitzenden Volker Mayer-Lay. Er hinterfragt gemäß einer Pressemitteilung den Willen im Bundesverkehrsministerium, neben den 144 vom Koalitionsausschuss konkret benannten Autobahnprojekten überhaupt noch weitere Bundesfernstraßenprojekte aus dem Bundesverkehrswegeplan ernsthaft voranzutreiben.

„Es ist nicht auszuschließen, dass zu Gunsten der Autobahnprojekte bei den Bundesstraßen erst einmal nichts Wesentliches geschehen wird, um den Koalitionsfrieden mit den Grünen zu erhalten“, sagt Mayer-Lay.

„Wir erwarten nicht nur, dass die Straßenbaumaßnahme entsprechend des Bundesverkehrswegeplanes realisiert wird, sondern dass das Planungsverfahren nach vielen Jahrzehnten der Diskussion endlich beschleunigt wird“, sagt Immenstaads Bürgermeister Johannes Henne, ebenfalls Mitglied des Vorstandes der Kreis-CDU.

Mayer-Lay kündigt an, dass er sich nach der Informationsveranstaltung erneut beim Bundesministerium über den tatsächlichen Planungswillen und die Verwirklichungschancen erkundigen will.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/immenstaad/cdu-abgeordneter-befuerchtet-b31-ausbau-wird-dem-koalitionsfrieden-geopfert-1539133>

☐ Bundesstraßen,CDU,Grünen
•• 1275

18.04.2023

Bund: Autobahnprojekte bis Ende April melden

(Berlin) - Die Ampel-Koalition fokussiert sich weiter auf Autobahnen. Bundesstraßen haben demnach praktisch keine Bedeutung mehr. Bis zum 28. April 2023 sollen nun die Länder dem Bund mitteilen, ob und welche Projekte zur Engpassbeseitigung von Autobahnen sie wollen, berichtet der „Münchener Merkur“.

Mit einem beschleunigten Verkehrsausbau soll Deutschlands Autobahnnetz entlastet werden. Mit der Autobahntlastung sollen Staus verschwinden und der Verkehr flüssiger werden. Ende März hatte sich die Ampel-Koalition auf die Beschleunigung ausgewählter Autobahnprojekte geeinigt, die Stauschwerpunkte und Engstellen seien: In Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen.

Bereits bei den Koalitionsverhandlungen plädierte die FDP für besonders dringende Engpassbeseitigungen und Lückenschlüsse auf Autobahnen. Insgesamt plant das Verkehrsministerium von Wissing 988 Kilometer neue Autobahnen zu bauen. Das Ziel des Autobahnausbaus sind weniger Staus und flüssiger Verkehr. Zuvor sollen für die Durchsetzung die jeweils betroffenen Länder ihr Einverständnis aussprechen.

Noch in dieser Woche will der Bund auf Arbeitsebene ein Fachgespräch mit Vertretern der Länder im Bundesministerium führen. Bei Zustimmung würden Autobahnprojekte in ein geplantes Genehmigungsbeschleunigungsgesetz aufgenommen. Im Bundeskabinett würde der Gesetzentwurf weiter zügig behandelt werden.

Grüne wollen keine Straßen mehr

Das Einverständnis aller Länder für den Straßenausbau ist nicht sicher. Die Grünen sind an vielen Landesregierungen beteiligt. Einen schnelleren Autobahnbau hatte die Partei vor dem Koalitionsausschuss abgelehnt. Stattdessen will sie den Bundesverkehrswegeplan schnellstmöglichen durch einen Bundesnetzplan ersetzen und die ursprünglich bis 2030 vorgesehenen Neu- und Ausbauten von Autobahnen und Bundesfernstraßen deutlich reduzieren.

BUND: Autobahnen zerstören wertvolle Naturschutzgebiete

Jens Hilgenberg, Leiter Verkehrspolitik beim BUND, sagte der dpa: „Die Landesregierungen müssen sich den Betonphantasien von Herrn Wissing verweigern und dürfen keine Projekte anmelden.“ Ansonsten machten sie sich der „Beihilfe zu Natur- und Klimazerstörung im großen Stil“ schuldig. Der Bau aller Autobahnprojekte würde über 80 ökologisch wertvolle Naturschutzgebiete zerstören.

<https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/wissing-ministerium-fasst-plan-für-schnellen-autobahnbau-auch-bayern-betroffen/ar-AA1a02Zr>

 Autobahnen,Autobahnprojekte,Bund,Länder,Ende
 246

18.04.2023

Europaweiter Blitzermarathon gestartet

Autofahrer müssen sich in dieser Woche auf viele Geschwindigkeitskontrollen einstellen. Wie der SWR berichtet will die Polizei in mehreren deutschen Bundesländern gegen Raser vorgehen. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg will die Polizei über mehrere Tage Temposünder aus dem Verkehr ziehen. Am Freitag plant die Polizei 24 Stunden lang mit Laserpistolen, Radarfallen, Video-Pkw und Blitzer-Anhängern Geschwindigkeitsübertretungen zu ahnden. Bayern will sich dagegen auf den Freitag beschränken.

<https://www.swr3.de/aktuell/nachrichten/blitzermarathon-2023-100.html>

 Polizei
 224

20.04.2023

Verkehrsunfall auf Beschleunigungsstreifen

► Ravensburg, 2 Fahrzeuge, 11500 Euro Sachschaden

(Ravensburg) - Sachschaden von rund 11.500 Euro ist am Mittwochmorgen gegen 6.45 Uhr bei einem Verkehrsunfall auf der B 30 an der Auffahrt Ravensburg-Nord in Richtung Ravensburg-Süd entstanden.

Die 39-jährige Fahrerin eines Skoda erkannte offensichtlich zu spät, dass ein vor ihr fahrender BMW-Lenker auf dem Beschleunigungsstreifen verzögern musste und fuhr diesem hinten auf. Während beide Unfallbeteiligten unverletzt blieben, mussten ihre Autos aufgrund der Beschädigungen abgeschleppt werden. Während der Unfallaufnahme wurde ein Fahrstreifen der Bundesstraße gesperrt, weshalb sich in diesem Bereich zeitweise ein Rückstau bildete.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5490582>

📄 Ravensburg, Verkehrsunfall, Beschleunigungsstreifen
👁️ 582

21.04.2023

Lkw beim Überholen zusammengestoßen

► Achstetten, 2 Fahrzeuge, 8000 Euro Sachschaden

(Achstetten) - Am Donnerstag verursachte ein Lkw-Fahrer auf der B 30 bei Achstetten einen Verkehrsunfall und fuhr weiter.

Gegen 11.20 Uhr fuhr ein 47-jähriger mit einem Lkw in Richtung Ulm. Der Fahrer des Mercedes Sattelzugs wechselte auf den linken Fahrstreifen, um einen vor ihm fahrenden Sattelzug zu überholen. Als sich der 47-jährige mit seiner Zugmaschine auf Höhe der hintersten Achse des Aufliegers befand, zog das rechts neben ihm fahrende Gespann plötzlich nach links. Der bisher unbekannt Lkw wollte ein vor ihm fahrendes Fahrzeug überholen. Nach dem seitlichen Zusammenstoß machte sich der 47-jährige durch Licht- und Hupzeichen bei dem unfallverursachenden Lkw-Fahrer bemerkbar. Doch dieser reagierte nicht und fuhr ohne anzuhalten weiter.

Verletzt wurde niemand. Am grünfarbenen Sattelaufleger war ein polnisches Kennzeichen angebracht. Von der ebenfalls grünfarbenen Sattelzugmaschine ist das Teilkennzeichen WGM-51 bekannt. Der Auflieger müsste an der linken hinteren Seite beschädigt sein. Die Verkehrspolizei Laupheim nahm die Ermittlungen nach dem Flüchtigen auf. Sie schätzt den Schaden an dem Mercedes-Lkw auf rund 8.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5491117>

📄 Lkw, Achstetten, Fahrer
👁️ 231

21.04.2023

Auffahrunfall nach Wildunfall

► Äpfingen, 3 Fahrzeuge, 7500 Euro Sachschaden

► Äpfingen, 1 Fahrzeuge

(Äpfingen) - Drei Fahrzeuge waren am Donnerstag an einen Auffahrunfall auf der B 30 bei Äpfingen beteiligt. Verletzt wurde niemand.

Gegen 7.10 Uhr sperrte die Polizei einen Fahrstreifen auf der B 30 in Richtung Biberach, da kurz vor der Anschlussstelle Biberach-Nord ein toter Dachs auf dem linken Fahrstreifen lag. Deshalb bremste ein 19-

jähriger seinen Audi ab. Vor dem Audifahrer stand schon ein 22-jähriger mit seinem schwarzen Hyundai. Das die beiden Fahrzeuge standen, bemerkte ein 23-jähriger zu spät. Er fuhr mit seinem blauen Hyundai auf den Audi auf. Der wurde durch den Aufprall auf den davorstehenden Hyundai geschoben.

Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Den Sachschaden an den drei Autos schätzt die Polizei auf rund 7.500 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5490981>

☐ Auffahrunfall

•• 234

21.04.2023

Mobilitätsgesetz umstritten

(Stuttgart) - Kein Thema ist in der baden-württembergischen Landesregierung derzeit so umstritten, wie das geplante Mobilitätsgesetz von Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne). Öffentlich weiß offenbar niemand, was darin steht. Die CDU ist jedenfalls wenig begeistert. Sie befürchtet neue Bürokratie und einen Bruch des Koalitionsvertrages.

Klimaziele sollen eingehalten werden

Um die Klimaschutzziele einhalten zu können, brauche Baden-Württemberg eine Verkehrswende. Das Verkehrsministerium von Winfried Hermann legte inzwischen den Entwurf für ein Landesmobilitätsgesetz vor. Dieser Gesetzesentwurf werde keine Grundlage für die weiteren Beratungen sein, sagte dazu CDU-Fraktionschef Manuel Hagel am Donnerstag. Der bisherige Entwurf gehe weit über den Koalitionsvertrag hinaus.

„Dieser Gesetzesentwurf des Verkehrsministers erfüllt nicht unsere Ansprüche nach guter Rechtssetzung und der Vermeidung von überbordender Bürokratie.“ CDU und Grüne würden deswegen im April und Mai in Arbeitskreisen mit Beratungen über Eckpunkte für ein neues Landesmobilitätsgesetz starten. Die CDU hatte zuvor angezweifelt, ob Mobilitätsziele im Bereich ÖPNV bis 2026 realistisch sind.

Grüne verteidigen Entwurf

Der Fraktionschef der Grünen im Landtag, Andreas Schwarz, entgegnete dagegen: „Am Mobilitätsgesetz gibt es nichts zu rütteln!“ Man habe in der Koalition das weitere Verfahren klar vereinbart. „Die Arbeitskreise werden mit dem Verkehrsministerium die inhaltliche Beratung vertiefen, um die offenen Punkte einer Lösung zuzuführen.“

Oberstes Ziel: Klimaschutz

Verkehrsminister Winfried Hermann erklärte, mit dem Gesetz setze man einen zentralen Baustein des Koalitionsvertrages um. Die Zeit dränge. „Die Folgen des Klimawandels machen sich immer dramatischer bemerkbar“, sagte er. Es brauche deswegen eine moderne Verkehrspolitik, die Mobilität ermögliche und das Klima schütze. Ziel des Gesetzes sei es, den öffentlichen Nahverkehr in den kommenden Jahren landesweit verlässlicher zu taktieren.

Das Landesverkehrsministerium hatte erst kürzlich Modellberechnungen zum sogenannten Mobilitätspass vorgelegt. Dabei handelt es sich um Finanzierungsmöglichkeiten des öffentlichen Nahverkehrs mittels einer oder mehrerer kommunalen Sonderabgaben für Bürgerinnen und Bürger, Autofahrerinnen und Autofahrer oder Unternehmerinnen und Unternehmer. Deren Ergebnisse sollen in das Landesmobilitätsgesetz einfließen.

Opposition bemängelt Uneinigkeit

Die oppositionelle SPD verlangt in der Diskussion um den Gesetzesentwurf ein Machtwort von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). FDP-Verkehrsexperte Christian Jung sieht die Koalition als gespalten und die AfD glaubt nicht, dass die CDU mit ihrem Widerstand erfolgreich sein wird.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/gruen-schwarze-koalition-streit-ueber-landes-mobilitaetsgesetz-100.html>

24.04.2023

Auto überschlägt sich

▶ **Wiblingen, 1 Fahrzeuge, 9500 Euro Sachschaden**

(Wiblingen) - Die Auffahrt auf die B 30 bei Ulm-Wiblingen misslang am Samstag einem 33-jährigen. In der Folge kam er von der Straße ab und überschlug sich.

Der Unfall ereignete sich kurz nach 19 Uhr. Der Mann fuhr von der Wiblinger Allee auf die B 30 in Richtung Ulm. In der Kurve kam er von der Straße ab, touchierte die Leitplanke und überschlug sich. Anschließend blieb sein Kia neben der Straße auf der Beifahrerseite liegen. Der Fahrer erlitt leichte Verletzungen. Rettungskräfte brachten ihn in eine Klinik.

Die Feuerwehr band auslaufende Betriebsstoffe. Der Abschleppdienst barg den nicht mehr fahrbereiten Kia. Die Polizei Ulm ermittelt nun die Ursache für den Unfall. Sie schätzt den Schaden am Auto auf 8.500 Euro und an der Leitplanke auf 1.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5492460>

24.04.2023

Auffahrunfall auf dem Schussentalviadukt

(Ravensburg) - Bei einem Verkehrsunfall am Sonntagabend auf dem Schussentalviadukt haben zwei Unfallbeteiligte die Situation offensichtlich falsch eingeschätzt und sind jeweils dem Vordermann aufgefahren.

Zunächst fuhr die 47-jährige Fahrerin eines VW in Fahrtrichtung Bavendorf einem Mazda-Lenker auf, der an der Ampel zur B 30-Auffahrt in Richtung Oberzell gerade anfuhr. Ein nachfolgender Skoda-Fahrer erkannte die Situation offensichtlich ebenfalls zu spät und fuhr in der Folge auf die VW-Lenkerin auf.

Bei den beiden Kollisionen entstand insgesamt ein Sachschaden in Höhe eines fünfstelligen Euro-Betrags. Der 39 Jahre alte Skoda-Lenker verletzte sich leicht an der Hand und wurde durch einen Rettungsdienst in ein Krankenhaus gebracht. Darüber hinaus musste sein Wagen aufgrund der Beschädigungen abgeschleppt werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5493285>

24.04.2023

Speedmarathon endet mit Fahrverboten

(Stuttgart) - Baden-Württemberg beteiligte sich auch dieses Jahr am europaweiten Speedmarathon. An den Messstellen im Land überwachten in der letzten Woche mehr als 1.100 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte der regionalen Polizeipräsidien und den Beschäftigten der zuständigen Behörden die Geschwindigkeit von nahezu 360.000 Fahrzeuge und stellten über 13.000 Geschwindigkeitsverstöße fest. 250 Temposünder müssen mit einem Fahrverbot rechnen, weil sie deutlich zu schnell unterwegs waren.

„Wir wollen eine Verhaltensänderung bei denen bewirken, die Tempolimits für unverbindliche Angebote halten. Wir wollen einen Straßenverkehr ohne Getötete und Schwerverletzte. Hierfür werden wir in unseren Anstrengungen für mehr Verkehrssicherheit nicht nachlassen“, so Innenminister Thomas Strobl.

<https://im.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/bilanz-zum-speedmarathon-2023>

📄 Speedmarathon
👥 142

26.04.2023

Land fördert lebendige und verkehrsberuhigte Ortsmitten

(Stuttgart) - Um die Lebensqualität für die Menschen in Stadt und Land zu erhöhen, verleiht das Verkehrsministerium ab sofort an Kommunen kostenfreies Stadtmobiliar. Unter anderem stehen Baumkästen, Sitz- und Liege-Oasen und Radabstellanlagen zur Auswahl.

Das Land Baden-Württemberg möchte gemeinsam mit den Kommunen bis 2030 deutlich mehr lebendige und verkehrsberuhigte Ortsmitten schaffen. Die Gründe dafür sind vielfältig, denn von abwechslungsreichen und nachhaltigen Ortsmitten profitieren alle: Sie schaffen Gemeinschaft, bieten Entspannung und Erholung, hier kann man flanieren, verweilen und Raum für Begegnungen schaffen. Die Bedürfnisse der Menschen vor Ort sollen der Maßstab der Straßenraumgestaltung sein. Um die Kommunen zu unterstützen, wurden vom Ministerium für Verkehr vier neue Angebote ins Leben gerufen, die am Mittwoch bei einer Auftaktveranstaltung in Stuttgart vorgestellt wurden.

Staatssekretärin Elke Zimmer betonte: „Durch die neuen Angebote haben alle Kommunen in Baden-Württemberg die Möglichkeit, einfach und kostenfrei mehr über die Potenziale ihrer Ortsmitte zu erfahren und direkt mit der Umgestaltung loszulegen. Davon profitieren alle: Gemeinsam wird erlebbar, wie sich durch eine lebendige, verkehrsberuhigte und gemeinsam gestaltete Ortsmitte die Lebensqualität erhöht. Heute sind viele Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus den Kommunen zur Auftaktveranstaltung nach Stuttgart gekommen. Das zeigt uns: Das Interesse ist groß. Wir wollen gemeinsam handeln.“

Vier neue Angebote für Kommunen

Um Ortsmitten ansprechender und menschenfreundlicher zu gestalten, können Kommunen auf folgende Angebote zurückgreifen:

- Qualitätserfassung der Situation vor Ort durch ein Fachbüro
- Visualisierungen der möglichen zukünftigen Ortsmitte
- Temporäre Umgestaltung, um eine „andere“ Ortsmitte erlebbar zu machen
- Beratung und Unterstützung durch eine Servicestelle

Die neuen Angebote im Detail

Bei der Qualitätserfassung bewertet ein Fachbüro den Zustand der Ortsmitte. Hierzu werden nach einem Auftaktgespräch bestehende Defizite der Bestandssituation aufgezeigt und der Kommune konkrete Verbesserungsvorschläge mitgeteilt. Außerdem erarbeitet das Land Musterquerschnitte und -elemente, um den Kommunen praktische Leitlinien für die Gestaltung von lebendigen und verkehrsberuhigten Ortsmitten an die Hand zu geben.

Einen Blick in die Zukunft ermöglichen Visualisierungen: Das Fachbüro erstellt anschauliche Bilder alternativer Gestaltungsmöglichkeiten der Ortsmitte anhand von Fotos und Plänen. Durch die Vorher-Nachher-Vergleiche werden Denkräume eröffnet, die zur Diskussion anregen und den Bürgerinnen und Bürgern sowie Verantwortlichen die vielfältigen Möglichkeiten ihrer neuen Ortsmitte aufzeigen. Dieses Modul kann auch von Initiativen und Vereinen vor Ort genutzt werden.

Kommunen, die die Potenziale für Verbesserungen im Fuß- und Radverkehr sowie für die Aufenthaltsqualität in der Ortsmitte erlebbar machen möchten, können außerdem auf das Angebot der temporären Umgestaltung zurückgreifen (Stadtmobiliar): Von Baumkästen und Sitzgelegenheiten über

Radabstellanlagen bis hin zur grünen Liege-Oase - aus einem Katalog kann zielgruppengerechtes Mobiliar ausgewählt und für einen Zeitraum von mindestens zwei Monaten gebucht werden.

Alle Angebote sind kostenfrei und können sowohl einzeln als auch in Kombination in Anspruch genommen werden. Kommunen, die sich für die Angebote interessieren, können sich bei der eigens eingerichteten Servicestelle Ortsmitten per Mail oder telefonisch melden.

Die Servicestelle berät außerdem zu allen Angeboten und unterstützt interessierte Kommunen aktiv bei der Beantragung. Auch für die Weitervermittlung von Informationen rund um Fördermittel für zukünftige Planungen und Umsetzungen steht sie zur Verfügung. Erreichbar sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Servicestelle unter info@ortsmitten-bw.de sowie unter (0 62 51) 8 26 32 87.

Für die bauliche Umsetzung der Umbaumaßnahmen mit verkehrlichem Bezug steht den Kommunen bereits seit einigen Jahren die Förderung des Straßenumbaus nach dem Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) zur Verfügung. Darüber hinaus werden vom Verkehrsministerium Ortsmittenkonzepte inklusive Dialogprozesse zur Schaffung lebendiger und verkehrsberuhigter Ortsmitten gefördert.

Weitere Hinweise zum Projekt Ortsmitten gibt es unter: www.ortsmitten-bw.de
<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/stadtmobiliar-fuer-lebendige-und-verkehrsberuhigte-ortsmitten>

☐ Kommunen,Ortsmitten,Angebote,Ortsmitte,Land
•• 220

27.04.2023

Verkehrsunfall vorgetäuscht und Geld gefordert

(Friedrichshafen) - Ein bemerkenswerter Vorfall hat sich am Mittwoch auf der B 30 im Seewald ereignet. Die Polizei sucht Zeugen.

Möglicherweise in der Absicht, sich Geld zu erschleichen, soll ein unbekannter Fahrradfahrer am Mittwochabend einen Verkehrsunfall vorgetäuscht haben. Den Angaben einer 19-jährigen Pkw-Lenkerin zufolge sei diese gegen 20.15 Uhr in den Kreisverkehr im Seewald eingefahren, als sich plötzlich ein Fahrradfahrer vor sie auf die Straße geworfen hätte. Zu einer Kollision sei es zuvor nicht gekommen. Nachdem die Frau sich nach dem Befinden des Unbekannten erkundigte, soll dieser vorgegeben haben, verletzt zu sein. Gleichzeitig habe er der 19-jährigen vorgeschlagen, durch eine Zahlung von 500 Euro die Sache als erledigt zu betrachten. Nachdem die Frau eine Zahlung verweigerte und ihrerseits forderte, die Polizei hinzuzuziehen, sei der Unbekannte wieder auf sein Rad gestiegen und davongefahren.

Der Radfahrer soll etwa 50 bis 60 Jahre alt gewesen sein und einen grauen Bart gehabt haben. Zum Zeitpunkt des Vorfalls trug er ein blaues T-Shirt und eine Mütze oder Kappe als Kopfbedeckung und war mit einem schwarzen Fahrrad unterwegs. Das Polizeirevier Friedrichshafen prüft den Vorfall und bittet etwaige Zeugen oder Personen, die möglicherweise auch eine solche Situation erlebt haben oder Hinweise zu dem Unbekannten geben können, sich unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5496248>

☐ Verkehrsunfall,Geld
•• 144

29.04.2023

B 30-Untertunnelung gefordert

(Bad Waldsee) - Die Stadt Bad Waldsee plant aktuell die Anlage eines neuen Radweges bis in das Gewerbegebiet „Wasserstall“. Auf dem Weg dorthin sieht die bisherige Planung eine Führung unter der Brücke des B 30-Anschlusses Bad Waldsee-Nord vor.

Schon gibt es Kritik: Karl Rundel aus der Aulendorfer Straße stört sich an der Planung und fordert einen Fahrradunnel unterhalb der B 30 auf Höhe der Firma Hymer. Das würde dem Reisemobilhersteller gefallen, als direkte Verbindung zum Erwin-Hymer-Museum auf der anderen Straßenseite.

Auf Nachfrage erteilt die Stadt Bad Waldsee dem Vorschlag eine Absage. Eine Untertunnelung der B 30 wurde im Zuge der Planungen bereits geprüft. Sie ist für den Radverkehr umwegig. Der Umweg führe zu Akzeptanzproblemen. Zusätzlich leide bei dieser Variante die Orientierung, Verstehbarkeit beziehungsweise Auffindbarkeit. Außerdem verursache eine Untertunnelung der B 30 hohe Kosten.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/bad-waldsee/sz-leser-schlaegt-fahrradtunnel-unter-der-b-30-vor-1535221>

☞ Untertunnelung,Waldsee
•• 195

29.04.2023

Planungsbeschleunigung: CDU sieht Süden benachteiligt

(Berlin / Stuttgart) - Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP beschloss am 28. März 2023 Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen, um Deutschland zu modernisieren. Doch beabsichtigt die Koalition lediglich eine Planungsbeschleunigung von Autobahnen. Bundesminister für Digitales und Verkehr, Volker Wissing (FDP), forderte zuletzt die Bundesländer auf, bis zum 28. April 2023 die gewünschten Projekte zu melden.

Bayern will alles, Baden-Württemberg unentschlossen

In Baden-Württemberg soll der Ausbau der Autobahnen 5, 6 und 8 teilweise beschleunigt werden. Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) erhob nach Bekanntwerden der Liste zunächst keine grundsätzlichen Einwände. Gudula Achterberg, Sprecherin für Straßeninfrastruktur der Grünen-Landtagsfraktion, vertritt dagegen die Meinung: „Uns tut jeder Autobahnausbau weh.“ Die bayerische Landesregierung hat mittlerweile alle vom Bund vorgeschlagenen Projekte angemeldet. Das Verkehrsministerium in Stuttgart war noch am Freitagnachmittag zu keiner Stellungnahme bereit.

Oberschwaben wird abgehängt

Andere Kritik kommt von der CDU aus Oberschwaben zu Wissings Auswahl, welche Projekte beschleunigt werden könnten. Es profitierten nur die Metropolregionen, kritisiert Christian Natterer, der den Arbeitskreis Verkehr der CDU in Württemberg-Hohenzollern leitet. „Der ländliche Raum hat von der Planungsbeschleunigung nichts, das gilt für Südwürttemberg und genauso für Südbaden.“

Den Grund dafür sieht Natterer darin, dass nur Autobahnen, aber keine Bundesstraßen berücksichtigt werden. Diese tragen in der Region aber die Hauptverkehrslast, weil es keine Autobahnen gibt. Die B 31 am Bodensee, die B 30 Friedrichshafen - Ravensburg und bei Bad Waldsee, die B 27 auf der Schwäbischen Alb und die B 311 Nordtrasse bei Sigmaringen hätte Wissing in seine Liste aufnehmen sollen, kritisiert Natterer.

FDP schiebt schwarzen Peter auf CDU

Das der Süden Baden-Württembergs nicht von der Planungsbeschleunigung profitiere, will der FDP-Bundestagsabgeordnete Benjamin Strasser so nicht stehen lassen. Die A 5, A 6 und A 8 seien wichtige Achsen. „Da das überragende öffentliche Interesse im Einvernehmen mit den Bundesländern festgestellt werden soll, kann die CDU in Baden-Württemberg zeigen, wie ernst es ihr mit einer Planungsbeschleunigung zusammen mit ihrem grünen Koalitionspartner im Land ist“, so Strasser. Die FDP setze sich für die Planungsbeschleunigung in allen Bereichen ein - auch bei den Bundesstraßen.

<https://www.schwaebische.de/regional/baden-wuerttemberg/diese-autobahnen-will-der-sudwesten-schneller-ausbauen-1576677>

☞ Planungsbeschleunigung,CDU,Autobahnen,Süden,FDP
•• 351

29.04.2023

Unfall nach unachtsamem Fahrstreifenwechsel

► Achstetten, 2 Fahrzeuge

(Achstetten) - Die Polizei sucht Zeugen zu einem Verkehrsunfall, der sich am Freitag auf der B 30 bei Achstetten ereignet hat.

Ein 20-jähriger Audi-Lenker fuhr auf der Bundesstraße von Laupheim in Richtung Ulm. Auf Höhe von Achstetten wollte ein schwarzer Pkw von dem rechten auf den linken Fahrstreifen wechseln und übersah den fast auf gleicher Höhe fahrenden Audi-Lenker. Um einen Zusammenstoß der beiden Fahrzeuge zu vermeiden, musste der Audi Fahrer sein Fahrzeug stark abbremsen. Hierbei verlor er die Kontrolle über sein Fahrzeug und kollidierte zunächst mit der Mittelleitplanke. Er zog sein Fahrzeug nach rechts, fuhr gegen den Randstein eines stillgelegten Parkplatzes bei Achstetten und kam im Grünstreifen zum Stehen.

Zu einer Berührung der beiden Fahrzeuge kam es nicht. Der schwarze Pkw setzte seine Fahrt ohne sich um den angerichteten Schaden zu kümmern fort. Der Audi war nicht mehr fahrbereit und musste abgeschleppt werden. Die Ermittlungen wurden aufgenommen. Zeugen des Unfalls werden gebeten sich mit dem Polizeirevier Laupheim unter der Tel. (0 73 92) 9 63 00 in Verbindung zu setzen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5497571>

☐ Achstetten,Audi
•• 252

30.04.2023

Zusammenstoß im Kreuzungsbereich

► Untereschach, 2 Fahrzeuge

(Untereschach) - Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Pkw mit Anhänger und einem anderen Pkw kam es am Samstag gegen 12.14 Uhr. Der Lenker des Pkw mit Anhänger fuhr von Ravensburg auf der B 30 in Richtung Liebenau und überquerte eine Lichtzeichenanlage eigenen Angaben zufolge bei „Orange“. Der andere Pkw-Lenker im Querverkehr fuhr eigenen Angaben bei „Grün“ in die Kreuzung ein. Es kam zur einer Kollision. Zeugen des Vorfalles werden gebeten, sich mit dem Polizeirevier Ravensburg unter Tel. (07 51) 8 03 - 33 33 in Verbindung zu setzen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5497948>

☐ Untereschach,Pkw,Zusammenstoß
•• 309

30.04.2023

Straftaten beim landesweiten Verkehrsfahndungstag aufgedeckt

(Stuttgart) - Mit Kontrollaktionen der Verkehrsfahndungseinheiten will Baden-Württemberg der mobilen Kriminalität das Stoppschild zeigen. Am landesweiten Verkehrsfahndungstag wurden nun 230 Verstöße, darunter 152 Straftaten festgestellt.

„Mit schlagkräftigen Verkehrsfahndungseinheiten gehen wir in Baden-Württemberg aktiv, konsequent und unnachgiebig gegen Straftäter vor, die unsere Straßen für ihre kriminellen Zwecke nutzen wollen. Wir legen denjenigen das Handwerk, die auf eine vermeintliche Anonymität auf den Autobahnen und Bundesstraßen hoffen. Spezialistinnen und Spezialisten der Polizei haben bei einem landesweiten Verkehrsfahndungstag den Kontrolldruck auf die überregionale und grenzüberschreitende Kriminalität nochmals erhöht - mit durchschlagendem Erfolg“, so der Stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl bei der Vorstellung der Kontrollergebnisse.

Die Verkehrsfahndungseinheiten der Polizei Baden-Württemberg stellten alleine am 27. April 2023 mit 268 Fahndungskräften, davon 231 von der Polizei Baden-Württemberg, insgesamt 230 Verstöße, darunter 152 Straftaten fest.

Die Kontrollkräfte haben insgesamt 45 Fälle von Betäubungsmittelkriminalität aufgedeckt. Dabei wurden in einem Fahrzeug 20 Kilogramm Marihuana sichergestellt. Darüber hinaus wurden bei dem Kontrolltag zahlreiche weitere Delikte, wie illegale Einreise oder illegaler Aufenthalt (9 Fälle), Verstöße gegen das Waffengesetz (9 Fälle), Fahren unter Einfluss von Betäubungsmitteln (21 Fälle) sowie 40 Verkehrsstraftaten, darunter Trunkenheit im Straßenverkehr, Fahren ohne Fahrerlaubnis und Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz entdeckt. Außerdem wurde eine mit EU-weitem Haftbefehl gesuchte Person festgenommen.

<https://im.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/landesweiter-verkehrsfahndungstag>

☐ Straftaten,Verkehrsfahndungstag,Baden,Württemberg,Verstöße
•• 204

30.04.2023

„Initiative B30“ berichtet über Staus im Jahr 2022

(Region) - Die „Initiative B30“ informiert dreimal jährlich mit der Zeitung „B30 Insider“ über aktuelle Entwicklungen rund um die Bundesstraße 30. Die Ausgabe Mai - August 2023 steht ab sofort zum kostenlosen Download bereit.

Schwerpunktt Themen der neuen Ausgabe sind Verkehrsstaus im Jahr 2022, neue Verkehrsprognosen, die Planungsbeschleunigung und Vorbereitungen eines neuen Bundesverkehrswegeplans. Daneben berichtet die Initiative über Aktuelles aus Bund, Land und Region.

Der neue Insider steht kostenfrei zum Download bereit, unter: www.b30neu.de/insider-2-2023
<https://www.b30neu.de/nachrichten.html&newsid=224&mode=singleview>

☐ Initiative,Jahr
•• 224

Mai

01.05.2023

Sicherungskasten schlägt Funken: B 30 gesperrt

(Meckenbeuren) - Am Montag kam es gegen 09.00 Uhr in der Hauptstraße in Meckenbeuren zu einer starken Raumentwicklung. Nach den bisherigen Ermittlungen des Polizeirevier Friedrichshafen gab es im Keller eines dortigen Einfamilienhauses einen lauten Knall sowie Blitze und Rauch aus einem Sicherungskasten.

Nachdem die Feuerwehr den Sicherungskasten mit einem Handlöcher ablöschte und das Gebäude vom Rauch befreien konnte, wurde festgestellt, dass es zu keinem offenen Brand gekommen ist. Die Ursache ist bislang nicht bekannt. Über den Stromnetzverantwortlichen wurde der Strom für das komplette Gebäude abgestellt und muss bis zur Behebung des nicht unerheblichen Schadens abgeschaltet bleiben.

Die Beamten des Polizeipräsidiums Ravensburg haben die Ermittlungen zur Brandursache aufgenommen. Die B 30 war für nahezu eine Stunde in beide Fahrtrichtungen gesperrt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5498205>

📄 Sicherungskasten
👁️ 155

02.05.2023

Motorradfahrer prallt gegen Pkw

▶ **Friedrichshafen, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden**

(Friedrichshafen) - Beim Zusammenstoß eines Motorrads mit einem Pkw am Dienstag gegen 11.30 Uhr in der Ravensburger Straße (B 30) wurden zwei Personen verletzt.

Ein 16 Jahre alter Leichtkraftrad-Fahrer war gemeinsam mit seinem 18 Jahre alten Sozius stadteinwärts unterwegs und fuhr links an einer langsam fahrenden Kolonne vorbei. Zwischen der Dietostraße und der Barbarossastraße fuhr zeitgleich eine 54 Jahre alte Dacia-Lenkerin nach links aus einem Grundstück in Richtung Ravensburg aus. Der 16-Jährige konnte eine Kollision mit dem entgegenkommenden Pkw nicht mehr verhindern und prallte in die rechte Dacia-Front.

Beim folgenden Sturz zog sich der 16-jährige schwere Verletzungen zu, der 18-jährige wurde leicht verletzt. Beide mussten vom Rettungsdienst zur weiteren Versorgung in Kliniken gebracht werden. Die 54-Jährige kam mit dem Schrecken davon.

Am Pkw entstand den ersten Schätzungen zufolge rund 9.000 Euro, am Leichtkraftrad etwa 1.000 Euro Sachschaden. Die Fahrzeuge waren nicht mehr fahrbereit und mussten abgeschleppt werden. Während der Unfallaufnahme und der Bergungsmaßnahmen war die Ravensburger Straße bis kurz nach 13 Uhr voll gesperrt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5499307>

📄 Pkw,Friedrichshafen,Jahre
👁️ 285

02.05.2023

Pkw überschlägt sich bei Unfall

▶ **Meckenbeuren, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 1 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden**

(Meckenbeuren) - Bei einem Verkehrsunfall auf der Bundesstraße 30 wurden am Montagmorgen zwei Personen verletzt.

Ein 26 Jahre alter VW-Fahrer war gegen 9.15 Uhr in Richtung Ravensburg unterwegs und kam nach rechts von der Fahrbahn ab. In der Folge überschlug sich der Wagen und blieb auf dem Dach liegen. Der

Mann wurde den bisherigen Erkenntnissen zufolge schwer, seine 23 Jahre alte Beifahrerin eher leicht verletzt. Rettungsdienste brachten beide Insassen zur weiteren Versorgung in eine Klinik.

Am Auto, das nicht mehr fahrbereit war und abgeschleppt werden musste, entstand Sachschaden von rund 30.000 Euro. Wie es zum Unfall kam ist Gegenstand der Ermittlungen, die das Polizeirevier Friedrichshafen führt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5499307>

☐ Meckenbeuren, Unfall

•• 394

02.05.2023

Land meldet keine Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen an

(Stuttgart) - Das Land Baden-Württemberg gab am Dienstag dem Bund eine Rückmeldung zu einer Planungsbeschleunigung von Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg. Zuvor hatte sich die Landesregierung nach internen Verhandlungen über die Antwort an Bundesminister Wissing geeinigt.

Land will A 5, A 6 und A 8-Albaufstieg

Landesverkehrsminister Winfried Hermann teilte seinem Berliner Amtskollegen, Bundesminister Dr. Wissing, mit einem Schreiben mit, dass der Beschleunigung von Maßnahmen des „Vordringlichen Bedarfs Autobahnengpässe“ des Bundesverkehrswegeplans an der Autobahn 5 und der Autobahn 6 ausdrücklich zugestimmt wird. Staus sowie belastende Umfahrungenverkehre in der Region und Unfälle sollen dadurch verhindert werden.

Darüber forderte die Landesregierung den Bund auf, entschieden und an erster Stelle das laufende und weit fortgeschrittene Projekt „Albaufstieg“ an der A 8 zwischen Mühlhausen und Hohenstadt voranzutreiben. Das Projekt sei für das Land von enormer verkehrlicher und wirtschaftlicher Bedeutung und müsse deshalb durch eine entsprechende Ressourcenausstattung schnell vorangetrieben werden.

Zuvor sprach sich Gudula Achterberg, Sprecherin für Straßeninfrastruktur der Grünen-Landtagsfraktion für Projekte an der A 5 und A 6 aus. Achterberg lobte außerdem die Autobahn GmbH des Bundes. Robert Habecks Schwager Stefan Birkner soll nach dem Willen der Ampel-Koalition neuer Geschäftsführer der deutschlandweiten Autobahn GmbH werden.

Land will keinen A 8-Ausbau bei Stuttgart

Dafür lehnt die Landesregierung einen Ausbau der A 8 zwischen Stuttgart-Vaihingen und Wendlingen ab. Stattdessen soll dort durch eine temporäre Seitenstreifenfreigabe eine zeitnahe Verbesserung des Verkehrsablaufs erzielt werden.

Land will keine Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen

Auch Planungen an Bundesstraßen sollen nicht beschleunigt werden. Hierzu war es ausreichend diese im Schreiben nicht zu benennen.

Die „Initiative B30“ aus Bad Waldsee forderte zuvor den Landes-Verkehrsausschuss am 07. April 2023 dazu auf, Bundesstraßen-Engpässe an den Bund zu melden. Bis zuletzt nahm der Ausschuss das Thema nicht auf die Tagesordnung. Die Initiative erhielt bisher nicht einmal eine Rückmeldung.

Am 17. April 2023 forderte dann Bundesminister Volker Wissing die Bundesländer überraschend auf, in kürzester Zeit die gewünschten Projekte bis zum 28. April 2023 zu melden.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Benjamin Strasser (Wahlkreis Ravensburg) positionierte sich in der Samstagsausgabe der Schwäbischen Zeitung: Der Süden werde nicht abgehängt, da an der A 5, A 6 und A 8 bei Einzelmaßnahmen eine Planungsbeschleunigung vorgesehen sei. Kurz zuvor gab Strasser der Presse bekannt: Ravensburg erhält ab Juni einen ICE-Halt.

Dagegen kritisierte Christian Natterer, der den Arbeitskreis Verkehr der CDU in Württemberg-Hohenzollern leitet, der Ländliche Raum werde abgehängt. Die B 31 am Bodensee, die B 30 Friedrichshafen-Ravensburg und bei Bad Waldsee gehörten auf die Liste. Das Land verweigerte dies.

Projekte an Bahnanlagen und Erneuerbare Energien wird begrüßt

Das Land begrüßte am Dienstag, dass neben der A 5 und A 6 nun Planungs- und Genehmigungsverfahren wichtiger Infrastrukturvorhaben, insbesondere die Bahninfrastruktur und Erneuerbare Energien vorangebracht werden. Langjährige Planungs- und Genehmigungsverfahren bremsen hier den Wandel zu einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Mobilität, einer CO₂-neutralen Energieversorgung und den Fortschritt in Baden-Württemberg.

Strobl erfreut über „schnelle sachgerechte Verbesserungen“

Erfreut zeigte sich der Stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl (CDU): „Wir haben in Baden-Württemberg zahlreiche neuralgische Verkehrsknotenpunkte. Besonders bedeutsam ist der A 8-Albaufstieg. Der Ausbau des Albaufstiegs ist von größter Bedeutung und Brisanz. Deshalb mahnen wir seitens des Landes den Albaufstieg jetzt dringend an. Darüber hinaus muss an anderen Engstellen auf der A 8 vor allem schnell Abhilfe geschaffen werden, etwa durch den sofortigen Ausbau der Standstreifen zu zwei zusätzlichen schnellen Spuren. Wir im Land orientieren uns an der Sache und lösen die Probleme. Uns ist wichtig, schnell zu sachgerechten Verbesserungen zu kommen.“

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/land-meldet-bund-autobahnprojekte-zur-beschleunigung>

☐ Land, Planungsbeschleunigung, Bundesstraßen, Baden, Württemberg
•• 372

03.05.2023

Maibaum in Gaisbeuren hat neuen Standort

(Reute-Gaisbeuren) - Traditionell stellen in der Bad Waldseer Verwaltungseinheit Reute-Gaisbeuren zum 1. Mai, Vereine oder engagierte Bürgerinnen und Bürger einen Maibaum.

Am Samstag stellte die Kyffhäusergemeinschaft Gaisbeuren den ersten Baum. In diesem Jahr gab es eine Ortsveränderung. Schon länger bestand der Wunsch, den Baum auf den Dorfplatz zu stellen. Unter anderem aus Sicherheitsaspekten bezüglich des bisherigen Platzes an der B 30. Dazu wurde am Dorfplatz ein neues Fundament hergestellt, welches auch dem Narrenbaum und Weihnachtsbaum sicheren Stand geben soll.

Die Narrengilde Schussentäler Reute stellte ihren Maibaum am Sonntag in Reute. Schließlich wurde auch in Kümmerzhofen der traditionelle Baum gestellt.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/reute-gaisbeuren/drei-orte-leben-die-tradition-des-maibaumstellens-1581431>

☐ Gaisbeuren, Maibaum, Reute, Baum
•• 226

03.05.2023

Bundesregierung beschließt schnellere Planung vordringlicher Verkehrsprojekte

(Berlin) - Das Bundeskabinett beschloss am Mittwoch den schnelleren Bau der aus ihrer Sicht vordringlichen Verkehrsprojekte bei Straßen-, Schienen- und Wasserwegen. Das Kabinett billigte nach Angaben aus Regierungskreisen den Entwurf eines Planungsbeschleunigungsgesetzes. Danach gibt es schnellere Verfahren für Projekte, die im Bundesverkehrswegeplan als „Vordringlicher Bedarf-Engpass“ gekennzeichnet sind. Die entsprechenden Verkehrsprojekte seien von „überragendem öffentlichen Interesse“. Dabei handelt es sich ausschließlich um Autobahnen. Ein „überragendes öffentliches Interesse“ besteht damit nicht bei Bundesstraßen. Die Autobahnprojekte sollen bei Abwägungen in

Behörden und vor Gericht leichter realisiert werden können. Eine Liste der Projekte enthält der Gesetzentwurf nicht. Sie sollen in einer nachträglichen Verordnung aufgeführt werden.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/regierung-beschließt-schnellere-planung-vordringlicher-verkehrsprojekte/ar-AA1aFSCz>

☐ Verkehrsprojekte
•• 151

03.05.2023

Ministerialdirigent hört sich Bedenken zu Brückenneubau an

(Hochdorf) - Vertreter des Stuttgarter Verkehrsministeriums sind am Dienstag zu einem Gespräch nach Hochdorf im Landkreis Biberach gekommen. Dort sollen, nun im Jahr 2027, zwei Großbrücken der Bundesstraße 30 neu gebaut werden. Für die Bauzeit von drei Jahren soll deshalb die Bundesstraße gesperrt und der Verkehr über Landesstraßen und durch Ortschaften umgeleitet werden. Die Anliegergemeinden Hochdorf und Ingoldingen befürchten in dieser Zeit ein Verkehrschaos und untragbare Umstände: Die Ortsdurchfahrten seien zu eng, es gebe keine oder nur schmale Gehwege und ein Bahnübergang Sorge für zusätzliche Behinderungen. Die Polizei befürchtet einen Verkehrskollaps. Feuerwehr und Rotes Kreuz bemängelten, dass sie nicht mehr schnell genug durch kämen. Die IHK rechnet mit einem volkswirtschaftlichen Schaden von mindestens 14 Millionen Euro durch die Umleitung. Landwirte befürchten, dass es für sie kein Durchkommen mehr gibt.

Die Gemeinden Hochdorf und Ingoldingen fordern einen Brückenneubau unter laufendem Verkehr. Dazu sollen die neuen Brücken neben der Fahrbahn gebaut und später an die Stelle der abgerissenen alten Brücken eingeschoben werden. So müsste die B 30 nicht drei Jahre lang voll gesperrt werden. Eine Sprecherin der örtlichen Bürgerinitiative sagte, betroffene Grundstückseigentümer hätten ihr Einverständnis dazu gegeben.

Das Verkehrsministerium fasste den Vor-Ort-Termin als Erörterungstermin im Rahmen der Bürgerbeteiligung auf. Gut 400 interessierte Bürgerinnen und Bürger nahmen am Dienstag teil, wie alle Abgeordneten des Landkreises Biberach, mehrere Bürgermeister sowie Vertreter von Wirtschaft, Polizei und Rettungsorganisationen.

Ministerialdirektor Berthold Frieß verwies auf die zuständige Sachbearbeiterin im Regierungspräsidium Tübingen. Das Standardverfahren sei eine Sperrung. Dennoch werde er die Argumente mit nach Stuttgart nehmen.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Dörflinger, der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief und der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster sind sich einig, dass eine dreijährige Umleitung nicht vertretbar ist. Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Anja Reinalter lobte die frühe Bürgerbeteiligung.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/bruecken-neubau-hochdorf-100.html>

☐ Hochdorf, Brückenneubau, Bundestagsabgeordnete
•• 420

03.05.2023

Dieb entwendet Geld

(Friedrichshafen) - Bargeld hat ein bislang Unbekannter am Dienstag gegen 19 Uhr aus einem Büro in der Paulinenstraße (B 30) entwendet. Der Dieb gelangte mutmaßlich noch während der Öffnungszeiten in das Gebäude, durchsuchte das Büro und nahm das Geld an sich. Beim Verlassen des Gebäudes begegnete der mutmaßliche Täter einem Zeugen und gab diesem gegenüber an, einen Termin vereinbaren zu wollen.

Der Unbekannte wird als etwa 35 Jahre alt und ca. 175 cm groß beschrieben. Er hatte schwarze Haare, tätowierte Unterarme und war von sportlicher Statur. Personen, denen der Mann in der Paulinenstraße

oder im Bereich Eckenerstraße/Montfortstraße aufgefallen ist oder die Hinweise zu seiner Identität geben können, werden gebeten, sich unter Tel. (0 75 41) 3 61 42 - 0 beim Polizeiposten Altstadt zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5500331>

📄 Dieb,Geld
👁️ 137

03.05.2023

Fahrbahndecke zwischen Biberach-Nord und Laupheim-Mitte wird erneuert

(Landkreis Biberach) - Ab Montag, 8. Mai 2023, lässt das Regierungspräsidium Tübingen auf einer Länge von rund 4,8 Kilometern den schadhafte Fahrbahnbelag der B 30 in Fahrtrichtung Ulm, ab der Brücke über die B 30 bei Baltringen bis rund 500 Meter nach der Ausfahrt Laupheim-Süd, erneuern. Günstige Witterungsverhältnisse vorausgesetzt, wird die Fahrbahndeckenerneuerung bis Freitag, 16. Juni 2023 abgeschlossen.

Durch die Belagsarbeiten werden Spurrinnen, Verdrückungen, massive Rissbildungen sowie offene Quer- und Längsfugen beseitigt. Die Maßnahme dient der Verbesserung der Verkehrssicherheit und ist zur Substanzerhaltung der Straßeninfrastruktur erforderlich. Die Kosten der Sanierung belaufen sich auf rund 1,5 Millionen Euro und werden vom Bund getragen.

Verkehrsführung während der Sanierung

Von Montag, 8. Mai 2023 bis Dienstag, 23. Mai 2023 verbleibt der Verkehr der B 30 in Richtung Ulm auf der Richtungsfahrbahn Ulm und wird unter halbseitiger Sperrung an der Baustelle vorbeigeleitet. Die Abfahrt an der Anschlussstelle Laupheim-Süd in Richtung Laupheim sowie die Auffahrt in Richtung Ulm ist während dieser Zeit für den Verkehr gesperrt. Gleichzeitig werden am Kreisverkehr der L 265 Belagsarbeiten ausgeführt. Der Verkehr im Kreisverkehr wird während dieser Zeit durch eine Ampel geregelt.

Ab Mittwoch, 24. Mai 2023 wird der Verkehr in Richtung Ulm auf die Gegenfahrbahn Ulm - Biberach übergeleitet und dort im Gegenverkehr geführt. Die Auffahrt vom Kreisverkehrsplatz der L 265 in Richtung Ulm ist in dieser Bauphase wieder für den Verkehr freigegeben. Die Abfahrt an der Anschlussstelle Laupheim-Süd in Richtung Laupheim bleibt für den Verkehr voll gesperrt.

Der Verkehr nach Laupheim wird während der gesamten Baumaßnahme über die Anschlussstelle Laupheim-Mitte umgeleitet. Die Umleitung ist örtlich ausgeschildert.

Das Regierungspräsidium bittet um Verständnis für die im Zusammenhang mit der Maßnahme entstehenden Behinderungen.

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/presse-und-soziale-medien/pressemittelungen/artikel/b-30-fahrbahndeckenerneuerung-zwischen-der-anschlussstelle-biberach-nord-und-laupheim-mitte-fahrtrichtung-biberach-ulm/>

📄 Laupheim,Ulm,Verkehr,Biberach,Mai
👁️ 281

04.05.2023

Enttäuschung über 49-Euro-Ticket

(Berlin) - Seit dem 1. Mai 2023 gilt das Deutschlandticket (49-Euro-Ticket) und die Menschen fahren immer noch mit dem Auto. Enttäuscht zeigt sich der Berliner Sozialprofessor Andreas Knie. Er fordert nun ein bundesweites 29-Euro-Ticket, das auch im ICE gilt und die erste und letzte Meile einschließt.

Enttäuschend ist, dass das Deutschlandticket nicht den erhofften Schub für mehr klimafreundlichen Verkehr gebracht hat. Der Preis sei zu hoch, um wirklich viele Menschen aus dem Auto heraus in Bus und

Bahn zu bringen, so der Professor. Man hätte auch den Fernverkehr, also den ICE, hinzunehmen müssen und für die erste und letzte Meile ein digitales Sammeltaxi. „Das wäre ein Kracher geworden.“

Das Neun-Euro-Ticket im vorigen Jahr habe gezeigt, dass ein günstiges Angebot viele Menschen zum Umsteigen bringen kann. „Wir wissen aus den Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen Forschung, dass ein Preis von über 29 Euro pro Monat nicht mehr attraktiv ist und das die Ticketnutzung einfach sein muss.“

So wird also nichts daraus, dass Menschen nicht mehr mit Autos auf Straßen fahren. Eine wirkliche attraktive Alternative mit 29 Euro für alle Segmente des öffentlichen Verkehrs sowie Pooling-Angebote zur Haltestelle und zurück würde zehn bis 14 Milliarden Euro im Jahr kosten. „Wir müssten uns endlich einmal von der permanenten öffentlichen Finanzierung des Autos verabschieden. Dieselsubventionierung, Dienstwagen-Privileg sowie die Entfernungspauschale - um nur einige Subventionen zu nennen“, so Andreas Knie. Damit wären 14 Milliarden Euro eingespart und für die Verkehrswende vorhanden.

<https://www.klimareporter.de/verkehr/49-euro-sind-zu-teuer>

🗉 Ticket, Menschen
💬 157

04.05.2023

Verkehrsminister beschließen „Düsseldorfer Liste“

(Mannheim) - Drei für Verkehr zuständige Landesminister und eine Landesministerin haben bei der Länderkonferenz Rhein 2023 mehr Tempo im Interesse einer besseren Binnenschifffahrt gefordert. Sie beschlossen die fortgeschriebene „Düsseldorfer Liste“ mit Infrastrukturprojekten bei Wasserstraße, Schiene und Straße.

Welche Auswirkung große Trockenheit auf die Schiffbarkeit des Rheins hat, ist im Sommer 2022 deutlich geworden. Durch den Klimawandel, aber auch durch den mangelhaften Zustand der Bundeswasserstraßen, werden solche Ereignisse zunehmend die Lieferketten entlang des Rheins gefährden, wenn nicht zeitnah mit einem maßvollen Ausbau gegengesteuert werde.

Mit Unterzeichnung der fortgeschriebenen „Düsseldorfer Liste“ machten die Verkehrsminister Winfried Hermann (Baden-Württemberg, Grüne), Tarek Al-Wazir (Hessen, Grüne), Oliver Krischer (Nordrhein-Westfalen, Grüne) und Daniela Schmitt (Rheinland-Pfalz, FDP) am Donnerstag in Mannheim deutlich: Für die Stärkung der klimaschonenden Binnenschifffahrt ist höchste Eile geboten.

Die ebenfalls von Minister Christian Bernreiter (Bayern) mitunterzeichnete Liste enthält 30 Infrastrukturprojekte, die zur Stärkung des wichtigen Transportwegs zu Wasser, der Binnenhäfen und der begleitenden Infrastruktur dringend erforderlich sei. Im Vergleich zur ersten Liste, die vor rund zehn Jahren unterzeichnet wurde, wurden acht Projekte gestrichen. 27 Projekte sind unverändert enthalten, darunter alle Wasserstraßenprojekte.

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/leistungsfaeihige-wasserstrassen-fuer-klimaschutz-unverzichtbar>

🗉 Liste, Verkehrsminister, Grüne
💬 176

04.05.2023

Umweltverbände fordern Neupriorisierung und Klimacheck

(Berlin) - Vor der zweiten Sitzung des Infrastrukturdialogs des Bundesverkehrsministeriums an diesem Freitag fordern die Umweltorganisationen Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Deutscher Naturschutzring (DNR), Germanwatch, Greenpeace Deutschland, Naturschutzbund Deutschland (NABU) und ökologischer Verkehrsclub VCD, den Bau und die Planung von Autobahnen und Bundesstraßen sofort zu stoppen, bis die Auswirkungen der Projekte auf Klima und Natur überprüft wurden.

Straßenplanungen sofort stoppen

„Die Koalition hat vereinbart, die bisherigen Pläne von Bundesfernstraßen zu überprüfen. Das kann nur passieren, indem jedes einzelne Projekt bezüglich der Auswirkungen auf Klima und Natur analysiert und neu bewertet wird. Bis diese Informationen vorliegen, dürfen keine weiteren Fakten geschaffen werden - die Planungen gehören so lange ausgesetzt. Eine neue Priorisierung der aktuellen Fernstraßenprojekte ist unverzichtbar. Die bis 2030 vorgesehenen Projekte greifen massiv in die Natur ein, steigern den CO₂-Ausstoß und sind mit enormen zusätzlichen Kosten von weit über 100 Milliarden Euro verbunden“, so die Umweltverbände in ihrer gemeinsamen Einschätzung.

Klima- und Naturschutzziele über alles stellen

Die Organisationen weiter: „Im für den Sommer versprochenen neuen Dialogprozess muss über Prioritäten im geltenden Bundesverkehrswegeplan 2030 gesprochen werden - also auch darüber, welche Projekte gebaut werden sollen und welche nicht. Angesichts der seit Jahren fehlenden Klimafortschritte im Verkehr ist jeder weitere Zeitverlust unverantwortlich. Wir erwarten deshalb schon diesen Freitag, das Mandat und den Prozess des Dialogs klar festzulegen. Gleichberechtigt zum Verkehrsministerium müssen sich auch Umweltministerium, Klimaschutzministerium und Kanzleramt in den Dialog einbringen. Von Beginn an muss klar sein, dass die Ergebnisse maßgeblichen Einfluss auf die anstehende Bedarfsplanüberprüfung haben. Klima- und Naturschutzziele müssen endlich zur Bewertungsgrundlage aller Infrastrukturplanungen werden.“

Gutachten mit unerwünschtem Ergebnis nach Wunschvorstellungen neu gestalten

Weiter müsse der Infrastrukturdiallog sicherstellen, dass alle Klima- und Naturschutzvorgaben im Verkehr eingehalten und die Verlagerungsziele im Güter- und Personenverkehr sichergestellt werden. Das zeige eine Befragung der 150 am Dialog teilnehmenden Organisationen durch das Verkehrsministerium. In der mehrheitlich von Verkehrs- und Wirtschaftsverbänden beantworteten Erhebung seien Klima- und Umweltschutz, Neupriorisierung von Bauprojekten sowie Verkehrsverlagerung die meistgenannten Themen. Dazu gehöre auch, dass die Verkehrsprognose künftig nicht allein Trends fortschreibt, sondern einen Gestaltungsanspruch wahrnimmt, der sicherstellt, dass Klima-, Naturschutz- und Verlagerungsziele eingehalten werden.

<https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/umweltverbaende-fordern-von-infrastrukturdiallog-neupriorisierung-und-klimacheck-planung-von-bundesfernstrassen-bis-dahin-auf-eis-legen/>

☐ Klima, Umweltverbände, Neupriorisierung, Deutschland, Projekte
👁 153

05.05.2023

Sattelzugfahrer fährt im Rausch in die Leitplanke

▶ Appendorf, 1 Fahrzeuge, 12000 Euro Sachschaden
▶ Unteressendorf, 1 Fahrzeuge

(Appendorf / Unteressendorf) - Ein betrunkenen Fahrer eines Sattelzugs hat am Donnerstag auf der B 30 bei Appendorf und Unteressendorf einen Unfall verursacht.

Gegen 14 Uhr war der Volvo Sattelzug auf der B 30 in Richtung Ravensburg unterwegs. Auf Höhe von Appendorf kam der 53-jährige nach rechts von der Fahrbahn ab und stieß in die Leitplanken. Das hielt den Lasterfahrer nicht davon ab und fuhr weiter. Erst an einer Einmündung, welche nach rechts in Richtung Unteressendorf führt, war seine Fahrt zu Ende. Denn dort kam der Volvo erneut nach rechts von der Straße ab und überfuhr einen hohen Bordstein. Dabei rissen die Luftleitungen am Lkw ab und er konnte nicht mehr weiterfahren.

Ein Zeuge beobachtete den Unfall und verständigte die Polizei. Bei der Kontrolle rochen die Polizisten Alkohol bei dem 53-jährigen Fahrer. Das er nicht mehr fahrtauglich war, bestätigte ein Alkomattest. Auch hatte er Mühe, sich auf den Beinen zu halten. Zur genauen Ermittlung des Alkoholgehaltes musste der Mann eine Blutprobe abgeben. Fest stand, dass er mit über 2,5 Promille unterwegs war.

Da der aus dem Ausland stammende Lkw-Fahrer keinen festen Wohnsitz im Bundesgebiet hat, musste er auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Ravensburg eine Sicherheitsleistung von 1.000 Euro hinterlegen. Die brachte der Firmenchef auf.

Verletzt wurde niemand. An dem Lkw und Sattelaufleger ist ein Schaden von rund 10.500 Euro entstanden. Er musste abgeschleppt werden. Den Schaden an den Leitplanken und der Flur schätzt die Polizei auf rund 1.500 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5502063>

📍 Appendorf, Untereisdorf, Fahrer, Lkw
👤 423

05.05.2023

Polizei stoppt Raser

(Meckenbeuren) - Weil er am frühen Freitagmorgen mit seinem „Muscle-Car“ mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit durch die Hauptstraße (B 30) in Meckenbeuren fuhr, muss ein 32-jähriger Verkehrsrowdy mit Konsequenzen rechnen.

Kurz nach einer stationären Geschwindigkeitsmessenanlage drückte er hörbar tief ins Pedal seines hochmotorisierten Wagens und ahnte dabei offenbar nicht, dass Polizeibeamte wenig später Lasermessungen durchführten. Bei erlaubten 30 km/h raste der 32-jährige mit über 70 km/h durch die Kontrolle und wurde in Anschluss von den Polizisten gestoppt. Auf ihn kommt, neben einem Bußgeld von 400 Euro und zwei Punkten im Verkehrssünderregister, ein einmonatiges Fahrverbot zu.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5502360>

📍
👤 205

05.05.2023

Bundestag debattiert am kommenden Donnerstag über Straßenbaustopp

(Berlin) - Der Bundestag berät am Donnerstag, 11. Mai 2023, über die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland wobei der Verkehrsträger Schiene im Mittelpunkt steht. Für die 40-minütige Debatte hat die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag mit dem Titel „Umsetzung der Beschlüsse der Beschleunigungskommission Schiene“ angekündigt. Des Weiteren liegt ein Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Straßenbau auf den Prüfstand - Vorrang für den Ausbau der Schiene“ vor. Beide Anträge sollen im Anschluss an die Debatte dem federführenden Verkehrsausschuss für die weiteren Beratungen überwiesen werden.

Straßenbau stoppen

Die Linksfraktion spricht sich für einen Stopp des Neu- und Ausbaus von Bundesautobahnen zugunsten des Ausbaus des Schienennetzes aus. In ihrem Antrag fordert sie die Bundesregierung auf, bei allen in Bau befindlichen Projekten entsprechend der vertraglichen Bedingungen einen schnellstmöglichen Baustopp zu bewirken und die Autobahn GmbH des Bundes anzuweisen, alle laufenden Planungen zur Erlangung der Baureife für Neu- und Ausbau von Bundesautobahnen sowie diesbezügliche Vergabeverfahren unverzüglich einzustellen. Ausgenommen werden sollen lediglich Baumaßnahmen zur Substanzerhaltung und zur Modernisierung. Zudem soll die aktuell laufende Bedarfsplanüberprüfung gestoppt werden. Stattdessen soll bis Ende des Jahres ein Klima-Check nach dem Vorbild Österreichs entwickelt werden und in die Bedarfsplanüberprüfung integriert werden.

Zudem sollen nach dem Willen der Linksfraktion in einem Bundesmobilitätsgesetz die Ziele für Mobilität, Klimaschutz, Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit, Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie die Stadt- und Raumverträglichkeit verbindlich festgelegt und die jeweiligen Zuständigkeiten benannt werden. Für den

Ausbau des Schienennetzes fordert die Linksfraktion eine Verdopplung der Haushaltsmittel auf vier Milliarden Euro pro Jahr.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw19-de-schieneverkehr-945460>

🗨 Bundestag, Donnerstag, Antrag, Ausbau, Linksfraktion
👤 380

06.05.2023

Verbände wollen ganz neue Verkehrspolitik

(Berlin) - Verkehrsminister Volker Wissing lud am Freitag Wirtschafts- und Umweltverbände zur Fortsetzung des Infrastrukturdialogs. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, statt eines Bundesverkehrswegeplans in Zukunft einen Bundesverkehrswege- und Mobilitätsplan zu erstellen. Was das genau sein soll, darüber scheiden sich die Geister.

15 eingeladene Verbände erhielten am Freitag eine Redezeit von je drei Minuten, um die vorgegebene Frage zu beantworten: Soll der Bund in die Verkehrsnetze investieren, um den wachsenden Verkehr zu bewältigen? Oder liegt der Fokus darauf, dass die Verkehrsinfrastruktur einen möglichst großen Beitrag dazu leistet, die Klimaschutzziele zu erreichen?

Was dann geschah ist bemerkenswert: Schon die Frage sorgte für reichlich Verwirrung unter den Gästen. „Wir brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur, damit wir die Klimaziele erreichen können“, betonte die Abteilungsleiterin Mobilität und Logistik beim Bundesverband der Deutschen Industrie, Uta Pfeiffer. „Eine Entweder-oder-Politik ist der falsche Weg.“

ADAC will keine neuen Straßen

Der ADAC scheint seine Überzeugungen über Bord geworfen zu haben: Neue Straßen lösten die Klimaprobleme nicht. Wichtiger und gerade „lebensnotwendig für den Wirtschaftsstandort“ sei es, marode Brücken zu sanieren.

„Fortschritte hinsichtlich der CO₂-Reduzierung erzielen wir vor allem durch die Elektrifizierung der Fahrzeugflotte“, sagte Stefan Gerwens, Leiter des Ressorts Verkehr beim ADAC. Dafür sei ein deutlich schnellerer Ausbau der Ladeinfrastruktur zum Beispiel entlang der Fernstraßen notwendig.

Ministerium warnt vor Ideologie

Das Ministerium hat vorab „Kernbotschaften“ verschickt: Demnach verweist das Ministerium auf das Verkehrswachstum und dass es dem Klima nicht automatisch hilft, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Verkehrsträger sollen „nicht gegeneinander“ ausgespielt werden.

Ein „Neubaustopp von Straßen“, heißt es weiter, „gefährdet die bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur“. Ziel müsse es sein, dass Autos, Lastwagen, Bahnen und Schiffe künftig mit klimaneutralen Antrieben fahren.

Verbände wollen Energie- und Datennetze im Verkehrswegeplan

Den Verbänden geht diese Sicht nicht weit genug. „Ein Mobilitätsplan muss auch die Energienetze, die Lade- wie auch die Datennetze in den Blick nehmen und die bisher fehlende Planungs- und Investitionssicherheit für die Wirtschaft im Land herstellen“, sagte Markus Emmert vom Bundesverband eMobilität.

Die Mobilitätswende gelinge nur, wenn das prognostizierte Verkehrswachstum bis 2051 von mehr als 50 Prozent im Güterverkehr und einem Plus von 13 Prozent im Personenverkehr mit einem Energiemanagement flankiert werde. Dazu müsse der Bund einen elektrisch betriebenen Fahrzeugmix fördern, der auch Leichtfahrzeuge, vom Fahrrad bis zum Motorrad und Cargobikes im Güternahverkehr einschließe, sagte Emmert.

Verbände akzeptieren Verkehrsprognose nicht

Vor allem wollen die Verbände die von Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) im März vorgestellte Verkehrsprognose nicht hinnehmen.

Das Netzwerk Europäischer Eisenbahnen forderte in einem Brief an das Ministerium, dass „ein Ruck durch das Haus geht“. Das Ministerium versuche, Verkehrspolitik als „unbeeinflussbar darstellen zu wollen“.

Wasilis von Rauch, Geschäftsführer von Zukunft Fahrrad, kritisierte, dass der Ausbau der Infrastruktur für Pkw und Lastwagen zu mehr Pkw- und Lastwagenverkehr führe. Dieser wiederum werde in den Modellen für die Zukunft fortgeführt und verlange vermeintlich erneut zusätzliche Infrastruktur. Dieser Kreislauf widerspreche dem, „was verkehrs- und klimapolitisch notwendig ist“.

Umweltverbände wollen Klimaschutz als Grundlage für Verkehrsinfrastruktur

Roland Stimpel, Vorstand von Fuss e.V., argumentierte, effizient sei Verkehr, der möglichst wenig Energie und Fläche benötige. „Das gilt für die eingesetzten Verkehrsmittel wie für die Wegelängen. Man kann auch kürzere statt längerer Distanzen verkehrspolitisch fördern.“ Stimpel fordert, von den „Denkweisen des vorigen Jahrhunderts auf den Stand der Gegenwart zu kommen“.

Die eingeladenen Umweltverbände forderten, wie die Grünen in der Ampelkoalition, jedes geplante Straßen-Verkehrsprojekt aus dem Bundesverkehrswegeplan noch einmal zu überprüfen und so lange auch nicht zu bauen. „Klima- und Naturschutzziele müssen endlich zur Bewertungsgrundlage aller Infrastrukturplanungen werden“, so Greenpeace, Naturschutzbund, Verkehrsclub Deutschland und andere.

Robert Habeck lässt Autobahn streichen

Mitte der Woche beschloss das Bundeskabinett, einige Autobahn- und etliche Schienenprojekte zum „überragenden öffentlichen Interesse“ zu erklären und damit im Eiltempo umzusetzen. Den sechsstreifigen Ausbau der A 23 von Pinneberg nach Hamburg verhinderte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) noch am Dienstag - aus Rücksicht auf sein Heimatland Schleswig-Holstein.

Die Verbände diskutierten am Freitag an sogenannten „Thementischen“, nach welchen Kriterien ein „Bundesverkehrswege- und Mobilitätsplan 2040“ erstellt werden könnte. Das Ministerium hat Gutachten in Auftrag gegeben. 2024 soll ein Ergebnis vorliegen.

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/mobilitaetsplan-entweder-oder-politik-ist-der-falsche-weg-verbaende-suchen-mittelweg-bei-der-verkehrspolitik/29132232.html>

☞ Verbände, Ministerium, Verkehr, Verkehrspolitik, Freitag
•• 227

08.05.2023

Raser und Tuner gestoppt

(Achstetten) - Mehrere Fahrer hielten sich am Sonntag bei Achstetten auf der B 30 nicht an die vorgeschriebene Geschwindigkeit. Anzeigen und Bußgelder sind die Folge.

In der Zeit von 21.45 Uhr und 23.45 Uhr kontrollierten Polizisten den Verkehr auf der B 30 in Richtung Ulm. Dabei führte die Polizei Geschwindigkeitskontrollen durch. Zwischen Achstetten und der Kreisgrenze bei Stetten, stoppten sie mehrere Fahrende, die sich außerorts nicht an die erlaubte Höchstgeschwindigkeit hielten.

Ein 62-jähriger Opel-Fahrer war deutlich zu schnell. Bei erlaubten 120 km/h fuhr der Mann 156 km/h. Ihm droht ein Bußgeld von mindestens 200 Euro und ein Punkt in Flensburg.

Von den knapp 50 gemessenen Fahrzeugen musste ein Mercedes-Fahrer wegen technischen Mängeln beanstandet werden. An dem Pkw waren mehrere Umbauten vorgenommen worden, die zu einem Erlöschen der Betriebserlaubnis führte. Die Beamten händigten dem 46-jährigen einen Mängelbericht aus.

Bevor er wieder mit dem Auto fahren kann, muss er das Fahrzeug so umbauen oder abnehmen lassen, dass die Verkehrssicherheit nicht mehr wesentlich beeinträchtigt wird. Auf den Fahrer kommt auch eine Anzeige zu. Er muss mit einem Bußgeld von mindestens 90 Euro und einem Punkt in Flensburg rechnen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5503428>

☞ Fahrer, Achstetten
💬 188

08.05.2023

Betrunkene verursacht schweren Unfall auf Brücke

(Appendorf) - Am Sonntag verursachte eine 37-jährige mit über 2 Promille einen Unfall auf einer Brücke über die B 30 bei Hochdorf.

Gegen 14 Uhr war die Frau auf der L 284 bei Appendorf in Richtung Biberach unterwegs. Auf der Brücke über der B 30 geriet die 37-jährige nach rechts in die Leitplanke. Anschließend kam sie mit ihrem Mercedes auf die Gegenfahrbahn. Dort stieß sie mit dem Renault eines 50-jährigen zusammen, der ihr mit einem Anhänger entgegenkam.

Die 37-jährige sowie ihr 8-jähriger Sohn, der sich als Beifahrer im Auto befand, blieben unverletzt. Der Renault-Fahrer erlitt leichte Verletzungen. Rettungskräfte brachten dessen 50-jährigen Beifahrer mit schweren Verletzungen in eine Klinik. Ein 86-jähriger Mitfahrer im Renault blieb unverletzt.

Der Abschleppdienst barg die beiden nicht mehr fahrbereiten Fahrzeuge. Den Schaden am Mercedes schätzt die Polizei auf 35.000 Euro, am Renault auf 25.000 Euro. Am Anhänger entstand ein Schaden von rund 3.000 Euro.

Bei der Unfallaufnahme bemerkten die Polizisten, dass die Mercedes-Fahrerin deutlich unter Alkoholeinwirkung stand. Ein Alcotest ergab einen Wert von über 2 Promille. Die 37-jährige musste eine Blutprobe und ihren Führerschein abgeben.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5504219>

☞ Brücke, Renault, Unfall, Mercedes
💬 156

08.05.2023

Junge FahrerIn aufgrund Müdigkeit verunglückt

▶ **Baindt, 1 Fahrzeuge, 2500 Euro Sachschaden**

(Baindt) - Eine 21-jährige Toyota-Lenkerin ist am Sonntagmorgen kurz nach 6 Uhr auf der B 30 zwischen Enzisreute und Baindt eigenen Angaben zufolge aufgrund Übermüdung mit zwei Leitplanken kollidiert.

Die 21-jährige prallte zunächst in die Mittelleitplanke und im weiteren Verlauf gegen die rechte Schutzplanke. Dabei entstand an ihrem Toyota wirtschaftlicher Totalschaden von rund 2.500 Euro. Die junge Frau blieb unverletzt.

Der Abschleppdienst lud den Wagen auf. Eine Polizeistreife stellte den Führerschein der 21-jährigen sicher und ermittelt nun wegen Gefährdung des Straßenverkehrs gegen die Frau.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5504004>

☞ Baindt
💬 374

08.05.2023

Anwohnende von Ortsdurchfahrten fassungslos über Klimaforderungen

(Stuttgart / Bad Waldsee) - Weitgehend von der breiten Masse der Bevölkerung unbemerkt, endete am Montag die Beteiligung zum Klima-Maßnahmen-Register (KMR) des Landes Baden-Württemberg. Empört reagierten noch am Montagabend Anwohnende von Ortsdurchfahrten auf einige Forderungen der Beteiligung. Sie zeigten sich regelrecht fassungslos: Sollte die Landesregierung bestimmte Forderungen umsetzen, sehen sie sich gezwungen, vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen.

Das Klima-Maßnahmen-Register enthält Maßnahmen, die den Ausstoß von Treibhausgasen im Land senken sollen. Das Register ist jederzeit erweiterbar, wird kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt. Ein Klima-Sachverständigenrat bewertet den Stand der Zielerreichung einmal jährlich. Bürgerinnen und Bürger können online weitere Maßnahmen vorschlagen. Die Landesregierung schrieb dazu: „Nun sind wir vor allem an neuen Vorschlägen für Maßnahmen interessiert, die bisher noch nicht im Register enthalten sind. Sie haben dazu bis Montag, 8. Mai 2023, 17 Uhr, Zeit. So helfen Sie uns, die Emissionen weiter zu mindern und die Klimaziele zu erreichen.“

Anwohner schockiert

Was herauskommt, wenn offenbar gleichgesinnte unter sich sind, schockierte noch am Montagabend Anwohnende von Ortsdurchfahrten, angesichts der Forderungen im Themenbereich „Verkehr“. Die Teilnehmenden forderten zunächst das Übliche: Autofahren erschweren, ÖPNV, Tempolimit, Fahrrad fördern, Straßen verhindern. Ein besonderer Dorn im Auge sind den Teilnehmenden Ortsumfahrungen.

Anwohner sollen beseitigt werden

Die Landesregierung wird aufgefordert: „In Ortsdurchfahrten, in denen keine Anwohner leben, kann es möglich sein, auf den Bau von Ortsumfahrungen zu verzichten. Enteignungen und Internierungen können dazu eine gute Lösung sein, um Platz für Mobilität zu schaffen. Die Einnahmen sollten für den Klimaschutz in Betracht gezogen werden.“

Die Wikipedia definiert „Internierung“, wie folgt: „Im juristischen Sinne bezeichnet Internierung einen staatlich organisierten Freiheitsentzug mit dem Ziel einer Isolierung von einzelnen oder auch von Gruppen von der übrigen Bevölkerung in speziellen Internierungslagern.“

Im „Oxford Languages“ wird „internieren“ beschrieben mit „politische Gegner, Feinde in staatlichen Gewahrsam nehmen, in Lagern unterbringen“.

Interessant ist auch, wann zuletzt in Deutschland in großem Stil interniert wurde: unter Adolf Hitler, und zwar Juden, Obdachlose, Arme, Kranke, Behinderte, usw.

Demnach ist die Forderung, Anwohnende von Ortsdurchfahrten nicht nur zu enteignen, sondern auch in Lager zu verbringen, um Platz für Mobilität zu schaffen. Zudem sollen Einnahmen aus der Enteignung für den Klimaschutz verwendet werden. Auf Ortsumfahrungen zu verzichten sei wichtig für den Klimaschutz. Dazu müssten Ortsdurchfahrten entvölkert werden.

Diese Forderung (Eingabe Nr. 32) erhielt von allen 39 Eingaben die höchste Zustimmung - mit 59 „Daumen hoch“. Die entsprechende Gegenäußerung (Eingabe Nr. 38) wurde dagegen mit 40 „Daumen runter“ abgestraft - die größte Abneigung unter allen Eingaben.

Anwohnende kündigen Klage an

Zuständig für die Umsetzung ist das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg von Minister Winfried Hermann (Grüne) und eventuell das Justizministerium von Ministerin Marion Gentges (CDU).

„Sollte die Landesregierung dieser Forderung zustimmen, sehen wir uns gezwungen, vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen“, äußerte sich Franz Fischer, Sprecher der „Bürgerinitiative B30“ aus Bad Waldsee noch am Montagabend.

Die Forderungen sind nachzulesen unter: <https://beteiligungportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/lp-17/klima-massnahmenregister-2023/verkehr>

☐ Ortsdurchfahrten,Anwohnende,Maßnahmen,Register,Forderungen
•• 337

10.05.2023

Diebe suchen Straßenbaustelle heim

(Dellmensingen) - Mehrere Baucontainer aufgebrochen und Werkzeuge erbeuteten Einbrecher von Montag auf Dienstag bei Erbach-Dellmensingen.

Die drei Container standen auf einer Baustelle für die neue Querspange von der B 311 zur B 30. Vermutlich in den Nachtstunden überwandten Einbrecher die an den Container angebrachten Schlösser. Im Innern befanden sich mehrere hochwertige elektrische Werkzeuge. Die nahmen die Einbrecher mit und flüchteten unerkannt. Der Polizeiposten Erbach sicherte die Spuren und hat Ermittlungen aufgenommen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5505603>

☐ Einbrecher
•• 170

10.05.2023

Landrat bedauert Scheitern von Straßenplanungsgesellschaft

(Friedrichshafen) - In der Nacht von Samstag auf Sonntag endet die 16-jährige Amtszeit von noch Landrat Lothar Wölfle. Die Schwäbische Zeitung sprach mit ihm über die vergangenen Jahre - die Pandemie und Straßenplanung, Asyl und den Bahnausbau.

Ein großer Moment war für Wölfle die Inbetriebnahme der elektrifizierten Südbahn im Dezember 2021. Die zweite Baustelle ist die Bodenseegürtelbahn.

Beim Straßenbau zeige das Projekt B 31 Meersburg - Immenstaad deutlich, dass auch für den Straßenbau eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren notwendig sei.

Schade findet Wölfle, dass die Idee, gemeinsam mit den Landkreisen Ravensburg und Sigmaringen eine Straßenplanungsgesellschaft zu gründen, gescheitert ist. Heute wäre sie hilfreich, etwa bei der Planung von Busspuren in Hagnau.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/friedrichshafen/landrat-woelfle-zieht-bilanz-bei-corona-waren-wir-alle-voellig-blank-1598742>

☐ Landrat,Straßenplanungsgesellschaft,Wölfle
•• 191

11.05.2023

Bei Nässe ins Schleudern geraten

► **Untereschach, 1 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden**

(Untereschach) - Auf rund 30.000 Euro wird von der Polizei der Sachschaden beziffert, der am Mittwoch kurz nach 21.30 Uhr bei einem Verkehrsunfall entstanden ist.

Ein 39-jähriger geriet mit seinem Audi auf der B 30 bei Untereschach auf nasser Fahrbahn ins Schleudern, woraufhin sich sein Wagen um 180 Grad drehte. Beim seitlichen Aufprall gegen den dortigen Bordstein brach die Hinterachse. Ein Abschleppunternehmen musste den Audi bergen. Der 39-jährige blieb unverletzt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5506990>

☐ Untereschach,Schleudern
•• 297

11.05.2023

Union will Klarheit über Straßenprojekte

(Berlin) - Die CDU/CSU-Fraktion will in einer Kleinen Anfrage Auskunft von der Bundesregierung zur Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP 2030) in Baden-Württemberg.

Der BVWP 2030 sei im Jahr 2016 nach einem umfangreichen Beteiligungsprozess, in dem ein konkreter Ausbaubedarf definiert worden sei, beschlossen worden, schreiben die Abgeordneten. Er soll bis zum Jahr 2030 umgesetzt werden. Die Bundesregierung Sorge aber durch „enorme Unstimmigkeiten und öffentliche Verlautbarungen der unterschiedlichen Akteure“ für erhebliche Unsicherheit und Verwirrung bei Ländern und Kommunen, der Planungsebene und Baubranche, bei Wirtschaft, Handwerk und Mittelstand sowie Bürgerinnen und Bürgern, „die auf Investitionen in eine moderne und gut ausgebaute Infrastruktur sowie auf eine dringende Entlastung - zum Beispiel durch eine Umgehungs- und Entlastungsstraße - angewiesen sind“.

Die Unionsfraktion will von der Bundesregierung wissen, an welchen Projekten des BVWP 2030 sie in Baden-Württemberg festhalten will und wie viele Projekte dort einen gültigen Planfeststellungsbeschluss haben.

Gefragt wird auch, ob die Bundesregierung beabsichtigt, die zuständigen Behörden in den Ländern bei der Umsetzung der Projekte umfassender einzubinden als dies bislang rechtlich oder fachlich geboten war. Des Weiteren erkundigen sich die Abgeordneten, ob vor dem Hintergrund steigender Kosten eine ergänzende Priorisierung der Projekte für den Zeitraum ab dem Jahr 2024 vorzunehmen ist.

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-947418>

☐ Bundesregierung,BVWP,Jahr,Projekte
•• 408

11.05.2023

„Initiative B30“ bittet Benjamin Strasser um Unterstützung

(Bad Waldsee) - Die „Initiative B30“ lässt in ihren Bemühungen um eine Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen nicht locker. In einem Schreiben an den Bundestagsabgeordneten Benjamin Strasser (FDP) bittet sie den Wahlkreisabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz um Unterstützung.

Am 7. April 2023 wandte sich die „Initiative B30“ bereits öffentlich an den Landesverkehrsausschuss Baden-Württemberg: Über Bundesstraßen-Engpässe zu debattieren und diese auf die Liste des Bundes zu setzen. Bis heute hat die Bürgerinitiative keine Antwort erhalten.

Bundesminister Dr. Volker Wissing (FDP) benannte dann mit Schreiben vom 14. April 2023 in seiner Aufforderung den 28. April 2023 zur Anmeldung von Projekten. Am 2. Mai 2023 meldete das Land Baden-Württemberg Engpassprojekte an den Autobahnen 5 und 6 beim Bund an.

Am 10. Mai 2023 berichteten die „Kieler Nachrichten“ über die geplante Planungsbeschleunigung des Bundes. Darin ist zu entnehmen, dass nur Baden-Württemberg und Hessen vorgeschlagene Projekte des Bundes ablehnen. Bayern meldete zusätzliche Projekte an - so wie es die „Initiative B30“ im Grunde für Bundesstraßen begehrte. Der Landtag in Kiel beschloss zudem am 10. Mai 2023 die zunächst entfernte „A23“ wieder auf die Beschleunigungsliste zu nehmen. Hierzu wurden mehrere Änderungsanträge im Verkehrsausschuss eingebracht.

„Es ist unverständlich, dass die Region mit dem schlechtesten Autobahnnetz und den unzureichendsten großräumigen Verkehrsverbindungen in ganz Deutschland wieder leer ausgehen soll - die Region Bodensee-Oberschwaben. Im Gegensatz zu anderen Regionen in Deutschland bestehen hier auf höchst belasteten Bundesstraßen zum Teil nicht einmal Ortsumfahrungen“, so die „Initiative B30“ im Schreiben an Benjamin Strasser.

Die Aufnahme von Bundesstraßen in ein Gesetz „zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich“ fordert ebenso die IHK Bodensee-Oberschwaben, wie sie in der aktuellen Ausgabe „Die Wirtschaft zwischen Alb und Bodensee 5/2023“ berichtet.

Die Initiative bittet Strasser darum, dass auch Engpässe an Bundesstraßen berücksichtigt werden.

<https://www.b30neu.de/nachrichten.html?newsid=228&mode=singleview#content>

 Bundesstraßen, Benjamin, Strasser, Initiative, Schreiben
 238

12.05.2023

Hermann gegen Beschleunigung von Straßenprojekten

(Berlin / Stuttgart) - Beim neuen Beschleunigungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen, muss klimafreundliche Mobilität Vorrang bekommen, so Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) am Freitag.

Hermann: Schienenausbau beschleunigen

Das Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich ist am Freitag im Bundesrat beraten worden. Baden-Württembergs Verkehrsminister Hermann machte deutlich: „Wir müssen gerade beim Klimaschutz im Verkehr dringend Tempo aufnehmen. Wenn wir für Projekte wie den 200 Kilometer langen Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel auch zukünftig noch 60 Jahre brauchen, werden wir die Klimaschutzziele im Verkehrssektor verfehlen.“

Straßenbau schlecht für den Klimaschutz

Neben einer verlässlichen und auskömmlichen Finanzierung brauche es unter anderem eine klare Priorisierung zugunsten der klimafreundlichen Verkehrsträger auf Schiene und Wasser, so der Minister: „Wenn zu viele Straßenbaumaßnahmen priorisiert werden, ist das kein vorausschauendes Handeln für den Klimaschutz. Die Herausforderungen sind groß: Das bestehende Netz ist jahrzehntelang auf Verschleiß gefahren worden. Die Schienen sind marode, Schleusen zum Beispiel am Neckar zu kurz für moderne Binnenschiffe. Zudem müssen viele Straßenbrücken saniert werden.“

Die Ampel-Koalition hätte sich Ende März im Koalitionsausschuss auf richtige Schritte für einen schnelleren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur geeinigt.

Schiene und Bahnstrecken stärken

Die Digitalisierung der Schiene soll vorangetrieben, um mehr Kapazitäten in das System zu bringen. Weiter sollen beim Ausbau der Infrastruktur PV-Anlagen entlang der Straßen und Bahnstrecken verstärkt mit geplant und gebaut werden. Marode Brücken müssen schneller und einfacher saniert bzw. ersetzt werden.

Hermann bemängelte: „Daher enthält der Gesetzesentwurf viele weitere Regelungen, z. B. zur Digitalisierung der Verwaltungsverfahren und zum Deutschlandtakt auf der Schiene. Diskutiert wurde öffentlich vor allem nur über einen Aspekt des Vorhabens: das überragende öffentliche Interesse an der Beseitigung von Engpässen an Autobahnen.“

Hermann ärgert sich über Minister Wissing

Ärgerlich sei das Vorgehen des Bundesverkehrsministeriums, so Hermann: „Im Koalitionsausschuss wurde vereinbart, dass die Festschreibung des überragenden öffentlichen Interesses bei den Straßenprojekten im Einvernehmen mit dem jeweils betroffenen Land erfolgen solle. Diese Zusage wird

nun gebrochen. Die Festlegung der Strecken soll nun durch eine Verordnung des Bundesverkehrsministeriums (BMDV) erfolgen, bei der die Länder nur angehört werden sollen.“

Schiene über alles fördern

Die vom BMDV eingerichtete Beschleunigungskommission Schiene hat Ende Dezember 2022 umfassende Vorschläge gemacht, wie das Schienennetz schneller ausgebaut werden kann.

Minister Hermann: „Leider finden sich - bis auf das überragende öffentliche Interesse - auch die Vorschläge der Kommission für ein „Moderne-Schiene-Gesetz“ nicht in der heute beratenen Vorlage.“ Daher fordern die Länder unter anderem:

- der gänzliche Verzicht auf Genehmigungsverfahren für kleinere Maßnahmen, wie z. B. für Elektrifizierung, neue Weichen, längere Überholgleise (Bauen ohne Planungsverfahren),
- klare gesetzliche Vorgaben zur Finanzierung der Digitalisierung der Schiene. Hierzu zählt insbesondere eine Bundesförderung für die Ausrüstung von Schienenfahrzeugen mit den notwendigen digitalen ETCS-Bordsystemen.

„Überragendes öffentliches Interesse“ auch für Wasserstraßen

„Darüber hinaus sollte das überragende öffentliche Interesse nicht nur für Schienenprojekte im Bedarfsplan gelten“, so der Landesminister weiter. „Auch der Ausbau des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV) ist für den Klimaschutz unverzichtbar und muss beschleunigt werden. Die Wasserstraße wird zukünftig ebenfalls eine größere Rolle beim Güterverkehr übernehmen müssen. Die Potentiale hierfür sind enorm. Der Stillstand schadet der Wirtschaft und der Gesellschaft. Eine glaubhaft klimafreundliche Verkehrspolitik ist ohne Wasserstraßen nicht möglich.“

Der Entwurf für das Genehmigungsbeschleunigungsgesetz im Verkehrsbereich wird nun im Bundestag beraten und dann dem Bundesrat erneut zur Zustimmung vorgelegt.

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/infrastruktur-fuer-klimafreundliche-mobilitaet-schneller-bauen>

 Hermann,Schiene,Ausbau,Beschleunigung,Straßenprojekten
 231

12.05.2023

Bauarbeiten für neuen Senglinger Steg beginnen am Dienstag

(Meckenbeuren) - In den nächsten zwei Wochen wird an der B 30 bei Senglingen, die neue Fußgänger- und Radwegebrücke aufgebaut. Die Arbeiten bestehen aus mehreren Teilen. Es kommt an mehreren Tagen zur Vollsperrung der Bundesstraße, wie die Gemeinde am Freitag mitteilte.

Landwirtschaftliche Wege werden gesperrt

Ab Dienstag, den 16.05.2023 werden die landwirtschaftlichen Wege auf Höhe der bisherigen Brücke auf beiden Seiten der B 30 komplett gesperrt. Sie werden erst wieder geöffnet, wenn die Brücke voraussichtlich Anfang Juni vollständig fertiggestellt ist. Die betroffenen Landwirte sind bereits informiert.

Am Dienstag und Mittwoch wird außerdem der Aufbau der Brücke vorbereitet. Dafür werden auf beiden Seiten unter anderem der Asphalt und die Fundamente abgebrochen und der Aushub hergestellt.

B 30 vom 23.05. bis 26.05.2023 gesperrt

In der Folgeweche, zwischen Dienstag, den 23.05. und Freitag, den 26.05.2023 soll die neue Brücke aufgebaut werden. Dafür werden zunächst die Fundamente eingesetzt und schließlich die Brücke darauf aufgesetzt. Dafür muss die B 30 komplett gesperrt werden. Eine Umleitung wird ausgeschildert.

In der letzten Mai-Woche, ab Dienstag, den 30.05., werden die landwirtschaftlichen Wege an die Brücke angeglichen und asphaltiert. Anschließend können die landwirtschaftlichen Wege wieder freigegeben und die Brücke geöffnet werden.

Alle Zeitangaben sind witterungsabhängig und können sich bei schlechtem Wetter verschieben.

Hintergrund

Im Juli 2021 wurde der Mittelteil der Rad- und Fußgängerbrücke über die B 30 bei Senglingen durch einen nicht eingefahrenen Kran eines Lastwagens weggerissen. Nach langen Abstimmungen mit der Versicherung konnte die Gemeinde Meckenbeuren im Oktober 2022 den Ersatzneubau in Auftrag geben. Die neue Brücke und die Fundamente wurden über die Wintermonate gefertigt. Die neue Brücke ist aus Aluminium. Die vormalige Holzbrücke wurde 1984 gebaut, 1995 erneuert und 2010 saniert.

<https://www.meckenbeuren.de/de/aktuelles/2023/der-aufbau-der-bruecke-in-senglingen-beginnt-kommende-woche-das-ist-der-zeitplan/>

☐ Brücke,Dienstag,Wege,Fundamente
•• 210

13.05.2023

AfD beklagt Ungleichbehandlung von Straße und Schiene

(Berlin) - Die im Koalitionsausschuss verabredete Beschleunigung einer begrenzten Zahl von besonders wichtigen Straßenverkehrsprojekten thematisiert die AfD-Fraktion in einer Kleinen Anfrage. Für die Straße gelte dies dabei ausschließlich für Projekte im Bundesverkehrswegeplan mit der Kennzeichnung FD-E und VB-E (Engpassbeseitigung), schreibt die Fraktion. Für Schienenprojekte gelte hingegen die Einschränkung auf Engpässe nicht. Hier solle für alle Projekte, die als Vordringlicher Bedarf (VB) oder als Fest Disponiert (FD) eingestuft sind, ein überragendes öffentliches Interesse festgestellt werden.

Die Abgeordneten wollen nun von der Bundesregierung wissen, aus welchen Gründen eine Ungleichbehandlung zwischen Schienen- und Straßenprojekten stattfindet. Gefragt wird auch, ob es nach Ansicht der Bundesregierung rechtlich notwendig ist, die Zustimmung von Ländern und Kommunen einzuholen, „bevor man die Feststellung trifft, dass ein Projekt ein überragendes öffentliches Interesse vorweist“.

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-947420>

☐ AfD,Ungleichbehandlung,Straße
•• 258

13.05.2023

Transportunternehmen vor dem Kollaps

(Frankfurt) - Die Stimmung ist verzweifelt und verbittert. Das Gütertransportgewerbe ist zur Melkkuh und zum Prügelknaben der Verkehrs- und Umweltpolitik geworden. Immer mehr Fahrerinnen und Fahrer werfen hin, Personal ist kaum zu finden und die Gewinnmarge sinkt ins Bodenlose. Die Ampel-Regierung in Berlin reagiert mit einer massiven Mauterhöhung im Jahr 2024. „Von dieser Mauterhöhung geht keine Lenkungswirkung aus“, sagt Dirk Engelhardt, Vorstandssprecher des Bundesverbandes Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL).

Ladesäulen für Elektro-Lkw fehlen

Zwar sollen Elektrolastwagen für zwei Jahre von der Maut freigestellt werden. Doch Engelhardt entgegnet: „Kein Fuhrunternehmer kauft sich einen Elektro-Lkw, solange es keine Ladeinfrastruktur gibt.“ Es seien nicht einmal Ladesäulen auf dem eigenen Betriebsgelände möglich, da hierzu der Strom fehle. Auch die Lastwagenhersteller sehen sich aktuell außer Stande mehr als drei- oder vierstellige Zahlen an Elektro-

Lastwagen pro Jahr zu liefern - bei einer Erneuerung der Flotte von 800.000 schweren Lkw in Deutschland.

Güterverkehr wird Klimaziele reißen

„Der Verkehrssektor wird in den nächsten drei bis vier Jahren gerade im Güterverkehr die Klimaziele reißen und verfehlen, weil schlichtweg weder das Angebot der Nutzfahrzeugindustrie vorhanden ist noch die nötige Ladeinfrastruktur“, so Engelhardt. Erst Ende dieses Jahrzehnts werde sich dies bessern.

Politisch gewünschte Antriebe funktionieren nicht

Elektrisch betriebene Lkw eigneten sich nicht für den Fernverkehr, so der BGL-Vorstandssprecher. Besser geeignet sei die Brennstoffzelle oder der Verbrennungsmotor. Schlechte Erfahrungen habe es schon mit Biodiesel und Erdgas (LNG) gegeben. Die Kosten seien aus dem Ruder gelaufen und die ursprünglich versprochenen und geleisteten Subventionen seien einkassiert worden. Danach gingen Betriebe in Konkurs.

Ein umweltfreundlicher Betrieb der Lastwagen besteht derzeit aus Sicht des BGL darin, dass 90 Prozent der schweren Lastwagen mit Euro-6-Antrieb unterwegs sind. Mit modernen Fahrzeugen ließen sich auch Verbrauch und Betriebskosten senken.

Transportbranche wird abkassiert

Zur Maut wünscht sich Engelhardt, dass die Gebühr stufenweise erhöht wird oder dass der Erlös wenigstens der Infrastruktur, in Lastwagen-Parkplätzen oder in Raststätten investiert wird. Doch die Ampel-Regierung will die Lkw-Maut im nächsten Jahr mindestens um das Doppelte anheben, um damit die Bahninfrastruktur zu finanzieren. Angelegt werde dies als Instrument zur Förderung von mehr klimafreundlichem Transport.

Nach den gegenwärtigen Plänen, denen zufolge die Einnahmen der verteuerten Lastwagen-Maut - mehr als 30 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren - an die Bahn fließen soll, sähen sich die Fuhrunternehmer nur als Steuereintreiber für den Staat. Zugleich bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die Kostenerhöhung weiterzugeben. Die Ertragsmargen der Fuhrunternehmer sind nach Angaben von BGL-Vorstandssprecher Engelhardt mittlerweile so schmal, dass diese nur noch zwischen 0,5 und 3 Prozent des Umsatzes betragen. Deshalb stünden den Transportunternehmen nun unangenehme Preisverhandlungen mit ihren viel größeren und mächtigeren Kunden bevor.

Politische Verlagerungsziele unrealistisch

„Die Verkehrsprognosen, egal welche sie ansehen, gehen davon aus, dass der Lkw mindestens bis zur Jahrhundertmitte die Hauptlast des Güterverkehrs zu tragen hat“, so Engelhardt. Die Bevölkerung habe aber weder Respekt noch Verständnis für den Lkw. „Die Erwartung, dass wir den Lkw nicht brauchen, dass der Lkw-Verkehr auf die Schiene gehöre, all das läuft ins Leere, weil der Lkw-Verkehr das abbildet, was wir alle konsumieren. Der Onlinehandel und die Kleinteiligkeit der Sendungen wird auch nicht abnehmen.“

Politiker wollen erst gar nichts davon wissen: „Was einige Politiker uns glauben machen wollen, dass nennenswerte Teile des Güterverkehrs auf die Bahn verlagert werden können, wird einfach nicht passieren, weil die nötigen Kapazitäten nicht vorhanden sind“, antwortet Engelhardt. „Wegen der weiter wachsenden Nachfrage brauchen wir alle Verkehrsträger, natürlich auch die Bahn, aber eben auch die Lkw.“

Kollaps kommt in den nächsten Jahren

Steuere die Politik nicht schnell um, droht Deutschland in den nächsten Jahren der Kollaps, mit Schlangen vor den Tankstellen, leere Supermarktregale bis hin zu Handgreiflichkeiten um die Produkte. In Deutschland fehlten mindestens 80.000 Lastwagenfahrer, jährlich gingen 30.000 in Rente und nur 15.000 neue Lastwagenführerscheine werden ausgegeben. Ähnlich sei die Not im Ausland, weshalb auch ausländische Billigtransporteure - mit 40 Prozent Marktanteil in Deutschland - nicht mehr ohne Probleme wachsen könnten.

Engelhardt kennt die Probleme: angefangen von fehlenden Parkplätzen bis zu den schwierigen sanitären Verhältnissen. „Viele hören auch auf, denn die haben einfach keine Lust mehr, als die Buhmänner der Nation dargestellt zu werden.“

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/transportunternehmen-wollen-nicht-suendenbock-der-klimapolitik-sein-18881344.html>

 Lkw, Engelhardt, Lastwagen, Maut, Transportunternehmen
•• 242

15.05.2023

Raser erwartet teils hohes Bußgeld

(Baindt) - Die Verkehrspolizei hat am Sonntagmittag die Geschwindigkeitsbeschränkung am Ausbauende der B 30 beim Egelsee überwacht. Insgesamt stellten die Beamten in dem gut zweistündigen Zeitraum 18 Verstöße fest, in deren Folge die Autofahrer mit einem empfindlichen Bußgeld und Punkten in Flensburg rechnen müssen. Acht Fahrzeuglenker erwartet darüber hinaus ein mehrwöchiges Fahrverbot.

Der unrühmliche Spitzenreiter war ein 49 Jahre alter Harley-Fahrer, der 51 km/h zu schnell war. Er muss mit einem Bußgeld von knapp 500 Euro, zwei Punkten in Flensburg und einem vierwöchigen Fahrverbot rechnen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5510017>

 Bußgeld
•• 168

15.05.2023

Reisebus beschädigt

(Friedrichshafen) - Ein Vandal hat zwischen Samstagnachmittag und Sonntagmorgen einen Reisebus beschädigt, der auf dem Busparkplatz am Fährhafen im Bereich des Romanshorner Platzes abgestellt war. Der Sachschaden an Scheinwerfer, Schwenkschiebetür und Gepäckklappe beläuft sich auf rund 1.000 Euro. Die Polizei Friedrichshafen hat Ermittlungen aufgenommen und bittet Zeugen, die sachdienliche Hinweise geben können, sich unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5509821>

 Reisebus
•• 141

16.05.2023

B 30 wegen Enten gesperrt

(Äpfingen) - Am Dienstagmorgen musste die B 30 bei Äpfingen wegen einer Entenfamilie gesperrt werden. Eine Polizeistreife war gegen 8.20 Uhr auf der Bundesstraße in Richtung Biberach unterwegs. Dabei fiel den Beamten bei Äpfingen die Entenfamilie auf, die über mehrere Fahrstreifen watschelte, um wohl zu einem nahegelegenen Tümpel zu gelangen. Die Polizeistreife handelte schnell und sperrte den Verkehr. Nach wenigen Minuten war die Gefahr gebannt und der Verkehr konnte auf der B 30 wieder fließen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5510774>

 156

16.05.2023

Lärmaktionsplan soll nun umgesetzt werden

(Bad Waldsee) - Mehr als ein halbes Jahr später, als angekündigt, will die Stadt Bad Waldsee in den nächsten Wochen mit der Umsetzung des Lärmaktionsplans beginnen.

„Wir freuen uns, dass mit Ausnahme eines kurzen Streckenabschnitts in Bad Waldsee-Reute, alle vom Gemeinderat beschlossenen Geschwindigkeitsreduzierungsmaßnahmen zum Lärmschutz umgesetzt werden können. Das ist ein großer Erfolg zum Schutz von Betroffenen im Vergleich zur vorangegangenen Lärmaktionsplanung“, so Oberbürgermeister Matthias Henne und Bürgermeisterin Monika Ludy am Dienstag in einer Pressemitteilung der Stadt.

Nach intensiver Klärung der finalen Umsetzung mit dem Regierungspräsidium Tübingen gibt es eine kurze Strecke in der Lärmaktionsplanung, die aus verkehrsrechtlichen Gründen nicht umgesetzt werden kann. Es handelt sich um die L 285 in Reute vom südöstlichen Ortsrand auf Höhe des Nettomarkts bis zum Gebäude „Gaisbeurer Straße 33“. Hier ermöglichten die vorhandenen Lärmwerte keine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h.

Die Beschilderung der Geschwindigkeitsreduzierungen soll „demnächst“ erfolgen:

- Reduzierung von 100 auf 70 Stundenkilometer, ganztags: B 30 Wohnplätze Mattenhaus und Englerts,
- Reduzierung von 100 auf 70 Stundenkilometer, von 22.00 bis 6.00 Uhr: B 30 Ortsumfahrung Bad Waldsee Nord (Höhe Fliederstraße),
- Reduzierung von 50 auf 30 Stundenkilometer, ganztags (Kernstadt): Frauenbergstraße beim Kapellenweg (ab der Tankstelle) Richtung Stadthalle, Bleichestraße, Friedhofstraße, Am Stadtgraben,
- Reduzierung von 50 auf 30 Stundenkilometer, von 22.00 bis 6.00 Uhr (Kernstadt): Aulendorfer Straße, nur östlich der Reutestraße Richtung Edekamarkt, sowie Ortsdurchfahrten B 30 in Gaisbeuren und Enzisreute,
- Reduzierung von 50 auf 30 Stundenkilometer, ganztags (Reute): L 285 ab Gebäude Gaisbeurer Straße 33 bis zum nördlichen Ortsende.

<https://www.diebildschirmzeitung.de/diebildschirmzeitung/bad-waldsee/bad-waldsee-le/16426-umsetzung-der-1-fortschreibung-laermaktionsplanung>

☐ Stundenkilometer,Waldsee,Reute,Straße
•• 311

16.05.2023

Kompromiss soll Streit um Brückenneubau bei Baustetten schlichten

(Baustetten) - Das Regierungspräsidium Tübingen plant voraussichtlich im Jahr 2025/2026 die beiden Feldwegebrücken über die B 30 bei Baustetten durch Neubauten zu ersetzen. Landwirte verlangten im Dezember 2022 beim Neubau der Brücken die Brücken und die Fahrbahnen zu verbreitern, um diese mit modernen landwirtschaftlichen Maschinen nutzen zu können. Das lehnte das Regierungspräsidium ab. Die Verwaltung der Stadt Laupheim hat vier Varianten für den Brückenneubau erstellt, die in der jüngsten Sitzung des Bauausschusses vorgestellt und diskutiert wurden.

Regierungspräsidium will Brücken mit gleichen Maßen

Ursprünglich plante das Regierungspräsidium die beiden Brücken „Schemmerberger Weg“ und „Riedweg“ aus dem Jahr 1967 mit Längen von 76 und 69 Metern zu ersetzen. Künftig soll die Fahrbahn von 4,80 auf 5,00 Meter verbreitert werden, zudem soll die Gewichtsbeschränkung von 16 Tonnen fallen. Das sei viel zu schmal für die heutigen Anforderungen der Landwirtschaft, argumentierten die Landwirte und forderten eine Mindestbreite der Fahrbahn von sechs Metern.

Nach dem Austausch von Verwaltung und Regierungspräsidium im Januar und einem Ortstermin Anfang März mit Vertretern des Regierungspräsidiums und örtlicher Landwirtschaft stellte sich die Sachlage folgendermaßen dar: Für eine Verbreiterung der Brücken sei ein Baurechtsverfahren mit

Kostenbeteiligung der Stadt notwendig. Zudem entstünden Zusatzkosten von bis zu 1,5 Millionen Euro und zeitliche Verzögerungen durch den gesamten Planungsprozess. Der Zustand der Brücken sei so schlecht, dass es durch die zusätzliche Planungszeit zu Nutzungsbeschränkung oder zur Sperrung der Brücken kommen kann.

Die Landwirte bemängelten, dass der Begegnungsverkehr, vor allem am Riedweg, erst auf der Brücke erkannt werde, ein Zurücksetzen mit Anhänger sei durch die Kurvenlage der Rampe erschwert. Bei fünf Meter Fahrbahnbreite sei eine Begegnung von Traktor und Auto auf der Brücke nicht möglich.

Stadt soll breitere Brücken bezahlen

Die vier im Bauausschuss vorgestellten Varianten der Stadtverwaltung reichen von der ursprünglichen Planung des Regierungspräsidiums samt temporärer Einbahnstraßenregelung zur Erntezeit bis zu einem verbreiterten Neubau für beide Brücken, der jedoch erst ab 2030 umgesetzt werden könne. Wenn die Stadt breitere Brücken wolle, dann müsse sie diese auch bezahlen, machte das Regierungspräsidium deutlich, so Gunter Ast, Leiter des Tiefbauamts.

Die Stadtverwaltung favorisierte deshalb einen Brückenneubau nach der „Variante 2“. Danach bleibt die Fahrbahnbreite bei fünf Metern, allerdings sollen die Auffahrtsrampen Ausweichbuchten erhalten. Aber auch diese soll die Stadt Laupheim bezahlen. Die Verwaltung schätzt die Kosten für die Stadt auf rund 400.000 Euro.

Bauausschuss will Variante 2b

Im Ausschuss kam die „Variante 2b“ zur Sprache. Sie hat eine Fahrbahnbreite von 5,50 Metern. Dafür machte sich der Baustetter Ortsvorsteher Dietmar Kögel stark. „Verglichen zum jetzigen Zustand wären es sogar 70 Zentimeter mehr“, ergänzte die Erste Bürgermeisterin Eva-Britta Wind. Der Bauausschuss stimmte einstimmig zu, die Planungen dieser Variante weiter voranzutreiben.

<https://www.schwaebische.de/regional/biberach/laupheim/das-ist-der-kompromiss-fuer-die-neuen-bruecken-ueber-die-b-30-1618437>

📍 Brücken, Regierungspräsidium, Stadt, Brückenneubau, Baustetten
👁️ 244

19.05.2023

Autofahrer bei Hochdorf deutlich zu schnell unterwegs

(Hochdorf) - Am Donnerstag, zwischen 8.30 Uhr und 11 Uhr, führte die Polizei Geschwindigkeitskontrollen auf der B 30 bei Hochdorf durch. Dabei stoppte die Polizei drei Autofahrer, die deutlich zu schnell unterwegs waren. Bei erlaubten 100 km/h fuhren sie zwischen 149 und 166 km/h. Der Spitzenreiter war ein 27-jähriger VW-Fahrer. Bei 66 km/h über dem Erlaubten muss er mit über 600 Euro Geldbuße, 2 Punkten in Flensburg und zwei Monaten Fahrverbot rechnen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5513075>

📍 Hochdorf, Autofahrer
👁️ 197

21.05.2023

Ravensburg besteht auf Tempolimit

(Ravensburg) - Seit drei Jahren beklagen sich Anwohner von Weiherstobel über den Verkehrslärm der Bundesstraße 30 zwischen Ravensburg-Süd und Eschach. Sie fordern eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Ravensburgs Bürgermeister Simon Blümcke sagte nun zu, einen weiteren Vorstoß beim Regierungspräsidium zu unternehmen, um die Situation zu beenden.

Auf dem neuen Streckenabschnitt gilt weitgehend ein Tempolimit, bis auf ein Teilstück auf Höhe von Weiherstobel - mit knapp 80 Anwohnern. Das Regierungspräsidium in Tübingen lehnt ein Tempolimit ab. Der Lärmpegel rechtfertigt keinen solchen Eingriff.

„Ich habe versucht, mit den Verantwortlichen darüber zu sprechen, aber wir kommen hier nicht weiter“, sagte Blümcke im Gemeinderat. Er werde noch in diesem Halbjahr in der Sache erneut in Tübingen das Gespräch suchen.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/buergermeister-setzt-sich-fuer-tempolimit-auf-b30-bei-ravensburg-ein-1627908>

📍 Ravensburg, Tempolimit
👤 255

22.05.2023

Tuning Word: Polizei stellt 912 Verstöße fest

(Friedrichshafen) - Wie im vergangenen Jahr lockte die Messe „Tuning World Bodensee“, vom 18. bis 21. Mai 2023, fast Hunderttausend Motorsportbegeisterte in die Bodenseeregion. Neben der Verkehrslenkung legte die Polizei an den Messetagen das Hauptaugenmerk auf die Einhaltung der Verkehrsvorschriften.

Die speziell geschulten Beamtinnen und Beamten aus dem Polizeipräsidium Ravensburg wurden grenzüberschreitend von tuningversierten Polizeikräften aus benachbarten Polizeipräsidien und Bundesländern sowie aus Österreich und der Schweiz unterstützt. Auch Einsatzkräfte des Zolls und des THW begleiteten die Kontrollen.

Die Polizei kontrollierte im Zeitraum zwischen dem 18. Mai und 21. Mai 2023 insgesamt 453 Fahrzeuge und stellte an 169 Fahrzeugen illegale Umbauten fest. An 47 Fahrzeugen waren die Veränderungen so gravierend, dass die Weiterfahrt aus Aspekten der Verkehrssicherheit untersagt werden musste. 33 Fahrzeuge wurden sichergestellt und werden nun Kfz-Sachverständigen zur gutachterlichen Überprüfung vorgeführt.

Rund um das Thema Auto-Tuning beanstandeten die Beamten vorwiegend modifizierte oder nicht zugelassene Auspuff- und Abgasanlagen, die zum Teil übermäßigen Lärm verursachten. Darüber hinaus stellten die Polizisten illegale Veränderungen an Fahrwerk und Rädern sowie unerlaubte Modifizierungen an den Steuergeräten fest.

Außerdem ahndeten die Kontrollkräfte über das lange Wochenende 743 Verstöße wegen überhöhter Geschwindigkeit und der Nichteinhaltung des erforderlichen Mindestabstands. Diesbezüglich sind 18 Fahrverbote zu erwarten.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5514669>

📍 Polizei, Tuning, Verstöße, Mai
👤 195

23.05.2023

Modern und benutzerfreundlich: „Initiative B30“ präsentiert überarbeitete Webseite

Die „Initiative B30“ freut sich, die Neugestaltung und Aktualisierung ihrer Webseite bekannt zu geben. Mit einem frischen und modernen Design sowie verbesserten Funktionen bietet die überarbeitete Webseite Besuchern ein noch besseres Online-Erlebnis.

Das neue Design zeichnet sich durch ein klares und intuitives Layout aus, das die Navigation und den Zugriff auf Informationen erleichtert. Durch die optimierte Benutzeroberfläche können Besucher durch die Webseite navigieren und beliebte Inhalte schneller finden. Die aktualisierte Webseite passt sich automatisch noch besser an verschiedene Bildschirmgrößen an, einschließlich Desktops, Tablets und Smartphones, und sorgt so für ein konsistentes Erlebnis für alle Benutzer.

Darüber hinaus wurde der Inhalt der Webseite aktualisiert. Eine verbesserte Suchfunktion ermöglicht es Nutzern schnell nach spezifischen Informationen zu suchen und relevante Ergebnisse zu erhalten.

Die überarbeitete Webseite kann erkundet werden unter: www.b30neu.de
<https://www.b30neu.de/nachrichten.html&newsid=229&mode=singleview#content>

📄 Webseite
👁️ 251

23.05.2023

B 30 nach Lkw-Unfall stundenlang gesperrt

► *Biberach, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 3 Fahrzeuge, 253000 Euro Sachschaden*

(Biberach) - Zwei Lastzüge sind am Montag kurz vor 16.15 Uhr auf der Bundesstraße 30 bei Biberach-Hagenbuch in Richtung Ulm seitlich zusammengestoßen. Ein Fahrer wurde schwer, der andere leicht verletzt. Bis zum Abschluss der Bergung der Fahrzeuge war die B 30 bis gegen 23.00 Uhr teilweise voll gesperrt.

Ein 62-jähriger fuhr mit seinem Laster zwischen den Anschlussstellen Biberach-Süd und Biberach-Nord auf dem rechten Fahrstreifen. Vor ihm war ein 41-jähriger mit einem Iveco Lkw und Sattelaufleger unterwegs. An dessen Laster trat ein technisches Problem auf. Deshalb fuhr der 41-jährige, auf der Höhe von Biberach-Hagenbuch, langsam nach rechts auf den Standstreifen und hielt dort an. Der 62-jährige übersah dies jedoch. Denn unmittelbar vor dem Lkw des 62-jährigen hatte ein Lkw eingeschert und die Sicht zum Pannen-Fahrzeug behindert. Wie er der Polizei berichtete, erkannte er den am Standstreifen stehenden Sattelzug mit Auflieger zu spät und streifte diesen beim Vorbeifahren.

Während der Sattelzug des 62-jährigen nach der Kollision nach rechts in die Böschung fuhr und dort zum Stehen kam, blieb der liegengebliebene Sattelzug des 41-jährigen auf dem Standstreifen stehen. Der Auflieger des stehenden Gespanns wurde auf der gesamten linken Seite von dem streifenden Lkw mit Containerauflieger aufgerissen und total beschädigt. Durch die herumfliegenden Fahrzeugteile wurde ein vorbeifahrender Nissan eines 52-jährigen getroffen und beschädigt.

Der 41-jährige überstand den Unfall mit leichten Verletzungen. Der 62-jährige Fahrer im Sattelzug erlitt dagegen schwere Verletzungen. Beide kamen mit Rettungswagen in eine Klinik. Der Nissan-Fahrer blieb unverletzt.

Die Verkehrspolizei Laupheim nahm den Unfall auf. Sie schätzt den Schaden an beiden Sattelzügen auf insgesamt 250.000 Euro. Sie mussten durch Schwerlastabschleppfahrzeuge geborgen werden. An dem noch fahrbereiten Nissan entstand ein Schaden von rund 3.000 Euro. Die Höhe des Schadens an den Verkehrseinrichtungen und der Flur ist noch unklar. Auf den 62-jährigen mutmaßlichen Unfallverursacher kommt eine Anzeige zu.

Die B 30 war nach dem Unfall teilweise blockiert. Der rechte Fahr- und Standstreifen musste im Bereich der Unfallstelle gesperrt und der Verkehr auf dem linken Fahrstreifen an der Unfallstelle vorbeigeleitet werden. Ab 19.15 Uhr war die B 30 in Fahrtrichtung Ulm für die Bergungsarbeiten voll gesperrt. Die Sperrung dauerte bis 23 Uhr an. Es kam zu erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen. Zeitweise staute sich der Verkehr auf bis zu drei Kilometer Länge.

Die Feuerwehr aus Biberach war mit fünf Fahrzeugen und 18 Einsatzkräften vor Ort. Auch die Straßenmeisterei war im Einsatz und reinigte die Fahrbahn mit einer Kehrmachine.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5515356>

📄 Biberach,Lkw,Unfall,Standstreifen,Sattelzug
👁️ 316

24.05.2023

Reifen geplatzt

(Ravensburg) - Die B 30 zwischen der Ausfahrt Ravensburg-Nord und Ravensburg-Süd war am Mittwochmorgen gegen 6 Uhr kurzzeitig in Fahrtrichtung Friedrichshafen gesperrt, berichtet die Schwäbische Zeitung. Grund sei laut einer Polizeisprecherin ein geplatzter Lkw-Reifen gewesen. Polizeibeamte sammelten die Reifenteile von der Fahrbahn auf und sperrten dazu die Bundesstraße für einige Minuten.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/wegen-lkw-unfall-b-30-kurzzeitig-komplett-gesperrt-1638206>

☐ Reifen,Ravensburg
•• 189

24.05.2023

ITF für alternative Antriebe und Verkehrswende in der Stadt

(Leipzig) - Am Mittwoch eröffnete Bundesminister Volker Wissing (FDP) gemeinsam mit dem Internationalen Transport Forum (ITF) den Weltgipfel der Verkehrsminister in Leipzig. Hauptthema ist die Einhaltung der Pariser Klimaziele.

Im ITF sind 64 Staaten Mitglied, darunter China und die USA. Der Verbund ist bei der Industrieländerorganisation OECD in Paris angesiedelt. Nur mit einer ambitionierteren Politik als bisher könne der Verkehrssektor ab dem Jahr 2040 ein Paris-konformes Niveau erreichen, so die Experten.

Um die Klimaziele zu erreichen schlagend die Experten einen Ausstieg aus fossilen Kraftstoffen vor - im Straßen-, Schienen-, See- und Luftverkehr. Dadurch und durch weitere Maßnahmen, würden die CO₂-Emissionen aller Verkehrsträger ab der zweiten Hälfte der 2020er-Jahre deutlich sinken.

Um die Dekarbonisierung des Verkehrssektors zu erreichen, bedürfe es auch einer ehrgeizigeren Politik und internationaler Zusammenarbeit. Dabei gehe es um die Einführung neuer Antriebstechnologien, mehr Verlagerung auf die Schiene und weniger Autoverkehr in der Stadt.

Gerade in den Großstädten sei es vergleichsweise einfach, zu Emissionseinsparungen zu kommen, argumentieren die ITF-Experten: durch bessere öffentliche Verkehrsmittel, mehr Fuß- und Radverkehr, kürzere Wege durch mehr Verdichtung und emissionsfreie Antriebe. Bis zum Jahr 2050 könne der CO₂-Ausstoß des Verkehrs in urbanen Gebieten so um 78 Prozent gegenüber 2019 sinken.

Dafür brauche es eine neue Raumaufteilung in der Stadt, die dazu führen soll, dass der Bedarf an privaten Autofahrten sinkt und die Straßennutzung um zwei bis zehn Prozent zurückgeht. Die Experten machen dabei deutlich, dass es dabei in erster Linie nicht um Deutschland geht: Deutsche Städte seien meist schon stark verdichtet. Das Augenmerk liegt auf großen Metropolen in Asien oder Amerika, denen es an Alternativen zum Pkw-Verkehr mangelt. Der ITF fordert in politische Maßnahmen zu investieren, die den Wechsel zu Verkehrsträgern mit höherer Auslastung und kompakteren Städten unterstützen.

Der ITF hält es zudem für erforderlich die Elektromobilität zu fördern, mit dem Ziel spätestens ab dem Jahr 2050 auf Verbrennungsmotoren zu verzichten. Für den Schiff- und Flugverkehr seien dagegen alternative Kraftstoffe essentiell.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article245503226/Verkehr-Die-Zeit-laeuft-ab-wie-die-globale-Wende-noch-gelingen-soll.html>

☐ ITF,Antriebe,Stadt,Jahr,Experten
•• 233

26.05.2023

Bundestag lehnt Gesetz zur Sanierung von Brücken an Bundesfernstraßen ab

(Berlin) - Der Deutsche Bundestag hat am Freitag einen Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren an Brücken und Bundesfernstraßen zurückgewiesen. Gegen die Vorlage votierten die Koalitionsfraktionen und die Linksfraktion. Einen von der AfD zu dem Entwurf eingebrachten Änderungsantrag, der unter anderem den zügigen Ausbau von Rastanlagen an Autobahnen ermöglichen sollte, lehnte das Parlament mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen ab.

Nach dem Willen der Unionsfraktion sollten Sanierungen von Brücken an Bundesfernstraßen (Bundesstraßen und Bundesautobahnen) beschleunigt werden. Der Gesetzentwurf sah vor, dass im Fall einer Baumaßnahme an einer Bundesfernstraße, für die ein Planfeststellungsverfahren vorgeschrieben ist, das Planfeststellungsverfahren und die Umweltverträglichkeitsprüfung verkürzt werden können. Eine vergleichbare Regelung habe der Gesetzgeber mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases (LNG) getroffen, heißt es in der Gesetzesvorlage.

Konkret sollten nach den Vorstellungen der Union identische Ersatzbauten für beschädigte oder abgerissene Brücken als Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen eingestuft werden, für die dann kein Planfeststellungsverfahren mehr notwendig sein sollte. Ebenfalls von der Pflicht eines Planfeststellungsverfahrens ausgenommen werden sollten Neubauten, die provisorische Übergangsbauten ersetzen. Dies sollte auch für Ersatzbauten gelten, bei denen eine Kapazitätserweiterung durch die Freigabe der Standstreifen und einer gleichzeitigen Kapazitätsreduzierung des Mittelstreifens erfolgt.

Zudem sah der Gesetzentwurf vor, dass das Bundesverkehrsministerium in Ausnahmefällen Bauvorhaben an Brücken ganz oder teilweise von den Anforderungen des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes ausnehmen sollte. Im Falle einer Umweltverträglichkeitsprüfung sollte die Frist zur Stellungnahme von zu beteiligenden Behörden einen Zeitraum von einem Monat nicht überschreiten.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw21-de-bruecken-fernstrassen-947906>

☐ Brücken,Bundesfernstraßen,Planfeststellungsverfahren,Bundestag,Gesetz
•• 441

26.05.2023

Vier Verletzte bei Verkehrsunfall

► Schellenberg, 2 Schwerverletzte, 2 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 19000 Euro Sachschaden

(Schellenberg) - Insgesamt vier Verletzte forderte ein Verkehrsunfall auf der B 30 bei Schellenberg am Mittwoch kurz vor 15 Uhr.

Der 20 Jahre alte Fahrer eines Postautos wollte auf Höhe von Schellenberg aus einer Hofausfahrt fahren und übersah dabei einen Peugeot, dessen Lenker in Richtung Ravensburg unterwegs war. Bei der Kollision der beiden Fahrzeuge wurden der Unfallverursacher sowie die 69 Jahre alte Beifahrerin im Peugeot leicht verletzt. Der 69 Jahre alte Fahrer des Peugeots sowie ein 67-jähriger Mitfahrer erlitten schwerere Verletzungen. Alle vier Unfallbeteiligten wurden zur medizinischen Versorgung in Krankenhäuser gebracht.

An beiden Fahrzeugen entstand Totalschaden, der von der Polizei auf insgesamt rund 19.000 Euro geschätzt wird.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5518832>

☐ Schellenberg,Verletzte,Verkehrsunfall,Jahre
•• 1165

26.05.2023

Tempolimit soll noch im Mai umgesetzt werden

(Neu-Ulm) - In den vergangenen Jahren kam es zu schweren und teils tödlichen Unfällen auf der Bundesstraße 28 zwischen der Stadtgrenze Ulm und dem Autobahndreieck Hittistetten. Betroffen ist auch der Verflechtungsbereich der B 28 mit der B 30 bei Neu-Ulm. Kürzlich hat die Staatliche Unfallkommission getagt und sich mit der Strecke beschäftigt.

Auf dem Streckenabschnitt der B 28 besteht bisher kein Tempolimit. Das ändert sich nun. Kürzlich hat die Staatliche Unfallkommission mit Vertretern der Stadt Neu-Ulm als zuständige Verkehrsbehörde, der Verkehrspolizei, dem Staatlichen Bauamt Krumbach und dem Landratsamt Neu-Ulm getagt und sich mit der Strecke beschäftigt. Anlass war ein tödlicher Verkehrsunfall im April dieses Jahres.

Das Votum der Kommission fiel für den Übergangsbereich von der B 28 auf die B 30 einstimmig aus: Der Streckenabschnitt soll umgehend auf 100 Kilometer pro Stunde begrenzt werden. Als Gründe für die Begrenzung führt die Kommission die Anfälligkeit der Strecke für Wasseransammlungen, den Verflechtungsverkehr der B 28 mit der B 30 und die Häufung von Geschwindigkeitsunfällen an.

Die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h beginnt künftig von Neu-Ulm kommend im Verflechtungsbereich der B 28 mit der B 30 und reicht in Richtung Senden bis zum Parkplatz Hurrenhölzle, der sich nach der Einflechtung des Verkehrs von der B 30 auf die B 28 rechter Hand befindet.

Eine Ausweitung der Geschwindigkeitsbegrenzung bis nach Senden/Hittistetten wurde ebenfalls von der Kommission diskutiert. Für eine weitergehende Beschränkung der Geschwindigkeit auf gerader Strecke in Richtung Senden fehlt jedoch weiterhin die rechtliche Grundlage aufgrund der Straßenverkehrsordnung.

Die Stadt Neu-Ulm hat als zuständige Verkehrsbehörde die Geschwindigkeitsbeschränkung bereits an das Staatliche Bauamt Krumbach angeordnet. Eine entsprechende Beschilderung soll noch im Mai erfolgen. Nach einer gut vierwöchigen Eingewöhnungsphase wird die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung intensiv durch die Verkehrspolizei Günzburg überwacht.

<https://nu.neu-ulm.de/presse/pressemeldung-detail/tempolimit-auf-der-b28-soll-noch-im-mai-umgesetzt-werden>

📍 Ulm, Neu, Strecke, Tempolimit, Mai
👁️ 207

27.05.2023

Neue Brücke eingesetzt

(Senglingen) - Am Freitagmorgen ist bei Senglingen die neue Fuß- und Radwegebrücke über die B 30 eingesetzt worden. Gebaut wurde die neue Brücke in Gambenheim in Frankreich und lackiert in Mannheim. Ein Tieflader brachte die Brücke zur Baustelle. Ein Autokran setzte die Brücke auf die neu gebauten Fundamente. Um 12.00 Uhr war die Bundesstraße wieder befahrbar. Die Brücke und die landwirtschaftlichen Wege bleiben noch ein paar Tage gesperrt, um die Verbindung zwischen Bauwerk und Fundament zu betonieren und die landwirtschaftlichen Wege im Bereich der Brücke anzuschließen und wieder herzurichten.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/meckenbeuren/applaus-der-zaungaeste-bruecke-senglingen-ist-an-ihrem-platz-1645680>

📍 Brücke
👁️ 164

28.05.2023

73-jähriger verfährt sich mehrmals

(Neu-Ulm) - Am Samstag, gegen 07.00 Uhr, wurde durch mehrere Verkehrsteilnehmer ein Falschfahrer auf der B 28 mitgeteilt, welcher entgegen der Fahrtrichtung in Richtung Ulm unterwegs war. Durch die eingesetzten Streifen konnte der Falschfahrer angehalten werden, nachdem dieser gewendet hatte und nun in die richtige Richtung fuhr.

Der 73-jährige Fahrer wollte von der B 30 auf die B 28 in Richtung Ulm auffahren, fuhr aber letztlich in Richtung des Autobahndreiecks Hittistetten auf. Als er seinen Fehler bemerkte, fuhr er an der Anschlussstelle Senden ab, wendete und fuhr entgegen der Fahrtrichtung auf die B 28 in Richtung Ulm auf. Als er erkannte, dass er entgegen der Fahrtrichtung unterwegs war, wendete er erneut. Glücklicherweise wurde kein Verkehrsteilnehmer gefährdet oder geschädigt.

Gegen den 73-jährigen wurde ein Bußgeldverfahren eingeleitet und letztlich nach Hause in die Obhut von Familienangehörigen verbracht.

<https://www.polizei.bayern.de/aktuelles/pressemitteilungen/049625/index.html>

📍 Ulm, Fahrtrichtung
👁️ 162

28.05.2023

Fahrzeug ausgebrannt

(Baindt) - Zu einem Fahrzeugbrand sind am Samstagabend gegen 18.20 Uhr Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei auf die B 30 bei Baindt ausgerückt. Vermutlich aufgrund eines technischen Defekts geriet ein VW Touran etwa 400 Meter vor dem Ausbauende in Brand. Der 34-jährige Fahrzeuglenker nahm während der Fahrt zunächst eine Rauchentwicklung wahr. Alle fünf Fahrzeuginsassen konnten den Pkw rechtzeitig und unverletzt verlassen. Das Fahrzeug brannte vollständig aus und wurde von einem Abschleppunternehmen geborgen. Für die Dauer der Löscharbeiten musste die B 30 in Fahrtrichtung Bad Waldsee gesperrt werden, wodurch sich ein Rückstau von bis zu 3 km Länge bildete. Der Sachschaden beläuft sich auf ca. 10.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5519643>

📍
👁️ 186

28.05.2023

Pkw-Lenker bremst absichtlich und tritt gegen anderes Fahrzeug

(Lochbrücke) - Am Samstag gegen 21.30 Uhr missachtete der Lenker eines silbernen Kleinwagens beim Einfahren in den Kreisverkehr bei Lochbrücke die Vorfahrt einer bereits im Kreisverkehr fahrenden 22-jährigen VW-Golf-Lenkerin. Diese betätigte die Hupe, um den Fahrer auf sein Fehlverhalten aufmerksam zu machen, was den Fahrer wiederum veranlasste, die Geschädigte auszubremsen, so dass diese gezwungen war, ihr Fahrzeug im Kreisverkehr zum Stillstand zu bringen. Der Fahrer stieg anschließend aus und trat gegen die Tür des VW-Golf, wodurch Sachschaden von ca. 300 Euro entstand. Wortlos stieg der Mann wieder in seinen silbernen Kleinwagen ein und fuhr in Richtung Friedrichshafen weiter.

Das Fahrzeug konnte im Rahmen der polizeilichen Fahndung nicht festgestellt werden. Durch den Vorfall im Kreisverkehr mussten mindestens zwei weitere Verkehrsteilnehmer ihre Fahrt unterbrechen. Das Polizeirevier Friedrichshafen ermittelt wegen Sachbeschädigung, Nötigung und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und bittet Zeugen sowie weitere Geschädigte sich unter Tel. (0 75 41) 70 10 zu melden.

Der Fahrer des silbernen Kleinwagens wird wie folgt beschrieben: männlich, um die 30 Jahre alt, groß, kräftige Statur, volles dunkles Haar mit Bart, weißes Oberteil mit schwarzer Aufschrift, dunkelblaue Jeans.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5519634>

🗉 Kreisverkehr, Fahrer, Lenker
💬 159

29.05.2023

Geld: Jetzt wird um die Bahn gestritten

(Berlin) - Die Bundesregierung will in den kommenden vier Jahren noch wesentlich mehr Geld für den Ausbau und die Modernisierung der Deutschen Bahn ausgeben, als bisher bekannt. Ganze 88 Milliarden Euro sollen es sein, die unter anderem aus einer Erhöhung der Lkw-Maut kommen sollen. Doch erst knapp die Hälfte der Summe ist im Finanzplan einkalkuliert. Dagegen fordert Die Linke sogar noch eine Verdoppelung der Mittel.

Die Bundesregierung rechnet mit einem Investitionsbedarf der Bahn in Deutschland von 88 Milliarden Euro bis zum Jahr 2027. Das geht aus einer Antwort der Regierung auf eine Anfrage des Linken-Haushaltsexperten Victor Perli hervor. Zu der Frage, wie dies finanziert werden soll, äußerte sich die Regierung unter Hinweis auf das laufende Verfahren zur Haushaltsaufstellung nicht.

Von den erwarteten Kosten insbesondere für Ausbau und Sanierung des Schienennetzes sind bislang 43 Milliarden Euro in der Finanzplanung des Bundes berücksichtigt. Zu den verbleibenden 45 Milliarden Euro hat sich der Koalitionsausschuss darauf verständigt, zur Finanzierung unter anderem Mittel der Lkw-Maut heranzuziehen und diese 2024 deutlich zu erhöhen. Dies wurde nun von der Regierung noch einmal bekräftigt.

In der Regierungsantwort wird zudem klargestellt, dass in diesen 45 Milliarden Euro keine bereits eingeplanten Mittel enthalten sind, sondern dies zusätzliche Mittel sind. Die Gesamtsumme betrage damit ganze 88 Milliarden Euro für den Zeitraum 2024 bis 2027.

Die Linke will noch mehr Geld

„Die Stärkung der Bahn benötigt viel mehr Mittel als die Ampelkoalition bislang zur Verfügung stellt“, erklärte Perli. Er kritisierte, die Ausbauziele für die Bahn seien bislang „komplett unterfinanziert“. Die Ampelkoalition verabschiedete sich „damit still und heimlich von ihrem Koalitionsversprechen, den Personenverkehr bis 2030 zu verdoppeln und ein Viertel Güterverkehr auf die Schiene zu bringen“.

Um diese Ziele noch zu erreichen, müsse die Regierung bis 2027 doppelt so viel in die Bahn investieren wie bisher von Verkehrsminister Volker Wissing vorgesehen, erklärte Perli, also 176 Milliarden Euro. Er forderte, dafür sofort eine „milliardenschwere Investitionsoffensive“ einzuleiten. Die Bahn müsse „vor allem in ländlicheren Regionen attraktiver und zu einer Alternative zum Pkw werden“. Dies sei wichtiger als „unsinnige, teure Prestigeprojekte“ wie Stuttgart 21.

Koalition uneinig über Finanzierung

Die Finanzierung der 88 Milliarden Euro bereitet offenbar Probleme: Ein Entwurf der Bundesregierung für den Haushalt 2024 und die mittelfristige Finanzplanung liegt bisher nicht vor - auch wegen Meinungsverschiedenheiten in der Ampelkoalition. Auf den im März üblichen Eckpunktebeschluss der Regierung zum Haushalt verzichtete Finanzminister Christian Lindner. Der Termin für die Kabinettsbefassung mit dem Haushaltsentwurf Ende Juni wurde ebenfalls verschoben. Er könnte nun im Juli erfolgen.

<https://www.n-tv.de/politik/Bund-plant-88-Milliarden-Euro-fuer-Bahn-bis-2027-article24152948.html>

🗉 Bahn, Milliarden, Regierung, Mittel, Geld
💬 238

31.05.2023

Radfahrer von Pkw erfasst

► **Enzisreute, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 9000 Euro Sachschaden**

(Enzisreute) - Auf der B 30 ist am Dienstagabend kurz vor 18.30 Uhr ein Radfahrer von einem Pkw erfasst und dabei schwer verletzt worden.

Eine 27 Jahre alte Fiat-Fahrerin, die in Richtung Bad Waldsee unterwegs war, prallte zwischen dem Ausbauende der Bundesstraße und Enzisreute mit dem Radler zusammen, der aus einem Waldweg kam und die Bundesstraße queren wollte. Er wurde auf die Frontscheibe des Wagens aufgeladen und fiel im Anschluss auf die Straße. Dabei erlitt der 64-jährige schwere Verletzungen. Er wurde umgehend in ein Krankenhaus gebracht. Lebensgefahr besteht nach Polizeiangaben nicht.

Die Autofahrerin stand nach dem Unfall unter Schock. Durch den Zusammenstoß wurde das Fahrrad so schwer beschädigt, dass es in zwei Teile zerbrach. Der Schaden dürfte sich auf rund 3.000 Euro belaufen- Der Schaden am Auto wird auf rund 6.000 Euro geschätzt. Während der Unfallaufnahme war die Bundesstraße teils komplett gesperrt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5522070>

📍 Enzisreute, Radfahrer, Pkw, Bundesstraße
👁️ 466

31.05.2023

Mercedes schiebt Nissan auf Opel

► **Friedrichshafen, 3 Fahrzeuge, 12500 Euro Sachschaden**

(Friedrichshafen) - Zwei Verletzte und Sachschaden von rund 12.500 Euro forderte ein Unfall, der sich am Dienstag gegen 12.15 Uhr auf der Bundesstraße 30 zwischen Friedrichshafen und Lochbrücke ereignet hat.

Ein 22 Jahre alter Mercedes-Fahrer war vom Seewald-Kreisel in Richtung Friedrichshafen unterwegs und erkannte zu spät, dass die Autofahrer vor ihm verkehrsbedingt halten mussten. Er fuhr wuchtig in den vorausfahrenden Nissan und schob diesen auf einen Opel auf.

Bei dem Unfall zogen sich der Verursacher und der 36 Jahre alte Fahrer im Nissan leichte Verletzungen zu. Sowohl der Mercedes als auch der Nissan waren nicht mehr fahrbereit. Sie mussten abgeschleppt werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5522068>

📍 Friedrichshafen, Nissan, Mercedes, Opel
👁️ 340

Juni

01.06.2023

Motorrad prallt gegen Sattelzug

► **Oberessendorf, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden**

(Oberessendorf) - Am Mittwoch kam es gegen 20.45 Uhr auf der B 30 bei Oberessendorf zu einem Unfall zwischen einem Motorrad und einem Sattelzug. Der Suzuki-Fahrer hatte Glück im Unglück und erlitt nur leichte Verletzungen.

Ein 39-jähriger Fahrer eines Volvo Sattelzuges fuhr auf der B 30 in Richtung Ravensburg. An der Abzweigung zur B 465, in Richtung Bad Wurzach, bog er ab. Gleichzeitig kam ein 33-jähriger mit seiner Suzuki entgegen. Der Kradlenker, der Vorfahrt hatte, versuchte den Unfall durch ein Ausweichmanöver zu verhindern. Er stürzte und stieß gegen ein Verkehrszeichen. Das Motorrad prallte gegen den Sattelzug. Der Fahrer erlitt auch dank seiner Sicherheitsausrüstung nur leichte Verletzungen und konnte sich selbst in ärztliche Behandlung begeben.

Die nicht mehr fahrbereite Suzuki musste abgeschleppt werden. Das Polizeirevier Biberach nahm den Unfall auf und schätzt den Sachschaden auf etwa 10.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5522612>

☐ Oberessendorf, Motorrad, Sattelzug, Unfall, Suzuki
•• 422

03.06.2023

Pkw-Fahrer flüchtet nach Unfall mit Radfahrer

► **Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 100 Euro Sachschaden**

(Meckenbeuren) - Leichte Verletzungen erlitt ein Radfahrer, als er am Freitagmorgen die B 30 in Meckenbeuren an einer Fußgängerampel überquerte. Die Polizei bittet um Hinweise zu dem vom Unfallort geflüchteten Pkw-Fahrer.

Am Freitagvormittag gegen 10.30 Uhr wartete ein 70-jähriger Radfahrer in der Hauptstraße auf Höhe Bahnhofstraße mit seinem Rad an der Fußgängerampel. Als die Fußgängerampel auf Grün schaltete überquerte er die Hauptstraße in Richtung Bahnhofstraße mit seinem Rad. Nachdem er die Fahrbahn zu 2/3 überquert hatte, wurde er von einem bislang unbekanntem Pkw touchiert, welcher aus der Bahnhofstraße nach rechts in die Hauptstraße einbog.

Der 70-jährige Radfahrer kam hierdurch zu Sturz und zog sich leichte Verletzungen an Armen und Beinen zu. Am Fahrrad entstand ein Sachschaden von ca. 100 Euro.

Nach einem kurzen Blickkontakt setzte der Unfallverursacher mit seinem Pkw die Fahrt unbeirrt fort. Er wird wie folgt beschrieben: ca. 70 Jahre alt, rundliches Gesicht mit grauen, kurzen, schütterten Haaren. Zeugen welche sachdienliche Hinweise zum Unfall geben können werden gebeten sich beim Polizeiposten Meckenbeuren unter der Telefonnummer (0 75 42) 9 43 20 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5524288>

☐ Meckenbeuren, Pkw, Radfahrer, Unfall, Fußgängerampel
•• 346

08.06.2023

Auffahrunfall mit drei beteiligten Fahrzeugen

► **Lochbrücke, 3 Fahrzeuge, 35000 Euro Sachschaden**

(Lochbrücke) - Am Mittwoch gegen 10.56 Uhr kam es auf der B 30 bei Meckenbeuren-Lochbrücke zu einem Auffahrunfall mit drei beteiligten Fahrzeugen. Ein Lkw musste verkehrsbedingt stark abbremsen, was dazu führte, dass ein ihm folgender Lkw und ein weiterer Pkw nicht mehr rechtzeitig bremsen

konnten und aufeinander auffuhren. Die beteiligten Fahrzeuglenker wurden in umliegende Krankenhäuser gebracht. Zur Unfallaufnahme musste die B 30 vorübergehend voll gesperrt werden. An den Fahrzeugen entstand ein Sachschaden von ca. 35.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5528626>

🗉 Lochbrücke,Fahrzeugen,Auffahrunfall
💬 306

09.06.2023

Autofahrerin flüchtet nach Unfall

► Oberzell, 1 Fahrzeuge

(Oberzell) - Eine 38 Jahre alte Autofahrerin hat am Donnerstagmorgen Ihren Pkw nach einem Unfall auf der B 30 bei Oberzell einfach stehen lassen. Laut einer Atemalkoholmessung hatte sie mehr als 2 Promille.

Kurz nach 5 Uhr streifte die Lenkerin eines Renault- Kleinwagens auf ihrem Weg in Richtung Tettngang die Leitplanke. An dem Wagen entstand dadurch ein Schaden an Außenspiegel und rechter Fahrzeugseite. Die Polizei schätzt den Schaden auf einen vierstelligen Betrag. Im Anschluss ließ die Fahrerin den Pkw mit eingeschalteter Warnblinkanlage auf der Straße stehen und flüchtete. Der Pkw musste von einem Abschleppdienst abtransportiert werden.

Die Ravensburger Polizei ermittelte die Frau kurze Zeit später. Laut einer Atemalkoholmessung hatte sie mehr als 2 Promille intus. Ihr wurden daraufhin in einem Krankenhaus zwei Blutproben entnommen. Auf sie kommt ein Ermittlungsverfahren zu. Ihren Führerschein behielten die Beamten noch an Ort und Stelle ein.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5529787>

🗉 Oberzell,Autfahrerin,Unfall,Pkw
💬 330

09.06.2023

Polizeibeamte beleidigt

(Friedrichshafen) - Im Vorbeifahren hat ein 24-jähriger am Donnerstag kurz nach Mitternacht aus einem Fahrzeug heraus eine Polizeistreife beleidigt, die in der Paulinenstraße mit einer Verkehrskontrolle zugange war. Der 24-jährige rechnete offenbar nicht damit, dass seine Fahrt unweit durch eine heruntergelassene Bahnschranke gestoppt wurde. Die Beamten fuhren ihm nach und nahmen seine Personalien auf. Er hat nun mit einer Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft zu rechnen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5529818>

🗉
💬 195

11.06.2023

Betrunkener fährt zur Tankstelle

(Achstetten / Ulm) - Mit drei Promille fuhr am Samstagabend ein Mann von Achstetten nach Wiblingen zu einer Tankstelle. Dabei kam es beinahe zu einem Unfall. Einen Führerschein hat er nicht.

Am Samstagabend fuhr der 56-jährige Pkw-Lenker auf der B 30 in Richtung Ulm. Beim Einfahren an der Auffahrt Achstetten hatte er direkt auf den linken Fahrstreifen gewechselt. Hierbei war es beinahe zu einem Unfall gekommen. Der gesuchte Pkw wurde im Rahmen der polizeilichen Fahndungsmaßnahmen

an einer Tankstelle in Ulm-Wiblingen festgestellt. Bei der Kontrolle ergab ein Test einen Alkoholwert um 3 Promille. Einen Führerschein besitzt der Fahrer nicht. Eine Blutprobe wurde erhoben.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5530455>

📍 Tankstelle, Achstetten, Ulm
👤 203

12.06.2023

Polizei nimmt Reifenstecher fest

(Friedrichshafen) - Die Polizei hat am späten Samstagabend einen 40-jährigen Mann vorläufig festgenommen, der im Verdacht steht, an mindestens 15 Fahrzeugen im Bereich Moltkestraße, Paulinenstraße und Hinterer Hafen die Reifen zerstochen zu haben. Nach einem Hinweis einer Anwohnerin, die den Tatverdächtigen bei seiner Tat beobachtet hatte, fahndete die Polizei mit mehreren Streifen nach dem zunächst Unbekannten. Nach einem weiteren Hinweis eines Zeugen konnten die Beamten den 40-jährigen gegen 23.30 Uhr in der Paulinenstraße festnehmen. Er muss nun mit einer Anzeige wegen Sachbeschädigung rechnen. Die Ermittler schätzen den Sachschaden auf insgesamt 1.500 Euro und bitten weitere Zeugen und Geschädigte, sich unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 beim Polizeirevier Friedrichshafen zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5531524>

📍 Polizei
👤 176

14.06.2023

Kabinett beschließt Mauterhöhung noch in diesem Jahr

(Berlin) - Die Bundesregierung beschloss am Mittwoch den vom Bundesminister für Digitales und Verkehr vorgelegten Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung maurechtlicher Vorschriften. Demnach wird noch in diesem Jahr die Lkw-Maut verdoppelt. Im nächsten Jahr sollen auch Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen in die Mauterhebung einbezogen werden. Das diene dem Klimaschutz und der Bahnfinanzierung.

Bundesminister Dr. Volker Wissing betonte am Mittwoch eine stärker am CO₂-Ausstoß orientierte Staffelung der Lkw-Maut. Der Bund setzte damit einen starken Anreiz für die Branche, auf klimafreundliche Fahrzeuge umzusteigen. Das sei wichtig, da Nutzfahrzeuge aktuell noch rund ein Drittel der gesamten klimaschädlichen CO₂-Emissionen im Verkehr verursachen. Ein Markthochlauf klimafreundlicher Fahrzeuge sei notwendig, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Außerdem werde die Lkw-Maut ab Mitte des nächsten Jahres auf Fahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht ausgedehnt. Die zusätzlichen Mauteinnahmen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro bis 2027 sollen entsprechend der Vereinbarungen im Koalitionsausschuss ganz überwiegend in die Schiene investiert werden. Davon profitiere die Straße, die durch eine Verlagerung von Verkehren auf die Schiene entlastet werde. Mit der Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes leiste der Bund einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung, zur Stärkung der Schiene und zur nachhaltigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur.

Vorgesehene Gesetzesänderung

Die Lkw-Maut soll künftig vor allem die Bahninfrastruktur finanzieren, nicht Straßen. Bereits zum 1. Dezember 2023 soll ein CO₂-Aufschlag in Höhe von 200 Euro pro Tonne CO₂ eingeführt werden, wodurch sich die Lkw-Maut fast verdoppelt. Emissionsfreie Lkw werden bis Ende 2025 von der Maut befreit. Anschließend werden 25 Prozent des regulären Mautteilsatzes für die Infrastrukturkosten erhoben - zuzüglich der Mautteilsätze für Lärm und Luftverschmutzung.

Zudem soll die Lkw-Mautpflichtgrenze zum technisch frühestmöglichen Zeitpunkt am 1. Juli 2024 abgesenkt werden, sodass grundsätzlich alle Nutzfahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen technisch zulässiger Gesamtmasse von der Lkw-Maut erfasst sind. Handwerksbetriebe werden ausgenommen.

Schließlich soll es künftig für Zwecke des Verkehrsmanagements möglich sein, auf besonders verkehrlich belasteten Straßen die Lkw-Maut für bis zu sechs Stunden am Tag um 175 Prozent zu erhöhen und in besonders verkehrsarmen Zeiten zu ermäßigen. Lkw-Verkehr soll damit auf das umliegende Straßennetz verteilt werden, um Staus zu vermeiden, den Verkehrsfluss zu verbessern, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und den Straßenbau zu begrenzen. Die Festlegung der Zeiträume und Streckenabschnitte soll anhand einer noch zu erarbeitenden Rechtsverordnung erfolgen.

Durch die Einführung der Kohlenstoffdioxid-Differenzierung entstehen der Wirtschaft, zusätzlich zu den höheren Mautkosten, jährlich Mehrkosten von 14,6 Millionen Euro und einmalig von 40,0 Millionen Euro. Durch neue Dokumentationsvorschriften entstehen jährliche Bürokratiekosten von 8,7 Millionen Euro. Die Bundesregierung rechnet jedoch nicht mit spürbaren Auswirkungen auf die Verbraucherpreise.

Europäisches Recht geändert

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen bei der Erhebung von Mautgebühren die Vorgaben der sogenannten „Eurovignetten-Richtlinie“ beachten. Danach müssen sich die gewogenen durchschnittlichen Infrastrukturgebühren an den Baukosten und den Kosten für Betrieb, Instandhaltung und Ausbau des betreffenden Verkehrswegenetzes orientieren. Die Eurovignetten-Richtlinie wurde jedoch im Jahr 2022 revidiert. Sie sieht nun vor, dass spätestens ab dem 25. März 2024 eine CO₂-Differenzierung der Straßenbenutzungsgebühren für schwere Nutzfahrzeuge erfolgen muss.

Der CO₂-Aufschlag wird als neuer Mautteilsatz für die externen Kosten der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen eingeführt. Er wird wie die derzeit geltenden Mautteilsätze als Centbetrag pro auf dem mautpflichtigen Streckennetz gefahrenen Kilometer erhoben. Die Höhe des Aufschlags hängt von den Fahrzeugeigenschaften des jeweiligen mautpflichtigen Fahrzeugs ab, insbesondere von der CO₂-Emissionsklasse, dem Gewicht und der Anzahl der Achsen.

Die Eurovignetten-Richtlinie verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten, die bereits ein Gebührensystem für Lkw etabliert haben, darüber hinaus, spätestens ab 25. März 2027 für alle Lkw mit einer technisch zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen Straßenbenutzungsgebühren zu erheben. Dabei dürfen sogenannte Handwerkerfahrzeuge von weniger als 7,5 Tonnen bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen von der Mautpflicht befreit werden.

Seit 2005 wird in Deutschland Lkw-Maut auf Bundesautobahnen erhoben. In mehreren Stufen wurde die Mautpflicht auf alle Bundesstraßen sowie Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht ab 7,5 Tonnen ausgeweitet. Die Einnahmen aus der Lkw-Maut betragen 2022 rund 7,4 Milliarden Euro. 2024 sollen die jährlichen Einnahmen 15,1 Milliarden Euro betragen und bis 2027 auf 16,5 Milliarden Euro ansteigen.

<https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2023/054-wissing-aenderung-bundesfernstrassenmautgesetz.html>

☐ Lkw,Maut,CO,Tonnen,Jahr
•• 230

20.06.2023

Quad kollidiert mit Pkw

► **Friedrichshafen, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 2000 Euro Sachschaden**

(Friedrichshafen) - Bei einem Verkehrsunfall am Montag gegen 21 Uhr in der Paulinenstraße wurde ein 73-jähriger Quad-Fahrer verletzt. Ein 19 Jahre alter BMW-Lenker wollte von der Habichtgasse in die Paulinenstraße fahren und übersah dabei den 73-jährigen, der entgegen der Fahrtrichtung verbotswidrig auf dem Gehweg unterwegs war. Der Quad-Fahrer touchierte den BMW an der Front, verlor die Kontrolle über sein Gefährt, stürzte und verletzte sich. Ein Rettungsdienst brachte den Verletzten in eine Klinik, wo er stationär aufgenommen wurde. Weil sich der Verdacht einer Alkoholisierung des 73-jährigen ergab, musste er im Krankenhaus eine Blutprobe abgeben. Am BMW entstand rund 2.000 Euro Sachschaden, am Quad wird dieser auf mehrere hundert Euro beziffert. Die Ermittlungen zum Verkehrsunfall dauern noch an.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5539050>

☐ Quad,Friedrichshafen,BMW

20.06.2023

Vorfahrt missachtet

► Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden

(Meckenbeuren) - Bei einem Zusammenstoß zweier Autos am Montag gegen 15.30 Uhr an der Einmündung der Bahnhofstraße zur Hauptstraße entstand Sachschaden von rund 10.000 Euro. Eine 50 Jahre alte Mercedes-Lenkerin fuhr nach rechts in den Einmündungsbereich ein und missachtete dabei die Vorfahrt einer aus Richtung Ravensburg kommenden 73-jährigen Mazda-Fahrerin. Im Einmündungsbereich kam es zur Kollision, bei der den jetzigen Erkenntnissen zufolge glücklicherweise niemand verletzt wurde.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5539050>

📍 Meckenbeuren, Vorfahrt

244

21.06.2023

Lastwagen kracht in Mazda

► Gaisbeuren, 2 Fahrzeuge, 7000 Euro Sachschaden

(Gaisbeuren) - An einer Ampelanlage an der B 30 in Gaisbeuren ist am Dienstag ein 67-jähriger Lastwagenfahrer einem vorausfahrenden Mazda aufgefahren. Der 36-jährige Lenker des Mazda musste wegen des Umschaltens der Ampel auf Rot abbremsen, was der Schwerlastlenker zu spät bemerkte. Der Autofahrer wurde bei der Kollision im Bereich der Halswirbelsäule verletzt und wurde zur Untersuchung vom Rettungsdienst in ein Krankenhaus gebracht. Der Schaden, der bei dem Verkehrsunfall entstand, wird auf insgesamt rund 7.000 Euro geschätzt. Während der Unfallaufnahme war die B 30 teilweise gesperrt. Zeitweise staute sich der Verkehr vor in Richtung Bad Waldsee bis Baidnt zurück.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5540124>

📍 Gaisbeuren, Mazda

414

21.06.2023

Minister Hermann feiert Radwegebedarfsplan

(Stuttgart) - Die Landesregierung leitete im März eine neue Ära für die Fahrradinfrastruktur ein. Mit einem neu entwickelten Bedarfsplan sollen bis zum Jahr 2040 systematisch 2.000 Kilometer fehlende Radwege an Bundes- und Landesstraßen ausgebaut werden. Während im ganzen Land nahezu an jeder Straße, egal wie wenig sie befahren ist, neue Radwege vorgesehen sind, wurde die höchst belastete Bundesstraße 30 bei Gaisbeuren und Enzisreute ausgeschlossen. Hier bestehe für Radwege kein Bedarf. Jetzt erhielt das Land dafür einen Preis.

Das Verkehrsministerium wurde beim Deutschen Fahrradpreis mit dem Bedarfsplan für Radwege an Bundes- und Landesstraßen im Rahmen des 8. Nationalen Radverkehrskongresses mit dem dritten Platz geehrt. Aus insgesamt 128 Einreichungen in der Kategorie setzte sich das Projekt des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg im bundesweiten Wettbewerb durch und ist damit impulsgebend für weitere Planungsprozesse.

Verkehrsminister Winfried Hermann feierte den Erfolg: „Mit dem BW-Bedarfsplan haben wir einen klaren Plan für den Radwegbau an Bundes- und Landesstraßen in den kommenden Jahren. Durch den systematischen Ausbau des Radnetzes entlang der überregionalen Straßen und das Schließen von

Netzlücken schaffen wir gute und sichere Bedingungen für den Alltagsradverkehr. Der Bedarfsplan ist eine neue Dimension des landesweiten Radwegeausbaus. Baden-Württemberg ist hier Vorreiter.“

Der Bedarfsplan für Radwege wurde entwickelt, um den Bau von Radwegen und Radschnellwegen noch besser koordinieren zu können. Er definiert ein landesweites Netz für den Radverkehr, identifiziert Netzlücken und priorisiert Neu- und Ausbaumaßnahmen, um diese Lücken zu schließen. Die B 30 bei Gaisbeuren und Enzisreute gehört nicht dazu.

Der Deutsche Fahrradpreis ist ein bundesweiter Wettbewerb zur Förderung des Radverkehrs in Deutschland und wurde in diesem Jahr zum 23. Mal ausgelobt. Er wird vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr sowie von der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. verliehen. Der Fachpreis in der Kategorie Infrastruktur zeichnet Projekte und Maßnahmen aus, die dazu beitragen, die Bedingungen für den Radverkehr im Alltag, in der Freizeit oder im Tourismus zu fördern. Die Siegerprojekte des Fachpreises wurden von einer Jury ausgewählt und am 20. Juni auf der Preisverleihung im Rahmen des 8. Nationalen Radverkehrskongresses in Frankfurt am Main ausgezeichnet.

Neben dem hervorragenden Bedarfsplan von Baden-Württemberg wurden in der Kategorie Infrastruktur auch die Projekte „Kanalpromenade Münster“ und „Fahrradparken macht Kreuzungen sicher“ ausgezeichnet.

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/deutscher-fahrradpreis-bedarfsplan-fuer-radwege-ausgezeichnet>

📄 Bedarfsplan, Radwege, Hermann, Bundes, Landesstraßen
👁️ 314

22.06.2023

Ford fährt auf Sattelzug auf

▶ **Achstetten, 2 Fahrzeuge, 24000 Euro Sachschaden**

(Achstetten) - Aus bisher unbekanntem Grund ist am Mittwoch ein Ford auf der B 30 bei Achstetten ins Schleudern geraten. In der Folge prallte das Fahrzeug gegen einen vorausfahrenden Lkw.

Wie die Polizei mitteilt, fuhr ein 43-jähriger gegen 14.45 Uhr auf der B 30 in Richtung Biberach. Der Mann war kurz vor Achstetten auf dem rechten Fahrstreifen unterwegs. Aus bisher unbekanntem Grund verlor der Fahrer des Ford die Kontrolle und fuhr zunächst auf den linken Fahrstreifen. Durch Gegenlenken brachte der 43-jährige sein Auto wieder auf den rechten Fahrstreifen. Dort fuhr er einem vorausfahrenden Lkw mit Sattelaufleger eines 63-jährigen auf. Beide Fahrzeuge kamen dann auf dem Standstreifen zum Stehen.

Durch den heftigen Aufprall lösten im Ford die Airbags aus. Der Fahrer zog sich leichte Verletzungen zu. Seine drei Mitfahrenden im Alter von fünf, 39 und 41 Jahren und der Lkw-Fahrer blieben unverletzt. Ein Rettungswagen war vor Ort und kümmerte sich um den Leichtverletzten.

Die Polizei Laupheim hat den Unfall aufgenommen und ermittelt nun den genauen Unfallhergang. Sie schätzt den Schaden an dem Auto auf rund 20.000 Euro, an dem Auflieger auf ca. 4.000 Euro. Der total beschädigte Ford musste abgeschleppt werden.

Die Feuerwehr war mit sechs Einsatzkräften und einem Fahrzeug im Einsatz. Gegen 16 Uhr war die Unfallstelle geräumt und die B 30 wieder vollständig befahrbar.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5541237>

📄 Achstetten, Ford, Fahrstreifen, Fahrer
👁️ 327

22.06.2023

Klimacheck verzögert Nordwesttangente

(Laupheim) - Der Landkreis Biberach plant zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse eine Nordwesttangente für Laupheim. Sie soll Laupheim im Nord-Westen umfahren, die B 30 überqueren und bis zum Anschluss Laupheim-Mitte parallel der Bundesstraße geführt werden. Doch jetzt gibt es Probleme mit dem Klimacheck, ohne den es keine Förderung durch das Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) mehr gibt.

Schon 2019 hatten sich die Stadt Laupheim und der Landkreis auf die Finanzierung geeinigt und der Kreistag dem Projekt mehrheitlich zugestimmt. Als Baubeginn war damals das Jahr 2021 anvisiert. Als der Laupheimer Gemeinderat das Projekt im Februar 2016 einstimmig auf den Weg gebracht hatte, war noch von einer Fertigstellung im Jahr 2019 die Rede.

2019 wurde die Maßnahme „Nordwesttangente Laupheim“ in das LGVFG-Förderprogramm 2019-2023 aufgenommen. Wegen Problemen mit dem artenschutzrechtlichen Ausgleichskonzept kam es zu Planungsverzögerungen. Nachdem eine Fristverlängerung nicht möglich war, hat der Landkreis Biberach die Maßnahme in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Tübingen und der Stadt Laupheim aus dem Programm zurückgezogen und anschließend neu angemeldet. Doch bei der aktuellen Programmfortschreibung nahm das Land die Maßnahme für alle überraschend nicht mehr in das Förderprogramm auf.

Ministerialdirektor Berthold Frieß verlangt nun einen Klimacheck. Um diesen zu bestehen, muss die Planung der Straße und Brücke überarbeitet werden. Inhalte der neuen Gestaltung sind, dass beim Straßenbau 80 Prozent Recyclingmaterial verwendet und die Brücke im Querschnitt kompakter geplant wird und auch hier Recyclingmaterial zum Einsatz kommt. Zudem müssen nun positive Nebeneffekte wie die Entlastung und Aufwertung der Innenstadt nachgewiesen werden.

<https://www.schwaebische.de/regional/biberach/laupheim/laupheim-muss-um-nordwesttangente-bangen-1707113>

☐ Laupheim,Klimacheck,Nordwesttangente,Landkreis,Maßnahme
•• 211

23.06.2023

Brücke am Anschluss Laupheim-Mitte wird instandgesetzt

(Laupheim) - Ab Mittwoch, 28. Juni 2023, lässt das Regierungspräsidium Tübingen auf der B 30 die Brücke über die L 259 bei Laupheim-Mitte in Fahrtrichtung Ulm-Biberach sanieren. Günstige Witterungsverhältnisse vorausgesetzt, sind die Arbeiten bis voraussichtlich Mitte Oktober 2023 abgeschlossen.

Die Maßnahme ist aufgrund diverser Schäden, wie zum Beispiel langjähriger Tausalzbelastung am Bauwerk und der Beeinträchtigung der Brücke durch den starken Verkehr erforderlich. Sie dient der Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Substanzerhaltung der Straßeninfrastruktur.

Verkehrsführung während der Sanierung

Die Sanierung erfolgt in zwei Bauabschnitten. Während den gesamten Instandsetzungsarbeiten auf der B 30 ist am Anschluss Laupheim-Mitte die Ausfahrt nach Laupheim aus Richtung Ulm voll gesperrt. Der Verkehr wird auf die Ausfahrt Laupheim-Süd umgeleitet. Der Auffahrtsast von Laupheim-Mitte in Fahrtrichtung Biberach ist jederzeit befahrbar.

Verkehrsführung im ersten Bauabschnitt

Im ersten Bauabschnitt wird auf der B 30 der linke Fahrstreifen gesperrt und der Verkehr auf dem rechten Fahrstreifen an der Baustelle vorbeigeführt. Auf der Fahrbahn für den Richtungsverkehr von Biberach in Fahrtrichtung Ulm wird eine zusätzliche Leitwand am linken Fahrbahnrand als Rückhaltesystem aufgestellt. Die Anschlussstelle Laupheim-Mitte ist in dieser Fahrtrichtung ohne Einschränkungen befahrbar.

Zweiter Bauabschnitt

Nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes, voraussichtlich ab Mitte August 2023, wird der rechte Fahrstreifen und Standstreifen gesperrt und der Verkehr auf dem linken Fahrstreifen an der Baustelle vorbeigeführt. Die Fahrbahn für den Richtungsverkehr von Biberach in Fahrtrichtung Ulm ist von diesem Bauabschnitt nicht betroffen.

Verkehrsführung auf der L 259

Zum Ein- und Ausbau vom Trag- und Arbeitsgerüst an der Unterseite der Brücke, wird der Verkehr auf der L 259 mit einer Ampel geregelt. Zur Instandsetzung der Stahlbetonstützen am Fahrbahnrand der Landesstraße werden beide Fahrstreifen der Landesstraße eingeengt und mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung unter der Brücke durchgeführt.

Die Kosten für die Instandsetzungsarbeiten belaufen sich auf rund 750.000 Euro und werden vom Bund getragen.

Das Regierungspräsidium bittet um Verständnis für die im Zusammenhang mit der Baumaßnahme entstehenden Behinderungen.

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/presse-und-soziale-medien/pressemittelungen/artikel/b-30-instandsetzung-der-bruecke-ueber-die-l-259-bei-laupheim-mitte-in-fahrtrichtung-ulm-biberach/>

📍 Laupheim,Mitte,Brücke,Fahrtrichtung,Verkehr
👥 209

23.06.2023

Länder fordern höhere Priorität für Lärmschutz

(Stuttgart) - Die Länder Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz fordern den Bund auf, bessere rechtliche Rahmenbedingungen zum Schutz vor Verkehrslärm zu schaffen. Zum Abschluss des LärmKongresses 2023 in Stuttgart veröffentlichten sie eine gemeinsame Erklärung mit zentralen Forderungen.

Die für Verkehr und Mobilität zuständige Staatssekretärin Elke Zimmer MdL (Baden-Württemberg) und ihre Amtskollegen Jens Deutschendorf (Hessen), Viktor Haase (Nordrhein-Westfalen) und Michael Hauer (Rheinland-Pfalz) fordern von der Bundesregierung ein konsequentes Handeln gegen Verkehrslärm. Diese vier Länder allein repräsentieren die Hälfte der deutschen Bevölkerung.

Sie fordern die Bundesregierung in ihrer gemeinsamen Erklärung auf, ihrer Schutzpflicht nachzukommen und folgende zentrale Schritte umzusetzen:

- Dem Schutz vor Verkehrslärm muss eine höhere Priorität eingeräumt werden. Nachhaltige Mobilität und Lärmschutz gehen Hand in Hand.
- Die gesetzlichen Bestimmungen zum Lärmschutz für den Neu- und Ausbau von Straßen und Schienenwegen sollten um verhältnismäßige fachrechtliche Regelungen für bestehende Straßen und Schienenwege ergänzt werden.
- Es mangelt insbesondere an verbindlichen und konsistenten Schwellenwerten, die am Gesundheitsschutz der Bevölkerung ausgerichtet sind. Schon die Verankerung der Schwellenwerte 65 dB(A) bei Tag und 55 dB(A) bei Nacht würde die Gesundheitsrisiken nach einhelliger Meinung der Lärmwirkungsforschung deutlich absenken.
- Bei straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen sollten die Hürden für Geschwindigkeitsbeschränkungen aus Gründen des Lärmschutzes herabgesetzt werden.

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemittellung/pid/laermschutz-laender-fordern-den-bund-zum-handeln-auf>

📍 Länder,Lärmschutz,Priorität,Verkehrslärm
👥 153

23.06.2023

Die Linke scheitert mit Antrag zum Stopp des Autobahnausbaus

(Berlin) - Die Linksfraktion ist mit ihrer Forderung nach einem Stopp des Neu- und Ausbaus von Bundesautobahnen zugunsten eines Ausbaus des Schienennetzes im Verkehrsausschuss gescheitert. Das Gremium lehnte den entsprechenden Antrag am Mittwoch mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ab.

In ihrem Antrag forderte die Linke die Bundesregierung auf, bei allen in Bau befindlichen Projekten entsprechend der vertraglichen Bedingungen einen schnellstmöglichen Baustopp zu bewirken und die Autobahn GmbH des Bundes anzuweisen, alle laufenden Planungen zur Erlangung der Baureife für Neu- und Ausbau von Bundesautobahnen sowie diesbezügliche Vergabeverfahren unverzüglich einzustellen. Ausgenommen werden sollen lediglich Baumaßnahmen zur Substanzerhaltung und zur Modernisierung.

Übereinstimmend hielten die Unions- und die AfD-Fraktion der Linksfraktion vor, sie versuche Schiene und Straße als Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen. Gerade für die Anbindung der ländlichen Regionen und die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen spiele das Straßennetz jedoch eine unverzichtbare Rolle hieß es aus den Reihen der CDU/CSU. Die AfD warf der Linken vor, der Antrag folge jener „Klimawandel-Ideologie“, die auch von der Regierungskoalition betrieben werde. Es sei zwar richtig, das Schienennetz auszubauen, aber dies dürfe nicht zu Lasten der Straßennetzes gehen.

Die Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP erklärten, der Antrag der Linken habe sich insofern erledigt, da die Bundesregierung den Ausbau des Schienennetzes bereits priorisiere. Die Sozialdemokraten bescheinigten der Linken, dass sie sich offenbar keine Gedanken über die Auswirkungen auf die Unternehmen und ihre Arbeitnehmer mache, wenn sie bereits beauftragte Straßenbau-Maßnahmen stoppen lasse. Die Grünen argumentierten, die Koalition folge den Vorschlägen der Beschleunigungskommission Schiene. Die FDP kritisierte, der Antrag gehe völlig an den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen vorbei.

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-954600>

 Antrag, Linke, Stopp, Linke
 461

23.06.2023

Bundesregierung will Planungsbeschleunigung nur bei der Bahn, an Brücken und Autobahnen

(Berlin) - Der Bundestag hat am Donnerstag, 22. Juni 2023, erstmals über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1187 über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes beraten. Im Anschluss an die Aussprache wurde die Vorlage zur federführenden Beratung in den Verkehrsausschuss überwiesen.

Verkehrsminister: Fokus liegt auf der Schiene

Planungszeiten von sieben Jahren bei Radwegen und 20 Jahren bei Schienentrassen könne sich ein führender Standort wie Deutschland nicht leisten, sagte Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing (FDP) zu Beginn der Debatte. Deshalb habe die Bundesregierung diesen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem ein großer Schritt zu schnelleren Genehmigungsverfahren gegangen werde.

Dazu soll laut Wissing ausgewählten Schienen- und Straßenbauprojekten ein überragendes öffentliches Interesse attestiert werden. Bei Abwägungsentscheidungen im Laufe des Genehmigungsverfahrens erhielten diese Infrastrukturprojekte so ein stärkeres Gewicht als bisher. Bei Straßenprojekten müsse es sich um Engpassbeseitigungen handeln, zudem sollen marode Brücken schneller ersetzt werden. Der besondere Fokus des Gesetzes, so der Minister, liege auf der Schiene. Die für den Deutschlandtakt benötigten Projekte wolle er gesetzlich verankern.

Union nennt Ampel-Entwurf einen „Papiertiger“

Felix Schreiner (CDU) zeigte sich enttäuscht von dem nach „monatelangem Streit in der Ampelkoalition“ vorgelegten Gesetzentwurf. „Wir haben ein Gesetz erwartet, mit dem die schnellere Umsetzung von Verkehrsinfrastrukturprojekten wirklich vorangebracht wird.“ Vorgelegt worden sei lediglich „ein Papiertiger, der nie zum Fliegen kommen kann“, sagte Schreiner. In Deutschland gebe es kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.

Die mit dem Gesetz geplanten Maßnahmen könnten nicht ihre Wirkung entfalten. „Sie haben es nicht geschafft, die Systematik des LNG-Beschleunigungsgesetzes auf den Gesetzentwurf zu übertragen, weil sie von Grün und Rot wieder einmal ausgebremst wurden“, sagte der Unionsabgeordnete an Minister Wissing gewandt.

SPD: Wir verlieren zu viel Zeit

Detlef Müller (SPD) verwies auf die insgesamt vier Planungs- und Beschleunigungsgesetze der vergangenen Legislaturperiode. Dennoch, so konstatierte er, dauerten Infrastrukturvorhaben in Deutschland immer noch zu lange. „Insbesondere auf dem Weg zum Planfeststellungsbeschluss verlieren wir viel zu viel Zeit“, sagte Müller. „Diese Zeit haben wir nicht und dürfen wir uns auch nicht nehmen, wenn wir unsere klimapolitischen Ziele im Verkehrssektor erreichen wollen.“

Daher brauche es die Deutschland-Geschwindigkeit auch im Verkehrsbereich. Die meisten der betroffenen Maßnahmen beträfen die Schiene und dabei die Umsetzung des Deutschlandtakts. Müller warnte vor einem Sankt-Florian-Prinzip. Grundsätzlich für die Verkehrswende zu sein und auch den Deutschlandtakt zu wollen, aber dann zu sagen: „Nicht bei mir“, helfe nicht und setze die Zukunftsfähigkeit Deutschlands aufs Spiel.

AfD: Infrastruktur ist in erbärmlichem Zustand

Dr. Dirk Spaniel (AfD) sagte mit Blick auf seine beiden Vorredner, die Infrastruktur in Deutschland sei in einem erbärmlichen Zustand. Verantwortlich dafür seien Union und SPD, die die Regierung in den letzten beiden Legislaturperioden gestellt hätten. „Das ist keine politische Ehrlichkeit“, urteilte er. Den Bundesverkehrsminister lobte der AfD-Abgeordnete dafür, die SPD weiter getrieben zu haben „als es die Union in den letzten Jahren geschafft hat“.

Kritik übte Spaniel an der „willkürlichen Projektauswahl“. Nur für wenige Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 solle das überragende öffentliche Interesse gelten. Wie schnellere Planung möglich ist, sei bekannt. Bei den Projekten der Deutschen Einheit sei dies gelungen, wie auch bei dem LNG-Gesetz. Wer diese Maßnahmen nicht flächendeckend anwendet, wolle gar keinen Ausbau und keine Modernisierung der Straßeninfrastruktur, sagte Spaniel.

Grüne: Klimaschutzlücke im Verkehr ist enorm

Es gelte zu entscheiden und zu priorisieren, sagte Stefan Gelbhaar (Bündnis 90/Die Grünen). „Wer gleichzeitig ganz viel beschleunigen will, der beschleunigt am Ende nichts“, so Gelbhaar. Daher müsse auch bei dem Gesetz noch priorisiert werden. Das Motto müsse lauten: nicht verzetteln, sondern nachschärfen. „Wir müssen die Projekte beschleunigen, die dem Schutz unserer Lebensgrundlage dienen“, betonte der Grünenabgeordnete. Klima, Umwelt und Natur gehörten dazu. „Die Klimaschutzlücke im Verkehr ist enorm“, sagte er. Mehr Tempo brauche es beispielsweise bei der Elektrifizierung der Bahn. Schnell und massiv ausgebaut werden müsse auch die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge.

Linke für mehr Personal in den Behörden

Zu sagen, man müsse nur die Bürokratie abbauen, um schneller planen und bauen zu können, sei seiner Fraktion zu populistisch, sagte Thomas Lutze (Die Linke). Schließlich hätten die Bürger Beteiligungs- und Klagerechte. Diese sollen nun durch das Gesetz gekürzt werden. „Bei dieser Form des Bürokratieabbaus, also dem Abbau der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern, machen wir nicht mit“, machte er deutlich.

Das Grundproblem der langen Verfahrensdauer müsse gleichwohl im Auge behalten werden. Um wirksam dagegen angehen zu können, müsse dafür Sorge getragen werden, „dass in den Behörden wieder genügend Personal vorhanden ist, damit die Anträge ordnungsgemäß und zeitnah bearbeitet werden können“.

FDP will „Beschleunigungsturbo“

Das auf den Weg gebrachte Gesetz verdiene durchaus seinen Namen, befand Bernd Reuther (FDP). Für seine Fraktion wolle er mit aller Deutlichkeit sagen: „Wir wollen einen Beschleunigungsturbo, der für alle Verkehrsträger gilt.“ Im parlamentarischen Verfahren, so kündigte er an, „werden wir dieses bereits sehr gute Gesetz noch einen Tackern besser machen“.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Der Regierungsentwurf sieht Änderungen des Bundesfernstraßengesetzes, des Allgemeinen Eisenbahngesetzes, des Bundesschienenwegeausbaugesetzes, des Bundeswasserstraßengesetzes, des Luftverkehrsgesetzes, des Wasserhaushaltsgesetzes, des Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetzes, des Investitionsgesetzes Kohleregionen sowie des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vor.

Die Änderungen des Bundesfernstraßengesetzes enthalten Regelungen, die die Verfahren für Ersatzneubauten bei Brückenbauwerken der Bundesfernstraßen vereinfachen und beschleunigen, für erneuerbare Energie auf Bundesautobahnen, zur Digitalisierung des Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahrens, zur Ausweitung von Duldungspflichten und einer frühzeitigeren vorzeitigen Besitzeinweisung, eine Fortschreibung der Vorhabenliste zur erstinstanzlichen Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts, Erleichterungen für den Bau von Windenergie- und Solaranlagen entlang von Bundesfernstraßen, Gebührenregelungen für anbaurechtliche Verfahren, Regelungen zur Abwicklung des Grunderwerbs sowie eine Regelung zur Zuständigkeit der Planfeststellungsbehörde bei ländergrenzenüberschreitenden Vorhaben.

Darüber hinaus soll die in der EU-Richtlinie 2021/1187 enthaltene Vierjahresfrist für Genehmigungsverfahren in deutsches Recht umgesetzt werden. Auch will die Regierung Erleichterungen für den Bau von straßenbegleitenden Radwegen an Bundesstraßen schaffen.

Im Fernstraßenausbaugesetz soll nur noch festgelegt werden, dass der Bau oder die Änderung einer Bundesfernstraße, die in einer neuen Anlage 2 aufgeführt wird und die mit dem Zusatz „Engpassbeseitigung“ im Bedarfsplan versehen ist, im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegt. Demnach ausschließlich Autobahnausbauten, jedoch keine Bundesstraßen und Ortsumfahrungen.

Die Änderungen des Allgemeinen Eisenbahngesetzes beinhalten Regelungen zur Digitalisierung der Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren, zur Ausweitung von Duldungspflichten und einer frühzeitigeren vorzeitigen Besitzeinweisung. Darüber hinaus kann die Planfeststellungsbehörde in bestimmten Fällen eine Entscheidung über die planfestgestellten Verkehrsanlagen vorbehaltlich des Lärmschutzes treffen. Des Weiteren soll die in der genannten EU-Richtlinie enthaltene Vierjahresfrist für Genehmigungsverfahren in deutsches Recht umgesetzt werden.

Im Bundesschienenwegeausbaugesetz will die Regierung festlegen, dass der Bau oder die Änderung eines Bundesschienenweges, der fest disponiert ist oder für den der Bedarfsplan einen vordringlichen Bedarf feststellt, im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegt. Zudem sollen die in der Anlage zu Paragraph 1 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes genannten Vorhaben im Ergebnis der Bewertung des potenziellen Bedarfs im Hinblick auf den für die Bedarfsfeststellung erforderlichen „räumlichen und sachlichen Umgriff“ konkretisiert sowie Anpassungen an den Projektfortschritt vorgenommen werden.

Die Änderungen des Bundeswasserstraßengesetzes beinhalten Regelungen zur Digitalisierung der Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren, zur Ausweitung von Duldungspflichten, einer frühzeitigeren vorzeitigen Besitzeinweisung sowie eine Erweiterung der Anlage 2 um Bundeswasserstraßen mit erstinstanzlicher Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts.

Ferner wird die in der genannten EU-Richtlinie enthaltene Vierjahresfrist für Genehmigungsverfahren im Bundeswasserstraßengesetz, im Luftverkehrsgesetz und im Wasserhaushaltsgesetz umgesetzt. Die Änderungen des Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetzes und des Investitionsgesetzes Kohleregionen betreffen Folgeänderungen sowie redaktionelle Anpassungen.

Im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung will die Regierung schließlich regeln, dass beim Ersatzneubau von Brücken der Bundesfernstraßen unter bestimmten Voraussetzungen keine Umweltverträglichkeitsprüfung vorzunehmen ist. Gleiches soll in bestimmten Fällen für straßenbegleitende Radwege an Bundesstraßen gelten.

24.06.2023

Verkehrswacht will Tempo 80

(Warnemünde) - Cannabis und Tempolimits standen auf der Tagesordnung einer Fachtagung und der Jahreshauptversammlung der Deutschen Verkehrswacht in Warnemünde. Gefordert wird ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Bundes- und Landstraßen sowie innerorts Tempo 30. In Bezug auf Cannabis gehöre Kiffen und Fahren nicht zusammen.

Im Rahmen ihrer Jahreshauptversammlung am 23. und 24. Juni in Rostock-Warnemünde hat sich die Deutsche Verkehrswacht e.V. (DVW) umfassend zu Geschwindigkeitsbegrenzungen positioniert. In entsprechenden Beschlüssen der Mitgliederversammlung fordert der Verband ein allgemeines Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen. Auf Bundes- und Landstraßen soll die Regelgeschwindigkeit auf 80 km/h abgesenkt werden und nur auf entsprechend ausgebauten Strecken weiterhin höhere Geschwindigkeiten erlaubt sein. Auch Lkw sollen künftig 80 km/h fahren dürfen, um die Differenzgeschwindigkeit auszugleichen und den Überholdruck zu verringern. Bisher sind es bei schweren Lkw 60 km/h. Ein dritter Beschluss fordert den Gesetzgeber auf, Kommunen die Möglichkeit zu geben, Tempo 30 vor Ort selbstständig und bedarfsgerecht auszuweisen. Die DVW unterstützt mit dem Beschluss zur Geschwindigkeit innerorts der Initiative „Lebenswerte Städte“, der sich bereits knapp 800 Städte und Gemeinden in Deutschland angeschlossen haben.

DVW-Präsident Prof. Kurt Bodewig sagte: „Wenn wir das Tempo im Straßenverkehr rausnehmen, können wir viele schwere Unfälle wirksam verhindern. Mit unseren Beschlüssen zu Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen, Landstraßen und innerorts haben wir heute ein deutliches Signal für mehr Verkehrssicherheit gesendet.“

Für die DVW bleibt Cannabis eine illegale Droge: Wer diese konsumiert und am Straßenverkehr teilnimmt, muss mit harten Strafen rechnen. Eine Legalisierung von Cannabis, wie sie von der Bundesregierung geplant ist, werde die Rahmenbedingungen im Umgang mit dem Rauschmittel verändern und habe erhebliche Auswirkungen auf die Rechtsprechung und Überwachung im Straßenverkehr. DVW-Präsident Prof. Kurt Bodewig resümierte: „Beim Thema Cannabis im Straßenverkehr stehen wir vor großen Herausforderungen. Kiffen und Fahren gehören einfach nicht zusammen!“

Zur Jahreshauptversammlung waren etwa 200 Mitglieder, Delegierte und Fachleute zum Tagungsort auf der „Hohen Düne“ nach Warnemünde angereist. Viele besuchten bereits am Vortag die Fachtagung auf der kontrovers über die Herausforderungen der geplanten Legalisierung von Cannabis für den Straßenverkehr diskutiert wurde.

<https://deutsche-verkehrswacht.de/cannabis-und-tempolimits-dvw-trifft-sich-zur-jahreshauptversammlung-in-rostock/>

25.06.2023

Junge Generation will deutlich mobiler sein, als alle vorherigen

(München) - Die Mehrheit der Menschen in Deutschland befürwortet zwar Klimaschutz, will dafür aber nicht auf Mobilität verzichten. Darauf deutet eine repräsentative ADAC Umfrage hin. Schon bei der Umfrage im Jahr 2021 waren Maßnahmen, die den Autoverkehr verteuern oder beschränken, zum Großteil abgelehnt worden. Daran hat sich zwischenzeitlich wenig geändert. Zwischen den Generationen gibt es dabei keine großen Unterschiede: Auch junge Erwachsene denken so. Ihre Antworten sind erstmals gesondert ausgewertet worden.

Vielmehr lassen die Ergebnisse der aktuellen Umfrage darauf schließen, dass alle Altersgruppen ihre individuelle Mobilität eher langsam und allmählich verändern wollen. Die Teilnehmenden geben zum Beispiel an, Bahn und ÖPNV wieder mehr zu nutzen als während der Corona-Pandemie. Auch das Fahrrad hat an Bedeutung gewonnen. Der Pkw bleibt aber weiterhin das mit Abstand am häufigsten genutzte Verkehrsmittel.

Fast niemand will verzichten

Viele sprechen dem Verkehr in der Mobilitäts-Umfrage 2023 negative Umweltwirkungen zu: 40 Prozent gehen davon aus, dass dieser Sektor ernsthaft die Umwelt bedroht. Der Mehrheit fällt es jedoch schwer selbst aktiv zu werden: 39 Prozent wollen nicht auf Reisen mit dem Flugzeug oder Auto verzichten.

Auch beim Blick in die etwas fernere Zukunft zeichnet sich keine große Veränderung beim Mobilitätsverhalten ab: Zwar gehen mehr Menschen davon aus, dass sie die Bahn und den ÖPNV in fünf Jahren öfter nutzen werden. Doch 85 Prozent der Pkw-Fahrenden halten es für sehr wahrscheinlich, dass sie auch 2026 ein Auto nutzen werden. Nur 5 Prozent rechnen damit, dass sie dann keinen Pkw mehr haben. Ausschlaggebend ist dafür weniger der Klimaschutz, sondern hohe Kosten und das eigene Alter.

Mehrheit will besseren ÖPNV

Als Maßnahmen zum Klimaschutz befürworten die meisten Befragten, die Alternativen zur fossilen Mobilität zu stärken. Dabei geben vier von fünf Personen dem Ausbau des ÖPNV die höchste Priorität. Der überwiegende Teil wünscht sich daneben eine bessere Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Kraftstoffe und Strom sowie die Einführung klimaneutraler E-Fuels.

Gleichwohl bemängeln immer mehr, die den ÖPNV bisher nicht oder nur selten nutzen, das unzureichende Angebot. Aus Sicht der Befragten lässt das ÖPNV-Angebot vor allem im ländlichen Raum zu wünschen übrig. Dort sind 51 Prozent damit unzufrieden. In Ballungsräumen gilt das nur für 15 Prozent. Die Einführung des Deutschlandtickets greift entscheidende Motivationsfaktoren für einen Wechsel zum ÖPNV auf: den Preis und Komfort beim Ticketkauf. Nicht minder wichtig sind mehr Direktverbindungen, bessere Taktungen und höhere Zuverlässigkeit.

Mehrheit gegen grün-ideologische Verbotspolitik

Veränderungen, die das individuelle Mobilitätsverhalten einschränken, stoßen in der ADAC Befragung auf wenig Zustimmung: Höhere Steuern bei Kraftstoffen lehnen fast zwei Drittel ab. Die Verknappung oder Verteuerung von städtischem Parkraum und ein Stopp und Verbot des Straßennetzausbaus sind für mehr als die Hälfte ebenfalls keine Optionen.

Jüngere Generation will mobiler sein, als alle vorherigen Generationen

Ein Blick auf junge Erwachsene - die 18- bis 25-jährigen - zeigt, dass Klimaschutz für diese zu den Top-Prioritäten der Verkehrspolitik gehört. Aber, ein Verzicht auf Pkw und Flugzeug kommt für die meisten von ihnen nicht infrage. Nach eigenen Angaben sind sie jetzt schon deutlich mobiler als die Altersgruppe ab 26 Jahren und die Generationen vor ihnen.

Dabei nutzen sie insbesondere die Bahn, den ÖPNV, Motorrad und Motorroller häufiger. Junge Leute gehen sogar viel häufiger als die über 25-jährigen davon aus, den Pkw im Jahr 2026 mehr zu nutzen als aktuell - sowohl als Fahrerinnen und Fahrer (38 Prozent), als auch als Beifahrende (13 Prozent) und durch Carsharing (12 Prozent). Mit dem Flugzeug wollen sie in Zukunft auch öfter unterwegs sein (19 Prozent) als heute.

Trotzdem zeigt sich diese junge Altersgruppe aufgeschlossener dafür, fossile Kraftstoffe zu verteuern und sich vom Pkw mit Verbrennungsmotor zu verabschieden: Sie kann sich eine rein elektrische Zukunft eher vorstellen als die älteren Befragten. Die Jüngeren gaben an, bereit zu sein, auf den ÖPNV umzusteigen - sofern das Angebot stimmt und die Zuverlässigkeit sich spürbar verbessert. Auch der Verzicht auf ein Auto im Haushalt ist in den kommenden fünf Jahren wahrscheinlicher als bei der Altersgruppe ab 26 Jahre.

„Die Menschen sind in der Mehrheit bereit, für den Klimaschutz ihr Mobilitätsverhalten zu ändern, aber sie wollen dabei nicht verzichten. Deshalb ist es so wichtig, bei allen Einschränkungen immer auch die Alternativen weiterzuentwickeln und sie zu einem bezahlbaren Preis anzubieten“, so ADAC Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand.

<https://www.adac.de/verkehr/standpunkte-studien/mobilitaets-trends/umfrage-klimaschutz-mobilitaet/>

☐ Prozent,Pkw,Klimaschutz,Umfrage,Junge
•• 221

26.06.2023

BMW übersieht Motorrad

► **Untereschach, 2 Fahrzeuge, 5500 Euro Sachschaden**

(Untereschach) - Ein Motorradfahrer und seine 20 Jahre alte Mitfahrerin sind am Sonntagnachmittag an der Kreuzung der B 30 mit der B 467 bei Untereschach von einem Pkw angefahren worden. Beide wurden leicht verletzt.

Der 24-jährige Motorradfahrer war auf dem rechten Fahrstreifen von Ravensburg in Richtung Tettngang unterwegs, als sich auf dem linken Fahrstreifen neben ihm ein 22-jähriger in einem BMW einordnete. Der BMW-Lenker wollte kurz entschlossen doch auf den rechten Fahrstreifen wechseln und übersah dabei den Biker samt Sozia. Beim Zusammenstoß mit dem Motorrad kippte die Maschine und schlitterte über die Straße. Die 20-Jährige und der 24 Jahre alte Fahrer stürzten und verletzten sich leicht. Sie mussten zur medizinischen Versorgung in ein Krankenhaus gebracht werden. Bei dem Zusammenstoß entstand am Motorrad ein Schaden von rund 3.000 Euro, am BMW beläuft sich dieser auf etwa 2.500 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5543619>

☐ Untereschach,BMW,Motorrad,Fahrstreifen
•• 302

26.06.2023

Zigarette steckt Wiese in Brand

(Baienfurt) - Zu einem Brand musste am Sonntagabend die Feuerwehr nach Baienfurt ausrücken. Gegen 19.30 Uhr geriet ein Wiesenstück entlang der B 30 zwischen Baienfurt und Bad Waldsee in Brand. Insgesamt verbrannte eine kleine Fläche von nur wenigen Quadratmetern. Als wahrscheinlich für den Brandausbruch dürfte eine achtlos weggeworfene Zigarette eines Autofahrers gewesen sein, vermutet die Polizei.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5543619>

☐ Brand,Zigarette,Baienfurt
•• 218

26.06.2023

Unfallverursacher polizeilich gesucht

► **Hohenreute, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden**

(Hohenreute) - Nach einem Verkehrsunfall, der sich am Sonntag gegen 16.15 Uhr auf der Bundesstraße 30 zwischen Meckenbeuren und Ravensburg ereignet hat, sucht die Polizei Ravensburg Zeugen.

Eine 20-jährige war mit ihrer Mercedes A-Klasse in Richtung Meckenbeuren unterwegs. Ihren Angaben zufolge sei ihr auf Höhe von Hohenreute ein unbekannter Autofahrer auf ihrer Fahrspur entgegengekommen. Um einen Zusammenstoß zu verhindern habe sie ausweichen müssen und kollidierte mit der Leitplanke. An der rechten Fahrzeugseite entstand Sachschaden von rund 8.000 Euro. An der Verkehrseinrichtung wird dieser auf etwa 2.000 Euro beziffert.

Der Unfallverursacher setzte seine Fahrt in Richtung Ravensburg fort. Zeugen des Unfalls werden gebeten, sich unter Tel. (07 51) 8 03 - 33 33 bei der Polizei zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5543631>

☞ Hohenreute, Unfallverursacher, Ravensburg
👁 283

27.06.2023

Radfahlerin von Pkw erfasst

► **Buch, 2 Fahrzeuge, 200 Euro Sachschaden**

(Buch) - Am Montag kurz vor 10 Uhr wurde in der Hauptstraße in Meckenbeuren-Buch eine 68-jährige Radfahlerin von einem Pkw erfasst und leicht verletzt. Zeugenangaben zufolge fuhr eine 71-jährige Nissan-Lenkerin über eine rote Ampel und kollidierte frontal mit der Radlerin, die bei Grün über den Fußgängerüberweg fuhr.

Die 68-jährige stürzte über die Motorhaube und die Frontscheibe auf die Straße. Ein Rettungsdienst brachte die Frau zur weiteren Behandlung in eine Klinik. Am Nissan entstand Sachschaden von mehreren tausend Euro, am Rad fiel dieser mit rund 200 Euro eher gering aus. Die 71-jährige Unfallverursacherin blieb unverletzt, sie muss nun mit einer Anzeige rechnen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5544770>

☞ Buch, Radfahlerin, Pkw
👁 274

27.06.2023

Neue Brücke eingeweiht

(Senglingen) - Rund 80 Anwesende besuchten am Donnerstagnachmittag an der Ostseite des Senglinger Stegs die Einweihungsfeierlichkeit der neuen Brücke.

„Der Fußweg wurde schwieriger und weiter“, erinnerte Bürgermeister Georg Schellinger an die Folgen, als am 1. Juli 2021 ein nicht eingefahrener Kran auf einem Lastwagen das Mittelteil der Holzbrücke aus dem Jahr 1984 einriss. Rund zwei Jahre später wurde nun die neue Brücke eingeweiht. Schellinger bezifferte die Kosten auf rund 434.000 Euro. „Die Brücke ist richtig schön geworden“, freute sich der Bürgermeister. Die Weihe der Brücke oblag Pfarrer Peter Steinle von der evangelischen Kirche und Pfarrer Fabian Ploneczka von der katholischen Kirchengemeinde Obereschach.

Die neue Brücke über die Bundesstraße 30 bei Senglingen ist 32 Meter lang und zehn Tonnen schwer. Die Aluminium-Konstruktion wurde vom Atelier Sieffert in Gamsheim im Elsass gefertigt. Mit Unterstützung eines Autokrans der Firma Wolf (Untereschach) ist sie am 26. Mai auf Betonfundamente gesetzt worden, die die Firma Zwisler (Tettngang) drei Tage zuvor eingebaut hatte. Im Anschluss wurden die Wege zur Brücke wiederhergestellt.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/senglingen/eine-bruecke-ueber-die-b30-als-eindrucksvolles-entree-fuer-meckenbeuren-1712418>

☞ Brücke
👁 171

27.06.2023

Ravensburg setzt sich mit Tempolimit durch

(Weiherstobel) - Überraschend stimmte das Regierungspräsidium Tübingen zu, die B 30 zwischen Weißenau und Oberzell noch in diesem Sommer auf 120 km/h zu begrenzen. Bisher gilt dort kein

Tempolimit. Der Bauhof der Stadt Ravensburg muss die Schilder bestellen und aufstellen. Das werde noch im Sommer geschehen, so Bürgermeister Simon Blümcke in der Gemeinderatssitzung am Montag.

Seit der Freigabe der B 30 von Ravensburg-Süd bis Eschach, Ende 2019, beklagten sich Bewohner von Weiherstobel über den Verkehrslärm. Ziel ist der Schutz der knapp 80 Einwohner vor Verkehrslärm, so Blümcke. Das Regierungspräsidium habe nun insbesondere aus Gründen der Verkehrssicherheit einem Tempolimit zugestimmt. Die Behörde in Tübingen argumentierte zuvor, dass beim Bau der Straße Grenzwerte für Lärm berücksichtigt und eingehalten wurden. Die Gespräche steckten zuvor laut Stadtverwaltung lange Zeit fest. Nun hatte die Stadt Ravensburg offenbar Erfolg.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/tempolimit-auf-der-b-30-bei-weiherstobel-kommt-1720389>

📍 Ravensburg,Tempolimit
👤 240

29.06.2023

Unachtsamkeit führt zu heftigem Unfall

▶ **Achstetten, 2 Fahrzeuge, 43000 Euro Sachschaden**

(Achstetten) - Zwei Autofahrer wurden am Mittwoch bei einem Verkehrsunfall auf der B 30 bei Achstetten verletzt. Es entstand Schaden von mehr als 40.000 Euro. Vorübergehend war die Bundesstraße teilweise gesperrt.

Gegen 16.40 Uhr war ein 43-jähriger auf dem rechten Fahrstreifen in Richtung Biberach unterwegs. Kurz vor der Anschlussstelle Achstetten wechselte er mit seinem Peugeot auf den linken Fahrstreifen. Dort fuhr von hinten ein 21-jähriger mit seinem VW heran, den der 43-jährige offenbar übersah. Der VW Fahrer bremste sein Fahrzeug ab, um einen Zusammenstoß zu verhindern. Ersten Ermittlungen der Polizei zufolge geriet der VW zunächst nach rechts und anschließend wieder auf den linken Fahrstreifen. Als sich der VW auf gleicher Höhe mit dem Peugeot befand, stießen die beiden Fahrzeuge seitlich zusammen. Dabei wurde der VW in die Mittelschutzplanken gedrückt und von dort wieder abgewiesen. Durch den Aufprall in die Schutzplanken riss an dem VW das linke Vorderrad ab. Beide Fahrzeuge kamen auf dem linken Fahrstreifen zum Stehen.

Durch den heftigen Aufprall erlitten beide Fahrer Verletzungen. Rettungskräfte brachten sie in umliegende Kliniken. Die beiden Autos mussten abgeschleppt werden. Den Sachschaden an den total beschädigten Fahrzeugen schätzt die Polizei auf rund 40.000 Euro. Die Höhe des Schadens an den Schutzplanken wird auf ca. 3.000 Euro geschätzt.

Die B 30 war in Fahrtrichtung Biberach teilweise gesperrt. Während der Unfallaufnahme und Bergung der Fahrzeuge wurde der Verkehr auf dem Standstreifen vorbeigeleitet. Um 19.20 Uhr war die Strecke wieder befahrbar. Die Feuerwehr aus Laupheim war mit 15 Einsatzkräften und drei Fahrzeugen vor Ort. Sie kümmerte sich um ausgelaufene Betriebsstoffe und sperrte die Fahrstreifen.

Die Polizei Laupheim hat den Unfall aufgenommen. Sie sucht Zeugen, die den Unfall beobachtet haben. Sie werden gebeten sich unter Tel. (0 73 92) 9 63 00 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5546654>

📍 Achstetten,VW,Unfall,Fahrstreifen,Polizei
👤 362

29.06.2023

Erdbeerfeld abgebrannt

(Ravensburg) - Ein Erdbeerfeld zwischen Vorderweißried und Höll ist am Dienstag in Brand geraten. Gegen 13.30 Uhr wurde das Feuer über Notruf gemeldet. Insgesamt standen beim Eintreffen von Polizei und Feuerwehr rund 2.500 Quadratmeter in Flammen. Die Feuerwehr sowie die Besitzer der Plantage

löschten das Feuer. Der entstandene Sachschaden ist nicht bekannt. Aktuell liegen keine Hinweise für eine fahrlässige oder vorsätzliche Verursachung des Brandes vor.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5546679>

 Erdbeerfeld
 156

Juli

05.07.2023

Rollerfahrer bei Auffahrunfall verletzt

► **Friedrichshafen, 3 Fahrzeuge, 3500 Euro Sachschaden**

(Friedrichshafen) - Bei einem Auffahrunfall am Dienstag kurz nach 16.30 Uhr in der Paulinenstraße wurde ein Rollerfahrer leicht verletzt. Eine 18 Jahre alte Ford-Lenkerin hatte nicht erkannt, dass sich der Verkehr staute und fuhr wuchtig auf den 58-jährigen Zweiradfahrer auf. Dieser wurde auf einen davorstehenden BMW aufgeschoben. Der Motorroller-Fahrer kam bei dem Auffahrunfall zu Fall. Ein Rettungsdienst brachte ihn zur weiteren Untersuchung in eine Klinik. Insgesamt entstand bei dem Unfall rund 3.500 Euro Sachschaden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5551055>

📍 Friedrichshafen,Auffahrunfall,Rollerfahrer
👤 236

06.07.2023

Sprinter überholt trotz Gegenverkehr

► **Hochdorf, 2 Fahrzeuge**

(Hochdorf) - Am Donnerstag soll ein 58-jähriger auf der B 30 bei Hochdorf trotz Gegenverkehrs überholt und dabei einen Unfall verursacht haben. Die Polizei sucht Zeugen.

Gegen 8 Uhr soll der 58-jährige mit einem schwarzen Sprinter auf der B 30 von Oberessendorf in Richtung Biberach unterwegs gewesen sein. Auf Höhe von Hochdorf versuchte er wohl bei Gegenverkehr ein Gespann zu überholen. Dem entgegenkommenden Fahrer gelang es durch eine Vollbremsung einen Frontalzusammenstoß zu vermeiden. Der Sprinter-Fahrer machte ebenfalls eine Vollbremsung und lenkte nach rechts. Dabei prallte er seitlich gegen den Anhänger des Gespanns. Anschließend scherte er hinter dem Gespann wieder ein. Kurze Zeit später gelang es dem Sprinter-Fahrer das Gespann zu überholen. Ohne sich um den Schaden zu kümmern flüchtete er in Richtung Biberach.

Laut Zeugen verließ er die B 30 an der Anschlussstelle Biberach Süd. Das Polizeirevier Biberach nahm die Ermittlungen zum Verursacher auf. Über das Kennzeichen gelang es, den 58-jährigen mutmaßlichen Fahrer des Sprinters zu ermitteln. Die Polizei bittet um weitere Hinweise von Zeugen. Insbesondere den entgegenkommenden Fahrer, der offensichtlich gefährdet wurde, sich unter Tel. (0 73 51) 44 70 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5551981>

📍 Hochdorf,Sprinter,Fahrer,Gegenverkehr,Zeugen
👤 234

06.07.2023

Rennradfahlerin prallt gegen Auto

► **Reute, 2 Fahrzeuge**

(Reute) - Bei einem Verkehrsunfall am Mittwochabend gegen 20 Uhr in der Hauptstraße in Meckenbeuren-Reute wurde eine 21-jährige Radfahlerin verletzt. Ein 58 Jahre alter Hyundai-Fahrer wollte von der Sömmeringstraße nach rechts auf die Hauptstraße einfahren. In diesem Moment kam die Rennradfahlerin mit hoher Geschwindigkeit, entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung, auf dem Radweg angefahren, woraufhin es zum Zusammenstoß kam. Die 21-jährige stürzte zu Boden und zog sich leichte Verletzungen zu, die in einer Klinik behandelt werden mussten. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere hundert Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5551957>

📍 Reute,Rennradfahlerin
👤 291

07.07.2023

B 30 wegen Bau einer Anschlussstelle teilweise gesperrt

(Dellmensingen) - Zur Entlastung der Stadt Erbach vom Durchgangsverkehr der B 311 lässt das Regierungspräsidium Tübingen seit dem Jahr 2017 eine neue Querspange von der B 311 von Oberdisingen zur B 30 bei Dellmensingen bauen. Da die zweibahnige B 30 noch über genügend freie Kapazitäten verfügt, soll mit Hilfe dieser Querspange der Ost-West-Verkehr der B 311 mit der B 30 gebündelt werden, um Erbach, seine Teilgemeinden sowie die Stadt Ulm zu entlasten. Die Arbeiten sind soweit fortgeschritten, dass in diesem Zuge in den nächsten Monaten eine neue Anschlussstelle bei Dellmensingen mit der B 30 gebaut wird.

Die Bauarbeiten für den Anschluss der Querspange an die B 30 beginnen am Montag, 10. Juli 2023. Während der Bauzeit ist, abhängig vom Baufortschritt, auf der B 30 in beiden Richtungen der Standstreifen sowie zeitweise auch der rechte Fahrstreifen gesperrt. Der Verkehr wird über den linken Fahrstreifen an der Baustelle vorbeigeführt. Nach derzeitigem Stand dauern die Bauarbeiten bis zum 29. September 2023.

Mit der Fertigstellung der B 311-Querspange rechnet das Regierungspräsidium im Jahr 2024.

[https://www.verkehrsinform.de/Baustellen?strassen=B30&sperrarten=&ereignisarten=&strassenklassen=&landkreise=®ierungsbezirke=&alle=&schwertransport=false&nachtbaustellen=false&von=2023-07-07 18:50&bis=2023-08-31 23:59](https://www.verkehrsinform.de/Baustellen?strassen=B30&sperrarten=&ereignisarten=&strassenklassen=&landkreise=®ierungsbezirke=&alle=&schwertransport=false&nachtbaustellen=false&von=2023-07-07%2018:50&bis=2023-08-31%2023:59)

 Querspange, Anschlussstelle, Dellmensingen, Regierungspräsidium
•• 340

09.07.2023

Neue Bundesländer mit Verkehrsinfrastruktur unzufrieden

(Dresden) - Nach mehr als 30 Jahren intensivem Aufbaus Ost, sind die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder unzufrieden mit der Verkehrsinfrastruktur. Bei einer Sonderkonferenz in Berlin mit Bundesverkehrsminister Volker Wissing und dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider, machten sie nun ihren Frust über den weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur deutlich.

Dabei betonten sie die besondere Rolle Ostdeutschlands als wichtiges Bindeglied zwischen Ost- und Westeuropa. „Für das weitere Zusammenwachsen Europas - nicht zuletzt nach den geopolitischen Entwicklungen des letzten Jahres - fällt den ostdeutschen Ländern durch ihre Mittellage im Kontinent eine besondere Bedeutung zu“, erklärte die MPK-Ost unter dem Vorsitz von Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer am Freitag. „Im Vergleich zur Anbindung nach Westeuropa ist bei der Straßen- und besonders bei der Schienenanbindung nach Mittel- und Osteuropa jedoch nach wie vor ein erheblicher Nachholbedarf festzustellen.“

Der Osten braucht Schienen

Obwohl die Bevölkerung in den neuen Bundesländern seit Jahrzehnten immer weiter zurückgeht und die meisten Regionen auch bedingt durch den Bevölkerungsschwund nur schlechte Zukunftschancen haben, müsse intensiv in das Schienennetz investiert und in den ostdeutschen Ländern deutlich ausgeweitet werden. Zugleich sollen die Schienenverbindungen nach Polen und Tschechien deutlich schneller als derzeit geplant und ausgebaut werden.

Der Osten braucht öffentliche Infrastruktur

In einem gemeinsamen Beschluss erklärten die ostdeutschen Länder, um die großen gesellschaftlichen Herausforderungen des Klimawandels, der Energiewende und der digitalen Transformation zu meistern, seien umfassende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur notwendig. Eine attraktive und bedarfsbezogene Verkehrsinfrastruktur und innovative Mobilitätslösungen für den Osten seien ein

entscheidender Standortfaktor für Investoren bei Ansiedlungsentscheidungen und könnten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Investitionen vom reichen Westen in den vernachlässigten Osten lenken

Um gleichwertige Lebensverhältnisse auch bei der Verkehrsinfrastruktur zu erreichen, könne ein neuer Bundesverkehrswege- und Mobilitätsplan 2040 ein zentraler Ansatz sein. Aus Sicht der ostdeutschen Länder ist bei der Neudefinition und Neugewichtung der Bedarfskriterien als Entscheidungsgrundlage für die Planung und den Bau auch die Grenz- und Transitlage der ostdeutschen Länder zu den europäischen Nachbarn und die damit einhergehende europäische Bedeutung der Verkehrswege besonders zu berücksichtigen. Die Länder forderten zugleich eine Einbeziehung in die methodischen Vorbereitungen zum neuen Bundesverkehrswege- und Mobilitätsplan 2040.

Verkehrsvorhaben im Osten beschleunigen

Weiter heißt es, bei dem durch den Bund vorgelegten Gesetzentwurf zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich sei sicherzustellen, dass bereits vereinbarte und priorisierte Planungs- und Bauvorhaben im Bereich der Verkehrsinfrastruktur unverändert und prioritär weitergeführt und umgesetzt werden.

Vernachlässigung des Ostens beenden

Aus Sicht der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder ist es offenkundig, dass es intensiver gemeinsamer Anstrengungen bedarf, um die bereits bundesgesetzlich festgeschriebenen Infrastruktur-Ausbauziele erreichen zu können. Daher laden die ostdeutschen Länder das Bundesministerium für Digitales und Verkehr zur Mitwirkung in einer noch zu gründenden Arbeitsgruppe ihrer Verkehrsminister (AG-Ost) ein.

Mehr Tempo für mehr Schiene

In einem weiteren Beschluss forderten die ostdeutschen Länder insgesamt mehr Tempo beim Ausbau der Infrastruktur. Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren bremsten dringend benötigte Projekte aus.

<https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2023/07/mpk-ost-mahnt-mehr-tempo-beim-ausbau-der-verkehrsinfrastruktur-in-ostdeutschland-an-543812>

🗺 Länder, Verkehrsinfrastruktur, Osten, Ost, Infrastruktur
👤 222

09.07.2023

Kretschmann kritisiert grünen Auto- und Straßenhass

(Stuttgart) - Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat seine Partei für eine Art Kulturkampf gegen das Auto kritisiert. „Das Auto war bei den Grünen noch nie sehr beliebt, weil es CO₂ emittiert, Straßen benötigt und die Natur beeinträchtigt“, sagte Kretschmann der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Mittlerweile gebe es aber Elektroautos, die kein CO₂ ausstoßen. Auf diese Entwicklung müsse man reagieren. „Stattdessen pflegen auch viele Grüne weiter ihr altes Feindbild“, sagte Kretschmann.

In Parteitagsreden werde zum Fahrradfahren aufgerufen und zum Bau von Schienen. „Aber damit kann man das Klimaproblem des Individualverkehrs ja nicht lösen, das wird die Menschheit nun mal nicht machen“, sagte Kretschmann in dem Interview. Die Chinesen würden nicht wieder auf das Fahrrad umsteigen. „Nein, die bauen Elektroautos und greifen uns damit an.“

Natürlich seien auch andere Verkehrsträger als Autos gefragt. Gerade in ländlichen Gegenden könne man das Auto aber nicht komplett durch den öffentlichen Nahverkehr ersetzen. „Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb muss man keinen Kulturkampf gegen das Auto führen, das ist schädlich.“ Damit vergraulen man Menschen, die Auto fahren oder es auch müssen. Vernünftiger sei es, den Leuten zu sagen: „Kauft euch bitte ein Elektroauto.“

📄 Auto,Kretschmann
👤 221

09.07.2023

Mazda-Fahrer nach Ausbauende tödlich verunglückt

► **Untereschach, 1 Tote, 2 Schwerverletzte, 2 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 40000 Euro Sachschaden**

(Untereschach) - Am Sonntag kam es auf der B 30 gegen 15.54 Uhr bei Ravensburg-Untereschach zu einem folgenschweren Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang.

Der Lenker eines Mazda 5 befuhr die B 30 aus Richtung Ravensburg kommend in Fahrtrichtung Süden. Nach dem Ende der Ausbaustrecke, im Bereich der Brücke der Rebholzstraße, geriet der Fahrer des Mazda in einer dortigen langgezogenen Linkskurve aus bislang ungeklärter Ursache auf die Gegenfahrbahn. Dort kollidierte das Fahrzeug frontal mit einem entgegenkommenden Kleinlastwagen, VW Crafter. Durch die Kollision wurde der VW Crafter angehoben und kam mit dem Fahrzeugheck auf der Leitplanke zum Stehen.

Der 62-jährige Lenker des Mazda verstarb trotz eingeleiteter Hilfemaßnahmen noch an der Unfallstelle. Alle fünf im VW Crafter befindlichen Insassen wurden zur Behandlung in eine Klinik gebracht. Mindestens zwei davon erlitten schwere Verletzungen.

Bei dem Unfall entstand ein Gesamtschaden von circa 40.000 Euro. Beide Fahrzeuge wurden durch den Unfall schwer beschädigt und waren nicht mehr fahrbereit. Sie wurden abgeschleppt.

Zur Ermittlung der genauen Unfallursache wurde durch die Verkehrspolizei des Polizeipräsidiums Ravensburg ein Gutachter hinzugezogen. Im Weiteren wurde durch die Experten der Polizei eine Drohne für Übersichtsaufnahmen aus der Luft eingesetzt.

Zur Hilfe vor Ort waren zwei Rettungshubschrauber und mehrere Rettungswagen sowie Notärzte eingesetzt. Die Feuerwehr unterstützte die Maßnahmen mit insgesamt fünf Fahrzeugen und 28 Wehrmännern.

Die B 30 war in beide Fahrtrichtungen für mehrere Stunden gesperrt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5553774>

📄 Untereschach,Mazda,Fahrer,Ravensburg,VW
👤 831

09.07.2023

Grüne wollen Schwarzfahren und Diebstahl legalisieren und Straßenbau bestrafen

(Berlin) - Eine Gruppe von zehn Politikerinnen und Politikern der Grünen hat die Initiative ergriffen und ein Papier mit Forderungen für eine umfassende Rechtsreform vorgelegt. Demnach soll das Schwarzfahren in öffentlichen Verkehrsmitteln, Diebstahl von Lebensmitteln, Besitz von Kinderpornographie und Cannabis legalisiert werden. Dagegen fordern die Grünen eine Strafverfolgung oder Verschärfung für „Ökozid“, wie dem Bau von Straßen.

Unterzeichnet ist das Papier unter anderem von der Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Bundesministerin Renate Künast sowie den grünen Landesjustizministerinnen Katja Meier (Sachsen), Doreen Denstedt (Thüringen) und dem nordrhein-westfälischen Justizminister Benjamin Limbach (ebenfalls Grüne), berichtet das Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Das soll nicht mehr strafbar sein:

-
- Schwangerschaftsabbrüche,
 - Schwarzfahren in öffentlichen Verkehrsmitteln,
 - Diebstahl von Lebensmitteln, das sogenannte Containern,
 - verbotene Prostitution soll nicht länger unter Strafe stehen,
 - Besitz kinderpornografischer Inhalte, wenn dies dazu dient diesen anzuzeigen und
 - Besitz und Konsum von Cannabis.

Das soll härter bestraft werden:

- Die Grünen sprechen sich für einen Straftatbestand des „Ökozids“ auf internationaler und europäischer Ebene aus, wie dem Bau von Straßen. „Finanzierung, Zulassung oder Verursachung solcher schwerer Umweltschäden sollten noch effektiver strafrechtlich verfolgt werden“, heißt es in dem Papier.
- Die Grünen fordern das Tierschutzstrafrecht in das Strafgesetzbuch zu überführen, um die Tierquälerei in der deutschen Landwirtschaft zu beenden, insbesondere für eine Verletzung des Tierschutzes, wenn die Tat bandenmäßig, bei einer gewerblichen Tätigkeit oder von Amtsträgern und Amtsträgerinnen begangen wird.
- Außerdem brauche das Cyberstrafrecht eine Überarbeitung, weil Cyberangriffe „quantitativ und qualitativ“ zunehmen. Damit auch juristische Personen und Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden können, solle es ein Verbandssanktionengesetz geben.

<https://www.md.de/politik/gruene-rechtspolitiker-fordern-liberalisierung-des-strafrechts-BKUTV5VKWNEFDfrDBS613JAHLQ.html>

☐ Grünen,Grüne,Schwarzfahren,Diebstahl
•• 232

10.07.2023

Polizei warnt vor Erntefahrzeugen

(Ulm) - Während der Erntezeit sind vermehrt landwirtschaftliche Fahrzeuge auf den Straßen unterwegs. Diese Fahrzeuge sind mit deren Geräten meist breiter als gewohnt und erfordern eine erhöhte Vorsicht im Straßenverkehr.

Die landwirtschaftlichen Geräte werden in der Erntezeit besonders stark beansprucht. Daher können Blinker und Rücklicht verschmutzt oder defekt sein. Das erhöht das Risiko eines Unfalls. Zwar sind die Fahrer der Geräte verpflichtet, diese in Ordnung zu halten. Trotzdem empfiehlt die Polizei eine besondere Rücksicht gegenüber land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen.

An Einmündungen von Feldwegen müssen Verkehrsteilnehmer zur Erntezeit mit verschmutzten Straßen rechnen, die besonders in Kurven und bei Nässe gefährlich sind. Wer einen Traktor überholt, muss sicher sein, dass dieser am nächsten Feldweg nicht abbiegen möchte. Wer sich Traktoren nähert, sollte rechtzeitig vom Gas gehen. Auch sollte beachtet werden, dass Anbaugeräte beim Abbiegen ausschwenken können.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5554373>

☐ Polizei,Erntezeit
•• 148

10.07.2023

Böschung gerät in Brand

(Baindt) - Am Freitag ist eine Böschung an der B 30 bei Baindt in Brand geraten. Um 17.27 Uhr wurde die Freiwillige Feuerwehr alarmiert. Der Brand breitete sich entlang der Straße und in Richtung des Rieds aus. Durch den Einsatz mehrerer Rohre löschte die Feuerwehr die Flammen. Ein Löschfahrzeug wurde auf der B 30, das andere auf der Riedseite eingesetzt.

<https://www.facebook.com/FeuerwehrBaindt/posts/pfbid0TKPq3DRufjRUoSbtuMn91Envo1RdEWhCfakxAVhuYvisAAp162A5aYKRLp9eGxAKI>

📷 Brand, Böschung
💬 177

10.07.2023

Drei Pkw brannten an einem Tag

(Baindt / Berg) - Mindestens drei Mal mussten die umliegenden Feuerwehren am Wochenende wegen Pkw-Bränden ausrücken. Wegen eines technischen Defekts geriet ein Mercedes am Sonntag gegen 21 Uhr im Bereich des Ausbauendes der B 30 bei Baindt in Brand. Wenige Stunden zuvor, gegen 16.30 Uhr, brannte der Motor eines Daimler Benz im selben Streckenabschnitt. Auch hier wird ein technischer Defekt als Ursache vermutet. An beiden Pkw entstand Totalschaden. Sie mussten durch einen Abschleppdienst geborgen werden.

Bereits gegen 14 Uhr war im Bereich Berg-Ettishofen ein Daimler Benz in Flammen aufgegangen, an dem kurz zuvor ein Ölwechsel durchgeführt wurde. Die Brandursache könnte im Zusammenhang damit stehen. An dem Wagen entstand ebenfalls Sachschaden.

Verletzt wurde bei allen drei Bränden niemand.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5554633>

📷 Pkw
💬 178

10.07.2023

Alkoholisierter Mann greift Einsatzkräfte an

(Friedrichshafen) - Strafrechtliche Konsequenzen drohen einem 20-jährigen, der am Montagmorgen im Bereich des Romanshorner Platzes in Friedrichshafen Einsatzkräfte angegriffen hat. Der Rettungsdienst kümmerte sich gegen 4.45 Uhr um den augenscheinlich stark betrunkenen Patienten, der eine Kopfplatzwunde hatte. Da sich der junge Mann aggressiv gegenüber den Helfern zeigte und auch von seinem Begleiter nicht beruhigen ließ, wurde die Polizei hinzugerufen. Beim Eintreffen der Beamten geriet der 20-jährige weiter in Rage. Weil er um sich spuckte, um sich trat und eine Polizistin am Bein traf, wurde er fixiert und in eine Klinik gebracht. Dort wurde er medizinisch versorgt und musste zur Einschätzung seines Alkoholisierungsgrades eine Blutprobe abgeben. Verletzt wurden die Einsatzkräfte nicht.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5554594>

📷 Einsatzkräfte, Mann
💬 163

11.07.2023

Unverständnis über Tempolimit in Enzisreute

(Bad Waldsee) - Anwohner der Landesstraße 285 haben sich offenbar über das vor Kurzem eingeführte Tempolimit von 30 km/h nachts von 22 bis 6 Uhr auf der B 30 in Enzisreute beklagt. Während in Enzisreute fast niemand wohne, gebe es an der L 285 nicht überall Tempo 30.

Das bemängelte der SPD-Stadtrat Karl Schmidberger kürzlich im Ausschuss für Umwelt und Technik. Er bezog sich dabei auf das neue nächtliche Tempolimit am Ortseingang von Enzisreute, von Bad Waldsee in Fahrtrichtung Ravensburg. In diesem Bereich gebe es kaum Anwohner und doch gelte eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Insbesondere die Anwohner der „vielfahrenen“ L 285 in Reute-

Gaisbeuren, zu denen auch Schmidberger gehört, könnten diese Geschwindigkeitsposse nicht nachvollziehen.

“Ich weiß, die Regelung wird nicht hier gemacht, aber ich werde darauf kritisch angesprochen und teilweise auch beschimpft“, so der SPD-Stadtrat.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/bad-waldsee/b-30-kritik-an-tempo-30-am-ortseingang-enzisreute-1738836?fbclid=IwAR26bXTc63s43FYY1j5zDH-NeTNhcmfWxmZGWGPF0iAPvJllh10r0Uy0dJs>

📍 Enzisreute, Tempolimit, Anwohner
👤 321

12.07.2023

Fahrt endet auf Parkplatz

(Achstetten) - Mit einem entstempelten Fahrzeug war ein 59-jähriger am Dienstag auf der B 30 bei Achstetten unterwegs. Die Polizei stoppte den Smart.

Kurz nach 10.30 Uhr fiel einer Polizeistreife auf der B 30 ein Smart Roadster auf, der vor der Zivilstreife in Richtung Ulm fuhr. Beim genaueren Hinsehen erkannten die Beamten, dass die Kennzeichen entstempelt waren. Deshalb hielt ihn die Polizei an. Bei der Kontrolle des 59-jährigen stellte sich heraus, dass der Pkw seit Mitte Juni wegen fehlendem Versicherungsschutz entstempelt worden war. Das war dem Fahrer bekannt und er räumte gegenüber den Ermittlern ein, dass er dringende Ersatzteile für sein Auto besorgen wollte. Die Fahrt war damit beendet und der Mann musste sein Auto auf einem Parkplatz stehen lassen. Er sieht jetzt einer Strafanzeige entgegen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5556106>

📍 Fahrt, Parkplatz
👤 173

12.07.2023

B 30 zwischen Ulm und Unteressendorf wegen Unwetter teilweise nicht befahrbar

(Ulm) - Herabgefallene Äste und umgestürzte Bäume führten von Dienstag auf Mittwoch zu Verkehrsbehinderungen im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Ulm. Zwischen 22 Uhr und 0.30 Uhr registrierte die Polizei rund 120 unwetterbedingte Notrufe. Den Schwerpunkt bildete der Landkreis Biberach. Vorrangig beschäftigten herabgefallene Äste und umgestürzte Bäume die Einsatzkräfte. Zeitweise waren Abschnitte der B 30 zwischen Ulm und Unteressendorf nicht befahrbar und mussten freigeräumt werden. In Ulm-Jungingen schlug gegen 23.30 Uhr ein Blitz im Dach eines Hauses ein. Die 14 Bewohner konnten ihre Wohnungen unverletzt verlassen. Um die Glutnester zu bekämpfen, musste die Feuerwehr das Dach stellenweise öffnen. Die Bewohner konnten in der Nacht nicht mehr in ihre Wohnungen zurück. Ersten Schätzungen dürfte sich der Sachschaden auf etwa 100.000 Euro belaufen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5555994>

📍 Ulm, Unteressendorf
👤 197

12.07.2023

Unwetter reißt Stromleitung ab

(Ravensburg) - Ein Unwetter zwischen Dienstagabend und Mittwochmorgen hat im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Ravensburg zahlreiche Schäden angerichtet. Bäume wurden durch die starken Winde umgeworfen oder Äste brachen ab. Sie blockierten die Straßen in den Landkreisen Sigmaringen,

Ravensburg sowie dem Bodenseekreis und sorgten für Beschädigungen und Unfälle, bei denen teils hoher Sachschaden entstand. In einigen Orten kam es infolge des Sturmes zu Stromausfällen.

Auf der L 260 zwischen Aitrach und Aichstetten verunglückte gegen 23.15 Uhr der Fahrer eines dreirädrigen Rollers schwer. Der 53 Jahre alte Lenker erkannte während der Fahrt nach Aichstetten offenbar einen auf der Straße liegenden Baum zu spät und stieß mit diesem zusammen. Dabei wurde der Lenker schwer von einem Ast verletzt. Er wurde umgehend in ein Krankenhaus gebracht. Die Landesstraße war zur Unfallaufnahme und der Rettungs- und Aufräumarbeiten komplett gesperrt.

Schwierigkeiten bereitete eine abgerissene Stromleitung über der B 30 bei Ravensburg. Für die Beseitigungsarbeiten musste die Bundesstraße zwischen den Abfahrten Ravensburg-Nord und -Süd von 23 Uhr bis 2.30 Uhr voll gesperrt werden.

Auf die Stromleitung an der Bahnstrecke zwischen Hergatz und Kißlegg fiel ebenfalls ein Baum und verursachte Sachschaden.

Auch am Mittwoch gingen die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Sturm weiter. Viele Blockaden und Schäden wurden erst bei Tageslicht entdeckt, sodass Einsatzkräfte stark gefordert waren.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5555984>

📍 Ravensburg, Stromleitung, Unwetter
👁️ 178

13.07.2023

Staatssekretär verweist aufs Land

(Hochdorf) - Auf Einladung des Biberacher Bundestagsabgeordneten Martin Gerster besuchte Michael Theurer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, am Dienstag Hochdorf. Er informierte sich über mögliche Auswirkungen der geplanten Umleitung der B 30 durch die Gemeinde. Die beiden Großbrücken der B 30 über die Riß bei Schweinhausen und über die Bahnstrecke Ulm - Friedrichshafen sollen neu gebaut werden, unter Vollsperrung der B 30 mit einer Dauer von rund 3 Jahren.

Bei dem Vor-Ort-Termin erklärte Theurer: „Der Streckenabschnitt ist sehr hoch belastet. Insbesondere an Sonn- und Feiertagen und in den Ferien werden streckenweise die Kapazitätsgrenzen erreicht oder überschritten. Der Ausbau ist notwendig, um auf die bestehenden Kapazitätsengpässe zur reagieren, aber auch die Verkehrssicherheit zu erhöhen“.

Der SPD-Abgeordnete Martin Gerster wies auf die Sorgen von Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden hin, die unmittelbar durch das erhöhte Verkehrsaufkommen der Umleitung betroffen wären: „Es muss oberste Priorität sein, die Belastungen für die Menschen in den Gemeinden Hochdorf und Ingoldingen sowie für Autofahrer so niedrig wie möglich zu halten. Daher muss das Ziel sein, mithilfe eines Ersatzbaus die Dauer der Vollsperrung so kurz wie möglich zu halten. Ich freue mich über die Zusage, dass dies jetzt intensiv geprüft wird und danke dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr, aber auch dem Regierungspräsidium Tübingen sowie dem Landesverkehrsministerium für die Bereitschaft, die bisherigen Planungen zu überprüfen.“

Theurer betonte: „Es ist im Interesse des Bundes, dass der Ausbau möglichst wirtschaftlich, zügig und unter Berücksichtigung der Belange der öffentlichen Sicherheit und der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt wird. Die Planung und Umsetzung liegen in den Händen des Landes Baden-Württemberg.“ Was den zweibahnigen Ausbau der B 30 angehe, so sei dieser laut Bundesverkehrswegeplan nur von Biberach-Jordanbad bis zur ersten diesen Brücken vorgesehen. An diese Entscheidung müssten die Behörden sich halten.

Zuständig ist das Regierungspräsidium Tübingen. Regierungspräsident Klaus Tappeser machte deutlich, dass alle Lösungsvorschläge, die in den vergangenen Monaten gemacht wurden, von seiner Behörde geprüft würden. Ihm sei klar, dass eine jahrelange Umleitung auf der genannten Route über die Dörfer für alle Fahrzeuge nicht funktionieren würde.

Ministerialdirigent Andreas Hollatz aus dem Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, erklärte den Anwesenden, dass eigentlich 100 Brücken pro Jahr instandgesetzt werden müssten. Im Moment schaffe das Regierungspräsidium Tübingen aber nur acht Brücken im Jahr. „Diesen Prozess müssen wir die nächsten Jahre also stark beschleunigen, doch dabei spielen die jeweilige Wirtschaftlichkeit und die Ressourcen eine große Rolle.“ Konkret mangle es vor allem an Fachpersonal.

Im Anschluss an das Gespräch zur B 30 nahmen die Bundestagsabgeordneten Theurer und Gerster an einer Bürgermeisterversammlung in Hochdorf teil, in der über aktuelle Vorhaben im Bundesverkehrswegeplan und die Breitbandförderung im Landkreis Biberach gesprochen wurde.

<https://wochenblatt-online.de/hoher-besuch-aus-dem-verkehrsministerium-auf-einladung-von-martin-gerster-mdb-besucht-parlamentarischer-staatsekretaer-michael-theurer-die-gemeinde-hochdorf-und-informiert-sich-ueber-die-umleitung-de/>

📄 Hochdorf, Staatssekretär, Gerster, Theurer, Verkehr
👤 279

13.07.2023

111 Personen bei Großkontrolle kontrolliert

(Baltringen) - Bei einer Großkontrolle am Mittwoch auf der B 30 bei Mietingen-Baltringen stoppte die Polizei zahlreiche Fahrer, die mutmaßlich unter Drogen standen.

Zwischen 13 und 19 Uhr hatte die Polizei auf einem Parkplatz an der B 30 bei Baltringen eine Kontrollstelle eingerichtet. Die Beamten des Polizeipräsidiums Ulm überwachten den Verkehr in Richtung Ulm und richteten dabei ihr Hauptaugenmerk auf Fahrer, die sich mutmaßlich unter der Einwirkung von Drogen ans Steuer gesetzt hatten. Rund 40 Beamte und zwei Polizeihunde kontrollierten 78 Fahrzeuge und 111 Personen.

Bei 15 Fahrern bestand der Verdacht der Drogenbeeinflussung. Sie durften nicht mehr weiterfahren und mussten eine Blutprobe abgeben. Die Proben entnahm ein Arzt direkt an der Kontrollstelle. Ein Fahrer hatte zu viel Alkohol getrunken und musste sein Auto stehen lassen. Insgesamt 15 Personen werden wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz zur Anzeige gebracht. Die Polizisten stellten Kleinmengen an Amphetamin, Marihuana sowie Ecstasy sicher. Zwei Fahrende müssen mit einer Strafanzeige wegen Fahren ohne Fahrerlaubnis rechnen. Auf eine Person kommt eine Anzeige zu, weil sie eine Softair-Waffe mitführte. Das stellt ein Verstoß gegen das Waffengesetz dar.

Bei der Überprüfung eines Führerscheines und zweier Ausweise stellten sich diese als Totalfälschung heraus. Die Männer aus dem osteuropäischen Raum haben in Deutschland keinen festen Wohnsitz. Sie müssen sich nun wegen Urkundenfälschung verantworten. Zur Sicherung des Verfahrens wurden nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Sicherheitsleistungen erhoben.

Die intensiven Kontrollen sind Teil der polizeilichen Strategie, die Zahl der Drogenunfälle zu senken. Bei Kontrollen stellt die Polizei immer noch zahlreiche berauschte Fahrer fest. Das zeige die Notwendigkeit der Kontrollen, die die Polizei fortsetzen werde.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5557257>

📄 Polizei, Personen, Großkontrolle, Baltringen, Fahrer
👤 202

13.07.2023

Aquaplaning wird 34-jähriger zum Verhängnis

► Baustetten, 1 Fahrzeuge, 8000 Euro Sachschaden

(Baustetten) - Eine Leichtverletzte und 8.000 Euro Schaden sind die Folgen eines Unfalls am Mittwoch auf der B 30 bei Laupheim-Baustetten.

Eine 34-jährige fuhr gegen 17.10 Uhr auf der B 30 in Richtung Ulm. Durch den starken Regen herrschte Aquaplaning auf Höhe von Baustetten. Die Fahrerin des Renault fuhr wohl zu schnell bei diesen Witterungsverhältnissen. Sie verlor die Kontrolle über ihr Auto und geriet ins Schleudern. Mit der linken Fahrzeugseite prallte sie in die Mittelleitplanke. Von dort wurde der Pkw abgewiesen und krachte nach dem Gegenlenken nochmals in die Leitplanken. Letztendlich kam das Auto auf dem Standstreifen zum Stehen.

Die Fahrerin verletzte sich leicht am Kopf. Der Rettungsdienst brachte die Frau vorsorglich in eine Klinik. Der Abschleppdienst kümmerte sich um das nicht mehr fahrbereite Auto. Der Schaden an dem Renault beträgt etwa 6.000 Euro, der an den Leitplanken rund 2.000 Euro. Die Feuerwehr war mit acht Einsatzkräften und zwei Fahrzeugen vor Ort. Für die Dauer der Unfallaufnahme und Bergung des Fahrzeuges kam es bis gegen 18.40 Uhr zu Verkehrsbehinderungen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5557301>

📍 Baustetten,Aquaplaning,Auto
👥 270

13.07.2023

Erneute Unwetter führen zu Unfällen und Überschwemmungen

► **Wiblingen, 2 Fahrzeuge, 9000 Euro Sachschaden**

(Ulm) - Nach dem starken Unwetter in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, sind im Laufe des Mittwochs weitere Unwetter über die Region gezogen. Es kam teils zu erheblichen Beeinträchtigungen im Straßenverkehr.

Das Polizeipräsidium Ulm berichtete am Donnerstag vor allem über schwere Unwetter am Abend. Den Schwerpunkt bildeten der Landkreis Biberach, der Stadtkreis Ulm und der Landkreis Heidenheim.

Im Landkreis Biberach wurden in Laupheim durch umstürzende Bäume und herabfallende Äste im Bereich Königsberger und Danziger Straße mehrere Autos beschädigt. Durch starke Regenfälle wurde die Unterführung an der B 30-Anschlussstelle Laupheim-Süd überflutet und musste gesperrt werden. Dort stand das Wasser über 50 Zentimeter hoch. Die Feuerwehr war mit Pumpen im Einsatz.

Im Stadtkreis Ulm herrschte nach einem Starkregen Aquaplaning auf der B 30 zwischen Ulm-Wiblingen und der Landesgrenze zu Bayern. Bei nicht angepasster Geschwindigkeit verlor ein 57-jähriger gegen 20.30 Uhr die Kontrolle über seinen Mercedes und prallte gegen den VW eines 23-jährigen. Der VW geriet in die linke Leitplanke und kam danach auf dem linken Fahrstreifen zum Stehen. Der 23-jährige erlitt leichte Verletzungen. Den Sachschaden schätzt die Polizei auf etwa 9.000 Euro. Beide Autos mussten abgeschleppt werden. Zu weiteren Behinderungen kam es in Ulm im Bereich der Talfinger Uferstraße. Sie musste wegen umgestürzter Bäume komplett gesperrt werden.

Im Landkreis Heidenheim liefen in Sontheim a. d. Brenz mehrere Keller voll und Gullideckel drückten heraus. Die Polizei sicherte hier Gefahrenstellen ab und unterstützte die Feuerwehr bei ihren Maßnahmen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5557173>

📍 Ulm,Unwetter,Wiblingen,Landkreis
👥 295

13.07.2023

Anzahl der Verkehrsunfälle nimmt wieder zu

(Wiesbaden) - Im Jahr 2022 sind in Deutschland 2.788 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben gekommen. Das waren 9% oder 226 Getötete mehr als im Vorjahr. Wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch, nach den nun vorliegenden endgültigen Ergebnissen mitteilt, lag die Zahl der Verkehrstoten damit weiterhin unter der Marke von 3.000 Personen. Diese war erstmals im stark von der

Corona-Pandemie geprägten Jahr 2020 unterschritten worden, als deutlich weniger Menschen unterwegs waren als in den Vorjahren. Die Zahl der bei Unfällen im Straßenverkehr verletzten Personen stieg im Jahr 2022 um 12% auf 361.134 Verletzte. Dennoch blieb die Zahl der Getöteten und Verletzten auf einem der tiefsten Stände seit fast 70 Jahren. Durchschnittlich gab es pro Tag 989 Verletzte und fast 8 Todesopfer im Straßenverkehr.

Zahl der Alkoholunfälle deutlich gestiegen

Die Zahl der polizeilich registrierten Unfälle stieg im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 4% auf rund 2,4 Millionen. Bei 2,1 Millionen Unfällen blieb es bei Sachschaden, bei rund 290.000 Verkehrsunfällen wurden Menschen verletzt oder getötet. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden stieg damit deutlich um 12% gegenüber 2021. Bei Unfällen mit Sachschaden betrug der Anstieg dagegen 3%. Im Jahr 2022 gab es 38.771 Unfälle, an denen mindestens eine unfallbeteiligte Person alkoholisiert war. Das waren 19% mehr Alkoholunfälle als im Vorjahr.

Schwere Verkehrsunfälle vor allem auf Landstraßen

70% aller Unfälle mit Personenschaden ereigneten sich 2022 innerhalb von Ortschaften, 24% auf dem Straßentyp „Landstraße“ und 6% auf Autobahnen. Allerdings haben Unfälle auf Straßen außerhalb von Ortschaften unter anderem wegen der höheren Fahrgeschwindigkeiten oft schlimmere Folgen als auf innerörtlichen Straßen. Auf Landstraßen kommen weitere Risikofaktoren wie die fehlende Trennung zum Gegenverkehr, schlechte Überholmöglichkeiten oder ungeschützte Hindernisse wie Bäume neben der Fahrbahn hinzu. Dies zeigt auch die Zahl der Verkehrstoten: Innerorts kamen 32% der bei Unfällen im Straßenverkehr Getöteten ums Leben, auf Landstraßen waren es 57% und auf Autobahnen 11%.

Infolge von Unfällen auf Landstraßen starben im Jahr 2022 insgesamt 1.593 Personen. Die meisten von ihnen waren Pkw-Insassen (841 Getötete), gefolgt von Kraftradnutzerinnen und -nutzern (399 Getötete). Bei Unfällen auf Landstraßen, bei denen mindestens eine beteiligte Person die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten hatte oder für die Straßen- oder Witterungsverhältnisse zu schnell fuhr, starben 530 Menschen. Das war ein Drittel aller Verkehrstoten auf Landstraßen. Mehr als ein Viertel der Schwerverletzten (5.989 Menschen oder 27%) auf Landstraßen ging ebenfalls auf Unfälle wegen zu hohen Tempos zurück.

Auf Autobahnen starben 314 Menschen im Jahr 2022. Darunter waren 181 Pkw-Insassen und 71 Insassen von Güterkraftfahrzeugen (z. B. Lkw, Sattelzugmaschinen oder Kleintransporter). Auch auf Autobahnen ist zu schnelles Fahren eine der Hauptunfallursachen. Bei Geschwindigkeitsunfällen auf Autobahnen fanden 121 Menschen den Tod, das entspricht 39% aller Getöteten auf Autobahnen.

Innerhalb von Ortschaften findet der größte Teil des Rad- und Fußgängerverkehrs statt. Dies wirkt sich auch auf die Unfallzahlen aus. Im Jahr 2022 starben innerorts 881 Menschen. 62% von ihnen waren mit einem Fahrrad (276) oder zu Fuß (274) unterwegs, mit dem Pkw fuhren dagegen nur 19% (170) der innerorts tödlich Verunglückten.

(Abbildung: Auszug aus dem Unfallatlas 2022)

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/07/PD23_272_46241.html

☐ Jahr, Menschen, Landstraßen, Zahl, Unfällen
•• 198

14.07.2023

Jugendgruppe verkloppt 19-jährigen

(Friedrichshafen) - Wegen eines handgreiflichen Streits vor einem Lebensmittelgeschäft auf dem Romanshorner Platz ermittelt das Polizeirevier Friedrichshafen. Nach bisherigen Erkenntnissen kam es zwischen einem 15-jährigen und einem 19-jährigen zur Diskussion, in dessen Verlauf der jüngere zusammen mit mehreren hinzukommenden Bekannten auf den 19-jährigen einschlugen. Dieser erlitt leichte Verletzungen. Insgesamt sollen rund 15 Beteiligte an der Auseinandersetzung beteiligt gewesen sein. Das Polizeirevier Friedrichshafen will nun die genaueren Hintergründe und Tatbeteiligungen klären.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5558633>

 Friedrichshafen
 191

14.07.2023

Streit um Verwendung der Mauteinnahmen

(Berlin) - Die Einnahmen aus der Lkw-Maut sollen künftig zur Hälfte für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur für die Bundesfernstraßen „und im Übrigen für Maßnahmen aus dem Bereich Mobilität und dabei ganz überwiegend für Maßnahmen aus dem Bereich Bundesschienenwege“ verwendet werden. Die konkrete Verteilung der Mehreinnahmen sei jedoch Gegenstand des laufenden Haushaltsverfahrens, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion. Insbesondere die Grünen verlangen, dass die Mittel aus der Lkw-Maut für die Schiene verwendet werden.

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-957800>

 359

15.07.2023

Start der ersten Aktionswoche der Verkehrssicherheit

(Stuttgart) - Erstmals findet in Baden-Württemberg vom 15. bis 22. Juli 2023 eine landesweite Aktionswoche der Verkehrssicherheit statt. Schwerpunkt ist das Thema „Rücksicht im Straßenverkehr“.

Der Stellvertretende Ministerpräsident, Innenminister und Schirmherr von GIB ACHT IM VERKEHR Thomas Strobl sagte anlässlich des Starts der Verkehrssicherheitswoche am 15. Juli 2023 auf der Gartenschau in Balingen: „Verkehrssicherheitsarbeit geht uns alle an. Mit der ersten Aktionswoche für Verkehrssicherheit wollen wir dem Thema Verkehrssicherheit noch mehr Bühne geben und vor allem noch mehr Menschen erreichen.“

Kinder und Jugendliche sollen im Straßenverkehr besonders geschützt werden. Schülerinnen und Schüler sollen nicht nur die Verkehrsregeln lernen, sondern auch ein soziales Miteinander im Straßenverkehr, so Kultusministerin Theresa Schopper.

Der Minister für Verkehr, Winfried Hermann, ergänzte: „Wir sind überzeugt: Die Verkehrswende kann Mobilität für alle Menschen sicherer machen. Denn für uns heißt Sicherheit im Straßenverkehr zum Beispiel auch, dass kein Mensch mehr durch zu hohe Lärm- und Feinstaubbelastung krank wird.“

Den Start der Aktionswoche der Verkehrssicherheit bildete eine Auftaktveranstaltung auf der Plaza-Bühne der Gartenschau in Balingen. In den folgenden Tagen finden sechs weitere Veranstaltungen in Heilbronn, Karlsruhe, Leonberg, Leutkirch, Lörrach und Mannheim statt. Flankierend startete Baden-Württemberg die Kino-Präventionskampagne „RÜCKSICHT IST GAN(S) WICHTIG!“. Der Kinospot läuft ab dem 20. Juli 2023 in 14 großen Kinos in Baden-Württemberg.

<https://im.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/start-der-ersten-aktionswoche-der-verkehrssicherheit>

 Verkehrssicherheit,Aktionswoche,Start,Baden,Württemberg
 205

15.07.2023

Sorge um Planungsstillstand

(Landkreis Biberach) - Der Bund will sanieren, das Regierungspräsidium Tübingen hat für weitere Planungen eigentlich kein Personal und die Kirchturmpolitik erlebt eine neue Renaissance. Das ist im Grunde das Ergebnis einer Bürgermeisterversammlung mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Michael Theurer (FDP).

Konkret sollen sich am Dienstag der Staatssekretär mit Bürgermeistern aus der Region über die laufenden Straßenbauprojekte des Bundes im Landkreis Biberach ausgetauscht haben. Thematisiert wurden dabei die Ortsumfahrungen von Warthausen (B 465), Erlenmoos, Ochsenhausen, Ringschnait und Edenbachen (B 312) sowie die Nordwestumfahrung von Biberach und ob sich diese Projekte verzögern könnten, berichtet die Schwäbische Zeitung.

Daneben nahmen die Bundestagsabgeordneten Martin Gerster (SPD), Josef Rief (CDU) und Anja Reinalter (Grüne) sowie Regierungspräsident Klaus Tappeser in Hochdorf teil.

Die Straßenbauprojekte befinden sich in unterschiedlichen Phasen der Planung und sind im Bundesverkehrswegeplan alle als vordringlich eingestuft. Wolfgang Jautz, Bürgermeister von Warthausen, äußerte seine Hoffnung, dass der bisherige Zeitplan eingehalten werde und die Planungen ab 2025 beginnen. Er machte deutlich, dass Warthausen unter allen Umständen eine Ortsumfahrung brauche, da der Verkehr weiter zunehme. Ähnlich äußerten sich die anderen Bürgermeister.

Die oberste Priorität im Landkreis Biberach habe aber der Bau der Nordwestumfahrung von Biberach. Konkret die Fertigstellung mit dem sogenannten Aufstieg zur B 30. Dadurch würden gleich mehrere Gemeinden entlastet. Für Biberachs Baubürgermeister Christian Kuhlmann ist die Nordwestumfahrung deshalb für die gesamte Region Biberach ein sehr wichtiges Projekt, das zeitnah umgesetzt werden muss. Doch eine Region Biberach gibt es nicht.

Michael Theurer konterte, dass der Bund den politischen Fokus lieber auf die Sanierung des bestehenden Straßensystems lege. Der Bau von wichtigen Straßen und Ortsumfahrungen sei aus seiner Sicht aber ebenso wichtig. Eine starke Wirtschaft brauche ein funktionierendes Straßennetz. Die Prognosen zeigten, dass der Güterverkehr auf den größeren Straßen noch weiter steigen werde. Dazu gehören jedoch weder die B 465 noch B 312.

Regierungspräsident Klaus Tappeser berichtete von stark beschränkten Planungskapazitäten. Konkret bedeute das, dass manches Projekt sich daher eventuell nach hinten verschiebe. Zudem erklärte Tappeser die B 312 zur wichtigen Hauptachse: die B 312 sei „die am weitesten unterschätzte Straße im Regierungsbezirk. Wenn die nicht funktioniert, funktioniert ganz viel nicht.“ Er sei daher froh, dass der Landkreis Biberach die Planungen seiner Behörde so unterstütze.

Das Regierungspräsidium Tübingen habe weiterhin vor, neben den B 30-Brücken bei Hochdorf avisierte Straßen- und Radwegeprojekte im Landkreis Biberach zu planen. Ansonsten seien die hoch belastete B 30, wie auch die sonst so hoch gelobte B 311, nicht weiter erwähnt worden.

<https://www.schwaebische.de/regional/biberach/hochdorf/zu-wenige-planer-in-den-behoerden-zeitplan-fuer-ortsumgehungen-wackelt-1758339>

📍 Biberach, Landkreis, Planungen, Region, Warthausen
👥 412

17.07.2023

Fridays for Future fordert Straßenbaustopp

(Berlin) - Da das Bundesverkehrsministerium bis Montagmittag kein Sofortprogramm präsentiert hat, wie im Verkehrssektor weniger Emissionen ausgestoßen werden können, hat die Klimabewegung „Fridays for Future“ ein eigenes Sofortprogramm in Berlin vorgestellt. Darin fordert sie ab sofort ein Tempolimit auf Autobahnen und die Entlassung des Bundesverkehrsministers. Unterstützung erhält die Bewegung vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland.

Motorisierter Individualverkehr soll abgeschafft werden

Eine der Hauptforderungen, die die Bewegung an Bundeskanzler Olaf Scholz richtet, ist ein umgehendes Tempolimit auf Autobahnen von 120 Kilometer pro Stunde. Zudem sollen keine neuen Autobahnen und Bundesstraßen mehr gebaut und vorhandene nicht erweitert werden. „Fridays for Future“ erklärte, der öffentliche Nahverkehr und die Schiene müssten ausgebaut und der motorisierte Individualverkehr schrittweise abgeschafft werden. Ab 2025 sollen nach einer weiteren Forderung keine Verbrennungsmotoren mehr in Fahrzeuge eingebaut werden.

Entlassung von Wissing gefordert

In der Pressekonferenz im Berliner Museum für Naturkunde forderte „Fridays for Future“-Sprecher Pit Terjung die sofortige Entlassung von Bundesverkehrsminister Volker Wissing. Was dieser beim Thema Klimaschutz mache, sei Arbeitsverweigerung: „Dafür würde er in jedem Unternehmen sofort gekündigt.“

Der Verkehrs- und der Gebäudesektor haben 2022 erneut die im Klimaschutzgesetz festgelegten Jahreshöchstmengen an Emissionen überschritten. Nach Aussage der Klimabewegung haben die zuständigen Ministerien ein damit fälliges Sofortprogramm zur Reduzierung der Emissionsmenge in den Folgejahren bis zum Fristdatum nicht vorgelegt. Laut Klimaschutzgesetz hätte das bis zum 17. Juli passieren müssen.

Umweltverbände reichen Klage ein

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) haben deswegen nach eigenen Angaben fünf Klagen gegen die Bundesregierung eingereicht, die am 23. November vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg verhandelt werden sollen.

Bund widerspricht Behauptungen

Bundesminister Volker Wissing kritisierte das Sofortprogramm von „Fridays for Future“. Es ignoriere die Lebenswirklichkeit der meisten Menschen in Deutschland und würde Wirtschaft und Wohlstand schweren Schaden zufügen. Ein Sprecher des Verkehrsministeriums widersprach der Behauptung, dass man keine zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen vorgelegt habe. Das im Juni vorgelegte Klimaschutzprogramm der Bundesregierung enthalte auch zusätzliche Maßnahmen für den Verkehrsbereich.

Noch sieben Jahre Zeit das Klima zu retten

Unterstützt wird die Klimabewegung von den Umweltverbänden. „Die Forderungen von Fridays for Future sind in der Umweltbewegung Common Sense“, betonte der Abteilungsleiter Klimaschutz beim BUND, Arne Fellermann. Es fehle am politischen Willen, die gesetzlich vorgeschriebenen Klimaschutzziele umzusetzen. Aktuell steuere Deutschland auf eine Klimaschutzlücke von 20 Prozent zu. „Wir haben jetzt noch sieben Jahre Zeit, das zu ändern.“

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/fridays-for-future-tempolimit-wissing-100.html>

📄 Sofortprogramm, Fridays, Future, Berlin, Klimabewegung
👁️ 179

17.07.2023

Betrunkener fährt von Biberach nach Hochdorf

(Biberach / Hochdorf) - Am Sonntag kurz vor 14 Uhr meldete ein Zeuge einen Autofahrer, der in Biberach in der Waldseer Straße in Schlangenlinien fuhr. Die Fahrt setzte er bis Hochdorf fort. Dabei fuhr er auch über einen Bordstein und nutzte den Grünstreifen neben der Fahrbahn. Der Fahrer des Ford konnte an seiner Wohnanschrift durch eine Polizeistreife angetroffen werden. Ein Alkomattest ergab einen Wert von

knapp 2,5 Promille. Blutproben sollen nun den genauen Wert ermitteln. Seinen Führerschein ist der 40-jährige los. Ihn erwartet eine Anzeige wegen Trunkenheit im Verkehr.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5559565>

📍 Biberach, Hochdorf
👁️ 218

20.07.2023

Autofahrer weicht Vogel aus

▶ **Laupheim, 1 Fahrzeuge, 2500 Euro Sachschaden**

(Laupheim) - Wegen einer kurzen Unaufmerksamkeit verunglückte ein Autofahrer am Mittwoch auf der B 30 bei Laupheim.

Der 52-jährige fuhr gegen 12.40 Uhr in Richtung Ulm. Auf Höhe von Laupheim war der Fahrer des Opel wegen eines tieffliegenden Vogels abgelenkt. Wie er später der Polizei berichtet, wich er dem Wildtier aus und stieß dabei in die Mittelschutzplanken. Der Fahrer blieb unverletzt. Den Schaden an Auto und Leitplanken schätzt die Polizei auf etwa 2.500 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5563187>

📍 Laupheim, Autofahrer
👁️ 267

20.07.2023

Fahrerin bei Unfall verletzt

(Ravensburg) - Beim Zusammenstoß zweier Autos auf der L 291 hat sich eine 60 Jahre alte Autofahrerin am Mittwochnachmittag leichte Verletzungen zugezogen.

Die Lenkerin war gegen 17.45 Uhr von Berg in Richtung Ravensburg unterwegs, als ihr der Lenker eines VW, der auf die B 30 Auffahrt Ravensburg-Nord in Richtung Bodensee abbiegen wollte, die Vorfahrt nahm.

Bei dem Zusammenstoß verletzte sich die 60-jährige im Brustbereich. Ein Rettungswagen brachte sie zur Untersuchung in ein Krankenhaus. Der 36-jährige Unfallverursacher blieb unverletzt. Während an seinem VW durch die Kollision ein Schaden von rund 1.500 Euro entstand, wird dieser am Mazda der 60-jährigen auf etwa 4.000 Euro geschätzt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5563407>

📍 Ravensburg
👁️ 186

21.07.2023

Bundesregierung setzt auf alternative Kraftstoffe und Antriebe

(Berlin) - Die Bundesregierung verfolgt nach eigenen Angaben das Ziel, für die Zukunft eine leistungsstarke, den Mobilitätsbedürfnissen von Wirtschaft und Bürgern entsprechende Infrastruktur unter Berücksichtigung des Umwelt- und Klimaschutzes sicherzustellen. Das Bundes-Klimaschutzgesetz bilde bezogen auf die Klimaschutzbelange den rechtlichen Rahmen, heißt es in der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion.

„Der Umstieg auf alternative Kraftstoffe und Antriebe im Straßenverkehr ist dabei der entscheidende Baustein, um relativ schnell den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren“, schreibt die Regierung. Das

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) schaffe hierfür die infrastrukturellen Rahmenbedingungen und unterstütze innovative Antriebe und Kraftstoffe mit einer breiten Förderung für Pkw, Nutzfahrzeuge und Busse.

Neuer Bundesverkehrswegeplan wird intermodal

Als einen Dauerprozess bezeichnet die Regierung die Überprüfung der verkehrspolitischen Instrumente. Mit der erstmaligen gemeinsamen Berücksichtigung der Themenkomplexe Infrastruktur und Mobilität in einem neuen, gemäß Koalitionsvertrag auf den Weg zu bringenden Bundesverkehrswege- und Mobilitätsplan (BVMP) 2040 solle eine stärker integrierte Perspektive eingenommen werden. Damit werde in Zukunft der BVMP ein zentrales verkehrspolitisches Steuerungsinstrument des Bundes, in dessen Rahmen unter anderem eine grundlegende Überprüfung und Weiterentwicklung der verkehrspolitischen Ziele, Kriterien, Prioritäten, Verfahren und Maßnahmen des Bundes erfolgen könne. Gleichzeitig gelte es, die komplexen Wirkungszusammenhänge zwischen diesen vielfältigen Aspekten zu berücksichtigen.

Bahn soll deutlich ausgebaut werden

Auf die „Gleitende Langfrist-Verkehrsprognose“ eingehend, schreibt die Bundesregierung, sie erwarte einen weiteren Verkehrsanstieg sowohl im Personenverkehr (plus 13 Prozent) als auch im Güterverkehr (plus 46 Prozent). Die vorgestellte Prognose unterstelle in ihren Berechnungsannahmen einen massiven Ausbau der Bahn - angefangen bei der Umsetzung des Deutschlandtaktes bis hin zur Umsetzung der laut Masterplan Schienengüterverkehr vorgesehenen Maßnahmen, heißt es in der Antwort. Vor dem Hintergrund der bestehenden Kapazitätsgrenzen der Bahninfrastruktur seien die prognostizierten absoluten Zuwächse der Bahn ein zahlenmäßiger Beleg für die ambitionierten Prämissen. Deutlich würden diese beispielsweise in der Höhe der zur Erreichung der Schienengütertransportleistung (plus 33 Prozent) notwendigen Betriebsleistung (plus 46 Prozent) beziehungsweise bei der für den Schienenverkehr unterstellten Steigerung des Güteraufkommens im Kombinierten Verkehr (plus 76 Prozent).

Ampel-Politik erhöht den Straßengüterverkehr

Der durch die Politik der Ampel-Regierung ausgelöste Güterstrukturwandel ist laut Bundesregierung eine der Ursachen für die Entwicklung zu Gunsten der Straße. So sei ein starker Rückgang der Massen- und Energiegüter wie etwa Kohle, Koks und Mineralöl auf der Bahn, gepaart mit einem überdurchschnittlichen Wachstum „straßenaffiner Güter“, zu verzeichnen.

Verkehrsprognosen werden jetzt jährlich neu berechnet

Auf die Frage der Unionsfraktion, wie die Bundesregierung die „vehemente Kritik aus der Industrie an der jüngsten Langzeit-Verkehrsprognose“ bewertet, heißt es in der Antwort: Viele Vertreter von Verbänden und aus der Wissenschaft hätten begrüßt, dass das BMDV die „Gleitende Langfrist-Verkehrsprognose“ als neues Prognosewerkzeug auf den Weg gebracht habe „und so aktuelle fundierte Daten und Fakten als Grundlage für die fachliche und politische Diskussion bereitstellt“.

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) habe nun ein Bausteinsystem bestehend aus drei Verkehrsprognosen aufgestellt, die sich im Hinblick auf den Prognosehorizont, die Periodizität der Erstellung und die sachliche und räumliche Tiefe der Prognoseergebnisse unterscheiden.

Als neuer Baustein dieses Systems wurde die „Gleitende Langfrist-Verkehrsprognose“ entwickelt. Mit ihr erfolge seit 2022 eine jährliche Vorausschau der Güter- und Personenverkehrsentwicklung für alle Verkehrsträger und -mittel mit den Horizonten 15, 20, 25 und 30 Jahren. Die am 3. März 2023 vorgestellten Ergebnisse der Gleitenden Langfrist-Verkehrsprognose geben einen Ausblick auf die bis zu den Jahren 2036, 2041, 2046 und 2051 zu erwartende Verkehrsentwicklung.

Eine weitere Langfrist-Verkehrsprognose des BMDV-Bausteinsystems sei die „Strategische Langfrist-Verkehrsprognose“, welche empirische Grundlage für die Bundesverkehrswege- und -mobilitätsplanung sein wird. Gegenwärtig werde eine Strategische Langfrist-Verkehrsprognose „Verkehrsprognose 2040“ erarbeitet.

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-958220>

☐ Langfrist, Bundesregierung, Kraftstoffe, Antriebe, Regierung
•• 384

24.07.2023

62-jährige fährt Warnbaken um

► **Donaustetten, 2 Fahrzeuge, 6300 Euro Sachschaden**

(Donaustetten) - Mit Sachschaden endete ein Unfall am Sonntag auf der B 30 bei Ulm-Donaustetten. Kurz vor 14 Uhr fuhr eine 62-jährige mit einem Mercedes auf der B 30 in Richtung Ulm. Ersten Erkenntnissen der Polizei zufolge kam die Fahrerin kurz vor der Anschlussstelle Donaustetten zu weit nach rechts. Dabei stieß sie gegen vier Warnbaken, welche sich auf dem Seitenstreifen zur Absicherung einer Baustelle befanden. Der Mercedes kam auf dem Seitenstreifen zum Stehen, die Baken wurden auf die Fahrbahn geschleudert. Ein nachfolgender Fahrer eines Audi sah die Baken zu spät und fuhr darüber. Dabei wurde die Frontschürze und der Unterboden des Audi beschädigt. Dennoch konnte der 49-jährige seine Fahrt fortsetzen. Der Mercedes war nicht mehr fahrbereit und musste abgeschleppt werden. Die Polizei Ulm schätzt den Schaden am Mercedes auf rund 5.000 Euro, den am Audi auf etwa 500 Euro. Der Schaden an den vier Warnbaken wird auf 800 Euro beziffert.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5565360>

📍 Donaustetten,Warnbaken,Mercedes,Ulm,Audi
👁 227

25.07.2023

Starkstromkabel entwendet

(Äpfingen) - Mehrere hundert Meter Elektrokabel entwendeten Unbekannte aus einer Kiesgrube bei Äpfingen. Zwischen Freitag und Montag machten sich bislang unbekannte Täter an mehreren Förderbändern in einer Kiesgrube in Äpfingen nahe der B 30 zu schaffen. Sie montierten mehrere Starkstromkabel auf einer Länge von über 200 Metern ab. Das Diebesgut hat einen Wert von ca. 15.000 Euro. Das Polizeirevier Biberach nahm die Ermittlungen auf.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5566092>

📍 Starkstromkabel
👁 164

26.07.2023

Ingoldingen berät über Verkehrsuntersuchung für neuen B 30-Anschluss

(Ingoldingen / Hochdorf) - Der Gemeinderat von Ingoldingen diskutierte in seiner jüngsten Sitzung am 20. Juli 2023 über die Beauftragung einer weiteren Verkehrsuntersuchung für einen neuen Anschluss der Landesstraße 284 an die B 30 bei Hochdorf. Der neue Anschluss steht im Zusammenhang mit einer Ortsumfahrung für Ingoldingen und Degernau.

Seit der Aufnahme der L 284-Ortsumfahrungen in den Bedarfsplan des Landes, im November 2020, haben die Planungsarbeiten bisher nicht begonnen. Damit das Regierungspräsidium Tübingen mit den Planungen beginnt, sei nun in Gesprächen mit Vertretern des Regierungspräsidiums und des Straßenamtes des Landkreises Biberach besprochen worden, eine weitere Verkehrsuntersuchung durchzuführen. Bereits im Jahr 2019 ließ die Gemeinde ein Verkehrsgutachten erstellen. Die neue Untersuchung dient der Untermauerung des Vorschlags der Gemeinde, die L 284 von Degernau zur B 30 bei Hochdorf zu führen. Im Gespräch ist eine weitere B 30-Anschlussstelle von Degernau kommend auf Höhe der Unterführung der Bahnhofstraße (K 7564) bei Hochdorf. Sie läge damit genau zwischen den beiden neu zu bauenden Großbrücken der B 30 bei Hochdorf.

Nach einem vorliegenden Angebot wird die neue Untersuchung rund 50.000 Euro kosten. Entsprechend kritisch zeigte sich der Gemeinderat darüber, erneut so viel Geld in die Hand zu nehmen, für eine Untersuchung, die schon mehrfach durchgeführt wurde. Wie Bürgermeister Jürgen Schell verdeutlichte,

werde ohne neue Verkehrszählungen und Untersuchung die Planung der Ortsumfahrungen nicht beginnen. So stimmte der Rat schließlich zu, verlangte aber weitere Angebote einzuholen, da bisher nur ein Angebot vorliegt.

Die neue Verkehrsuntersuchung konzentriert sich vor allem auf eine neue Anschlussstelle der L 284 an die B 30 bei Hochdorf. Entsprechend sollen Verkehrszählungen vor allem auf der B 30, in Hochdorf, Schweinhausen und Appendorf erfolgen, jedoch auch vereinzelt in Ingoldingen und Degernau. Außerdem ist eine Kennzeichenerfassung auf der B 30, der L 284 sowie bei Hochdorf und Schweinhausen vorgesehen, um bestehende Fahrtbeziehungen festzustellen. Dabei soll auch ein Teil der bereits vorhandenen Daten aus der Verkehrsuntersuchung 2019 verwendet werden.

Konkret untersucht werden sollen zwei Planfälle zur Anbindung einer Ortsumfahrung für Ingoldingen und Degernau im Zuge der L 284 an die B 30. Im ersten Fall wird unterstellt, dass es keinen B 30-Ausbau gebe und der bestehende südliche Anschluss an der B 30 bei Hochdorf entfällt. Im zweiten Planfall wird von einem zweibahnigen B 30-Ausbau von Biberach bis Hochdorf ausgegangen sowie einem Wegfall der bisherigen B 30-Anschlüsse Hochdorf-Süd und Appendorf. Erste Ergebnisse könnten bis Anfang 2024 vorliegen.

An dem im aktuellen Bedarfsplan 2016 enthaltenen Ausbau der B 30 von Biberach bis Hochdorf hat das Regierungspräsidium Tübingen bis heute die Planung nicht aufgenommen. Im Zusammenhang mit dem aktuell geplanten Neubau von zwei Großbrücken an der B 30 bei Hochdorf machten bisher sowohl das Regierungspräsidium, als auch das Land und der Bund deutlich, dass in diesem Zusammenhang ein B 30-Ausbau nicht erwünscht ist. Auch eine Verbindung der einzelnen Maßnahmen wird abgelehnt, da dies zu Verzögerungen führe.

Wie die Schwäbische Zeitung von dem Landtagsabgeordneten Thomas Dörflinger erfahren haben will, sind die Planungskapazitäten bei den Behörden derzeit komplett ausgereizt. Deshalb habe das Regierungspräsidium Tübingen sich dazu entschlossen, die Kosten für die Ingoldinger Verkehrsuntersuchung doch zu übernehmen. Die Gemeinde Ingoldingen werde die Maßnahme ausschreiben und im Nachgang die Kosten hierfür erstattet bekommen. „Ich habe mich mit dem Regierungspräsidium in Verbindung gesetzt und positive Rückmeldungen erhalten: Das Land wird die dafür erforderlichen Kosten tragen. Eine formelle Abstimmung zur Kostentragung zwischen der Gemeinde Ingoldingen und dem Regierungspräsidium steht aber noch aus“, teilte Dörflinger der „Schwäbischen Zeitung“ am Dienstag mit.

<https://www.schwaebische.de/regional/biberach/ingoldingen/weitere-b30-abfahrt-zwischen-hochdorf-und-ingoldingen-1786843>

☐ Hochdorf, Ingoldingen, Verkehrsuntersuchung, Regierungspräsidium, Anschluss
•• 364

28.07.2023

Bundesrechnungshof rügt nutzlose Klimaschutzmaßnahmen

(Berlin) - Atomkraft verbieten, Heizungen verbieten, Straßen verhindern: Die Bundesregierung will Deutschland bis 2045 klimaneutral machen. Doch der Präsident des Bundesrechnungshofes zweifelt an solchen Klimaschutzmaßnahmen. Der Bundesrechnungshof warnt, dass viele Klimaschutz-Programme der Bundesregierung nicht effizient sind: „Der Staat weiß teilweise nicht, welche seiner Maßnahmen überhaupt funktionieren“, so Kay Scheller, Präsident des Bundesrechnungshofs.

Der Bundesrechnungshof untersuche, ob die Bundesregierung ihre vorgegebenen Ziele erreiche: eine immer umweltfreundlichere Versorgung mit Energie, die aber auch bezahlbar und sicher bleiben soll. „Die aktuelle Momentaufnahme lässt uns daran deutlich zweifeln“, so Scheller. „Bislang verfehlt die Regierung ihre eigenen Pläne“.

Nach ersten Prüfungen gäbe es durch die neue Ampel-Politik „große Probleme bei der Versorgungssicherheit“. Preisgünstiger sei die Energie zudem nicht geworden. Eine höhere Umweltverträglichkeit könne bislang auch nicht erkannt werden, nach dem sogar die letzten Atomkraftwerke stillgelegt wurden, zugleich aber Kohlekraftwerke wieder hochgefahren und Flüssiggas-Tanker aus den USA bestellt werden.

Scheller beklagt, dass er von Rechnungshofkollegen aus dem Ausland mittlerweile viele Fragen gestellt bekomme. Die deutsche Energiewende sei für viele kaum mehr nachvollziehbar: Ausstieg aus fast allem mit gesicherter Leistung, während der Ausbau bei Wind und Sonne und der Netze damit nicht Schritt hält.

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100215284/bundesrechnungshof-ueber-klimaschutz-der-ampel-verfehlt-ihre-plaene-.html

 Bundesrechnungshof, Klimaschutzmaßnahmen, Bundesregierung
 193

28.07.2023

Polizei beendet Trunkenheitsfahrt

(Meckenbeuren) - Deutlich unter Alkoholeinwirkung stand ein 56-jähriger Pkw-Lenker, auf den eine Streife des Polizeireviers Friedrichshafen am späten Donnerstagabend in Meckenbeuren aufmerksam wurde. Als die Beamten das Fahrzeug kontrollieren wollten, gab der Fahrer Gas und versuchte, mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit im Ortsgebiet zu flüchten. Schließlich hielt der 56-jährige in einem Hofraum an. Ein daraufhin bei ihm durchgeführter Alkoholvortest ergab eine Atemalkoholkonzentration von über 2,6 Promille. Dem Mann wurde eine Blutprobe entnommen, außerdem musste er seinen Führerschein abgeben. Er gelangt wegen Trunkenheit im Straßenverkehr zur Anzeige.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5569118>

  144

30.07.2023

Grüne wollen Wirtschaft und Infrastruktur grün gestalten

(Berlin) - Die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang hat angesichts eines Schrumpfens der deutschen Wirtschaft eine „neue Investitionsagenda für Deutschland“ gefordert. Sie befürwortete am Sonntag im Sommerinterview des ARD-Berichts aus Berlin die von FDP-Finanzminister Christian Lindner vorgeschlagene Klimaschutz-Investitionsprämie, verlangte aber weitere Schritte. Dabei sprach sich Lang gegen pauschale Steuersenkungen, zeitgleich aber für zielgerichtete Entlastungen aus.

Lang erklärte, der Standort Deutschland müsse gesichert und die Abwanderung von Industrien verhindert und Investitionen hierzulande bewahrt werden. Dafür brauche es den von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vorgeschlagenen vergünstigten grünen Industriestrompreis. „Das Zweite sind Investitionen in eine öffentliche Infrastruktur, also Bahn zum Beispiel oder Krankenhäuser, ein Land, das einfach funktioniert.“ Schließlich müssten die Menschen, die den Wohlstand erarbeiteten, „die morgens um sechs als erste auf der Arbeit sind“ davon profitieren, zum Beispiel durch ein Bundestariftreuegesetz.

Das Bruttoinlandsprodukt stagnierte im zweiten Quartal 2023 im Vergleich zum Vorquartal, wie das Statistische Bundesamt am Freitag mitgeteilt hatte. Über den richtigen wirtschaftspolitischen Kurs gibt es Streit zwischen den Grünen und der FDP.

<https://www.wallstreet-online.de/nachricht/17187714-gruenen-chefin-lang-neue-investitionsagenda-deutschland>

 Grüne, Wirtschaft, Infrastruktur
 195

30.07.2023

Strasser sieht Stillstand beim Regierungspräsidium

(Friedrichshafen) - Auf seiner Sommertour besuchte der Bundestagsabgeordnete Benjamin Strasser (FDP), Staatssekretär im Bundesjustizministerium, die Redaktion der „Schwäbischen Zeitung“ in Friedrichshafen. Dabei warb der 36-jährige in Zeiten vieler Krisen für Optimismus.

Der Bodenseekreis sei unbestritten eine „wunderschöne Region“ und ein wichtiger Wirtschaftsstandort, so Strasser. Doch es gebe ein großes Manko: „Man kommt schlecht hin und schlecht wieder weg.“ So gebe es beispielsweise bis Ulm keine durchgängig zweibahnige Straße. Grundsätzlich sei die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ein zähes Thema in der Region.

Hier sieht der Staatssekretär Probleme bei der zuständigen Planungsbehörde: „Das gravierendste Problem aktuell ist das Fehlen von Planern - insbesondere beim Regierungspräsidium. Dabei war für Straßen noch nie so viel Geld im Topf wie jetzt.“ Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur sei immens wichtig, sagte Strasser. Als Lichtblick hob er die neue ICE-Verbindung auf der Südbahn hervor.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/friedrichshafen/strasser-fuer-strassen-war-noch-nie-so-viel-geld-im-topf-wie-jetzt-1794378>

🗄️ Strasser,Regierungspräsidium
👤 181

31.07.2023

20-jährige wendet nach Telefonanruf

(Ravensburg) - Ein empfindliches Bußgeld, zwei Punkte in Flensburg und ein Monat Fahrverbot drohen einer 20-jährigen, die mit ihrem Pkw am Sonntag gegen 6 Uhr auf der B 30 kurzzeitig in die falsche Richtung gefahren ist.

Eigenen Angaben zufolge war die Frau auf der zweibahnigen Bundesstraße in Richtung Bad Waldsee unterwegs, als sie nach einem Anruf mit einem Bekannten beschloss, umzudrehen. Statt die B 30 an der nächsten Ausfahrt zu verlassen, wendete die 20-jährige ihren Wagen auf der Bundesstraße und fuhr in die falsche Fahrtrichtung weiter. Erst als eine Entgegenkommende sie durch Lichthupe auf ihr Fehlverhalten aufmerksam machte, wendete die 20-jährige erneut und wurde wenig später von einer Polizeistreife gestoppt.

Da durch das kurzzeitige Falschfahren niemand gefährdet worden sei, sieht die 20-jährige nur einer Ordnungswidrigkeiten - statt einer Strafanzeige - entgegen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5570523>

🗄️
👤 156

31.07.2023

Fahrzeug überschlagen

► **Baindt, 2 Fahrzeuge, 5000 Euro Sachschaden**

(Baindt) - Nach einem Verkehrsunfall am Sonntag gegen 16.30 Uhr auf der B 30 zwischen Baindt und Ravensburg musste die Bundesstraße für etwa eine Stunde gesperrt werden.

Eine 31-jährige Hyundai-Fahrerin fuhr an der Anschlussstelle Baindt auf die B 30 auf und setzte unmittelbar zum Überholen eines Vorausfahrenden an. Dabei übersah sie den Seat eines 28-jährigen, der sich bereits auf dem linken Fahrstreifen befand. Dieser konnte eine Kollision mit dem Heck des Hyundai nicht mehr verhindern. Durch das wuchtige Auffahren überschlug sich der Hyundai mehrmals und blieb schließlich auf dem Dach liegen.

Die 31-jährige erlitt leichte Verletzungen und wurde vom Rettungsdienst zur ambulanten Behandlung in eine Klinik gebracht. An ihrem Hyundai entstand wirtschaftlicher Totalschaden. Der Schaden am Seat wird auf rund 5.000 Euro beziffert. Beide Fahrzeuge mussten abgeschleppt werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5570523>

📍 Baidt,Hyundai
👤 408

31.07.2023

Leichtkraftrad kollidiert mit Pkw

► Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 3000 Euro Sachschaden

(Friedrichshafen) - Weil er über Rot gefahren ist, hat ein 16 Jahre alter Motorradfahrer am Sonntag gegen 13.45 Uhr in der Ravensburger Straße einen Unfall verursacht.

Der Zweiradfahrer war in Richtung Meckenbeuren unterwegs, als die Ampel an der Kreuzung zur Straße „Am Seewald“ auf Orange schaltete. Der Fahranfänger bremste daraufhin jedoch offenbar zu zögerlich ab, sodass er bei Rot in die Kreuzung einfuhr und mit dem Ford einer 32-jährigen kollidierte. Diese kam von rechts und bog auf die Ravensburger Straße ein.

Der 16-jährige kam mit seinem Leichtkraftrad zu Fall und blieb glücklicherweise unverletzt. An seiner Maschine und dem Pkw wird der Sachschaden auf insgesamt etwa 3.000 Euro geschätzt. Die Feuerwehr war am Einsatzort und kümmerte sich um auslaufende Betriebsstoffe.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5570550>

📍 Friedrichshafen,Leichtkraftrad,Pkw,Straße
👤 222

31.07.2023

Neuer Internetauftritt für den Aufstieg zur B 30

(Biberach) - Die Planungen für den sogenannten Aufstieg zur B 30 und die Gemeindeverbindungsstraße Blosenberg schreiten voran. Die neue Internetplattform für beide Projekte wurde nun bei einem gemeinsamen Termin mit Landrat Mario Glaser, Oberbürgermeister Norbert Zeidler und Bürgermeister Wolfgang Jautz vorgestellt und online geschaltet.

Die Plattformen dienen der transparenten Darstellung der Planungsprozesse beider Straßenbauprojekte. Während die Gemeindeverbindungsstraße eine städtische Baumaßnahme ist, wird der Aufstieg zur B 30 von dem Landkreis Biberach, der Stadt Biberach und der Gemeinde Warthausen vorangetrieben. Neben Informationen zu den Zielen der Maßnahmen, wird der Planungsablauf der Straßen erläutert. Außerdem sollen aktuelle Meldungen, Planungsfortschritte sowie Termine dargestellt werden. Zentrales Element ist die virtuelle Besucherplattform, bei der an jeweils verschiedenen Standorten der Straßen mittels einer 3D-Darstellung der Verlauf der geplanten Trassen im Vergleich zur heutigen Situation betrachtet werden kann.

Die Homepage soll kontinuierlich entsprechend des Planungsfortschritts weitergeführt werden. So ist geplant, auch Videos während der Bauphase einzustellen sowie Einladungen zu Baustellenbesichtigungen aufzunehmen.

„Mit der neuen Internetplattform können wir die Bürgerinnen und Bürger bei diesen wichtigen Straßenbauprojekten mitnehmen und transparent informieren. Für mich ist es ein absolutes Highlight, schon jetzt durch die 3D-Animation einen Blick zu bekommen, wie der Aufstieg zur B 30 in Zukunft aussehen wird, auch wenn es bis zur Umsetzung noch dauern wird“, freute sich Landrat Mario Glaser. Oberbürgermeister Norbert Zeidler unterstrich die Bedeutung der Plattformen für die Information der Bürger: „Den Menschen Projekte so anschaulich wie möglich zu erläutern und sie auch am Planungs- und

später am Bauverlauf teilhaben zu lassen, ist immens wichtig. Dank technischer Möglichkeiten werden so komplexe Maßnahmen wie die Gemeindeverbindungsstraße Blosenberg und der Aufstieg zur B 30 für Laien erlebbar und somit letztlich besser verständlich. Ich empfehle jedem, sich das anzuschauen.“ Wer keinen eigenen Internetzugang besitze, könne eines der Internetterminals in der Stadtbücherei Biberach nutzen, so Oberbürgermeister Norbert Zeidler.

Die gemeinsame Startseite für beide Bauprojekte ist unter www.mobilitaet-bc.de oder jeweils direkt unter www.aufstieg-b30.de und www.gv-blosenberg.de zu finden.

<https://www.biberach.de/de/Aktuelles/Nachrichten/Nachricht?view=publish&item=article&id=1859>

 Aufstieg,Biberach,Gemeindeverbindungsstraße,Oberbürgermeister,Norbert
 255

August

02.08.2023

Gemeinderat beschließt Trassenführung für Radschnellweg

(Ravensburg) - In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause gab der Gemeinderat Ravensburg grünes Licht für die geplante Radschnellverbindung RS 9 auf der Gemarkung Ravensburg. Vier Jahre Voruntersuchungen und eine Öffentlichkeitsbeteiligung sind der Entscheidung vorausgegangen. Mit dem Gemeinderatsbeschluss zum Trassenverlauf können die konkreten Planungen für die Radschnellverbindung jedoch erst begonnen werden. Die Radschnellverbindung führt, wenn sie fertiggestellt ist, von Baidt nach Friedrichshafen und ist die erste Radschnellverbindung im ländlichen Raum. Die „Radautobahn“ soll auch längere Strecken für Radfahrende attraktiver machen und die Städte und Gemeinden für Radfahrer ohne Umwege miteinander verbinden. Im Stadtgebiet Ravensburg soll die Trasse wie folgt verlaufen: Gartenstraße, Kuppelnaustraße, Parkstraße, Möttelinstraße, Am alten Gaswerk, Bahnhofplatz, Pfannenstiel, Jahnstraße, Friedrichshafener Straße (B 30 alt).

Nutzung des Fahrrads soll erleichtert werden

Für die Realisierung des RS 9 werden Straßenräume umgebaut werden, aber auch Abschnitte neu gebaut. Völlig neu gebaut werden muss beispielsweise der Abschnitt zwischen Untereschach und dem Knotenpunkt Friedrichshafener Straße, Tettninger Straße und Weingartshofer Straße. Dort soll ein straßenbegleitender Radweg mit einer Breite von vier Metern neu gebaut werden. Die Stadt betont, dass die Radschnellverbindung ein zusätzliches Angebot ist und dadurch keine anderen Wege und Verbindungen wegfallen. Für Radfahrer soll das neue Streckenangebot nicht nur in der Freizeit, sondern auch im Berufsalltag die Nutzung des Fahrrades erleichtern.

Hohe Maßstäbe für die Radschnellverbindung

An Radschnellverbindungen wie den RS 9 werden von Bund und Land hohe Maßstäbe gesetzt. Es gibt eine Vielzahl an Kriterien, die eingehalten werden müssen. Beispielsweise muss die Linienführung ohne Umweg erfolgen mit möglichst wenig Wartezeiten an Knotenpunkten. Die Breite muss ausreichen, um beispielsweise zu überholen oder parallel zu fahren. Außerdem muss die „Radautobahn“ durch Bodenmarkierungen einheitlich gekennzeichnet werden.

Geschätzt wurden in einer Machbarkeitsstudie von 2019 insgesamt Kosten von rund 40 Millionen Euro für die komplette Strecke Baidt - Friedrichshafen. Land und Bund übernehmen voraussichtlich einen Großteil davon.

<https://www.ravensburg.de/rv/aktuelles/2023/pm-stadt-ravensburg-radschnellverbindung.php>

☐ Radschnellverbindung,Ravensburg,Straße,Gemeinderat,RS
•• 221

02.08.2023

Grüne gegen schnellere Brückenplanung

(Hochdorf) - Die Bundesregierung arbeitet weiterhin an einem Genehmigungsbeschleunigungsgesetz im Verkehrsbereich, mit dem auch ausgewählte Autobahnen und der Ersatzneubau von Brücken beschleunigt werden soll. Parallel dazu wird weiterhin aus der Gemeinde Hochdorf mit Nachdruck gefordert, mehrjährige Umleitungsverkehre zu vermeiden, die bei einer Vollsperrung der B 30 für den Neubau von zwei Großbrücken notwendig wäre. Vor diesem Hintergrund hat sich der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Dörflinger (CDU) in einer Fragestunde im Landtag an das baden-württembergische Verkehrsministerium gewandt. Dörflinger wollte wissen, welche Chancen das neue Gesetz des Bundes für die Planung und Umsetzung der Brückenneubaumaßnahmen bei Hochdorf eröffnen könnte.

Grüne wollen keinen B 30-Ausbau

Staatssekretärin Elke Zimmer (Grüne) antwortete für das Verkehrsministerium, dass die Variante des Ausbaus der Brücken mit vier Fahrstreifen im Fall Hochdorf nicht greifen würde. Ein solcher sei nicht vorgesehen, da der Bund für einen B 30-Ausbau keinen Bedarf sehe und die B 30-Brücken auch nicht im

bestehenden Bedarfsplan enthalten seien. Über weitere Konstellationen, bei denen künftig auf ein Planfeststellungsverfahren verzichtet werden könne, hätte das Land keine Handhabe. Zudem sei erst im Oktober/November beabsichtigt das Genehmigungsbeschleunigungsgesetz im Bundestag zu beraten.

FFH-Gebiet ist betroffen

Zimmer verwies darauf, dass eine planfeststellungsbedürftige Änderung eine erhebliche bauliche Umgestaltung der Straße voraussetze. Eine nur kleine oder nur temporäre Verlegung einer Bundesfernstraße ohne Kapazitätserweiterung benötige keine planfeststellungsbedürftigen Änderungen. Allerdings erforderlich seien materiell-rechtliche Anforderungen, gerade aus dem Wasser- und Naturschutzrecht. Da direkt neben den B 30-Brücken bei Hochdorf ein Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet) liege, sei eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, die ein entsprechendes Trägerverfahren und ein entsprechendes Beteiligungsverfahren mit sich bringe. Dadurch sei eine schnellere Planung nicht möglich.

Planungsbeschleunigung bei der B 30 unnötig

„In Hochdorf stehen wir ganz am Anfang. Wir haben die Grundlageninformationen im Moment noch gar nicht, um zu beurteilen, ob wir hier tatsächlich verzichten können oder ob wir es trotzdem brauchen. Deswegen: Lassen Sie uns weiter gemeinsam an dem Thema dranbleiben, damit wir eine gute und möglichst für alle tragbare Lösung finden“, so Zimmer.

„Gerne nehme ich Staatssekretärin Elke Zimmer beim Wort. Wichtig ist, dass alle sich ergebenden Möglichkeiten genutzt werden, um die langfristigen Umleitungsverkehre zu vermeiden“, so Dörflinger zu den Antworten der Staatssekretärin.

<https://www.schwaebische.de/regional/biberach/hochdorf/beschleunigt-neues-gesetz-den-neubau-der-b30-bruecken-bei-hochdorf-1803229>

 Hochdorf, Grüne, Brücken, Dörflinger
412

03.08.2023

Energieversorger hält Wasserstoff für Nonsense

(Berlin) - Blauer Wasserstoff aus Erdgas kann nur eine Zwischenlösung sein, so Oliver Hummel, Vorstand beim Ökoenergieversorger Naturstrom. Ab Mitte der 2030er Jahre sollten H2-Anwendungen nur noch auf grünem Wasserstoff basieren.

Wie Hummel dem Klimareporter^o in dieser Woche sagte, halte er die Wasserstoffstrategie des Bundes für „Nonsense“. „Das sieht auch so gut wie die gesamte Fachwelt und Wissenschaft so. Die direkte Nutzung von erneuerbarem Strom in Elektrofahrzeugen ist gegenüber dem Einsatz von grünem Wasserstoff energieeffizienter, kostengünstiger und klimafreundlicher“. Mit seinem sturen Beharren auf Wasserstoff und E-Fuels im Individualverkehr bediene Minister Volker Wissing (FDP) die Interessen einzelner Sportwagen- und Premiumautomobilhersteller - und wahrscheinlich seines Parteivorsitzenden.

Auch die Gewinnung von Wasserstoff ist für Hummel bedenklich: Die Gefahr sei, dass die konventionellen Energiekonzerne den nicht nachhaltig erzeugten Wasserstoff als Möglichkeit sehen, die konventionelle Energienutzung, zum Beispiel von Erdgas, möglichst in die Länge zu ziehen. Mittelfristig entscheidend sei, dass Wasserstoff komplett klimaneutral ist. Das treffe nur auf grünen Wasserstoff zu.

Oliver Hummel ist seit 2011 Vorstand der Naturstrom AG. Bei dem Öko-Energieversorger verantwortet er den Bereich Energiebelieferung, der mehr als 300.000 Haushalts- und Gewerbekunden mit Ökostrom und Biogas versorgt. Hummel wechselte 2001 von der Unternehmensberatung Roland Berger zu Naturstrom, seit 2004 ist der studierte Betriebswirt Geschäftsführer. Hummel leitet außerdem die Geschäfte der Naturstrom-Tochter Green Moves, die sich auf nachhaltige Mobilität spezialisiert hat und ein großes Lastenrad-Sharing-System in Köln betreibt. Er gilt als gern gesehener Gast und Berater von Bündnis 90/Die Grünen.

<https://www.klimareporter.de/strom/ueberhitzte-meere-nonsense-im-individualverkehr-und-das-grosse-rad-der-oelmultis>

03.08.2023

Autos stoßen zusammen

► Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden

(Friedrichshafen) - Rund 10.000 Euro Sachschaden entstand am Mittwoch gegen 14.15 Uhr bei einem Verkehrsunfall in der Eckenerstraße. Eine 58 Jahre alte Opel-Fahrerin wollte nach links in das Parkhaus einfahren und nahm dabei einem 71-jährigen BMW-Lenker die Vorfahrt. Verletzt wurde bei dem Zusammenstoß niemand.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5573077>

04.08.2023

233 Unfälle auf der B 30 im Jahr 2022

(Wiesbaden) - Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden stellte im Juli 2023 die bundesweite Statistik der Straßenverkehrsunfälle 2022 vor. Es verunglückten im vergangenen Jahr in Deutschland 2.788 Menschen im Straßenverkehr tödlich. Weitere 361.134 Menschen wurden bei Verkehrsunfällen verletzt. Die Polizei zählte bundesweit insgesamt rund 2,4 Millionen Verkehrsunfälle.

Wie in den Vorjahren ereigneten sich 2022 die meisten Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften (70%), 32% der Getöteten wurden hier registriert. Die meisten Verkehrstoten gab es auf dem Straßentyp „Landstraße“ (57%). Auf den Autobahnen wurden 6% aller Unfälle mit Personenschaden und 11% aller Getöteten gezählt.

Unfälle auf den Straßen außerhalb von Ortschaften hatten u. a. wegen höherer Fahrgeschwindigkeiten gravierendere Folgen als auf Straßen innerorts. Risikofaktoren auf Landstraßen sind: Fehlende Trennungen zum Gegenverkehr, unübersichtliche Überholmöglichkeiten, Kreuzungen oder ungeschützte Hindernisse neben der Fahrbahn.

Unfälle 2022 auf der B 30

233 Verkehrsunfälle ereigneten sich 2022 auf der B 30 laut Berichten von Polizei und Feuerwehr. Dabei verunglückten 160 Menschen: zwei verstarben, 38 wurden schwer und 120 leicht verletzt. Mindestens 352 Fahrzeuge waren beteiligt. Bei 116 Unfällen entstand Sachschaden von insgesamt rd. 2,3 Mio. Euro. Zu 117 Unfällen liegen keine ausreichenden Daten über die Schadenshöhe vor. Der volkswirtschaftliche Schaden bekannt gewordener Verkehrsunfälle beträgt nach den Unfallkostensätzen der Bundesanstalt für Straßenwesen ca. 9,1 Mio. Euro.

Auch im Jahr 2022 ereigneten sich auf den ausgebauten Streckenabschnitten der B 30 weniger schwerwiegende Unfälle, als auf den nicht voll ausgebauten Streckenabschnitten: Mit einem Längenananteil von ca. 47% ereigneten sich auf den nicht voll ausgebauten Streckenabschnitten rund 72% aller schweren Verkehrsunfälle. 60% der Verunglückten, 58% der Leicht- und 68% der Schwerverletzten sowie alle Verkehrstote wurden dort gezählt.

Auf den nicht zweibahnigen Streckenabschnitten von Ravensburg bis Friedrichshafen verunglückten 15 Menschen schwer und 37 leicht. Vor allem in den Ortsdurchfahrten Meckenbeuren mit Ortsteilen sowie Friedrichshafen kam es zu einer Vielzahl von Unfällen.

Auf dem Streckenabschnitt nördlich von Baidt bis Biberach/Riß verunglückten 13 Menschen schwer und 32 leicht. Jedoch waren hier alle Verkehrstote (2) im Jahr 2022 zu verzeichnen. Die Schwerpunkte lagen bei Enzisreute, Gaisbeuren und Bad Waldsee.

Langzeitbetrachtung 2006-2022

In den letzten 17 Jahren gab es auf der B 30 zwischen Ulm und Friedrichshafen 68% mehr Unfälle mit Todesfolge als im Durchschnitt auf Bundesstraßen in Deutschland. Auf den ausgebauten Streckenabschnitten kamen 11% mehr Menschen zu Tode als im Bundesdurchschnitt. Auf den nicht ausgebauten Streckenabschnitten waren es 134% und von nördlich von Baidt bis nach Biberach an der Riß sogar 207%. Lediglich von Ravensburg bis Friedrichshafen waren es „nur“ 5% mehr, als im Bundesdurchschnitt.

Auffällige Unfallursache mit Todesfolge auf der B 30 sind überhöhte Geschwindigkeit und das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes. Auf den nicht ausgebauten Streckenabschnitten kam es bei zwei Drittel der Unfälle mit Todesfolge zu einem Zusammenstoß mit dem Gegenverkehr.

Unfallschwerpunkte

Das „Merkblatt zur örtlichen Unfalluntersuchung in Unfallkommissionen (M UKO)“ gibt Hinweise zur Erkennung und Analyse von Unfallhäufungsstellen sowie zu möglichen Verbesserungsmaßnahmen.

Bei strikter Auslegung gibt es nach der Dreijahreskarte 2020-2022 auf der B 30 zwölf Unfallschwerpunkte: Unfallhäufungsstellen in Friedrichshafen (2), Lochbrücke (3), Meckenbeuren (2), bei Untereschach (2), in Gaisbeuren (1) und bei Ulm-Wiblingen (1). Hinzu kommt eine sogenannte Unfallhäufungslinie bei Bad Waldsee.

In Baden-Württemberg werden jedoch abweichende Ausdehnungen gegenüber den Standardwerten des Merkblattes angewandt. Dies hat zur Folge, dass nicht alle Unfallhäufungsstellen und -linien erkannt oder/und anders bewertet werden.

<https://www.b30neu.de/nachrichten.html&newsid=230&mode=singleview#content>

☐ Unfälle, Streckenabschnitten, Menschen, Jahr, Friedrichshafen
•• 351

05.08.2023

Bundesregierung will keine Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen

(Berlin / Bad Waldsee) - Die Bundesregierung will keine Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen. Das machte nun Oliver Luksic, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, gegenüber der „Initiative B30“ deutlich. Der Bundestagsabgeordnete Benjamin Strasser sieht das Regierungspräsidium Tübingen und das Land in der Verantwortung.

Wie Luksic der Bürgerinitiative mitteilt, steht einer Planungsbeschleunigung von Bundesstraßen ein Beschluss des Koalitionsausschusses aus SPD, Grüne und FDP, vom 28.03.2023, entgegen. Demnach gelte ein überragendes öffentliches Interesse nur für Autobahnen, die als Engpässe definiert sind. Bundesstraßen erfüllten keine dieser Voraussetzungen und könnten deshalb im Gesetzentwurf nicht berücksichtigt werden.

Dagegen sehe der Gesetzentwurf, der im Herbst in den Bundestag eingebracht werden soll, Erleichterungen beim Ersatzneubau von Brücken vor. Bisher können Brücken nur dann ohne weitere Genehmigung und Umweltverträglichkeitsprüfung ersetzt werden, wenn der Neubau dieselben Ausmaße hat, wie die alte Brücke. Künftig sollen auch Ersatzneubauten mit baulicher Erweiterung im Vorgriff auf einen Streckenausbau genehmigungsfrei und ohne Umweltprüfung errichtet werden können, allerdings nur dann, wenn der Ersatzneubau „nicht auf die Steigerung des Verkehrs ausgerichtet ist.“ Auch der Bau von Radwegen an Bundesstraßen soll vereinfacht werden, durch eine Freistellung von der Umweltverträglichkeitsprüfung.

In einem weiteren Schreiben teilt der Bundestagsabgeordnete Benjamin Strasser der Initiative mit, dass die Freien Demokraten sich in der Ampel-Regierung für die Planungsbeschleunigung in allen Verkehrsbereichen erfolgreich eingesetzt haben. Um weiterhin ein starker Wirtschaftsstandort zu sein, müsse der prognostizierte Zuwachs des Güter- und Personenverkehrs möglich gemacht werden, durch einen Ausbau und die Modernisierung des Schienennetzes. Dessen Planung, Genehmigung und Umsetzung soll deutlich beschleunigt werden. Außerdem erhalten alle Schienenprojekte des

Bedarfsplans, die im Vordringlichen Bedarf oder als fest disponiert eingestuft sind, ein überragendes öffentliches Interesse. Für 145 wichtige Projekte zur Engpassbeseitigung an Autobahnen werde ebenfalls das überragende öffentliche Interesse festgelegt. Zudem habe die Ampel-Regierung Gerichtsverfahren vereinfacht: für den Ausbau erneuerbarer Energien, Stromleitungen und des Straßen- und Schienennetzes.

Leider habe sich die grün-schwarze Landesregierung nicht durchringen können, alle in Baden-Württemberg vorgeschlagenen Projekte auch umzusetzen. Es schein deshalb im Land am festen Willen zur Planungsbeschleunigung zu fehlen. Im letzten Jahr habe das Bundesverkehrsministerium deutlich gemacht, dass der Bund hinter den Planungen der B 30 steht und es nun am Regierungspräsidium und letztlich auch am Land liegt bei der B 30 voranzukommen.

<https://www.b30neu.de/nachrichten.html&newsid=231&mode=singleview#content>

☐ Planungsbeschleunigung,Bundesstraßen,Bundesregierung,Land,Interesse
•• 432

06.08.2023

29-jährige nach Verkehrsunfall verstorben

► **Meckenbeuren, 1 Tote, 1 Fahrzeuge, 15000 Euro Sachschaden**

(Meckenbeuren) - Ein schwerer Verkehrsunfall hat sich am Sonntag gegen 5.30 Uhr auf der Bundesstraße 30 zwischen Ravensburg und Meckenbeuren ereignet. Eine 29-jährige VW-Golf-Fahrerin geriet in Fahrtrichtung Meckenbeuren nach Beendigung eines Überholvorgangs zunächst nach rechts auf das Bankett, wo der Pkw einen Leitpfosten überfuhr, im Anschluss über die Gegenfahrbahn schleuderte und neben der Fahrbahn gegen einen Baum prallte.

Die Fahrerin, die ersten Erkenntnissen zufolge nicht angeschnallt war, musste von der Feuerwehr aus ihrem Fahrzeug befreit werden. Sie wurde vom Rettungsdienst in ein Krankenhaus gebracht und verstarb dort später an den Folgen des Unfalls.

Es entstand ein Gesamtsachschaden von rund 15.000 Euro. Neben mehreren Streifenbesatzungen der Polizei befand sich ein Großaufgebot an Einsatzkräften, darunter Rettungsdienst, Notarzt und die umliegenden Feuerwehren mit 40 Wehrleuten vor Ort.

Während der Unfallaufnahme und den Bergungsmaßnahmen war die B 30 bis gegen 8.30 Uhr voll gesperrt. Der Verkehrsdienst der Polizei hat die Ermittlungen zum Unfallhergang übernommen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5574409>

☐ Meckenbeuren,Verkehrsunfall
•• 561

07.08.2023

Fuchs von Auto erfasst

► **Achstetten, 1 Fahrzeuge, 700 Euro Sachschaden**

(Achstetten) - Am Sonntag erfasste ein 30-jähriger mit einem VW einen Fuchs auf der B30 bei Achstetten. Gegen 5 Uhr war der 30-jährige in Richtung Biberach unterwegs. Ein Fuchs kreuzte die Bundesstraße. Der Fahrer des VW konnte nicht mehr rechtzeitig bremsen und erfasste das Wildtier. Die Polizei Laupheim nahm den Wildunfall auf. Sie schätzt den Schaden am Auto auf rund 700 Euro. Der Fuchs verendete an der Unfallstelle.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5574803>

☐ Achstetten,Fuchs,Auto
•• 261

07.08.2023

B 30 am Dienstag wegen Elektroarbeiten gesperrt

(Ravensburg) - Aufgrund von Elektroarbeiten über die Schussen und die B 30 wird am Dienstag, 8. August die B 30 zwischen den Anschlussstellen Ravensburg-Nord und Ravensburg-Süd von 8 bis 17 Uhr in beide Richtungen voll gesperrt. Der Verkehr wird jeweils über die Ausfahrten Ravensburg-Nord und Ravensburg-Süd durch die Stadt umgeleitet. Weitere Angaben macht die Stadt Ravensburg in ihrer Mitteilung nicht. Ursächlich könnte der Sturm vor wenigen Wochen sein, bei dem Hochspannungsleitungen in diesem Bereich abgerissen wurden.

<https://www.ravensburg.de/rv/aktuelles/2023/pm-umleitung-teilabschnitt-b-30.php>

📍 Ravensburg, Dienstag, Elektroarbeiten
👤 337

09.08.2023

Polizei sucht junge Graffiti-Sprayer

(Baltringen) - Die Polizei sucht Zeugen zu bisher Unbekannten, die am Dienstag in der Gemeinde Baltringen Graffiti anbrachten.

Gegen 22:05 Uhr teilte ein Zeuge der Polizei mit, dass zwei Unbekannte eine Brücke über die Dürnach im Bereich der „Breite Straße“ mit schwarzer Lackfarbe besprühen. Polizistinnen und Polizisten aus Laupheim rückten aus. Die beiden Täter flüchteten noch vor dem Eintreffen der Polizei in Richtung Baltringen. Eine Fahndung verlief ohne Erfolg.

Die Polizei stellte anschließend mehrere Graffiti fest. An einer Brückenwand im Bereich der Dürnach waren mehrere Symbole und Worte in schwarzer Farbe angebracht. An einer weiteren Brückenwand und einem Stützpfeiler entlang der B 30 brachten die Unbekannten ebenfalls mehrere Symbole, Buchstaben und Schriftzüge an.

Die Polizei Laupheim hat Ermittlungen nach den Verursachern aufgenommen und bittet um Hinweise unter Tel. (0 73 92) 96 30 - 0.

Laut dem Zeugen soll es sich bei den Unbekannten um einen männlichen Jugendlichen und eine weibliche Jugendliche handeln. Beide sollen zwischen 16 und 20 Jahre alt sein. Die Täterin soll dunkle, lockige Haare haben und von kräftiger Statur sein. Sie soll einen Kapuzenpulli und eine schwarze Jogginghose getragen haben. Der männliche Täter soll glattes, braunes und schulterlanges Haar haben. Er wird als schlank beschrieben. Zur Tatzeit soll er ein dunkles T-Shirt und eine kurze Hose getragen haben.

Die Höhe des Schadens wird auf mehrere hundert Euro geschätzt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5576666>

📍 Polizei, Baltringen, Unbekannten
👤 160

11.08.2023

Vorfahrt missachtet

► Ravensburg, 2 Fahrzeuge, 50000 Euro Sachschaden

(Ravensburg) - An der Anschlussstelle der B 30 Ravensburg-Nord hat am Donnerstag kurz vor 14 Uhr eine 18 Jahre alte VW-Fahrerin die Vorfahrt eines 45-jährigen Porsche-Fahrers missachtet. Die junge Fahrerin wollte nach links auf die L 291 in Richtung Berg abbiegen und kollidierte mit dem vorfahrtberechtigten 45-jährigen, der in Richtung Ravensburg fuhr.

Bei dem Zusammenstoß wurden sowohl die 18-jährige als auch der 45-jährige und dessen 4-jährige Mitfahrerin leicht verletzt. Der Rettungsdienst brachte die Verletzten in ein Krankenhaus. Um die beiden Fahrzeuge, an denen jeweils wirtschaftlicher Totalschaden entstand, kümmerten sich Abschleppunternehmen. Den Gesamtschaden schätzt die Polizei auf 50.000 Euro.

Die Landesstraße war auf Höhe der Anschlussstelle Ravensburg-Nord während der Unfallaufnahme bis gegen 15 Uhr voll gesperrt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5578611>

📍 Ravensburg, Vorfahrt
👥 292

16.08.2023

Getränke-Lkw verliert Ladung

► Ravensburg, 1 Fahrzeuge

(Ravensburg) - Zu erheblichen Verkehrsbehinderungen insbesondere im Feierabendverkehr ist es am Mittwochnachmittag auf der Ulmer Straße und der Abfahrt auf die B 30 an der Anschlussstelle Ravensburg-Nord in Fahrtrichtung Weingarten gekommen.

Grund dafür war ein Getränke-Lkw, der die Abfahrt gegen 15.45 Uhr befuhr und in einer Kurve einen Großteil seiner Ladung verlor. Den bisherigen Ermittlungen der Polizei zufolge dürften die rund 1.200 Getränkekisten mit vollen Flaschen auf dem Fahrzeug nicht ausreichend gesichert gewesen sein. Etwa die Hälfte der Kisten rutschte in der Kurve vom Fahrzeug und verteilte sich über die Fahrbahn der Auf- und Abfahrt, die daraufhin voll gesperrt werden musste. Der 29-jährige Lkw-Lenker blieb unverletzt.

Bei der aufwändigen Reinigung der Straße wurde die Straßenmeisterei von der Feuerwehr und der betroffenen Firma unterstützt. Auch eine Kehrmaschine kam zum Einsatz. Der unbeschädigte Teil der Ladung wurde in ein Ersatzfahrzeug umgeladen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5581973>

📍 Ravensburg, Lkw, Ladung, Getränke, Abfahrt
👥 347

16.08.2023

Grüne wollen keine Ortsumfahrungen und keinen Rasthof

(Bad Waldsee) - Die Grünen im Gemeinderat von Bad Waldsee wollen an der B 30 weder eine Ortsumfahrung für Enzisreute und Gaisbeuren noch einen Rasthof bei Bad Waldsee. Das machte Lucia Vogel bei einem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden gegenüber der „Schwäbischen Zeitung“ deutlich.

Ortsumfahrungen für Enzisreute und Gaisbeuren seien „absolut nicht mehr zeitgemäß. Wir sollten hier keinen einzigen Euro investieren. Stattdessen sollten wir das Geld in neue Konzepte stecken und den ÖPNV ausbauen“, so Vogel. Sonja Wild (CDU) verwies im Gespräch darauf, dass es Pkw-Verkehr weiterhin geben werde und auch Busse fahren. Bernhard Schultes (Freie Wähler) sieht in einer Umfahrung für Enzisreute keinen Sinn. Der Zukunftsverkehr mit Elektro- oder Wasserstoffautos verursache deutlich weniger Lärm und Abgase. „Die Ortschaft hat es sich verdient, dass die Straße, die den Ort teilt, verbessert wird“, so Karl Schmidberger (SPD). Aber der Verkehr werde künftig weniger.

Frustriert zeigten sich die Fraktionsvorsitzenden dagegen über den Planungsstillstand bei den geplanten Anschlüssen der L 300 und L 316 an die B 30-Ortsumfahrung Bad Waldsee, die eine leicht herzustellende Entlastung der Bad Waldseer Innenstadt sei, so Bernhard Schultes. Sonja Wild kritisierte ein nächtliches Tempolimit von 30 km/h auf der B 30 in Enzisreute als „unverständlich“.

Nichts hält Vogel auch von einer geplanten Rastanlage an der B 30 bei Bad Waldsee: „Der Rasthof ist nicht zeitgemäß. Die Entscheidung für den Rasthof war ein Rückschritt. Die Argumente von damals kann man alle widerlegen. Wir verbauen hier wertvolle Fläche und haben vielleicht in ein paar Jahren eine Bauruine.“ Schmidberger befürchtet ebenfalls eine Bauruine. Wild und Schultes wollen das Projekt nicht stoppen.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/bad-waldsee/sind-die-b-30-umfahrungen-bei-bad-waldsee-ueberhaupt-noch-zeitgemaess-1789144>

📍 Rasthof,Waldsee,Enzisreute,Vogel,Wild
👤 760

17.08.2023

Geschwindigkeitskontrollwoche geht zu Ende

(Ravensburg) - Im Rahmen von landesweiten Verkehrsüberwachungsaktionen haben Beamte des Polizeipräsidiums Ravensburg im Zeitraum vom 7. bis 13. August in den Landkreisen Ravensburg und Sigmaringen sowie dem Bodenseekreis schwerpunktmäßig die Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer überwacht.

Zum Einsatz kamen neben Großmessgeräten und einem Messanhänger, vor allem Laser-Handmessgeräte, bei deren Nutzung die Polizisten die betroffenen Fahrer unmittelbar mit ihrem Verkehrsverstoß konfrontierten. Dabei ist im Spitzenbereich der Geschwindigkeitsüberschreitungen von über 40 km/h kaum ein Unterschied zwischen Autobahnen und Bundes-, Landes- und Kreisstraßen festzustellen: Gut 20 Fahrer waren auf der A 96 zu schnell, genau 20 auf den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen.

Überhöhte Geschwindigkeit ist noch immer die Hauptunfallursache in den Landkreisen Ravensburg, Sigmaringen und dem Bodenseekreis. Doch auch die Anzahl der Raser, die in der vergangenen Woche zwischen 21 und 40 km/h zu schnell unterwegs waren, ist bedenklich hoch: Rund 150 Personen haben die Beamten außerhalb der Autobahn, etwa 850 auf der A 96 festgestellt, aber auch zehn innerhalb geschlossener Ortschaften. Der Großteil der Geschwindigkeitsübertretungen lag im Bereich bis 20 km/h - auf der Autobahn traf dies auf rund 2.700, auf den sonstigen Straßen auf etwa 70 und innerorts auf knapp 30 Fahrer zu.

Alle betroffenen Kraftfahrzeuglenker haben nun, je nach gefahrener Geschwindigkeit und der Unterscheidung nach innerorts und außerorts, mit Verwarngeldern oder auch empfindlichen Bußgeldern und Fahrverboten zu rechnen.

„Solange wir so viele Geschwindigkeitsüberschreitungen haben, sind wir noch Lichtjahre von unserem Ziel, der Vision Zero entfernt - der Vision, die tödlichen Verkehrsunfälle auf Null zu reduzieren. Ich kann nur an alle Kraftfahrzeugführer appellieren, ihre Fahrweise zu überdenken und sich an die Verkehrsregeln zu halten,“ so Polizeipräsident Uwe Stürmer.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5582546>

📍 Ravensburg,Geschwindigkeit,Fahrer
👤 180

18.08.2023

21-jähriger in Auto verbrannt

► **Enzisreute, 1 Tote, 1 Fahrzeuge**

(Enzisreute) - Tödliche Verletzungen hat ein 21-jähriger Renault-Fahrer am Freitagmorgen bei einem Verkehrsunfall auf der B 30 erlitten. Der junge Mann war gegen 4.45 Uhr von Enzisreute kommend in Richtung Ravensburg unterwegs. Vor dem Beginn der Ausbaustrecke kam er im Waldstück in einer Rechtskurve nach links von der Fahrbahn ab. Dort kollidierte der Wagen mit mehreren Bäumen und fing sofort Feuer.

Für den 21-jährigen kam jede Hilfe zu spät. Die Freiwillige Feuerwehr löschte den Renault, an dem wirtschaftlicher Totalschaden entstand. Ein Kriseninterventionsteam kümmerte sich um die Ersthelfer am Unfallort sowie um die Angehörigen.

Die Staatsanwaltschaft Ravensburg beauftragte einen Gutachter zur Klärung der Unfallursache. Mittels Drohne und moderner Lasertechnik wurde die Unfallstelle untersucht und wichtige Daten gesichert. Die Bundesstraße war während der Unfallaufnahme und der Bergungsmaßnahmen in beide Richtungen bis gegen 11 Uhr gesperrt.

Seit Jahrzehnten kommt es auf diesem Streckenabschnitt der B 30 in auffälliger Weise zu schweren Verkehrsunfällen. Noch vor wenigen Tagen äußerten sich die Grünen darüber, dass insbesondere in diesen Streckenabschnitt kein Euro investiert werden dürfe.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5583372>

📄 Enzisreute

👤 864

21.08.2023

Biberach baut Staumauer

(Biberach) - Die Stadt Biberach lässt ab September 2023 im Bereich des Hagenbucher Grabens und an der B 30 mehrere Hochwasser-Rückhaltebecken bauen. Eine zentrale Maßnahme ist der Neubau einer ca. 110 m langen Staumauer an der Bundesstraße am Hagenbucher Graben im Bücklesfeld mit einer Höhe über Gelände von 2,20 m und einem Stauvolumen von 5.000 Kubikmeter Wasser. Der Überlauf wird über die Fußgängerunterführung der B 30 abgeführt. Auf der gegenüberliegenden westlichen Seite der B 30 wird im Bereich Wasenäcker ein landwirtschaftlicher Asphaltweg zu einem Damm erhöht, hinter dem rund 8.200 Kubikmeter gestaut werden können. Die Hochwasserschutzmaßnahmen dienen dem Stadtteil Bachlangen und den Firmen in der Memminger Straße als Schutz vor extremen Starkregenereignissen.

<https://www.schwaebische.de/regional/biberach/biberach/hochwasserschutz-fuer-bachlangen-nimmt-form-an-1834511>

📄 Biberach,Staumauer

👤 182

25.08.2023

Große Hitze verabschiedet sich mit Unwetter

(Region) - Ein heftiges Unwetter ist am Donnerstagabend über die Region hinweggezogen. Herabgefallene Äste und umgestürzte Bäume beschäftigten die Rettungskräfte von Polizei und Feuerwehr.

Zwischen 21 Uhr und 1.30 Uhr registrierte die Polizei Ulm etwa 60 unwetterbedingte Notrufe in den Landkreisen Biberach, Göppingen, Heidenheim und dem Stadtkreis Ulm. Vorrangig beschäftigten herabgefallene Äste und umgestürzte Bäume die Einsatzkräfte. Zahlreiche Straßen mussten freigeräumt werden.

Im Zuständigkeitsgebiet des Polizeipräsidiums Ravensburg konzentrierte sich das Unwetter auf den Landkreis Sigmaringen und den Bodenseekreis. Im Landkreis Sigmaringen musste ein Zeltlager in Gutenstein durch die Feuerwehr geräumt sowie ein Festival in Herdwangen-Schönach unterbrochen werden.

Auch in Friedrichshafen wurde ein Zeltlager evakuiert. Auf mehreren Straßen im Bodenseekreis kam es durch umgestürzte Bäume oder abgebrochene größere Äste zu Behinderungen, die nach und nach von Feuerwehr und Straßenmeisterei beseitigt wurden.

Von Sigmaringen kommen zog das Unwetter blitzintensiv über den Landkreis Ravensburg, wo es vor allem im Allgäu niederging. Im Bereich Bad Wurzach, Leutkirch und Kißlegg kam es vorübergehend zu

Stromausfällen. Die Straßen zwischen Ausnang und Hof, zwischen Leutkirch und Balterzhofen sowie zwischen Gebrazhofen und Herrot mussten bis Freitagmittag gesperrt werden. In Leutkirch und den Teilgemeinden stürzten nicht nur Bäume auf Kreisstraßen und Gemeindeverbindungswege, sondern auch auf ein Haus in der Wangener Straße und auf eine Garage im Vogelhaldeweg.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5587922>

☐ Unwetter, Bäume, Feuerwehr, Straßen, Landkreis
•• 160

25.08.2023

Ampel-Regierung will kaum noch Geld für Bundesstraßen ausgeben

(Berlin) - Der Bundesetat für Digitales und Verkehr soll im kommenden Jahr um 3,12 Milliarden Euro auf insgesamt 38,7 Milliarden Euro steigen. Mit 37,8 Milliarden Euro entfällt dabei der Hauptanteil auf den Verkehrssektor, 906 Millionen Euro sind für digitale Infrastruktur eingeplant. Dies sieht der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 vor. Den steigenden Ausgaben im Etat von Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) sollen zugleich deutlich höhere Einnahmen von 15,8 Milliarden entgegenstehen. So rechnet der Bund allein mit Einnahmen in Höhe von 15,14 Milliarden Euro aus der Lkw-Maut, die noch in diesem Jahr mindestens verdoppelt werden soll.

Deutlich mehr Geld für die Schiene

Am stärksten profitieren von der Etaterhöhung soll das Schienennetz des Bundes. Für das kommende Jahr plant die Bundesregierung mit 12,08 Milliarden Euro für die Bundesschienenwege 2,89 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr.

Weitere 1,33 Milliarden Euro sind für die Ausrüstung der Infrastruktur und der Züge mit dem Europäischen Zugsicherungssystem ERTMS (European Rail Traffic Management System) eingeplant. Zudem soll wie in diesem Jahr das Eigenkapital der Deutschen Bahn AG um 1,13 Milliarden Euro aufgestockt werden.

Eine weitere Milliarde Euro soll wie bereits in diesem Jahr für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden bereitgestellt werden.

Mehr Geld für Wasserstraßen

Leicht erhöht werden mit 1,77 Milliarden Euro die Ausgaben für die Bundeswasserstraßen (2023: 1,35 Milliarden Euro).

Kaum noch Geld für Bundesstraßen

Weitgehend unverändert sollen mit 12,8 Milliarden Euro die Ausgaben des Bundes für die Bundesfernstraßen bleiben (2023: 12,68 Milliarden Euro). Dabei werden jedoch die Ausgaben der Autobahn GmbH des Bundes für Investitionen mit 6,03 Milliarden Euro (2023: 5,54 Milliarden Euro) beziffert, die Ausgaben für Betrieb, Planungsleistungen und Verwaltung wie in diesem Jahr mit 2,3 Milliarden Euro. Dagegen sind für den Erhalt von Bundesstraßen nur 1,31 Milliarden Euro vorgesehen.

Kürzungen bei der Luftfahrt

Gekürzt werden sollen die Ausgaben für Luft- und Raumfahrt um 110 Millionen Euro auf insgesamt 516 Millionen Euro.

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-963426>

☐ Milliarden, Jahr, Ausgaben, Geld, Bundesstraßen
•• 175

26.08.2023

Sattelzug fährt auf Autofahrerin auf

► **Ulm, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden**

(Neu-Ulm) - Eine 40-jährige Fahrzeugführerin musste am Freitagvormittag, wie auch viele andere Verkehrsteilnehmer, in der zweistreifigen Überleitung von der B 30 auf die B 28 auf den linken Fahrstreifen wechseln, da auf dem rechten ein Lkw stand, der eine Panne hatte. Als der ausweichende Verkehr abbremste, bemerkte ein ebenfalls 40-jähriger Sattelzugfahrer dies zu spät und konnte ein Auffahren auf seine Vorderfrau nicht mehr verhindern. Aufgrund des Unfalls kam der Verkehr in der Überleitung weitestgehend zum Erliegen.

Bei dem Unfall wurden die 40-jährige Pkw-Fahrerin und deren Beifahrer leicht verletzt. Gegen den Lkw-Fahrer wurde daher Strafanzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung im Straßenverkehr erstattet. Die beiden mittelstark beschädigten Fahrzeuge konnten nach der Unfallaufnahme die Fahrt fortsetzen. Die Polizei schätzt den Schaden auf gut 10.000 Euro.

<https://www.polizei.bayern.de/aktuelles/pressemitteilungen/054352/index.html>

📍 Ulm
👥 273

26.08.2023

Zeugen zu Pfeffersprayvorfall gesucht

(Friedrichshafen) - Am Samstagmorgen, gegen 03.20 Uhr meldete sich ein 36-jähriger Passant über den Polizeinotruf um mitzuteilen, dass er soeben in der Montfortstraße/Paulinenstraße mit Pfefferspray besprüht wurde. Seinen Angaben nach, sei er an einer streitenden Gruppe von 10 bis 15 Personen vorbeigelaufen, als er Pfefferspray unter anderem in seine Augen abbekam. Hierdurch erlitt er eine schmerzhaft Reizung der Augen, welche einer medizinischen Behandlung bedurfte.

Die verständigten Streifen des Polizeireviers Friedrichshafen konnten weder an der angegebenen Örtlichkeit eine streitende Personengruppe antreffen, noch in der näheren Umgebung feststellen.

Das Polizeirevier Friedrichshafen erbittet Zeugenhinweise zu der Personengruppe bzw. zu der Person, die das Pfefferspray versprühte. Diese Person könnte möglicherweise mit einer grauen Jogginghose und einem schwarzen Oberteil bekleidet gewesen und von einer jungen Frau mit weißem Oberteil begleitet worden sein. Hinweise werden unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 erbeten.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5588716>

📍 Pfefferspray
👥 188

26.08.2023

Platzverweise missachtet

(Friedrichshafen) - Vor einer Gaststätte in der Eckenerstraße/Montfortstraße machten am Samstagmorgen, gegen 04.00 Uhr mehrere alkoholisierte Personen durch ihr lautes und ungezügelteres Verhalten auf sich aufmerksam.

Zumindest ein 32-jähriger aus dem Landkreis Konstanz soll zuvor wegen seiner übermäßigen Alkoholisierung der Gaststätte verwiesen worden sein. Den erteilten Platzverweisen der Polizei leistete er keine Folge. Als er in Gewahrsam genommen werden sollte, mischte sich ein 35-jähriger, ebenfalls aus dem Landkreis Konstanz stammender Mann, ein und griff die Beamten mit Faustschlägen an. Unter anderem mittels des Einsatzes von Pfefferspray gelang es die beiden Personen in Gewahrsam zu nehmen. Beide Personen wehrten sich gegen die unumgänglichen präventiv-polizeilichen Maßnahmen,

indem sie um sich traten und vehement Gegenwehr leisteten. Hierbei zogen sich die eingesetzten Polizeibeamten leichte Verletzungen in Form von Prellungen und Schürfwunden zu.

Nach der Gewahrsamnahme der beiden Männer, kehrte ein 44-jähriger Mann aus Friedrichshafen zurück an die Örtlichkeit, obwohl ihm dies zuvor aufgrund seines Verhaltens untersagt worden war. Da auch er auf gutes Zureden und mehrfaches Wiederholen und Erläutern des Platzverweises nicht reagierte, kam er ebenfalls in Gewahrsam. Dabei bespuckte und beleidigte er die Polizeibeamten. Die Beamten leiteten gegen alle drei Personen Ermittlungsverfahren ein.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5588716>

☐ Personen, Gewahrsam
•• 177

27.08.2023

„Initiative B30“ berichtet über Unfälle im Jahr 2022

(Region) - Die „Initiative B30“ informiert dreimal jährlich mit der Zeitung „B30 Insider“ über aktuelle Entwicklungen rund um die Bundesstraße 30. Die Ausgabe September - Dezember 2023 steht ab sofort zum kostenlosen Download bereit.

Themen der neuen Ausgabe sind die Statistik der Verkehrsunfälle im Jahr 2022, die Beschleunigung von Planungen, der Besuch von Staatssekretär Michael Theurer in Hochdorf, neue Tempolimits, bevorstehende und laufende Baustellen, eine Verkehrsuntersuchung für einen neuen Anschluss bei Hochdorf sowie geplante Verbesserungen für Bewohner, Fußgänger und Radfahrer in Gaisbeuren. Daneben berichtet die Initiative über Aktuelles aus Bund, Land und Region.

Der neue Insider steht kostenfrei zum Download bereit, unter: www.b30neu.de/insider-3-2023
<https://www.b30neu.de/nachrichten.html&newsid=232&mode=singleview#content>

☐ Initiative, Jahr
•• 349

28.08.2023

Vereine starten Spendenaktion für hinterbliebene Kinder

(Wilhelmsdorf) - Eine junge Mutter aus Wilhelmsdorf ist Anfang August auf der B 30 bei Meckenbeuren mit dem Auto tödlich verunglückt. Die alleinerziehende Mutter hinterlässt drei Kinder: Elias, Lino und Jonas, im Alter von zwei, vier und sieben Jahren. Die Kinder kamen bei den Großeltern in der Nachbarschaft ihres Zuhauses in Wilhelmsdorf unter. Lokale Vereine haben eine Spendenkampagne gestartet.

„Das Schicksal der Kinder hat viele Menschen betroffen gemacht“, sagt Willi Metzger, Vorstandsmitglied in der TSG Wilhelmsdorf. „Schon am Sonntag des Unfalls hat es sich rumgesprochen, dass unsere Vereinskameradin ums Leben gekommen ist“. Die junge Frau war gegen 5.30 Uhr auf dem Weg zur Arbeit. Sie wollte in Friedrichshafen Brötchen ausfahren.

Gemeinsam mit befreundeten Vereinen aus der Umgebung hat die TSG mittlerweile rund 40.000 Euro für die Kinder gesammelt. Das Spendengeld soll für Schule und Berufsausbildung zurückgelegt werden. Spenden für Elias, Lino und Jonas sind möglich, über die Internet-Plattform „gofundme“ unter der Aktion Hilfe für hinterbliebene Kinder“ oder auf ein Sonderkonto bei der Volksbank Altshausen: Kontoinhaber FG 2010 WRZ e.V., Sonderkonto Nadine, IBAN: DE97 6509 2200 0023 8410 36.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/wilhelmsdorf/alleinerziehende-mutter-verunglueckt-und-hinterlaesst-drei-kleine-kinder-1855485>

☐ Kinder, Wilhelmsdorf, Vereine
•• 196

28.08.2023

Lkw-Auflieger landet im Graben

► Weingarten, 2 Fahrzeuge

(Weingarten) - Bei einem Bremsmanöver ist am Sonntagmorgen gegen 6 Uhr auf der B 30 der Auflieger eines Sattelzugs im Graben gelandet. Eigenen Angaben des 44-jährigen Lkw-Fahrers zufolge musste dieser wegen eines knapp einscherenden Pkw-Lenkers an der Anschlussstelle Weingarten in Fahrtrichtung Friedrichshafen stark bremsen, um einen Unfall zu verhindern.

Der bislang unbekannte Fahrer eines weißen Klein-Pkw soll zunächst von der B 30 abgefahren und rechts an dem Sattelzug vorbeigefahren sein. Unmittelbar vor dem 44-jährigen soll der Unbekannte wieder auf die Bundesstraße aufgefahren sein. Durch die abrupte Vollbremsung löste sich der Auflieger vom Zugfahrzeug und blieb in der abschüssigen Böschung liegen.

Der Unbekannte fuhr ohne anzuhalten weiter. An dem Auflieger entstand Sachschaden in noch unbekannter Höhe. Während der Bergungsarbeiten, die bis kurz nach 8 Uhr dauerten, musste die Anschlussstelle kurzzeitig gesperrt werden. Das Polizeirevier Weingarten ermittelt wegen Unfallflucht und bittet unter Tel. (07 51) 8 03 - 66 66 um Hinweise zum Fahrer des weißen Kleinwagens.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5589842>

📍 Weingarten,Auflieger,Lkw,Graben

👁 273

29.08.2023

Polizei sucht Zeugen zu Unfallflucht

► Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge

(Friedrichshafen) - Nach einem Verkehrsunfall, der sich bereits am vergangenen Freitag zwischen 14 und 15 Uhr im Bereich der Tankstelle in der Ravensburger Straße ereignet hat, bittet die Polizei Friedrichshafen um Hinweise und sucht Zeugen.

Eine unbekannte Fahrerin eines Transportwagens wollte das Tankstellengelände verlassen, fuhr bis zur Fahrbahn und übersah dabei eine von links kommende Radfahrerin. Um einen Zusammenstoß mit dem auf dem Fahrradschutzstreifen stehenden Fahrzeug zu verhindern, bremste die 72-jährige stark ab, stürzte auf die Fahrbahn und wurde leicht verletzt.

Ohne sich um die zu Fall gekommene Zweiradlenkerin zu kümmern, setzte die Unfallverursacherin die Fahrt fort. Die Frau hinter dem Steuer wird als etwa 30 Jahre alt beschrieben und hatte dunkle hochgesteckte Haare. Sie war mit einem grünen Transportwagen mit Kastenaufbau und gelber Aufschrift unterwegs.

Die Polizei Friedrichshafen ermittelt wegen Verkehrsunfallflucht und bittet Personen, die sachdienliche Hinweise geben können sowie die Zeugin, die der Seniorin nach dem Unfall zur Hilfe kam, sich unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5590788>

📍 Friedrichshafen,Polizei,Zeugen

👁 380

September

04.09.2023

Hermann kritisiert Straßenplaner als unfähig

(Stuttgart) - Winfried Hermann (Grüne), Minister für Verkehr in Baden-Württemberg, macht in einem Interview mit „Schwäbische.de“ die Straßenplaner im Regierungspräsidium Tübingen, die Bodenseeregion sowie betroffene Bürgerinnen und Bürger dafür verantwortlich, dass Planungen im Bodenseekreis Jahrzehnte dauern. Die Umweltbelange seien lange Zeit missachtet worden. Zudem hält Hermann die Ausbaupläne der B 31 von Immenstaad nach Meersburg über die B1-Trasse für nicht rechtssicher: „Zu groß, zu viele Eingriffe in die Natur. Wir haben eine zweispurige Straße und bauen vier Spuren dazu. 200 Prozent Kapazitätssteigerung, das ist erheblich übertrieben“. Diese B 31-Planung sollte aufgegeben werden.

Der Verkehrsminister fordert stattdessen einen dreistreifigen B 31-Ausbau mit einer Tunnellösung für Hagnau. Außerdem will Hermann prüfen, die Projektmanagementgesellschaft DEGES einzuschalten, um das Projekt zu beschleunigen.

Die Region habe sich die Suppe mit ihrem Größenwahn nach Großprojekten seit 50 Jahren selbst eingebrockt, so der Minister: Bodenseeautobahn, Planfall 7.5 und jetzt die vierspurige B1-Variante. „Je größer der Eingriff, desto wahrscheinlicher sind Konflikte mit dem Naturschutz und der Fläche, und das Projekt schiebt sich immer weiter raus“, sagt Hermann. Deshalb gelte für ihn: „Kleiner, angepasster planen“.

Wenig Hoffnung auf eine schnelle Lösung macht Hermann für einen B 31-Ausbau von Friedrichshafen in Richtung Lindau. Das Land habe keine Planungskapazitäten.

Weiter kritisiert der Minister die B 30-Planung zwischen Ravensburg und Friedrichshafen: „Auch in diesem Fall hat man zu lange die Belange des Naturschutzes ignoriert und mit der Westvariante aufs falsche Pferd gesetzt“. Erst als sich das gerichtliche Scheitern abgezeichnet hätte, hätten die Planer die Ostvariante ausgewählt.

Mit großspurigen Straßenplanungen blockierten sich all die, die vor Ort auf der Vierspurigkeit beharrten.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/friedrichshafen/b31-ausbau-verkehrsminister-fordert-umdenken-und-will-deges-einschalten-1877539>

☐ Hermann, Straßenplaner, Minister
👁 274

05.09.2023

Fehler beim Fahrstreifenwechsel

▶ Äpfingen, 2 Fahrzeuge, 12000 Euro Sachschaden

(Äpfingen) - Am Montag stießen zwei Fahrzeuge auf der B 30 zusammen. Gegen 8.26 Uhr fuhr eine 55-jährige in einem Dacia an der Anschlussstelle Biberach-Nord auf die B 30 auf. Dort wechselte sie vom rechten auf den linken Fahrstreifen. Hierbei übersah die 55-jährige eine 50-jährige, die mit einem Kia bereits auf dem linken Fahrstreifen fuhr. Die beiden Fahrzeuge stießen zusammen. Die Polizei Laupheim nahm den Unfall auf. Der Schaden am Kia wird auf rund 7.000 Euro, am Dacia auf 5.000 Euro geschätzt. Verletzt wurde niemand.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5595842>

☐
👁 228

05.09.2023

Unbekannter kollidiert mit Leitplanke

► Ravensburg, 1 Fahrzeuge, 1500 Euro Sachschaden

(Ravensburg) - Ein bislang unbekannter Fahrzeuglenker ist am Montag gegen 23.20 Uhr auf der B 30 zwischen den Anschlussstellen Ravensburg-Süd und Ravensburg-Nord kurz vor dem Wernerhoftunnel gegen die Mittelleitplanke geprallt. In der Folge soll der Unbekannte auf den Standstreifen gefahren und den Schaden an seinem weißen Transportfahrzeug begutachtet haben. Ein Zeuge hatte den Unfall beobachtet und die Polizei verständigt. Die Beamten konnten den Unfallverursacher, der an der Schutzplanke einen Schaden von rund 1.500 Euro verursacht hatte, nicht mehr antreffen. Hinweise zu dem Unbekannten oder dessen Fahrzeug erbittet das Polizeirevier Ravensburg unter Tel. (07 51) 8 03 - 33 33.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5595860>

📍 Ravensburg
👤 279

05.09.2023

Auto auf Parkplatz angefahren

(Baindt) - Auf dem Parkplatz an der L 284 am Kreisverkehr mit dem Anschluss mit der B 30 und Riedsenn ist am Samstag ein VW Polo von einem Unbekannten angefahren worden. Offenbar prallte der unbekannte Fahrzeuglenker zwischen 10.30 Uhr und 15.30 Uhr beim Ausparken mit einer Anhängerkupplung gegen die vordere linke Fahrzeugseite des VW. Ohne sich um den Schaden in Höhe von rund 1.500 Euro zu kümmern, fuhr der Unbekannte weg. Sachdienliche Hinweise zu dem Unfall oder zum Verursacher nimmt das Polizeirevier Ravensburg unter Tel. (07 51) 8 03 - 33 33 entgegen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5595860>

📍 Parkplatz
👤 190

05.09.2023

Fahrzeugbestand in Deutschland weiter gestiegen

(Wiesbaden) - In Deutschland gibt es immer mehr Autos: 2022 so viele wie noch nie. Das teilte das Statistische Bundesamt am Dienstag mit. Die Zahl der Autos mit E-Antrieb nimmt ebenfalls zu.

Trotz aller Debatten über eine Verkehrswende gibt es in Deutschland immer mehr Autos. Im vergangenen Jahr kamen auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner 583 Pkw, so das Statistische Bundesamt. Das ist ein neuer Rekordwert. In den vergangenen zehn Jahren stieg die Pkw-Dichte demnach durchgehend. 2012 kamen noch 534 Pkw auf 1.000 Einwohner. Die Zahl der zugelassenen Autos nahm laut Statistik deutlich stärker zu als die Bevölkerung.

Ein Grund ist der Trend zum Zweit- oder Drittwagen: Von 2012 bis 2022 stieg der Anteil der Haushalte mit zwei Pkw von 24,5 Prozent auf 27,0 Prozent und der Anteil der Haushalte mit drei oder mehr Autos von 4,1 auf 6,2 Prozent.

Die höchste Pkw-Dichte gibt es in den Flächenländern, wie in Bayern mit 625 Pkw auf 1.000 Einwohner. Am geringsten ist die Pkw-Dichte in den großen Städten und Metropolen, wie in Berlin mit lediglich 338 Pkw je 1.000 Einwohner.

In absoluten Zahlen waren zum Stichtag 1. Januar 2023 rund 48,8 Millionen Pkw in Deutschland zugelassen. Der Wandel zur politisch gewollten Elektromobilität schlägt sich aber kaum nieder: Zum Jahresanfang waren 2,1 Prozent der in Deutschland zugelassene Pkw reine Elektroautos.

https://www.focus.de/finanzen/news/viel-zu-wenige-fahren-elektrisch-mitten-in-verkehrswende-hat-deutschland-so-viele-autos-wie-noch-nie_id_203777202.html

🗄️ Pkw, Deutschland, Autos, Einwohner, Dichte
💬 197

06.09.2023

Kanzler fordert Länder, Landräte und Bürgermeister zum Handeln auf

(Berlin) - In der Generaldebatte im Bundestag hat Bundeskanzler Olaf Scholz am Mittwoch auf die Kritik der Opposition an der Arbeit der Koalition mit einem Vorschlag für eine neue Marschrichtung reagiert: In seiner Rede lud der SPD-Politiker Länder, Kommunen sowie die demokratische Opposition zu einem „Deutschland-Pakt“ zur Modernisierung des Landes ein.

Der Pakt solle Deutschland schneller, moderner und sicherer machen, sagte Scholz. Sein Angebot richte sich an die 16 Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder, an die Landräte und Landrätinnen, Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in der ganzen Republik. Um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, sollen Bund und Länder ein umfassendes Paket an Maßnahmen erarbeiten und noch in diesem Jahr auf den Weg bringen.

Die Energieversorgung solle „sauber, sicher und bezahlbar“ werden. Zudem möchte der Kanzler Planungs- und Genehmigungsverfahren digitalisieren und den Wohnungsbau vereinfachen.

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/generaldebatte-bundestag-136.html>

🗄️ Länder, Kanzler, Landräte, Bürgermeister
💬 255

06.09.2023

Neuer Regionalplan genehmigt

(Stuttgart) - Das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen hat den neuen Regionalplan für die Region Bodensee-Oberschwaben genehmigt. Das teilte das Ministerium am Mittwoch mit. Der neue Regionalplan gibt u. a. vor, wo künftig Industrie- und Wohngebiete bevorzugt angelegt und Rohstoffe abgebaut werden sowie große Infrastrukturprojekte entstehen können. Er regelt auch zu schützende Natur- und Freiflächen.

Zwei Jahre nachdem der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben den neuen Plan beschlossen hat, genehmigte das Ministerium den vorgelegten Plan nicht in allen Punkten. Vier geplante Industrie- und Gewerbeschwerpunkte werden herausgenommen: Bei Friedrichshafen-Hirschlatt, Kißlegg-Waltershofen (Ikowa), Leutkirch-Riedlings und Pfullendorf-Wattenreute. Sie verstoßen laut Ministerium gegen den Landesentwicklungsplan, da sie nicht an Siedlungen angebunden sind. Auch ein Kalksteinabbaugebiet im Oberen Donautal bekam keine Genehmigung. Davon abgesehen bleiben die übrigen Planinhalte unverändert. Das ergab die rechtliche Prüfung des Ministeriums.

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben freut sich über die grundsätzliche Genehmigung des Ministeriums, zeigt sich angesichts der Entscheidung über die Gewerbeflächen aber überrascht. Die insgesamt rund 120 Hektar seien notwendig gewesen, um den Bedarf in der Region sicherzustellen, heißt es in einer Pressemitteilung.

Der neue Regionalplan für den Bodenseekreis sowie die Landkreise Ravensburg und Sigmaringen löst den bisherigen Regionalplan von 1996 ab. Nun muss die Verbandsversammlung des Regionalverbandes noch über einen sogenannten Beitrittsbeschluss entscheiden. Der Termin für diesen Beschluss steht noch nicht fest, so Verbandsdirektor Wolfgang Heine. Die nächste Verbandsversammlung finde Anfang Dezember statt. Eventuell gebe es vorher eine Sondersitzung.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/regionalplan-fuer-region-bodensee-oberschwaben-genehmigt-100.html>

08.09.2023

Bagger bleibt an Tunneldecke hängen

► Ravensburg, 1 Fahrzeuge

(Ravensburg) - Ein mit einem Bagger beladener Lkw ist am Freitag gegen 10.45 Uhr auf der B 30 am Wernerhoftunnel bei Ravensburg hängen geblieben. Der Fahrer, der in Richtung Bad Waldsee unterwegs war, unterschätzte offenbar die Tunnelhöhe. In der Folge krachte der Bagger am Beginn des Tunnels gegen die Decke und gegen alle Querträger an der Tunneldecke bis zu dessen Ende. Der Tunnel wurde über die gesamte Länge beschädigt. Am Eingang wurde der Beton so stark abgetragen, dass die Bewehrung offen lag. Statt anzuhalten, fuhr der Lkw-Fahrer weiter.

Bisherigen Ermittlungen der Polizei zufolge sei noch ungeklärt, ob der Mann bewusst Unfallflucht begangen habe oder ob er den Unfall schlicht nicht bemerkte. Inzwischen konnten die Beamten den Fahrer des Lastwagens ausfindig machen und haben wegen Unfallflucht die Ermittlungen aufgenommen. Für rund vier Stunden war die Fahrbahn einseitig gesperrt.

Trotz des erheblichen Schadens, der von der Polizei auf eine fünf- bis sechsstellige Höhe geschätzt wird, ist der Tunnel wieder befahrbar. Er ist nicht einsturzgefährdet, so ein Sprecher des Polizeipräsidiums Ravensburg.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/bagger-auf-lkw-kracht-gegen-den-wernerhoftunnel-1889192>

08.09.2023

Verkehrsbehinderungen wegen Bauarbeiten am Anschluss Ulm-Donaustetten

(Donaustetten) - Von Mittwoch, dem 13. September 2023, bis voraussichtlich Freitag, dem 22. September 2023, wird der Fahrbahnbelag der Landesstraße 240 bei Donaustetten am Knoten zur B 30 erneuert. Die Gesamtbaumaßnahme ist in drei Bauabschnitte aufgeteilt und erstreckt sich von der Auf- und Abfahrt in Fahrtrichtung Biberach bis etwa 100 Meter nach der Zufahrt zum Park- und Rideplatz Donaustetten in Richtung Unterweiler.

Zunächst wird ab dem 13. September 2023 der Verkehr in Fahrtrichtung Donaustetten unter halbseitiger Sperrung an der Baustelle vorbeigeleitet. Im ersten Schritt wird der stark rissige und teilweise verdrückte Fahrbahnbelag abgefräst, bevor der neue Fahrbahnbelag zwischen den Auf- und Abfahrten der B 30 eingebaut wird. Die Fahrtrichtung Unterweiler ist derzeit durch eine Baumaßnahme der Stadt Ulm am Kreisverkehr bei Donaustetten bereits gesperrt. Die Umleitung erfolgt über Donaustetten und Gögglingen.

Ab Montag, den 18. September 2023, wird im dritten Bauabschnitt die Landesstraße 240 zwischen der Auf- und Abfahrt der B 30 in Fahrtrichtung Ulm bis zum Bauende beim Park- und Rideplatz Donaustetten für den Verkehr komplett gesperrt. Die Umleitung ist ausgeschildert und führt über Unterweiler, Gögglingen nach Donaustetten und umgekehrt. Die Auf- und Abfahrt zur B 30 ist in beide Fahrtrichtungen jederzeit möglich, jedoch ist mit Verkehrsbehinderungen zu rechnen.

Die Kosten der Belagserneuerung werden vom Land getragen und belaufen sich auf rund 130.000 Euro.

https://www.alb-donau-kreis.de/startseite/dienstleistungen_service/pr-185_landesstrasse_240_bei_donaustetten_knoten_b30_wird_wegen_bauarbeiten_zeitweise_komplett_gesperrt.html

08.09.2023

Verkehrssicherheitspakt vorgestellt

(Stuttgart) - Weniger Tote und Verletzte im Straßenverkehr - das ist das Ziel des Verkehrssicherheitspakts von Baden-Württemberg. Es soll deutlich weniger Tote und Verletzte im Verkehr geben.

Die Landesregierung hat sich der Vision Zero verschrieben. Mit Blick darauf sollen im Jahr 2030 60 Prozent weniger Menschen auf den Straßen Baden-Württembergs zu Tode kommen als 2010. Der Verkehrssicherheitspakt wurde vom Verkehrsministerium und dem Innenministerium Baden-Württemberg gemeinsam entwickelt und am 27. Juni 2023 vom Ministerrat verabschiedet.

Der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl betonte am Freitag, die Bedeutung eines gemeinsamen Programms der Landesregierung. Ein Baustein für den Erfolg der Verkehrssicherheitsarbeit sei nachweislich eine konsequente Verkehrsüberwachung. „Unsere Maßnahmen zur Verkehrsüberwachung sind gezielt auf die Hauptunfallursachen für schwere und tödliche Verkehrsunfälle ausgerichtet. Ein Fokus bleibt auch weiterhin auf der Bekämpfung unsere Hauptunfallursache Nr. 1 für tödliche Verkehrsunfälle auf Baden-Württembergs Straßen: der Geschwindigkeit. Dafür werden wir weiter in die Verkehrsüberwachungstechnik der Polizei investieren und zusätzliche Enforcement Trailer beschaffen“, so Thomas Strobl.

Verkehrsminister Winfried Hermann lobte sich seit 2010 viel erreicht zu haben. Doch vom ehrgeizigen Ziel sei das Land noch weit entfernt. Die Landesregierung wolle eine nachhaltige, aktive, selbstbestimmte und sichere Mobilität. „Mobilität soll für alle Menschen sicher sein! Für radfahrende Jugendliche, für ältere Fußgängerinnen, Menschen mit Handicap oder Fahranfänger, die sich selbst überschätzen“, so Minister Hermann. Hermann warb auch für bauliche Maßnahmen, mit denen Lücken im Verkehrswegenetz für den Rad- und Fußverkehr geschlossen werden sollen, aber auch der Ausbau der praktischen Radfahrausbildung.

Konkret will die Landesregierung:

- Gründung eines Arbeitskreises „Vision Zero“
- Radfahrer als zentraler Träger der Mobilitätswende besonders schützen
- Steigerung der Motorradsicherheit
- Stärkere Verkehrsüberwachung
- Verbesserung der Straßenausstattung und Reduzierung von Hindernissen im Seitenraum
- Verbesserung des Verkehrssicherheitsscreenings
- Verbesserung behördlicher Zusammenarbeit bei Unfallschwerpunkten
- Nutzung moderner Technologien zur Verbesserung der Verkehrssicherheit
- Fortbildungen und Wissensaustausch
- Optimierung der Unfallverhütung

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/verkehrssicherheitspakt-ziel-weniger-tote-und-verletzte>

 Baden, Verkehrssicherheitspakt, Landesregierung, Menschen, Hermann
 299

08.09.2023

Auto brennt auf Parkplatz aus

(Baindt) - Auf dem Parkplatz einer Spedition brannte am Mittwoch ein Pkw aus. Die Fahrerin hatte gegen 6.20 Uhr auf der B 30 Funken bemerkt und war bei Baindt abgefahren. An der Abfahrt konnte sie ihren Diesel-Pkw noch auf den Parkplatz einer Spedition abstellen. Beim Eintreffen der Freiwilligen Feuerwehr hatten die Flammen vom Motorraum bereits auf die Fahrgastzelle übergegriffen. Die Feuerwehr löschte den Brand mit der Schnellangriffseinrichtung. Die Frau kam mit dem Schrecken davon.

<https://www.facebook.com/FeuerwehrBaindt>

 Parkplatz
 281

10.09.2023

Fernbusse halten nur noch in Ravensburg und Friedrichshafen

(München) - Das Deutschlandticket (49-Euro-Ticket) stärkt nicht nur den öffentlichen Nahverkehr, sondern verschlechtert den Fernbusverkehr im Ländlichen Raum. Die Anbieter von Fernbuslinien beklagen Einbußen bei der Nachfrage nach bestimmten Strecken und haben das Angebot ausgedünnt. Das sagte ein Flixbus-Sprecher der Rheinischen Post. In Oberschwaben wurden Halte etwa in Bad Waldsee, Biberach oder Laupheim aufgegeben.

Eine Umfrage des Verbands deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ergab, dass seit Einführung des Deutschlandtickets im Mai dieses Jahres immer mehr Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzen - und deswegen unter anderem ihr Auto stehen lassen oder auf kostenpflichtige Angebote verzichten. Das bekommt das Unternehmen Flixbus zu spüren. Das Ticket wirke sich auf die Nachfrage nach Fernbusfahrten auf bestimmten Linien aus. Dies betreffe vor allem Verbindungen zwischen Großstädten und typischen Tourismusregionen. Daher habe das Unternehmen die Verbindungen auf solchen Strecken ausgedünnt.

<https://www.heise.de/news/Deutschlandticket-duennt-Fernbusnetz-aus-Flixbus-hofft-auf-Teilnahme-9300390.html>



653

14.09.2023

24-jähriger missbraucht mobiles Blaulicht

(Wiblingen) - Um schneller voranzukommen fuhr ein 24-jähriger am Mittwoch auf der B 30 mit eingeschaltetem Blaulicht. Nun erwartet ihn eine Strafanzeige.

Kurz nach 8.15 Uhr fuhr der junge Mann mit seinem Mercedes in Richtung Biberach. Im Bereich Ulm-Wiblingen hatte er ein mobiles Blaulicht auf sein Dach gesetzt und eingeschaltet, mutmaßlich um schneller voranzukommen.

In der Annahme, es handelte sich um ein Zivilfahrzeug der Polizei, machte ein Zeuge freie Bahn. Dem Zeugen kam die Sache komisch vor, da an dem Mercedes ein Kennzeichen des nordrhein-westfälischen Landkreises Coesfeld angebracht war. Daraufhin wählte der Zeuge den Notruf und teilte seine Beobachtungen der Polizei mit.

Eine Polizeistreife konnte den Mercedes im Bereich Laupheim entdecken. Bei der anschließenden Kontrolle entdeckten die Polizisten das Blaulicht zugriffsbereit im Innenraum des Autos. Das mobile Blaulicht wurde beschlagnahmt. Den 24-jährigen erwartet nun eine Anzeige wegen Amtsanmaßung.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5603060>



Blaulicht, Mercedes



525

14.09.2023

Busbucht in Enzisreute wird umgebaut

(Enzisreute) - Das Regierungspräsidium Tübingen lässt ab Montag, 18. September die nordwestliche Busbucht an der B 30 in Enzisreute barrierefrei umbauen. Die Arbeiten dauern voraussichtlich fünf Wochen, bis Freitag, 20. Oktober 2023.

Die vorhandene Busbucht wird von bisher 55 Meter Länge auf 88,70 Meter erweitert. Gleichzeitig wird der Gehweg an der Bushaltestelle im Wartebereich auf 2,50 Meter verbreitert. Das Wartehäuschen bleibt erhalten.

Während der Baumaßnahme wird die Fahrbahn der B 30 eingeengt. Der Verkehr in beide Richtungen bleibt aufrechterhalten. Zeitweise kann eine halbseitige Sperrung mit Ampelregelung notwendig werden. Um Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten sollen die Arbeiten nach Auskunft des Regierungspräsidiums soweit möglich außerhalb der Hauptverkehrszeit durchgeführt werden. Hieraus ergäben sich geringe verkehrliche Auswirkungen.

Während der Bauarbeiten kann die Bushaltestelle in Richtung Ravensburg nicht genutzt werden. Eine Ersatzbushaltestelle wird in südlicher Richtung eingerichtet.

Die Gesamtkosten für den Umbau der Bushaltestelle betragen ca. 105.000 Euro und werden vom Bund getragen.

<https://www.bad-waldsee.de/buerger/de/rathaus-service/aktuelles-bekanntmachungen/neues-aus-bad-waldsee/156/umbau-der-busbucht-an-der-b-30-in-enzisreute>

 Busbucht,Enzisreute
 421

15.09.2023

Betrunken Auto gefahren

(Gaisbeuren / Enzisreute) - Aufgrund ihrer auffälligen Fahrweise wurde der Polizei am Donnerstagabend eine VW-Fahrerin gemeldet, die auf der B 30 zwischen Gaisbeuren und Enzisreute unterwegs war. Die Polizisten trafen die 41 Jahre alte Frau am Fahrbahnrand parkend an und kontrollierten sie. Aufgrund deutlich festzustellenden Alkoholgeruchs sollte vor Ort ein Alkohol-Vortest durchgeführt werden, dieser scheiterte jedoch an den starken alkoholbedingten Ausfallerscheinungen der 41-jährigen. Die Frau musste die Polizisten für eine Blutentnahme ins Krankenhaus begleiten. Den Fahrzeugschlüssel und ihren Führerschein musste sie abgeben. Auf die 41-jährige kommt eine Anzeige wegen Trunkenheit im Straßenverkehr zu.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5604134>

  454

15.09.2023

Radfahrer kollidiert mit Pkw

► **Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge**

(Friedrichshafen) - Beim Zusammenstoß mit einem Pkw hat sich am Donnerstag gegen 17.15 Uhr ein Radfahrer verletzt. Der 87-jährige Zweiradfahrer wollte die Ravensburger Straße überqueren und fuhr dabei seitlich in einen Pkw, der die Abbiegespur in Richtung Bundesstraße befuhr. In der Folge stürzte er von seinem Rad auf die Fahrbahn. Nachdem Passanten dem Mann zur Hilfe kamen, stand er auf und lief davon. Nach kurzer Zeit kehrte der Senior wieder zur Unfallstelle zurück, woraufhin sich ein Rettungsdienst um ihn kümmerte und zur weiteren Versorgung in eine Klinik brachte. Wie hoch der Sachschaden ausfällt, ist aktuell nicht bekannt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5604153>

 Friedrichshafen,Pkw,Radfahrer
 439

18.09.2023

Polizei stoppt betrunkenen 23-jährigen

(Biberach) - Einen auffälligen Autofahrer meldete eine Zeugin der Polizei am Sonntag bei Biberach, die kurz vor 7.45 Uhr auf der B 30 in Fahrtrichtung Friedrichshafen unterwegs war. Vor dem Jordaneil fiel ihr ein VW auf, der deutlich in Schlangenlinien und auf beiden Fahrstreifen fuhr. Der VW fuhr am Jordaneil von der B 30 ab. Die Zeugin verständigte die Polizei, die das Auto noch fahrend in der Memminger Straße feststellen konnte. Am Steuer saß ein 23-jähriger, der nach Alkohol roch. Ein durchgeführter Alkomattest bestätigte den Verdacht. Der Mann hatte so viel getrunken, dass er nicht mehr in der Lage war sicher Auto zu fahren. In einem Krankenhaus musste er eine Blutprobe abgeben. Sein Führerschein wurde sichergestellt. Den VW musste er stehen lassen. Auf ihn kommt eine Anzeige zu.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5605292>

☒ Polizei, VW
•• 267

20.09.2023

Unternehmen setzen auf klimafreundlichere Fahrzeuge

(Stuttgart) - 15 Unternehmen, Wirtschafts- und Branchenverbände sowie die Landesagentur e-mobil haben das Bündnis „Flottenumstellung von Nutzfahrzeugen“ gegründet. Der Zusammenschluss macht sich für mehr Klimaschutz im Straßengüterverkehr stark. Das Ziel lautet: Bis 2030 sollen mindestens 50 Prozent der eingesetzten leichten und mittleren Nutzfahrzeuge bis zwölf Tonnen klimaneutral fahren. Ein weiterer Schwerpunkt in der Bündnisarbeit sind verbesserte Rahmenbedingungen, die ermöglichen, dass Unternehmen ihre Güter klimaneutral befördern können. Dazu gehören eine flächendeckende Lade- und Tankinfrastruktur.

Verkehrsminister Winfried Hermann stellte am Mittwoch die gemeinsame Bündniserklärung vor und betonte: „Ich freue mich sehr, dass dieses Bündnis für klimafreundliche Fahrzeugflotten zustande gekommen ist. Für einen wirksamen Klimaschutz sind klimafreundliche Antriebe im Güterverkehr ein wichtiger Beitrag.“

Täglich werden die unterschiedlichsten Waren vorwiegend über die Straße transportiert. Das hat Auswirkungen auf die Umwelt: Rund ein Drittel der Treibhausgase im Verkehrsbereich werden in Baden-Württemberg durch den Güterverkehr auf der Straße verursacht. Um bis 2030 die Klimaziele im Verkehr zu erreichen, sollen Unternehmen und Institutionen ihre Fahrzeugflotten mit klimaneutralen Antrieben ausstatten.

Die Bündniserklärung wurde nun von den Unternehmen Amazon, DPD Deutschland, Hermes Germany, Sixt und SV Gruppe sowie den Wirtschafts- und Branchenverbänden Bundesverband der Kurier-Express-Post-Dienste e.V., Bundesverband Paket und Expresslogistik e.V., dem Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag, HANDWERK BW, KEP Wirtschaftsdienst, Unternehmer Baden-Württemberg e.V., Verband kommunaler Unternehmen e.V. Landesgruppe Baden-Württemberg, Verband Spedition und Logistik Baden-Württemberg e.V., der Landesagentur e-mobil BW und dem Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg unterzeichnet.

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/buendnis-aus-unternehmen-fuer-klimafreundliche-fahrzeugflotten>

☒ Unternehmen, Baden, Württemberg
•• 247

20.09.2023

Verkehrshelfer leiten Grundschüler wieder über die B 30

(Meckenbeuren) - Seit 14 Jahren hilft Ingrid Schimmels Grundschulern dabei, nach dem Beginn des neuen Schuljahres, die B 30 zu überqueren. Besonders im Fokus stehen neu eingeschulte Grundschüler. Schimmels steht dort an jedem Schultag vier Wochen lang. So auch in diesem Jahr, wieder an der Kreuzung mit der Bahnhofstraße.

Wenn die Fußgängerampel grün wird, sind die Verkehrshelfer mit Warnweste und reflektierender Kelle auf der Kreuzung zu finden. Schüler und alle anderen Passanten können hinter ihnen die Bundesstraße geschützt überqueren. Nach den Herbstferien ist erneut ein Lotsendienst geplant. Mittlerweile sind es 25 freiwillige Helfer.

Wer in die B 30 einbiegt, schaut oft nur auf eine Lücke und weniger auf die Passanten, die die Bundesstraße queren wollen, weiß Ingrid Schimmels: „Die Kreuzung ist so gefährlich.“ Seit 2009 organisiert sie deshalb den Verkehrshelferdienst.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/meckenbeuren/sicherer-schulweg-ist-in-meckenbeuren-herzensangelegenheit-1912574>

☐ Verkehrshelfer, Grundschüler, Schimmels, Kreuzung
•• 237

21.09.2023

Umweltverbände verhindern Bahnstrecke

(Niedersachsen) - Zwischen Hamburg und Hannover sollte eine neue Bahnstrecke gebaut werden. Daraus wird vorerst nichts. Darüber freuen sich die Umweltverbände.

Die umstrittene Neubaustrecke für den Bahnverkehr zwischen Hamburg und Hannover, die sogenannte Y-Trasse, ist vorerst vom Tisch. Das Bundesverkehrsministerium hat dem Land Niedersachsen nun vorgeschlagen, stattdessen die bestehende Strecke über Lüneburg und Uelzen grundlegend zu sanieren und auszubauen. Dafür soll der Start der Streckensanierung von 2026 auf 2029 verschoben werden. Parallel dazu könne, so das Ministerium, erneut über einen Neubau verhandelt werden.

Der Streit über diesen Bahnausbau schwelt seit Anfang der 1990er-Jahre. Laut dem aktuellen Bedarfsplan sollte Hannover durch Neubaustrecken deutlich besser mit Hamburg und Bremen verbunden werden, um dem wachsenden Eisenbahnverkehr gerecht zu werden. Doch das passt potenziellen Anliegern und Umweltschützern nicht. Das niedersächsische Verkehrsministerium sah sich genötigt das „Dialogforum Schiene Nord“ ins Leben zu rufen. Die Beteiligten einigten sich mehrheitlich auf die Variante Alpha E, das heißt die Ertüchtigung der Bestandsstrecke über Uelzen und Lüneburg.

Doch die entwickelten Planungsvarianten hatten ein so schlechtes Nutzen-Kosten-Verhältnis, dass die Bahn eine „bestandsferne Variante“ wieder ins Spiel brachte. Diese sah zuletzt einen Neubau über weite Strecken an der Autobahn 7 vor, um die ökologischen Folgen zu begrenzen. Das passt aber dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) nicht. Er hält einen Bahn-Neubau für unnötig und ökologisch schädlich, weil damit ein weiteres Mal der Lebensraum für Pflanzen und Tiere durchschnitten würde. „Es braucht keine Naturzerstörung, nur um ein paar Minuten mehr Zeitgewinn zu realisieren“, so Holger Buschmann, Landesvorsitzender des NABU Niedersachsen. Daneben sei der Deutschlandtakt auch mit längeren Fahrzeiten von 40 Minuten erreichbar. Energie verschlingende Zuggeschwindigkeiten von 300 Stundenkilometern seien unnötig und im Übrigen konträr zu den Klimazielen. Daher brauche es einen Bahnausbau nicht.

Auch die rot-grüne Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag 2022 auf die Variante „Optimiertes Alpha E plus Bremen“ festgelegt. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil sprach sich aber gegen die Neubaustrecke aus, da sie durch seinen Wahlkreis führen würde. Die Landesvorsitzende Greta Garlichs (Grüne) bezeichnete das Ende des Bahn-Neubaus in dieser Woche als wichtiges und gutes Signal, dass Klarheit herrsche und der Schienenausbau in Niedersachsen nun vorangehen soll. Das werde vor allem den vielen Pendlerinnen und Pendlern auf der Strecke deutliche Verbesserungen bringen. Die Planungen für den Schienenausbau müssten aber ebenfalls schnell weitergeführt werden.

“Bereits heute kommt es im Raum zwischen Hamburg/Bremen und Hannover zu Überlastungen der Schiene - Tendenz weiter steigend“, so das Bundesverkehrsministerium. Die erweiterte Generalsanierung der Strecke über Lüneburg mildere zwar die Überlastung und verbessere die Betriebsqualität. Mit Blick auf die Zukunft reiche sie aber nicht aus. Schließlich sei es „das Ziel, die Leistung im Personenverkehr zu verdoppeln und den Anteil des Schienengüterverkehrs auf 25 Prozent zu steigern“.

<https://taz.de/Bahnstrecke-Hamburg--Hannover/!5958303/>

📍 Niedersachsen,Hannover,Bahnstrecke,Hamburg,Strecke
👁️ 316

21.09.2023

Auf-/Abfahrt Bad Waldsee-Nord ab Montag gesperrt

(Bad Waldsee) - Die Auf- und Abfahrt Bad Waldsee-Nord an der B 30 in Richtung Biberach wird von Montag, 25. September, bis voraussichtlich Freitag, 6. Oktober 2023, wegen Bauarbeiten für einen neuen Geh- und Radweg gesperrt. Die Umleitungsstrecke wird ausgeschildert.

<https://www.diebildschirmzeitung.de/diebildschirmzeitung/bad-waldsee/bad-waldsee-le/18823-sperrung-auffahrt-zur-b30>

📍 Waldsee,Auf,Abfahrt,Nord,Montag
👁️ 404

22.09.2023

An der Abfahrt hat's gekracht

▶ **Biberach, 2 Fahrzeuge, 8000 Euro Sachschaden**

(Biberach) - Sachschaden entstand am Donnerstag bei einem Verkehrsunfall an der Abfahrt der B 30 bei Biberach. Kurz vor 10.30 Uhr fuhr ein 66-jähriger mit seinem Mercedes auf der B 465 von Biberach in Richtung Jordaneil. Ein 53-jähriger kam zur selben Zeit aus Richtung Ulm. Er verließ die B 30 an der Abfahrt Biberach-Süd und wollte am Ende der Abfahrt nach links in die B 465 einfahren. Dabei übersah der Fahrer des VW den vorfahrtberechtigten 66-jährigen. Bei dem Zusammenstoß blieben beide Unfallbeteiligten unverletzt. Den Schaden an den noch fahrbereiten Autos schätzt die Polizei auf etwa 8.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5609174>

📍 Biberach,Abfahrt
👁️ 298

22.09.2023

Expertenstreit um Planungsbeschleunigung im Verkehrsbereich

(Berlin) - Die gesetzlichen Regelungen, mit denen die Bundesregierung Genehmigungsverfahren im Verkehrsinfrastrukturbereich beschleunigen möchte, sind unter Sachverständigen umstritten. Das wurde während einer öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses am Mittwochnachmittag zum Gesetzentwurf „zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1187 über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes“ deutlich.

In dem Gesetz ist unter anderem vorgesehen, noch durch Rechtsverordnung festzulegende Fernstraßenbauvorhaben, die im Bedarfsplan als vordringlicher Bedarf (Engpassbeseitigung) ausgewiesen sind, mit einem aus dem LNG-Beschleunigungsgesetz bekannten „überragenden öffentlichen Interesse“ auszustatten. Zudem sollen Ersatzneubauten von Brücken vom Planfeststellungsverfahren und der Pflicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) befreit werden. Im

Bundesschienenwegeausbaugesetz will die Regierung festlegen, dass der Bau oder die Änderung eines Bundesschienenweges, der fest disponiert ist oder für den der Bedarfsplan einen vordringlichen Bedarf feststellt, im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegt. Weitere Regelungen gibt es zur Digitalisierung der Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren.

Greenpeace gegen Beschleunigung von Straßen

Greenpeace-Vertreterin Lena Donat begrüßte die Beschleunigung von Planungsverfahren für den Bereich Schieneninfrastruktur. Greenpeace spreche sich aber klar gegen eine Beschleunigung bei Straßenbauprojekten aus, betonte sie. Ein überragendes öffentliches Interesse sollten aus ihrer Sicht nur Projekte von existentieller Bedeutung erhalten. Autobahnprojekte, die durch zusätzliche CO₂-Emissionen und die Zerstörung von Naturräumen, die Klimakrise und das Artensterben weiter beschleunigten und zudem keineswegs den Verkehrsfluss verbesserten, widersprächen grundsätzlich einem überragenden öffentlichen Interesse. Zudem würden diese Ausbauprojekte wichtige Planungs-, Bau- und Haushaltskapazitäten binden, die dringend für die Schiene benötigt würden.

Deutsches Verkehrsforum für Beschleunigung von Wasserstraßen

Florian Eck, Geschäftsführer des Vereins Deutsches Verkehrsforum (DVF), sieht in dem Gesetzentwurf die einmalige Chance, die Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Erhalt-, Aus- und Neubau von Infrastrukturvorhaben signifikant zu beschleunigen. Am Wirtschaftsstandort Deutschland würden mehr denn je die Kapazitäten aller Verkehrsträger gebraucht. Daher müssten ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt und Beschleunigungspotenziale für alle Verkehrsträger gehoben werden. Angesichts der Tatsache, dass die Wasserstraße im vorliegenden Entwurf eine sehr untergeordnete Rolle spiele, zeige sich hier deutliches Verbesserungspotenzial, befand er.

Pro Mobilität kritisiert geplante Zustimmung des Bundesumweltministeriums

Christian Funke, Geschäftsführer des Vereins Pro Mobilität - Initiative für Verkehrsinfrastruktur, wies darauf hin, dass die Straße „Deutschlands absoluter Hauptverkehrsträger ist“ und auch in der Zukunft sein werde. Es sei daher wichtig, die Straße gleichwertig zu anderen Verkehrsträgern zu behandeln. Daher begrüße Pro Mobilität die Normierung der planfeststellungsfrei zu bauenden Ersatzbrücken. Problematisch sei es, so Funke, dass die Liste der 148 Straßenbauprojekte zur Engpassbeseitigung, die im Referentenentwurf noch als Anlage beigefügt gewesen sei, sich im Regierungsentwurf nicht mehr finde. Da nun die entsprechenden Projekte in einer Rechtsverordnung des Bundesverkehrsministeriums (BMDV) nur unter Zustimmung des Bundesumweltministeriums (BMUV) aufgenommen werden sollen, könnten die Vorhaben durch ein Veto des BMUV in Zukunft unterlaufen werden, gab er zu bedenken.

Rechtsgutachterin des BUND gegen Straßenprojekte

Unter anderem der geplante Verzicht auf die UVP bei Ersatzbrücken stieß auf Kritik der Fachanwältin für Verwaltungsrecht, Franziska Heß, Rechtsgutachterin des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Dem stünden nicht zuletzt unionsrechtliche Bedenken entgegen, sagte sie. Es sei nicht möglich, pauschal den Ersatzneubau von Brücken mit einer Erweiterung der Straße auf bis zu 1.500 Meter als Vorhaben ohne erhebliche Umweltauswirkungen einzuordnen, weil über das Habitatschutzrecht hinaus Belange des Artenschutzes und des Wasserrechts ohne weiteres bei einem Straßenausbau mit 1.500 Meter Länge betroffen sein könnten.

Heß sprach zudem von einer inflationären Zuerkennung eines überragenden öffentlichen Interesses für alle möglichen „wünschenswerten“ Interessen. Straßenbauvorhaben dienten aber nicht der Lösung existentieller und verfassungsordnungsbedrohender Krisen.

Deutsche Bauindustrie fordert Planungsbeschleunigung für Tunnel und bedeutende Infrastrukturen

Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB), begrüßte wiederum die Regelung zu den Ersatzbrücken. Ein Bedarf an Genehmigungsfreistellung besteht allerdings auch für Tunnel und Strecken, die eine erhebliche Infrastrukturbedeutung aufwiesen, sagte er. Auch wäre aus seiner Sicht eine Integration der Errichtung und des Ausbaus von Pkw- und Lkw-Stellplätzen mit erneuerbaren Energien zur Erreichung der Klimaziele begrüßenswert. Zudem forderte er, auch die Projekte der Bundeswasserstraßen, die mit fest disponiert oder vordringlichem Bedarf - Engpassbeseitigung im Bedarfsplan gekennzeichnet sind, als Projekte im überragenden öffentlichen Interesse und dem Dienst der öffentlichen Sicherheit dienend, einzustufen.

DIHK will ideologiefreie Beschleunigung für alle Verkehrsprojekte

Ilja Nothnagel, Mitglied der Hauptgeschäftsführung bei der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), bemängelte, dass der Gesetzesentwurf die Beschleunigungsmaßnahmen des LNG-Beschleunigungsgesetzes nur teilweise aufgreife. Durch die Beschränkung der Maßnahmen auf einzelne Infrastrukturvorhaben oder Genehmigungsverfahren werde die Chance vertan, die in allen Infrastrukturbereichen notwendige Verfahrensbeschleunigung zu erreichen. Das überragende öffentliche Interesse müsse daher für alle Verkehrsprojekte an Bundesfernstraßen, Bundeswasserstraßen oder Schienenwegen festgelegt werden.

Richtig wäre es aus Sicht der DIHK auch, einen festen Stichtag, beispielsweise den Abschluss des Anhörungsverfahrens, als maßgeblichen Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage zu bestimmen, sowie einen vorzeitigen Baubeginn und die spätere Festlegung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen „nach dem Vorbild des LNG-Beschleunigungsgesetzes“ für alle Verfahren zuzulassen.

Professor fordert kein überragendes öffentliches Interesse für Straßen

Professor Manuel Brunner von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen forderte, die den Begriff des „überragenden öffentlichen Interesses“ betreffende Gleichsetzung des Ausbaus und der Änderung der Bundesfernstraßeninfrastruktur mit dem Bau und der Änderung im Bereich des Bundesschienenwegengesetzes aufzugeben. Allenfalls für den Ausbau des Bundesschienenwegengesetzes sei der Begriff aus verfassungsrechtlicher Sicht vertretbar, weil es dabei um den Klimaschutz gehe, für den der Staat laut Grundgesetz eine besondere Verantwortung habe. Doch auch dabei dürfe sich das „überragende öffentliche Interesse“ nicht auf das Konzept „Deutschlandtakt“ als solches beziehen. Nicht zuletzt, so Brunner, weil der Deutschlandtakt teils erheblicher Kritik aus der Fachöffentlichkeit im Verkehrsbereich ausgesetzt sei.

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-966934>

☐ Beschleunigung, Interesse, Verkehrsbereich, Genehmigungsverfahren, Bedarf
•• 260

26.09.2023

Umgestürzter Lastzug blockierte B 30

► **Baltringen, 1 Fahrzeuge**

(Baltringen) - Hoher Sachschaden und eine Vollsperrung der B 30 in Fahrtrichtung Ulm ist die Bilanz eines Verkehrsunfalls am Montagabend. Aus bislang unbekannter Ursache kam gegen 19.40 Uhr ein 50-jähriger Lkw-Fahrer mit seinem Lastzug auf der Fahrt aus Richtung Biberach in Richtung Ulm nach rechts von der Straße ab. Nach Auswertung der Spurenlage durch die Polizei versuchte er durch Gegenlenken wieder auf die Straße zu kommen und verlor dabei die Kontrolle über sein Fahrzeug. Im weiteren Verlauf schleuderte die Zugmaschine samt Anhänger über die Fahrbahn nach links. Sowohl der Anhänger als auch der ihn ziehende Lkw stürzten dabei um. Die Zugmaschine kam auf der Mittelleitplanke zum Liegen, der Anhänger zwischen dem rechten und linken Fahrstreifen. Das Trümmerfeld ergoss sich auf beiden Richtungsfahrbahnen der B 30.

Dem 50-jährigen Lkw-Fahrer gelang es mit Unterstützung von Ersthelfern über die Beifahrerseite aus der Fahrerkabine zu klettern. Er wurde bei dem Verkehrsunfall verletzt und musste vom Rettungsdienst in ein umliegendes Krankenhaus gebracht werden. Die B 30 musste in Richtung Ulm für die Dauer der Bergung ab der Anschlussstelle Biberach-Nord komplett gesperrt werden. In der Gegenrichtung konnte der Verkehr über einen Parkplatz an der Unfallstelle vorbei umgeleitet werden. Die Sperrungen übernahm die Feuerwehr bis die zuständige Straßenmeisterei Biberach genügend Absperrmaterial an die Unfallstelle transportiert hatte.

Der hauptsächlich mit Backwaren und Getränkedosen beladene Lastzug musste vor der Bergung durch einen Schwerlastkran entladen werden. Ein sogenannter Havariekommissar begutachtete während der Bergung die Ladung. Die Arbeiten an der Unfallstelle dauerten bis in die Nacht an.

Durch den Aufprall des Lastzuges wurde nach einer ersten Einschätzung der Straßenmeisterei der Fahrbahnbelag so stark beschädigt, dass er noch in der Nacht notdürftig repariert werden musste. An der

Unfallstelle wird bis zur vollständigen Reparatur eine Geschwindigkeitsbeschränkung angeordnet. Nach einer ersten polizeilichen Schätzung dürfte der Sachschaden an Lkw, Ladung, Straße und Verkehrseinrichtung mehrere Hunderttausend Euro betragen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5611522>

📍 Baltringen, Lastzug, Lkw, Unfallstelle, Ulm
👤 331

27.09.2023

Polizei stellt 414 Verkehrsverstöße fest

(Ulm) - Am Dienstag hat sich die Polizei in den Landkreisen des Polizeipräsidiums Ulm an der bundesweiten Verkehrssicherheitsaktion „sicher.mobil.leben“ beteiligt. Schwerpunkt war die Bekämpfung von Verkehrsunfällen unter Beteiligung von schwächeren Verkehrsteilnehmenden.

Zwischen 06 Uhr und 24 Uhr ahndeten die Einsatzkräfte 414 Verkehrsverstöße, darunter 58 Anzeigen wegen Ablenkung wie bspw. durch Mobiltelefone. Wegen verbotswidriger Nutzung bestimmter Verkehrsflächen stellte die Polizei 42 Verstöße fest. Darunter fanden sich zumeist Radfahrer oder Personen mit E-Scootern die bspw. in Fußgängerzonen unterwegs waren. 97 Gurtverstöße wurden verwarnt. Unter den festgestellten Straftaten fanden sich drei E-Scooter die nicht versichert waren und ein Verstoß wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5613410>

📍 Polizei, Verkehrsverstöße
👤 204

28.09.2023

BMW fährt auf Skoda auf

► **Enzisreute, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden**

(Enzisreute) - Vermutlich aufgrund von Unachtsamkeit kam es am Mittwochabend gegen 23.15 Uhr auf der B 30 zu einem Auffahrunfall, bei dem sich eine 44-jährige leicht verletzte. Ein 46 Jahre alter BMW-Fahrer fuhr hinter der 44-jährigen in Fahrtrichtung Ravensburg. Als die 44-jährige mit ihrem Skoda aufgrund einer Geschwindigkeitsbeschränkung abbremste, reagierte der BMW-Lenker zu spät und fuhr auf den Skoda auf. Die Skoda-Fahrerin erlitt hierbei leichte Verletzungen. An den beiden Wagen entstand Sachschaden von rund 10.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5614355>

📍 Skoda, Enzisreute, BMW
👤 502

28.09.2023

Gemeinderat beschließt Vorkaufsrecht zur Neugestaltung der Ortsmitte von Gaisbeuren

(Bad Waldsee) - Der Gemeinderat von Bad Waldsee beschloss am Montag einstimmig eine Vorkaufsrechtssatzung für ein Vorkaufsrecht von Grundstücken zur Entwicklung der historischen Ortsmitte von Gaisbeuren.

Seit vielen Jahren besteht seitens des Ortschaftsrates der Wunsch, das Zentrum des Ortsteils Gaisbeuren neu zu entwickeln. Gaisbeuren ist seit Jahrzehnten durch den zunehmenden Verkehr auf der Bundesstraße 30 geteilt. Bereits in der Folge des Ausbaus der Ortsdurchfahrt in den 1970er-Jahren wurden Gebäude abgebrochen und Zufahrten zu Grundstücken beseitigt. Das ehemalige Schul- und Rathaus hinter der Kirche wurde in den letzten Jahrzehnten ebenso abgerissen, wie private Gebäude. In

der Folge entstanden immer mehr Baulücken. Mit dem Dorfgemeinschaftshaus, das die Ortschaftsverwaltung mit dem Kindergarten ersetzt, wurde der Schwerpunkt des Zentrums verlagert.

Nach dem Planungsbeginn für die B 30-Ortsumfahrung eröffnet sich für Gaisbeuren in den kommenden Jahren die Möglichkeit, das Dorfzentrum rund um das Dorfgemeinschaftshaus gegenüber der Kirche, der alten Schmiede und dem Gasthaus Adler herauszuarbeiten und neu zu planen. Auch für die weitere Entwicklung des Dorfgemeinschaftshauses und des Kindergartens werde zusätzliche Fläche rund um das Dorfgemeinschaftshaus im Bereich des Friedensweges benötigt.

Bürgermeisterin Monika Ludy hob in der öffentlichen Ratssitzung hervor, dass es der Stadt Bad Waldsee durch den Erlass der Vorkaufsrechtssatzung „Gaisbeuren Dorfgemeinschaftshaus“ nach dem Baugesetzbuch ermöglicht werde, für den genannten Bereich die weitere städtebauliche Entwicklung dank eines Vorkaufsrechtes für benachbarte Grundstücke zu beeinflussen.

Wie aus dem Lageplan hervorgeht, sind von dieser Satzung nur zwei Grundstücke an der B 30 betroffen, zwischen der St.-Leonhard-Straße und der Landstraße. Hinzu kommt ein Grundstück an der Landstraße sowie zur Entwicklung des Kindergartens und Dorfgemeinschaftshauses mehrere Grundstücke im Friedensweg. Diese Flurstücke sind jedoch nach Auffassung des Ortschaftsrates Reute-Gaisbeuren, der über dieses Thema im September ebenfalls schon öffentlich beraten hat, zu klein gefasst, um alle Optionen für eine schöne Dorfmitte zu sichern. Ortschafts- und Stadtrat Wilhelm Heine trug diesen Einwand des Ortschaftsrates im Gemeinderat entsprechend vor. Er sprach sich dafür aus, den Geltungsbereich dieser Vorkaufsrechtssatzung zu erweitern, weil ein richtiges Zentrum für Gaisbeuren sehr wichtig sei und weil es entlang der jetzigen B 30 auch sinnvoll wäre, wenn die Stadt hier Flächen in der Hand hätte, im Hinblick auf die bevorstehende B 30-Trassendiskussion für die vom Bund geplante Ortsumfahrung. Bürgermeisterin Ludy versprach, diesen Vorschlag zu prüfen und gegebenenfalls später in diese Satzung aufzunehmen.

Die beschlossene Vorkaufsrechtssatzung in Gaisbeuren und deren Geltungsbereich mit Lageplan will die Stadt demnächst öffentlich bekannt machen. Die Satzung kommt dann zum Tragen, wenn die bezeichneten Grundstücke von den Eigentümern verkauft werden sollten. Die Gemeinde hat dann ein Vorkaufsrecht vor anderen Interessenten. Eine Pflicht zum Verkauf besteht nicht.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/reute-gaisbeuren/vorkaufsrecht-sichert-entwicklung-der-gaisbeurer-ortsmitte-1932219>

 Gaisbeuren, Gemeinderat, Vorkaufsrecht, Vorkaufsrechtssatzung, Entwicklung
 326

29.09.2023

Zwei Autos müssen nach Auffahrunfall abgeschleppt werden

► Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 20000 Euro Sachschaden

(Meckenbeuren) - Abgeschleppt werden mussten zwei Autos nach einem Verkehrsunfall am Donnerstag gegen 12.30 Uhr in der Hauptstraße. Eine 25 Jahre alte VW-Fahrerin hatte zu spät erkannt, dass Verkehrsteilnehmer aufgrund eines Rettungswagens im Einsatz abrupt abbremsen mussten und fuhr dem vorausfahrenden Mercedes wuchtig auf. An beiden Autos entstand jeweils rund 10.000 Euro Sachschaden. Verletzt wurde niemand.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5615324>

 Meckenbeuren, Autos
 397

29.09.2023

Schreckschusswaffe hat Polizeieinsatz zur Folge

(Meckenbeuren) - Weil sie in der Ravensburger Straße mit einer Schreckschusswaffe hantiert haben sollen, riefen mehrere Männer am Donnerstag gegen 22 Uhr die Polizei auf den Plan. Eine Zeugin hatte

die Gruppe beobachtet und will auch Schüsse gehört haben. Die verständigten Beamten konnten zwei der Verdächtigen im Alter von 20 und 22 Jahren noch an Ort und Stelle antreffen. Die vermeintliche Schreckschusswaffe hatten sie nicht bei sich. Was genau vorgefallen ist, will nun das Polizeirevier Friedrichshafen klären.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5615324>

☐ Schreckschusswaffe
•• 299

29.09.2023

Transport- und Logistikbranche gegen geplante Lkw-Maut-Erhöhung

(Berlin) - Mehrere Verbandsvertreter aus der Speditions- und Logistikbranche haben bei einer öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses am Montag massive Kritik an der zum 1. Dezember 2023 geplanten Erhöhung der Lkw-Maut geübt. Die im Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften geplante Erweiterung der Lkw-Maut um eine CO₂-Komponente sei ein „sinnloser Inflationstreiber inmitten einer Wirtschaftskrise ohne jede Lenkungswirkung“, sagte beispielsweise Dirk Engelhardt, Vorstandssprecher beim Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL).

Lob für den Gesetzentwurf gab es von Kim Kohlmeyer, Managerin E-Mobilität bei der Organisation Transport & Environment Deutschland. Mit dem Gesetz werde Deutschland seiner Vorreiterrolle in Europa und der Welt bei der Dekarbonisierung des Schwerlastverkehrs gerecht, befand sie. Peter Westenberger, Geschäftsführer beim Netzwerk Europäischer Eisenbahnen (NEE/DIE GÜTERBAHNEN), begrüßte, dass die Mautmehreinnahmen nicht wie in den vergangenen Jahren ausschließlich den Straßen, sondern auch der Schieneninfrastruktur zugutekommen sollen.

Mit dem Gesetzentwurf verdopple die Bundesregierung die Lkw-Maut nahezu und belaste Wirtschaft und Gesellschaft mit jährlich etwa 7,62 Milliarden Euro zusätzlich, sagte BGL-Vorstandssprecher Engelhardt. Gerade für kleine mittelständische Betriebe sei es nicht ohne Weiteres möglich, die Mehrkosten an die Auftraggeber weiterzugeben. Viele dächten daher über die Betriebsaufgabe nach, sagte der Verbandsvertreter.

Was die von der Bundesregierung erhoffte Lenkungswirkung hin zu mehr batterieelektrisch betriebenen Lkw angeht, so verwies Engelhardt darauf, dass aktuell 0,03 Prozent der täglich auf deutschen Straßen verkehrenden Lkw elektrisch unterwegs seien. Bis die Flotte von 800.000 Lkw ausgetauscht sei, brauche es noch ein paar Jahre. Aktuell seien E-Lkw auch bis zu 3,5-mal so teuer, wie ein Diesel-Lkw. Zudem gebe es aktuell keinen einzigen Mega-Charger, in der ein Lkw während der Lenkzeitunterbrechung zumindest so weit aufgeladen werden kann, dass er seine nächste Be- oder Entladestelle erreicht.

Eine „absolute Katarstrophe“ ist aus seiner Sicht der angedachte Starttermin am 1. Dezember dieses Jahres. Aufgrund bereits geschlossener Verträge könne die Mautsteigerung für den Monat Dezember vielfach nicht mehr berücksichtigt werden. Insofern sollte die CO₂-Mauterhebung frühestens zum 1. Januar 2024 starten, sagte er.

Die CO₂-Bepreisung erfordere realistische Alternativen für Unternehmen, ausreichende finanzielle Ressourcen für den Übergang zu emissionsfreien Technologien und einen angemessenen Planungsvorlauf für betriebliche Anpassungen, sagte Thomas Hansche, stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes Logistik & Verkehr-pro. All diese Voraussetzungen seien aber gegenwärtig nicht erfüllt. Hansche forderte eine Verschiebung des Inkrafttretens der CO₂-basierten Maut bis zum 1. Januar 2030 sowie die Gleichstellung biogener Kraftstoffe und E-Fuels mit emissionsfreien Fahrzeugen.

Die Mehrkosten in Höhe von 28 Milliarden Euro bis zum Jahr 2027 müssten im ersten Schritt in jedem Fall von den Transportunternehmern getragen werden, sagte Carsten Hansen, Leiter Grundsatzfragen und Innenstadtlogistik beim Bundesverband Paket und Expresslogistik (BIEK). In der Folge werde es aber eine Umlage auf die Verbraucher geben müssen. „Das ist ganz sicher“, sagte Hansen. Gleichwohl sei das gerade in der Paketbranche nicht so einfach. Gerade im Online-Handel gebe es große Handelsunternehmen, die mit dem Transport nichts verdienen müssten. Wenn nun die Bundesregierung in der Gesetzesbegründung von einer Transportkostensteigerung von lediglich 0,1 Prozentpunkten ausgehe, sei das sehr schädlich für die Bemühungen der Branche, kostengerechte Preise durchzusetzen.

Beim BIEK, wie auch bei anderen Verbänden, gehe man von Kostensteigerungen in Höhe von vier statt 0,1 Prozent aus, sagte Hansen.

Frank Huster, Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband Spedition und Logistik (DSLVL), verwies darauf, dass bis Ende dieses Jahrzehnts emissionsfreie Fahrzeuge flächendeckend nicht einsetzbar sein würden. Auch seien die Verladeoptionen auf das System Schiene begrenzt. Insofern werde die mit der Verdoppelung der bestehenden Mautsätze angedachte Lenkungswirkung zu diesem frühen Einführungszeitpunkt deutlich verfehlt. Huster kritisierte zudem die „einseitige technologische Festlegung auf batterieelektrische und brennstoffzellenelektrische Antriebe sowie Wasserstoffmotoren“. Der Einsatz fortschrittlicher biogener Kraftstoffe (HV100, Bio-LNG und Bio-CNG) und E-Fuels in Verbrennungsmotoren, der schnell und ohne technischen Umrüstaufwand CO₂-Reduktionserfolge um bis zu 90 Prozent im Straßengüterverkehr realisieren könne, bleibe indes unberücksichtigt.

Kim Kohlmeyer von Transport & Environment Deutschland sieht den Einsatz solcher sogenannter „erneuerbaren Kraftstoffe“ als nicht mit dem EU-Recht vereinbar an. Von ihrem Einsatz sei aber auch aus anderen Gründen dringend abzuraten. Erneuerbare Kraftstoffe, einschließlich fortschrittlicher Biokraftstoffe und strombasierter Kraftstoffe, würden auf absehbare Zeit knapp und teuer bleiben „und aufgrund von Nachhaltigkeitsaspekten nicht zur Verringerung der Emissionen beitragen“. Gleichzeitig würde eine Einbeziehung aus Sicht Kohlmeyers ihre dringend benötigte Verfügbarkeit für Sektoren wie die Schifffahrt, den Luftverkehr und die chemische Industrie erheblich beschränken. „Da, wo es möglich ist, muss elektrifiziert werden“, sagte sie.

Auch was die Verfügbarkeit von E-Lkw angeht, vertrat Kohlmeyer eine andere Ansicht als die Verbandsvertreter aus der Speditions- und Logistikbranche. Die europäischen Lkw-Hersteller, darunter Daimler, MAN, Scania und Volvo, konzentrierten sich darauf, Elektro-Lkw für alle Fahrzeugsegmente und ab 2024 insbesondere auch für den Fernverkehr auf den Massenmarkt zu bringen, sagte sie. Rund 30 emissionsfreie Lkw-Modelle seien bereits angekündigt, die bis 2025 in die Massenproduktion für den europäischen Markt gehen sollen.

Professor Matthias Knauff vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Friedrich-Schiller-Universität Jena bezweifelte hingegen, ob die mit dem Gesetz verfolgte Anreizwirkung kurzfristig erreicht werden kann. Eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene setze entsprechende Transportkapazitäten, der Einsatz emissionsfreier und damit klimafreundlicher Lkw deren Marktverfügbarkeit voraus. „Beides ist derzeit nur sehr eingeschränkt gegeben, so dass die klimapolitisch gewünschte Vermeidung höherer Mautkosten zumindest in naher Zukunft auf tatsächliche Grenzen stößt“, so Knauff. Damit erweise sich die Einführung einer CO₂-Komponente zum aktuellen Zeitpunkt als „bloße Verteuerung des Gütertransports auf der Straße ohne Klimaschutzwirkungen“. Dies gelte umso mehr, als deren vorgesehene Höhe „erheblich und nicht europarechtlich bedingt ist“.

NEE-Vertreter Peter Westenberger sieht die Güterbahnen sehr wohl in der Lage, mehr Güterverkehr abzuwickeln. „Wir haben Verlagerungspotenzial“, sagte Westenberger. Schon in den vergangenen Jahren sei der Schienengüterverkehr prozentual stärker gewachsen als der Straßengüterverkehr. Seit 2010 habe es ein Wachstum von 29 Prozent gegeben, „obwohl immer gesagt wurde, die Eisenbahn kann gar nicht mehr fahren“. Westenberger sagte weiter, ein Marktanteil von 35 Prozent bis 2030 sei möglich. Heute liege der Marktanteil bei 20 Prozent. Eine solche Steigerung würde sich auch auf den Autobahnen in Form eines geringeren Anteils von Lkw bemerkbar machen, sagte er. Der limitierende Faktor für mehr und schnelleren Schienengüterverkehr sei die Infrastruktur. Daher müsse die dies betreffende Finanzierung deutlich verbessert werden.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung des mit der Mauterhebung beauftragten Unternehmens Toll Collect, Gerhard Schulz, äußerte sich auf Nachfrage zur Möglichkeit, auch für Fahrzeuge ab 2,5 Tonnen Maut zu erheben. Die wesentliche Herausforderung für die Ausweitung sei die Beschaffung und Bereitstellung der On-Board-Units, der Lesegeräte. Mehr als eine Million solcher Geräte würden benötigt, sagte Schulz. Nach Einschätzung von Toll Collect sei die Ausweitung der Maut auf Fahrzeuge ab 2,5 Tonnen innerhalb von 24 Monaten „technisch und fachlich möglich“.

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-968154>

 Lkw, Maut, CO, Prozent, Transport
 364

Oktober

02.10.2023

Zeugen zu Verkehrsunfall gesucht

► **Baienfurt, 2 Fahrzeuge**

(Baienfurt) - Die Polizei ermittelt und sucht Zeugen zu einem Verkehrsunfall, am Sonntagmittag gegen 15.30 Uhr auf der B 30 zwischen den Anschlussstellen Weingarten und Baiendt/Baienfurt. Ein 32-jähriger Audi-Fahrer war auf der Überholspur unterwegs, als ein unbekannter Kleinwagen-Lenker ebenfalls direkt vor ihm auf den linken Fahrstreifen wechselte. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, wich der 32-jährige zunächst auf den rechten Fahrstreifen aus und fuhr anschließend wieder nach links, wo er mit der Mittelleitplanke kollidierte. Der Audi-Lenker kam unverletzt auf dem Standstreifen zum Stehen. Der unbekannte Fahrer des Kleinwagens fuhr unterdessen weiter. Zeugen, die den Unfall beobachtet haben und die Hinweise zu dem Lenker des Kleinwagens geben können, werden gebeten sich unter Tel. (07 51) 8 03 - 0 bei der Verkehrspolizei Ravensburg zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5616792>

📄 Baienfurt, Zeugen, Verkehrsunfall, Lenker
👁️ 493

04.10.2023

Regierungspräsidium informierte über Planungsstand

(Meckenbeuren) - In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung informierte das Planungsteam des Regierungspräsidiums Tübingen den Lenkungskreis über den aktuellen Planungsstand und das weitere Vorgehen bei der Planung der B 30 neu zwischen Friedrichshafen und Ravensburg/Eschach.

Der Lenkungskreis setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Städte und Gemeinden, des Landkreises Ravensburg, des Bodenseekreises sowie des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben zusammen. Themen der Sitzung waren insbesondere das Linienbestimmungsverfahren und die Entwurfsplanung.

Im Juni 2023 hat das Bundesministerium für Digitales und Verkehr der Vorzugsvariante Ost zugestimmt. Das Planungsteam erläuterte, dass als nächstes die für das Linienbestimmungsverfahren erforderlichen Unterlagen erarbeitet werden. Dazu gehören etwa der Fachbeitrag Klima und der Bericht zur Prüfung der Umweltverträglichkeit. Durch dieses verwaltungsinterne Verfahren wird der Korridor der Variante Ost verbindlich festgelegt. Zudem wird im Rahmen des Linienbestimmungsverfahrens auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, bei der voraussichtlich im nächsten Jahr eine förmliche Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt. Darüber hinaus informierte Projektleiter Franz Feil über die notwendige Beteiligung der EU-Kommission aufgrund der Betroffenheit des FFH-Gebiets „Schussenbecken“.

Um die Planungen voranzutreiben, hat das Planungsteam des Regierungspräsidiums bereits parallel mit der nächsten Planungsphase, der Entwurfsplanung, begonnen. Dabei wird die Trasse im Korridor der Ostvariante genauer ausgeplant. Hierzu werden zunächst Gutachten aus der Vorplanung aktualisiert und detailliert ausgearbeitet. Ein Ziel der Entwurfsplanung ist es, die Flächeninanspruchnahme bestmöglich zu minimieren.

Die Teilnehmenden zeigten sich erfreut über den Fortschritt der Planung und betonten die Bedeutung der regelmäßigen Information der Öffentlichkeit. Tettangs Bürgermeisterin Regine Rist wies in diesem Zusammenhang auf das eingerichtete Gremium des Runden Tisches Landwirtschaft hin. Hier gebe es die Möglichkeit, Betroffenheiten frühzeitig zu identifizieren, um in der Detailplanung reagieren zu können.

Die Planung dieses großen Straßenprojekts ist aufgrund der vielen berührten Belange in diesem besonderen Raum anspruchsvoll und erfordere entsprechende Abstimmungen mit Behörden und Ministerien, so Feil. „Die langen Planungszeiträume und die vielen notwendigen Verfahrensschritte sind für uns vor Ort schon ein Problem“, bemerkte Georg Schellinger, Bürgermeister von Meckenbeuren und begrüßte die parallele Bearbeitung der Entwurfsplanung.

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/presse-und-soziale-medien/pressemitteilungen/artikel/b-30-neu-zwischen-friedrichshafen-und-ravensburg-eschach/>

05.10.2023

Anhänger verloren

► **Biberach, 1 Fahrzeuge, 2200 Euro Sachschaden**

(Biberach) - Ein 63-jähriger hat am Mittwochmorgen kurz nach 7 Uhr einen Anhänger auf der B 30 bei Biberach verloren und fuhr zunächst weiter.

Der Iveco Klein-Lkw fuhr am Anschluss Biberach-Süd auf die B 30 in Richtung Ulm auf. Nach nur kurzer Fahrt auf der B 30 löste sich der Anhänger von dem Zugfahrzeug und machte sich selbstständig. Der 3,5-Tonner fuhr weiter. Wie die Polizei berichtet, prallte der mit Netzen beladene Anhänger gegen die linke Schutzplanke. Von dort wurde das Fahrzeug abgewiesen und schleuderte über die Fahrstreifen. Der Anhänger stieß auch gegen die rechte Schutzplanke, ehe er auf dem rechten Fahrstreifen auf der linken Fahrzeugseite zum Liegen kam. Ein herannahender Autofahrer erkannte die Situation noch rechtzeitig und konnte bremsen.

Während die Polizeistreife den Unfallort abgesichert hatte, kehrte der 63-jährige Fahrer des Gespanns zurück. Die Polizei Biberach nahm den Unfall auf. Sie ermittelt, wie es zu dem Unfall kommen konnte und warum der Fahrer den Unfall wohl nicht bemerkt hatte. Der Schaden an den Leitplanken beträgt ca. 2.000 Euro, der an dem Anhänger wird auf rund 200 Euro geschätzt. Das Fahrzeug musste durch den Abschleppdienst geborgen werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5618561>

06.10.2023

Anhänger von Holztransporter umgestürzt

► **Gaisbeuren, 1 Fahrzeuge**

(Gaisbeuren) - Sachschaden entstand am Mittwoch bei einem Verkehrsunfall am Einmündungsbereich der Landesstraße 285 in die Bundesstraße 30 in Gaisbeuren. Gegen 07.20 Uhr bog ein Holztransporter von der Landesstraße in die Bundesstraße in Richtung Bad Waldsee ein. Dabei kippte der Anhänger des Lkw um, sodass dieser seine Ladung verlor. Die geladenen Baumstämme stürzten auf Straße und Gehweg und drückten an einem anliegenden Grundstück ein Verkehrsschild, die Hecke, Bäume und Büsche um. Während der Unfallaufnahme und Bergungsarbeiten war die B 30 für etwa 30 Minuten teilweise gesperrt. Verletzt wurde offenbar niemand. Die Höhe des Sachschadens ist aktuell noch unbekannt.

06.10.2023

Lkw-Verkehr wird umgeleitet

(Bad Waldsee) - Im Zusammenhang mit dem Bau eines Geh- und Radweges zum Gewerbegebiet Wasserstall plant der Landkreis Ravensburg die Erneuerung der Fahrbahndecke der Kreisstraße 8033. In diesem Zusammenhang wird die K 8033 voraussichtlich vom 9. Oktober bis zum 28. Oktober für einen Zeitraum von drei Wochen vollständig gesperrt. Der Schwerverkehr wird über Oberessendorf umgeleitet.

Um den Pkw-Verkehr während dieser Zeit umzuleiten, wird eine örtliche Umleitung über den Parkplatz der Viehversteigerungshalle eingerichtet. Der Pkw-Verkehr wird durch eine Ampelsteuerung abwechselnd über den Parkplatz geführt.

Während der Vollsperrung kann das Gewerbegebiet Wasserstall von Lkw nicht über den B 30-Anschluss Bad Waldsee-Nord erreicht werden. Der Schwerlastverkehr in das Gewerbegebiet wird über die B 30 über Oberessendorf umgeleitet. Die Umleitung ist ausgeschildert.

[https://www.bad-waldsee.de/buerger/de/rathaus-service/aktuelles-bekanntmachungen/neues-aus-bad-waldsee?tx_hwnews_list\[action\]=show&tx_hwnews_list\[controller\]=NewsartikelFrontend&tx_hwnews_list\[id\]=189&cHash=18f668301b8e515abf22638c3eedaa3c](https://www.bad-waldsee.de/buerger/de/rathaus-service/aktuelles-bekanntmachungen/neues-aus-bad-waldsee?tx_hwnews_list[action]=show&tx_hwnews_list[controller]=NewsartikelFrontend&tx_hwnews_list[id]=189&cHash=18f668301b8e515abf22638c3eedaa3c)

☐ Verkehr,Lkw,Gewerbegebiet
•• 413

07.10.2023

Adler-Kreuzung wird umgebaut

(Meckenbeuren) - Wie das Ei des Kolumbus verkündete Bürgermeister Georg Schellinger jüngst die gute Nachricht im Gemeinderat. Die Vollsignalisierung der Adler-Kreuzung steht bevor. Die Einmündung der Bahnhofstraße (L 329) in die Bundesstraße 30 werde sicherer und lange Wartezeiten beim Abbiegen gehörten dann der Vergangenheit an. Dazu brauche es eine Lösung im großen Stil und unter Federführung des Landratsamtes des Bodenseekreises, da es sich um eine Bundes- und Landesstraße handelt. Noch im Oktober sollen die Arbeiten starten und bis zum Frühjahr 2024 dauern. Dann würden Fußgänger und Radfahrer aufatmen.

Eine Vollsignalisierung des Knotenpunkts soll Verkehrsprobleme lösen. Die gesamte Kreuzung erhält eine Ampelregelung. Das heißt die Links- und Rechtsabbieger aus der L 329 (Bahnhofstraße) bekommen eine eigene Grünphase, um problemlos in die Bundesstraße einmünden zu können. In diesem Zuge wird eine fuß- und radläufige Verbindung aus der Georgstraße und vom Meckenbeurer Bach her über die B 30 mit einer signalisierten Furt hergestellt. Zudem wird eine Radausleitung in die Bahnhofstraße angelegt.

Die Inbetriebnahme der Vollsignalisierung ist für das Frühjahr 2024 vorgesehen. Die Kosten für die Ampelanlage und baulichen Änderungen werden auf rund 80.000 Euro geschätzt und von Bund und Land getragen. Die Kosten für die Arbeiten im Bereich des Gehweges übernimmt die Gemeinde.

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/meckenbeuren/freude-an-adler-kreuzung-kommt-bald-eine-zweite-baustelle-hinzu-1953945>

☐ Kreuzung,Adler,Vollsignalisierung,Bahnhofstraße
•• 336

11.10.2023

71-jähriger von Bremse gerutscht

► Reute, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden

(Reute) - Weil er eigenen Angaben zufolge von der Bremse abgerutscht ist, hat ein 71-jähriger am Dienstag gegen 14 Uhr auf der B 30 in Meckenbeuren-Reute an der Einmündung der Moosstraße einen Verkehrsunfall verursacht. Der Mann, der mit dem Fahrzeug eines gemeinnützigen Hilfsdienstes unterwegs war, hielt zunächst in der Moosstraße an. Aufgrund von Unachtsamkeit rollte der VW dann in den Einmündungsbereich ein, wo es zum Zusammenstoß mit dem VW Sharan einer 50-jährigen kam. Die beiden Unfallbeteiligten blieben unverletzt. Insgesamt entstand bei dem Verkehrsunfall ein Sachschaden von rund 10.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5623780>

☐ Reute,Bremse
•• 358

11.10.2023

Autofahrer gerät auf Gegenfahrbahn

(Meckenbeuren) - Nachdem ein Autofahrer am Dienstagnachmittag in der Hauptstraße mehrmals auf die Gegenfahrbahn geraten sein soll, ermittelt das Polizeirevier Friedrichshafen wegen Gefährdung des Straßenverkehrs. Der Fahrer eines dunkelgrauen Kombi lenkte seinen Wagen demnach gegen 14.15 Uhr möglicherweise aufgrund von Übermüdung zumindest zweimal nach links, wodurch andere Verkehrsteilnehmer teils ausweichen mussten, um eine Kollision zu verhindern. Der Wagen mit Friedrichshafener Kennzeichen soll anschließend stark beschleunigt haben und davongefahren sein. Zu einem Verkehrsunfall kam es nicht. Personen, die durch das Verhalten des Fahrers gefährdet wurden oder die Situationen beobachtet haben, werden gebeten, sich unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 bei der Polizei zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5623780>

☞ Autofahrer,Gegenfahrbahn
🗨 311

12.10.2023

Ravensburger Verkehrsversuch scheitert am Geld

(Ravensburg) - Die großen Pläne zur gewünschten Verkehrsverhinderung in Ravensburg sind vorerst gescheitert. Angesichts der prekären Haushaltslage stoppte die Stadt das Projekt, wie Baubürgermeister Dirk Bastin dem Technischen Ausschuss des Gemeinderates am Mittwochabend mitteilte. Der siebenmonatige Modellversuch zum klimagerechten Umbau der Karlstraße („Klimamobil“) komme vorerst nicht. Auch aus Tempo 30 auf der B 32 und der Gartenstraße im Rahmen des Lärmaktionsplanes wird vorerst nichts.

Der Pilotversuch auf der Karlstraße wäre mit einer siebenstelligen Summe schlicht zu teuer. Zuvor strebte die Stadt einen klimagerechten Umbau in eine Tempo-20-Zone an, mit gleichberechtigten Flächen für alle Verkehrsteilnehmer. Also, Autos, Busse, Fahrradfahrer und Fußgänger alle gemeinsam auf einer Fahrbahn.

Auch der Lärmaktionsplan muss in Teilen verschoben werden – voraussichtlich auf das Jahr 2027. Er sieht Temporeduzierungen auf allen wichtigen Ravensburger Durchgangsstraßen vor, um Anwohner vor Lärm zu schützen. Im ersten Halbjahr 2024 soll er zwar teilweise umgesetzt werden, aber nicht mehr für die B 32 und der Gartenstraße. Denn Tempo 30 behindere den Busverkehr.

Tempo 30 soll dafür ab dem 1. Januar 2024 ganztags nach und nach eingeführt werden: auf der Jahnstraße, Karlstraße, Georgstraße, Ziegelstraße, Hindenburgstraße, Weißnauer Straße, Seestraße und der Zwerger-/Olgastraße. Die Stadt erhofft sich davon, dass Autofahrer nicht mehr durch die Stadt fahren und auf die B 30-Umgehungsstraße ausweichen.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/stadt-ravensburg-legt-grosse-verkehrsplaene-auf-eis-1970703>

☞ Stadt,Ravensburger,Karlstraße,Tempo
🗨 334

14.10.2023

Betrunken im Lkw unterwegs

(Laupheim / Ulm) - Durch unsichere Fahrweise ist am Freitagabend ein 56-jähriger Lkw-Fahrer auf der B 30 aufgefallen. Gegen 21.50 Uhr war der Mann mit seinem Lkw bei Laupheim in Richtung Ulm unterwegs. Dabei fiel er anderen Verkehrsteilnehmern auf, da er in Richtung Ulm in Schlangenlinien fuhr und beide Fahrstreifen benutzte. Eine Polizeistreife des Polizeireviers Ulm-West unterzog den Lkw

zwischen den Anschlussstellen Wiblingen und Neu-Ulm einer Kontrolle. Bereits beim Öffnen der Fahrertüre schlug den Beamten starker Alkoholgeruch entgegen. Der 56-jährige Fahrer sprach zudem völlig verwaschen. Ein Alkomattest ergab einen Wert über der absoluten Fahruntüchtigkeit. Er musste eine Blutentnahme erdulden und seinen Führerschein an die Polizisten übergeben. Er sieht nun einer Anzeige wegen Trunkenheit im Verkehr entgegen. Der Lkw wurde abseits der B 30 verkehrssicher abgestellt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5625861>

☐ Lkw,Ulm
•• 217

16.10.2023

Verkehrsüberwachungen zu Ablenkung und Handynutzung

(Ravensburg) - Im Rahmen einer landesweiten Verkehrsüberwachungsaktion hat das Polizeipräsidium Ravensburg in der vergangenen Woche einen speziellen Fokus auf das Thema Ablenkung im Straßenverkehr und insbesondere auf die Handynutzung am Steuer gelegt. Nach den Verkehrskontrollen müssen rund 140 Autofahrer mit einem Bußgeld rechnen, weil sie ihr Mobiltelefon verbotenerweise während der Fahrt genutzt haben. Darüber hinaus wurden etwa 220 Verkehrsteilnehmer ohne Sicherheitsgurt gestoppt. In elf Fällen waren Kinder nicht richtig angeschnallt. Auch auf diese Fahrer bzw. Verantwortlichen kommt ein Verwarngeld zu.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5627345>

☐ Ablenkung,Handynutzung
•• 180

17.10.2023

28-jähriger gegen Baum geprallt

▶ Achstetten, 1 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden

(Achstetten) - Mit leichten Verletzungen endete ein Verkehrsunfall am Sonntag auf der B 30 bei Achstetten. Kurz nach 16 Uhr verlor ein 28-jähriger mit einem VW Golf die Kontrolle über sein Auto. Er kam nach rechts von der Straße ab und prallte gegen einen Baum. Von dort schleuderte der Wagen zurück und kam am rechten Fahrbahnrand zum Stehen. Bei dem Unfall erlitt der Mann nur leichte Verletzungen. Zur weiteren Untersuchung kam er in ein Krankenhaus. Den Schaden an dem nicht mehr fahrbereiten VW Golf schätzt die Polizei auf etwa 10.000 Euro. Das Polizeirevier Laupheim hat Ermittlungen zur Unfallursache aufgenommen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5627709>

☐ Achstetten,Baum
•• 295

17.10.2023

Bundesregierung bringt ideologische Verkehrsgesetze auf den Weg

(Berlin) - Mit Ideologie und Pathos will die Bundesregierung bestimmte Infrastruktur schneller als bisher planen, bauen und sanieren, Anreize für einen weniger umweltschädlichen Lastwagenverkehr auf der Straße schaffen und die Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs nicht vorrangiger, als den Klima- und Umweltschutz stellen. Dazu soll die Lkw-Maut massiv erhöht, der Bau von ausgewählten Autobahnen beschleunigt und das Straßenverkehrsgesetz geändert werden. Darüber berät der Bundestag in dieser Woche am Freitag.

Grüne: Menschen können sich auf Rad- und Fußwege, Busspuren und Bahn freuen

Die Einigung auf die Gesetze zum Straßenverkehrsrecht, zur Lkw-Maut und Planungsbeschleunigung seien eine „historische Weichenstellung für eine moderne, sichere und klimafreundliche Mobilität“ in Deutschland, lobte Julia Verlinden, stellvertretende Grünen-Fraktionschefin im Vorfeld der Bundestagsberatung. „Die Menschen in Deutschland können sich auf mehr Radwege, Fußgängerüberwege und Busspuren sowie eine bessere Bahn freuen.“

FDP sind Autobahnen, Schienen und Wasserwege wichtig

FDP-Fraktionsvize Carina Konrad sagte: „Die jahrelange Vernachlässigung unserer Infrastruktur hat unsere Bürger und unsere Wirtschaft viel zu lange ausgebremst und bedroht den Wohlstand in unserem Land.“ Autobahnen, Schienen und Wasserwege könnten nun schneller gebaut werden. Bundesstraßen sind der aktuellen Bundesregierung offenbar egal.

SPD lobt Brückensanierung und Bahnausbau

„Ich freue mich sehr, dass nach langen, sehr anstrengenden und schwierigen Verhandlungen heute der Durchbruch gelungen ist“, so SPD-Fraktionsvize Detlef Müller. Wichtige Verkehrsprojekte könnten jetzt beschleunigt werden, inklusive der dringenden Sanierung von Brücken, so der Ex-Eisenbahner.

Im reformierten Straßenverkehrsgesetz sollen zusätzlich zu der Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs die Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung berücksichtigt werden. So sollen Kommunen leichter Tempo-30-Zonen einrichten können. „Statt Straße und Auto werden künftig Menschen und ihre Gesundheit sowie Klimaschutz stärker in den Mittelpunkt der Verkehrspolitik rücken“, sagte Verlinden.

Autobahnen und Schienenwege sanieren

Viele Verkehrsminister hätten sich bereits vorgenommen, die Sanierung vor einen Neubau zu stellen. Dabei sei der Reparaturbedarf bei Straßen und Schienen enorm. Allein für die Überholung von Autobahnbrücken sind in den kommenden Jahren Milliarden Euro notwendig. Beim Schienennetz beläuft sich der Bedarf in nochmals höheren Dimensionen. Die Koalitionäre haben sich vorgenommen, die Sanierung von zwei Seiten aus anzupacken. Zum einen sollte für die Infrastruktur mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Zum anderen sollte die Planung beschleunigt werden - allerdings nur dort, wo es die Grünen wollen, bei ausgesuchten Autobahnen, wie es die FDP will und auf gar keinen Fall bei Ortsumfahrungen und Bundesstraßen.

Autobahnausbau beschleunigen

Welche Bauvorhaben im Detail beschleunigt werden sollten, war Teil eines heftigen Schlagabtauschs zwischen Grünen und FDP. Geeinigt haben sie sich darauf, einige ausgewählte Autobahnen in der Planungsebene beschleunigt anzugehen. Bundesstraßen sind der Ampel-Regierung egal. Dabei gehe es vorrangig darum, besonders staugefährdete Abschnitte und Engstellen von Autobahnen großzügig zu ertüchtigen. Zudem soll künftig jede verfügbare Fläche an Autobahnen für die Solarerzeugung genutzt werden, wie es die Grünen durchgesetzt haben und es in einem Papier der Grünen heißt.

Die Liste der zu beschleunigenden Autobahn-Projekte sei „abschließend“ und gelte einmalig. Wie schnell die Projekte realisiert würden, hänge zudem von den zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln ab. Marode Brücken sollen einen „Reparatur-Booster“ bekommen, wie es in dem Grünen-Papier heißt. Die Sanierung von Brücken werde durch eine Reihe von Vereinfachungen und Ausnahmen schneller.

Lkw-Maut massiv erhöhen

Umgebaut werden soll auch die Lkw-Maut, die sich künftig stärker am Kohlendioxid-Ausstoß ausrichten soll. Insbesondere Lkw seien klimaschädlich. Deshalb soll es einen CO₂-Aufschlag geben, der Transporte mit älteren Lkw-Modellen deutlich teurer macht. Diese Umlage bezahlt letztlich der Verbraucher mit höheren Preisen, auch wenn die Koalition betont, damit Anreize schaffen zu wollen, damit das Speditionsgewerbe den Umstieg auf Lastwagen mit weniger klimaschädlichen Antrieben beschleunigt.

Geld für Bundesstraßen gekürzt

Die Einnahmen aus der Lkw-Maut sollen vor allem in die Sanierung des Schienennetzes fließen. Insbesondere Investitionen in Bundesstraßen werden gekürzt, wie es bereits der Entwurf des

Bundeshaushalts 2024 vorsieht. Damit nicht genug sollen ab Sommer 2024 auch Klein-Lkw ab 3,5 Tonnen mit in die Mauterhebung einbezogen werden. Im Rahmen des „Verkehrsmanagements“ sollen darüber hinaus Staustrecken mit einer 175 Prozent-Zusatzmaut belegt werden.

Vom Sommer nächsten Jahres an bis 2030 sollen dann besonders stark belastete Schienen-Strecken grundlegend saniert werden. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) hatte Mitte September gesagt, der Bund wolle der Schiene bis 2027 zusätzlich rund 40 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Ein Großteil der Mittel soll aus der Reform der Lkw-Maut kommen. „Mit der Mautänderung bilden wir die tatsächlichen Kosten der Mobilität ab und erzielen zusätzlich wichtige Einnahmen gerade für die Schieneninfrastruktur“, erläuterte SPD-Fraktionsvize Müller.

<https://www.heise.de/news/Lkw-Maut-Autobahnprojekte-und-mehr-Bundesregierung-einigt-sich-auf-Eckpunkte-9336203.html>

 Lkw, Autobahnen, Maut, Grünen, Sanierung
 363

19.10.2023

Fünf Personen bei Unfall verletzt

► **Wiblingen, 2 Fahrzeuge, 25000 Euro Sachschaden**

(Wiblingen) - Am Mittwoch verursachte eine 55-jährige auf der B 30 bei Ulm-Wiblingen einen Verkehrsunfall mit fünf verletzten Personen. Gegen 19.50 Uhr befuhr die BMW-Fahrerin den Zubringer zur B 30 von Ulm-Wiblingen in Richtung Biberach. Die 55-jährige wechselte sodann vom Beschleunigungsstreifen auf den rechten Fahrstreifen. Dort war ein 43-jähriger mit einem Audi unterwegs. Die Fahrzeuge streiften sich. Anschließend soll die BMW-Fahrerin, die sich nach dem Zusammenstoß vor dem Audi befand, stark gebremst haben. Dadurch fuhr der Audi-Fahrer in das Heck des BMW.

Durch den Unfall erlitten fünf von sieben Insassen im Audi leichte Verletzungen. Rettungskräfte brachten den 43-jährigen Fahrer sowie vier weitere Personen im Alter von 38, 12, 5 und 2 Jahren vorsorglich in eine Klinik. Die Verkehrspolizei Heidenheim hat die Ermittlungen zum Unfall aufgenommen. Den Schaden am BMW X1 schätzt die Polizei auf 10.000 Euro, am Audi Q7 auf 15.000 Euro. Der Audi wurde abgeschleppt, der BMW blieb fahrbereit.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5629612>

 Wiblingen, Audi, Personen, Unfall, BMW
 355

19.10.2023

Fehler beim Fahrstreifenwechsel

► **Appendorf, 2 Fahrzeuge, 2500 Euro Sachschaden**

(Appendorf) - Nicht aufmerksam war der Fahrer eines MAN, der am Mittwoch auf der B 30 bei Appendorf einen Verkehrsunfall verursachte. Der 23-jährige fuhr gegen 16.40 Uhr auf dem linken Fahrstreifen in Richtung Biberach. Dabei wechselte er auf den rechten Fahrstreifen. Dort war ein 83-jähriger mit seinem Mercedes unterwegs. Den hatte der MAN-Fahrer übersehen und die Fahrzeuge stießen seitlich zusammen. An den noch fahrbereiten Fahrzeugen entstand ein Schaden von rund 2.500 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5630186>

 Appendorf
 415

21.10.2023

Gewerbegebiet scheitert an Verkehrsanbindung

(Erbach) - Der Stadt Erbach fehlen Flächen für die weitere gewerbliche Entwicklung. Doch das geplante Gewerbegebiet Breitenried am idealen Knotenpunkt von der im Bau befindlichen Querspange der B 311 zur B 30 sowie an der B 30 selbst, ist vorerst vom Tisch. Die Anbindung des Gewerbegebiets an das Straßennetz bereitet zu große Probleme.

Gemeinderatsmitglied Helmut Braun konnte die Entwicklung im Gemeinderat nicht nachvollziehen. „Vielfach werden an großen Straßen Gewerbegebiete ausgewiesen, nur bei uns nicht“. Im Verlauf der Planung waren vier Anbindungsvarianten behandelt worden. Schließlich schlug das Regierungspräsidium eine fünfte Variante vor. Neben den Auffahrten zur B 30 war eine sichere Anbindung in das Gewerbegebiet hinein erforderlich, was aus Platzgründen Schwierigkeiten machte. Das Regierungspräsidium schlug schließlich den Bau der Anbindung von der Kreisstraße 7522 Dellmensingen als Stetten als Neubau in etwa parallel zur Querspange vor. 600 Meter neue Straße wären zu bauen. Die Stadtverwaltung Erbach beklagte sodann zu hohe Erschließungs- und Unterhaltungskosten und den Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche. Außerdem entstünde ein Umweg von einem Kilometer von der B 30 ins Gewerbegebiet.

Die Stadtverwaltung schlug dem Gemeinderat nun vor, ein Zielabweichungsverfahren zur Raumordnungsplanung vorläufig ruhend zu stellen. Alle Ratsmitglieder stimmten zu. Gleichzeitig wurde ein Stadtplanungsbüro mit einer Untersuchung zur möglichen Erweiterung des bestehenden Gewerbegebiets Lüsse zwischen Erbach und Dellmensingen beauftragt. Untersucht wird, ob eine Erweiterung nach Westen möglich ist, wo sich das Umspannwerk befindet.

<https://www.schwaebische.de/regional/ulm-alb-donau/erbach/gewerbegebiet-breitenried-kommt-nicht-1990940>

📍 Gewerbegebiet, Erbach, Anbindung
👤 274

21.10.2023

Hochdorf gibt neue Lärmberechnung in Auftrag

(Hochdorf) - Die Fortschreibung des Lärmaktionsplans stand auf der Tagesordnung der jüngsten Sitzung des Gemeinderates Hochdorf. Der Gemeinderat sprach sich für ein Tempolimit auf der B 30 bei Unteressendorf aus. Dazu wird eine Lärmberechnung in Auftrag gegeben.

Die Gemeinden sind für die Aufstellung und Fortschreibung von Lärmaktionsplänen zuständig. Sofern sich keine bedeutsamen Entwicklungen auf die Lärmsituation auswirken, müssen Lärmaktionspläne alle fünf Jahre überprüft und erforderlichenfalls überarbeitet werden. Der Lärmaktionsplan (3. Stufe) für die Gemeinde Hochdorf wurde vom Gemeinderat am 15. Oktober 2020 beschlossen. Zwischenzeitlich haben sich die Lärmschutzvorschriften weiter verschärft. Zur Berechnung werden die neuen „Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen 2019“ (RLS19) angewendet. Die Gemeinde Hochdorf möchte hier pro aktiv zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Lärmbelastung vorgehen. In diesem Zusammenhang stimmte das Gremium zu, eine neue Berechnung in Auftrag zu geben.

Konkret schwebt der Gemeinde eine Tempobeschränkung auf der B 30 bei Unteressendorf von 80 km/h von 22 Uhr bis 6 Uhr vor, in Verbindung mit einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung. Diese wurde bereits im Lärmaktionsplan 2020 beantragt, wie auch eine Erhöhung des bestehenden Lärmschutzwalls auf 3,50 Meter sowie die Errichtung einer neuen Lärmschutzwand im Bereich Schuhmacherberg. Sowohl das Biberacher Landratsamt als auch die höhere Straßenbaubehörde lehnten diese Maßnahmen ab. Begründet wurde dies damit, dass die damals gemessenen Werte im sogenannten unteren Ermessensbereich lagen. Die Gemeindeverwaltung Hochdorf versuchte daraufhin, eine Temporeduzierung aufgrund des gefährlichen Einfahrtsbereichs der Biberacher Straße auf die B 30 zu erwirken. Diese wurde ebenfalls abgelehnt, da die Statistik kein erhöhtes Unfallaufkommen aufweise.

Mehrere Bürger hätten zuletzt hinterfragt, warum es bei Unteressendorf keine Geschwindigkeitsreduzierung gebe, während ein paar Kilometer weiter dies nun der Fall ist. Denn eine solche gilt, nach der Landkreisgrenze Ravensburg auf der Gemarkung Bad Waldsee. Ab den Weilern

Englerts und Mattenhaus findet aus Lärmschutzgründen eine Temporeduzierung auf 70 km/h statt. Daher wird Hochdorf eine neue Berechnung des Verkehrslärms in Auftrag geben. Für Bürgermeister Stefan Jäckle ist klar, dass in Unteressendorf weitaus mehr Menschen vom Lärm betroffen seien als in den Weilern rund um Bad Waldsee. Unteressendorf sei zusätzlich durch den Lärm der Bahnstrecke belastet.

[https://www.gemeinde-hochdorf.de/rathaus-service/aktuelles?tx_hwnews_hwnews\[action\]=show&tx_hwnews_hwnews\[controller\]=Newsartikel&tx_hwnews_hwnews\[currentPage\]=1&tx_hwnews_hwnews\[newsartikeld\]=313&cHash=87626d97ca61177665c7f5d641b9ae89](https://www.gemeinde-hochdorf.de/rathaus-service/aktuelles?tx_hwnews_hwnews[action]=show&tx_hwnews_hwnews[controller]=Newsartikel&tx_hwnews_hwnews[currentPage]=1&tx_hwnews_hwnews[newsartikeld]=313&cHash=87626d97ca61177665c7f5d641b9ae89)

📍 Hochdorf,Auftrag,Unteressendorf,Lärberechnung,Gemeinde
👤 421

21.10.2023

Gemeinderat entscheidet über Rotlicht-Blitzer

(Ravensburg) - Der Gemeinderat der Stadt Ravensburg kommt am kommenden Montag zu seiner nächsten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Einrichtung eines Rotlicht-Blitzers an der großen Kreuzung der B 30 mit der B 467 bei Untereschach. Bereits am vergangenen Mittwoch beriet der Umwelt- und Verkehrsausschuss darüber. Alle Räte stimmten zu.

Die Kreuzung der B 30 mit der B 467 entwickelte sich seit ihrer Eröffnung im Jahr 2019 zu einem Unfallschwerpunkt, heißt es in der Sitzungsvorlage der Stadt. Laut polizeilicher Unfallstatistik gab es an dieser Kreuzung insgesamt bereits 57 Unfälle, davon alleine acht aufgrund von Rotlichtverstößen. Bei den Unfällen wurden 19 Personen verletzt, ein Mensch starb. Häufigste Ursache bei den Unfällen mit Personenschäden waren Rotlichtverstöße.

Im Rahmen einer Unfallverhütungsschau der Polizei mit der Straßenverkehrsbehörde und dem Straßenbaulasträger wurde die Örtlichkeit begutachtet. Eine stationäre Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachung ist an dieser Stelle zur Unfallverhütung erforderlich und wird von der Polizei und vom Regierungspräsidium Tübingen gefordert.

Die Stadt Ravensburg als örtliche Straßenverkehrsbehörde ist für die Gewährleistung der Verkehrssicherheit verantwortlich und für die Einrichtung von Rotlichtüberwachungs- und Tempomessgeräten an dieser Stelle zuständig. Die Polizei drängte mit deutlichen Worten auf die Anschaffung eines Rotlicht-Blitzers. Es brauche einen Blitzer, um weitere Unfälle zu vermeiden â€ und zwar schnellstmöglich, heißt es in einem Schreiben des Polizeipräsidiums an das Ravensburger Ordnungsamt. Folglich beabsichtigt die Stadt einen Rotlicht-Blitzer für 140.000 Euro zu beschaffen und zu installieren. Das Gerät lichtet künftig diejenigen ab, die auf der B 30 von Ravensburg kommend bei Rot in die Kreuzung einfahren. Gerade aus dieser Richtung seien die Autos schnell unterwegs, so Polizeihauptkommissar Manuel Huber vom Polizeipräsidium Ravensburg.

In der Sitzung des Umwelt- und Technikausschusses stimmten bereits alle Räte dem Kauf zu, ärgerten sich aber darüber, dass das Regierungspräsidium Tübingen keinen Kreisverkehr an der Stelle gebaut habe. Sodann erhielt der Gemeinderat Joachim Arnegger (Freie Wähler) von seinen Ratskollegen Unterstützung für einen Antrag, demzufolge die Stadt jetzt darum bitten soll, die Kreuzung zu einem Kreisverkehr umzubauen.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/dieser-unfallschwerpunkt-in-ravensburg-bekommt-einen-rotlicht-blitzer-1989224>

📍 Rotlicht,Stadt,Kreuzung,Gemeinderat,Blitzer
👤 448

21.10.2023

Bundestag beschließt Erhöhung und Ausweitung der Lkw-Maut

(Berlin) - Wie erwartet hat der Bundestag am Freitag die Ausweitung der Mautpflicht für Lastkraftwagen beschlossen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften nahm das Parlament mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von Union

und AfD bei Enthaltung der Linksfraktion an. Der Bundestag nahm zudem eine Entschließung mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung der Linken an. Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert, den mit der Reform der Lkw-Maut beschrittenen Weg fortzusetzen, die Planbarkeit und Investitionssicherheit für die Speditions-, Logistik- und Herstellerunternehmen auch weiterhin sicherzustellen und Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur langfristig abzusichern.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Die Lkw-Maut für die Benutzung von Bundesfernstraßen soll ab dem 1. Dezember 2023 um eine CO₂-Komponente erweitert und ab dem 1. Juli 2024 auf Lastkraftwagen mit mehr als 3,5 Tonnen bis 7,5 Tonnen ausgeweitet werden. Von der Mautpflicht ausgenommen werden sollen Fahrten von Handwerkern oder Personen mit handwerksähnlichen Berufen mit Fahrzeugen von weniger als 7,5 Tonnen.

Die Kohlenstoffdioxid-Differenzierung sei eine wichtige Maßnahme für die Minderung der Treibhausgasemissionen im Verkehr und zur Erreichung des Klimaschutzziels, heißt es in der Gesetzesvorlage. Durch die Einführung werde ein Preissignal gesetzt, durch das die Nutzung von Lkw mit alternativen Antrieben für die Güterverkehrsbranche deutlich attraktiver wird. Der vermehrte Einsatz von Lastkraftwagen mit alternativen Antrieben werde benötigt, um das Ziel - ein Drittel elektrische Fahrleistung im Jahr 2030 - zu erreichen.

Mehreinnahmen von mehr als 26 Milliarden Euro erwartet

Die Bundesregierung rechnet durch die Einführung der Kohlenstoffdioxid-Differenzierung für Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen mit Mehreinnahmen aus der Maut von 26,61 Milliarden Euro in den Jahren 2024 bis 2027. Die erwarteten Mehreinnahmen durch die Ausdehnung der Maut auf Fahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen beziffert die Bundesregierung auf vier Milliarden Euro im gleichen Zeitraum. Davon entfielen 1,83 Milliarden Euro auf die CO₂-Differenzierung.

Finanzierungskreislauf Straße abgeschafft

Neu geregelt wird die Verwendung der Mauteinnahmen. Die Hälfte der Einnahmen soll weiterhin zweckgebunden für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur für die Bundesfernstraßen verwendet werden, die zweite Hälfte aber für Maßnahmen im Bereich des Schienennetzes.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw42-de-maut-971416>

 Maut,Lkw,Bundestag,Bundesregierung,Tonnen
 428

21.10.2023

Schiene- und Autobahnbeschleunigung beschlossen

(Berlin) - Der Bundestag hat am Freitag ein Maßnahmenpaket zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich beschlossen. Einem hierzu von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf „zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1187 über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes“ stimmten die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu. Die drei Oppositionsfraktionen CDU/CSU, AfD und Die Linke votierten gegen das zuvor im Verkehrsausschuss in weiten Teilen geänderte Gesetz.

Darüber hinaus nahm der Bundestag mit beinahe demselben Stimmverhältnis - einzig Die Linke hatte sich dieses Mal enthalten - eine Entschließung an. Darin fordern die Abgeordneten von der Bundesregierung unter anderem, die Umsetzung des sogenannten Deutschlandtaktes „infrastrukturell, finanziell, organisatorisch, eisenbahnrechtlich und europarechtskonform abzusichern“. Mit dem Deutschlandtakt sollen besser abgestimmte, schnellere und verlässlichere Verbindungen im Nah-, Fern- und Güterverkehr erreicht werden. Die Öffentlichkeit solle hinsichtlich der anstehenden Trassenplanungen außerdem besser informiert und einbezogen werden, heißt es.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Das beschlossene Gesetz zieht Änderungen des Bundesfernstraßengesetzes, des Allgemeinen Eisenbahngesetzes, des Bundesschienenwegeausbaugesetzes, des Bundeswasserstraßengesetzes, des Luftverkehrsgesetzes, des Wasserhaushaltsgesetzes, des Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetzes, des Investitionsgesetzes Kohleregionen sowie des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach sich.

Die Änderungen des Bundesfernstraßengesetzes enthalten Regelungen, die die Verfahren für Ersatzneubauten bei Brückenbauwerken der Bundesfernstraßen vereinfachen und beschleunigen sollen, für erneuerbare Energie auf Bundesautobahnen und zur Digitalisierung des Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahrens. Außerdem enthalten sie Regelungen zur Ausweitung von Duldungspflichten und einer frühzeitigeren vorzeitigen Besitzeinweisung. Eine Fortschreibung der Vorhabenliste zur erstinstanzlichen Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts, Erleichterungen für den Bau von Windenergie- und Solaranlagen entlang von Bundesfernstraßen, Gebührenregelungen für anbaurechtliche Verfahren, Regelungen zur Abwicklung des Grunderwerbs sowie eine Regelung zur Zuständigkeit der Planfeststellungsbehörde bei ländergrenzüberschreitenden Vorhaben sind ebenfalls Bestandteil des Maßnahmenpakets.

Schienen, Autobahnen und Radwege beschleunigen

Darüber hinaus wird die in der EU-Richtlinie 2021/1187 enthaltene Vierjahresfrist für Genehmigungsverfahren in deutsches Recht umgesetzt. Auch sollen Erleichterungen für den Bau von straßenbegleitenden Radwegen an Bundesstraßen erreicht werden. Im Fernstraßenausbaugesetz wird festgelegt, dass der Bau oder die Änderung einer Bundesfernstraße, die in der neuen Anlage 2 aufgeführt ist und die mit dem Zusatz „Engpassbeseitigung“ fest disponiert ist oder für die der Bedarfsplan einen vordringlichen Bedarf mit dem Zusatz „Engpassbeseitigung“ feststellt, im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegt. Dies gilt nur für politisch ausgesuchte Autobahnprojekte und in keinem Fall für Bundesstraßen.

Die Änderungen des Allgemeinen Eisenbahngesetzes beinhalten Regelungen zur Digitalisierung der Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren, zur Ausweitung von Duldungspflichten und einer frühzeitigeren vorzeitigen Besitzeinweisung. Darüber hinaus kann die Planfeststellungsbehörde in bestimmten Fällen eine Entscheidung über die planfestgestellten Verkehrsanlagen vorbehaltlich des Lärmschutzes treffen.

Bundesschienenwegeausbaugesetz und Bundeswasserstraßengesetz

Im Bundesschienenwegeausbaugesetz legt die Regierung fest, dass der Bau oder die Änderung eines Bundesschienenweges, der fest disponiert ist oder für den der Bedarfsplan einen vordringlichen Bedarf feststellt, im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegt.

Die Änderungen des Bundeswasserstraßengesetzes beinhalten Regelungen zur Digitalisierung der Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren, zur Ausweitung von Duldungspflichten, einer frühzeitigeren vorzeitigen Besitzeinweisung sowie eine Erweiterung der Anlage 2 um Bundeswasserstraßen mit erstinstanzlicher Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts.

Verzicht auf Umweltverträglichkeitsprüfung

Ferner wird die in der genannten EU-Richtlinie enthaltene Vierjahresfrist für Genehmigungsverfahren im Bundeswasserstraßengesetz, im Luftverkehrsgesetz und im Wasserhaushaltsgesetz umgesetzt. Die Änderungen des Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetzes und des Investitionsgesetzes Kohleregionen betreffen Folgeänderungen sowie redaktionelle Anpassungen.

Im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung will die Regierung regeln, dass beim Ersatzneubau von Brücken der Bundesfernstraßen unter bestimmten Voraussetzungen keine Umweltverträglichkeitsprüfung vorzunehmen ist. Gleiches soll in bestimmten Fällen für straßenbegleitende Radwege an Bundesstraßen gelten.

Minister: Ohne Straßen gibt es kein Wachstum

Ein besonderer Fokus des Gesetzes liege auf der Schiene, sagte Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing (FDP) zu Beginn der Debatte. Die betroffenen Schienenprojekte könnten zum einen davon profitieren, dass sie bei rechtlichen Abwägungen ein „überragendes öffentliches Interesse“ geltend

machen könnten. Zum anderen würden die für den Deutschlandtakt notwendigen Schienenprojekte gesetzlich verankert, „so dass direkt mit den Planungen begonnen werden kann“.

Wissing machte zugleich deutlich, dass die Straße nach wie vor der wichtigste Verkehrsträger sei. „Und das wird auch so bleiben“, fügte der Minister hinzu. Man werde alles tun, um so viel wie möglich auf die Schiene zu verlagern. Klar sei aber auch: „Ohne Straßen gibt es kein Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland.“ Der Gesetzentwurf sei ein Versprechen, sagte Wissing. Ein Versprechen, „dass Wachstum, Wohlstand und Teilhabe auch in Zukunft in Deutschland möglich sind“.

Union: Gesetz bringt keine Vorfahrt für die Demokratie

Aus Sicht von Ulrich Lange (CDU) ist das im Gesetz beschriebene überragende öffentliche Interesse ein „unbestimmter Rechtsbegriff“. Es komme also auf die Abwägung im Einzelfall an. Dabei müsse aber das im Grundgesetz verankerte Staatsziel des Umweltschutzes zuallererst beachtet werden.

„Herzlichen Glückwunsch an alle Bürgerinitiativen, die Infrastruktur verhindern wollen“, sagte Lange. Eine Einzelfallbetrachtung Sorge dafür, dass es eben keine Planungsbeschleunigung gebe. Benötigt werde vielmehr die Einschränkung des Verbandsklagerechtes. Das Gesetz bringe keine Vorfahrt für die Demokratie, keine Vorfahrt für Verkehrsprojekte und auch keine Vorfahrt für Deutschland, sagte der Unionsabgeordnete.

SPD: Deutschland-Tempo ist möglich

Detlef Müller (SPD) zog ein positives Fazit des Gesetzgebungsverfahrens. „Was lange währt, wird endlich gut“, sagte Müller, der mit dem Gesetz auch einen zentralen Punkt aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt sieht. Benötigt werde mehr Kapazität auf der Schiene, so der Ex-Eisenbahner.

„Wir dürfen bei Instandhaltung, Sanierung und beim Ersatzneubau zentraler Trassen im Verkehrsbereich keine Zeit verlieren, wenn wir Verkehrsinfarkte verhindern wollen“, sagte Müller. Zudem gelte es bei der Behebung von Engpässen - egal ob auf Straße oder Schiene - schneller voranzukommen. Die schnelle Umsetzung der LNG-Projekte im letzten Jahr habe gezeigt, dass das von Bundeskanzler Scholz ausgerufene „Deutschland-Tempo“ möglich sei. Es werde nun auch auf Verkehrsprojekte ausgedehnt. Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens sei es sogar gelungen, das überragende öffentliche Interesse auch auf Projekte des Schienenpersonennahverkehrs auszuweiten, sagte der SPD-Abgeordnete.

AfD will Autobahn-Vorhaben vorantreiben

Die Eisenbahn, „das Lieblingskind der grünen Verkehrsplaner“, kommt laut Wolfgang Wiehle (AfD) in den Genuss all dessen, was dieses Gesetz zu bieten habe. Jedes einzelne Eisenbahn-Vorhaben aus dem vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP 2030) bekomme den Aufkleber des überragenden öffentlichen Interesses. Beim Straßenverkehr, „dem Lieblingsfeind der Grünen“, sehe das völlig anders aus, sagte er.

Zwar gehe aus der Verkehrsprognose der Bundesregierung hervor, dass auch im Jahre 2051 der Straßenverkehr den Löwenanteil des Verkehrs ausmachen werde - sowohl im Personen- als auch beim Güterverkehr. Dennoch bekomme nur eine streng begrenzte Liste von 138 Straßenbauprojekten die überragende Priorität. Äußerst wichtige Vorhaben, wie etwa die A 20 in Schleswig-Holstein und die A 8 in Baden-Württemberg, fehlen aus Sicht des AfD-Abgeordneten. Das beweise: „Die FDP darf in dieser Regierung zwar den Verkehrsminister stellen, aber die Grünen bestimmen die Richtung.“

Grüne: Zeit der Umgehungsstraßen ist vorbei

Wenn man die Infrastruktur instand halte, so sagte Susanne Menge (Bündnis 90/Die Grünen), erspare man sich an vielen Stellen zukünftig „teure und klimaschädliche Neubauprojekte“. Die Instandhaltung sei aber in den zurückliegenden Dekaden versäumt worden. „Vor allem in den Erhalt von Brücken wurde über lange Zeit viel zu wenig investiert“, sagte die Grünenabgeordnete. So habe sich eine Bugwelle an Sanierungsarbeiten aufgebaut, die für lange Zeit erhebliche personelle, materielle und finanzielle Ressourcen binden werde.

Menge forderte eine klare Priorisierung bei Verkehrsprojekten. Die Zeiten, als mit der Gießkanne über das Land gezogen und jedem noch so winzigen und unbedeutenden Ort im Nirgendwo eine unnötige Umgehungsstraße versprochen worden sei, seien vorbei, sagte sie. Das gelte auch für das Autobahnnetz.

„Neue Autobahnen sind verkehrlich nicht notwendig und klimapolitisch überhaupt nicht mehr verantwortbar“, befand die Grünen-Abgeordnete.

Linke: Verheerendes Signal an die Klimaschutzbewegung

„Wer im 21. Jahrhundert noch Autobahnen baut und Standards für Umweltschutz schleift, hat den Schuss nicht gehört“, sagte Bernd Riexinger (Die Linke). Jahr für Jahr verfehle der Verkehrssektor krachend die Umweltziele. Die Beschleunigung von 138 Autobahnprojekten sei das Gegenteil von Klimaschutz, befand er.

Dass die Grünen dabei mitmachten, sei eine Bankrotterklärung und ein verheerendes Signal an die Klimaschutzbewegung. Obwohl SPD und Grüne für mehr Demokratie angetreten seien, beschränkten sie „so nebenbei“ wichtige Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit und von anerkannten Umwelt- und Naturschutzverbänden, kritisierte Riexinger.

FDP: Infrastruktur steht für Wohlstand

Für Johannes Vogel (FDP) steht eine bessere Infrastruktur für „Entwicklung, Wohlstand und bessere Aufstiegschancen“. Nicht zuletzt deshalb, weil viele der hochinnovativen mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum angesiedelt seien. In seinem Wahlkreis Sauerland sei derzeit zu beobachten, „wohin es führt, wenn wir Infrastruktur nicht rechtzeitig instand halten und ausbauen“.

Die seit 2021 nicht mehr nutzbare Rahmedetalbrücke Sorge dafür, dass die Unternehmen in der Region keine Fachkräfte fänden. Es gebe weniger Wertschöpfung. „Der Verlust im Sauerland liegt bei einer Million Euro pro Tag“, sagte Vogel.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw42-de-verkehrsnetz-971384>

 Gesetz, Grünen, Regelungen, Infrastruktur, SPD
 562

21.10.2023

Das neue Schwarzbuch ist da

(Berlin) - Der Bund der Steuerzahler stellte am Dienstag das 51. Schwarzbuch mit zahlreichen Fällen von Steuergeldverschwendung in Deutschland vor. Neue Sportgeräte ohne Sportler in Mannheim, ein frisch saniertes Parkhaus ohne parkende Autos in Wuppertal, das „Haus der Erde“ in Hamburg - ein Fass ohne Boden - bis zur gescheiterten Pkw-Maut.

Diverse Fälle finden sich im Verkehrsbereich, die zum Teil Lappalien oder Irrtümer sind. Aber auch gravierende Fälle, wie der gescheiterte Lockführerpool in Baden-Württemberg. Mit ihm sollte das Personalproblem im Eisenbahnverkehr gelöst werden. Die Nachfrage war mehr als bescheiden: zwischen August 2021 und Dezember 2022 wurden von den Eisenbahnverkehrsunternehmen nur 22 Lokführer angefordert. Die Eisenbahnverkehrsunternehmen setzten lieber auf private Vermittler. Trotzdem kostete die staatliche Vermittlung 2,4 Mio. Euro.

Der Klimaschutz treibt in Schleswig-Holstein seltsame Blüten: Dort soll der „Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr“ in „Landesbetrieb Verkehr“ umbenannt werden, denn Politiker stören sich an dem Wort „Straßenbau“. Weil Straßenbau nicht mehr zeitgemäß sei müsse das böse Wort beseitigt werden. Darauf haben sich CDU und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag geeinigt. Die Umbenennung kostet den Steuerzahler 210.000 Euro.

Weitere Fälle:

- ein Fahrradtesen für 8.300 Euro in Berlin-Kreuzberg,
- ein gescheiterter politischer Verkehrsversuch in Berlin mit Baukosten von 47.500 Euro und Rückbaukosten von 58.000 Euro. Berlins ehemalige Kurzzeit-Verkehrssenatorin wollte die Hauptstadt durch die rasche Einrichtung von Busspuren mobiler, grüner und klimafreundlicher machen. Doch das Verwaltungsgericht befand einen neuen Bussonderstreifen in der Clayallee als rechtswidrig,

- Mehrkosten von 205.000 Euro bei der Sanierung einer denkmalgeschützten Brücke bei Gladenbach,
- ein gescheiterter Pendlerparkplatz bei Borken für 1,4 Mio. Euro, mit dem Autos aus der Stadt herausgehalten werden sollten,
- Mehrkosten von 900.000 Euro bei der Sanierung einer Kreisstraße im Kreis Segeberg,
- ein unausgereifter Shuttlebus für 40.000 Euro in Wetzlar,
- teure und ungenutzte Fahrradabstellplätze für 175.000 Euro in Rendsburg,
- Kostensteigerungen von 3,2 Milliarden Euro bei der geplanten zweiten S-Bahn-Stammstrecke in München,
- eine durch ein Gericht untersagte Sanierung der Kreisstraße 8 zwischen Bellahn und Sallahn im niedersächsischen Wendland mit vergeblichen Planungskosten und Gerichtskosten von 229.000 Euro. Ein Naturschutzverband klagte gegen die Straßensanierung, weil mehr als 50 Bäume am Straßenrand von Vögeln des angrenzenden Vogelschutzgebietes als Singwarte dienen,
- 50.000 Euro für eiskalte und ungemütliche „Sitzkiesel“ und Bänke mit harten Gittersitzen in Stuttgart,
- 400.000 Euro für 10 unbequeme Sitzbänke ohne Rückenlehne in Wuppertal. Zur „Förderung des städtischen Lebens“ wurden die in der Nacht selbstleuchtende Bänke goldfarben beschichtet,
- 840.000 Euro für Fahrradbügel in Kassel, die nicht vor einem Fahrraddiebstahl schützen,
- falsch bedruckte Parkscheiben für 1.011,50 Euro in Germering,
- eine kaum genutzte Busverbindung in der Stadt Winsen (Luhe) für 120.000 Euro. Die Fahrgäste gingen lieber zu Fuß,
- Kosten von 400 Mio. Euro für einen langen Tunnel, statt 100 Mio. Euro für einen kurzen Tunnel am Autobahnzubringer B 10/B 27 in Stuttgart-Zuffenhausen,
- Kosten von 1,7 Mio. Euro für eine dritte Fahrradbrücke in Celle, obwohl bereits zwei Brücken im Abstand von 600 Metern geplant sind,
- eine unnötige Postkartenaktion des Hamburger Verkehrsverbundes für 215.000 Euro. Abonnenten wurden schriftlich über allgemein Bekanntes informiert.

<https://www.steuerzahler.de/aktuelles/detail/das-51-schwarzbuch-ist-da/>

📍 Mio, Schwarzbuch, Berlin, Sanierung
 👤 545

23.10.2023

Frau bei Auffahrunfall verletzt

► **Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden**

(Meckenbeuren) - Bei einem Auffahrunfall am Samstag gegen 13.30 Uhr in der Hauptstraße wurde eine Frau verletzt. Ein 53-jähriger VW-Fahrer war in Richtung Friedrichshafen unterwegs und musste auf Höhe des Kirchplatzes verkehrsbedingt anhalten. Ein hinter ihm fahrender 25 Jahre alter Mercedes-Lenker erkannte die Situation zu spät und fuhr wuchtig auf. Bei dem Zusammenstoß zog sich die 55 Jahre alte Beifahrerin im VW leichte Verletzungen zu. An beiden Autos entstand Sachschaden in Höhe von jeweils rund 5.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5632552>

📍 Meckenbeuren, Frau, Auffahrunfall
 👤 346

24.10.2023

Zwei Leichtverletzte bei Auffahrunfall

► **Enzisreute, 2 Fahrzeuge, 7500 Euro Sachschaden**

(Enzisreute) - Zwei Leichtverletzte sowie einen Gesamtsachschaden von rund 7.500 Euro forderte ein Verkehrsunfall am Sonntagnachmittag gegen 15 Uhr auf der B 30 bei Enzisreute. Die 33-jährige Lenkerin eines Seat befuhr die B 30 in Richtung Gaisbeuren und musste kurz vor der Abzweigung nach Atzenreute verkehrsbedingt abbremsen. Dies bemerkte der 28-jährige Lenker eines nachfolgenden Sprinters zu spät

und fuhr wuchtig auf. Durch die Kollision erlitten sowohl die 33-jährige als auch ihr 31-jähriger Beifahrer leichte Verletzungen und wurden in ein Krankenhaus gebracht. Der 28-jährige blieb nach bisherigen Erkenntnissen unverletzt. Beide Fahrzeuge waren nicht mehr fahrbereit und mussten abgeschleppt werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5633539>

📄 Enzisreute, Leichtverletzte
👤 470

25.10.2023

Regionalplan endgültig beschlossen

(Kressbronn) - Der neue Regionalplan für die Landkreise Sigmaringen, Ravensburg und den Bodenseekreis ist beschlossen. Die Verbandsversammlung stimmte am Mittwoch in Kressbronn mehrheitlich dafür. Im neuen Regionalplan für die Raumordnungsregion Bodensee-Oberschwaben wird unter anderem festgelegt, wo zukünftig die Schwerpunkte für Wohnungsbau, Gewerbeflächen und Rohstoffabbau liegen sollen.

Es ist ein besonderer Moment für die Kommunen, dass der neue Regionalplan nun endlich verabschiedet ist, so Wolfgang Heine, Direktor des Regionalverbands. Man habe die Entscheidungen nicht leichtfertig getroffen und die Belange von Mensch und Natur einbezogen, so Dr. Daniel Rapp, Oberbürgermeister von Ravensburg, der für die CDU sprach. Es sei wichtig für die wachsende Region, neuen Wohnraum zu schaffen und Gewerbe anzusiedeln.

Klima- und Umweltschützer sehen das weiterhin anders. Sie kamen in Kressbronn zu einem Protestcamp gegen den Regionalplan zusammen und protestierten mit bunten Plakaten vor der Festhalle. Einige von ihnen verbrachten die Nacht von Dienstag auf Mittwoch vor Ort in Zelten. Auch die „Scientists for Future“ und das „Aktionsbündnis Zukunftsfähiger Regionalplan“ beteiligten sich an dem Protest. Ebenso die vorbestraften und zu Haftstrafen verurteilte Aktivisten aus der Besetzung im Altdorfer Wald. Sie wollen den Kiesabbau im Altdorfer Wald verhindern und kritisierten vor allem, dass der Regionalplan nicht klimaverträglich sei. Zu viele Flächen würden versiegelt. Nach der Sitzung trugen die Aktivisten vor der Festhalle in einem Sarg symbolisch die Zukunft zu Grabe. Sie kündigten an, weiterhin gegen Einzelprojekte wie den Kiesabbau im Altdorfer Wald vorzugehen.

Vertreter der Grünen und ÖDP in der Verbandsversammlung lehnen den Regionalplan ab, so Fraktionssprecher Ulrich Walz (Grüne) aus Bad Wurzach. Die Fraktion stimmte mehrheitlich dagegen. Sie hatte unter anderem eine Halbierung des Flächenverbrauchs gefordert. Dem sei der Regionalverband nicht nachgekommen.

Man habe mit dem Regionalplan gute Kompromisse für die Region gefunden, sagte dagegen Verbandsdirektor Wolfgang Heine. Man sei sorgsam mit dem Gut Fläche umgegangen, gleichzeitig müssten auch Bedarfe gestillt werden. In der Region Bodensee-Oberschwaben fehle es an Wohnraum. Der Wohnungsmarkt sei bereits sehr angespannt. Eine Analyse habe ergeben, dass bis 2035 1.000 Hektar Wohnfläche benötigt würden. Deshalb seien im neuen Regionalplan einige größere Flächen zum Wohnungsbau freigegeben worden.

Das Landesministerium für Landesentwicklung und Wohnen genehmigte den neuen Regionalplan im September mit wenigen Ausnahmen: Vier geplante Gewerbeflächen bei Friedrichshafen, Kißlegg, Leutkirch und Pfullendorf wurden nicht genehmigt. Zudem erhielt ein Kalksteinabbaugebiet im Oberen Donautal keine Genehmigung. Der Regionalverband verzichtet nun darauf.

Die Verbandsversammlung nahm in einem sogenannten „Beitrittsbeschluss“ mehrheitlich den neuen Plan mit den Änderungen an. Mit dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger wird der neue Regionalplan rechtsverbindlich. Das soll noch im November geschehen. Der neue Regionalplan soll für die nächsten 15 Jahre gelten und ersetzt den bislang gültigen aus dem Jahr 1996.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/beschluss-regionalplan-bodensee-oberschwaben-100.html>

📄 Regionalplan, Kressbronn, Verbandsversammlung, Region, Altdorfer
👤 480

27.10.2023

Freiwillige Feuerwehr Bad Waldsee berichtete über Einsatzjahr 2023

(Bad Waldsee) - Beeindruckend haben die Feuerwehrangehörigen der Abteilung Stadt sowie den Abteilungen der Ortschaften am Kirbemontag, 16. Oktober, ihren hohen Ausbildungsstand, ihren Teamgeist und ihre Einsatzbereitschaft bei ihren Hauptübungen gezeigt. Traditionell treffen sich die Kameradinnen und Kameraden der Abteilung Stadt am Kirbemontag-Abend zur Kirbeversammlung im Feuerwehrhaus.

Neben den Feuerwehrangehörigen waren Oberbürgermeister Matthias Henne, Bürgermeisterin Monika Ludy, weitere Vertreter der Stadtverwaltung, des Gemeinderates sowie Ehrenkommandanten, Ehrenmitglieder, Vertreter der benachbarten Wehren und des Kreises, der Polizei und die Feuerwehrmutter Sonja Wild gekommen.

Die vorgestellte Präsentation bot einen Einblick in die Aktivitäten und Einsätze der Feuerwehrabteilung Stadt im Jahr 2023: Bei einer Mannschaftsstärke von 80 Feuerwehrangehörigen bearbeitete die Feuerwehrabteilung Stadt im laufenden Jahr bereits 252 Einsätze. Darunter technische Hilfeleistungen, Brände und sonstige Einsätze. Bei den Einsätzen wurden vier Feuerwehrangehörige verletzt, aber auch 34 Personen gerettet.

Oberbürgermeister Matthias Henne betonte in seinem Grußwort den Erfolg der Kirbeübungen und das starke öffentliche Interesse, das die Feuerwehr als wichtige und leistungsfähige Einrichtung in der Stadt bestätigt. Er drückte seinen Dank und seine Anerkennung für ihre Arbeit aus und hob die Leistung bei der Übung der aktiven Abteilung in der Innenstadt hervor, ebenso wie die eindrucksvollen Fähigkeiten der Abteilungen in den Ortschaften und der Jugendfeuerwehr. Vonseiten des Oberbürgermeisters und des stellvertretenden Kommandanten ging ein großer Dank an die Partner und Arbeitgeber der Feuerwehrangehörigen.

Michael Otto vom Kreisfeuerwehrverband Ravensburg lobte die Bad Waldseer Wehr und ihre Einsatzkraft. Er ging speziell auf die vielen technischen Hilfeleistungen ein. Besonders auf der B 30 komme es zu vielen schweren Unfällen. Die Bad Waldseer Wehr würde zudem weit über die Grenzen von Bad Waldsee zu Einsätzen geholt. Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis funktioniere hervorragend, deshalb bedankte er sich, auch im Namen des Kreisbrandmeisters Oliver Surbeck, für die Unterstützung.

<https://www.bad-waldsee.de/buerger/de/rathaus-service/aktuelles-bekanntmachungen/neues-aus-bad-waldsee/217/kirbeversammlung-im-feuerwehrhaus>

☐ Stadt,Waldsee,Feuerwehr,Feuerwehrangehörigen,Abteilung
•• 272

27.10.2023

Tesla schleudert gegen Lkw-Anhänger

► Weingarten, 2 Fahrzeuge, 70000 Euro Sachschaden

(Weingarten) - Sachschaden von knapp 70.000 Euro ist am Donnerstag gegen 10.30 Uhr bei einem Verkehrsunfall auf der B 30 entstanden. Ein 39 Jahre alter Tesla-Lenker war zwischen Weingarten und Ravensburg auf dem linken Fahrstreifen unterwegs. Mutmaßlich aufgrund nicht angepasster Geschwindigkeit geriet der Wagen bei Starkregen auf Höhe von Vorberg ins Schlingern und kollidierte zunächst mit der Mittelleitplanke und in der Folge mit dem Anhänger eines Lkw, dessen Fahrer ordnungsgemäß auf dem rechten Fahrstreifen fuhr. Verletzt wurde niemand.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5636373>

☐ Weingarten,Tesla,Lkw,Anhänger
•• 401

27.10.2023

Bei Rot über die Ampel gefahren

► Ravensburg, 2 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden

(Ravensburg) - Drei leicht verletzte Personen und Sachschaden von rund 30.000 Euro hat ein Verkehrsunfall gefordert, der sich am Donnerstag kurz vor 7 Uhr auf der B 33 ereignet hat. Eine 71-jährige Seat-Lenkerin war von Bavendorf in Richtung Ravensburg unterwegs und missachtete an der Einmündung zur B 30, an der Anschlussstelle Ravensburg-Süd, das Rotlicht der Lichtzeichenanlage. Dort kollidierte sie mit dem Mercedes Vito eines 26-jährigen, der von der B 30 einbiegen wollte. Sowohl die 71-jährige als auch die beiden Insassen im Vito wurden durch den Zusammenstoß leicht verletzt. Der Rettungsdienst brachte die Personen in umliegende Krankenhäuser. Um die beiden nicht mehr fahrbereiten Fahrzeuge kümmerte sich der Abschleppdienst. Während der Bergungsmaßnahmen war die Bundesstraße 33 kurzzeitig nur halbseitig befahrbar.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5636373>

☐ Ravensburg
•• 386

November

01.11.2023

Toyota stößt mit Ford zusammen

► Ravensburg, 2 Fahrzeuge, 20000 Euro Sachschaden

(Ravensburg) - Am Dienstagabend kam es gegen 19:45 Uhr an der B 30-Abfahrt Ravensburg-Nord zur B 32 zu einem Zusammenstoß zweier Pkw. Ein 19-jähriger Lenker eines Toyota verließ die B 30 an der Abfahrt Ravensburg-Nord und kollidierte mit dem Ford eines 56-jährigen, der von Berg kommend in Richtung Ravensburg unterwegs war.

Alle Beteiligten kamen vorsorglich zur Untersuchung in ein Krankenhaus, konnten dieses jedoch kurze Zeit später wieder verlassen. Letztlich wurden nur bei der 18 Jahre alten Beifahrerin im Toyota leichte Verletzungen festgestellt.

Die beiden Pkw waren durch den Zusammenstoß nicht mehr fahrbereit, und mussten von der Unfallstelle abgeschleppt werden. Der Sachschaden wird auf 20.000 Euro geschätzt. Die Fahrbahn war für die Dauer der Unfallaufnahme für ca. 2 Stunden einseitig gesperrt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5638963>

📍 Ravensburg, Toyota, Ford
👤 315

02.11.2023

Transporter fährt in Pannenfahrzeug

► Ravensburg, 3 Fahrzeuge, 50000 Euro Sachschaden

(Ravensburg) - Nach einem Verkehrsunfall, der sich am Donnerstag gegen 15.45 Uhr auf der B 30 ereignet hat, musste die Bundesstraße zwischen den Anschlussstellen Ravensburg-Nord und Ravensburg-Süd in Fahrtrichtung Friedrichshafen bis gegen 19.00 Uhr voll gesperrt werden.

Ein 26 Jahre alter Fahrer eines Renault-Transporters prallte aus noch unklarer Ursache auf einen Pannentransporter, der in diesem Moment auf dem Seitenstreifen von einem Skoda mit Anhänger aufgeladen werden sollte. Durch die wuchtige Kollision drehte sich der Renault um rund 90 Grad und kippte auf der Fahrbahn zur Seite um. Der VW-Transporter wurde durch den Aufprall gegen den Anhänger geschoben, wobei auch dieser sowie der Skoda beschädigt wurden.

Der 26 Jahre alte Unfallverursacher sowie zwei weitere Unfallbeteiligte des VW erlitten den bisherigen Erkenntnissen der Polizei zufolge leichte Verletzungen und wurden durch Rettungsdienste in ein Krankenhaus gebracht. An der Unfallstelle ebenfalls im Einsatz befand sich die örtliche Feuerwehr, eine Umleitung wurde eingerichtet. Insgesamt entstand nach derzeitigen Erkenntnissen bei dem Verkehrsunfall ein Sachschaden von mehr als 50.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5640338>

📍 Ravensburg, Transporter
👤 441

03.11.2023

Plastikwannen beschädigen Auto

► Weingarten, 1 Fahrzeuge, 500 Euro Sachschaden

(Weingarten) - Zwei schwarze Plastikwannen, die ein bislang unbekannter Fahrzeuglenker am Dienstagmorgen auf der B 30 verloren hat, haben Sachschaden von rund 500 Euro am Fiat einer 60-jährigen verursacht.

Die Frau war gegen 7.50 Uhr zwischen Ravensburg-Nord und Weingarten unterwegs, als der Unbekannte die Wannen während der Fahrt verlor. Ob diese von einem Anhänger oder einem Lkw gefallen sind, ist noch unklar.

Zeugen des Vorfalls oder Personen, die Hinweise auf den Fahrzeuglenker geben können, werden gebeten sich unter Tel. (07 51) 8 03 - 33 33 beim Polizeirevier Ravensburg zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5641023>

📍 Weingarten, Plastikwannen
👁️ 256

03.11.2023

Auffahrunfall fordert einen Verletzten

▶ **Gaisbeuren, 2 Fahrzeuge, 15000 Euro Sachschaden**

(Gaisbeuren) - Eine leicht verletzte Person und Sachschaden von rund 15.000 Euro ist die Bilanz eines Auffahrunfalls, der sich am Donnerstag kurz vor 10.30 Uhr auf der B 30 zwischen Enzisreute und Gaisbeuren ereignet hat. Ein 23-jähriger BMW-Lenker fuhr mutmaßlich aus Unachtsamkeit einem vorausfahrenden 63-jährigen Lkw-Fahrer auf. Durch die wuchtige Kollision wurde der 23-jährige leicht verletzt. Ein Rettungsdienst brachte ihn in ein Krankenhaus.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5641023>

📍 Gaisbeuren
👁️ 411

03.11.2023

Regierungspräsidium noch mit Grundlagenermittlung beschäftigt

(Bad Waldsee) - Über den Planungsstand der B 30-Ortsumfahrungen Gaisbeuren und Enzisreute erkundigte sich im Oktober der Landtagsabgeordnete Raimund Haser (CDU) in einer Kleinen Anfrage bei der Landesregierung.

Rund ein Jahr nach dem Planungsbeginn habe die Grundlagenermittlung begonnen, so die Antwort des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg. Bisher seien Informationen zusammengetragen worden und Ortsbesichtigungen hätten stattgefunden. Derzeit würden die Leistungsbilder für die jeweiligen Objektplaner zusammengestellt. Aufgrund der Größe und Komplexität des Vorhabens sei eine europaweite Ausschreibung zur Vergabe der Objektplaner notwendig. Diese dauere mindestens neun Monate.

Durch die Objektplaner würden im Anschluss die Bewertungen aus dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen sowie die grundsätzlichen Varianten einer östlichen und westlichen Umgehung und auch Tunnellösungen durch die Ortsdurchfahrten weiterverfolgt. Es könne davon ausgegangen werden, dass im weiteren Planungsprozess zusätzlich neue Untervarianten entwickelt werden. Zur Erstellung einer rechtssicheren Planung müssen diese sowie die Vorschläge, welche bereits aus der Raumschaft kamen, ebenfalls einer Bewertung unterzogen werden.

Bestandteil des Planungsprozesses sei auch die Beteiligung der Öffentlichkeit. Umsetzbare Varianten würden der Öffentlichkeit vorgestellt. Beim aktuellen Planungstempo dürfte dies frühestens in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts sein.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/bad-waldsee/baustart-fuer-b30-umgehungen-bleibt-unklar-2019634>

📍 Grundlagenermittlung, Objektplaner
👁️ 364

06.11.2023

Kleintransporter stürzt Böschung hinab

► Enzisreute, 1 Fahrzeuge

(Enzisreute) - Ein Kleintransporter ist bereits am Freitag, den 13. Oktober auf der B 30 bei Enzisreute eine Böschung hinabgestürzt. Das berichtet die Freiwillige Feuerwehr Bad Waldsee. Gegen 12.25 Uhr erfolgte die Alarmierung der Wehr. Zwischen Enzisreute und dem Egelsee kam der Fahrer des Kleintransporters in der Kurve nach der Senke von der Fahrbahn ab, überfuhr dort mehrere Verkehrszeichen und stürzte die steile Böschung hinab. Der Fahrer wurde verletzt, aber nicht eingeklemmt. Die Feuerwehr sicherte die Unfallstelle. Da ein Wasserschutzgebiet betroffen war wurde das Umweltamt informiert. Die Bundesstraße musste während der Rettungs- und Bergungsarbeiten vorübergehend gesperrt werden. Der Verkehr wurde zeitweise umgeleitet.

<https://www.facebook.com/FreiwilligeFeuerwehrBadWaldsee/posts/pfbid02NFMqzTKF9jBzHAsVXw1ncpTmRX88TdcJYp1ZaqbT4HbwoA8npGW29VAU8zt3iZ4YI>

📍 Enzisreute, Böschung, Kleintransporter

👁 417

07.11.2023

Sattelzug kracht in Leitplanke

► Baidnt, 2 Fahrzeuge, 13000 Euro Sachschaden

(Baidnt) - Ermittlungen wegen Verkehrsunfallflucht haben Beamte des Polizeipostens Bad Waldsee eingeleitet, nachdem ein Sattelzuglenker am Montag gegen 11.45 Uhr auf der B 30 von einem bislang unbekanntem Lkw-Fahrer beim Wiedereinscheren geschnitten wurde und dabei mit der Leitplanke kollidierte.

Ersten Erkenntnissen der Ermittler zufolge überholte der Unbekannte den 61-jährigen Sattelzuglenker im noch vierstreifigen Bereich zwischen Ravensburg und Bad Waldsee vor dem Egelsee. Nach dem Überholvorgang soll der Unbekannte so knapp vor dem 61-jährigen wieder eingeschert sein, dass dieser nach rechts ausweichen musste, um einen Zusammenstoß zu verhindern.

Durch die Kollision mit der Schutzplanke entstand am Sattelzug des 61-Jährigen rund 10.000 Euro Sachschaden, an der Leitplanke ein solcher von etwa 3.000 Euro. Der Unbekannte, der mutmaßlich mit einem Auflieger mit blauer Plane und ausländischem Kennzeichen unterwegs war, setzte seine Fahrt in Richtung Bad Waldsee fort.

Zeugen des Unfalls oder Personen, die Hinweise zum Verursacher geben können, werden gebeten sich unter Tel. (0 75 24) 40 43 - 0 bei der Polizei zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5643464>

📍 Baidnt, Leitplanke, Sattelzug, Waldsee, Unbekannte

👁 387

07.11.2023

Tempo 30 wird kontrolliert

(Bad Waldsee) - Seit einigen Monaten gelten aus Lärmschutzgründen auf mehreren innerörtlichen Straßen in Bad Waldsee und auf der L 285 in Reute ganztags sowie der B 30 in Gaisbeuren und Enzisreute nachts Tempo 30. In der jüngsten Gemeinderatssitzung wies SPD-Stadtrat Karl Schmidberger darauf hin, dass die neuen Tempo-30-Zonen offenbar immer noch nicht allen Menschen bekannt seien. Er forderte die Stadt auf, die Geschwindigkeit stärker zu kontrollieren.

Oberbürgermeister Matthias Henne kündigte für die nächste Zeit Kontrollen an. Seit dem Inkrafttreten der neuen Temporegelung sei nun genügend Zeit vergangen, damit Verkehrsteilnehmer sich daran gewöhnen

konnten. Neue Temporegelungen gibt es seit diesem Jahr auch ganztags auf der B 30 bei Englerts und Mattenhaus sowie nachts im Bereich der Hochhäuser bei Bad Waldsee-Nord.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/bad-waldsee/tempo-30-in-bad-waldsee-stadt-kuendigt-blitzer-an-2033643>

📍 Tempo,Waldsee
👁️ 416

08.11.2023

Kleinwagen fährt nach Unfall davon

▶ **Ulm, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 3 Fahrzeuge**

(Ulm) - Am Dienstag fuhr ein Autofahrer nach einem Unfall auf der B 30 bei Ulm-Wiblingen einfach weiter. Die Polizei sucht Zeugen.

Kurz nach 17 Uhr war ein 53-jähriger mit seinem Mercedes auf der B 30 von Biberach in Richtung Ulm unterwegs. Im Bereich von Ulm-Wiblingen, auf Höhe der Abfahrt nach Neu-Ulm, wechselte der Fahrer eines weißen Kleinwagens vom linken Fahrstreifen nach rechts bis auf die Abfahrt. Um eine Kollision zu vermeiden bremste der Mercedes-Fahrer stark ab. Die nachfolgende Renault-Fahrerin fuhr dabei in das Heck des Mercedes.

Die 21-jährige Renault-Fahrerin zog sich bei dem Unfall nach ersten Erkenntnissen schwerere Verletzungen zu. Ein Rettungswagen brachte die Frau in eine Klinik. Die Höhe der Schäden an den beiden Fahrzeugen ist noch unklar. Der Abschleppdienst barg den Renault. Der Mercedes blieb fahrbereit.

Die Polizei Ulm geht davon aus, dass der Fahrer den Unfall womöglich nicht bemerkte und deshalb weiterfuhr. Sie hat die Ermittlungen aufgenommen und sucht nach Zeugen sowie dem Fahrer des weißen Kleinwagens. Diese werden gebeten sich unter Tel. (07 31) 1 88 - 38 12 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5644502>

📍 Ulm,Unfall,Fahrer,Mercedes,Renault
👁️ 351

08.11.2023

Betonschäden am Wernerhoftunnel werden saniert

(Ravensburg) - Seit Montag, 6. November 2023, finden im Wernerhoftunnel im Zuge der B 30 zwischen den Anschlussstellen Ravensburg-Süd und Ravensburg-Nord Reparaturarbeiten an den Betondeckenträgern statt. Diese Maßnahme ist notwendig, da bei einem Anfahrnfall ein hochstehender Baggerausleger zahlreiche Betonabplatzungen an der Deckenkonstruktion verursacht hat, welche nun saniert werden. Die Arbeiten werden voraussichtlich bis Dienstag, 14. November 2023, abgeschlossen.

Während der Arbeiten ist im Tunnel in Fahrtrichtung Ulm der rechte Fahrstreifen gesperrt. Der linke Fahrstreifen steht uneingeschränkt zur Verfügung.

Das Regierungspräsidium Tübingen bittet die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer um Verständnis für die entstehenden Behinderungen.

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/presse-und-soziale-medien/pressemitteilungen/artikel/b-30-arbeiten-an-den-betondeckentraegern-des-wernerhoftunnels-zwischen-den-anschlussstellen-ravensburg-sued-und-ravensburg-nord/>

📍 Wernerhoftunnel,Ravensburg
👁️ 335

09.11.2023

Auto übersieht Radfahrer

► Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge

(Friedrichshafen) - Beim Zusammenstoß mit einem Auto hat sich am Mittwoch gegen 14.45 Uhr in der Paulinenstraße ein 68 Jahre alter Radfahrer Verletzungen zugezogen. Ein 22 Jahre alter VW-Fahrer wollte nach links in die Werderstraße abbiegen und übersah dabei den auf dem Radstreifen fahrenden Mann. Bei der Kollision wurde dieser nach ersten Erkenntnissen eher leicht verletzt. Ein Rettungsdienst brachte ihn zur weiteren Untersuchung in eine Klinik. Der Sachschaden wird von der Polizei als eher gering eingeschätzt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5645397>

📍 Friedrichshafen,Auto,Radfahrer
👤 389

09.11.2023

Bund und Länder einigen sich auf Deutschland-Pakt

(Berlin) - Neue Regeln zur Steuerung von Migration, mehr Tempo und weniger Bürokratie: Auf diese Maßnahmen einigte sich Bundeskanzler Olaf Scholz mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am frühen Dienstagmorgen. Während deutsche Medien vor allem über Beschlüsse zur Migration und dem Deutschlandticket berichteten, beschlossen Bund und Länder auch den „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“.

In Deutschland ist derzeit Vieles zu langsam und zu bürokratisch - das muss sich schnellstens ändern, so der Beschluss. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen deutlich beschleunigt werden. Nur so bleibe der Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig. Durch den Pakt für Planungs- und Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung wollen Bund und Länder die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Wohnungsbau, der Mobilfunkausbau und die Modernisierung von Straßen, Schienen, Brücken und Stromnetzen einfacher und schneller gelingen.

Dazu sollen Verfahren verschlankt, das Recht modernisiert und einzelne Prüfschritte in Genehmigungsverfahren reduziert werden. Digitale Lösungen sollen künftig helfen, Prozesse schneller und effizienter zu machen. Dazu erforderliche Gesetzesänderungen sollen schnellstmöglich umgesetzt werden.

Vereinbarte Änderungen

Bund und Länder einigen sich unter anderem darauf den Prüfumfang bei Planungen auf das erforderliche Maß zu reduzieren. Gesetzliche Fristen sollen verkürzt werden, etwa in der Planfeststellung. Zeitgewinne sollen durch die bundesweite Digitalisierung der Verfahren (BIM-Methode) und der Digitalisierung der Öffentlichkeitsbeteiligung erzielt werden. In diesem Zusammenhang wird auch ein digitales Portal für Umweltdaten eingerichtet, ein bundesweites Umweltkataster und eine Gutachterdatenbank geschaffen. Für die Modernisierung des Schienennetzes, der Energieinfrastruktur sowie des Straßennetzes und von Industrieanlagen sollen Artenschutzstandards gesetzlich mit dem Ziel festgelegt werden, eine schnellere Genehmigung solcher Vorhaben zu ermöglichen. Umweltverträglichkeitsprüfungen werden auf das notwendige Maß mit Bagatellschwellen reduziert, etwa bei Ersatzneubauten im Verkehrsbereich. Maßnahmen von unwesentlicher Bedeutung sollen von der Genehmigungspflicht ganz befreit werden, wie Ersatzinvestitionen. In komplexen Planungsverfahren, wie Schienen und Straßen, wird eine Parallelisierung einzelner Verfahrensschritte angestrebt. Eine Änderung der Sachlage während eines Genehmigungsprozesses und daraus notwendige Anpassungen sollen nicht mehr zu Verfahrensverzögerungen führen. Dazu wollen Bund und Länder eine Stichtagsregelung einführen.

Grüne dagegen

Kritik kam prompt von der Grünen Bundestagsfraktion: Der Deutschland-Pakt darf nicht auf Kosten der Umwelt gehen, erklärten Lukas Benner, Mitglied im Rechtsausschuss und Jan-Niclas Gesenhues, Sprecher für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Angesichts des

dramatischen Artensterbens brauche Deutschland dringend mehr und nicht weniger Naturschutz. Durch den Abbau von Umweltschutz würden Planungsverfahren nur schlechter und klageanfälliger.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bund-jaender-besprechung-2233938>

<https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/deutschland-pakt-darf-nicht-auf-kosten-der-umwelt-gehen>

📍 Länder, Deutschland, Bund, Pakt, Planungs

👥 399

10.11.2023

Senior verletzt sich bei Unfall

► **Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 1000 Euro Sachschaden**

(Friedrichshafen) - Bei einem Verkehrsunfall am Donnerstag gegen 12.45 Uhr in der Paulinenstraße zog sich ein 88-jähriger Mann Verletzungen zu. Der Senior war mit seinem vierrädrigen Elektro-Roller unterwegs und wechselte über einen Bordstein unachtsam auf die Fahrbahn. Ein 42 Jahre alter Ford-Fahrer konnte nicht mehr rechtzeitig ausweichen, sodass es zum Zusammenstoß kam. Der 88-Jährige stürzte zu Boden und zog sich eine Kopfplatzwunde zu und musste vom Rettungsdienst zur ambulanten Behandlung in eine Klinik gebracht werden. Der Sachschaden wird auf insgesamt etwa 1.000 Euro geschätzt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5646312>

📍 Friedrichshafen, Senior

👥 365

11.11.2023

Drei Personen bei Frontalzusammenstoß schwer verletzt

► **Bad Waldsee, 3 Schwerverletzte, 3 Leichtverletzte, 3 Fahrzeuge, 16000 Euro Sachschaden**

(Bad Waldsee) - Drei schwer Verletzte und eine leicht verletzte Person ist das Resultat eines Verkehrsunfalls, der sich am Freitagabend gegen 17.08 Uhr auf der B 30 auf Höhe von Bad Waldsee ereignete.

Zum Unfallzeitpunkt fuhr der 55-jährige Unfallverursacher mit seinem Toyota Auris von Biberach kommend in Richtung Ravensburg. Zwischen der Anschlussstelle Bad Waldsee-Nord und Bad Waldsee-Süd kam er in einer langgezogenen Rechtskurve, vermutlich auf Grund von Sekundenschlaf, auf die Gegenfahrbahn und kollidierte dort frontal mit einem entgegenkommenden VW Up. Durch die Wucht des Aufpralls wurde der Pkw des Unfallverursachers auf seine Fahrspur zurückgeschleudert und kollidierte dort mit einem Kleintransporter, welcher hinter dem VW Up fuhr und nach links ausweichen wollte.

Der Unfallverursacher zog sich schwere Verletzungen zu. Ebenso wurde der 23-jährige Fahrer des VW Up und dessen 24-jährige Mitfahrerin schwer verletzt sowie ein weiterer 27-jähriger Mitfahrer leicht verletzt. Der Fahrer des Kleintransporters blieb unverletzt. Alle Verletzten wurden in umliegende Krankenhäuser gebracht.

An den Fahrzeugen entstand ein Gesamtschaden von ca. 16.000 Euro. Während der Unfallaufnahme war die B 30 bis 20.00 Uhr voll gesperrt. Die Rettungskräfte waren mit insgesamt vier Rettungswagen, einem Notarztwagen und einem Rettungshubschrauber im Einsatz. Die Feuerwehr Bad Waldsee war mit 5 Fahrzeugen und 22 Einsatzkräften vor Ort. Der Führerschein des Unfallverursachers wurde durch die Polizei beschlagnahmt.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5646505>

📍 Waldsee, VW, Up

👥 932

14.11.2023

Betrunkener in beschädigtem Fahrzeug gestoppt: Unbekannter Unfallort gesucht

(Gaisbeuren) - Deutlich unter Alkoholeinwirkung stand ein 62-jähriger Pkw-Lenker, der einer Streifenwagenbesatzung des Polizeireviers Weingarten am Montagabend gegen 21.30 Uhr auf der B 30 bei Gaisbeuren durch sein beschädigtes Fahrzeug aufgefallen ist. An dem Wagen war der vordere linke Reifen zerstört. Bei der Fahrt auf der Felge kam es zur Lärm- und Funkenentwicklung.

Im Rahmen der folgenden Kontrolle wurde bei dem 62-jährigen ein Atemalkoholwert von rund 1,8 Promille festgestellt. Offenbar hatte der Mann auf seiner Fahrt von Oberzell in Richtung Bad Waldsee zuvor einen Unfall verursacht. Eine Unfallstelle konnte bislang jedoch noch nicht gefunden werden.

Der Fahrer musste sich in einem Krankenhaus eine Blutprobe entnehmen lassen, gegen ihn wird wegen des Verdachts der Straßenverkehrgefährdung ermittelt. Der nicht mehr fahrbereite Pkw musste abgeschleppt werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5648946>



354

15.11.2023

70-jähriger an Unfallstelle verstorben

► **Enzisreute, 1 Tote, 2 Fahrzeuge, 17000 Euro Sachschaden**

(Enzisreute) - Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Dienstag gegen 18.30 Uhr auf der Bundesstraße 30 zwischen Baidt und Enzisreute, auf Höhe des Egelsees. Ein 46-jähriger Sattelzuglenker geriet in Fahrtrichtung Ravensburg in einer langgezogenen Rechtskurve aus bislang noch nicht geklärt Ursache auf die Gegenfahrbahn, wobei der Auflieger seitlich frontal mit einem entgegenkommenden VW Touran kollidierte.

Der 70-jährige Touran-Lenker wurde durch den Aufprall schwer verletzt und verstarb noch an der Unfallstelle. Der Sattelzuglenker setzte seine Fahrt nach der Kollision zunächst fort und konnte nach einem Zeugenhinweis auf der B 30, im Bereich der Anschlussstelle Ravensburg-Süd, von der Polizei gestoppt werden. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde sein Führerschein beschlagnahmt sowie ein unfallanalytisches- und technisches Gutachten angeordnet.

An den Fahrzeugen entstand ein Gesamtsachschaden von rund 17.000 Euro. Neben mehreren Streifenbesatzungen der Polizei befand sich ein Großaufgebot an Einsatzkräften, darunter Rettungsdienst, Notarzt und die umliegenden Feuerwehren mit 34 Wehrleuten vor Ort. Während der Unfallaufnahme und den Bergungsmaßnahmen musste die B 30 zwischen Baidt und Enzisreute bis 00.25 Uhr voll gesperrt werden. Die Polizei hat die Ermittlungen zum Unfallhergang übernommen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5649196>



Enzisreute, Unfallstelle, Polizei



664

16.11.2023

Eine Verletzte bei Unfall

► **B30 alt, 2 Fahrzeuge, 25000 Euro Sachschaden**

(Ravensburg) - Eine leicht verletzte Person und wirtschaftlicher Totalschaden von etwa 25.000 Euro ist die Bilanz eines Verkehrsunfalls, der sich am Mittwoch gegen 5.45 Uhr in der Friedrichshafener Straße ereignet hat. Ein 30-jähriger VW-Fahrer, der aus Richtung Tettnang kam, missachtete an der Kreuzung mit der Tettnanger Straße die Vorfahrt einer 34-jährigen Peugeot-Lenkerin. Bei der wuchtigen Kollision

zog sich die 34-jährige leichte Verletzungen zu und wurde vom Rettungsdienst in eine Klinik gebracht. Um die beiden Fahrzeuge kümmerte sich der Abschleppdienst.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5650785>

📄 Eine
💬 406

17.11.2023

Unfallverursacher nach tödlichem Verkehrsunfall in Untersuchungshaft

(Enzisreute) - Nach dem Verkehrsunfall am Dienstagabend, bei dem ein 70-jähriger tödliche Verletzungen erlitt, wurde der 46 Jahre alte Unfallverursacher nun in Untersuchungshaft genommen. Der Mann war mit seinem Lkw nach der tödlichen Kollision auf der B 30 weitergefahren und konnte von der Polizei auf Höhe des Gewerbegebiets „Karrer“ zwischen Ravensburg und Untereschach gestoppt werden.

Bislang liegen keine Hinweise auf eine Beeinflussung durch Alkohol, Drogen oder Medikamente bei dem 46-jährigen vor. Eine Blutentnahme, die noch am Abend des Unfalltages veranlasst wurde, soll diesbezüglich abschließend Klarheit verschaffen. Nach dem Stand der derzeitigen polizeilichen Ermittlungen besteht der dringende Verdacht, dass infolge Außerachtlassung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt der Auflieger des Sattelzugs in einer Rechtskurve nach links auf die Gegenfahrbahn ausgebrochen ist, wodurch es zu einer Frontalkollision zwischen dem Heck des Lkw-Aufliegers und dem Pkw des getöteten 70-jährigen kam. Darüber hinaus besteht der dringende Verdacht, dass sich der 46-jährige rumänische Lkw-Fahrer, obwohl er den Unfall bemerkt hat, unerlaubt vom Unfallort entfernt hat.

Der 46-jährige wurde am Mittwochnachmittag dem zuständigen Haftrichter des Amtsgerichts Ravensburg vorgeführt. Dieser erließ auf Antrag der Staatsanwaltschaft Ravensburg Untersuchungshaftbefehl wegen fahrlässiger Tötung und unerlaubtem Entfernen vom Unfallort (Unfallflucht). Seither befindet sich der Unfallfahrer in einer Justizvollzugsanstalt. Die Ermittlungen dauern an, wobei von der Staatsanwaltschaft ein technisches sowie ein verkehrsanalytisches Gutachten in Auftrag gegeben wurde.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5651264>

📄 Unfallverursacher, Verkehrsunfall, Untersuchungshaft, Lkw, Ravensburg
💬 360

18.11.2023

B 30 am Dienstag und Mittwoch halbseitig gesperrt

(Hochdorf) - Voraussichtlich am 21. und 22. November 2023 wird die B 30 aufgrund von Unterhaltungsmaßnahmen und Vermessungsarbeiten bei Hochdorf halbseitig gesperrt. Der Verkehr in Fahrtrichtung Ulm wird vor Hochdorf abgeleitet und über Hochdorf, Schweinhausen und Appendorf zurück auf die B 30 umgeleitet. Die Umleitung soll gegen 8:30 Uhr beginnen, um den Berufsverkehr so wenig wie möglich zu beeinträchtigen.

[https://www.gemeinde-hochdorf.de/rathaus-service/aktuelles?tx_hwnews_hwnews\[action\]=show&tx_hwnews_hwnews\[controller\]=Newsartikel&tx_hwnews_hwnews\[currentPage\]=1&tx_hwnews_hwnews\[newsartikellid\]=319&cHash=aac72c5888245ab7466e5a50c6e62b77](https://www.gemeinde-hochdorf.de/rathaus-service/aktuelles?tx_hwnews_hwnews[action]=show&tx_hwnews_hwnews[controller]=Newsartikel&tx_hwnews_hwnews[currentPage]=1&tx_hwnews_hwnews[newsartikellid]=319&cHash=aac72c5888245ab7466e5a50c6e62b77)

📄 Hochdorf
💬 567

21.11.2023

Kies verloren

(Bad Waldsee) - Keine große Auswirkung hatte verlorenes Kies am Montag auf der B 30 zwischen Bad Waldsee-Nord und der Abzweigung nach Michelwinnaden. Die Aufregung war am Nachmittag dennoch groß, als eine kurzzeitige Sperrung angekündigt wurde, um den Kies wegzufegen. Verkehrsteilnehmer wurden gebeten, an dieser Stelle langsam und vorsichtig zu fahren. Wie die Polizei der örtlichen Presse mitteilte, handelte es sich bei der Menge aber nur um eine „Schubkarre voll“.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/bad-waldsee/groessere-menge-kies-liegt-auf-der-b-30-bei-bad-waldsee-2065752>

🗄 Kies
👥 237

21.11.2023

Wildunfälle häufen sich

(Ulm) - Das Polizeipräsidium Ulm warnt in einer Pressemitteilung vor Wildunfällen, die sich zurzeit häufen. 15 Wildunfälle registrierte das Polizeipräsidium in seinem Zuständigkeitsbereich alleine am Montag und Dienstag. Die meisten Unfälle verzeichnete die Polizei im Landkreis Biberach (8) und dem Alb-Donau-Kreis (5), Heidenheim (1), Göppingen (1). Insgesamt entstand ein Sachschaden von etwa 20.000 Euro. Verletzte Personen gab es keine.

Die Polizei rät, besonders in den frühen Morgenstunden, bei Dämmerung und in der Nacht mit Wildwechsel zu rechnen. Besondere Vorsicht gilt auf Straßen, die durch Warnschilder gekennzeichnet sind. Autofahrer sollen hier langsam fahren, aufmerksam und bremsbereit sein.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5654052>

🗄 Wildunfälle
👥 308

21.11.2023

Straßenmeistereien für den Winterdienst gerüstet

(Landkreis Biberach) - Die Straßenmeistereien im Landkreis Biberach sind für den bevorstehenden Winter gerüstet. Die Salzlager sind voll, die Fahrzeuge montiert und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die anstehenden Winterdienstaufgaben eingewiesen. Davon konnte sich Landrat Mario Glaser bei seinem Besuch bei der Straßenmeisterei Biberach überzeugen.

Nach aktuellen Voraussagen ist demnächst mit dem ersten Wintereinbruch zu rechnen. 82 Straßenwärter des Kreises stehen bereit, in den kommenden Wochen und Monaten, Kreis-, Landes- und Bundesstraßen von Schnee und Eis zu befreien. Sie sind für 1.115 Kilometer Straßen im Landkreis zuständig und nutzen dafür 15 eigene sowie 22 angemietete Winterdienstfahrzeuge.

„Für diesen Einsatz und die Bereitschaft bin ich unseren Mitarbeitern in den Straßenmeistereien im Landkreis überaus dankbar. Sie sorgen dafür, dass alle möglichst sicher durch den Winter kommen“, so Landrat Mario Glaser.

Die Salzlager an den Standorten sind derzeit mit 4.900 Tonnen Streusalz und 240.000 Litern Calcium-Chlorid-Lösung gefüllt. 230 Mal musste der Winterdienst 2022/23 ausrücken. Dabei verbrauchte er 5.280 Tonnen Streusalz und es fielen Kosten von 1,67 Millionen Euro an.

<https://www.biberach.de/de/Aktuelles/Nachrichten/Nachricht?view=publish&item=article&id=2066>

🗄 Straßenmeistereien, Landkreis, Winterdienst, Biberach
👥 247

22.11.2023

Vorfahrt missachtet

► **Gaisbeuren, 3 Fahrzeuge, 13000 Euro Sachschaden**

(Gaisbeuren) - Eine leicht verletzte Person und Sachschaden von rund 13.000 Euro ist die Bilanz eines Verkehrsunfalls, der sich am Dienstag kurz vor 15 Uhr auf der B 30 in Gaisbeuren ereignet hat.

Ein 89 Jahre alter Ford-Fahrer wollte die Bundesstraße auf Höhe der Kirrlöhstraße überqueren und übersah dabei den Opel eines 41-jährigen Vorfahrtsberechtigten, der in Richtung Bad Waldsee unterwegs war. Der Senior kollidierte zunächst mit dem Opel, schleuderte im Anschluss quer über die Fahrbahn und prallte auf der Gegenseite gegen den Fiat einer 28-jährigen, die in Richtung Ravensburg fuhr. Im weiteren Verlauf stieß der 89-jährige gegen einen Stromverteilerkasten, an dem sein Wagen schließlich stehen blieb.

Der Rettungsdienst brachte den 41-jährigen mit leichten Verletzungen in ein Krankenhaus. Sowohl der Ford als auch der Opel waren nicht mehr fahrbereit und mussten abgeschleppt werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5655392>

📍 Gaisbeuren, Opel
👤 508

23.11.2023

Mercedes prallt gegen Sicherungsanhänger

► **Achstetten, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 100000 Euro Sachschaden**

(Achstetten) - Ein folgenschwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Donnerstagnachmittag auf der B 30 bei Achstetten. Ein Autofahrer hatte an einer Tagesbaustelle einen Sicherungsanhänger übersehen.

Kurz nach 14 Uhr war der Mercedes-Fahrer in Richtung Ulm unterwegs. Auf der Höhe von Achstetten führte die Straßenmeisterei Arbeiten durch. Diese waren auf dem linken Fahrstreifen durch ein Fahrzeug mit Anhänger erkennbar abgesichert. Aus bisher ungeklärter Ursache fuhr der Mercedes-Fahrer in das Heck des Absperrfahrzeugs. Der Mann erlitt dadurch schwere Verletzungen. Der Mercedes musste abgeschleppt werden.

Durch die erforderliche Sperrung der Bundesstraße entstand ein Rückstau bis zur Anschlussstelle Laupheim-Süd. Die Verkehrspolizei Laupheim hat die Ermittlungen aufgenommen. Der Schaden wird auf 100.000 Euro geschätzt. Gegen 16.15 Uhr konnte die Fahrbahn für den Verkehr wieder freigegeben werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5656603>

📍 Achstetten, Mercedes, Sicherungsanhänger
👤 407

27.11.2023

Betrunkener fährt auf Pkw auf

► **Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 1000 Euro Sachschaden**

(Friedrichshafen) - Deutlich alkoholisiert war ein 35 Jahre alter Audi-Fahrer, der am Sonntag gegen 17.30 Uhr einen Auffahrunfall in der Montfortstraße verursacht hat. Der 35-Jährige fuhr auf den Daimler einer 58-jährigen auf, die an der dortigen roten Ampel wartete.

Einer Polizeistreife schlug bei der Unfallaufnahme Alkoholgeruch, ausgehend von dem 35-jährigen entgegen, der jedoch nicht in der Lage war, einen Alkoholtest durchzuführen. Daher ordneten die Polizisten eine Blutentnahme in einer Klinik an und beschlagnahmten den Führerschein des 35-jährigen. Er hat nun mit strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen. Der Sachschaden beträgt insgesamt rund 1.000 Euro. Der Audi musste abgeschleppt werden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5659045>

📍 Friedrichshafen
👤 275

27.11.2023

Vier Fahrzeuge an Auffahrunfall beteiligt

▶ **Gaisbeuren, 4 Fahrzeuge**

(Gaisbeuren) - Ein Auffahrunfall mit vier beteiligten Fahrzeugen ereignete sich am Freitag gegen 13.20 Uhr auf der B 30 in Gaisbeuren. Nach ersten Erkenntnissen der Polizei wurde bei dem Unfall niemand verletzt. Während der Unfallaufnahme war die Bundesstraße kurzzeitig gesperrt. Es kam zu kilometerlangen Rückstaus.

<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/bad-waldsee/naechster-unfall-auf-der-b-30-bei-bad-waldsee-2077249>

📍 Gaisbeuren,Auffahrunfall
👤 354

28.11.2023

Eisplatten beschädigen Pkw

▶ **Ravensburg, 2 Fahrzeuge**

(Ravensburg) - Die kalte Jahreszeit hat begonnen und birgt nicht nur am Boden Gefahren durch Eis und Schnee: Am Montagvormittag lösten sich auf der B 30 während der Fahrt Eisplatten vom Dach eines Lkw. Diese trafen den VW Golf einer 44-jährigen, die gerade im Begriff war, den Lkw zu überholen. Der Schaden wird von der Polizei auf mehrere hundert Euro beziffert, die Frau blieb unverletzt. Die Ermittlungen zum Fahrer des Lkw, der den Vorfall nicht bemerkt haben dürfte, dauern an.

Die Beamten weisen in diesem Zusammenhang die Fahrer großer Fahrzeuge darauf hin, während der kalten Jahreszeit auch das Dach von Schnee und Eis zu befreien, bevor die Fahrt angetreten wird. Um derartige Gefahren auch als Autofahrer zu vermeiden, rät die Polizei, den Sicherheitsabstand zu erhöhen und insbesondere vor Kurven besonders aufmerksam und vorausschauend zu fahren.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5660101>

📍 Ravensburg,Eisplatten,Lkw
👤 346

Dezember

01.12.2023

Witterung und nicht angepasste Geschwindigkeit sorgen für zahlreiche Unfälle

► Äpfingen, 2 Fahrzeuge

(Ulm) - Am Freitag zwischen 4 und 12 Uhr ereigneten sich auf winterlichen Straßen 66 Unfälle im Zuständigkeitsgebiet des Polizeipräsidiums Ulm, die größtenteils auf winterliche Straßenverhältnisse zurückzuführen waren.

Die Unfälle verteilten sich wie folgt: 17 Unfälle im Landkreis Heidenheim, 16 Unfälle im Alb-Donau-Kreis, 15 Unfälle im Landkreis Biberach, 13 Unfälle im Landkreis Göppingen und 5 Unfälle im Stadtkreis Ulm. Größtenteils blieb es bei Blechschäden oder die Beteiligten kamen mit leichten Verletzungen davon.

Im Landkreis Biberach fuhr ein 44-jähriger am Freitag bei Äpfingen mit seinem Audi auf der B 30 auf schneegeglatter Fahrbahn zu schnell. Auf der Fahrt in Richtung Ulm verlor er zwischen Biberach-Nord und Laupheim-Süd die Kontrolle über sein Auto und prallte in die Leitplanke. Dort wurde der Audi abgewiesen und stieß mit einem Lastwagen zusammen, der in die gleiche Richtung fuhr. Verletzt wurde niemand. Der Audi musste abgeschleppt werden.

Im Alb-Donau-Kreis verunglückte eine 74-jährige bereits am Donnerstag mit Sommerreifen. Gegen 18 Uhr fuhr die VW Polo Fahrerin von Berghülen in Richtung Machtolsheim. Vor ihr fuhr ein 74-jähriger mit seinem Opel. Er bog nach links in Richtung Campingplatz ab. Die VW Fahrerin verlor auf winterlicher Fahrbahn mit ihrer Sommerbereifung die Kontrolle über ihr Auto. Der Polo drehte sich und kollidierte mit dem Opel. Beide Unfallbeteiligten blieben unverletzt. Den Schaden schätzt die Polizei auf etwa 12.000 Euro.

Im Landkreis Göppingen kam ein 25-jähriger Audi-Fahrer bei Bad Ditzenbach zu Schaden. Er fuhr gegen 7.30 Uhr zu schnell in der Kirchstraße. Bei Schneeglätte geriet der Audi ins Rutschen und stieß gegen einen geparkten BMW. Den schob es wiederrum auf einen geparkten Seat. Der Unfallverursacher blieb unverletzt. Alle Fahrzeuge blieben fahrbereit. Der Sachschaden beträgt mehrere tausend Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5662817>

☐ Unfälle, Landkreis, Audi, Ulm, Biberach
•• 303

01.12.2023

Nach Spiegelstreifer geflüchtet

► Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 1000 Euro Sachschaden

(Friedrichshafen) - Nach einer Verkehrsunfallflucht am Donnerstag zwischen 17 und 18 Uhr in der Paulinenstraße ermittelt das Polizeirevier Friedrichshafen und sucht Zeugen. Ein bisher Unbekannter touchierte den Außenspiegel eines am Fahrbahnrand stehenden Pkw, richtete dabei einen Sachschaden von rund 1.000 Euro an und fuhr danach davon. Hinweise nimmt die Polizei unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 entgegen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5662803>

☐ Friedrichshafen
•• 265

01.12.2023

Einbruch in Bäckerei

(Friedrichshafen) - Unbekannte haben sich in der Nacht von Donnerstag auf Freitag über ein Fenster gewaltsam Zutritt zu einer Bäckerei in der Ravensburger Straße verschafft. Der oder die Einbrecher öffneten offenbar unter anderem mit Hilfe eines Winkelschleifers einen Tresor und ergriffen anschließend die Flucht. Der entstandene Sachschaden dürfte sich auf mehrere tausend Euro belaufen, der

Diebstahlschaden wird auf einen geringeren Betrag beziffert. Personen, die in der Nacht verdächtiges Beobachtet haben oder sonstige sachdienliche Hinweise zu Tat und Täter geben können, werden gebeten, sich unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5662803>

📄 Bäckerei
👁️ 198

02.12.2023

Mitfahrer verprügelt hilfsbereiten Autofahrer - Polizei sucht Zeugen

(Friedrichshafen) - Am frühen Samstagmorgen, gegen ca. 02:30 Uhr, kam es in Friedrichshafen in der Montfortstraße/Paulinenstraße auf Höhe einer dortigen Caf bar zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen einem 45-jährigen Autofahrer und seinem bislang unbekanntem Mitfahrer.

Der 45-jährige hatte zwei bislang unbekannte Personen von der gemeinsamen Weihnachtsfeier mitgenommen. Während der Fahrt schlug der bislang unbekannte Mitfahrer, welcher sich im Fahrzeug hinten links befand, dem Fahrer unvermittelt mit der Faust ins Gesicht. Im Zuge der weiteren Auseinandersetzung außerhalb des Fahrzeugs warf der unbekannte Täter den 45-jährigen auf den Boden und schlug ihm mehrmals mit der Faust ins Gesicht. Anschließend verließen beide unbekanntem Mitfahrer die Tat rtlichkeit.

Die verletzte Person begab sich zum Polizeirevier Friedrichshafen, um den Sachverhalt dort zu melden. Aufgrund der erlittenen Gesichtsverletzungen wurde der 45-jährige ins Klinikum verbracht.

Zeugen der Körperverletzung oder Personen, die Hinweise zu dem 18- bis 23-jährigen Tatverdächtigen mit weißem Hoodie und dunkler Jacke bekleidet und dem weiteren unbekanntem Mitfahrer geben können, werden gebeten sich unter Tel. (0 75 41) 70 10 beim Polizeirevier Friedrichshafen zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5663084>

📄 Mitfahrer,Friedrichshafen,Autofahrer
👁️ 327

02.12.2023

Behinderungen und Unfälle durch starke Schneefälle

- ▶ Laupheim, 2 Fahrzeuge
- ▶  pfingen, 1 Fahrzeuge
- ▶ Appendorf, 1 Fahrzeuge
- ▶ Weingarten, 1 Fahrzeuge

(Region) - Seit Freitagnachmittag schneit es in der Region zwischen Alb und Bodensee kräftig. Auf schneebedeckten und glatten Straßen ist es zu zahlreichen Unfällen gekommen.

Laut Polizei blieb es bei den Unfällen bislang meist bei Sachschäden. Die zuständigen Polizeipräsidien in Ravensburg, Konstanz und Ulm meldeten viele kleinere Unfälle und zahlreiche gesperrte Straßen wegen umgestürzter Bäume. Polizei, Räum- und Streudienste sowie die Feuerwehren waren im Dauereinsatz.

Zu gr o eren Verkehrsbehinderungen kam es unter anderem auf der B 30 und A 96 sowie im Bahnverkehr. Bereits am Freitagabend wurde die Freiwillige Feuerwehr Laupheim bei ihrem ersten Einsatz zu einem Verkehrsunfall auf die Bundesstraße 30 zwischen Laupheim-Süd und Biberach-Nord gerufen. Dort war ein Auto auf der rutschigen Fahrbahn ins Schlingern geraten und mit einem anderen Fahrzeug zusammengestoßen. Beide Fahrzeuge landeten daraufhin im Straßengraben. Verletzt wurde nach bisherigen Angaben niemand. Am Samstagmorgen krachte es auf der B 30 auf Höhe der Anschlussstelle Biberach-Nord, als sich ein Sattelzug auf der verschneiten Fahrbahn quer stellte. Weitere Unfälle gab es u.a. auf der B 30 zwischen Biberach und Schweinhausen sowie im Landkreis Ravensburg zwischen Ravensburg und Weingarten.

Im Landkreis Biberach waren einige Straßen schon ab Freitag gesperrt, wie die B 465 wegen Schneebruchs. Die Freiwillige Feuerwehr Laupheim berichtete von so zahlreichen Einsätzen, dass sie praktisch dauerhaft bis Samstagabend im Einsatz gewesen sei. Bäume mussten nach dem anhaltenden Schneefall teils eine große Schneelast schultern. Etliche Bäume zerbrachen daran, einige fielen auf Straßen und blockierten den Verkehr. Vor allem auf der B 30 sei die Feuerwehr Laupheim immer wieder im Einsatz gewesen, um Äste und Bäume von der Fahrbahn zu räumen. Die Freiwillige Feuerwehr Bad Waldsee berichtete am Samstag von zwölf witterungsbedingten Einsätzen: Umgestürzte Bäume unter anderem auf der B 30, L 275, L 300 und L 316, aber auch die Bergung eines festgefahrenen Krankentransports bei Haisterkirch.

Der Flughafen Memmingen stellte wegen der anhaltenden starken Schneefälle den Flugverkehr ein. Am Bodensee Airport in Friedrichshafen fanden Flüge weitgehend planmäßig statt - ausgefallen war am Morgen nur die Frankfurt-Maschine.

Wegen des Wintereinbruchs war der Bahnverkehr in Süddeutschland stark beeinträchtigt. Auf der Südbahn war der Verkehr zwischen Ravensburg und Aulendorf zeitweilig unterbrochen.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/schneefaelle-im-raum-allgaeu-oberschwaben-100.html>

☐ Laupheim,Bäume,Unfälle,Straßen,Ravensburg
♥♥ 407

03.12.2023

Polizei verzeichnet 83 Verkehrsunfälle

(Ravensburg) - Ab Freitagnachmittag kam es in den Landkreisen Ravensburg, Sigmaringen und dem Bodenseekreis zu insgesamt ca. 280 witterungsbedingten Einsätzen der Polizei bzw. Meldungen über Verkehrsbehinderungen oder sonstige Störungen, verursacht durch die teils starken Schneefälle und winterlich geprägten Straßenverhältnisse.

Hierbei kam es im Bodenseekreis zu 17, im Landkreis Sigmaringen zu 22 und im Landkreis Ravensburg zu 44 Verkehrsunfällen. Dabei wurden bei zwei Verkehrsunfällen im Bodenseekreis je eine Person leicht verletzt. Im Landkreis Sigmaringen zogen sich drei Personen bei einem witterungsbedingten Unfall leichte Verletzungen zu. Die weiteren Meldungen bei der Polizei verteilten sich gleichmäßig auf die Landkreise und betrafen jeweils steckengebliebene Fahrzeuge, Behinderungen durch umgestürzte Bäume, in die Fahrbahn ragende oder heruntergefallene Äste, sowie weitere ursächlich mit den winterlichen Verhältnissen zusammenhängende Meldungen über Störungen.

Aufgrund hoher Schneelasten auf Bäumen mussten in den drei Landkreisen mehrere Straßen für den Verkehr gesperrt werden. Die Sperrungen bleiben bis zur Beseitigung der Gefahren bestehen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5663524>

☐ Polizei,Ravensburg,Sigmaringen,Bodenseekreis,Meldungen
♥♥ 266

04.12.2023

25-jähriger überschlägt sich mit Auto

▶ **Rißegg, 1 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden**

(Rißegg) - Rund 30.000 Euro Sachschaden entstand bei einem Verkehrsunfall, der sich am Samstag gegen 12.15 Uhr auf der B 30 zwischen Rißegg und dem Jordanbad ereignete. Aufgrund nicht angepasster Geschwindigkeit kam der 25-jährige Fahrer nach rechts von der Straße ab. Dort überschlug sich der BMW. Auf den Rädern kam das Auto wieder zum Stehen. Der Fahrer blieb nach derzeitigen Erkenntnissen unverletzt, kam aber vorsorglich in ein Krankenhaus. Den Schaden an dem total beschädigten Auto schätzt die Polizei auf etwa 30.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5663889>

☞ Reißegg,Auto
☛ 328

06.12.2023

Fahrzeuge kollidieren im Kreuzungsbereich

► **B30 alt, 2 Fahrzeuge, 5000 Euro Sachschaden**

(Ravensburg) - Zeugen zu einem Verkehrsunfall, der sich am Dienstag gegen 18 Uhr auf der Kreuzung der B 33 alt mit der Jahnstraße ereignet hat, sucht das Polizeirevier Ravensburg.

Eine 63 Jahre alte Ford-Fahrerin fuhr eigenen Angaben zufolge auf der Jahnstraße in Richtung Stadtmitte und überquerte die Kreuzung bei Grün. Ein 72-jähriger Opel-Lenker kam von der B 33 alt und musste an der für ihn rot zeigenden Ampel warten. Als diese eigenen Angaben zufolge auf Grün schaltete, fuhr der Mann los und kollidierte mit dem Ford der 63-jährigen.

Der Sachschaden wird mit knapp 5.000 Euro beziffert. Da beide Verkehrsteilnehmer angaben, bei Grün die Kreuzung befahren zu haben, bitten die Beamten etwaige Zeugen des Unfalls, sich unter Tel. (07 51) 8 03 - 33 33 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5666297>

☞ Kreuzung,Grün
☛ 266

06.12.2023

Eisplatte fällt auf Pkw

► **Gaisbeuren, 2 Fahrzeuge, 3500 Euro Sachschaden**

(Gaisbeuren) - Rund 3.500 Euro Sachschaden hat eine Eisplatte am Dienstag gegen 19.40 Uhr auf der B 30 verursacht, als diese vom Dach eines Lkw auf den Dacia einer entgegenkommenden 34-jährigen gefallen ist.

Der bislang unbekannte Lkw-Fahrer war zum Unfallzeitpunkt auf der Bundesstraße kurz nach Gaisbeuren in Richtung Ravensburg unterwegs und fuhr weiter, nachdem sich die Eisplatte gelöst hatte.

Zeugen des Unfalls oder Personen, die Hinweise zum Lkw oder dessen Fahrer geben können, werden gebeten, sich unter Tel. (0 75 24) 40 43 - 0 beim Polizeiposten Bad Waldsee zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5666297>

☞ Gaisbeuren,Eisplatte,Lkw
☛ 393

07.12.2023

Vorfahrt missachtet: zwei Leichtverletzte

► **Untereschach, 3 Fahrzeuge, 60000 Euro Sachschaden**

(Untereschach) - Zwei leicht verletzte Personen und Sachschaden von rund 60.000 Euro ist die Bilanz eines Verkehrsunfalls, der sich am Donnerstag gegen 11.45 Uhr an der Kreuzung der B 30 mit der B 467 bei Untereschach ereignet hat.

Eine 64 Jahre alte VW-Fahrerin kam aus Richtung Meckenbeuren und wollte die Kreuzung in Richtung Untereschach geradeaus überqueren. Die Ampelanlage war zu diesem Zeitpunkt aus. Die 64-jährige

übersah beim Überqueren der Kreuzung den BMW eines vorfahrtsberechtigten 66-jährigen, der aus Tettngang kam und in Richtung Ravensburg fuhr.

Bei der wuchtigen Kollision wurden der 66-jährige sowie sein gleichaltriger Beifahrer leicht verletzt. Der VW der 64-jährigen wurde im weiteren Verlauf abgewiesen und prallte gegen den Smart eines 18-jährigen, der an der Haltelinie aus Untereschach kommend wartete. Sowohl er als auch die 64-jährige Unfallverursacherin blieben unverletzt.

Um die nicht mehr fahrbereiten Fahrzeuge, an denen ersten Schätzungen zufolge wirtschaftlicher Totalschaden entstand, kümmerte sich der Abschleppdienst. Der Kreuzungsbereich war während der Unfallaufnahme bis gegen 13.30 Uhr gesperrt. Es kam zu entsprechenden Verkehrsbehinderungen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5667328>

☐ Untereschach,Kreuzung
•• 372

08.12.2023

Auffahrunfall fordert zwei Leichtverletzte und Sachschaden

► **Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 8000 Euro Sachschaden**

(Friedrichshafen) - Bei einem Auffahrunfall am Donnerstag gegen 15.30 Uhr auf der Bundesstraße 30 zwischen Friedrichshafen und Lochbrücke wurden zwei Beteiligte leicht verletzt.

Ein 21 Jahre alter Audi-Fahrer hatte zu spät erkannt, dass eine vorausfahrende 60 Jahre alte Renault-Lenkerin verkehrsbedingt bremsen musste und fuhr wuchtig auf. Ein Rettungsdienst brachte die 60-jährige zur Untersuchung in eine Klinik. Der Unfallverursacher wurde ebenfalls leicht verletzt. An den Autos entstand insgesamt rund 8.000 Euro Sachschaden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5668120>

☐ Friedrichshafen,Auffahrunfall,Sachschaden
•• 370

11.12.2023

Citroen von Straße geschleudert

► **Unteressendorf, 2 Fahrzeuge, 14000 Euro Sachschaden**

(Unteressendorf) - Leicht verletzt wurde ein 90-jähriger bei einem Verkehrsunfall, der sich am Samstag gegen 18.20 Uhr an der Einmündung der Biberacher Straße bei Unteressendorf in die Bundesstraße 30 ereignet hat.

Der 90-jährige fuhr mit seinem Citroen im Ortsteil Unteressendorf in der Biberacher Straße und bog an der Einmündung in die B 30 ein, übersah dabei aber den Honda eines 53-jährigen, der in Richtung Biberach unterwegs war. Der Hondafahrer bremste sein Auto noch ab, konnte aber einen Zusammenstoß mit dem Citroen nicht mehr verhindern. Er prallte in das Heck des Citroen. Durch den heftigen Aufprall wurde der Citroen von der Straße geschleudert und kam in einem neben der Straße verlaufenden Bach zum Stehen. Die Feuerwehr Unteressendorf war vor Ort und barg den Pkw, der nicht mehr fahrbereit war und abgeschleppt werden musste.

Der Senior wurde bei dem Unfall leicht verletzt. Der Rettungsdienst brachte ihn vorsorglich in eine Klinik. Während der Unfallaufnahme und Bergung der Fahrzeuge kam es zu Verkehrsbehinderung. Um 20 Uhr war die Strecke wieder komplett befahrbar. Die Polizei schätzt den Schaden am Citroen auf ca. 6.000 Euro, den am Honda auf rund 8.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5669472>

☐ Unteressendorf,Citroen,Straße
•• 389

13.12.2023

BMW nach riskantem Überholmanöver gesucht

(Wiblingen) - Am Dienstag gefährdete ein bisher Unbekannter Fahrer auf der B 30 bei Wiblingen eine 32-jährige. Gegen 19 Uhr war die 32-jährige mit ihrem Pkw auf dem linken Fahrstreifen in Richtung Ulm unterwegs. Zwischen Donaustetten und Wiblingen überholte ein Unbekannter mit einem BMW die Frau unerlaubt rechts. Da der Fahrer des BMW riskant vor der Frau vom rechten auf den linken Fahrstreifen wechselte, musste diese stark abbremsen. Nur so gelang es ihr, einen Unfall zu vermeiden.

Die Verkehrspolizei Laupheim hat Ermittlungen wegen Straßenverkehrsgefährdung aufgenommen und sucht Zeugen, die sachdienliche Angaben zum BMW-Fahrer machen können. Sie werden gebeten sich unter Tel. (0 73 92) 96 30 - 3 20 zu melden. Bei dem BMW soll es sich um einen silbernen Pkw gehandelt haben.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5671734>

📍 BMW,Wiblingen,Fahrer
💬 187

13.12.2023

Lkw fährt auf Pannenfahrzeug auf

► **Mettenberg, 2 Fahrzeuge, 50000 Euro Sachschaden**

(Mettenberg) - Zwei Lkw sind am Mittwochmorgen auf der B 30 bei Mettenberg zusammengestoßen. Die Bundesstraße war nach dem Unfall teilweise gesperrt.

Nach Angaben der Polizei kam es kurz vor 8 Uhr auf der Fahrbahn in Richtung Ravensburg zu dem Unfall. Ein 36-jähriger fuhr mit seinem MAN 7,5-Tonner zwischen den Anschlussstellen Biberach-Nord und Biberach-Süd auf dem rechten Fahrstreifen. Zu diesem Zeitpunkt stand kurz nach dem Parkplatz Mettenberg ein DAF Sattelzug auf dem Standstreifen und hatte die Warnblinkanlage eingeschaltet. Die Sattelzugmaschine des 22-jährigen hatte eine Panne und das Gespann ragte mit der linken Fahrzeugseite teilweise in den rechten Fahrstreifen. Der von hinten heranführende MAN konnte wohl aufgrund der Verkehrslage nicht in möglichst großem Abstand an dem stehenden polnischen Sattelzug links vorbeifahren und fuhr auf den Anhänger auf. Durch die Wucht des Aufpralls kippte der MAN mit Spezialaufbau um und blieb quer auf der Seite liegen. Der Aufbau wurde aufgerissen und die Ladung, bestehend aus Medikamenten, verteilte sich auf der Fahrbahn. Der DAF Sattelzug war mit Rindenmulch beladen. Auch das verteilte sich auf der Fahrbahn. Verletzt wurde aber niemand.

Die Verkehrspolizei Laupheim nahm den Unfall auf. Sie schätzt den Schaden an beiden Lkw und dem Anhänger auf rund 50.000 Euro. Die Fahrzeuge mussten durch zwei Schwerlast-Abschleppfahrzeuge geborgen werden. Auf den 36-jährigen mutmaßlichen Unfallverursacher kommt eine Anzeige zu.

Die B 30 war nach dem Unfall teilweise blockiert. Der rechte Fahr- und Standstreifen musste im Bereich der Unfallstelle gesperrt und der Verkehr auf dem linken Fahrstreifen an der Unfallstelle vorbeigeleitet werden. Ab 10 Uhr war die B 30 in Fahrtrichtung Ravensburg für Bergungsarbeiten voll gesperrt. Es kam zu erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen. Zeitweise staute sich der Verkehr, der durch die Straßenmeisterei Biberach an der Ausfahrt Biberach-Nord abgeleitet wurde. Die Feuerwehr aus Biberach war mit zahlreichen Einsatzkräften vor Ort. Die Straßenmeisterei reinigte die Fahrbahn mit einer Kehrmaschine.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5671188>

📍 Mettenberg,Biberach,Lkw,Unfall,Fahrbahn
💬 330

15.12.2023

Kollision im Kreuzungsbereich

► Friedrichshafen, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 25000 Euro Sachschaden

(Friedrichshafen) - Am Donnerstagabend gegen 21.15 Uhr sind an der Kreuzung Ravensburger Straße/Am Seewald zwei Autos zusammengestoßen. Eine 27-jährige VW-Lenkerin fuhr nach rechts auf die Vorfahrtstraße in Richtung Meckenbeuren ein. Dabei unterschätzte sie offenbar die Geschwindigkeit des von links zügig herannahenden Opel-Fahrers. In der Folge fuhr der 66-jährige auf den VW auf. Die 27-jährige wurde den bisherigen Erkenntnissen zufolge mittelschwer verletzt. Ein Rettungsdienst brachte sie in eine Klinik. Weil eine Atemalkoholmessung beim Opel-Fahrer den Verdacht einer Alkoholisierung erhärtete, musste dieser in einer Klinik eine Blutprobe abgeben. Auf ihn kommt eine Strafanzeige zu. Beide Fahrzeuge waren nach der Kollision nicht mehr fahrbereit und mussten abgeschleppt werden. Der Gesamtsachschaden beläuft sich auf etwa 25.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5673403>

📄 Friedrichshafen,Kollision
👁️ 372

18.12.2023

Zwei Unfälle im Berufsverkehr

► Baidt, 2 Fahrzeuge, 6000 Euro Sachschaden

► Baidt, 3 Fahrzeuge, 60000 Euro Sachschaden

(Baidt) - Auf der Bundesstraße 30 bei Baidt haben sich am Montagmorgen innerhalb kürzester Zeit zwei Verkehrsunfälle ereignet.

Gegen 5.40 Uhr fuhr eine 29-jährige BMW-Fahrerin auf die Bundesstraße in Richtung Süden auf und wollte direkt im Anschluss einen vorausfahrenden Lkw überholen. Dabei übersah sie den Skoda einer 34-jährigen, die sich bereits auf der Überholspur befand. Diese konnte trotz einer Vollbremsung eine Kollision mit dem BMW nicht mehr verhindern. Beide Frauen wurden durch den Zusammenstoß leicht verletzt. Der Sachschaden wird am BMW auf rund 2.000 Euro, am Skoda auf etwa 4.000 Euro beziffert.

Aufgrund des Unfalls bremste eine 23-jährige Audi-Fahrerin auf dem linken Fahrstreifen ab, da sich der Verkehr staute. Ein nachfolgender 41-jähriger Ford-Fahrer erkannte dies zu spät und fuhr dem Audi auf. Auf den stehenden Ford fuhr im Anschluss ein 26-jähriger Mercedes-Fahrer auf, der die Situation ebenfalls nicht rechtzeitig erkannt hatte. Verletzt wurde bei diesem Unfall niemand. Der Sachschaden wird jedoch auf insgesamt etwa 60.000 Euro beziffert.

Im morgendlichen Berufsverkehr kam es zu erheblichen Behinderungen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5676149>

📄 Baidt,Berufsverkehr,BMW
👁️ 461

21.12.2023

Angriff auf Bar-Besucher

(Friedrichshafen) - Nach einer Auseinandersetzung, die sich bereits am Samstagmorgen gegen 5.15 Uhr vor einer Bar in der Montfortstraße ereignet hat, ermittelt die Kriminalpolizei Friedrichshafen und sucht Zeugen.

Den bisherigen Erkenntnissen zufolge wurde ein 37-jähriger beim Einsteigen in ein Taxi von drei Männern attackiert, mit denen es schon zuvor in der Bar Streit gab. Als dessen 36 Jahre alte Begleitung dazwischen ging, wurde sie von den Gegenübern ebenfalls angegriffen. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung griff einer der drei Männer zur Tasche der Frau und versuchte zu flüchten. Als die

36-jährige die Verfolgung aufnahm und ihre Tasche zurückforderte, versetzte der Täter ihr einen Faustschlag ins Gesicht und wurde im Rahmen der polizeilichen Fahndung vorläufig festgenommen. Seine beiden unbekannt Komplizen flüchteten und konnten nicht mehr angetroffen werden.

Sowohl die 36-jährige als auch der 37-jährige wurden bei dem Angriff eher leicht verletzt. Rettungsdienste brachten sie zur ambulanten Behandlung in eine Klinik. Zeugen des Vorfalls, die auf die Auseinandersetzung aufmerksam wurden und sachdienliche Hinweise zum Hergang sowie zu den Beteiligten geben können, werden gebeten, sich unter Tel. (0 75 41) 7 01 - 0 zu melden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5677791>

☐ Bar,Angriff,Auseinandersetzung
•• 190

21.12.2023

Mann bei Auseinandersetzung verletzt

(Friedrichshafen) - Nachdem ein 27-jähriger angibt, am Mittwoch gegen 22 Uhr in der Paulinenstraße attackiert worden zu sein, sucht die Polizei Zeugen zu dem Vorfall.

Angaben des Mannes zufolge sei er mit einer unbekannt Personengruppe in Streit geraten, woraufhin eines seiner Gegenüber zu einer Stange gegriffen und ihn damit verletzt haben soll. Der mit 1,7 Promille alkoholisierte 27-jährige wurde zur ambulanten Behandlung seiner Verletzungen von einem Rettungsdienst in eine Klinik gebracht.

Personen, die auf die Auseinandersetzung aufmerksam wurden, werden gebeten, sich unter Tel. (0 75 41) 3 61 42 - 0 beim Polizeiposten Friedrichshafen-Altstadt zu melden, der die Ermittlungen übernommen hat.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5677791>

☐ Auseinandersetzung
•• 192

22.12.2023

Fehler beim Fahrstreifenwechsel

► **Appendorf, 2 Fahrzeuge**

(Appendorf) - Unaufmerksamkeit führte am Donnerstag gegen 16.40 Uhr zu einem Verkehrsunfall auf der B 30 bei Appendorf. Ein 86-jähriger fuhr mit seinem Skoda auf die B 30 auf und übersah den Mercedes Sprinter eines 56-jährigen. An dem Sprinter befand sich noch ein Anhänger. Der Fahrer des Gespanns erkannte die Situation und versuchte noch nach links auszuweichen. Allerdings stießen die Fahrzeuge seitlich zusammen und am Skoda wurde der Außenspiegel abgerissen. Am Mercedes entstand kein Schaden. Die Fahrzeuge blieben fahrbereit.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5678406>

☐ Appendorf
•• 329

22.12.2023

Nachträgliche Brückenverstärkung unwirtschaftlich

(Hochdorf) - Eine Vielzahl von Brücken in Baden-Württemberg sind marode und sanierungsbedürftig. Neben der Variante eines Brückenneubaus besteht in manchen Fällen die Möglichkeit, die bestehenden Bauwerke durch verschiedene Maßnahmen nachträglich zu verstärken. Dies kann die Nutzungsdauer der Brücken insgesamt verbessern oder die Notwendigkeit eines Ersatzneubaus durch eine längere

Restnutzungsdauer zeitlich entschärfen. Dafür stehen mehrere von Methoden zur Verfügung, wie beispielsweise die Querkraftverstärkung durch moderne Schraubensysteme oder das Aufkleben von carbonfaserverstärkten Kunststofflamellen.

Vor diesem Hintergrund hat sich Thomas Dörflinger, CDU-Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Biberach und verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion, mit einer parlamentarischen Initiative an die Landesregierung gewandt. Grundsätzlich wissen wollte er, welches Potential das Land in diesen nachträglichen Verstärkungsmethoden angesichts der landesweit angespannten Brückensanierungslage sieht. „Die Bevölkerung und die Wirtschaft brauchen leistungsfähige Straßen im Land. Brücken können dabei zu Nadelöhren werden, wenn sie nur eingeschränkt befahrbar sind. Doch auch bei notwendigen Neubauten muss mit immensen Auswirkungen auf den Verkehrsfluss und auf die von Umleitverkehren betroffenen Anwohner gerechnet werden“, so Dörflinger. Daher habe er die konkrete Anwendungsmöglichkeit von nachträglichen Verstärkungen bei den beiden B 30-Brücken bei Hochdorf abgefragt. „Nachträgliche Verstärkungen sind grundsätzlich sinnvolle Maßnahmen. Speziell bei den Brücken in Hochdorf könnte damit zusätzliche Zeit gewonnen werden, um Umsetzungsvarianten mit zeitintensiveren Planfeststellungsverfahren anzugehen. Dies wäre zum Beispiel beim Bau der neuen Brücken in Seitenlage mit anschließendem Querverschub an die Stelle der alten Brücken denkbar“, so Dörflinger. In der Antwort stellt das Verkehrsministerium jedoch fest, dass für diese beiden Brücken eine nachträgliche Verstärkung zur Verlängerung der Lebensdauer „technisch nicht sinnvoll möglich und insgesamt unwirtschaftlich“ ist. So sei die Brücke über die Riß bei Schweinhausen spannungsrissskorrosionsgefährdet und bereits 1981 extern verstärkt worden. Zudem weise die Brücke über die Bahn massive Querkraftdefizite auf. Eine Machbarkeitsstudie mit Wirtschaftlichkeitsbetrachtung habe daher die Notwendigkeit von Ersatzneubauten für beide Brückenbauwerke ermittelt.

Nach Angaben des Regierungspräsidiums Tübingen, so Dörflinger zum aktuellen Sachstand, stellt das beauftragte Ingenieurbüro jetzt im Rahmen der Vorplanung die verschiedenen Varianten zusammen, wobei auch ein Querverschub bewertet werde. Ziel des Regierungspräsidiums sei es, diesen Schritt bis zum Sommer/Herbst 2024 abzuschließen. Je nachdem, welche Vorzugsvariante sich dann herauskristallisiere, würden noch weitere Untersuchungen und Prüfungen folgen, bevor der eigentliche Bauwerksentwurf erstellt würde. „Mir ist es wichtig, dass am Ende eine Lösung steht, die auch die berechtigten Bedenken und Einwände der Einwohner aus den Gemeinden Hochdorf, Ingoldingen sowie den angrenzenden Gemeinden Eberhardzell und Ummendorf berücksichtigt“, fasst der Abgeordnete Dörflinger zusammen.

https://www.doerflinger-biberach.de/content/aktuell/meine-pressemittelungen/2023/b30-bruecken-bei-hochdorf_-nachtraegliche-brueckenverstaerkungen-sind-keine-option---21_12_23.html

📁 Brücken,Dörflinger,Hochdorf
👥 355

26.12.2023

Unter Alkoholeinfluss Unfall verursacht

▶ **Äpfingen, 2 Fahrzeuge, 20000 Euro Sachschaden**

(Äpfingen) - Beim Fahrstreifenwechsel übersah ein 32-jähriger am Sonntag auf der B 30 ein anderes Auto. Es entstand Sachschaden von etwa 20.000 Euro.

Der Unfall ereignete sich gegen 16.30 Uhr in Richtung Ulm. Der 32-jährige wechselte auf Höhe der Anschlussstelle Biberach-Nord vom rechten auf den linken Fahrstreifen. Dabei übersah der Fahrer des Audi den Mitsubishi einer 52-jährigen, die auf dem linken Fahrstreifen fuhr. Die Autos stießen seitlich zusammen. Danach geriet der Mitsubishi noch in die Leitplanken.

Beide Autofahrer blieben unverletzt. Der Unfallverursacher hatte deutlich zu viel Alkohol getrunken. Das ergab ein Alkomattest. Seinen Führerschein beschlagnahmte die Polizei. Der Sachschaden beträgt etwa 20.000 Euro.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110979/5679594>

📁 Unfall
👥 292

27.12.2023

Jahresrückblick der „Initiative B30“

(Region) - Zum Jahresende Zeit für einen Rückblick: Entgegen mancher Meinung wurden auch im Jahr 2023 Fortschritte erzielt.

Lärmschutz

Nach der Evaluierung des Lärmaktionsplanes Bad Waldsee sowie veränderten gesellschaftlichen Vorstellungen wurden 2023 auf der B 30 im Gemeindegebiet Bad Waldsee neue Tempolimits zur Verbesserung des Lärmschutzes eingerichtet: 70 km/h ganztags in Englerts und Mattenhaus, 70 km/h von 22-06 Uhr bei den Hochhäusern im Bereich von Bad Waldsee-Nord sowie 30 km/h von 22-06 Uhr in den Ortsdurchfahrten Gaisbeuren und Enzisreute.

Städtebau, Barrierefreiheit, ÖPNV

Einstimmig beschloss der Gemeinderat Bad Waldsee am 25. September 2023 eine Vorkaufsrechtssatzung zur Entwicklung der historischen Ortsmitte von Gaisbeuren. Die geteilte Ortsmitte soll mittel- bis langfristig neu gestaltet werden. Möglich wurde dies nach dem Planungsbeginn der Ortsumfahrung im November 2022. In Enzisreute erfolgte ein barrierefreier Umbau einer Busbucht.

Verbesserung Infrastruktur

Der neue Regionalplan 2023 für die Raumordnungsregion Bodensee-Oberschwaben wurde im September 2023 genehmigt und trat im November 2023 in Kraft. Weiterhin sind enthalten: Eine mögliche B 30-Freihaltetrasse bei Bad Waldsee-Gaisbeuren und Bad Waldsee-Enzisreute sowie als Vorschlag, die Aufnahme eines 3-streifigen Ausbaus der B 30 von Bad Waldsee bis zur nördlichen Regionsgrenze bei Bad Waldsee-Englerts.

Die Verwaltungsgemeinschaft Biberach beschloss im Dezember einstimmig den neuen Landschafts- und Flächennutzungsplan 2035. Im Bereich Infrastruktur ist eine westliche Umfahrung von Eberhardzell-Oberessendorf einschließlich der Ortslagen und Gehöfte Schneiderbenes, Ramstal, Hebershaus und Hubers berücksichtigt.

Die Planungen an den B 30-Ortsumfahrungen Gaisbeuren und Enzisreute laufen - allerdings sehr langsam. Über den Planungsstand informierten sich die örtliche Presse, die „Initiative B30“ und die Landtagsabgeordneten Hans-Peter Storz (SPD) und Raimund Haser (CDU). Der Planungsbeginn im November 2022 startete mit der Grundlagenermittlung: Bisher wurden Informationen gesammelt und Ortsbesichtigungen durchgeführt. Derzeit werden die Leistungsbilder für die jeweiligen Objektplaner zusammengestellt. Aufgrund der Größe und Komplexität des Vorhabens ist zur Vergabe der Objektplaner eine europaweite Ausschreibung notwendig. Diese dauert mindestens neun Monate. Die Personalsituation ist nach wie vor angespannt. Dennoch beabsichtigt die Landesregierung bisher keine Übergabe dieser Planung an die DEGES.

Auch bei weiteren Projekten in der Region waren keine wesentlichen Fortschritte erkennbar. Selbst die für das Jahr 2023 zugesagten Planungsneubeginne im Regierungspräsidium Tübingen wurden bisher nicht eingehalten. Mögliche Gründe: Zunehmende Bürokratie, neue Umweltvorgaben und Mehrarbeit aufgrund von Gerichtsentscheidungen verursachen immer häufiger lange Genehmigungsverfahren von Verkehrsinfrastruktur-Projekten. Ein weiteres Problem stellt der zunehmende Personalmangel dar - auch weil langjährige Mitarbeiter ausscheiden. Die Verantwortlichen, vor allem die politischen Vertreterinnen und Vertreter, stehen in der Pflicht endlich Abhilfe zu schaffen - auch bei Bundesstraßen.

Brückenneubau Hochdorf

Ausführlich wurde über den Neubau der zwei Großbrücken der B 30 bei Hochdorf berichtet. Vor Ort diskutierten im Juli 2023 der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Michael Theurer (FDP), die Bundestagsabgeordneten Josef Rief (CDU), Anja Reinalter (Grüne), Martin Gerster (SPD) und Bürgermeister Stefan Jäckle. Die ehemalige und neu aktivierte „B-30 Initiative Hochdorf“ macht sich stark für eine Alternative der angedachten Umleitung oder für eine Verkürzung der Umleitungszeit während des Brückenneubaus. Einigkeit herrschte über die zu hohe Belastung für die Bürger, wenn eine mehrjährige Umleitung des B 30-Verkehrs durch Hochdorf führt. Das Regierungspräsidium Tübingen will bis Sommer/Herbst 2024 Lösungsvorschläge prüfen.

Die „Initiative B30“ beabsichtigt auch 2024 aktiv zu bleiben. Sie dankt allen Unterstützerinnen und Unterstützern in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, wie auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden und der Verwaltung. Die „Initiative B30“ wünscht einen besinnlichen Jahresausklang, einen „guten Rutsch“ sowie viel Glück, Erfolg und Gesundheit im Jahr 2024.

<https://www.b30neu.de/nachrichten.html&newsid=235&mode=singleview#content>

📍 Waldsee,Gaisbeuren,Initiative,Jahr,November

👤 418

28.12.2023

Auffahrunfall mit mehreren Fahrzeugen

▶ **Weingarten, 3 Fahrzeuge, 13000 Euro Sachschaden**

(Weingarten) - Auf insgesamt rund 13.000 Euro wird der Sachschaden beziffert, der am Mittwochvormittag gegen 11.30 Uhr bei einem Auffahrunfall mit mehreren Pkw auf der B 30 entstand.

Nach bisherigen Erkenntnissen der Polizei hatte ein bislang unbekannter Autofahrer im Bereich der Anschlussstelle Weingarten einem Fahrschulauto die Auffahrt auf die B 30 ermöglicht und dabei stark, offensichtlich bis zum Stillstand, abgebremst. Drei nachfolgende Autofahrer mussten hierauf ebenfalls eine Vollbremsung einleiten, konnten eine Kollision miteinander jedoch nicht mehr verhindern.

Während die Fahrer der beschädigten Pkw vor Ort blieben, setzte der unbekannte Autofahrer, der zum Ermöglichen der Einfahrt abgebremst hatte, seine Fahrt fort. Ebenso fuhr das in den Unfall wohl nicht involvierte Fahrschulauto weiter.

Das Polizeirevier Weingarten hat den Unfall aufgenommen und bittet Zeugen, die Angaben zu dem Unfallverursacher machen können, sich unter Tel. (07 51) 8 03 - 66 66 zu melden. Ebenso wird die betreffende Fahrschule gebeten, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5681296>

📍 Weingarten,Auffahrunfall,Autofahrer

👤 307

28.12.2023

Hagel für Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen

(Bad Wurzach) - Am Rande einer Veranstaltung der Jungen Union Württemberg-Hohenzollern äußerten sich Manuel Hagel und Klaus Holetschek zur Weiterentwicklung der „Grenzregion“ Allgäu. Manuel Hagel ist Landesvorsitzender der CDU-Baden-Württemberg, Klaus Holetschek Fraktionschef der CSU in Bayern.

Im Bereich Verkehr besteht weiterhin Handlungsbedarf, so die beiden Abgeordneten. So müsse der Bahnverkehr verbessert werden, durch Schienenausbau, Taktung und Elektrifizierung. Planungszeiten müssten verkürzt werden, etwa bei Bahnunterführungen oder den Ortsumfahrungen entlang der B 30. „Das Nadelöhr sind die Planungskapazitäten beim Regierungspräsidium“, so Hagel. „Wir haben ein Regelungsdickicht, das unser Land fesselt. Alles was an unnötiger Regulierung weg kann, muss jetzt auch weg.“

Zum geplanten Biosphärengebiet in Oberschwaben, das am Ausbauende der B 30 bei Biberach beginnen und am Beginn der Ausbaustrecke bei Baidt enden soll, meinte Hagel: „Wir werden so etwas nur beginnen, wenn wissenschaftliche Kriterien und der gesunde Menschenverstand dafür sprechen. Der Wunsch der Menschen vor Ort ist für uns wichtig.“ Außerdem dürfe niemand in Stuttgart, „einseitig eine politische Wunschvorstellung durchdrücken“.

https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/das-sind-die-plaene-von-cdu-und-csu-fuers-allgaeu-2148165?fbclid=IwAR1hfMMAqJ1h1fqdqov_8RyUPnTJXgkOvDbcRASUED4EjV3eZkqcYIR-4zl

📍 Hagel

29.12.2023

Flucht vor der Polizei endet mit Unfall

(Friedrichshafen) - Nachdem ein 21-jähriger Autofahrer am Donnerstag gegen 14.20 Uhr versucht hat, einer Polizeikontrolle zu entkommen, ermittelt die Polizei und sucht Zeugen. Beim Erblicken des Streifenwagens im Bereich des Hinteren Hafens gab der Fahrer der silbernen C-Klasse Gas. Trotz der Aufforderung, anzuhalten, beschleunigte er seinen Wagen und überfuhr mit hoher Geschwindigkeit in Richtung Löwentaler Straße. Dabei missachtete er unter anderem auch eine rote Ampel, bis er schließlich von der Fahrbahn abkam und einen Unfall baute. Weil der Verdacht einer Drogenbeeinflussung bestand, musste der 21-jährige Fahrer in einer Klinik eine Blutprobe abgeben. Eine Fahrerlaubnis hat der Verkehrsrowdy nicht. Weil die Beamten bei der Kontrolle des Wagens einen Schlagring auffanden, kommt ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz auf den jungen Mann zu. An seinem Wagen entstand rund 1.000 Euro Sachschaden.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/138081/5681976>

📁 Polizei, Unfall
•• 235

31.12.2023

Neuer Insider erschienen

(Region) - Die „Initiative B30“ informiert dreimal jährlich mit der Zeitung „B30 Insider“ über aktuelle Entwicklungen rund um die Bundesstraße 30. Die Ausgabe Januar - April 2024 steht ab sofort zum kostenlosen Download bereit.

Titelthema der neuen Ausgabe sind Fortschritte in der Fortschreibung von Raumordnungsplänen in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Donau-Iller sowie auf Landesebene. Daneben berichtet die Initiative über Aktuelles aus Bund, Land und Region.

Der neue Insider steht kostenfrei zum Download bereit, unter: www.b30neu.de/insider-1-2024

📁 Insider
•• 191

Zusammenfassung 2023

Hinweis

Die nachfolgende Zusammenfassung basiert auf den öffentlich bekannt gewordenen Verkehrsunfällen. Einerseits erfasst die Polizei nur einen Teil der tatsächlich stattfindenden Unfälle, andererseits wird nicht zu jedem Unfall ein Bericht herausgegeben. Für den Berichtszeitraum liegen daneben Informationen der Feuerwehren und Verkehrswarndienste vor. Dennoch wird nicht jeder erfasste Unfall bekannt gegeben. Unfälle, zu denen keine Berichte vorliegen und keine Verkehrsmeldung erfolgte, sind nicht enthalten. Zudem werden Verkehrsunfälle mit der amtlichen Statistik abgeglichen, sodass sich zum Teil andere Sachverhalte ergeben, als zum ersten Berichtszeitpunkt.

Unfälle auf der Bundesstraße 30

Unfälle: 269 Unfälle
davon 120 mit Personenschaden

Fahrzeuge¹: 392 an Unfälle beteiligte Fahrzeuge

Verunglückte¹: 160 verunglückte Personen

Verletzte¹: 156 verletzte Personen
davon 132 Leichtverletzte, 24 Schwerverletzte

Tote¹: 4 Tote
davon 4 Person

Schaden¹: Bekannter Sachschaden: 2.077.000 Euro
entstanden bei 130 Unfällen. Zu 139 Unfällen liegen keine ausreichenden Daten über die entstandenen Sachschäden vor

Volkswirtschaftlicher Schaden²: ca. 9.931.223 Euro

¹ Ohne Unfälle auf Umleitungsstrecken

² Volkswirtschaftlicher Schaden nach Unfallkostensätze der Bundesanstalt für Straßenwesen.

Alphabetischer Artikelindex

1

111 Personen bei Großkontrolle kontrolliert 168

2

20-jährige wendet nach Telefonanruf 179
20-jähriger unter Drogeneinfluss unterwegs 25
21-jähriger in Auto verbrannt 191
233 Unfälle auf der B 30 im Jahr 2022 186
24-jähriger missbraucht mobiles Blaulicht 203
25-jähriger überschlägt sich mit Auto 248
28-jähriger gegen Baum geprallt 220
29-jährige nach Verkehrsunfall verstorben 188

4

4.528 Staus im Jahr 2022 14
49-Euro-Ticket killt Fernbusse im ländlichen Raum 63

6

6.000 Euro Schaden bei Auffahrunfall 78
62-jährige fährt Warnbaken um 176

7

70-jähriger an Unfallstelle verstorben 240
70-jähriger fährt Wildschutzzaun nieder 77
71-jähriger verunfallt wegen Sekundenschlafs 100
71-jähriger von Bremse gerutscht 218
73-jähriger verfährt sich mehrmals 138

8

85-jähriger übersieht Mazda 28

A

Adler-Kreuzung wird umgebaut 218
AfD beklagt Ungleichbehandlung von Straße und Schiene 128
Alkoholisiert am Steuer unterwegs 19
Alkoholisierter Fahrer verursacht Verkehrsunfall und fährt davon 72
Alkoholisierter Mann greift Einsatzkräfte an 165
Ampel-Koalition schießt mit Kuhhandel Bundesstraßen und Ortsumfahrungen ins Abseits 87
Ampel-Regierung will kaum noch Geld für Bundesstraßen ausgeben 193
An der Abfahrt hat's gekracht 207
Andreas Stoch besucht Hochdorf 23
Angriff auf Bar-Besucher 252
Anhänger verloren 217
Anhänger von Holztransporter umgestürzt 217
Anhörung zur Planungsbeschleunigung bei Brücken 60
Anwohnende von Ortsdurchfahrten fassungslos über Klimaforderungen 123
Anzahl der Verkehrsunfälle nimmt wieder zu 169
Aquaplaning wird 34-jähriger zum Verhängnis 168
Auf-/Abfahrt Bad Waldsee-Nord ab Montag gesperrt 207
Auffahrunfall an Einmündung 46
Auffahrunfall auf dem Schussentalviadukt 105
Auffahrunfall fordert einen Verletzten 235

Auffahrunfall fordert zwei Leichtverletzte und Sachschaden	250
Auffahrunfall mit drei beteiligten Fahrzeugen	142
Auffahrunfall mit mehreren Fahrzeugen	256
Auffahrunfall nach Wildunfall.....	103
Aufstieg zur B 30: Baugrunderkundungen für die Tunnelplanung.....	40
Auto auf Parkplatz angefahren.....	199
Auto brennt auf Parkplatz aus.....	202
Auto nach Auffahrunfall abgeschleppt	10
Auto überschlägt sich.....	105
Auto übersieht Radfahrer	238
Autofahrer bei Hochdorf deutlich zu schnell unterwegs.....	132
Autofahrer gerät auf Gegenfahrbahn	219
Autofahrer ohne Führerschein unterwegs.....	18
Autofahrer weicht Vogel aus	174
Autofahrerin flüchtet nach Unfall	143
Autos stoßen beim Abbiegen zusammen	8
Autos stoßen zusammen	186

B

B 30 am Dienstag und Mittwoch halbseitig gesperrt.....	241
B 30 am Dienstag wegen Elektroarbeiten gesperrt	189
B 30 nach Lkw-Unfall stundenlang gesperrt	134
B 30 nach Lkw-Unfall teilweise gesperrt	74
B 30 wegen Bau einer Anschlussstelle teilweise gesperrt.....	161
B 30 wegen Enten gesperrt.....	130
B 30 zwischen Ulm und Unteressendorf wegen Unwetter teilweise nicht befahrbar	166
B 30-Untertunnelung gefordert	107
B 31 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Eriskirch und Kressbronn	53
Bagger bleibt an Tunneldecke hängen	201
Bauarbeiten für neuen Senglinger Steg beginnen am Dienstag.....	127
Behinderungen und Unfälle durch starke Schneefälle.....	247
Bei Nässe ins Schleudern geraten.....	124
Bei Rot über die Ampel gefahren	232
Beteiligter nach Auffahrunfall geflüchtet	46
Betonschäden am Wernerhoftunnel werden saniert.....	237
Betrunken Auto gefahren	204
Betrunken im Lkw unterwegs.....	219
Betrunkene verursacht schweren Unfall auf Brücke	122
Betrunkener fährt auf Pkw auf	243
Betrunkener fährt von Biberach nach Hochdorf.....	173
Betrunkener fährt zur Tankstelle	143
Betrunkener in beschädigtem Fahrzeug gestoppt: Unbekannter Unfallort gesucht	240
BI informierte über Umleitung	80
Biberach baut Staumauer	192
BMW fährt auf Skoda auf	210
BMW nach riskantem Überholmanöver gesucht	251
BMW übersieht Motorrad	155
Bohrungen zur Baugrunderkundung gestartet.....	74
Böschung gerät in Brand.....	164
Brille verrutscht: Holzlastler kippt um.....	9
Brücke am Anschluss Laupheim-Mitte wird instandgesetzt.....	148
BUND gegen Ausbau des U-Bahnnetzes	76
Bund und Länder einigen sich auf Deutschland-Pakt.....	238
BUND verklagt Bundesregierung	19
Bund: Autobahnprojekte bis Ende April melden	102
Bundesrechnungshof rügt nutzlose Klimaschutzmaßnahmen.....	177
Bundesregierung beschließt schnellere Planung vordringlicher Verkehrsprojekte	114
Bundesregierung bringt ideologische Verkehrsgesetze auf den Weg	220
Bundesregierung setzt auf alternative Kraftstoffe und Antriebe	174
Bundesregierung will keine Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen	187
Bundesregierung will Planungsbeschleunigung nur bei der Bahn, an Brücken und Autobahnen....	150
Bundestag beschließt Erhöhung und Ausweitung der Lkw-Maut	224

Bundestag beschließt erstes Infrastruktur-Beschleunigungs-Gesetz	35
Bundestag debattiert am kommenden Donnerstag über Straßenbaustopp	119
Bundestag lehnt Gesetz zur Sanierung von Brücken an Bundesfernstraßen ab	136
Bundestag macht Weg frei für das Deutschlandticket	75
Bürgerinitiativen empört über ZDF-Beitrag	73
Busbucht in Enzisreute wird umgebaut	203

C

CDU vermutet Straßenbaustopp bei Bundesstraßen	101
CDU will Straßenplanungen beschleunigen	85
Citroen von Straße geschleudert	250

D

Das neue Schwarzbuch ist da	228
Defekter Schwertransport behindert Verkehr	100
Deutsche wollen Planungsbeschleunigung von Autobahnen	13
Die Linke scheitert mit Antrag zum Stopp des Autobahnausbaus	150
Dieb entwendet Geld	115
Diebe suchen Straßenbaustelle heim	124
DIHK-Chef fordert beschleunigten Ausbau aller Verkehrswege	79
Drei Personen bei Frontalzusammenstoß schwer verletzt	239
Drei Pkw brannten an einem Tag	165

E

Einbruch in Bäckerei	246
Einbruch in Restaurant - Täter bedient sich an Essen und Geld	15
Einbruch in Wertstoffhof	49
Eine Verletzte bei Unfall	240
Eisplatte fällt auf Pkw	249
Eisplatte fällt von Laster	44
Eisplatten beschädigen Pkw	244
Energieversorger hält Wasserstoff für Nonsense	185
Enttäuschung über 49-Euro-Ticket	116
Enttäuschung über realistische Verlagerungsziele	99
Erdbeerfeld abgebrannt	157
Erneute Unwetter führen zu Unfällen und Überschwemmungen	169
Europaweiter Blitzermarathon gestartet	102
Experten für Beschleunigung von Planungsverfahren bei Brücken	75
Expertenbeirat für Förderung der Elektromobilität	81
Expertenstreit um Planungsbeschleunigung im Verkehrsbereich	207

F

Fachleute warnen vor Fahrermangel, fehlende Lkw-Parkplätze und CO2-Maut	96
Fahranfänger fährt auf Stauende	12
Fahrbahndecke zwischen Biberach-Nord und Laupheim-Mitte wird erneuert	116
Fahrerin bei Unfall verletzt	174
Fahrt endet auf Parkplatz	166
Fahrzeug ausgebrannt	138
Fahrzeug überschlagen	179
Fahrzeugbestand in Deutschland weiter gestiegen	199
Fahrzeuge kollidieren im Kreuzungsbereich	249
Fahrzeuge stoßen an Auffahrt zusammen	28
Fahrzeuglenker kollidiert mit Leitplanke	40
Fehler beim Fahrstreifenwechsel	198
Fehler beim Fahrstreifenwechsel	222
Fehler beim Fahrstreifenwechsel	253
Fernbusse halten nur noch in Ravensburg und Friedrichshafen	203
Fernstraßenbauverbot: ZDF soll helfen	62
Feuerwehrabteilung Reute-Gaisbeuren blickt auf ereignisreiches Jahr 2022 zurück	54
Flucht vor der Polizei endet mit Unfall	257

Ford fährt auf Sattelzug auf.....	147
Frau bei Auffahrunfall verletzt	229
Frau bei Unfall schwer verletzt.....	90
Frau bestohlen: Ehemann rastet aus.....	43
Freie Wähler fordern Tempo bei Anschlüssen.....	52
Freiwillige Feuerwehr Bad Waldsee berichtete über Einsatzjahr 2022	84
Freiwillige Feuerwehr Bad Waldsee berichtete über Einsatzjahr 2023	231
Fridays for Future fordert Straßenbaustopp.....	172
Fridays for Future und Sozialprofessor wollen Straßenbau stoppen.....	29
Frontalzusammenstoß in der Hauptstraße	70
Fuchs von Auto erfasst	188
Fundamente werden in den Pfingstferien gesetzt	72
Fünf Personen bei Unfall verletzt.....	222

G

Geld: Jetzt wird um die Bahn gestritten	139
Gemeinderat berät über „Rasthof“	47
Gemeinderat beschließt Trassenführung für Radschnellweg.....	184
Gemeinderat beschließt Vorkaufsrecht zur Neugestaltung der Ortsmitte von Gaisbeuren.....	210
Gemeinderat entscheidet über Rotlicht-Blitzer	224
Gemeinderat stimmt für „Raststätte“	52
Genehmigung des neuen Regionalplans verschiebt sich weiter	54
Geschwindigkeitskontrollwoche geht zu Ende.....	191
Getränke-Lkw verliert Ladung.....	190
Gewerbegebiet scheitert an Verkehrsanbindung.....	223
Große Hitze verabschiedet sich mit Unwetter.....	192
Grüne akzeptieren Verkehrsprognose nicht	49
Grüne bezeichnen Straßen als Milliardengrab.....	83
Grüne beziehen Stellung gegen Rastanlage	69
Grüne gegen schnellere Brückenplanung.....	184
Grüne legen Kritik-Liste vor.....	11
Grüne scheitern mit Fernstraßenbauverbot.....	21
Grüne und Klimaaktivisten demonstrieren am Wochenende.....	46
Grüne wollen Fakten bei Straßen nicht akzeptieren	39
Grüne wollen keine Ortsumfahrungen und keinen Rasthof	190
Grüne wollen Ortsumfahrungen stoppen	51
Grüne wollen Schwarzfahren und Diebstahl legalisieren und Straßenbau bestrafen	163
Grüne wollen Straßenprojekte streichen.....	13
Grüne wollen Wirtschaft und Infrastruktur grün gestalten.....	178
Grüne: Dörfer ans Fahrradnetz anschließen	31
Gutachten erneut unseriös.....	61
Gutachten zu Tempolimit offenbar politisch motiviert gefälscht.....	33

H

Hagel für Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen.....	256
Hermann fordert mehr Anstrengungen von Bürgern	94
Hermann gegen Beschleunigung von Straßenprojekten	126
Hermann kritisiert Straßenplaner als unfähig.....	198
Hermann stellt Bedarfsplan für Radwege vor	78
Hermann stellt Sanierungsprogramm 2023 vor	55
Hochdorf gibt neue Lärmberechnung in Auftrag.....	223
Hoher Sachschaden bei Auffahrunfall	90

I

Ingoldingen berät über Verkehrsuntersuchung für neuen B 30-Anschluss	176
„Initiative B30“ berichtet über Staus im Jahr 2022	110
„Initiative B30“ berichtet über Unfälle im Jahr 2022	195
„Initiative B30“ bittet Benjamin Strasser um Unterstützung	125
„Initiative B30“ fordert Planungsbeschleunigung	23
ITF für alternative Antriebe und Verkehrswende in der Stadt.....	135

J

Jahresrückblick der „Initiative B30“	255
Jugendforum Weingarten demonstrierte für Verkehrswende	50
Jugendgruppe verknüpft 19-jährigen	170
Junge Autofahrer rasen durch Wanderbaustelle	73
Junge FahrerIn aufgrund Müdigkeit verunglückt.....	122
Junge Generation will deutlich mobiler sein, als alle vorherigen	153

K

Kabinett beschließt Klima-Maßnahmen-Register	37
Kabinett beschließt Mauterhöhung noch in diesem Jahr	144
Kanzler fordert Länder, Landräte und Bürgermeister zum Handeln auf.....	200
Kies verloren	242
Kleinbus flüchtet nach Unfall.....	56
Kleintransporter stürzt Böschung hinab	236
Kleinwagen fährt nach Unfall davon	237
Kleinwagen kollidiert mit Baum	39
Klimacheck verzögert Nordwesttangente	148
Koalitionsausschuss ohne Ergebnis vertagt	86
Koalitionsgipfel über Infrastrukturstreit geplant.....	15
Kollision im Kreuzungsbereich.....	252
Kompromiss soll Streit um Brückenneubau bei Baustetten schlichten.....	131
Kretschmann kritisiert grünen Auto- und Straßenhass	162

L

Ladung verloren und davongefahren	87
Land fördert lebendige und verkehrsberuhigte Ortsmitten	106
Land meldet keine Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen an	113
Länder fordern höhere Priorität für Lärmschutz.....	149
Landrat bedauert Scheitern von Straßenplanungsgesellschaft.....	124
Landratskandidaten äußern sich zu Ortsumfahrungen.....	44
Landtags-Grüne wollen Straßenbauvorhaben stoppen	17
Lärmaktionsplan soll nun umgesetzt werden.....	131
Lastwagen kracht in Mazda	146
Leichtkraftrad kollidiert mit Pkw.....	180
Leichtkraftradfahrer bei Unfall verletzt	57
Lemke kritisiert eine Bevorzugung der Straße.....	20
Lemke will Planungsbeschleunigung nur ohne Straßen	32
Lkw beim Überholen zusammengestoßen.....	103
Lkw fährt auf Pannenfahrzeug auf	251
Lkw verliert Ladung	52
Lkw-Auflieger landet im Graben.....	196
Lkw-Verkehr wird umgeleitet.....	217

M

Maibaum in Gaisbeuren hat neuen Standort	114
Mann bei Auseinandersetzung verletzt.....	253
Mann nach Auseinandersetzung in Gewahrsam	91
Männer streiten am Romanshorner Platz	40
Mazda-Fahrer nach Ausbauende tödlich verunglückt	163
Mercedes prallt gegen Leitplanke	18
Mercedes prallt gegen Sicherungsanhänger	243
Mercedes schiebt Nissan auf Opel	140
Minister Hermann feiert Radwegebedarfsplan.....	146
Ministerialdirigent hört sich Bedenken zu Brückenneubau an	115
Ministerium: Brückenneubau nur ohne B 30-Ausbau	42
Mitfahrer verprügelt hilfsbereiten Autofahrer - Polizei sucht Zeugen.....	247
Mobilitätsgesetz umstritten.....	104
Modern und benutzerfreundlich: „Initiative B30“ präsentiert überarbeitete Webseite	133
Motorrad prallt gegen Sattelzug	142

Motorradfahrer prallt gegen Pkw.....	112
--------------------------------------	-----

N

Nach Spiegelstreifer geflüchtet	246
Nachträgliche Brückenverstärkung unwirtschaftlich	253
Neue Brücke eingesetzt	137
Neue Brücke eingeweiht	156
Neue Bundesländer mit Verkehrsinfrastruktur unzufrieden	161
Neue Fahrradampel soll Radfahrer schützen	53
Neuer Insider erschienen	257
Neuer Internetauftritt für den Aufstieg zur B 30	180
Neuer Landrat will Verkehrsinfrastruktur verbessern.....	36
Neuer Online-Antrag beschleunigt Genehmigungsverfahren	30
Neuer Regionalplan genehmigt	200
Neuer Streit über Sanierung von Straßen.....	28

P

Pferd springt vor BMW	23
Pkw überschlägt sich bei Unfall	112
Pkw-Fahrer flüchtet nach Unfall mit Radfahrer	142
Pkw-Fahrer schleudert über Verkehrsinseln.....	35
Pkw-Lenker bremst absichtlich und tritt gegen anderes Fahrzeug.....	138
Planung doch nicht gestoppt.....	94
Planungsbeschleunigung: CDU sieht Süden benachteiligt.....	108
Planungsbeschleunigung: Landes-Verkehrsausschuss muss handeln.....	95
Plastikwannen beschädigen Auto	234
Platzverweise missachtet.....	194
Polizei beendet Trunkenheitsfahrt	178
Polizei kontrolliert Geschwindigkeit.....	24
Polizei nimmt Reifenstecher fest.....	144
Polizei stellt 414 Verkehrsverstöße fest.....	210
Polizei stoppt betrunkenen 23-jährigen.....	205
Polizei stoppt Raser	10
Polizei stoppt Raser	119
Polizei sucht junge Graffiti-Sprayer.....	189
Polizei sucht Zeugen zu übermüdetem Autofahrer.....	78
Polizei sucht Zeugen zu Unfallflucht	196
Polizei Ulm stellt Unfallstatistik 2022 vor	70
Polizei verzeichnet 83 Verkehrsunfälle	248
Polizei warnt vor Erntefahrzeugen	164
Polizeibeamte beleidigt	143
Polizeipräsidium Ravensburg veröffentlicht Verkehrsunfallbericht 2022.....	71
Polizisten ausgezeichnet.....	10
Professor: Klimaziele mit Tempolimit und Verteuerung retten.....	82

Q

Quad kollidiert mit Pkw.....	145
------------------------------	-----

R

Radfahrer kollidiert mit Pkw	204
Radfahrer von Pkw erfasst.....	140
Radfahrer von Pkw erfasst.....	80
Radfahrerin von Pkw erfasst.....	156
Raser erwartet teils hohes Bußgeld	130
Raser und Tuner gestoppt	121
Ravensburg besteht auf Tempolimit	132
Ravensburg setzt sich mit Tempolimit durch	156
Ravensburger Verkehrsversuch scheitert am Geld	219
Regierungspräsidium bereitet Raumordnungsverfahren vor	21
Regierungspräsidium führt Erkundungsbohrungen durch	43

Regierungspräsidium informierte über Planungsstand.....	216
Regierungspräsidium noch mit Grundlagenermittlung beschäftigt.....	235
Regierungspräsidium Tübingen überprüft Brücken im Landkreis Biberach	67
Regionalplan endgültig beschlossen	230
Reifen geplatzt	135
Reisebus beschädigt.....	130
Rennradfahrer prallt gegen Auto.....	160
Rollerfahrer bei Auffahrunfall verletzt.....	160

S

Sattelzug fährt auf Autofahrerin auf	194
Sattelzug kracht in Leitplanke	236
Sattelzugfahrer fährt im Rausch in die Leitplanke	118
Schienen- und Autobahnbeschleunigung beschlossen	225
Schienenlobby lehnt Aus- und Neubau von Straßen ab.....	31
Schneefall beschert Verkehrsunfälle	17
Schnelle Fahrt bei Regen endet mit Unfall	86
Schreckschusswaffe hat Polizeieinsatz zur Folge	211
Senior verletzt sich bei Unfall.....	239
Senioren bei Autoüberschlag schwer verletzt.....	36
Sicherungskasten schlägt Funken: B 30 gesperrt	112
So wollen die Grünen, Städte autofrei machen	98
Solare Stromerzeugung auf rund 260 straßennahen Flächen möglich	25
Sorge um Planungsstillstand.....	172
SPD will Planungsbeschleunigung nur noch bei der Sanierung.....	13
SPD will schnellere Planungsverfahren	9
Speedmarathon endet mit Fahrverboten	105
Sportwagen rast in Autofahrerin	98
Sprinter fährt über Fahrzeugteile	21
Sprinter überholt trotz Gegenverkehr.....	160
Staatssekretär für Straßenbau am Bodensee.....	10
Staatssekretär verweist aufs Land	167
Starkstromkabel entwendet.....	176
Start der ersten Aktionswoche der Verkehrssicherheit.....	171
Straftaten beim landesweiten Verkehrsfahndungstag aufgedeckt	109
Straßenbaumaßnahmen im Alb-Donau-Kreis, Stadtkreis Ulm und dem Landkreis Biberach im Jahr 2023	57
Straßenbaumaßnahmen in den Landkreisen Ravensburg, Sigmaringen und im Bodenseekreis im Jahr 2023	63
Straßenmeistereien für den Winterdienst gerüstet	242
Strasser sieht Stillstand beim Regierungspräsidium	179
Streit um Verwendung der Mauteinnahmen	171

T

Taschentuch während der Fahrt benutzt: 13.000 Euro Schaden	88
Tempo 30 verzögert sich.....	31
Tempo 30 wird kontrolliert.....	236
Tempolimit soll noch im Mai umgesetzt werden	137
Temposünder gestoppt	90
Tesla schleudert gegen Lkw-Anhänger	231
Tiertransport bei Äpfingen umgekippt.....	82
Toyota stößt mit Ford zusammen	234
Transport- und Logistikbranche gegen geplante Lkw-Maut-Erhöhung.....	212
Transporter fährt in Pannenfahrzeug	234
Transporter verliert Eisplatten.....	18
Transportunternehmen vor dem Kollaps.....	128
Tuning Word: Polizei stellt 912 Verstöße fest.....	133

U

Umgestürzter Lastzug blockierte B 30	209
Umweltbundesamt lobt Anstrengungen zur Antriebswende	72

Umweltbundesamt will neue Straßen verhindern und ein Tempolimit.....	60
Umweltbundesamt will Tempolimit und Pkw-Maut	16
Umweltverbände fordern Neupriorisierung und Klimacheck.....	117
Umweltverbände poltern wieder gegen Fernstraßen.....	41
Umweltverbände verhindern Bahnstrecke	206
Unachtsamkeit führt zu heftigem Unfall	157
Unbekannter kollidiert mit Leitplanke	199
Unfall beim Fahrstreifenwechsel	22
Unfall durch misslungenes Überholmanöver	11
Unfall nach unachtsamem Fahrstreifenwechsel	109
Unfälle auf der Bundesstraße 30	259
Unfallverursacher nach tödlichem Verkehrsunfall in Untersuchungshaft	241
Unfallverursacher polizeilich gesucht.....	155
Union will Klarheit über Straßenprojekte.....	125
Unter Alkoholeinfluss Unfall verursacht	254
Unter Drogeneinfluss und ohne Führerschein unterwegs	8
Unternehmen setzen auf klimafreundlichere Fahrzeuge	205
Unverständnis über Tempolimit in Enzisreute	165
Unwetter reißt Stromleitung ab	166
Unzufriedenheit mit Koalitionsbeschlüssen	89
Urbachviadukt noch verkehrssicher.....	8

V

Verbände wollen ganz neue Verkehrspolitik.....	120
Vereine starten Spendenaktion für hinterbliebene Kinder	195
Verkehrsausschuss befasst sich mit Koalitionsstreit	31
Verkehrsbehinderungen wegen Bauarbeiten am Anschluss Ulm-Donauaustetten	201
Verkehrshelfer leiten Grundschüler wieder über die B 30	206
Verkehrsminister beschließen „Düsseldorfer Liste“	117
Verkehrsminister wollen mehr Klimaschutz	85
Verkehrsministerkonferenz beginnt mit Protesten	82
Verkehrssicherheitspakt vorgestellt	202
Verkehrssünder gestoppt.....	91
Verkehrsüberwachungen zu Ablenkung und Handynutzung	220
Verkehrsunfall auf Beschleunigungsstreifen.....	103
Verkehrsunfall vorgetäuscht und Geld gefordert	107
Verkehrswacht will Tempo 80	153
Verkehrswende-Lobby wettert gegen Straßen	34
Vermögensberatung zieht ins ehemalige Café & Brot.....	36
Vier Fahrzeuge an Auffahrunfall beteiligt.....	244
Vier Verletzte bei Verkehrsunfall.....	136
Vom Sekundenschlaf übermannt.....	33
Vorfahrt missachtet	146
Vorfahrt missachtet	189
Vorfahrt missachtet	243
Vorfahrt missachtet: zwei Leichtverletzte.....	249

W

Weltklimarat rät Wälder und Moore zu schützen	76
Werb Schild fängt Feuer	77
Werkstatt im Solarpark ausgebrannt.....	41
Wieder keine Einigung über schnellere Planungsverfahren	22
Wildunfälle häufen sich	242
Wissing rechnet mit 34 Prozent Güterverkehrszunahme	25
Wissing stellt neue Verkehrsprognosen vor.....	47
Witterung und nicht angepasste Geschwindigkeit sorgen für zahlreiche Unfälle	246

Z

ZDF erfüllt grüne Straßenhasswünsche	68
Zeugen zu Auffahrunfall gesucht	17
Zeugen zu Pfeffersprayvorfall gesucht	194

Zeugen zu Verkehrsunfall gesucht	216
Zigarette steckt Wiese in Brand	155
Zusammenstoß im Kreuzungsbereich	109
Zwei Autos müssen nach Auffahrunfall abgeschleppt werden	211
Zwei Leichtverletzte bei Auffahrunfall	229
Zwei Unfälle im Berufsverkehr	252

Chronologischer Artikelindex

Januar

Autos stoßen beim Abbiegen zusammen.....	8
Urbachviadukt noch verkehrssicher	8
Unter Drogeneinfluss und ohne Führerschein unterwegs.....	8
Brille verrutscht: Holzlastler kippt um	9
SPD will schnellere Planungsverfahren	9
Auto nach Auffahrunfall abgeschleppt.....	10
Polizei stoppt Raser.....	10
Polizisten ausgezeichnet	10
Staatssekretär für Straßenbau am Bodensee	10
Unfall durch misslungenes Überholmanöver	11
Grüne legen Kritik-Liste vor	11
Fahranfänger fährt auf Stauende	12
Grüne wollen Straßenprojekte streichen	13
SPD will Planungsbeschleunigung nur noch bei der Sanierung	13
Deutsche wollen Planungsbeschleunigung von Autobahnen	13
4.528 Staus im Jahr 2022	14
Einbruch in Restaurant - Täter bedient sich an Essen und Geld	15
Koalitionsgipfel über Infrastrukturstreit geplant	15
Umweltbundesamt will Tempolimit und Pkw-Maut.....	16
Schneefall beschert Verkehrsunfälle.....	17
Zeugen zu Auffahrunfall gesucht.....	17
Landtags-Grüne wollen Straßenbauvorhaben stoppen	17
Mercedes prallt gegen Leitplanke	18
Transporter verliert Eisplatten	18
Autofahrer ohne Führerschein unterwegs	18
Alkoholisiert am Steuer unterwegs.....	19
BUND verklagt Bundesregierung	19
Lemke kritisiert eine Bevorzugung der Straße	20
Regierungspräsidium bereitet Raumordnungsverfahren vor	21
Sprinter fährt über Fahrzeugteile.....	21
Grüne scheitern mit Fernstraßenbauverbot	21
Wieder keine Einigung über schnellere Planungsverfahren	22
Unfall beim Fahrstreifenwechsel	22
Pferd springt vor BMW	23
Andreas Stoch besucht Hochdorf.....	23
„Initiative B30“ fordert Planungsbeschleunigung.....	23
Polizei kontrolliert Geschwindigkeit.....	24
20-jähriger unter Drogeneinfluss unterwegs	25
Wissing rechnet mit 34 Prozent Güterverkehrszunahme.....	25
Solare Stromerzeugung auf rund 260 straßennahen Flächen möglich	25

Februar

Neuer Streit über Sanierung von Straßen	28
Fahrzeuge stoßen an Auffahrt zusammen.....	28
85-jähriger übersieht Mazda.....	28
Fridays for Future und Sozialprofessor wollen Straßenbau stoppen	29
Neuer Online-Antrag beschleunigt Genehmigungsverfahren	30
Verkehrsausschuss befasst sich mit Koalitionsstreit.....	31
Tempo 30 verzögert sich	31
Grüne: Dörfer ans Fahrradnetz anschließen.....	31
Schienenlobby lehnt Aus- und Neubau von Straßen ab	31
Lemke will Planungsbeschleunigung nur ohne Straßen	32
Gutachten zu Tempolimit offenbar politisch motiviert gefälscht.....	33
Vom Sekundenschlaf übermannt	33

Verkehrswende-Lobby wettert gegen Straßen.....	34
Bundestag beschließt erstes Infrastruktur-Beschleunigungs-Gesetz	35
Pkw-Fahrer schleudert über Verkehrsinseln	35
Vermögensberatung zieht ins ehemalige Café & Brot	36
Senioren bei Autoüberschlag schwer verletzt	36
Neuer Landrat will Verkehrsinfrastruktur verbessern	36
Kabinett beschließt Klima-Maßnahmen-Register	37
Kleinwagen kollidiert mit Baum	39
Grüne wollen Fakten bei Straßen nicht akzeptieren	39
Fahrzeuglenker kollidiert mit Leitplanke	40
Aufstieg zur B 30: Baugrunderkundungen für die Tunnelplanung	40
Männer streiten am Romanshorner Platz	40
Werkstatt im Solarpark ausgebrannt	41
Umweltverbände poltern wieder gegen Fernstraßen	41
Ministerium: Brückenneubau nur ohne B 30-Ausbau	42
Frau bestohlen: Ehemann rastet aus	43
Regierungspräsidium führt Erkundungsbohrungen durch	43
Eisplatte fällt von Laster	44
Landratskandidaten äußern sich zu Ortsumfahrungen	44

März

Beteiligter nach Auffahrunfall geflüchtet	46
Auffahrunfall an Einmündung	46
Grüne und Klimaaktivisten demonstrieren am Wochenende	46
Gemeinderat berät über „Rasthof“	47
Wissing stellt neue Verkehrsprognosen vor	47
Einbruch in Wertstoffhof	49
Grüne akzeptieren Verkehrsprognose nicht	49
Jugendforum Weingarten demonstrierte für Verkehrswende	50
Grüne wollen Ortsumfahrungen stoppen	51
Lkw verliert Ladung	52
Gemeinderat stimmt für „Raststätte“	52
Freie Wähler fordern Tempo bei Anschlüssen	52
Neue Fahrradampel soll Radfahrer schützen	53
B 31 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Eriskirch und Kressbronn	53
Feuerwehrabteilung Reute-Gaisbeuren blickt auf ereignisreiches Jahr 2022 zurück	54
Genehmigung des neuen Regionalplans verschiebt sich weiter	54
Hermann stellt Sanierungsprogramm 2023 vor	55
Kleinbus flüchtet nach Unfall	56
Leichtkraftradfahrer bei Unfall verletzt	57
Straßenbaumaßnahmen im Alb-Donau-Kreis, Stadtkreis Ulm und dem Landkreis Biberach im Jahr 2023	57
Anhörung zur Planungsbeschleunigung bei Brücken	60
Umweltbundesamt will neue Straßen verhindern und ein Tempolimit	60
Gutachten erneut unseriös	61
Fernstraßenbauverbot: ZDF soll helfen	62
49-Euro-Ticket kilt Fernbusse im ländlichen Raum	63
Straßenbaumaßnahmen in den Landkreisen Ravensburg, Sigmaringen und im Bodenseekreis im Jahr 2023	63
Regierungspräsidium Tübingen überprüft Brücken im Landkreis Biberach	67
ZDF erfüllt grüne Straßenhasswünsche	68
Grüne beziehen Stellung gegen Rastanlage	69
Frontalzusammenstoß in der Hauptstraße	70
Polizei Ulm stellt Unfallstatistik 2022 vor	70
Polizeipräsidium Ravensburg veröffentlicht Verkehrsunfallbericht 2022	71
Umweltbundesamt lobt Anstrengungen zur Antriebswende	72
Alkoholisierter Fahrer verursacht Verkehrsunfall und fährt davon	72
Fundamente werden in den Pfingstferien gesetzt	72
Bürgerinitiativen empört über ZDF-Beitrag	73
Junge Autofahrer rasen durch Wanderbaustelle	73
B 30 nach Lkw-Unfall teilweise gesperrt	74
Bohrungen zur Baugrunderkundung gestartet	74

Bundestag macht Weg frei für das Deutschlandticket	75
Experten für Beschleunigung von Planungsverfahren bei Brücken.....	75
BUND gegen Ausbau des U-Bahnnetzes	76
Weltklimarat rät Wälder und Moore zu schützen	76
70-jähriger fährt Wildschutzzaun nieder.....	77
Werbeschild fängt Feuer	77
Polizei sucht Zeugen zu übermüdetem Autofahrer.....	78
6.000 Euro Schaden bei Auffahrunfall.....	78
Hermann stellt Bedarfsplan für Radwege vor	78
DIHK-Chef fordert beschleunigten Ausbau aller Verkehrswege	79
Radfahrer von Pkw erfasst	80
Bl informierte über Umleitung.....	80
Expertenbeirat für Förderung der Elektromobilität	81
Verkehrsministerkonferenz beginnt mit Protesten	82
Professor: Klimaziele mit Tempolimit und Verteuerung retten	82
Tiertransport bei Äpfingen umgekippt	82
Grüne bezeichnen Straßen als Milliardengrab.....	83
Freiwillige Feuerwehr Bad Waldsee berichtete über Einsatzjahr 2022.....	84
Verkehrsminister wollen mehr Klimaschutz	85
CDU will Straßenplanungen beschleunigen.....	85
Koalitionsausschuss ohne Ergebnis vertagt	86
Schnelle Fahrt bei Regen endet mit Unfall.....	86
Ladung verloren und davongefahren	87
Ampel-Koalition schießt mit Kuhhandel Bundesstraßen und Ortsumfahrungen ins Abseits	87
Taschentuch während der Fahrt benutzt: 13.000 Euro Schaden	88
Unzufriedenheit mit Koalitionsbeschlüssen.....	89
Temposünder gestoppt	90
Frau bei Unfall schwer verletzt	90
Hoher Sachschaden bei Auffahrunfall.....	90
Mann nach Auseinandersetzung in Gewahrsam	91
Verkehrssünder gestoppt	91

April

Planung doch nicht gestoppt.....	94
Hermann fordert mehr Anstrengungen von Bürgern.....	94
Planungsbeschleunigung: Landes-Verkehrsausschuss muss handeln	95
Fachleute warnen vor Fahrermangel, fehlende Lkw-Parkplätze und CO ₂ -Maut.....	96
So wollen die Grünen, Städte autofrei machen.....	98
Sportwagen rast in Autofahrerin	98
Enttäuschung über realistische Verlagerungsziele	99
71-jähriger verunfallt wegen Sekundenschlafs	100
Defekter Schwertransport behindert Verkehr.....	100
CDU vermutet Straßenbaustopp bei Bundesstraßen.....	101
Bund: Autobahnprojekte bis Ende April melden.....	102
Europaweiter Blitzermarathon gestartet	102
Verkehrsunfall auf Beschleunigungsstreifen	103
Lkw beim Überholen zusammengestoßen	103
Auffahrunfall nach Wildunfall.....	103
Mobilitätsgesetz umstritten	104
Auto überschlägt sich	105
Auffahrunfall auf dem Schussentalviadukt	105
Speedmarathon endet mit Fahrverboten	105
Land fördert lebendige und verkehrsberuhigte Ortsmitten.....	106
Verkehrsunfall vorgetäuscht und Geld gefordert.....	107
B 30-Untertunnelung gefordert.....	107
Planungsbeschleunigung: CDU sieht Süden benachteiligt	108
Unfall nach unachtsamem Fahrstreifenwechsel	109
Zusammenstoß im Kreuzungsbereich.....	109
Straftaten beim landesweiten Verkehrsfahndungstag aufgedeckt.....	109
„Initiative B30“ berichtet über Staus im Jahr 2022	110

Mai

Sicherungskasten schlägt Funken: B 30 gesperrt.....	112
Motorradfahrer prallt gegen Pkw	112
Pkw überschlägt sich bei Unfall.....	112
Land meldet keine Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen an	113
Maibaum in Gaisbeuren hat neuen Standort	114
Bundesregierung beschließt schnellere Planung vordringlicher Verkehrsprojekte.....	114
Ministerialdirigent hört sich Bedenken zu Brückenneubau an	115
Dieb entwendet Geld	115
Fahrbahndecke zwischen Biberach-Nord und Laupheim-Mitte wird erneuert	116
Enttäuschung über 49-Euro-Ticket.....	116
Verkehrsminister beschließen „Düsseldorfer Liste“	117
Umweltverbände fordern Neupriorisierung und Klimacheck	117
Sattelzugfahrer fährt im Rausch in die Leitplanke.....	118
Polizei stoppt Raser.....	119
Bundestag debattiert am kommenden Donnerstag über Straßenbaustopp	119
Verbände wollen ganz neue Verkehrspolitik	120
Raser und Tuner gestoppt.....	121
Betrunkene verursacht schweren Unfall auf Brücke	122
Junge Fahrerin aufgrund Müdigkeit verunglückt	122
Anwohnende von Ortsdurchfahrten fassungslos über Klimaforderungen.....	123
Diebe suchen Straßenbaustelle heim	124
Landrat bedauert Scheitern von Straßenplanungsgesellschaft	124
Bei Nässe ins Schleudern geraten	124
Union will Klarheit über Straßenprojekte	125
„Initiative B30“ bittet Benjamin Strasser um Unterstützung	125
Hermann gegen Beschleunigung von Straßenprojekten	126
Bauarbeiten für neuen Senglinger Steg beginnen am Dienstag.....	127
AfD beklagt Ungleichbehandlung von Straße und Schiene	128
Transportunternehmen vor dem Kollaps	128
Raser erwartet teils hohes Bußgeld	130
Reisebus beschädigt	130
B 30 wegen Enten gesperrt.....	130
Lärmaktionsplan soll nun umgesetzt werden	131
Kompromiss soll Streit um Brückenneubau bei Baustetten schlichten	131
Autofahrer bei Hochdorf deutlich zu schnell unterwegs	132
Ravensburg besteht auf Tempolimit.....	132
Tuning Word: Polizei stellt 912 Verstöße fest	133
Modern und benutzerfreundlich: „Initiative B30“ präsentiert überarbeitete Webseite.....	133
B 30 nach Lkw-Unfall stundenlang gesperrt	134
Reifen geplatzt.....	135
ITF für alternative Antriebe und Verkehrswende in der Stadt	135
Bundestag lehnt Gesetz zur Sanierung von Brücken an Bundesfernstraßen ab	136
Vier Verletzte bei Verkehrsunfall	136
Tempolimit soll noch im Mai umgesetzt werden	137
Neue Brücke eingesetzt	137
73-jähriger verfährt sich mehrmals.....	138
Fahrzeug ausgebrannt	138
Pkw-Lenker bremst absichtlich und tritt gegen anderes Fahrzeug	138
Geld: Jetzt wird um die Bahn gestritten.....	139
Radfahrer von Pkw erfasst	140
Mercedes schiebt Nissan auf Opel.....	140

Juni

Motorrad prallt gegen Sattelzug	142
Pkw-Fahrer flüchtet nach Unfall mit Radfahrer	142
Auffahrunfall mit drei beteiligten Fahrzeugen.....	142
Autofahrerin flüchtet nach Unfall	143
Polizeibeamte beleidigt	143
Betrunkener fährt zur Tankstelle	143
Polizei nimmt Reifenstecher fest.....	144
Kabinett beschließt Mauterhöhung noch in diesem Jahr	144

Quad kollidiert mit Pkw	145
Vorfahrt missachtet.....	146
Lastwagen kracht in Mazda.....	146
Minister Hermann feiert Radwegebedarfsplan.....	146
Ford fährt auf Sattelzug auf.....	147
Klimacheck verzögert Nordwesttangente.....	148
Brücke am Anschluss Laupheim-Mitte wird instandgesetzt.....	148
Länder fordern höhere Priorität für Lärmschutz.....	149
Die Linke scheidet mit Antrag zum Stopp des Autobahnausbaus.....	150
Bundesregierung will Planungsbeschleunigung nur bei der Bahn, an Brücken und Autobahnen.....	150
Verkehrswacht will Tempo 80.....	153
Junge Generation will deutlich mobiler sein, als alle vorherigen.....	153
BMW übersieht Motorrad.....	155
Zigarette steckt Wiese in Brand.....	155
Unfallverursacher polizeilich gesucht.....	155
Radfahrerin von Pkw erfasst.....	156
Neue Brücke eingeweiht.....	156
Ravensburg setzt sich mit Tempolimit durch.....	156
Unachtsamkeit führt zu heftigem Unfall.....	157
Erdbeerfeld abgebrannt.....	157

Juli

Rollerfahrer bei Auffahrunfall verletzt.....	160
Sprinter überholt trotz Gegenverkehr.....	160
Rennradfahrerin prallt gegen Auto.....	160
B 30 wegen Bau einer Anschlussstelle teilweise gesperrt.....	161
Neue Bundesländer mit Verkehrsinfrastruktur unzufrieden.....	161
Kretschmann kritisiert grünen Auto- und Straßenhass.....	162
Mazda-Fahrer nach Ausbauende tödlich verunglückt.....	163
Grüne wollen Schwarzfahren und Diebstahl legalisieren und Straßenbau bestrafen.....	163
Polizei warnt vor Erntefahrzeugen.....	164
Böschung gerät in Brand.....	164
Drei Pkw brannten an einem Tag.....	165
Alkoholisierte Mann greift Einsatzkräfte an.....	165
Unverständnis über Tempolimit in Enzisreute.....	165
Fahrt endet auf Parkplatz.....	166
B 30 zwischen Ulm und Unteressendorf wegen Unwetter teilweise nicht befahrbar.....	166
Unwetter reißt Stromleitung ab.....	166
Staatssekretär verweist aufs Land.....	167
111 Personen bei Großkontrolle kontrolliert.....	168
Aquaplaning wird 34-jähriger zum Verhängnis.....	168
Erneute Unwetter führen zu Unfällen und Überschwemmungen.....	169
Anzahl der Verkehrsunfälle nimmt wieder zu.....	169
Jugendgruppe verkloppt 19-jährigen.....	170
Streit um Verwendung der Mauteinnahmen.....	171
Start der ersten Aktionswoche der Verkehrssicherheit.....	171
Sorge um Planungsstillstand.....	172
Fridays for Future fordert Straßenbaustopp.....	172
Betrunkener fährt von Biberach nach Hochdorf.....	173
Autofahrer weicht Vogel aus.....	174
Fahrerin bei Unfall verletzt.....	174
Bundesregierung setzt auf alternative Kraftstoffe und Antriebe.....	174
62-jährige fährt Warnbaken um.....	176
Starkstromkabel entwendet.....	176
Ingoldingen berät über Verkehrsuntersuchung für neuen B 30-Anschluss.....	176
Bundesrechnungshof rügt nutzlose Klimaschutzmaßnahmen.....	177
Polizei beendet Trunkenheitsfahrt.....	178
Grüne wollen Wirtschaft und Infrastruktur grün gestalten.....	178
Strasser sieht Stillstand beim Regierungspräsidium.....	179
20-jährige wendet nach Telefonanruf.....	179
Fahrzeug überschlagen.....	179
Leichtkraftrad kollidiert mit Pkw.....	180

Neuer Internetauftritt für den Aufstieg zur B 30.....	180
---	-----

August

Gemeinderat beschließt Trassenführung für Radschnellweg	184
Grüne gegen schnellere Brückenplanung	184
Energieversorger hält Wasserstoff für Nonsens	185
Autos stoßen zusammen.....	186
233 Unfälle auf der B 30 im Jahr 2022.....	186
Bundesregierung will keine Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen.....	187
29-jährige nach Verkehrsunfall verstorben	188
Fuchs von Auto erfasst.....	188
B 30 am Dienstag wegen Elektroarbeiten gesperrt.....	189
Polizei sucht junge Graffiti-Sprayer	189
Vorfahrt missachtet.....	189
Getränke-Lkw verliert Ladung	190
Grüne wollen keine Ortsumfahrungen und keinen Rasthof	190
Geschwindigkeitskontrollwoche geht zu Ende	191
21-jähriger in Auto verbrannt.....	191
Biberach baut Staumauer.....	192
Große Hitze verabschiedet sich mit Unwetter.....	192
Ampel-Regierung will kaum noch Geld für Bundesstraßen ausgeben	193
Sattelzug fährt auf Autofahrerin auf.....	194
Zeugen zu Pfeffersprayvorfall gesucht.....	194
Platzverweise missachtet	194
„Initiative B30“ berichtet über Unfälle im Jahr 2022	195
Vereine starten Spendenaktion für hinterbliebene Kinder.....	195
Lkw-Auflieger landet im Graben	196
Polizei sucht Zeugen zu Unfallflucht	196

September

Hermann kritisiert Straßenplaner als unfähig.....	198
Fehler beim Fahrstreifenwechsel	198
Unbekannter kollidiert mit Leitplanke	199
Auto auf Parkplatz angefahren.....	199
Fahrzeugbestand in Deutschland weiter gestiegen	199
Kanzler fordert Länder, Landräte und Bürgermeister zum Handeln auf	200
Neuer Regionalplan genehmigt.....	200
Bagger bleibt an Tunneldecke hängen.....	201
Verkehrsbehinderungen wegen Bauarbeiten am Anschluss Ulm-Donaustetten	201
Verkehrssicherheitspakt vorgestellt.....	202
Auto brennt auf Parkplatz aus	202
Fernbusse halten nur noch in Ravensburg und Friedrichshafen	203
24-jähriger missbraucht mobiles Blaulicht.....	203
Busbucht in Enzisreute wird umgebaut	203
Betrunken Auto gefahren	204
Radfahrer kollidiert mit Pkw.....	204
Polizei stoppt betrunkenen 23-jährigen	205
Unternehmen setzen auf klimafreundlichere Fahrzeuge	205
Verkehrshelfer leiten Grundschüler wieder über die B 30.....	206
Umweltverbände verhindern Bahnstrecke	206
Auf-/Abfahrt Bad Waldsee-Nord ab Montag gesperrt	207
An der Abfahrt hat's gekracht.....	207
Expertenstreit um Planungsbeschleunigung im Verkehrsbereich.....	207
Umgestürzter Lastzug blockierte B 30	209
Polizei stellt 414 Verkehrsverstöße fest	210
BMW fährt auf Skoda auf	210
Gemeinderat beschließt Vorkaufsrecht zur Neugestaltung der Ortsmitte von Gaisbeuren	210
Zwei Autos müssen nach Auffahrunfall abgeschleppt werden	211
Schreckschusswaffe hat Polizeieinsatz zur Folge	211
Transport- und Logistikbranche gegen geplante Lkw-Maut-Erhöhung	212

Oktober

Zeugen zu Verkehrsunfall gesucht.....	216
Regierungspräsidium informierte über Planungsstand	216
Anhänger verloren	217
Anhänger von Holztransporter umgestürzt	217
Lkw-Verkehr wird umgeleitet	217
Adler-Kreuzung wird umgebaut.....	218
71-jähriger von Bremse gerutscht	218
Autofahrer gerät auf Gegenfahrbahn	219
Ravensburger Verkehrsversuch scheitert am Geld	219
Betrunken im Lkw unterwegs	219
Verkehrsüberwachungen zu Ablenkung und Handynutzung	220
28-jähriger gegen Baum geprallt	220
Bundesregierung bringt ideologische Verkehrsgesetze auf den Weg	220
Fünf Personen bei Unfall verletzt	222
Fehler beim Fahrstreifenwechsel	222
Gewerbegebiet scheitert an Verkehrsanbindung	223
Hochdorf gibt neue Lärmberechnung in Auftrag	223
Gemeinderat entscheidet über Rotlicht-Blitzer.....	224
Bundestag beschließt Erhöhung und Ausweitung der Lkw-Maut	224
Schienen- und Autobahnbeschleunigung beschlossen	225
Das neue Schwarzbuch ist da.....	228
Frau bei Auffahrunfall verletzt	229
Zwei Leichtverletzte bei Auffahrunfall.....	229
Regionalplan endgültig beschlossen.....	230
Freiwillige Feuerwehr Bad Waldsee berichtete über Einsatzjahr 2023.....	231
Tesla schleudert gegen Lkw-Anhänger.....	231
Bei Rot über die Ampel gefahren	232

November

Toyota stößt mit Ford zusammen.....	234
Transporter fährt in Pannenfahrzeug	234
Plastikwannen beschädigen Auto	234
Auffahrunfall fordert einen Verletzten.....	235
Regierungspräsidium noch mit Grundlagenermittlung beschäftigt	235
Kleintransporter stürzt Böschung hinab	236
Sattelzug kracht in Leitplanke	236
Tempo 30 wird kontrolliert	236
Kleinwagen fährt nach Unfall davon.....	237
Betonschäden am Wernerhoftunnel werden saniert.....	237
Auto übersieht Radfahrer	238
Bund und Länder einigen sich auf Deutschland-Pakt	238
Senior verletzt sich bei Unfall	239
Drei Personen bei Frontalzusammenstoß schwer verletzt.....	239
Betrunkenere in beschädigtem Fahrzeug gestoppt: Unbekannter Unfallort gesucht	240
70-jähriger an Unfallstelle verstorben.....	240
Eine Verletzte bei Unfall	240
Unfallverursacher nach tödlichem Verkehrsunfall in Untersuchungshaft.....	241
B 30 am Dienstag und Mittwoch halbseitig gesperrt	241
Kies verloren.....	242
Wildunfälle häufen sich	242
Straßenmeistereien für den Winterdienst gerüstet.....	242
Vorfahrt missachtet.....	243
Mercedes prallt gegen Sicherungsanhänger	243
Betrunkenere fährt auf Pkw auf.....	243
Vier Fahrzeuge an Auffahrunfall beteiligt	244
Eisplatten beschädigen Pkw	244

Dezember

Witterung und nicht angepasste Geschwindigkeit sorgen für zahlreiche Unfälle	246
Nach Spiegelstreifer geflüchtet	246

Einbruch in Bäckerei.....	246
Mitfahrer verprügelt hilfsbereiten Autofahrer - Polizei sucht Zeugen	247
Behinderungen und Unfälle durch starke Schneefälle	247
Polizei verzeichnet 83 Verkehrsunfälle	248
25-jähriger überschlägt sich mit Auto	248
Fahrzeuge kollidieren im Kreuzungsbereich	249
Eisplatte fällt auf Pkw	249
Vorfahrt missachtet: zwei Leichtverletzte	249
Auffahrunfall fordert zwei Leichtverletzte und Sachschaden	250
Citroen von Straße geschleudert.....	250
BMW nach riskantem Überholmanöver gesucht.....	251
Lkw fährt auf Pannenfahrzeug auf	251
Kollision im Kreuzungsbereich	252
Zwei Unfälle im Berufsverkehr	252
Angriff auf Bar-Besucher	252
Mann bei Auseinandersetzung verletzt	253
Fehler beim Fahrstreifenwechsel	253
Nachträgliche Brückenverstärkung unwirtschaftlich.....	253
Unter Alkoholeinfluss Unfall verursacht.....	254
Jahresrückblick der „Initiative B30“	255
Auffahrunfall mit mehreren Fahrzeugen.....	256
Hagel für Planungsbeschleunigung bei Bundesstraßen	256
Flucht vor der Polizei endet mit Unfall.....	257
Neuer Insider erschienen	257

Unfallindex

Autos stoßen beim Abbiegen zusammen.....	8
▶ Ravensburg, 3 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden.....	8
Brille verrutscht: Holzlaster kippt um.....	9
▶ Äpfingen, 1 Fahrzeuge, 130000 Euro Sachschaden.....	9
Unfall durch misslungenes Überholmanöver.....	11
▶ Baidt, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden.....	11
Fahranfänger fährt auf Stauende.....	12
▶ Wiblingen, 2 Fahrzeuge, 15000 Euro Sachschaden.....	12
Zeugen zu Auffahrunfall gesucht.....	17
▶ Ravensburg, 2 Fahrzeuge, 7500 Euro Sachschaden.....	17
Mercedes prallt gegen Leitplanke.....	18
▶ Äpfingen, 1 Fahrzeuge, 15000 Euro Sachschaden.....	18
Transporter verliert Eisplatten.....	18
▶ Wiblingen, 2 Fahrzeuge.....	18
Sprinter fährt über Fahrzeugteile.....	21
▶ Achstetten, 1 Fahrzeuge.....	21
Unfall beim Fahrstreifenwechsel.....	22
▶ Biberach, 2 Fahrzeuge, 5000 Euro Sachschaden.....	22
Pferd springt vor BMW.....	23
▶ Hohenreute, 1 Fahrzeuge, 20000 Euro Sachschaden.....	23
85-jähriger übersieht Mazda.....	28
▶ Buch, 2 Fahrzeuge, 16000 Euro Sachschaden.....	28
Vom Sekundenschlaf übermannt.....	33
▶ Achstetten, 1 Fahrzeuge, 6000 Euro Sachschaden.....	33
Pkw-Fahrer schleudert über Verkehrsinseln.....	35
▶ Friedrichshafen, 1 Fahrzeuge, 3500 Euro Sachschaden.....	35
Senioren bei Autoüberschlag schwer verletzt.....	36
▶ Baidt, 2 Schwerverletzte, 2 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 20000 Euro Sachschaden.....	36
Kleinwagen kollidiert mit Baum.....	39
▶ Wiblingen, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 3 Fahrzeuge, 35000 Euro Sachschaden.....	39
Fahrzeuglenker kollidiert mit Leitplanke.....	40
▶ Ravensburg, 1 Fahrzeuge.....	40
Eisplatte fällt von Laster.....	44
▶ Dellmensingen, 2 Fahrzeuge, 500 Euro Sachschaden.....	44
Beteiligter nach Auffahrunfall geflüchtet.....	46
▶ B30 alt, 2 Fahrzeuge.....	46
Auffahrunfall an Einmündung.....	46
▶ Interessendorf, 2 Fahrzeuge, 5000 Euro Sachschaden.....	46

Lkw verliert Ladung.....	52
▶ Biberach, 2 Fahrzeuge.....	52
Leichtkraftradfahrer bei Unfall verletzt.....	57
▶ Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge.....	57
Frontalzusammenstoß in der Hauptstraße.....	70
▶ Reute, 3 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden.....	70
Alkoholisierter Fahrer verursacht Verkehrsunfall und fährt davon.....	72
▶ Friedrichshafen, 1 Fahrzeuge.....	72
B 30 nach Lkw-Unfall teilweise gesperrt.....	74
▶ Ravensburg, 1 Fahrzeuge, 3000 Euro Sachschaden.....	74
70-jähriger fährt Wildschutzzaun nieder.....	77
▶ Biberach, 1 Fahrzeuge.....	77
6.000 Euro Schaden bei Auffahrunfall.....	78
▶ Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 6000 Euro Sachschaden.....	78
Radfahrer von Pkw erfasst.....	80
▶ Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 1500 Euro Sachschaden.....	80
Tiertransport bei Äpfingen umgekippt.....	82
▶ Äpfingen, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 1 Fahrzeuge, 150000 Euro Sachschaden.....	82
Schnelle Fahrt bei Regen endet mit Unfall.....	86
▶ Achstetten, 1 Fahrzeuge, 15000 Euro Sachschaden.....	86
Ladung verloren und davongefahren.....	87
▶ Oberessendorf, 2 Fahrzeuge, 3000 Euro Sachschaden.....	87
Taschentuch während der Fahrt benutzt: 13.000 Euro Schaden.....	88
▶ Baltringen, 1 Fahrzeuge, 13000 Euro Sachschaden.....	88
Frau bei Unfall schwer verletzt.....	90
▶ B30 alt, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 7000 Euro Sachschaden.....	90
Hoher Sachschaden bei Auffahrunfall.....	90
▶ Weingarten, 2 Fahrzeuge, 25000 Euro Sachschaden.....	90
71-jähriger verunfallt wegen Sekundenschlafs.....	100
▶ Achstetten, 1 Fahrzeuge, 12000 Euro Sachschaden.....	100
Verkehrsunfall auf Beschleunigungsstreifen.....	103
▶ Ravensburg, 2 Fahrzeuge, 11500 Euro Sachschaden.....	103
Lkw beim Überholen zusammengestoßen.....	103
▶ Achstetten, 2 Fahrzeuge, 8000 Euro Sachschaden.....	103
Auffahrunfall nach Wildunfall.....	103
▶ Äpfingen, 3 Fahrzeuge, 7500 Euro Sachschaden.....	103
▶ Äpfingen, 1 Fahrzeuge.....	103
Auto überschlägt sich.....	105
▶ Wiblingen, 1 Fahrzeuge, 9500 Euro Sachschaden.....	105
Unfall nach unachtsamem Fahrstreifenwechsel.....	109
▶ Achstetten, 2 Fahrzeuge.....	109
Zusammenstoß im Kreuzungsbereich.....	109
▶ Untereschach, 2 Fahrzeuge.....	109

Motorradfahrer prallt gegen Pkw	112
▶ Friedrichshafen, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden	112
Pkw überschlägt sich bei Unfall.....	112
▶ Meckenbeuren, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 1 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden	112
Sattelzugfahrer fährt im Rausch in die Leitplanke.....	118
▶ Appendorf, 1 Fahrzeuge, 12000 Euro Sachschaden	118
▶ Interessendorf, 1 Fahrzeuge	118
Junge FahrerIn aufgrund Müdigkeit verunglückt	122
▶ Baidt, 1 Fahrzeuge, 2500 Euro Sachschaden	122
Bei Nässe ins Schleudern geraten	124
▶ Untereschach, 1 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden	124
B 30 nach Lkw-Unfall stundenlang gesperrt.....	134
▶ Biberach, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 3 Fahrzeuge, 253000 Euro Sachschaden	134
Vier Verletzte bei Verkehrsunfall	136
▶ Schellenberg, 2 Schwerverletzte, 2 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 19000 Euro Sachschaden	136
Radfahrer von Pkw erfasst	140
▶ Enzisreute, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 9000 Euro Sachschaden	140
Mercedes schiebt Nissan auf Opel.....	140
▶ Friedrichshafen, 3 Fahrzeuge, 12500 Euro Sachschaden	140
Motorrad prallt gegen Sattelzug	142
▶ Oberessendorf, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden	142
Pkw-Fahrer flüchtet nach Unfall mit Radfahrer	142
▶ Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 100 Euro Sachschaden	142
Auffahrunfall mit drei beteiligten Fahrzeugen	142
▶ Lochbrücke, 3 Fahrzeuge, 35000 Euro Sachschaden	142
Autofahrerin flüchtet nach Unfall	143
▶ Oberzell, 1 Fahrzeuge	143
Quad kollidiert mit Pkw	145
▶ Friedrichshafen, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 2000 Euro Sachschaden	145
Vorfahrt missachtet.....	146
▶ Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden	146
Lastwagen kracht in Mazda	146
▶ Gaisbeuren, 2 Fahrzeuge, 7000 Euro Sachschaden	146
Ford fährt auf Sattelzug auf	147
▶ Achstetten, 2 Fahrzeuge, 24000 Euro Sachschaden	147
BMW übersieht Motorrad.....	155
▶ Untereschach, 2 Fahrzeuge, 5500 Euro Sachschaden	155
Unfallverursacher polizeilich gesucht	155
▶ Hohenreute, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden	155
RadfahrerIn von Pkw erfasst	156
▶ Buch, 2 Fahrzeuge, 200 Euro Sachschaden	156

Unachtsamkeit führt zu heftigem Unfall.....	157
▶ Achstetten, 2 Fahrzeuge, 43000 Euro Sachschaden	157
Rollerfahrer bei Auffahrunfall verletzt	160
▶ Friedrichshafen, 3 Fahrzeuge, 3500 Euro Sachschaden	160
Sprinter überholt trotz Gegenverkehr	160
▶ Hochdorf, 2 Fahrzeuge	160
Rennradfahrerin prallt gegen Auto	160
▶ Reute, 2 Fahrzeuge	160
Mazda-Fahrer nach Ausbauende tödlich verunglückt.....	163
▶ Untereschach, 1 Tote, 2 Schwerverletzte, 2 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 40000 Euro Sachschaden	163
Aquaplaning wird 34-jähriger zum Verhängnis.....	168
▶ Baustetten, 1 Fahrzeuge, 8000 Euro Sachschaden	168
Erneute Unwetter führen zu Unfällen und Überschwemmungen	169
▶ Wiblingen, 2 Fahrzeuge, 9000 Euro Sachschaden	169
Autofahrer weicht Vogel aus.....	174
▶ Laupheim, 1 Fahrzeuge, 2500 Euro Sachschaden	174
62-jährige fährt Warnbaken um	176
▶ Donaustetten, 2 Fahrzeuge, 6300 Euro Sachschaden	176
Fahrzeug überschlagen	179
▶ Baidt, 2 Fahrzeuge, 5000 Euro Sachschaden	179
Leichtkraftrad kollidiert mit Pkw	180
▶ Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 3000 Euro Sachschaden	180
Autos stoßen zusammen	186
▶ Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden	186
29-jährige nach Verkehrsunfall verstorben.....	188
▶ Meckenbeuren, 1 Tote, 1 Fahrzeuge, 15000 Euro Sachschaden	188
Fuchs von Auto erfasst	188
▶ Achstetten, 1 Fahrzeuge, 700 Euro Sachschaden	188
Vorfahrt missachtet	189
▶ Ravensburg, 2 Fahrzeuge, 50000 Euro Sachschaden	189
Getränke-Lkw verliert Ladung	190
▶ Ravensburg, 1 Fahrzeuge	190
21-jähriger in Auto verbrannt	191
▶ Enzisreute, 1 Tote, 1 Fahrzeuge	191
Sattelzug fährt auf Autofahrerin auf.....	194
▶ Ulm, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden	194
Lkw-Auflieger landet im Graben	196
▶ Weingarten, 2 Fahrzeuge	196
Polizei sucht Zeugen zu Unfallflucht.....	196
▶ Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge	196
Fehler beim Fahrstreifenwechsel	198
▶ Äpfingen, 2 Fahrzeuge, 12000 Euro Sachschaden	198

Unbekannter kollidiert mit Leitplanke.....	199
▶ Ravensburg, 1 Fahrzeuge, 1500 Euro Sachschaden.....	199
Bagger bleibt an Tunneldecke hängen.....	201
▶ Ravensburg, 1 Fahrzeuge.....	201
Radfahrer kollidiert mit Pkw.....	204
▶ Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge.....	204
An der Abfahrt hat's gekracht.....	207
▶ Biberach, 2 Fahrzeuge, 8000 Euro Sachschaden.....	207
Umgestürzter Lastzug blockierte B 30.....	209
▶ Baltringen, 1 Fahrzeuge.....	209
BMW fährt auf Skoda auf.....	210
▶ Enzisreute, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden.....	210
Zwei Autos müssen nach Auffahrunfall abgeschleppt werden.....	211
▶ Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 20000 Euro Sachschaden.....	211
Zeugen zu Verkehrsunfall gesucht.....	216
▶ Baienfurt, 2 Fahrzeuge.....	216
Anhänger verloren.....	217
▶ Biberach, 1 Fahrzeuge, 2200 Euro Sachschaden.....	217
Anhänger von Holztransporter umgestürzt.....	217
▶ Gaisbeuren, 1 Fahrzeuge.....	217
71-jähriger von Bremse gerutscht.....	218
▶ Reute, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden.....	218
28-jähriger gegen Baum geprallt.....	220
▶ Achstetten, 1 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden.....	220
Fünf Personen bei Unfall verletzt.....	222
▶ Wiblingen, 2 Fahrzeuge, 25000 Euro Sachschaden.....	222
Fehler beim Fahrstreifenwechsel.....	222
▶ Appendorf, 2 Fahrzeuge, 2500 Euro Sachschaden.....	222
Frau bei Auffahrunfall verletzt.....	229
▶ Meckenbeuren, 2 Fahrzeuge, 10000 Euro Sachschaden.....	229
Zwei Leichtverletzte bei Auffahrunfall.....	229
▶ Enzisreute, 2 Fahrzeuge, 7500 Euro Sachschaden.....	229
Tesla schleudert gegen Lkw-Anhänger.....	231
▶ Weingarten, 2 Fahrzeuge, 70000 Euro Sachschaden.....	231
Bei Rot über die Ampel gefahren.....	232
▶ Ravensburg, 2 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden.....	232
Toyota stößt mit Ford zusammen.....	234
▶ Ravensburg, 2 Fahrzeuge, 20000 Euro Sachschaden.....	234
Transporter fährt in Pannenfahrzeug.....	234
▶ Ravensburg, 3 Fahrzeuge, 50000 Euro Sachschaden.....	234
Plastikwannen beschädigen Auto.....	234
▶ Weingarten, 1 Fahrzeuge, 500 Euro Sachschaden.....	234

Auffahrunfall fordert einen Verletzten	235
▶ Gaisbeuren, 2 Fahrzeuge, 15000 Euro Sachschaden	235
Kleintransporter stürzt Böschung hinab.....	236
▶ Enzisreute, 1 Fahrzeuge.....	236
Sattelzug kracht in Leitplanke.....	236
▶ Baidt, 2 Fahrzeuge, 13000 Euro Sachschaden	236
Kleinwagen fährt nach Unfall davon	237
▶ Ulm, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 3 Fahrzeuge	237
Auto übersieht Radfahrer.....	238
▶ Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge	238
Senior verletzt sich bei Unfall	239
▶ Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 1000 Euro Sachschaden	239
Drei Personen bei Frontalzusammenstoß schwer verletzt	239
▶ Bad Waldsee, 3 Schwerverletzte, 3 Leichtverletzte, 3 Fahrzeuge, 16000 Euro Sachschaden	239
70-jähriger an Unfallstelle verstorben.....	240
▶ Enzisreute, 1 Tote, 2 Fahrzeuge, 17000 Euro Sachschaden	240
Eine Verletzte bei Unfall	240
▶ B30 alt, 2 Fahrzeuge, 25000 Euro Sachschaden	240
Vorfahrt missachtet.....	243
▶ Gaisbeuren, 3 Fahrzeuge, 13000 Euro Sachschaden	243
Mercedes prallt gegen Sicherungsanhänger.....	243
▶ Achstetten, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 100000 Euro Sachschaden	243
Betrunkenener fährt auf Pkw auf.....	243
▶ Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 1000 Euro Sachschaden	243
Vier Fahrzeuge an Auffahrunfall beteiligt	244
▶ Gaisbeuren, 4 Fahrzeuge	244
Eisplatten beschädigen Pkw.....	244
▶ Ravensburg, 2 Fahrzeuge	244
Witterung und nicht angepasste Geschwindigkeit sorgen für zahlreiche Unfälle.....	246
▶ Äpfingen, 2 Fahrzeuge.....	246
Nach Spiegelstreifer geflüchtet.....	246
▶ Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 1000 Euro Sachschaden	246
Behinderungen und Unfälle durch starke Schneefälle	247
▶ Laupheim, 2 Fahrzeuge	247
▶ Äpfingen, 1 Fahrzeuge.....	247
▶ Appendorf, 1 Fahrzeuge.....	247
▶ Weingarten, 1 Fahrzeuge	247
25-jähriger überschlägt sich mit Auto	248
▶ Rißegg, 1 Fahrzeuge, 30000 Euro Sachschaden	248
Fahrzeuge kollidieren im Kreuzungsbereich	249
▶ B30 alt, 2 Fahrzeuge, 5000 Euro Sachschaden	249
Eisplatte fällt auf Pkw.....	249
▶ Gaisbeuren, 2 Fahrzeuge, 3500 Euro Sachschaden	249

Vorfahrt missachtet: zwei Leichtverletzte	249
▶ Untereschach, 3 Fahrzeuge, 60000 Euro Sachschaden	249
Auffahrunfall fordert zwei Leichtverletzte und Sachschaden.....	250
▶ Friedrichshafen, 2 Fahrzeuge, 8000 Euro Sachschaden	250
Citroen von Straße geschleudert	250
▶ Unteressendorf, 2 Fahrzeuge, 14000 Euro Sachschaden	250
Lkw fährt auf Pannenfahrzeug auf	251
▶ Mettenberg, 2 Fahrzeuge, 50000 Euro Sachschaden	251
Kollision im Kreuzungsbereich	252
▶ Friedrichshafen, 1 Schwerverletzte, 1 Leichtverletzte, 2 Fahrzeuge, 25000 Euro Sachschaden	252
Zwei Unfälle im Berufsverkehr.....	252
▶ Baindt, 2 Fahrzeuge, 6000 Euro Sachschaden	252
▶ Baindt, 3 Fahrzeuge, 60000 Euro Sachschaden	252
Fehler beim Fahrstreifenwechsel	253
▶ Appendorf, 2 Fahrzeuge	253
Unter Alkoholeinfluss Unfall verursacht.....	254
▶ Äpfingen, 2 Fahrzeuge, 20000 Euro Sachschaden	254
Auffahrunfall mit mehreren Fahrzeugen	256
▶ Weingarten, 3 Fahrzeuge, 13000 Euro Sachschaden	256

